

Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Bd. 2, Forschungsbefunde

Geißler, Rainer (Ed.); Pöttker, Horst (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
transcript Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Geißler, R., & Pöttker, H. (Hrsg.). (2009). *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Bd. 2, Forschungsbefunde* (Medienumbrüche, 30). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839410271>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Rainer Geißler,
Horst Pöttker (Hrsg.)

Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland



Forschungsbefunde

Rainer Geißler, Horst Pöttker (Hrsg.)

Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland

Die Reihe »Medienumbrüche« wird herausgegeben von Peter Gendolla.

RAINER GEISSLER, HORST PÖTTKER (HRSG.)

Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland

Band 2: Forschungsbefunde

[transcript]



Medienumbrüche | Band 30

Diese Arbeit ist im Kulturwissenschaftlichen Forschungskolleg 615 der Universität Siegen entstanden und wurde auf seine Veranlassung unter Verwendung der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Verfügung gestellten Mittel gedruckt.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2009 transcript Verlag, Bielefeld



**This work is licensed under a Creative Commons
Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 3.0 License.**

Umschlaggestaltung: Susanne Pütz, Siegen; Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Satz: Sarah Hubrich

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

ISBN 978-3-8376-1027-7

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter:
info@transcript-verlag.de

Inhalt

Rainer Geißler und Horst Pöttker

Einleitung	7
-------------------------	---

Teil I: Geschichte

Horst Pöttker und Harald Bader

Gescheiterte Integration?

Polnische Migration und Presse im Ruhrgebiet vor 1914.....	15
--	----

Sarah Hubrich

„Tauziehen um Fremdarbeiter“

Das Presseecho auf das deutsch-italienische

Anwerbeabkommen von 1955	47
--------------------------------	----

Teil 2: Journalisten

Rainer Geißler, Kristina Enders und Verena Reuter

Wenig ethnische Diversität in deutschen Zeitungsredaktionen	79
--	----

Miltiadis Oulios

Weshalb gibt es so wenig Journalisten mit

Einwanderungshintergrund in deutschen Massenmedien?

Eine explorative Studie	119
-------------------------------	-----

Daniel Müller

Einstellungen von Journalisten in Bezug

auf ihre Rolle bei der Integration ethnischer Minderheiten

Eine qualitative Befragung in Nordrhein-Westfalen unter

besonderer Berücksichtigung der Kriminalitätsberichterstattung.....	145
---	-----

Teil 3: Diskriminierung

Horst Pöttker

Wann werden Diskriminierungsverbote von Journalist(inn)en akzeptiert?

Eine Untersuchung zum Widerspruch

von Migrantenschutz und Öffentlichkeitsaufgabe	161
--	-----

Daniel Müller

**Inwieweit berichten Journalisten ohne
begründbaren Sachbezug über die Zugehörigkeit
von Straftatverdächtigen zu ethnischen Minderheiten?**

Eine inhaltsanalytische Untersuchung Dortmunder Tageszeitungen 2007..... 189

Cornelia Mohr, Harald Bader und Malte Wicking

„Da weiß ich immer schon, dass es ein Ausländer war“

Zur Wirkung der Richtlinie 12.1 des Pressekodex..... 217

Teil 4: Mehrheitsmedien

Patrick Fick

**Der Wandel der Darstellung von Migranten am Beispiel
Siegener Lokalmedien in den Jahren 1996 und 2006**

235

Parisa Javadian Namin

**Die Darstellung des Islam in den deutschen Printmedien
am Beispiel von *Spiegel* und *Bild*.....**

271

Teil 5: Ethnomedien

Daniel Müller

***Uyum* statt *entegrasyon*?**

Zur Europa-Ausgabe der türkischen Zeitung *Hürriyet*..... 299

Harald Bader

Deutsche Presse und *Hürriyet*..... 317

Kristina Enders und Anne Weibert

Identität im Social Web

Von der Bedeutung der Ethnizität für den gesellschaftlichen
Eingliederungsprozess im digitalen Medienumbruch.....

333

Autorinnen und Autoren 351

Einleitung

Dies ist der vierte Band, den das Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“ im Siegener DFG-Forschungskolleg 615 „Medienumbrüche zu Beginn des 20. und am Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert“ erarbeitet hat. Nach einem Überblick über den Forschungsstand¹ und zwei Dokumentationen der vom Projekt veranstalteten internationalen Tagungen 2004 in Siegen² und 2007 in Dortmund³ legen wir nun die Erträge von empirischen Teiluntersuchungen vor, die in der zweiten Phase des Forschungskollegs „Medienumbrüche“ zwischen 2005 und 2008 im Rahmen des Projekts „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“ durchgeführt worden sind.

Die hohe Zahl von 13 Teiluntersuchungen und deren Unterschiedlichkeit mögen überraschen. Wer jedoch den Umbruch des mittlerweile sehr facettenreichen Diskurses über Migration und Integration in Deutschland berücksichtigt, der in den letzten Jahren stattgefunden hat, ist möglicherweise weniger verwundert. Als wir am 1. Juli 2002 mit der Arbeit im Projekt begannen, handelte es sich bei diesem Thema noch um einen scheinbar marginalen, wenig öffentliche Aufmerksamkeit erregenden Gegenstand, mit dem sich medien- und kommunikationswissenschaftliche Forschung – jedenfalls in Deutschland – bis dahin relativ wenig beschäftigt hatte und der auch deshalb für nicht sehr komplex gehalten wurde. Mittlerweile hat sich das gedreht: Integration von Migranten und was Medien dazu beitragen können – das sind geradezu Modethemen geworden, mit denen sich täglich Vorträge, Sendungen und Kongresse befassen, so dass die Vielschichtigkeit dieser Probleme deutlich geworden ist. Man braucht heute keine Lasswell-Formel mehr, um einzusehen, dass die Bedeutung von Medien für gesellschaftliche Integrationsprozesse diverse Elemente öffentlicher Kommunikation betrifft, die es alle zu untersuchen gilt. Dieser Komplexität versuchen wir mit unseren Forschungen gerecht zu werden und haben uns deshalb entschlossen, einen bunten Strauß von etlichen

-
- 1 Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2005): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld.
 - 2 Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2006): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Mass Media Integration. Media and Migration: A Comparative Perspective. Bielefeld.
 - 3 Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2009): Media, Migration, Integration. European and North American Perspectives. Bielefeld.

Teilstudien zu diversen Aspekten der Gesamtproblematik Migration, Integration und Medien zusammenzustellen. Auf diese Weise ist ein Buch entstanden, dessen Vielfalt Leserinnen und Lesern ins Auge springen wird.

Der bunte Strauß fällt nicht auseinander, weil ihn das Band des Integrationskonzeptes zusammenhält, das wir am Anfang des 2005 erschienenen ersten Projektbuches erläutert haben.⁴ Kurz gesagt geht es darum, dass die hier zugrundegelegte Begrifflichkeit weder dem Assimilations- noch dem Segregations-Konzept folgt, sondern die Integration moderner Einwanderungsgesellschaften als einen Typ von sozialem Zusammenhalt versteht, der im Sinne von „Einheit in Verschiedenheit“ nicht auf ethnische Homogenität der Gesellschaftsmitglieder aus ist, sondern deren kulturelle Differenzen bestehen lässt und anerkennt. Gesellschaft wird nach diesem interkulturellen Integrationsbegriff möglich trotz, oder besser: mit ethnischer Heterogenität.

Für die Frage, durch was die verschiedenen Teile der Gesellschaft in dieser Vorstellung zu einem Ganzen verbunden werden, spielen Medien und Journalisten eine wichtige Rolle: Sie können die diversen sozialen Segmente übereinander informieren, sie können den Respekt vor Menschenrechten und Verfassungsgrundsätzen fördern und sie können in jedem Segment die Sensibilität für die Funktionalität der anderen Segmente wecken. Geschieht das, sprechen wir von *interkultureller medialer Integration*. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass Migranten und ethnische Minderheiten nicht nur von den Medien angemessen präsentiert werden, sondern darüber hinaus im Medienpersonal angemessen repräsentiert sind, auch damit ihre besondere Sicht auf die Mehrheitsgesellschaft öffentlich werden kann. Obwohl die angemessene Repräsentation von Minderheiten in den Medien besser mit der in liberalen Demokratien garantierten Äußerungsfreiheit vereinbar ist als mehr oder weniger verbindliche Regulierungen der Medieninhalte, hapert es besonders beim Migrantenanteil an den Kommunikatoren. Der entsprechende Medienumbruch hat noch nicht stattgefunden, auch wenn der soziale Umbruch von der Kulturnation zur Einwanderungsgesellschaft, der faktisch längst vollzogen ist, dank politischer Aktivitäten endlich den erwähnten Umbruch des gesellschaftlichen Diskurses nach sich gezogen hat.

Die 13 Aufsätze dieses Bandes werden aber nicht nur durch den zentralen Begriff der interkulturellen medialen Integration zusammengehalten, wir haben jeweils zwei oder drei von ihnen um eine von fünf Kategorien des Integrationsdiskurses gruppiert: *Geschichte, Journalisten, Diskriminierung, Mehrheitsmedien* und *Ethnomedien*.

4 Vgl. Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2005): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 15-79.

Die Kategorie *Geschichte* ist konstitutiv für Forschungen, die das Ziel haben, Kulturphänomene deutend zu verstehen oder ursächlich zu erklären, denn solchen von Menschen hervorgebrachten Phänomenen ist eigentümlich, dass sie einem Wandel unterworfen sind, also Gewordenheit oder eben Geschichtlichkeit an sich haben. Kulturphänomene lassen sich nicht verstehen oder erklären, wenn man nicht weiß, woraus sie hervorgegangen sind, wenn man also ihren historischen Hintergrund nicht kennt. Was den historischen Hintergrund von Migrationsphänomenen und Integrationsproblemen in Deutschland betrifft, haben wir uns in Übereinstimmung mit dem Konzept des Siegener kulturwissenschaftlichen DFG-Forschungskollegs „Medien-umbrüche“ dem Umbruch um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sowie einem weiteren Umbruch Mitte des 20. Jahrhunderts zugewandt. Sowohl der Umgang der deutschen Presse mit den aus den Ostgebieten des Reichs ins Industrieviertel an Rhein und Ruhr zugewanderten Polen als auch die Berichterstattung über das deutsch-italienische Anwerbeabkommen von 1955 zeigt, dass die integrationsfreundliche Aufgeschlossenheit gegenüber Migranten, von der Politikerinnen und Politiker heute gern sprechen, in Deutschland weniger Tradition hat als es das neue deutsche Selbstverständnis als Einwanderungsgesellschaft eigentlich verlangt. Dass die ins Ruhrgebiet zugewanderten Polen als ethnische Gruppe in der Lokalberichterstattung deutscher Zeitungen vor dem Ersten Weltkrieg kaum vorkamen, zeigt ebenso wie die Bezeichnung italienischer Arbeitsimmigranten als „Fremdarbeiter“ – ein Ausdruck, der zuvor im NS-Regime gebräuchlich gewesen war –, dass die Idee der interkulturellen Integration früher in unserem Land nicht auf besonders fruchtbaren Boden gefallen ist. Offenbar prägte bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts hinein die Idee der ethnisch homogenen Kulturnation die Haltung gegenüber – ökonomisch durchaus notwendigen und offiziell erwünschten – Einwanderergruppen und ethnischen Minderheiten. Das musste von diesen als diskriminierend empfunden werden. In einem Land, in dem die Medien noch bis vor wenigen Jahrzehnten Migranten die kalte Schulter zeigten, kann es kaum verwundern, wenn Integrationsbemühungen auf soziale Widerstände stoßen und weniger erfolgreich sind, als es Menschenrechte und eine gedeihliche Entwicklung der Volkswirtschaft erfordern.

In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion über die Rolle der Massenmedien bei der Integration ethnischer Minderheiten besteht inzwischen auch in Deutschland Konsens darüber, dass eine angemessene Beteiligung von Journalisten mit Migrationshintergrund an der Medienproduktion eine wichtige, wenn auch keine hinreichende Voraussetzung für eine angemessene Präsentation der Minderheiten in den Medien ist. Daher befassen sich zwei der drei Beiträge unter der Kategorie *Journalisten* mit diesem Problem. Eine Totalerhebung unter allen deutschen Tageszeitungen, bei der die methodischen

Schwierigkeiten einer solchen Analyse zutage treten, zeigt, dass in einer großen Mehrheit der Zeitungsredaktionen die einheimischen Journalisten unter sich sind und dass die Journalisten mit Migrationshintergrund nur einen winzigen Anteil unter allen Zeitungsjournalisten ausmachen. Eine weitere explorative Studie skizziert Bemühungen um und Möglichkeiten zu einer besseren Beteiligung von Journalisten, die zugewandert sind oder aus einer Zuwandererfamilie stammen. Sie weist gleichzeitig auf viele Barrieren hin, die einer solchen Entwicklung im Wege stehen können. Wie wichtig Fortschritte in diese Richtung sind, macht die Befragung von deutschen Zeitungsjournalisten aus Nordrhein-Westfalen im dritten Beitrag deutlich: Einerseits sehen diese durchaus ihre besondere Rolle bei der Integration der ethnischen Minderheiten; andererseits recherchieren sie nur in Ausnahmefällen zur Situation der Migranten und zu deren Problemen, und nur wenige haben aus journalistischen Gründen den Kontakt zu Migranten oder Migrantenorganisationen gesucht.

Die Beiträge unter der Kategorie *Diskriminierung* widmen sich der Frage, ob sich das grundsätzliche Verbot, in journalistischen Berichten die ethnische Zugehörigkeit von Straftätern oder -verdächtigen zu nennen, tatsächlich integrationsfördernd auswirkt oder möglicherweise sogar ein Integrationshemmnis darstellt. Alle drei Untersuchungen zeigen, dass dieses Verbot aus diversen Gründen für Integrationsprozesse problematisch ist: Das Publikum neigt dazu, eine vermutete ethnische Zugehörigkeit zu ergänzen, wenn die Berichterstattung diese Information vorenthält. Und es lässt sich zeigen, dass Journalisten von fixierten Formulierungsverboten, die von einer Unmündigkeit des Publikums ausgehen, wenig halten und Antidiskriminierungsregeln dieser Art deshalb auch nur ungern befolgen. Eine mit der journalistischen Öffentlichkeitsaufgabe besser vereinbare Alternative wären eben medienpolitische Anstrengungen, für mehr Vielfalt im Medienpersonal zu sorgen. Wie das geschehen kann, wäre von den nordamerikanischen Einwanderungsgesellschaften zu lernen, womit ein in Kürze erscheinender fünfter Band des Projekts „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“ sich beschäftigen wird.⁵

Die beiden Inhaltsanalysen zu den *Mehrheitsmedien* vermitteln einen Eindruck davon, wie vielschichtig und auch widersprüchlich sich der Umbruch des politischen Diskurses vom „unerwünschten Ausländer“ zur „notwendigen Migration und Integration“ in den deutschen Mainstreammedien niedergeschlagen hat. Eine erstmals durchgeführte Längsschnittanalyse, die im Gegensatz zu den bisherigen Inhaltsanalysen die Veränderungen in den Medieninhalten quantitativ erfasst, kann belegen, dass sich in zwei Regionalzeitungen die „negativ verzerrte“ Darstellung der Migranten zwischen 1996 und 2006

5 Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2009): Medien und Integration in Nordamerika. Erfahrungen aus den Einwanderungsländern Kanada und USA. Bielefeld.

deutlich abgeschwächt hat. Insbesondere in den viel gelesenen Regionalteilen werden Migranten 2006 erheblich ausgewogener präsentiert als zehn Jahre zuvor und häufiger als engagierte Bürger und Nachbarn vorgestellt, die gut in Gesellschaft und Wirtschaft integriert sind. Anders sieht es beim Umgang der *Bild*-Zeitung und des *Spiegel*-Magazins mit Muslimen und dem Islam aus. Auch nach zwei Integrationsgipfeln und zwei Islamkonferenzen hat sich an der überwiegend einseitig-negativen Darstellung der Muslime und des Islam nichts verändert. Religion und Anhänger des Islam werden in beiden Medien weiterhin in einer fremd- und andersartigen, häufig gewaltbereiten Bedrohlichkeit, insbesondere im Zusammenhang mit fundamentalistischem Islamismus und Terrorismus, präsentiert – ein Bild, in dem sich die große Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime nicht wiederfinden kann. Offensichtlich führt der journalistische Kontakt mit der „konkreten Migrantenwirklichkeit vor Ort“ im Regionalteil der Zeitungen zu einer besseren medialen Integration als die Beschäftigung mit Migration und Integration aus der erfahrungsdünnen journalistischen Ferne.

Im letzten Teil des Bandes über *Ethnomedien* sind zwei Beiträge der türkischen Tageszeitung *Hürriyet* gewidmet. Eine Inhaltsanalyse der täglichen Europa-Seiten dieses Mediums erhärtet die mehrfach geäußerte Kritik an den segregativen Tendenzen ihrer Inhalte. Im Gegensatz zu den russischsprachigen Printmedien bietet *Hürriyet* ihren Leserinnen und Lesern so gut wie keine Integrationshilfen an; stattdessen fordert das Blatt die Bewahrung der türkischen Kultur in Deutschland ein sowie eine kritiklose Unterstützung der politischen Positionen der türkischen Regierung. Die überregionalen deutschen Tageszeitungen nehmen – wie der zweite Beitrag zeigt – häufig von *Hürriyet* Notiz. Sie kritisieren mehr oder weniger scharf deren nationalistischen Türkei-zentrismus und warnen davor, *Hürriyet* als Sprachrohr der türkischstämmigen Migranten in Deutschland anzusehen. Beide Studien konzentrieren sich auf ein problematisches Ethnomedium, das allerdings in seiner Bedeutung als mögliches Integrationshemmnis nicht überbewertet werden darf. Denn die Rezipientenanalyse unseres Projektes macht deutlich, dass die desintegrativen Tendenzen der türkischen Ethnomedien von einer großen Mehrheit der türkischstämmigen Migranten durchaus kritisch durchschaut werden.⁶ Der letzte Beitrag beleuchtet schließlich eine neue Facette der Ethnomedien, die der digitale Medienumbruch möglich gemacht hat – die Kommunikation über Wikis, Blogs und Online-Portale, durch die sich das World Wide Web zum so genannten Social Web entwickelte. Das Internet bietet den ethnischen Minder-

6 Vgl. Geißler/Weber-Menges (2009): Media Reception and Ideas on Media Integration among Turkish, Italian and Russo-German Migrants in Germany. In: Geißler/Pöttker 2009, wie Anmerkung 3, S. 27-43.

heiten einerseits neue Kommunikationsmöglichkeiten, weil traditionelle Zugangssperren zur medial hergestellten Öffentlichkeit entfallen. Andererseits unterliegt auch der Zugang zum Social Web – insbesondere der aktive Internetgebrauch – weiterhin deutlichen Zugangsbeschränkungen. Die Frage, welchen konkreten Beitrag das Social Web zur intra- und interkulturellen Kommunikation und zur Ausbildung hybrider Identitäten leisten kann, ist bisher kaum untersucht und stellt eine Herausforderung an die sozialwissenschaftliche Medienforschung dar.

Die Herausgeber danken denen, ohne die dieses Buch nicht hätte erscheinen können: allen seinen Autorinnen und Autoren⁷, den wissenschaftlichen und studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Projekts „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“, Lars Buschbaum, Sebastian Rehbach, Sandra Stahl sowie den Mitarbeiterinnen in den Sekretariaten in Dortmund und Siegen, Angelika Schomann und Christa Still, und der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie dem Sprecher des Siegener Forschungskollegs „Medienumbrüche – Medienkulturen und Medienästhetik zu Beginn des 20. und im Übergang zum 21. Jahrhundert“, Professor Dr. Peter Gendolla. Ein besonderer Dank geht auch wieder an unsere Kollegen in Nordamerika, Professor Dr. Augie Fleras (University of Waterloo, Kanada) und Professor Dr. Kenneth Starck (University of Iowa, USA), von denen wir mehr Anregungen erhalten haben, als dieses Buch erkennen lässt.

Dortmund und Siegen im November 2008

Rainer Geißler und Horst Pöttker

7 Bei Durchsicht des Autor(inn)enverzeichnisses könnte der Eindruck entstehen, dass es in Dortmund zwei Universitäten gibt; das ist nicht der Fall, die frühere Universität Dortmund hat sich zum 1. November 2007 in Technische Universität umbenannt.

Teil I:

Geschichte

Gescheiterte Integration?

Polnische Migration und Presse im Ruhrgebiet vor 1914

Wie sich Medien bei der Integration (oder Segregation) ethnischer Minderheiten verhalten, ist auch in der Rückschau eine bedeutsame Frage. Früheres Gelingen oder Scheitern des Zusammenlebens erlaubt nicht nur historisches Lernen, sondern vermittelt auch methodische und begriffliche Schärfung heutigen Zugangs. Unser kulturwissenschaftlicher Zugang zur Integration von Arbeitsmigranten vor 100 Jahren fragt danach, welchen Beitrag Medien bei der Verbindung der Teile einer Gesellschaft zu ihrem Ganzen (vgl. Pöttker 2005: 40f.) leisten oder versäumen können.

Das Beispiel der polnischen Einwanderer im Ruhrgebiet ist umso mehr für diese Frage geeignet, als die Ruhrpolen gern, insbesondere von Politikern, als Beleg für gelungene Integration herangezogen werden.¹ Doch taugen die Ruhrpolen zum Beweis erfolgreicher Integrationsgeschichte? Wir wollen uns besonders auf die Frage konzentrieren, welche Rolle Medien, damals fast ausschließlich die Presse, für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen deutscher Mehrheitsbevölkerung und polnischsprachiger Minderheit gespielt haben. Dabei geht es uns darum, wie sich die Medien von Mehrheit und Minderheit der Herausforderung Migration stellen und inwiefern sich Muster finden lassen, anhand derer heutige Medien Orientierung finden können.

1 Fragestellung und Methode

Das Standardwerk über die Ruhrpolen, die Habilitationsschrift des Sozialhistorikers Christoph Kleßmann (1978), hat bereits vor drei Jahrzehnten die Frage nach der Integration der polnischen Minderheit ins Zentrum der Analyse gestellt. Kleßmann nennt neben integrationsfördernden Faktoren wie der deutschen Staatsangehörigkeit der meisten Ruhrpolen, die nicht aus dem Aus-

1 So meinte Bundestagspräsident Norbert Lammert: „Die Integration der vielen polnischen Bergarbeiter ist damals nicht allein durch die Ökonomie gelungen, sondern, ohne großartige staatliche Programme, durch die Kultur – durch die Sprache und gemeinsame religiöse Orientierungen und kulturelle Traditionen“ („Apokalyptische Erfahrungen“ 2006: 191). Auch die Integrationsbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Maria Böhmer, verweist auf Hugenotten und Ruhrpolen als historische Beispiele gelungener Integration (zum Beispiel Böhmer 2006: 212).

land, sondern aus den agrarischen Ostgebieten des damaligen Deutschen Reichs ins Bergbau- und Industrierevier an der Ruhr eingewandert waren, auch eine Reihe von Umständen und Tendenzen, die desintegrativ gewirkt haben, etwa der durch die Teilung und fehlende Staatlichkeit Polens das ganze 19. Jahrhundert hindurch angeheizte polnische Nationalismus, der auf deutschen Chauvinismus traf. Pointierter als in seiner Habilitationsschrift hat sich Kleßmann später zur Frage des Gelingens oder Misslingens des Integrationsprozesses geäußert. Seine These war dabei, dass die nationale polnische Subkultur im Ruhrgebiet zunächst stabilisierend und langfristig assimilatorisch wirkte (Kleßmann 1984: 487).²

Kann man im Falle der Ruhrpolen wirklich von einem erfolgreichen Integrationsprozess sprechen? Dafür wird die Frage, wie viele der Migranten und ihrer Nachkommen in Deutschland geblieben sind und wie viele nicht, das wichtigste Kriterium sein. Von der Antwort auf diese Frage hängt dann die zweite ab, die auch für die heutige Medienpraxis von hohem Interesse ist: Wenn es sich um einen gelungenen Integrationsprozess handelt, dann können wir nach nachahmenswerten Strukturen und Praktiken in der damaligen Mainstream- und Ethnopresse schauen. Handelt es sich bei den Ruhrpolen dagegen um einen Fall von fehlgeschlagener Integration, dann müssen wir unser Augenmerk auf Strukturen und Praktiken richten, die Medien und Journalismus vermeiden sollten, wenn sie Integration fördern wollen.

Es ist unschwer einzusehen, dass sich unser Begriff einer Integration, durch die kulturelle Verschiedenheiten zwischen den das Ganze der Gesellschaft bildenden Bevölkerungssegmenten nicht angetastet werden, vom Begriff „Assimilation“, der kulturelle Homogenität zur Bedingung von gesellschaftlicher Ganzheit macht, wesentlich unterscheidet. Noch deutlicher wird dieser Unterschied, wenn man den Begriff der „Interkulturellen medialen Integration“ verwendet, den wir speziell auf die Thematik Medien und Migration zugeschnitten haben (vgl. Geißler 2005: 73-76). Diese Begrifflichkeit steht aber nicht nur in Kontrast zum Konzept der Assimilation, sondern auch zu dem der Segregation bzw. zu Vorstellungen, die im Hinblick auf Migranten und ethnische Minderheiten auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt verzichten und stattdessen zum Beispiel allein den Begriff der (individuellen oder kulturellen) „Identität“ in den Mittelpunkt stellen. In jedem Integrationsansatz, auch in unserem bewusst nicht auf Homogenität, sondern auf wechselseitiges Wissen und Kommunikation über Verschiedenheit hinweg zielenden Konzept hat die Frage Priorität: Wie ist Gesellschaft möglich? Wir verbinden sie allerdings mit der Idee, dass die Identität des Individuums oder

2 Ähnlich argumentieren Micus/Walter (2006) – eine „Parallelgesellschaft“ trage zur schrittweisen Integration bei.

der Gruppe zu respektieren ist. In diese Betrachtungsweise spielt die Prämisse hinein, dass Gesellschaftlichkeit, die die Identität von Individuen oder Gruppen zerstört, auf die Dauer selbst keinen Bestand haben kann.

Was die Methode betrifft, passt sie sich den Gegenständen der einzelnen Abschnitte an. Im ersten Abschnitt, der Aufschluss geben soll, ob die Integration der Ruhrpolen erfolgreich verlaufen ist oder nicht, analysieren und interpretieren wir bereits vorhandene Daten, Dokumente und Literatur. In den beiden folgenden Abschnitten, die der Berichterstattung der deutschen Lokalpresse sowie der polnischen Ethnopresse nebst deren selektiver Übersetzung durch die deutsche Überwachungsbehörde gewidmet sind, stellen wir Ergebnisse einer eigenen, quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse von historischem Zeitungsmaterial vor. Im letzten Abschnitt schließlich deuten wir diese Analyseergebnisse aus interaktionistischer Perspektive im Hinblick auf den die Ruhrpolen betreffenden Integrationsprozess. Uns geht es dabei nicht um historische Medienkritik, sondern um strukturelle Einsichten, aus denen Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen sind.

2 Polnische Migranten im Ruhrgebiet

Von der Reichsgründung 1871 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 verzehnfachte sich die Menge der im Ruhrgebiet geförderten Steinkohle, während die Belegschaft der Zechen um rund das Siebenfache wuchs. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund brachten im Jahre 1870 52.160 Bergleute 11.813.000 Tonnen Kohle hervor, während es im Jahre 1913 bereits 401.715 Bergarbeiter und Grubenbeamte waren, die 110.765.000 Tonnen förderten. Damit war der Höchststand sowohl des Produktionsumfangs als auch der Produktivität im Ruhrbergbau erreicht, der zwischen 1914 und 1924 nicht wieder erreicht wurde, am wenigsten unmittelbar nach dem Krieg im Jahre 1919, als die Fördermenge rapide auf weniger als 70 Millionen Tonnen der für wirtschaftlichen Wiederaufbau und Reparationsleistungen dringend benötigten Kohle sank (vgl. Kleßmann 1978: 263f.).

Das Industrialisierungswunder an der Ruhr wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht zwischen 1880 und dem Ersten Weltkrieg Hunderttausende von Polen aus den vier preußischen Ostprovinzen Posen, Schlesien, Westpreußen und Ostpreußen um besserer Lebenschancen willen ihre Heimat verlassen hätten und ins westfälische Bergbaurevier (ebenfalls preußisch) eingewandert wären. Über 99 Prozent der damaligen polnischen Migranten besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit, sodass für die Identifizierung dieser ethnischen Minderheit neben dem eigenen Geburtsort oder dem der Eltern weiche und

wechselhafte Kriterien wie die Sprache oder die Religion³ herangezogen werden müssen. Keine großen Abweichungen zeigen sich zwischen den Datenangaben der deutschen und der polnischen Literatur, auch weil sich die beiden Standardwerke von Christoph Kleßmann hier, Krystyna Murzynowska (1979) da zum erheblichen Teil auf dieselben Quellen stützen.⁴ Ungeachtet diverser Unschärfen ergibt sich folgendes grobes Bild:

Jahr	Menschen polnischer Abstammung	Polnisch Sprechende (nach Kleßmann 1978)	Polnisch Sprechende (nach Murzynowska 1979)
1870	10		
1880	40		
1890	122	32	36
1900	333	127	143
1910	497	274	304 (preußische Statistik) 406 (Provinzialstatistik)
1912			457

Abbildung 1: Polen aus den deutschen Ostprovinzen im Ruhrgebiet (in Tausend)⁵

Neben der wesentlich höheren Angabe in der Provinzialstatistik zeigt sich hier eine gewisse Tendenz des deutschen Autors, die polnische Bevölkerung im Ruhrgebiet kleiner zu schätzen als die polnische Autorin.

Wenn man die zwischen 1910 und 1914 fortgesetzte Zuwanderungsbewegung berücksichtigt, ist anzunehmen, dass am Vorabend des Ersten Weltkriegs zwischen 450.000 und 550.000 Menschen mit polnischem Migrationshintergrund in den preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen lebten, davon eine überwältigende Mehrheit im Ruhrgebiet. Als Anhaltspunkt kann man sich etwa eine halbe Million Ruhrpolen am Höhepunkt der Zuwanderung merken, was dem Umfang der jüdischen Minderheit im gesamten Deutschen Reich entsprach.

3 Die polnischen Migranten waren durchgehend katholisch, während die einheimischen Westfalen jeweils zur Hälfte in Protestanten und Katholiken zerfielen. Eine Ausnahme bildete die in sich geschlossene Gruppe der protestantischen, monarchistisch eingestellten Masuren aus Ostpreußen, die etwa ein Drittel der Einwanderer stellte (vgl. Kleßmann 1978: 262).

4 Im Wesentlichen die zentralen statistischen Jahrbücher für den Preußischen Staat einerseits und die verwaltungsinternen Daten der Provinzen Westfalen und Rheinland andererseits, wobei es zwischen offizieller preußischer Statistik und Provinzialstatistik durchaus nennenswerte Abweichungen gibt.

5 Nach Kleßmann (1978: 37, 260) und Murzynowska (1979: 25, 30f.).

Kreise im Ruhrgebiet	1890		1910	
	absolut	%	absolut	%
Recklinghausen Stadt	716	5,1	12.404	23,1
Recklinghausen Land	3.988	5,8	40.847	15,7
Dortmund Stadt	626	0,7	9.722	4,5
Dortmund Land	1.699	2,2	26.024	12,2
Bochum Stadt	1.120	2,4	6.269	4,6
Bochum Land	2.038	2,7	10.834	9,0
Gelsenkirchen Stadt	1.930	6,9	15.065	8,9
Gelsenkirchen Land	7.964	7,1	25.383	17,7
Herne Stadt	2.121	15,2	12.364	21,6
Hamborn Stadt	27	0,6	17.432	17,1
Essen Stadt	211	0,3	3.805	1,3
Essen Land	1887	1,2	17.699	6,4

Abbildung 2: Polnische Bevölkerung (ohne Masuren und Doppelsprachige) in den polenreichsten Kreisen des Ruhrgebiets⁶

Die regionale Verteilung der polnischen Zuwanderung auf das Ruhrgebiet war ungleichmäßig. Das Zentrum der frühesten polnischen Arbeitsmigration in den 1870er-Jahren war Bottrop. Später konzentrierte sich die polnische Bevölkerung auf die Regionen um Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen und Essen, wobei der Anteil in den jeweiligen Landkreisen erheblich höher lag als in den Städten. Eine Ausnahme davon machte Recklinghausen, wo die Stadt 1910 mit 23,1 Prozent (12.000) den höchsten polnischen Anteil aller Kreise des Ruhrgebiets überhaupt hatte, während der Kreis Recklinghausen Land mit 15,7 Prozent relativ betrachtet darunter lag. Absolut gesehen lebten hier mit 41.000 allerdings mehr Polen als in jedem anderen Kreis des Ruhrgebiets, sodass Recklinghausen eindeutig den Schwerpunkt der polnischen Migranten bildete (vgl. Kleßmann 1978: 267). Die Kreise Recklinghausen Stadt und Land hatten 1910 zusammen 313.869 Einwohner, davon 53.251 Polen, also mehr als jeder sechste.⁷ Und mindestens 10 Prozent der Ruhrpolen lebten kurz vor dem Ersten Weltkrieg in Recklinghausen und Umgebung.

Hinsichtlich der Sozialstruktur der polnischen Minderheit ist bemerkenswert, dass in der Anfangsphase zwar überwiegend unverheiratete junge Männer oder verheiratete Bergleute ohne ihre Familien zuwanderten. Die rasche Zunahme des weiblichen Anteils an der polnischen Bevölkerung im Ruhrgebiet zeigt jedoch, dass viele ihre Bräute oder Familien bald nachziehen ließen

⁶ Nach Kleßmann (1979: 267).

⁷ Eigene Berechnungen nach den Angaben bei Kleßmann (1979: 267).

bzw. sich an Ort und Stelle mit Frauen verheirateten, die aus den Ostprovinzen stammten. 1907 betrug in den großen Städten der Frauenanteil unter den Zugewanderten aus Ostpreußen (Masuren) bereits 84 Prozent der Männer, unter den aus Westpreußen stammenden 68 Prozent und unter den aus Posen gekommenen immerhin 50 Prozent (vgl. Kleßmann 1978: 41). Bis zum Ersten Weltkrieg hatte ein weitgehender Ausgleich des Zahlenverhältnisses von Männern und Frauen unter den Ruhrpolen stattgefunden.

Jahr	Männer	Frauen	Frauen auf 100 Männer
1890	25.539	10.145	39,5
1900	88.745	53.969	60,8
1905	120.266	84.421	70,2
1910	171.892	131.930	76,7

Abbildung 3: Zahlenverhältnis von Männern und Frauen unter den im Ruhrgebiet lebenden Polen⁸

Gleichzeitig stieg der Anteil der im Ruhrgebiet geborenen Polen von knapp 7 Prozent 1890 auf über 32 Prozent 1910 (vgl. Murzynowska 1979: 33), und ähnlich wie bei den eingewanderten ethnischen Minderheiten heute war die Kinderzahl, die bei den Bergarbeitern ohnehin über dem Reichsdurchschnitt lag, bei den Polen und Masuren noch besonders hoch (vgl. Kleßmann 1978: 42).

Aus dem Gesamtbild dieser Daten lässt sich schließen, dass die große Mehrheit der am Vorabend des Ersten Weltkriegs im Ruhrgebiet lebenden Polen ursprünglich nicht beabsichtigt hat, in den von Großgrundbesitz, ländlicher Stagnation, Massenarmut und Germanisierungspolitik (vgl. Broszat 1972: 129-172) geprägten Osten zurückzukehren, sondern in der sich dynamisch entwickelnden Bergbau- und Industrieregion an Rhein und Ruhr ihre Zukunftsperspektive sah. Besonders hoch war die Integrationsbereitschaft bei den Masuren, aber auch die Emigranten aus Posen, Westpreußen und Oberschlesien dürften in großer Mehrheit zu einem Leben im industrialisierten Westen entschlossen gewesen sein.

Die meisten haben diesen Entschluss auch in die Tat umgesetzt, allerdings bei weitem nicht alle dauerhaft im deutschen Industrierevier an Rhein und Ruhr. Folgt man Kleßmann und Murzynowska, die sich dabei auf die offizielle preußische Statistik stützen, sinkt die Zahl der nur oder überwiegend polnischsprechenden Menschen mit Migrationshintergrund im Ruhrgebiet bzw. in den Provinzen Rheinland und Westfalen zwischen 1910 und 1925 rapide von

⁸ Nach Murzynowska (1979: 36).

304.000 auf 82.000 (vgl. Kleßmann 1978: 261), also auf nur noch etwa ein Viertel. Dies kann nicht allein oder im Wesentlichen auf den zwischenzeitlichen Erwerb der deutschen Sprache zurückgeführt werden, denn die Zahl der Zweisprachigen steigt in derselben Zeitspanne lediglich von 25.000 auf 54.000, also um 29.000, während die Zahl der nur polnisch Sprechenden dramatisch von 249.000 auf 15.000, also insgesamt 234.000 oder fast das Zehnfache der Zunahme der Zweisprachigen abstürzt.⁹

Tatsächlich ging die Zahl der im Ruhrgebiet lebenden Menschen mit polnischem Migrationshintergrund bis Mitte der 1920er-Jahre erheblich zurück, wobei exakte Angaben zum Umfang der Rück- und Abwanderungsbewegung aufgrund der Unterschiedlichkeit diverser statistischer Quellen „so gut wie unmöglich“ (Kleßmann 1978: 156) sind. Als wichtigster Grund dafür, dass viele ursprünglich durchaus integrationsbereite Polen das Ruhrgebiet wieder verließen, wird oft die Wiederherstellung des polnischen Staates betrachtet, aus der ein Optionsrecht für Polen deutscher Reichsangehörigkeit über 18 Jahren, die in Deutschland ihren Wohnsitz hatten, resultierte. Die Frist für entsprechende Optionsanträge endete am 10. Januar 1922. Allen Personen, die bis dahin für Polen optiert hatten, stand es frei, innerhalb eines Jahres ihren Wohnsitz nach Polen zu verlegen. Dabei konnten sie ihr gesamtes bewegliches Vermögen zollfrei mitnehmen (vgl. Kleßmann 1978: 156).

Nach übereinstimmenden deutschen und polnischen Schätzungen lebten im Jahre 1921 noch etwa 300.000 bis 400.000 Menschen mit polnischem Migrationshintergrund im Rheinland und in Westfalen.

Die Führung der ruhrpolnischen Organisationen rechnete damit, dass von diesen rund zwei Drittel vom Optionsrecht Gebrauch machen würden. Realistischer beurteilte der Bochumer Polizeidirektor die Situation. Er schätzte die Zahl der Optanten auf 100.000-150.000 (Kleßmann 1978: 157).

Tatsächlich reduzierte sich die Gesamtzahl der Polen im Ruhrgebiet bis 1923 auf ca. 230.000, wie von der polnischen Gesandtschaft geschätzt wurde, und bis 1929 nach Angaben des polnischen Konsulats in Essen auf ca. 150.000, also höchstens ein Drittel der vor dem Ersten Weltkrieg erreichten Zahl.¹⁰ Auch wenn dabei erhebliche statistische Unschärfen in Kauf zu nehmen sind, ist also von einem sehr starken Rückgang der polnischen Bevölkerungsgruppe

9 Eigene Berechnungen nach den Angaben bei Kleßmann (1978: 261).

10 Vgl. Kleßmann (1978: 165). Bei diesen Angaben ist allerdings zu berücksichtigen, dass die „Kriterien, wer als Pole, wer als Masure gezählt und wer zu Deutschen gerechnet wurde“ (Kleßmann 1978: 165) in den 1920er-Jahren sowohl auf polnischer als auch auf deutscher Seite zu verschwimmen beginnen.

infolge Abwanderung auf einen Bruchteil ihrer Stärke vor dem Ersten Weltkrieg im Laufe der 1920er-Jahre auszugehen.

Der Regierungspräsident von Arnsberg beklagte sich Ende 1922 darüber, dass die Abwanderung der Polen mit wirtschaftlichen Problemen für den Ruhrbergbau und Deutschland insgesamt verbunden war, weil das plötzliche Fehlen von Hauern die Kohleförderung nachhaltig negativ beeinflusste (vgl. Kleßmann 1978: 162). Es ist jedoch ein Irrtum, wenn diese Probleme und die sie bewirkende Unwilligkeit vieler Ruhrpolen, in Deutschland zu bleiben, auf eine Rückkehrwelle nach Polen zurückgeführt wird, die durch die Besinnung auf die nationale Identität infolge der Restitution des polnischen Staats hätte motiviert sein können. Denn die durch das Optionsrecht ausgelöste Rückkehrwelle war erheblich niedriger, als sowohl von polnischer als auch von deutscher Seite erwartet worden war. Kleßmanns realistische Abschätzung der verfügbaren statistischen Quellen ergibt eine Größenordnung von 30.000 bis höchstens 40.000 Optanten inklusive Familienmitgliedern für Polen im gesamten Ruhrgebiet.

Diese relativ niedrige Zahl dürfte nicht zuletzt auf die öffentlich von der polnischen Regierung verbreitete Aufforderung zurückzuführen sein, nur diejenigen sollten für Polen optieren, die bis zum 10. Januar 1923 tatsächlich nach Polen zurückkehren wollten, alle übrigen sollten dagegen ihre deutsche Staatsbürgerschaft behalten (Kleßmann 1978: 159).

Im Übrigen hatte die polnische Regierung wenig für die Rückkehr der Optanten getan, sodass die Zahl der tatsächlichen Remigranten noch erheblich unter derjenigen lag, die von ihrem Optionsrecht formal Gebrauch gemacht hatten.

Stattdessen spricht alles dafür, dass der rapide Rückgang der ruhrpolnischen Bevölkerung in den 1920er-Jahren auf die Ab- bzw. Weiterwanderung vieler unzufriedener Bergleute und ihrer Familien nach Lothringen und in andere französische und belgische Grubenreviere, wahrscheinlich in einem kaum abzuschätzenden Umfang aber auch in die USA, zurückzuführen ist (vgl. Abb. 4).

Jahr	Polnische Bevölkerung im Ruhrgebiet	Abwanderung bis dahin	Davon in die polnische Heimat	Davon nach Frankreich, Belgien, USA
1914	500	50	20	30
1921	350	150	80	70
1923	230	270	70	200
1929	150	350	40	310

Abbildung 4: Abwanderung der polnischen Minderheit aus dem Ruhrgebiet in den 1920er-Jahren (in Tausend)¹¹

Nimmt man mit Kleßmann an, dass die Gruppe der in Deutschland bleibenden, hier gut integrierten Ruhrpolen Ende der 1920er-Jahre „nur noch rund ein Drittel des Vorkriegsstandes ausmachte“ (Kleßmann 1978: 193), von den übrigen aber höchstens 40.000 nach Polen zurückkehrten, dann ergibt sich die Schlussfolgerung, dass mindestens die Hälfte, also rund 250.000 Polen, im Laufe der 1920er-Jahre aus dem Ruhrgebiet in andere hoch industrialisierte Länder wie Frankreich, die USA oder Großbritannien, zu einem gewissen Teil möglicherweise auch in andere deutsche Regionen weitergewandert sind.

Fragt man nach den Motiven dafür, ergibt sich ein Bündel von infrage kommenden Faktoren, etwa die Anfang der 1920er-Jahre schlechte gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland, Bergbaukrise und Ruhrbesetzung sowie die Anwerbung durch die französischen Grubensyndikate, die im Dezember 1921 im Schutz der französischen Rheinlandtruppen in Duisburg sogar ein reguläres Werbebüro eingerichtet hatten (vgl. Kleßmann 1978: 162). Allerdings hatte es schon „vor dem Ersten Weltkrieg [...] in den nordfranzösischen Städten Barlin, Lens, Lalange, Dechy und D’Arenberg etwa 12.000 aus dem Ruhrgebiet stammende polnische Bergarbeiter gegeben“ (vgl. Kleßmann 1978: 161), zu einer Zeit der wirtschaftlichen Blüte und ohne die sonstigen, durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg verursachten, schwierigen Bedingungen in Deutschland. Für das Problem der massenweisen Ab- und Weiterwanderung der Ruhrpolen, das die deutsche Wirtschaft unmittelbar tangierte und unter diesem Aspekt auch von den Ministerien und Regierungspräsidenten diskutiert wurde, zumal die qualifizierten polnischen Bergarbeiter kurzfristig nicht ersetzbar waren (vgl. Kleßmann 1978: 152f.), muss es daher noch weitere Gründe geben. Einen entscheidenden Hinweis darauf gibt Kleßmann schon 1978, indem er im Zusammenhang mit den erfolgreichen Anwerbeaktionen der französischen Grubensyndikate im besetzten Ruhrgebiet auf einen „fatalen Zirkelmechanismus“ hinweist:

11 Nach Kleßmann (1978: 161-168).

Die Erfahrung der feindseligen Haltung der deutschen Bevölkerung bestimmte offenbar etliche Polen, dem Werben der Besatzungsmacht nachzugeben, jeder bekannt gewordene Einzelfall verschärfte andererseits das bestehende Misstrauen gegenüber den Polen insgesamt (Kleßmann 1978: 164).

Bei der Frage, wie es zu der feindseligen Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber den Polen kam, wird man auch untersuchen müssen, ob überhaupt und gegebenenfalls wie die polnische Minderheit in der deutschen Presse schon in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg dargestellt wurde und wie die eigene Presse der Polen darauf reagiert hat. Das soll im Folgenden geschehen.

Vorher sei jedoch festgehalten, dass man angesichts des offenkundigen Mangels an Bleibebereitschaft bei vielen Ruhrpolen in den 1920er-Jahren hier kaum von einer erfolgreichen Integration sprechen kann. Als gelungener Integrationsprozess stellt sich die Eingliederung der Ruhrpolen in die deutsche Gesellschaft nur dann dar, wenn man sie von heute aus, also aus der *Perspektive der Dagebliebenen*, betrachtet. Zudem war der geschrumpfte Rest der Ruhrpolen, soweit er noch an der polnischen Sprache und anderen kulturellen Identitätsmerkmalen festhielt, unter der NS-Diktatur einem starken Assimilationsdruck ausgesetzt. „Tatsächlicher und potentieller Terror, aber stellenweise auch die Anziehungskraft der Volksgemeinschaftsideologie trugen dazu bei, den Assimilationsprozess erheblich zu beschleunigen“ (Kleßmann 1978: 194). Man kann also allenfalls von einer am Ende durch Zwang beschleunigten Assimilation einer Minderheit der Ruhrpolen sprechen, während die Mehrheit der Migranten nicht zuletzt aufgrund ihrer mangelnden Integration Deutschland wieder verlassen hat, was für die deutsche Gesellschaft insgesamt vor allem ökonomische, aber auch politische Probleme mit sich gebracht hat. Betrachtet man den Prozess nicht vom Ende, sondern *vom Anfang her*, handelt es sich um ein Beispiel für *fehlgeschlagene Integration*, von dem vor allem zu lernen ist, welche Fehler gemacht werden (können), wenn es gilt, Migranten und andere ethnische Minderheiten in eine moderne Gesellschaft einzubeziehen. Als Verantwortliche für solche Fehler kommen im Prinzip alle gesellschaftlichen Institutionen in Betracht, von der Politik über Wirtschaft und Bildung bis zur Kultur. Im Folgenden soll von den *Medien* und ihren typischen Fehlern in Integrationsprozessen am Beispiel der Ruhrpolen vor dem Ersten Weltkrieg die Rede sein.

3 Die Ruhrpolen in der deutschen Lokalpresse

Eine halbwegs systematische Analyse, welches Bild die Presse der deutschen Mehrheitsgesellschaft, insbesondere die Regional- und Lokalzeitungen, von der

polnischen Minderheit gezeigt hat, gibt es bisher nicht. Wenn diese Presse als Quelle für historische Studien über die Ruhrpolen verwendet wird, wie es zum Beispiel Burghardt (2000) getan hat, dann werden lediglich einzelne Artikel zur Illustration bestimmter Aspekte herangezogen, etwa zur Frage der Seelsorge in polnischer Sprache und damit zusammenhängenden Kirchenvorstandswahlen oder Ernennungen von Geistlichen (vgl. Burghardt 2000: 407f).

Für eine systematische Inhaltsanalyse bietet es sich an, die *Recklinghäuser Zeitung* auszuwählen, die in dem uns interessierenden Zeitraum vor dem Ersten Weltkrieg täglich als *Ämtliches Kreisblatt für den Stadt- und Landkreis Recklinghausen* vom Verlag J. Bauer herausgegeben wurde, nachdem sie vom 7. März 1831 bis zum 15. Mai 1895 als *Wochenblatt für den Kreis Recklinghausen* erschienen war. Denn Recklinghausen war die „polenreichste Stadt“ im Ruhrgebiet und hat sich auch selbst so bezeichnet. Wenn also die polnische Minderheit in der Lokalpresse thematisiert worden ist, dann sind Belege dafür vor allem in dieser Zeitung zu erwarten.

Stadt- und Landkreis Recklinghausen hatten 1910 zusammen etwa 314.000 Einwohner. Davon waren 53.000 oder 17 Prozent Polen, die sich in den Siedlungen der Zechen „Clerget“ (Recklinghausen I), „General Blumenthal“ und „König Ludwig“ im Bereich Recklinghausen-Süd ballten, in den der Stadtteil Recklinghausen-Bruch 1904 umbenannt worden war. „Clerget“ und „König Ludwig“ gehörten zu den so genannten „Polenzechen“ mit über 50 Prozent polnischer Belegschaft, an der Spitze lag „König Ludwig“ mit 80 bis 85 Prozent, während auf „General Blumenthal“ etwa ein Drittel aus dem Osten zugezogene Bergleute beschäftigt waren (vgl. Burghardt 2000: 403-405).

Genaue Zahlen zur damaligen Auflage der *Recklinghäuser Zeitung* liegen nicht vor. Einer Eigenanzeige vom November 1912 zufolge hatte sie zu diesem Zeitpunkt notariell geprüfte 12.516 Abonnenten (vgl. *Recklinghäuser Zeitung*, 16.11.1912). Vermutlich wird der Anteil polnischer Leser gering gewesen sein, da die Zuwanderer über eine eigene Presse in polnischer Sprache verfügten. Laut der Eigenanzeige gab es in den Polenbezirken Recklinghausen-Süd und „König Ludwig“ nur geringen Postbezug der Zeitung. Zieht man den Polenanteil an der Gesamtbevölkerung von Stadt und Land Recklinghausen ab und berücksichtigt die damals erheblich höhere Zahl von Personen pro Haushalt, wird die *Recklinghäuser Zeitung*, die sich selbst als das verbreitetste Blatt der Region bezeichnete, von mindestens einem Drittel, höchstens der Hälfte der etwa 250.000 Menschen umfassenden deutschen Bevölkerung Recklinghausens mehr oder weniger regelmäßig und intensiv gelesen worden sein. Für das Wissen der einheimischen Mehrheit über die polnischen Migranten und für ihre Einstellungen zu dieser ethnischen Minderheit, und das heißt für die Qualität des hier infrage stehenden interkulturellen Integrationsprozesses, kommt der Berichterstattung dieses Blattes also eine erhebliche Bedeutung zu.



Der Entschluss zu einer systematischen Inhaltsanalyse mag obsolet gewesen sein. Denn der erste und wichtigste Eindruck ist, dass die polnische Minderheit, obwohl sie doch fast 20 Prozent der Menschen in der Region ausmacht, über die berichtet wird, im umfangreichen Lokalteil der *Recklinghäuser Zeitung* kaum explizit vorkommt. Im durchaus vorhandenen, in manchen Ausgaben

¹² Im Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund, einer der größten deutschen Zeitungssammlungen, waren die Jahrgänge um 1900 dieser durchaus exemplarischen und insofern bedeutenden Lokalzeitung des rheinisch-westfälischen Industrierevierts bisher nicht archiviert. Dankenswerterweise hat das Medienhaus Bauer uns seine Mikrofilme zur Verfügung gestellt.

geradezu opulenten redaktionellen Lokalteil „Stadt- u. Landkreis Recklinghausen“ wurde nach expliziten Erwähnungen der polnischen Minderheit gesucht, ohne fündig zu werden, wenn man nicht das gelegentliche Auftauchen slawischer Namen¹³ in Meldungen über Unglücks- und Kriminalfälle dazu zählen will. Eine das Persönlichkeitsrecht schützende berufsethische Regel, nach der in solchen Fällen nicht identifizierend berichtet werden soll, hat es in der journalistischen Kultur damals offenbar noch nicht gegeben. Am 19. Januar heißt es zum Beispiel im Lokalteil:

Waltrop, achtzehnter Jan. Auf der Zeche Waltrop verunglückte gestern bei seinen Berufsarbeiten der Bergmann Karl Zicharski. Er erlitt einen Beinbruch und mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden.

Eine explizite Thematisierung von Problemen oder auch nur der Anwesenheit der polnischen Minderheit dagegen findet nirgends statt, auch nicht dort, wo sie aufgrund von Gegenstand oder Ort der Berichterstattung zu erwarten wäre. Kein Wort beispielsweise über den ökonomischen Hintergrund der Arbeitsmigration. Und anstatt Probleme des Zusammenlebens offen anzusprechen, werden diese zwischen den Zeilen versteckt. Durch die bloße Erwähnung des Namens wurden den Lesern Schlüsse über die Ruhrpolen nahegelegt, wie in folgendem Bericht (18. Februar 1913):

Recklinghausen Süd, 18. Febr. Seit Wochen fiel es einigen Hühnerbesitzern an der Farnstraße sehr auf, daß ihre Hühner trotz warmen Ställen und guter Fütterung, bester Pflege und milder Witterung nur wenig Eier legten. Obwohl die Tiere sehr lebhaft gackerten, in der Regel ein Zeichen fleißigen Eierlegens, hatte man beim Durchsuchen der Ställe selten den erwarteten Erfolg. Gestern klärte sich plötzlich diese dunkle Angelegenheit auf. Als der Bergmann Karl Gläser gestern mittag in seinem Stalle nachsehen wollte, wieviel Eier seine Hühner gelegt hatten, traf er den Eiermarder in Gestalt des schulpflichtigen Riaseczky, Farnstraße 19 wohnend, bei frischer Tat. Er hatte das frisch gelegte Ei in der Hand, ließ es aber fallen und wollte dann durch die mit einem Lattengerüst versehene Tür ins Freie dringen, woran ihn aber Gläser hinderte. Als man nun den Uebeltäter fragte, wie er in den Stall komme und was er da wolle, gab er prompt zu Antwort, er habe sich verstecken wollen, andere Jungen wollten ihn verhauen. Nach und nach erst bequeme er sich, einzugestehen,

13 Eine ergänzende Vollerhebung des ersten Quartals 1913 der *Recklinghäuser Zeitung*, für die wir Sarah Hubrich danken, hat ergeben, dass von 183 Meldungen mit vermutlichem Polenbezug dieser in 167 Fällen nur aus slawischen Namen abzuleiten ist, das Wort „polnisch“ also Seltenheitswert hat.

daß er schon mehrmals Eier aus dem Stalle geholt habe, auch habe er schon Eier von der Mühle bei Pötter geholt, wobei er denn noch einige Mittäter nannte. – Man braucht sich nicht sehr über die Verschlagenheit und Verlogenheit dieser Lümmel zu wundern, wenn man sieht, daß sie sich bis 9 und 10 Uhr abends, Zigaretten rauchend und allerlei Unfug treibend, in den Straßen herumtreiben. Die größte Schuld trifft die Eltern, und sie werden sich ihrer Verantwortlichkeit wieder besser bewußt werden, da Anzeige erstattet und Strafantrag gestellt wurde.

Dem zeitgenössischen Leser wurde selbst überlassen, welche Ressentiments er aus dieser Art von Erfüllung der journalistischen Chronistenpflicht zu ziehen hatte. Dass in Artikeln über den besonders polenreichen Ortsteil Recklinghausen-Süd soziale Themen, etwa die Einrichtung eines Kinderheims (RZ, 03.04.1912) oder die Freigabe eines Feuerwehrrübungsplatzes für Sportaktivitäten „an Sonntagnachmittagen für den katholischen Jünglingsverein“ (RZ, 03.04.1912), ohne explizite Nennung der Migranten aufgegriffen wurden, so dass das kundige Publikum den ethnischen Hintergrund nur ahnen konnte, haben wir so häufig gefunden, dass die Interpretation als mehr oder weniger bewusste redaktionelle Tabuisierung sich aufdrängt.

Kenntlich für das Publikum werden die Migranten vor allem dort, wo es unvermeidlich ist, nämlich in den „Zivilstands-Nachrichten“ der Standesämter und der umfangreichen und offiziösen Berichterstattung über Stadtverordnetensitzungen und Gremienwahlen, bei denen die Polen mit eigenen Listen antraten. So gibt das Standesamt Recklinghausen-Süd am 03.04.1912 folgende Geburten bekannt:

E i n S o h n: Eisenbahnwerkstättenarbeiter Andreas Zalcsinski, Bergm. Wilhelm Jentoch, Bergm. Aegidius Lurzsak, Bergm. Adalbert Kowalzewski, Bergm. Johann Matcia, Bergm. Johann Madry, Buchhändler Stanislaus Starkiewicz;

E i n e T o c h t e r: Bergm. Vinz. Garca, Holzarbeiter Johann Jancyk, Eisenbahnarbeiter Peter Reckhemke, Anstreicher Rudolf Kieszlich, Bergm. Joh. Machinski, Schlosser Wilhelm Koch, Bergm. Josef Giezek, Bergm. Joh. Elsner, Bergm. Franz Szudra, Bergm. Franz Stachorski, Bergm. Andreas Bartkiewicz.

Die amtliche Mitteilung vermittelt einen zutreffenden Eindruck von der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung in diesem Ortsteil, während die journalistische Lokalberichterstattung ihn vermissen lässt. Die andere Variante ist die Erwähnung polnischer Organisationen in Mitteilungen über Wahlergeb-

nisse. In einem zitierenden Bericht über eine öffentliche Stadtverordneten-sitzung war zu lesen:

Am sechsten und siebten Dezember vorigen Jahres fanden die Neuwahlen sämtlicher Beisitzer der Kammer Ost-Recklinghausen des Berggewerbegerichts statt. Die Wahlbeteiligung bei den Arbeitern betrug rund 50 Prozent. Von den gewählten Arbeitern gehören fünf dem Verbands Deutscher Bergarbeiter, drei der Polnischen Vereinigung und eins dem Verbands christlicher Bergarbeiter an. Von den früheren Arbeiterbeisitzern ist keiner wiedergewählt worden (RZ, 03.04.1912).

Das ist dann aber auch alles. Zur Nichtthematisierung der polnischen Ethnizität im Lokalteil gehörte, dass diese wie oben erwähnt in der Berichterstattung über Straftaten und Unfälle nur durch Namensnennung in Erscheinung trat. Eine explizite ethnische Kennzeichnung von Tätern oder Tatverdächtigen fand in aller Regel nicht statt. Die Richtlinie 12.1 des heute geltenden Pressekodex, die Journalisten grundsätzlich verbietet, die Zugehörigkeit von Kriminellen zu Minderheiten zu erwähnen, um Diskriminierungen vorzubeugen, wäre nach unserem Eindruck damals nicht nötig gewesen, sie wurde wegen der allgemeinen Tabuisierung des Themas polnische Migration ohnehin befolgt. Darin mag man sogar ein integrationsförderndes Moment sehen, wobei allerdings fraglich bleibt, ob nicht die Leser aufgrund des örtlichen oder sachlichen Zusammenhangs von berichteten Straftaten bewusst oder unbewusst assoziative Vermutungen hatten, die auch unzutreffend gewesen sein können. Aus diesem Grund ist auch heute noch gegenüber einer Antidiskriminierungsregel, die bestimmte Formulierungen kontextunabhängig ausschließt und dem Journalisten keinen Verantwortungsspielraum lässt, Skepsis angebracht.¹⁴

Wo durch Namensnennung polnische Ethnizität zu vermuten ist, fällt den Genannten in der Berichterstattung ganz überwiegend die Rolle von Tätern oder Beschuldigten zu, hier für das erste Quartal 1913 (vgl. Abb. 6):

14 Vgl. die Beiträge von Mohr/Bader/Wicking, Müller und Pöttker in diesem Band.

Art des Berichts (Rolle)	Anzahl	Anteil
Gerichtsbericht (Beschuldigter)	35	19,1%
Gerichtsbericht (Geschädigter)	3	1,6%
Polizeibericht (Beschuldigter)	45	24,6%
Polizeibericht (Geschädigter)	19	10,4%
Unfallbericht (Verletzter)	61	33,3%
sonstige	20	10,9%
Summe	183	100,0%

Abbildung 6: Slawische Namen (vermutliche Polen) in der *Recklinghäuser Zeitung* vom 01.01.-31.03.1913

Um dies als endgültigen Nachweis einer negativen Stereotypisierung betrachten zu können, wären allerdings Vergleiche mit der sozialen Realität (wie groß war der Anteil der polnischen Minderheit an der tatsächlichen Kriminalität?) und mit den entsprechenden Rollen von Trägern deutscher Namen in der Berichterstattung notwendig.

Da um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert mit dem Aufkommen von Film und Kino sowie der drucktechnischen Tauglichkeit der Fotografie ein Medienumbruch stattfand, der auf eine zunehmende Visualisierung öffentlicher Informations- und Unterhaltungsangebote hinauslief, haben wir nicht nur Texte gelesen, sondern uns auch die optische Gestaltung der *Recklinghäuser Zeitung* angeschaut. Vielleicht kamen die polnischen Migranten hier vor? Fotografien gab es 1912 in der *Recklinghäuser Zeitung* noch nicht, aber in allen Ressorts, vor allem der internationalen Politik, mit dem auch schon damals eine deutsche Lokalzeitung wie die *Recklinghäuser* meistens aufmachte, zahlreiche Zeichnungen und Karten. In den 24 Ausgaben¹⁵ des zufällig ausgewählten künstlichen Monats 1912 haben wir insgesamt 109 solche Illustrationen gefunden, durchschnittlich 4,5 pro Ausgabe. Keine davon befasst sich in irgendeiner Weise auch nur entfernt mit dem Thema polnische Migration, obwohl das angesichts zahlreicher gezeichneter Personenporträts und Kartenübersichten durchaus möglich gewesen wäre. Die Nichtthematisierung im Text setzt sich also in der leicht fasslichen Optik fort. Allenfalls bei den Anzeigen Dritter finden sich gelegentlich groß gedruckte polnische oder jedenfalls slawisch klingende Firmennamen, aber das gehört nicht zur Wahrnehmung der ethnischen Minderheiten durch den damaligen Lokaljournalismus der Mehrheit, sondern zur öffentlichen Selbstpräsentation der Minderheit. Wenn jemand die Tabuisierung der zugewanderten ethnischen Minderheit in der lokalen Öffentlichkeit der Mehrheitsgesellschaft durchbricht, dann sind es nicht Journalisten, sondern

15 Die *Recklinghäuser Zeitung* erschien sechsmal in der Woche.

es sind Behörden, politische Institutionen und ein Teil der Migranten selbst, der sich aus ökonomischem Interesse ein Stück Öffentlichkeit kauft.

Für die Frage, ob den polnischen Migranten jenseits ihrer generellen Tabuisierung in der Lokalpresse der deutschen Mehrheit nicht doch Attribute zugeschrieben wurden, was eine Grundlage für Stereotypen bilden kann, muss man sich angesichts der Tabula rasa der Alltagsberichterstattung nach besonderen Ereignissen umsehen, bei denen die Thematisierung der Polen sich kaum vermeiden ließ. Solche Ereignisse waren zum Beispiel die so genannten „Herner Krawalle“ vom Juni 1899, bei denen polnische Bergarbeiter erstmals als besondere Gruppe auftraten, weil jugendliche Ungelernte besonders von einer Erhöhung der Beiträge für die Knappschaft betroffen waren (vgl. Kleßmann 1978: 75), oder die Bergarbeiterstreiks von 1889, 1905 und 1912. Bereits 1889, in einer frühen Phase der Migration, als sich ein polnischer Nationalismus unter den mit positiven Lebenshoffnungen gekommenen, weitgehend unpolitischen Zuwanderern aus den Ostprovinzen noch kaum herausgebildet hatte, berichtete die zu dieser Zeit noch als *Wochenblatt für den Kreis Recklinghausen* betitelte Zeitung in einem die polnische Minderheit diffamierenden und gegen sie aufhetzenden Ton, der auch damit zu tun haben mag, dass hier polnische Klassenkämpfer und deutsche Streikbrecher von der Zeitung gegenübergestellt wurden:

Bottrop, achter Mai. In der Nähe des neuen Schachtes von Zeche „Prosper“ hat gestern Nachmittag eine großartige Prügelei zwischen Bergarbeitern stattgefunden. Etwa zwanzig in der hiesigen Gegend eingesessene Bergleute, welche angefahren waren und von der Schicht zurückkehrten, wurden von den in der Nähe der Zeche herumlungenden polnischen Arbeitern, deren Zahl bis über achtzig answoll, angegriffen. Eine vollständige Schlacht entwickelte sich, als die Deutschen sich auf ein in der Nähe gelegenes Gehöft zurückzogen, wo sie sich mit Heugabeln, Schüppen und Spaten bewaffneten und die Polen in die Flucht schlugen. An bedeutenden Verletzungen hat es dabei nicht gefehlt und wurde auch den einschreitenden Gendarmen thätlich Widerstand geleistet, sodaß eine größere Zahl von Tumultuanten mit Hülfe des Militärs festgenommen werde mußte (RZ, 11.05.1889).

Zwei Tage später wird diese Berichterstattung mit ähnlichem Inhalt und in ähnlichem Ton fortgesetzt:

Bottrop, zwölfter Mai. Eine Anzahl deutscher Bergleute wurde von einer großen Menge polnischer Arbeitscollegen auf der Landstraße überfallen und mit Knütteln hart bearbeitet. Die Polen waren ergrimmt, dass ihre Collegen sich nicht sofort am Streike betheiligt hat-

ten. Einer der Angreifer namens Bernatzi erhielt einen Revolverschuß in den Rücken, doch ist die Wunde nicht lebensgefährlich. Ein in der Nähe des Thatortes wohnender Landmann feuerte mehrere Flintenschüsse ab, um das Militär aufmerksam zu machen (RZ, 13.05.1889).

Dass ein Deutscher einem Polen in den Rücken geschossen hat und nicht umgekehrt, geht im ethnozentrischen Wortgetümmel hier schon fast unter. Man muss sich daran erinnern, dass alle Beteiligten, auch die streikbereiten polnischen Bergleute, die die Zechen wegen des Arbeitskräftemangels angeworben hatten, deutsche Staatsbürger waren. Bemerkenswert ist diese frühe Zuschreibung von Gewaltbereitschaft an die zugewanderte Minderheit in der Lokalpresse vor allem deswegen, weil deren Attribuierung bei den „Herner Krawallen“ zehn Jahre später erweitert wurde zur Warnung nun auch der überregionalen und nationalen Presse, zum Beispiel der konservativen, alldeutschen *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*, vor einer Überfremdung und Bedrohung der deutschen Ordnung durch die angeblich zu Streik und Kriminalität neigenden polnischen Zuwanderer (vgl. Kleßmann 1978: 75-82). Kleßmann (1978: 79) dazu:

In ähnlicher Manier wie bei Streiks und Unruhen war ein Teil der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere alldeutsche Kreise, geneigt, in der Entwicklung der Kriminalitätsstatistik im Industrieviertel einen Beleg für die ‚polnische Gefahr‘ zu sehen und den Slawen einen biologischen Hang zum Verbrechen anzulasten. Auch hier wurde [...] kaum nach den tiefer liegenden Ursachen bestimmter Kriminalitätsentwicklungen gefragt. Seit Ende der 80er Jahre war ein deutliches Ansteigen der Kriminalität in Rheinland-Westfalen offenkundig.

Überregionale und nationale Zeitungen konnten es sich leisten, die polnische Migration ins Ruhrgebiet als Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu behandeln und von der jeweiligen Position aus zu kommentieren, weil sie ohnehin parteiliche Gesinnungsblätter mit einem auf politische Sympathisanten reduzierten Publikum waren. Eine Lokalzeitung wie die *Recklinghäuser Zeitung* konnte das schon damals nicht, weil sie aus ökonomischen Gründen darauf aus sein musste, das ganze Publikum mit allen Schichten und politischen Positionen in ihrem Einzugsbereich zu erreichen. Dies wird nicht der unwichtigste Grund für die Tabuisierung des konfliktgeladenen Themas in der Lokalberichterstattung gewesen sein. Am Anfang haben Zeitungen wie die *Recklinghäuser* durch die Verbreitung von Ressentiments aber auch Keime für die späteren Konflikte gelegt, was auch mit der Unbedarftheit ihrer damals noch kaum ausgebildeten journalistischen Mitarbeiter zu tun gehabt haben kann.

Es ist wohl erst das Zusammenwirken von *abstrakter Stereotypisierung* der polnischen Minderheit durch eine an den Herrschaftsdiskurs gebundene politische Presse einerseits und *Ignoranz gegenüber dem Alltag* dieser Minderheit und damit deren Ausschluss von den konkreten Erfahrungsmöglichkeiten der Deutschen auf Seiten der Lokalpresse andererseits, die den Anteil der Mehrheitsmedien an einem *kulturellen Klima der gegenseitigen Verdächtigung und Ablehnung* ausgemacht hat, an dem die Integration gescheitert ist. Doch betrachten wir vor einem Fazit zunächst die Medien der polnischen Minderheit sowie deren Wahrnehmung durch die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft.

4 Die Presse der Ruhrpolen und die deutschen Kontrollbehörden

Den ins Ruhrgebiet eingewanderten Polen deutscher Nationalität stand ein umfangreiches Angebot polnischsprachiger Zeitungen zur Verfügung, also das, was wir heute bei Türken, russischsprachigen oder anderen Migrantengruppen „Ethnomedien“ nennen (vgl. Müller 2005). Zwar erschienen die meisten dieser Blätter in den vier von Polen bewohnten Ostprovinzen,¹⁶ das in Rheinland-Westfalen am meisten gelesene unter ihnen war die *Gazeta grudziądzka* aus Graudenz, die 1911 allein im Oberpostamtsbezirk Dortmund über 5000 Abonnenten hatte. Die höhere Auflage der von Ruhrpolen gelesenen polnischen Zeitungen entfiel jedoch auf Blätter, die im Ruhrgebiet selbst erschienen. Das älteste und wichtigste unter ihnen war der *Wiarus Polski* (wahlweise zu übersetzen als „Polnischer Rechtgläubiger“, „– Landmann“, „– Getreuer“ oder sogar „– Kämpfer“), der bereits 1891 auf Anregung des polnischen Episkopats von dem westpreußischen Geistlichen Dr. Franciszek Liss gegründet worden war, um die ländlichen Auswanderer vor den modernen Einflüssen der industriellen Großstädte, vor allem der Sozialdemokratie, zu schützen (vgl. Abb. 7). Seit 1893 wurde der *Wiarus* durch Jahrzehnte von seinem Eigentümer Johannes Brejski geleitet und geprägt, der aus dem anfangs politisch harmlosen religiösen Blättchen zielstrebig ein radikales nationalpolnisches Organ machte, das seinen Einfluss unter den zunächst politisch noch weitgehend gleichgültigen polnischen Bergarbeitern auszubreiten suchte (vgl. Kleßmann 1974).

16 1911 wurden im Oberpostamtsbezirk Dortmund insgesamt 63 polnische Blätter aus dem Osten abonniert, von denen in den drei Bezirken Dortmund, Münster und Düsseldorf zusammengekommen 21.211 Exemplare zugestellt wurden.

Abbildung 7: Kopf des *Wiarus Polski*

Jan Brejski und sein Bruder Anton, zeitweilig leitender Redakteur des *Wiarus Polski*, spielten auch bei der politischen Organisation der Migranten im 1894 gegründeten „Polenbund“ und weiteren ethnischen Interessenverbänden und Gewerkschaften eine entscheidende Rolle. Sie haben die Zeitung nach dem Muster der damals in Deutschland vorherrschenden Gesinnungspresse eng mit diesen Organisationen verbunden. Kleßmann (1974) bezeichnet sie daher als „Zentralorgan und Organisationszentrum der Polen im Ruhrgebiet“. Der *Wiarus* wurde in Bochum redigiert, gedruckt und vertrieben und hatte 1911 eine Auflage von etwa 9000, die fast ausschließlich an Abonnenten ging. Sein wichtigster Konkurrent war der 1909 von den ehemaligen *Wiarus*-Mitarbeitern Kwiatkowski und Pankowski in Herne gegründete *Narodowiec* („Der Nationale“), der wie der *Wiarus* anfangs dreimal in der Woche, später täglich erschien, ebenfalls extrem nationalpolnisch ausgerichtet war und 1911 eine Auflage von 3000 erreichte, von denen 2700 abonniert waren (vgl. Kleßmann 1974: 390 und 1978: 280). Daneben erschienen im Ruhrgebiet noch streng katholische Blätter wie der *Tygodnik Maryański* („Marianisches Wochenblatt“) und gewerkschaftliche Zeitungen wie *Głos Górnika* („Stimme des Bergmanns“), die aber nur wöchentlich oder zweimal im Monat herauskamen und für Mitglieder der jeweiligen Vereinigung teilweise unentgeltlich waren. Bemerkenswert ist die Schwäche der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Richtung unter den im Ruhrgebiet erscheinenden polnischen Zeitungen wie unter den dort arbeitenden Bergleuten.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs hat die Gesamtauflage der in der rheinisch-westfälischen Industrieregion von polnischen Kommunikatoren für polnische Rezipienten in polnischer Sprache herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften zwischen 50.000 und 70.000 Exemplaren betragen. Das ist bezogen auf die polnische Gesamtpopulation von etwa einer halben Million zwar

eine geringere Zeitungsdichte als zum Beispiel in der deutschen Bevölkerung heute, wo auf etwa drei Einwohner ein Zeitungsexemplar kommt. Aber es ist auch nicht wenig, wenn man bedenkt, dass es sich um eine ursprünglich ländlich geprägte Bevölkerungsgruppe mit relativ niedrigem Bildungsniveau handelte und dass es nahezu an die gegenwärtige Zeitungsdichte in Ländern wie Frankreich oder Belgien herankommt. Offenbar gab es innerhalb der ethnischen Minderheit der Ruhrpolen das Bedürfnis, untereinander in der Muttersprache und auch sonst auf vertraute Weise zu kommunizieren, was sicherlich zur Verstärkung einer kulturell definierten Gruppenidentität beigetragen hat.

Dass es dabei nicht nur um den Gebrauch der Muttersprache, sondern auch um die Spezifik der kommunizierten Inhalte und die Möglichkeit ging, sich mit den Kommunikatoren zu identifizieren, zeigt der relative Misserfolg von Versuchen deutscher Verleger, den Migranten eine Presse in polnischer Sprache anzubieten. 1903 versuchte das der katholische Dortmunder Zeitungsverleger der *Tremonia* und Zentrumsabgeordnete Lambert Lensing mit dem Ziel, „ein Gegengewicht gegen den ‚Wiarus‘ zu bilden und die bei der Reichstagswahl von 1903 abgebrochenen Beziehungen zwischen Zentrum und Polen wiederherzustellen“ (Kleßmann 1978: 107), indem er das Wochenblatt *Przewodnik na obczyźnie* („Führer in der Fremde“) herausgab.

Obwohl das Blatt zeitweilig 2000 Abonnenten gewann, auch direkte Unterstützung durch den deutschen Klerus im Ruhrgebiet erhielt und sogar der Kultusminister den Verkauf des Blattes an einen Posener Verleger zu verhindern suchte, mußte es wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten eingestellt werden (Kleßmann 1978: 107f.).

Wirtschaftliche Schwierigkeiten sind in der Publizistik meist auf kommunikative Defizite zurückzuführen. Nicht anders erging es dem 1904 ebenfalls in Dortmund gegründeten *Dziennik Polski*, der sogar von einem ehemaligen Redakteur der Posener Zeitung *Kurjer Poznański* herausgegeben und von polnischen Geistlichen unterstützt wurde, die doppelte Frontstellung gegen den zentrumsfreundlichen „Führer in der Fremde“ und den nationalpolnischen *Wiarus* aber nicht lange durchhalten konnte und zwei Jahre später wieder eingestellt wurde (vgl. Kleßmann 1978: 108).

Zeitung	Erscheinungsort	Erscheinungsweise	Tendenz	Auflage	Abos
Im Ruhrgebiet					
<i>Wiarus Polski</i>	Bochum	täglich	radikal national-polnisch	9.000	8.500
<i>Tygodnik Maryański</i>	Bochum	wöchentlich	religiös	5.000	4.500
<i>Głos Górnika</i>	Bochum	2x im Monat	gewerkschaftlich-nationalpolnisch	30.000	
<i>Gazeta Górnicza</i>	Bochum	wöchentlich	gewerkschaftlich-sozialdem.	3.000	
<i>Narodowiec</i>	Herne	täglich	radikal national-polnisch	3.500	2.700
Aus dem Osten					
<i>Gazeta Grudziądzka</i>	Graudenz				5.200
<i>Postęp</i>	Posen				400
<i>Katolicki</i>	Posen				500
<i>Sokół</i>	Posen				1.000
Summe der Abos					21.200

Abbildung 8: Größere polnische Zeitungen („Ethnopresse“) im Ruhrgebiet (1911)¹⁷

Wie überlegen die schon etablierte, radikalpolnische Presse solchen aus parteipolitischen Gründen um Ausgleich zwischen Deutschen und Polen bemühten Spätgründungen war, zeigt sich am *Wiarus Polski* und seinem Imitat *Narodowiec*, die nicht nur den Ersten Weltkrieg überdauerten, sondern sogar in den 1920er-Jahren der Masse der ins nordfranzösisch-belgische Industrieviertel weiterwandernden Polen folgten. Der *Wiarus* kam in Lille als Wochenzeitung für polnische Bergarbeiter mit einer Unterbrechung durch die deutsche Besetzung von 1923 bis 1961 heraus (vgl. Kleßmann 1974: 397), der „Nationale“ zog 1924 nach Lens und ist dort noch Ende der 1970er-Jahre erschienen (vgl. Kleßmann 1978: 108).

Dass die beiden wichtigsten polnischen Zeitungen nach Jahrzehnten ihres Erscheinens in Bochum und Herne ihrem nach Frankreich und Belgien abwanderndem Publikum hinterhergezogen sind und dort weitere vier bis sechs Jahrzehnte ihre Leserschaft finden konnten, ist im Übrigen ein weiterer Beleg für das enorme Ausmaß der Sekundärmigration von Ruhrpolen in den 1920er-Jahren, das seinerseits das Scheitern des Integrationsprozesses in Deutschland anzeigt.¹⁸ Wenn so viele Migranten ein Aufnahmeland nicht etwa in Richtung

17 Nach Kleßmann (1978: 280-282).

18 Untersuchungen zur medialen Integration der Polen in Frankreich unter Berücksichtigung der polnischen Presse dort würden unser Projekt sinnvoll ergänzen.

der Heimat, sondern in Richtung einer weiteren Fremde wieder verlassen, dass ihre Zeitungen ihnen folgen (müssen), lässt sich von einem Hineinwachsen der Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft gewiss nicht sprechen. Zur Integration der Ruhrpolen haben ihre Ethno-Blätter nicht beigetragen. Sie haben nämlich so ziemlich gegen alles publizistisch gekämpft, was interkulturelle Integration ausmacht, bei der nachfolgende freiwillige Assimilation nicht ausgeschlossen ist: das Erlernen der deutschen Sprache, Einkaufen in deutschen Geschäften, Mischehen insbesondere zwischen polnischen Männern und deutschen Frauen, Abonnements und Lektüre deutscher Zeitungen, mit einem Wort: die verschiedenen Formen interkultureller Kontakte und Kommunikation zwischen polnischer Minderheit und deutscher Mehrheit im Alltag. Besonders im katholischen *Wiarus Polski* schlangen dabei auch aggressive Töne gegenüber einer anderen ethnischen Minderheit, den Juden, mit. So heißt es am 01.10.1912 in einer von sieben Männern mit polnischen Familiennamen aus Castrop unterzeichneten Erklärung, die der *Wiarus* veröffentlicht hat:

Es wird uns zum Vorwurf gemacht, daß in unsern Häusern statt einer polnischen Zeitung, deutsche ‚General-Anzeiger‘ zu finden seien. Wir haben der Redaktion des ‚Viarus Polski‘ durch Quittungen den Beweis erbracht, daß wir polnische Zeitungen abonnieren. Wenn die Landsleute ein Mitglied unsers Vereins kennen, das eine deutsche Zeitung abonniert, so mögen Sie uns dessen Namen nennen. Wir werden dann dafür sorgen, dass auch dieses Mitglied polnische Zeitungen abonniert. Es ist unser Bestreben, jedes Mitglied unsers Vereins zu einem tüchtigen Polen zu erziehen. [...] Ihr habt den polnischen Handel verteidigt und am Tage aus voller Kehle geschrien: Ein Jeder zu den Seinigen, abends aber die ‚Importhäuser‘ besucht und die Juden, zum Beispiel Arnheim und Löwenstein in Herne, mit eurem Gelde unterstützt, obwohl wir in Castrop ein großes polnisches Kurzwarengeschäft haben. Wenn man euch nach den Gründen dieser Handlungsweise fragte, so habt ihr euch damit ausgedrückt, daß man beim Juden die Ware billiger kaufen könne (Der Polizei-Präsident 1912: 383).

Und im *Narodowiec* konnten die Abonnenten am 04.10.1912 in einem Bericht über ein Fest des „St.-Michael-Vereins“ in Ickern lesen:

Es wurde geklagt, dass noch viele unserer Brüder in feindlichen Vereinen umherirren und auch polenfresserische Zeitungen abonnieren. Die Landsleute lesen diese Zeitungen sowieso nicht, sie abonnieren sie nur deshalb, weil sie wenig aufgeklärt sind oder weil die Agitatoren den Landsleuten deutsche Blätter mit Gewalt in die Hand drücken. Tun wir es auch so, drücken wir polnische Zeitungen unseren Lands-

leuten in die Hand, und wir werden Wandel schaffen. Hat schon jemand von uns einmal einen Deutschen gesehen, der polnische Zeitungen liest oder diese unterstützt? Sicherlich nicht! Sehen wir, teure Landsleute! Dies sollte für uns ein Vorbild und eine Lehre sein. Entfernt, liebe Brüder und liebe Schwestern, die ekelhaften Blätter aus euren Häusern. Die Deutschen vertreiben uns nicht nur von unsern Häusern, nein, sie rotten aus unseren Herzen alles aus, was uns heilig und teuer ist. Laßt uns daher als treue Söhne des Vaterlandes auf dem Posten stehen. Mögen deutsche Blätter keinen Zutritt zu unsern polnischen Häusern haben, mögen sie unsere Jugend nicht vergiften (Der Polizei-Präsident 1912: 384).

Am 12.06.1913 erschien im *Wiarus Polski* ein nahezu blasphemischer Text unter dem Titel „Zehn Gebote für Polen“, der den Migranten unter anderem befahl:

Ich bin Polen, dein Vaterland [...]. Du sollst kein anderes Vaterland haben neben mir. [...] Beschmutze nicht die Muttersprache durch Anwendung fremder Worte und Redensarten, denn die polnische Sprache ist reich wie keine andere auf der Welt. [...] Du sollst mir meine Kinder nicht stehlen [...]. Verbiете ihnen, untereinander deutsch zu sprechen und sprich niemals selbst mit ihnen deutsch. [...] Du sollst nicht begehren ein Weib fremder Nationalität, sondern dich nur mit einer Polin verheiraten (zit. nach Kleßmann 1974: 394-396).

Im Übrigen ist den polnischen Zeitungen im Ruhrgebiet zu entnehmen, dass es auch schon vor dem Ersten Weltkrieg eine Weiterwanderung der Polen nach Lothringen gab. Am 09.10.1912 veröffentlichte der *Wiarus Polski* unter der Überschrift „Die Polen in Frankreich“ folgende Warnung:

Sehr viele Polen, besonders aus Oberschlesien, verlassen die Heimat und reisen ohne vorherige Information nach Frankreich ab. Selbstverständlich fallen sie dort meist einem traurigen Los zum Opfer, da die französischen Zechen nur Arbeiter aus Rheinland und Westfalen einstellen. Der Arbeitsverdienst ist nicht besser als in Westfalen. Es ist uns hier [in Frankreich] einzig die Gewissensfreiheit garantiert, das heißt daß wir einen polnischen Lehrer, eine polnische Lehrerin und einen eigenen Seelsorger haben. Auch den Vereinen ist jegliche Freiheit gewährt. Die Sokolturner dürfen sogar auf dem Markt üben. Die Arbeit ist hier nicht so gesundheitsschädlich, weil die Kohlen gasfrei sind. Dagegen ist der Arbeitsverdienst hier schwankend (Der Polizei-Präsident 1912: 388).

Interessant daran ist nicht nur der sich abzeichnende Interessengegensatz zwischen Ruhrpolen einerseits und der polnischen Bevölkerung in den heimatischen Ostgebieten andererseits. Aufschlussreich ist auch, dass sich die Abwanderung nach Lothringen offenbar nicht auf bessere Verdienstmöglichkeiten dort zurückführen lässt, sondern auf größere kulturelle Freiheiten wie Schulunterricht und Seelsorge in polnischer Sprache oder Entfaltungsfreiheit für polnische Vereine. Die zitierte Stelle ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Wanderung der Migranten nach Frankreich und das Scheitern des Integrationsprozesses nicht zuletzt mit dem kulturellen Anpassungsdruck zusammenhängen, dem die Polen in Deutschland ausgesetzt waren.

Bereits an den oben zitierten Stellen wird deutlich, dass der integrationshemmende polnisch-katholische Nationalismus, dessen sich die erfolgreichsten Ethnomedien der Ruhrpolen befleißigten, zumindest auch eine Reaktion auf die Germanisierungspolitik der deutschen Seite war, die mit dem Begriff des „Hakatismus“ etikettiert wurde. Das Wort ist abgeleitet von den Namen der Vorsitzenden des „Ostmarkenvereins“ Hansemann, Kennemann und Tiedemann und war eine verbreitete Chiffre für die auch vom „Alddeutschen Verband“ und vielen deutschen Behörden, Parteien und Presseorganen verfolgten Bemühungen, die kulturelle Besonderheit der Polen im Osten des Deutschen Reichs wie im Ruhrgebiet durch obrigkeitliche Maßnahmen zu unterdrücken und auf die Dauer zu beseitigen.

Der wichtigste, fast idealtypische Vertreter des Hakatismus für das Ruhrgebiet war der seit 1889 amtierende Oberpräsident der Provinz Westfalen, Heinrich Konrad von Studt, der vorher eine Verwaltungslaufbahn in den Ostprovinzen absolviert hatte und von 1899 bis 1907 preußischer Kultusminister war. Von Studt legte am 31.10.1896, also zu einer Zeit, als der polnische Nationalismus als politische Bewegung sich unter den Ruhrpolen noch kaum entfaltet hatte, eine Denkschrift vor, in der das Programm des Hakatismus in aller Deutlichkeit formuliert wurde (zit. nach Kleßmann 1978: 84):

Scharfe Überwachung der Agitation und Vereinsthätigkeit, Fernhaltung nationalpolnischer Geistlicher, Beschränkung des Gebrauchs der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen, ausschließlich deutsche Schulbildung, das werden die Mittel sein, mit denen das Polenthum im Westen der Monarchie [...] der Germanisierung zugeführt wird.

Ein wichtiges Presseorgan, das hakatistische Positionen vertrat, war die *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, deren Herausgeber Theodor Reismann-Grone Mitbegründer und führendes Mitglied des „Alddeutschen Verbandes“ war. Aber auch bei sozialdemokratischen Blättern fehlte es nicht an antipolnischen Tö-

nen. Am 23.04.1907 zitierte der *Wiarus Polski* unter dem Titel „Das wahre Antlitz der Sozialdemokraten“ aus dem *Bochumer Volksblatt* einen Artikel, der gleichzeitig die Konkurrenz zwischen einheimischen und eingewanderten Bergarbeitern um Arbeitsplätze und Löhne als materiellen Hintergrund antipolnischer Äußerungen von sozialdemokratischer Seite erkennbar macht. Der *Wiarus* gab folgende Sätze aus dem *Volksblatt* wieder (zit. nach Kleßmann 1974: 393):

Wir kennen Leute, die man im Jahre 1899 aus der Polakei hergeschleppt hat, die die deutsche Sprache kaum konnten und die doch nach wenigen Monaten als Vollhauer beschäftigt wurden, während die Einheimischen jahrelang als Schlepper und Lehrhauer arbeiten mußten. Erst als es sich allzu oft wiederholte, daß Leute, die erst vor kurzem die Mistgabel, ihr bisheriges Handwerksgerät, fortgelegt hatten, zu Vollhauern gemacht wurden, erließ die Bergbehörde die Vorschrift, nach der in Stellen, die eine gewisse Verantwortung tragen, nur solche Arbeiter beschäftigt werden dürfen, die die deutsche Sprache beherrschen.

Das Zitieren der Gegenseite, um die integrationshemmende eigene Position zu begründen, beherrschten freilich nicht nur die polnischen Zeitungen im Ruhrgebiet. Vor allem beflößigten sich deutsche Behörden dieser Methode, um den nationalpolnischen Kulturseparatismus zu kontrollieren und seine Gefährlichkeit für das deutsche Gemeinwesen nachzuweisen.¹⁹ Schon seit 1897 übersetzte das Regierungspräsidium Arnsberg Artikel aus dem *Wiarus Polski* und ließ diese Übersetzungen in ca. 100 Exemplaren drucken, um sie an lokale Verwaltungs- und Polizeidienststellen, Kirchengemeinden usw. zur Information zu versenden. Seit 1907 wurde diese Übersetzungspraxis auf andere ruhrpolnische Blätter erweitert und 1909 von der in diesem Jahr gegründeten Bochumer „Zentralstelle für Überwachung der Polenbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“ übernommen. Diese Übersetzungen aus westfälischen und anderen polnischen Zeitungen wurden nun in einer Auflage von 170 Exemplaren gedruckt und regelmäßig wöchentlich an 110 Dienststellen verschickt (vgl. Kleßmann 178: 86f.). Ihr geheimdienstlich anmutender Zweck bestand vor allem darin, eine Überwachung der polnischen Vereinstätigkeit durch frühzeitige Bekanntgabe von Veranstaltungsankündigungen zu ermöglichen.

19 Für die Öffentlichkeit waren die diversen Auflagen des *Polenspiegels* gedacht, in Buchform wurden „reichsfeindliche“ Äußerungen der polnischen Ethnopresse systematisch zusammengestellt (zum Beispiel Wagner/Vosberg 1908).

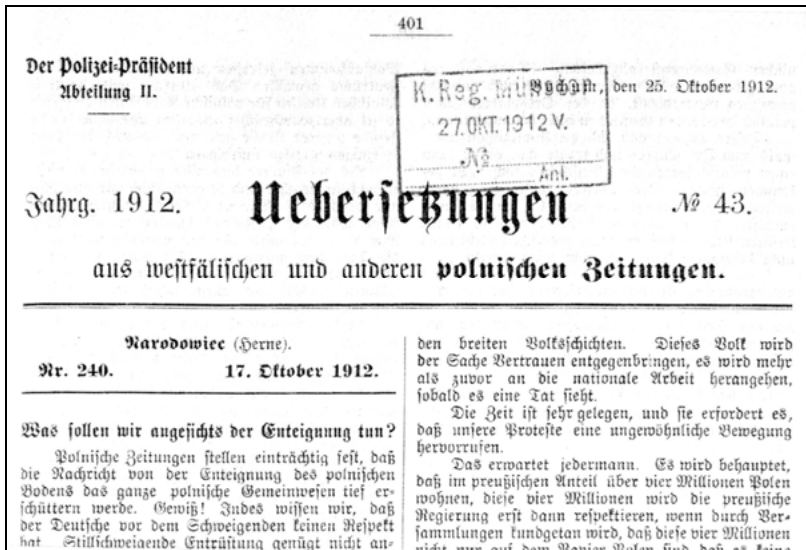


Abbildung 9: Kopf der *Übersetzungen aus westfälischen und anderen polnischen Zeitungen*

Von Anfang an enthielten die Übersetzungen aber nicht nur Vereinsnachrichten, sondern daneben auch Artikel aus der ruhrpolnischen Presse, die geeignet waren, deutschen Verwaltungsbeamten, Politikern, Geistlichen usw. vor Augen zu führen, wie separatistisch und gefährlich die polnische Minderheit mit ihren Vereinen und Zeitungen für die Mehrheitsgesellschaft war. Über der Nummer eins der Übersetzungen vom 4. Januar 1898 prangte der aus dem *Wiarus Polski* ins Deutsche übersetzte Leitspruch: „Polnische Eltern! Lehret eure Kinder polnisch sprechen, lesen und schreiben! Der ist kein Pole, wer seinen Nachkommen deutsch zu werden erlaubt.“

Es ist nicht ohne methodische Pikanterie, dass bisher alle Aussagen über die Ethnopresse der Ruhrpolen von deutschen Wissenschaftlern – den Standardautor Christoph Kleßmann, aber auch uns selbst nicht ausgenommen –, auf diesen Übersetzungen deutscher Kontrollbehörden beruhen. Vermutlich sind die Übersetzungen nicht gefälscht, obwohl auch das nicht völlig ausgeschlossen ist. Die nötige Skepsis betrifft aber weniger die philologische Richtigkeit der Übersetzungen als die Auswahl der übersetzten Texte. Es ist durchaus möglich, dass der Eindruck einer stark ausgeprägten nationalpolnischen Tendenz in den erfolgreichen Zeitungen *Wiarus Polski* und *Narodowice* sich abschwächen würde, wenn man statt der aus hakatistischer Perspektive selektiv vorgenommenen deutschen Übersetzungen die polnischen Originale zugrundelegte. Hier bleibt noch einiges an interkultureller inhaltsanalytischer Arbeit zu erledigen.

5 Fazit: Die Presse im Prozess des Scheiterns der Integration

Wenn, wie oben gezeigt, die Integration der Ruhrpolen vom Anfang her betrachtet als gescheitert gelten muss, ist nun zu fragen, ob unser Einblick in die Presse der Mehrheit wie der ethnischen Minderheit am Vorabend des Ersten Weltkriegs Erklärungen dafür liefert, warum so viele polnische Migranten der deutschen Aufnahmegesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg wieder den Rücken gekehrt haben, teilweise in Richtung alte Heimat, zum größten Teil aber in Richtung Nordamerika und vor allem Frankreich und Belgien. Für dieses Phänomen der sekundären Abwanderung gegen die Interessen der Aufnahmegesellschaft liefert die Betrachtung der damaligen Medien durchaus plausible Gründe. Denn die Presse der deutschen Mehrheit wie der ethnischen Minderheit zeigt, dass sich die polnischen Migranten inmitten der damaligen Deutschen nicht wohlfühlen konnten, weil ihre besondere kulturelle, an der slawischen Muttersprache, dem katholischen Bekenntnis und der nationalpolnischen Vergangenheit festgemachte Identität in der Mehrheitskultur nicht akzeptiert bzw. kaum wahrgenommen wurde. Die Unzufriedenheit, die viele von ihnen zum Weiterwandern bewegte, hatte offensichtlich weniger mit Einkommensmöglichkeiten und materiellen Verhältnissen zu tun als damit, dass ihre mitgebrachte kulturelle Praxis in der neuen Umgebung als illegitim galt und nach Kräften erschwert und behindert wurde. Im Falle der Ruhrpolen vor dem Ersten Weltkrieg wurde die kulturelle Differenz zwischen Mehrheit und Minderheit einerseits von Lokalblättern wie der *Recklinghäuser Zeitung* ignoriert, andererseits wurde der Minderheit das Recht, die eigene Kultur zu praktizieren, ausdrücklich von politischen Parteien, Behörden und überregionaler Presse bestritten. Beides läuft im Grunde auf dasselbe hinaus, nämlich Missachtung der kollektiven Identität der Minderheit, die in aller Regel zu Gegenreaktionen führt. Diese werden an der Presse der polnischen Minderheit deutlich: Indem sie zum Festhalten an der von außen für illegitim erklärten kulturellen Identität aufruft, deutet sie die Ignoranz der Mehrheitskultur als fremden Angriff auf das Eigene und verstärkt so die kommunikative Barriere zwischen Minderheit und Mehrheit.

Dass diese Barriere und die aus ihr folgende Entfremdung der Minderheit, die zum Scheitern der Integration führte, aus *Wechselwirkungen* zwischen den Handlungsweisen der Mehrheit und der Minderheit hervorgegangen ist, steht außer Frage. Schon 1909 erkannte der Zentrumspolitiker und spätere Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns: „Die nationalpolnische Bewegung im Westen Deutschlands [...] ist nichts weiter als eine Reaktion gegen den Hakatismus im Osten. Dem, der die Entwicklung selbst miterlebt hat, ist das über allen Zweifel erhaben“ (Brauns 1909: 935). Und die hakatistischen Aktivitäten des „Ostmarkenvereins“, des „Alldeutschen Verbands“ und der ihnen nahestehenden

Presse, die sich nicht nur gegen die nationalpolnischen Bestrebungen in den Ostprovinzen, sondern auch im Ruhrgebiet richteten, definierten und legiti-
mierten sich ja ausdrücklich als notwendige Antworten auf separatistische Be-
strebungen, die angeblich die Gesellschaft zu zersetzen drohten.

Fraglich ist allenfalls, was zuerst da war, der Assimilationsdruck der Mehr-
heitsgesellschaft auf die Ruhrpolen oder deren nationalpolnischer Separatis-
mus. Bemerkenswert ist hier zunächst der in der Literatur einhellig geteilte Be-
fund, dass es im ersten Jahrzehnt der Einwanderung aus dem Osten ins
rheinisch-westfälische Industrierevier keinen politischen Nationalismus unter
den polnischen Migranten gab. Anzeichen für organisierte nationalpolnische
Bestrebungen zeigen sich erst in den 1890er-Jahren, etwa gleichzeitig mit dem
Beginn der Überwachung der ruhrpolnischen Ethnopresse durch deutsche
Behörden und der verschärften Bodenpolitik in den preußischen Ostpro-
vinzen. Die Frage nach dem Beginn des Schismas zwischen Mehrheit und
Minderheit und damit nach der historischen Schuld am Scheitern des Integra-
tionsprozesses ähnelt der Frage, was zuerst da war, die Henne oder das Ei? Zu
berücksichtigen ist dabei auch das durch die Teilungen Polens, endgültig durch
die Reichsgründung 1871 belastete Verhältnis der Nachbarvölker zueinander.

Das gilt für die politische Ebene. Wenn man davon ausgeht, dass soziale
Verhältnisse nicht (allein) auf Entscheidungen und Maßnahmen Herrschender
zurückgehen, sondern Ablagerungen von Interaktions- und Kommunikations-
prozessen sind, an denen sich mindestens zwei wechselseitig aufeinander bezo-
gene Akteursseiten beteiligen, dann ist die Frage nach der historischen Schuld
insofern obsolet, als ja alle handelnden Seiten an der Entstehung der Verhält-
nisse beteiligt waren. Sie müssen sich daher auch alle der Frage nach ihrer Ver-
antwortung stellen. Daran, dass die Integration der Ruhrpolen großteils ge-
scheitert ist, war sowohl die gegenüber der ethnischen Minderheit ignorante
deutsche (Lokal-)Presse wie die *Recklinghäuser Zeitung* beteiligt als auch einfluss-
reiche nationalpolnische Ethno-Blätter wie der *Wiarus Polski*.

Im Sinne interkultureller Integration hätte die deutsche Lokalpresse das
Polentum im Ruhrgebiet mindestens redaktionell zur Kenntnis nehmen müs-
sen, um die Mehrheit über deren besondere Lebensweise zu informieren und
so ihre aus (konfliktreicher) öffentlicher Kommunikation hervorgehende Ak-
zeptanz vorzubereiten. Für die polnische Ethnopresse wäre es im Interesse
interkultureller Integration wichtig gewesen, ihren Lesern den Sinn für die
deutsche Mehrheitskultur aufzuschließen, anstatt sich vor ihr abweisend zu
verschließen. Beides ist aufgrund der negativ eskalierenden Interaktion zwi-
schen Mehrheit und Minderheit nicht geschehen, interkulturelle Integration
wurde in diesem Fall durch die Medien eher unterbunden als gefördert. Wobei
es zweifelhaft ist, ob diese im Zeitalter des gesteigerten Nationalismus über-

haupt möglich gewesen wäre – deutsche wie polnische Journalisten haben sich kaum von den herrschenden Ideologien lösen können.

Bleibt die Frage, was Medien hinsichtlich ihres möglichen Beitrags zu Prozessen der interkulturellen Integration aus dem Negativ-Beispiel der Ruhrpolen lernen können. Möglicherweise sind Zweifel an der Verallgemeinerungsfähigkeit des Beispiels angebracht, denn die seit über einem Jahrhundert andauernde staatliche Nichtexistenz Polens war ein fruchtbarer Nährboden für einen separatistischen Nationalismus in der Minderheit, der in anderen Fällen weniger günstige Bedingungen findet. Andererseits hält dieser historische Hintergrund aber auch integrationsfördernde Faktoren wie die deutsche Staatsbürgerschaft der zugewanderten Minderheit bereit. Da sowohl integrationshemmende als auch integrationsfördernde Sonderfaktoren feststellbar sind, kann wohl doch eine gewisse Verallgemeinerungsfähigkeit des Polen-Beispiels angenommen werden.

Jedenfalls zeigt das Beispiel der weitgehend fehlgeschlagenen Integration der Ruhrpolen zweierlei, aus dem Medien lernen können. Erstens: Es trägt nicht zur Integration bei, wenn Medien eingewanderte Minderheiten und deren ethnische Differenz zur Mehrheitskultur *nicht zur Kenntnis nehmen*; vielmehr fördert es interkulturelle Integration, wenn Journalisten ihren Auftrag zu umfassender Berichterstattung ernst nehmen und auch über den Alltag ethnischer Minderheiten zutreffend und sorgfältig recherchiert berichten. Und zweitens: Es ist interkultureller Integration abträglich, wenn Ethnomedien aus Sorge um die Bewahrung der kulturellen Identität der Minderheit *nur die ablehnende Seite der Mehrheitskultur wahrnehmen* und ihr Publikum daran hindern wollen, mit der Mehrheitskultur in Kontakt und Kommunikation zu treten. Auch Journalisten von Ethnomedien tragen zur Integration bei, wenn sie die journalistische Aufgabe ernst nehmen, Transparenz aller ihr Publikum betreffenden Verhältnisse herzustellen.²⁰ Mit dem Prinzip Öffentlichkeit vertragen sich weder Stereotypisierung noch Tabuisierung.

Literatur

„Apokalyptische Erfahrungen“ (2006). Bundestagspräsident Norbert Lammert, 57, über den Stellenwert des Deutschen in Europa, die Leitkulturdebatte und die Bedeutung der Sprache für die Integration von Ausländern. In: *Der Spiegel*/H. 40/2006, S. 190f.

20 Vgl. die Beiträge von Müller, Javadian Namin und Fick in diesem Band.

- Böhmer, Maria (2006): Integration aus bundespolitischer Sicht: Herausforderungen und Leitlinien. In: Der Bürger im Staat. Jg. 56, H. 4. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 210-214.
- Brauns, Heinrich (1909): Die Arbeiterfrage im Ruhrrevier. In: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. 29, S. 931-942.
- Broszat, Martin (1972): Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik. Frankfurt a.M.
- Burghardt, Werner (2000): „Die polnischen Arbeiter sind fleißig und haben einen ausgeprägten Erwerbsinn“. Zur Geschichte polnischer Bergarbeiter in Recklinghausen 1884-1924. In: Bresser, Klaus/Thüer, Christoph (Hrsg.): Recklinghausen im Industriezeitalter. Recklinghausen, S. 401-423.
- Der Polizei-Präsident, Abt. II. (Hrsg.) (1912): Uebersetzungen aus westfälischen und anderen polnischen Zeitungen. Jg. 1912, H. 41, 11.10.1912.
- Geißler, Rainer (2005): Mediale Integration von ethnischen Minderheiten. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 71-79.
- Kleßmann, Christoph (1984): Integration und Subkultur nationaler Minderheiten: das Beispiel der „Ruhrpolen“ 1870-1939. In: Bade, Klaus J. (Hrsg.): Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Bd. 2. Ostfildern, S. 486-505.
- Kleßmann, Christoph (1978): Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft. Göttingen.
- Kleßmann, Christoph (1974): Der „Wiarus Polski“ – Zentralorgan und Organisationszentrum der Polen im Ruhrgebiet 1891-1923. In: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 69, S. 383-397.
- Micus, Matthias/Walter, Franz (2006): Mangelt es an „Parallelgesellschaften“? In: Zuwanderung und Integration. Der Bürger im Staat. Jg. 56, H. 4. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 215-221.
- Müller, Daniel (2005): Die Inhalte der Ethnomedien unter dem Gesichtspunkt der Integration. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 323-355.

- Murzynowska, Krystyna (1979): Die polnischen Erwerbsauswanderer im Ruhrgebiet während der Jahre 1880-1914. Dortmund.
- Pöttker, Horst (2005): Soziale Integration. Ein Schlüsselbegriff für die Forschung über Medien und ethnische Minderheiten. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 25-43.
- Wagner, Franz/Vosberg, Fritz (Hrsg.) (1908): Polenspiegel. Die Umtriebe der Polen nach ihrer eigenen Presse. 3. und 4. völlig umgearbeitete Auflage der „Polenstimmen“. Hrsg. im Auftrag des Deutschen Ostmarkenvereins. Berlin.

Sarah Hubrich

„Tauziehen um Fremdarbeiter“

Das Presseecho auf das deutsch-italienische Anwerbeabkommen von 1955

1 Problemaufriss und Fragestellung

Auch wenn die Immigration der „Gastarbeiter“ nach Deutschland bis Anfang der 1960er-Jahre zahlenmäßig noch zu vernachlässigen war (vgl. Herbert 2001: 206ff.): Begonnen hat sie mit dem ersten Anwerbeabkommen, das die Bundesregierung im Dezember 1955 mit Italien schloss. Darin wurde gezielt die Anwerbung und Vermittlung italienischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt geregelt. Die bilaterale Vereinbarung sollte Grundstein und Ausgangspunkt für die erste Phase der deutschen Zuwanderungspolitik der Nachkriegszeit werden. Diese erste Phase hielt bis zur Wirtschaftskrise und zum Anwerbestopp 1973 an – ihre Folgen beschäftigen uns bis heute.

In zahlreichen Inhaltsanalysen wurde bereits die Darstellung der „Gastarbeiter“ in der deutschen Presse untersucht¹. Die vorliegende Studie setzt eine Stufe weiter unten an: Es soll nicht darum gehen, wie die „Gastarbeiter“ tatsächlich in der Bundesrepublik aufgenommen wurden. Sondern darum, welche Reaktionen die Ankündigung, dass sie ins Land kommen würden, ausgelöst hat. Hat man sich in Deutschland zum Zeitpunkt der Vereinbarung mit den unmittelbaren und langfristigen Konsequenzen der Anwerbepolitik auseinandergesetzt? Gab es einen öffentlichen Diskurs über Für und Wider einer Beschäftigung ausländischer Arbeiter? Wurde die durch das Anwerbeabkommen ausdrücklich geförderte Einwanderung als ein Phänomen mit dauerhaften, spürbaren Folgen wahrgenommen, oder nur als vorübergehende, abstrakte Maßnahme zur Überwindung eines akuten Arbeitskräftemangels? Stellte sich die Frage, wie man die ausländischen Arbeiter in die deutsche Gesellschaft integrieren könnte?

1 Zu erwähnen sei hier vor allem Delgado (1972). Vgl. auch die Beiträge von Müller, Javadian Namin und Fick in diesem Band.

2 Historischer Kontext

„Deutsche Geschichte“, schreibt der Wirtschaftshistoriker Werner Abels-hauser (2004: 11), „ist seit 1945 vor allem Wirtschaftsgeschichte. Nichts hat den westdeutschen Staat stärker geprägt als seine wirtschaftliche Entwicklung.“ Nach dem völligen Zusammenbruch am Kriegsende gelang es, Wirtschaft und Industrie innerhalb eines Jahrzehnts wieder aufzubauen. Der hohe Arbeitskräftebedarf konnte zunächst vor allem durch massive Zuwanderung aus den unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten gedeckt werden (vgl. Prollius 2006: 18). Mit der boomenden Wirtschaft stieg jedoch auch der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften weiter. Mitte der 1950er-Jahre begannen sich Vollbeschäftigung und etwas später ein Arbeitskräftemangel abzuzeichnen (vgl. Herbert 2001: 202). Hinzu kam der Personenbedarf der 1955 neu gegründeten Bundeswehr. Demgegenüber stand indes die allgemeine Wohnungsnot: Die Bevölkerung Westdeutschlands war bis in die Mitte der 1950er-Jahre durch die Zuwanderung der Vertriebenen und Flüchtlinge stark angewachsen. Doch obwohl der soziale Wohnungsbau massiv gefördert wurde und allein von 1950 bis 1960 mehr als fünf Millionen Wohnungen entstanden, war die Wohnraumknappheit Mitte der 1950er-Jahre noch ein großes Problem (vgl. Prollius 2006: 97).

2.1 Deutsche Ausländerpolitik

Ausländerpolitik, so definiert Karl-Heinz Meier-Braun (1983: 65), sind „die staatlichen Konzepte und Maßnahmen, die ausländische Arbeitnehmer betreffen“. Die bundesdeutsche Politik sah es als ihre Aufgabe an, die Wirtschaft mit Arbeitskräften zu versorgen (vgl. Mehrländer 1978: 115). Als absehbar wurde, dass die inländischen Arbeitskraftreserven nicht ausreichen würden, war die Anwerbung ausländischer Kräfte die logische Konsequenz.

2.1.1 Das deutsch-italienische Anwerbeabkommen

Das Anwerbeabkommen² zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und Italiens bildete im Dezember 1955 den Auftakt einer gezielten, zunächst „prophylaktischen“ (Herbert 2001: 202) Zuwanderungspolitik Deutschlands. Erst-

2 Originaltitel: Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über die Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung 1955: 52ff.).

mals hatte Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard im November 1954 öffentlich die Möglichkeit zur Sprache gebracht, italienische Arbeiter nach Deutschland zu holen (vgl. Herbert 2001: 202).

Dieser ersten Ankündigung folgten weitere, mehr oder weniger konkrete Absichtsbekundungen und Dementis, bis am 20.12.1955 das Anwerbeabkommen unterzeichnet wurde. Nach seinem Vorbild wurden in den 1960er-Jahren weitere Verträge geschlossen³. Dem Anwerbeabkommen lagen die folgenden fünf Prinzipien zugrunde (vgl. Pagenstecher 1994: 28):

1. **Staatliche Anwerbung:** Auswahl und Vermittlung der Arbeiter lagen zentral in der Hand der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.
2. **Inländerprimat:** „Gastarbeiter“ sollten nur dann angefordert werden, wenn keine Deutschen für einen Job zur Verfügung standen.
3. **Tarifgleichheit:** Um Lohndrückerei vorzubeugen, sollten die ausländischen Arbeiter vergleichbaren deutschen Kollegen sozial- und tarifrechtlich gleichgestellt sein.
4. **Rotationsprinzip:** Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis galten maximal ein Jahr. Man ging davon aus, dass die Arbeiter anschließend in ihre Heimat zurückgehen würden.
5. **Kontrolle:** Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung waren aneinander gebunden, die Voraussetzungen wurden von Arbeitsamt und Ausländerbehörde streng überwacht.

Trotz des Rotationsprinzips wurde der Familiennachzug – und damit auch ein dauerhafter Aufenthalt der „Gastarbeiter“ – bereits in der ersten Vereinbarung zumindest theoretisch in Betracht gezogen (vgl. Bundesregierung 1955: 54).

3 Inhaltsanalyse: Methodik, Forschungsfragen und Kategorien

3.1 Methodik

Die Inhaltsanalyse ist eine wissenschaftliche Methode zur Untersuchung von dokumentierten Kommunikationsprozessen (vgl. Klammer 2005: 249). Harold

3 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1964 mit Portugal und 1968 mit dem damaligen Jugoslawien (vgl. Herbert 2001: 208). Auch mit Tunesien und Marokko gab es ab Mitte der 1960er-Jahre bilaterale Verträge über die Vermittlung von Arbeitskräften nach Deutschland (vgl. Mehrländer 1978: 116).

D. Lasswell brachte das Ziel der (Massen-)Kommunikationsforschung 1948 auf die Formel „Wer sagt was zu wem auf welchem Kanal und mit welcher Wirkung?“ (zit. nach Diekmann 2004: 485). Mithilfe der Inhaltsanalyse können zumindest Teile dieser Frage beantwortet werden. Denn bei dieser Methode geht es nicht allein um die Erfassung des Inhalts eines Textes, sondern auch um Schlussfolgerungen daraus:

Durch die systematische Analyse der Textmerkmale lassen sich Aussagen zu Verfasser, Adressaten oder sozialem Kontext der Texte machen und somit Rückschlüsse auf soziale Wirklichkeit ziehen. (Klammer 2005: 49)

Diese noch junge und recht weit gefasste Beschreibung scheint für die vorliegende Studie angemessen, weil sie den Schwerpunkt auf die Systematik und Zielsetzung der Analyse legt, dabei aber den Anspruch auf Objektivität sowie die Schwerpunktlegung auf die „quantitative Beschreibung des manifesten Inhalts von Kommunikation“ ausklammert, die Bernard Berelson in einer ersten Begriffsbestimmung 1952 vorgeschlagen hatte (vgl. Diekmann 2004: 482)⁴. Die vorliegende Analyse kombiniert quantitative und qualitative Methoden, nicht zuletzt in der Absicht, die Klammer (2005: 256f.) zusammenfasst:

Quantitative Inhaltsanalysen gewährleisten in der Regel ein hohes Maß an intersubjektiver Nachprüfbarkeit der Ergebnisse, was allerdings zulasten der Relevanz gehen kann. Um die Relevanz sicherzustellen, d.h. möglichst alle untersuchungsrelevanten Bedeutungen zu berücksichtigen, können die untersuchten Kommunikationsinhalte gleichzeitig qualitativ analysiert werden.

3.2 Untersuchungsgegenstand

Als Untersuchungseinheiten der Inhaltsanalyse wurden *Bild* und *Welt* ausgewählt. Beide Zeitungen sind überregionale, bundesweit verbreitete Titel. Sie erscheinen daher geeignet, den übergeordneten politischen und gesellschaftlichen Diskurs vor, nach und zum Zeitpunkt des Anwerbeabkommens abzubilden. Da in dieser Phase, wie zuvor erläutert, die Zuwanderung quantitativ noch unbedeutend war, ist davon auszugehen, dass persönliche Erfahrungen mit „Gastarbeitern“ noch nicht oder nur vereinzelt thematisiert werden konnten bzw. mussten. Auf die Untersuchung einer Regional- oder Lokalzeitung,

4 Auf die Diskussion, die auf Berelsons Beschreibung folgte und bis heute fortgeführt wird, soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

die solche Diskussionen typischerweise abbilden könnte, wurde daher bewusst verzichtet.

Mit *Bild* und *Welt* wurden zudem bewusst zwei im Untersuchungszeitraum auf dem westdeutschen Zeitungsmarkt führende Titel aus einem Verlag ausgewählt. Auch wenn Axel Springer in den 1950er-Jahren seine Publikationen noch als betont unabhängig, *Bild* sogar als gezielt unpolitisch (vgl. Kruip 1999: 120) verkaufte, ist dennoch davon auszugehen, dass sich beide Titel in der grundlegenden Bewertung politischer Vorgänge ähneln. So können durch die Analyse möglicherweise Unterschiede zwischen den beiden Zeitungstypen – Boulevardblatt auf der einen, Qualitätszeitung auf der anderen Seite – herausgearbeitet werden. Die Gefahr der Verzerrung durch unterschiedliche politische Richtungen der Zeitungen wird dabei erheblich gemindert.

3.3 Forschungsfragen

Das Forschungsinteresse dieser Studie gilt dem Presseecho auf das deutsch-italienische Anwerbeabkommen – also der Frage, ob und wie Zeitungen auf das Abkommen reagiert haben. Das Presseecho lässt sich in drei Komplexe unterteilen, die jeweils von den folgenden Fragen umrissen werden:

1. Wurde die Anwerbung italienischer Arbeiter thematisiert?
2. Wie wurde die Anwerbung thematisiert?
3. Wurden die Folgen der Anwerbung thematisiert?

Der erste Untersuchungskomplex zielt auf den *quantitativen Umfang* der Berichterstattung über das Anwerbeabkommen. Hat es überhaupt einen öffentlichen Diskurs über das Thema gegeben? Wie oft und in welchem Umfang haben die beiden Zeitungen darüber berichtet? Gab es temporäre Schwerpunkte der Berichterstattung?

Anhand der im zweiten Block aufgeworfenen Fragen soll anschließend die *Qualität der Berichterstattung* untersucht werden. Aus welchem Anlass und in welcher Form wurde über das Anwerbeabkommen berichtet? Warfen die Zeitungen das Thema von sich aus auf oder reagierten sie nur auf politische Verlautbarungen? Thematisierten sie die Anwerbung ausländischer Arbeiter allein nachrichtlich oder kommentierten sie sie auch? Und wenn eine Bewertung stattfand – wie sah sie aus?

Im dritten Analysekomplex soll die *inhaltliche Perspektive* der Berichterstattung näher betrachtet werden: Welche Argumente für oder gegen eine Anwerbung von Ausländern wurden genannt? Wurde in den Zeitungen die Frage aufgeworfen, wie das Zusammenleben mit ausländischen Arbeitern aussehen

könnte? Spielte die Frage, ob und wie die ausländischen Arbeiter in die deutsche Gesellschaft eingegliedert werden können, eine Rolle?

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden zunächst quantitative Analysen mit den Untersuchungseinheiten vorgenommen. Anschließend erfolgte die Detailuntersuchung exemplarischer Beiträge.

3.4 Erhebungseinheiten und -zeitraum

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 01.11.1954 bis zum 30.04.1955, also über exakt 18 Monate. Erhebungseinheiten sind jeweils alle Ausgaben von *Bild* und *Welt* aus diesem Zeitraum. Die Anzahl ist aufgrund der parallelen Erscheinungsweise bei beiden Titeln identisch. Insgesamt wurden 456 Ausgaben pro Titel untersucht: 50 Ausgaben aus dem Jahr 1954, alle 305 Ausgaben des Jahres 1955 sowie weitere 101 Ausgaben aus dem Jahr 1956.

Die Entscheidung für eine Vollerhebung über anderthalb Jahre ist aus folgenden Gründen gefällt worden: Zum einen umspannen die ausgewählten 18 Monate den Zeitraum von der ersten öffentlichen Ankündigung des Wirtschaftsministers, ausländische Arbeitskräfte anwerben zu wollen, über die konkrete Schließung des Abkommens bis zur Ankunft erster kleinerer Gruppen von italienischen Arbeitskräften. Damit sind drei unterschiedliche Grundlagen für einen öffentlichen Diskurs gegeben: von den theoretischen Überlegungen über die Umsetzung bis hin zu den ersten praktischen Folgen.

Eine Vollerhebung über diesen Zeitraum erschien zudem notwendig, da die Diskussion über das Anwerbeabkommen nicht kontinuierlich war. Eine Entwicklung lässt sich nur aufzeigen, wenn der gesamte Untersuchungszeitraum betrachtet wird. Die Fallzahlen bleiben trotz der Vollerhebung – gerade bei *Bild* – in einem überschaubaren Rahmen. Eine Stichprobenauswahl, die die Fallzahlen noch weiter verringert hätte, schien daher nicht geeignet.

3.5 Untersuchungseinheiten und Kategorien

Das Datenmaterial lag als Mikrofilm vor. Die 912 Zeitungsausgaben wurden komplett durchgesehen; alle Beiträge, die sich im weitesten Sinne mit dem Thema Arbeitsmarkt, Arbeitskräfteknappheit, dem Anwerbeabkommen oder diplomatischen und politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien befassten, wurden sodann digitalisiert. Dies erschien notwendig, weil dadurch in der Folge quantitative Analyseoperationen erleichtert bzw. überhaupt erst möglich wurden – so zum Beispiel die Erfassung der Textlängen, Auszählung von Worthäufigkeiten und auch die Suche nach bestimmten Begriffen. In

einem zweiten Schritt wurde anschließend das erfasste Datenmaterial noch einmal durchgesehen und systematisch reduziert.

In die Analyse aufgenommen, mithin als Zählseinheiten ausgewählt, wurden alle Beiträge, die sich mit dem deutschen Arbeitsmarkt im Allgemeinen bzw. dem Anwerbeabkommen im Speziellen befassten.⁵ Zusätzlich zu den Texten, die im weiteren Sinne die Arbeitsmarktlage thematisieren, wurden auch Beiträge über deutsch-italienische Beziehungen untersucht - allerdings nur dann, wenn dabei Deutschland im Fokus stand.⁶

Die Einheiten wurden anschließend anhand eines Kodierbogens analysiert. Außer nach formalen Variablen wie *Nummerierung*, *Erscheinungsdatum* und *Zeitungsnummer*, *Titel* und *Länge* sowie der *Erscheinungsseite* wurden folgende Variable erhoben:

Bei der Bestimmung der *Beitragsart* wurde zwischen *redaktionellen Inhalten*⁷ und *Leserbriefen* unterschieden. Da bei der *Bild-Zeitung* mitunter auch Mischformen auftauchen – Leserbriefe, mit redaktionellen Rechercheergebnissen angereichert –, wurde zusätzlich die Kategorie *Mischform* eingeführt.

Unter der Variable *Darstellungsform* wurden die Artikel anhand von vier Kategorien klassifiziert: Für nachrichtliche Beiträge *Kurzmeldung*, *Meldung* und *Bericht* zuzüglich der Kategorie *Meinungsbeiträge*, unter die Kommentare, Leitartikel und Analysen fielen. Die nachrichtlichen Darstellungsformen wurden anhand des Textumfangs unterschieden.⁸ Ausgehend von 35 Anschlägen pro

-
- 5 Etwa: Texte, die Beschäftigungszahlen oder Arbeitslosenquoten nennen, Prognosen für Entwicklung des Arbeitsmarktes geben, die das Thema Arbeitslosigkeit oder den Arbeitskräftemangel ansprechen oder die konkret das Anwerbeabkommen zum Inhalt haben. Nicht aufgenommen wurden Beiträge, die allein die Lage in speziellen, vom Anwerbeabkommen nicht betroffenen Branchen – beispielsweise einen Mangel an Lehrern oder Krankenschwestern – oder aber isoliert die Arbeitsmarktsituation einzelner „Problemgruppen“ – beispielsweise von Spätheimkehrern oder Schwerbeschädigten – behandeln. Ebenfalls nicht für die Analyse relevant waren Beiträge, die lediglich die Konjunktur und wirtschaftliche Lage Deutschlands oder einzelner Branchen behandelten, ohne dabei Bezug auf den Arbeitsmarkt zu nehmen.
 - 6 Korrespondentenberichte etwa, die allein italienische Reaktionen auf das Anwerbeabkommen beschreiben, sind für die Analyse irrelevant und werden nicht aufgenommen. Berichte über einen italienischen Ministerbesuch in Deutschland dagegen sollen auch dann berücksichtigt werden, wenn darin nicht direkt Bezug auf den deutschen Arbeitsmarkt genommen wird.
 - 7 Nachfolgend werden als *Artikel* ausschließlich redaktionelle Inhalte bezeichnet.
 - 8 So ist es in der Journalistik üblich. Erläuterungen finden sich beispielsweise in den Lehrbüchern von Weischenberg (2001: 50) oder Ruß-Mohl (2003: 63).

Druckzeile⁹ galten als *Kurzmeldungen* Artikel von bis zu acht Zeilen (280 Anschläge), als *Meldungen* Artikel mit bis zu 35 Zeilen (281-1225 Anschläge) und als *Berichte* alle längeren Artikel (mehr als 1225 Anschläge). Bei den Meinungsbeiträgen erschien eine weitere Klassifizierung anhand der Textlänge nicht praktikabel. Die durchschnittliche Länge der Artikel konnte zudem durch die ebenfalls erfasste Zeichenanzahl (Variable *Länge*) berechnet werden.

Die Variable *Anlass* soll dazu dienen, die Artikel nach ihren Auslösern zu analysieren. Unter die Kategorie *Pressemitteilung/ Pressekonferenz* fielen Artikel, die durch offizielle Mitteilungen ausgelöst wurden, mithin zum klassischen Verlautbarungsjournalismus gezählt werden können. Ein *Ereignis* als Anlass lag bei konkreten Handlungen vor, beispielsweise bei der Unterzeichnung des Abkommens, einem Ministerbesuch in Deutschland oder der Ankunft italienischer Arbeiter in Deutschland. Als *Folgeberichterstattung* wurden Artikel kodiert, die durch vorangegangene Berichterstattung ausgelöst wurden bzw. sich auf vorangegangene Texte bezogen – also etwa, wenn zu einem Sachverhalt neue Erkenntnisse ergänzt wurden. Auch Stellungnahmen zu einem vorangegangenen Artikel fielen unter diese Kategorie. Alle Artikel, aus denen ihr Anlass nicht hervorging, wurden schließlich in einer Sammelkategorie zusammengefasst.

Die Variable *Thema* kategorisierte Themenbereiche, die überhaupt erst zur Auswahl der Beiträge in die Untersuchungseinheiten geführt haben. Hier wurde unterschieden in *Arbeitsmarkt allgemein* (zum Beispiel Beschäftigungszahlen), *Arbeitslosigkeit*, *Arbeitskräftemangel*, *Anwerbung von ausländischen Arbeitern allgemein (ohne Nennung von Nationalitäten)*, *Anwerbung von italienischen Arbeitern* sowie *Deutsch-italienische Beziehungen* (zum Beispiel Staatsbesuche). Bei dieser Variablen konnten mehrere Kategorien gleichzeitig zutreffen, im Extremfall alle.

Beiträge, die die Beschäftigung ausländischer und/oder italienischer Arbeiter mindestens erwähnten, wurden anschließend noch daraufhin kategorisiert, welchen Anteil das Thema einnahm (*Gewichtung*). Sie wurden also danach unterschieden, ob die *Anwerbung im Mittelpunkt* stand, *eines von wenigen Themen* oder nur ein *Randaspekt* war. Zudem wurden diese Beiträge nach ihrem *Tenor* (bezüglich des Anwerbeabkommens) klassifiziert. Zur Auswahl standen die Kategorien *positiv*, *negativ* und *neutral*. Die Unterscheidung in positiv und negativ soll dabei nicht die Einschätzung betreffen, ob ausländische Arbeiter in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik arbeiten werden – also wie realistisch das Anwerbeabkommen ist –, sondern die Bewertung solcher Maßnahmen: Wird die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland als sinnvoll und notwendig

9 Die Spaltenbreite ist bei Bild und Welt unterschiedlich und selbst bei den einzelnen Titeln nicht durchgängig identisch. Daher wird für die Festlegung der Zeilenlänge auf einen durchschnittlichen Wert zurückgegriffen.

angesehen oder wird sie kritisiert? Als neutral wird ein Beitrag dann gewertet, wenn er entweder keinerlei wertende Einordnung bringt oder wenn sich Argumente für und gegen die Beschäftigung in etwa die Waage halten. Generell soll für die Einschätzung des Tenors die Faustregel gelten: Ist der Beitrag in seiner Gänze eher dazu geeignet, Zustimmung oder Ablehnung bezüglich einer Anwerbung ausländischer Arbeiter zu erzeugen?

In einer zweiten Stufe der Analyse wurden zusätzlich zur quantitativen Auswertung exemplarische Beiträge gezielt qualitativ untersucht. Es wurden dazu solche Beiträge ausgewählt, die in der quantitativen Analyse festgestellten Tendenzen veranschaulichen.

4 Quantitative Analyse des Presseechos

4.1 Beitragsaufkommen

Insgesamt wurden 177 Beiträge kodiert, die sich im weiteren Sinne mit dem Arbeitsmarkt bzw. der Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland befassten. Bereits in der – vor dem Hintergrund, dass mehr als 900 Zeitungsausgaben ausgewertet wurden, recht kleinen – Grundgesamtheit fällt ein deutlicher Unterschied zwischen den beiden Zeitungen auf: In der *Welt* wurden 121 Beiträge zum Thema kodiert, in der *Bild* mit 56 Texten kaum die Hälfte.

Im Verlauf des Untersuchungszeitraums von November 1954 bis April 1956 zeigt sich der größere Umfang der Berichterstattung in der *Welt* fast durchgehend. *Welt* bringt im Monatsdurchschnitt rund 6,7 Beiträge zum Thema Arbeitsmarkt/Anwerbung, *Bild* nur 3,1. Lediglich im Dezember 1955 finden sich in der *Bild* mehr Beiträge (nämlich neun) zum Thema als in der *Welt* (sechs). Dafür berichtet die *Welt* im November 1955 deutlich mehr.

Bei der *Welt* zeigen sich vier temporäre Höhepunkte der Berichterstattung über Arbeitsmarkt und Anwerbung ausländischer Arbeiter, die im Zusammenhang mit hierfür wichtigen historischen Geschehnissen stehen: Besonders viel wurde im Dezember 1954, im Juni und August 1955 und dann noch einmal im November 1955 berichtet. Der Berichterstattungs-„Peak“ fällt mit 13 Beiträgen im Dezember 1954 in die Phase der ersten Überlegungen, ausländische Arbeiter nach Deutschland zu holen. Juni und August 1955 (jeweils elf und zehn Beiträge) waren vom saisonalen Tiefstand der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Im November 1955 (zehn Beiträge) wurden die Überlegungen, Ausländer anzuwerben, konkreter; Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard reiste am Ende des Monats zu Verhandlungen nach Rom, die Mitte Dezember 1955 mit dem Abschluss des Anwerbeabkommens endeten.

Bei *Bild* wird der quantitative Höhepunkt der Berichterstattung erst im Dezember 1955 mit neun Beiträgen erreicht. Bis auf kleinere Ausschläge im Dezember 1954 und Oktober 1955 (jeweils fünf Beiträge) bewegt sich die Berichterstattung in der *Bild*-Zeitung mit zumeist zwei bis drei Beiträgen pro Monat nahe am Durchschnittswert.

Auffällig ist eine mitunter geradezu gegenläufige Entwicklung des Berichterstattungsumfangs bei den beiden Zeitungen. Während die *Welt* im Sommer 1955 besonders viel berichtet, bringt *Bild* in diesen Monaten eher weniger Beiträge zum Thema. Von August bis Oktober 1955 steigert die *Bild*-Zeitung die Quantität der Berichterstattung dann wieder, während die *Welt* sie zurückfährt. Im November schließlich finden sich erneut nur noch zwei Beiträge zum Thema in *Bild*, demgegenüber stehen zehn in der *Welt*.

4.1.1 Beitragsart

Deutliche Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen zeigen sich auch in der Beitragsart: Während in der *Welt* fast ausschließlich redaktionelle Beiträge zu kodieren waren, nehmen Leserbriefe in *Bild* einen Anteil von einem Fünftel der kodierten Beiträge ein. Außergewöhnlich ist zudem die Vermischung von Leserzuschriften und redaktionellen Inhalten, die bei *Bild* immerhin einmal vorkommt. Leserbriefe werden darin durch redaktionelle Rechercheergebnisse ergänzt.

	<i>Bild</i>		<i>Welt</i>	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Redaktionelle Beiträge	44	79%	120	99%
Leserbriefe	11	20%	1	1%
Mischform	1	2%	-	-
N=177	56	100% ¹⁰	121	100%

Abbildung 1: Beitragsart

Der relativ hohe Anteil an Leserstimmen in der *Bild*-Zeitung verwundert nicht, wurde doch das Blatt von Beginn an als eine Art „Beschützer des kleinen Mannes“ (Kruip 1999: 120) propagiert. Anlässlich der Überschreitung der Zwei-Millionen-Grenze bei der Auflage stellte die Redaktion ihre Rolle als „Anwalt“ der Leser auch noch einmal deutlich heraus:

10 Abweichungen von der tatsächlichen Summe sind Rundungsfehlern geschuldet.

12 000 Briefe monatlich – wo ist denn in Deutschland eine Zeitung, die mit ihren Lesern so enge Tuchfühlung hält? BILD weiß, wie dem Deutschen wirklich ums Herz ist. Da soll uns keiner etwas weismachen! (*Bild* vom 24.09.1955)

Die Rubrik „Briefe“ ist im Untersuchungszeitraum fester Bestandteil aller Ausgaben. Sie findet sich immer auf der vierten Seite, allein die Größe variiert. Umgekehrt spielen Leserbriefe bei der *Welt* keine große Rolle. Bei dem einen Leserbrief, der hier zu kodieren war, betont die Redaktion sogar vorab, dass sie den Brief „entgegen unseren Gepflogenheiten“ (*Welt* vom 12.11.55) vollständig abdrucke.

4.1.2 Beitragslänge und Darstellungsform

Auch die Länge der einzelnen Beiträge variiert zwischen den beiden Titeln deutlich. Während die Beiträge in *Bild* im Durchschnitt 595 Anschläge umfassen – also rund 17 Druckzeilen à 35 Anschläge –, sind die Beiträge in der *Welt* mit durchschnittlich 1845 Anschlägen – respektive 53 Druckzeilen – mehr als dreimal so lang. Die Beitragslänge variiert innerhalb jeder Zeitung erheblich und reicht bei der *Welt* von einem Minimum von 115 Anschlägen (knapp über drei Zeilen) bis zum Maximum von 9496 Anschlägen (271 Zeilen). Bei *Bild* umfasst die kürzeste Nachricht nur 102 Anschläge (knapp drei Zeilen), der längste kodierte Beitrag hatte 4453 Anschläge (127 Zeilen).

	<i>Bild</i>		<i>Welt</i>	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Kurzmeldung (<280 Anschläge)	19	43%	11	9%
Meldung (281-1225 Anschläge)	20	45%	56	47%
Bericht (>1225 Anschläge)	4	9%	40	33%
Meinungsbeitrag	1	2%	13	11%
N=164	44	100%	120	100%

Abbildung 2: Darstellungsformen

Abbildung 2 veranschaulicht die Unterschiede anhand der verschiedenen redaktionellen Darstellungsformen bei den Artikeln – Leserbriefe also ausgenommen.

Bei beiden Titeln machen Meldungen einen ähnlichen Anteil an den Artikeln aus: knapp die Hälfte. Während *Bild* aber ein beinahe genauso großes Aufkommen an Kurzmeldungen hat und damit fast 90 Prozent des Artikel-aufkommens aus den kurzen nachrichtlichen Formen besteht, weist die *Welt*

deutlich mehr längere Berichte sowie Meinungsbeiträge auf, also Analysen, Kommentare und Leitartikel. Bei *Bild* war nur einer der 44 kodierten Artikel als Meinungsbeitrag gekennzeichnet. Bei der *Welt* machen Meinungsbeiträge mit 13 von 120 Artikeln immerhin mehr als 10 Prozent aus. Und gut ein Drittel der Artikel umfasst mehr als 35 Druckzeilen – wobei die obere Grenze noch deutlich darüber liegt. Für die spätere Detailanalyse sei deshalb bereits an dieser Stelle festgehalten, dass eine inhaltliche Aufarbeitung und Einordnung des Themas bei der *Welt* eher zu erwarten ist als bei *Bild*.

4.1.3 Platzierung der Artikel

Wegen der unterschiedlichen Seitenanzahl – *Bild* umfasste 1955 jeweils vier Seiten, bei der *Welt* konnte der Umfang bis zu 30 Seiten betragen – sowie der unterschiedlichen Blattstruktur erscheint eine Aufschlüsselung der Artikelplatzierung nach Seiten wenig sinnvoll. Allein der Blick auf die Titelseite verspricht Erkenntnisse. Die Titelseite ist die wichtigste Seite der Zeitung, und gerade bei einer Boulevardzeitung wie *Bild* entscheidet die Aufmachung über den Verkaufserfolg. Als Indikator für die Gewichtung der Thematik kann demnach dienen, wie häufig Artikel auf der Titelseite erschienen sind.

	<i>Bild</i>		<i>Welt</i>	
	Artikelanzahl	Anteil	Artikelanzahl	Anteil
Titelseite	15	34%	43	36%
Andere	29	66%	77	64%
N=164	44	100%	120	100%

Abbildung 3: Platzierung auf der Titelseite

Trotz ihres insgesamt unterschiedlichen Artikelaufkommens zeigen *Bild* und *Welt* fast identische Verteilungen. Bei beiden Zeitungen ist ein gutes Drittel der Artikel zum Thema Arbeitsmarkt/Anwerbung auf der Titelseite erschienen.

4.1.4 Anlass der Berichterstattung

Beide Zeitungen weisen einen überwiegenden Anteil (*Bild*: 57%/ *Welt*: 64%) von Berichten auf, die Verlautbarungen offizieller Institutionen wiedergeben.

Wenn der Anlass der Berichterstattung aus den Artikeln nicht hervorgeht – bei der *Bild* ist das in 16 Prozent der Artikel der Fall, bei der *Welt* in 19 Prozent –, könnte dies auf Eigeninitiative der Zeitung schließen lassen. Da es aber auch sein kann, dass der Anlass im Artikel schlicht nicht genannt wird,

wären Schlussfolgerungen auf den tatsächlichen Auslöser rein spekulativ. Festzuhalten bleibt: Die Berichterstattung über Arbeitsmarkt und Anwerbung wird in der Mehrzahl der Fälle von (halb-)offiziellen Mitteilungen ausgelöst. Politik und Wirtschaft sowie ihre Institutionen haben somit entscheidenden Einfluss auf Ausmaß und thematische Ausrichtung der Berichterstattung.

4.2 Themen

Die kodierten Beiträge befassen sich mit dem Arbeitsmarkt, der Anwerbung von Ausländern oder den deutsch-italienischen Beziehungen.¹¹ Im Folgenden soll zunächst eine Übersicht gegeben werden, wie oft die verschiedenen Themenkomplexe insgesamt abgedeckt wurden. Anschließend werden die beiden Bereiche *Arbeitsmarkt* und *Anwerbung* genauer betrachtet.

Bild und *Welt* weisen fast identische Anteile für die Themenbereiche *Arbeitsmarkt allgemein*, *Anwerbung ausländischer Arbeiter allg.* und *Anwerbung italienischer Arbeiter explizit* auf. Vier von fünf Beiträgen befassen sich mit der allgemeinen Arbeitsmarktlage, einer von fünf schneidet die Anwerbung ausländischer Arbeiter im Allgemeinen an, und gut ein Viertel der Beiträge nennt explizit Italiener (vgl. Abb. 4).

	<i>Bild</i> (N=56)		<i>Welt</i> (N=121)	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Arbeitsmarkt allg.	45	80%	98	81%
Arbeitslosigkeit	29	52%	50	41%
Arbeitskräftemangel	22	39%	68	56%
Anwerbung ausl. Arbeiter allg.	11	20%	20	17%
Anwerbung ital. Arbeiter explizit	13	23%	29	24%
Dt.-ital. Beziehungen	7	13%	20	17%

Abbildung 4: Themenbereiche

Unterschiede finden sich dagegen in der Behandlung der Komplexe *Arbeitslosigkeit* und *Arbeitskräftemangel*. *Bild* thematisiert häufiger die Arbeitslosigkeit, *Welt* häufiger den Arbeitskräftemangel.

11 Ein Themenbereich schließt dabei den anderen nicht aus, daher waren bei der Variable „Thema“ Mehrfachkodierungen möglich.

4.2.1 Arbeitsmarkt

80 Prozent der Beiträge befassen sich in beiden Zeitungen mit der allgemeinen Arbeitsmarktsituation. Aufgeschlüsselt danach, mit welchen Themenkomplexen die Arbeitsmarktlage verknüpft wurde, ergibt sich folgendes Bild:

Arbeitsmarkt und ...	<i>Bild</i>		<i>Welt</i>	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
... kein weiteres Thema	4	9%	10	10%
... Arbeitslosigkeit allein	15	33%	21	21%
... Arbeitskräftemangel allein	8	18%	23	23%
... Arbeitslosigk. & Arbeitskräftem.	6	13%	17	17%
... Anwerbung allein	2	4%	1	1%
... Arbeitskräftemangel & Anwerbung	7	16%	26	27%
... Arbeitslosigkeit & Anwerbung	3	7%	0	0%
N=143	45	100%	98	100%

Abbildung 5: Arbeitsmarkt und Themenkombinationen

Etwa ein Zehntel der Beiträge über die Arbeitsmarktlage befasst sich sowohl bei *Bild* als auch bei *Welt* ausschließlich mit der allgemeinen Lage – diese Beiträge liefern nicht mehr als Beschäftigungszahlen und unter Umständen noch die Anteile von Frauen und Männern an den Erwerbstätigen.

Die Beiträge über Arbeitslosigkeit oder Arbeitskräftemangel machen bei beiden Zeitungen ebenfalls einen ähnlichen Anteil aus, nämlich insgesamt 64 Prozent bei *Bild* und 61 Prozent bei *Welt*. Allerdings zeigen sich auch hier wieder die Schwerpunkte, die sich bereits bei der Gesamtbetrachtung andeuteten: Während *Bild* beinahe doppelt so häufig über Arbeitslosigkeit wie über Arbeitskräftemangel berichtet, ist die Berichterstattung in der *Welt* in etwa ausgeglichen, mit leichtem Vorsprung beim Arbeitskräftemangel. Auch die Kombination beider Komplexe kommt in der *Welt* mit 17 Prozent der Arbeitsmarkt-Beiträge deutlich häufiger vor als in *Bild* mit 13 Prozent.

Bleibt festzuhalten: Bei beiden Zeitungen wird die Arbeitsmarktlage inklusive ihrer Probleme wie Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftemangel in drei Vierteln der Fälle thematisiert, ohne dabei die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften auch nur zu erwähnen. Lediglich ein Viertel der Beiträge zum Arbeitsmarkt nimmt Bezug auf eine mögliche Anwerbung. Bei den Arbeitsmarkt-Beiträgen lässt sich zudem die bereits zuvor beobachtete Tendenz von *Bild* zur verstärkten Berichterstattung über Arbeitslosigkeit erneut feststellen.

4.2.2 Anwerbung

Jeweils gut ein Drittel aller Beiträge thematisiert sowohl in *Bild* als auch in der *Welt* in irgendeiner Form die Anwerbung von ausländischen bzw. italienischen Arbeitskräften. Die Erwartung, dass der abschbare Arbeitskräftemangel als Grund im Zusammenhang mit den Anwerbeabsichten erwähnt wird, liegt nahe. In der Praxis aber erfüllte sie sich nur zum Teil:

Anwerbung und ...	<i>Bild</i>		<i>Welt</i>	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
... kein weiteres Thema	5	28%	5	12%
... Arbeitskräftemangel	7	39%	28	68%
... nur dt.-ital. Beziehungen	1	6%	7	17%
... nur Arbeitslosigkeit	3	17%	0	0%
... nur Arbeitsmarkt allg.	2	11%	1	2%
N=59	18	100%	41	100%

Abbildung 6: Anwerbung und Themenkombinationen

In *Bild* wird in nur 39 Prozent der Beiträge über eine Anwerbung von Ausländern auch der Arbeitskräftemangel erwähnt, in der *Welt* geschieht dies in immerhin 68 Prozent der Fälle.

Nun ist es denkbar, dass bei der kontinuierlichen Berichterstattung über einen längeren Zeitraum die Anwerbepläne nicht immer ausführlich erläutert werden müssen. Auch der Hinweis auf die allgemeine Arbeitsmarktlage kann – wenn zuvor bereits berichtet wurde – als Erklärung dienen. Bei *Bild* behandeln allerdings mehr als ein Viertel der Beiträge über die Anwerbung diese isoliert, weitere 11 Prozent weisen allein auf die Arbeitsmarktsituation hin. Bei der *Welt* sind diese Anteile mit 12 und 2 Prozent bedeutend geringer. Sie bringt die Anwerbepläne dafür häufiger (17%) allein in Verbindung mit deutsch-italienischen diplomatischen Beziehungen als die *Bild* (6%).

Interessant ist vor allem eine Kombination, die ausschließlich in der *Bild*-Zeitung zu finden ist: Drei von 18 Beiträgen, gut 17 Prozent, thematisieren die Anwerbungspläne ausschließlich im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit. Der Lösung für das Problem des Arbeitskräftemangels wurde darin allein ihr größtes Hindernis gegenübergestellt, die Anwerbung mithin problematisiert.

4.3 Wertung

Bei beiden Zeitungen war bei der Hälfte (*Bild*) bzw. 60 Prozent (*Welt*) der Beiträge über eine Anwerbung keine Wertung erkennbar (vgl. Abb. 7).

Anwerbung wird ...	<i>Bild</i>		<i>Welt</i>	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
... positiv gewertet	1	6%	5	12%
... negativ gewertet	8	44%	12	29%
... nicht gewertet (neutral)	9	50%	24	59%
N=59	18	100%	41	100%

Abbildung 7: Wertung der Anwerbung

Bild zeigt ein höheres relatives Aufkommen an Beiträgen, die die gezielte Beschäftigung von Ausländern in Deutschland negativ darstellte. Nur einmal wird die Anwerbung von *Bild* als notwendig und positiv bewertet, demgegenüber stehen acht Beiträge, die die Anwerbung negativ einschätzten. Auch die *Welt* bewertet die Anwerbung häufiger negativ als positiv, fünf Positiv-Beiträgen stehen aber hier nur zwölf negativ ausgerichtete gegenüber.

5 Qualitative Detailanalyse

5.1 Ja, Nein, Vielleicht? – Der Weg zur Anwerbung

Ausgangspunkt der öffentlichen Diskussion ist die Nachricht der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, dass sich ein Fachkräftemangel abzeichne. Sowohl *Bild* als auch *Welt* berichten darüber am 13.11.1954 in ähnlicher Form. Am 29.11.1954 schließlich melden beide Zeitungen, dass die Bundesregierung zur Behebung des Arbeitskräftemangels plane, gezielt Italiener für den deutschen Arbeitsmarkt anzuwerben:

Welt, 29.11.1954

Arbeiter aus Italien

Nachrichtendienst der WELT//Freiburg i. Br., 28. November

In der kommenden Woche werden deutsche Regierungsstellen über den Einsatz italienischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik verhandeln, teilte Bundeswirtschaftsminister Erhard am Wochenende mit. Die Italiener sollen im Straßen- und Wohnungsbau arbeiten.

Die Verhandlungen, die in Italien geführt werden sollen, begründete Erhard damit, daß es in der Bundesrepublik keine echte Arbeitslosigkeit mehr gibt, während die Aufstellung der deutschen Truppen und die Rüstungsproduktion neue Arbeitskräfte erfordern. Das deutsche Lebensniveau soll durch die Beschäftigung von Ausländern nicht sinken.

Bild, 29.11.1954

Bonn sucht Italiener

Italienische Arbeitskräfte will die Bundesregierung für den Bau von Wohnungen und Straßen verpflichten. Bundeswirtschaftsminister Erhard begründete diesen Schritt damit, daß im Bundesgebiet keine echte Reserve an Arbeitskräften vorhanden sei. Außerdem erfordere die Aufstellung der deutschen Armee zusätzliche Kräfte.

Bis auf einen etwas längeren Umfang bei der *Welt* unterscheiden sich die beiden Meldungen kaum – beide enthalten die Informationen, warum Italiener angeworben werden und wo sie arbeiten sollen. So eindeutig und einfach wie die Situation nach dieser ersten Nachricht klingt, scheint sie aber offenbar doch nicht zu sein. Beide Zeitungen bringen in den Folgewochen Beiträge, die gegen die Anwerbung von Ausländern argumentieren. *Welt* veröffentlicht zuerst am 01.12.1954 eine Analyse, erst gut eine Woche später legt *Bild* mit einem Bericht nach:

Welt, 01.12.1954

Ausländische Arbeiter sind unnötig // Wir verschwenden noch Arbeitskraft – Die qualifizierte Leistung muß gefördert werden

In den Auseinandersetzungen darüber, ob ausländische Arbeiter in die Bundesrepublik geholt werden sollen, wird das Problem meist falsch gesehen. Es besteht in Westdeutschland kein Mangel an Arbeitskräften, sondern ein Mangel an Fachkräften. Doch warum ausländische Arbeiter nach Deutschland ziehen, solange die Arbeitskraft von Hunderttausenden nicht hinreichend genutzt wird?

[...] Es fehlen ausreichend qualifizierte Facharbeiter. Wenn die Bundesrepublik eigene Streitkräfte aufstellt und gleichzeitig auch mit einer Rüstungsproduktion begonnen wird, wird sich dieser Mangel empfindlich vergrößern. Er kann aber nicht mit ausländischen Arbeitskräften behoben werden, denn aus dem Ausland werden schwerlich die qualifizierten Kräfte kommen, die wir brauchen. Diese finden auch in ihren Heimatländern Beschäftigung und guten Lohn. Wir müssen vielmehr befürchten, daß mit einem Zustrom von ausländischen Arbeitern nach Westdeutschland auch unerwünschte, kriminelle Elemente ins Land gelangen, die in einem Staatswesen wie der Bundesrepublik manche Schwierigkeiten schaffen könnten.

Der Facharbeitermangel kann nur dadurch behoben werden, daß die Kräfte, die bislang unrationelle Arbeit geleistet haben, für qualifizierte Verrichtungen gewonnen werden.

Bild, 07.12.1954

Präsident Scheuble widerlegt den Wirtschaftsminister:

Wir brauchen keine Fremdarbeiter

Nürnberg, 7. Dezember

„Durch die Verpflichtung von ausländischen Arbeitskräften würden wir unseren Arbeitslosen jede Hoffnung nehmen!“

Mit dieser Feststellung hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung, Julius Scheuble, gegen den Plan von Wirtschaftsminister Erhard protestiert, italienische Arbeiter in die Bundesrepublik zu holen. Das sagt Scheuble:

- Der von Erhard befürchtete Mangel an Arbeitskräften wird in Deutschland vorerst nicht auftreten.
- Die nächsten beiden Jahre werden im Gegenteil die einmalige Gelegenheit bieten, die Arbeitslosen der Grenzgebiete wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Bisher scheiterte ihre Umsiedlung in Industrieschwerpunkte am Wohnungsmangel.
- Außerdem hält der Zustrom von Arbeitskräften aus der Sowjetzone weiter an.

Präsident Scheuble warnte vor der Hoffnung, unter den Ausländern Facharbeiter zu finden. Alle westeuropäischen Länder seien seit Jahren bemüht, deutsche Fachkräfte zu verpflichten, weil sie selbst Mangel hätten. [...] Von einem Mangel an Arbeitskräften könne also vorläufig absolut keine Rede sein.

Bereits hier zeigen sich interessante Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen. Der Tenor ist bei beiden Beiträgen gleich: Die deutsche Wirtschaft brauche keine ausländischen Arbeitskräfte, im Gegenteil. Die Anwerbung würde schaden. Der Argumentationsgang unterscheidet sich allerdings erheblich.

Während der Redakteur der *Welt* in seiner Analyse wirtschaftspolitisch argumentiert und begründet, warum ausländische Arbeitskräfte den Facharbeitermangel kaum beheben könnten, und er zudem alternative Lösungen aufzeigt (Rationalisierung), stützt sich *Bild* allein auf Aussagen des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung. Die Begründung hier ist deutlich simpler ausgeführt: Zum einen wird schlicht bestritten, dass es einen Arbeitskräftemangel geben wird, zum anderen wird die Situation der Arbeitslosen in der Bundesrepublik als schlagendes Gegenargument ins Feld geführt. Ausländische Arbeiter werden als Konkurrenz dargestellt, die den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen würde. Diese Argumentation ist in der *Welt* nicht zu finden. Frei von Ressentiments ist allerdings auch ihre Analyse nicht: Ganz offen wird die angebliche Gefahr artikuliert, dass durch die Anwerbung „unerwünschte, kriminelle Elemente“ ins Land kommen könnten.

Charakteristisch für die Berichterstattung von *Bild* ist in diesen ersten Wochen der Diskussion ein Hin und Her – immer neue, gegensätzliche Positionen werden vermeldet und einige Tage später von anderen Meinungen abgelöst. Die Unentschlossenheit gipfelt Mitte Dezember darin, dass innerhalb einer Woche gleich drei verschiedene Behauptungen aufgestellt und widerrufen werden. Allein die Überschriften der Meldungen vom 13., 16. und 20.12.1954 verdeutlichen dies:

- **Italiener bleiben zu Hause**
- **Doch Fremdarbeiter!**
- **Nur im Notfall**

Hintergrundinfos fehlen in *Bild* zumeist. Die *Welt* dagegen berichtet in der gleichen Zeit darüber, dass Italiens Haushaltsminister Vanoni zu Besuch in Deutschland sei und mit Erhard verhandle. Am 16.12.1954 meldet die *Welt* eine Einigung – wieder deutlich umfangreicher und differenzierter als *Bild*, jedoch auch wieder nicht ohne Ressentiments. So wird die Befürchtung des DGB genannt, mit den italienischen Arbeitern könnten gezielt Kommunisten nach Deutschland eingeschleust werden.

Anders als *Bild*, wo man es weiter dabei belässt, lediglich unterschiedliche Stellungnahmen zu verbreiten, leistet sich die *Welt* einen Tag nach der Einigung zwischen Erhard und Vanoni einen redaktionellen Kommentar:

Welt, 17.12.1954

Fremde Arbeiter

F. F: -- Allen Bedenken zum Trotz hat Prof. Erhard jetzt das Abkommen über die Beschäftigung italienischer Arbeiter in Westdeutschland abgeschlossen. Das ist ein bedeutender Einschnitt in die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege, denn bisher haben wir trotz des deutschen Wirtschaftswunders immer noch mit der Arbeitslosigkeit gerungen, jetzt müssen wir einer Knappheit an Arbeitskräften ins Auge sehen.

Nur so ist dieses Abkommen zu verstehen: als eine zeitige Vorsorge gegen eine mögliche Verknappung. Vorerst ist diese Zuwanderung italienischer Arbeiter noch nicht akut. Auch aus einer Äußerung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung geht hervor, daß im kommenden Jahr wahrscheinlich noch genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen werden, zumal dann die Wiederbewaffnung erst zu einem ganz geringen Teil zum Tragen kommen wird. Erst von 1960 ab werden unsere letzten Arbeitsreserven erschöpft sein. Dann möchte man teilweise auf die italienischen Arbeiter zurückgreifen können.

Allerdings wird uns Italien nicht seine erstklassigen Fachkräfte abgeben, sondern nur ausgesprochene Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter. Und diese können wir höchstens in der Landwirtschaft oder im Straßenbau verwenden. Die Landwirtschaft zeigt sich zurückhaltend, sie braucht keine Wander- oder Saisonarbeiter wie zur Zeit der polnischen Schnitter, sondern den seßhaften Landarbeiter. Der Straßenbau dürfte allerdings viele Kräfte verschlingen, wenn alle Pläne endlich zum Zuge kommen sollten.

Aber es bleibt ein etwas bitterer Beigeschmack. Man hätte ihn vermeiden können, wenn der Wirtschaftsminister dem Parlament oder seinen Ausschüssen die Gelegenheit gegeben hätte, diese heikle Frage durchzudebattieren, da sie ja tatsächlich auch das Grundgefüge des Wirtschaftsvertrages mit Italien berührt und da auch noch Zeit genug dazu vorhanden war.

Die Argumente, die in beiden Zeitungen für und wider die Anwerbung angeführt werden, sind zu diesem Zeitpunkt bereits mehrfach benannt worden und decken sich mit den Forderungen und Bedenken von Politikern und Gewerkschaften. Interessant ist aber, dass der Kommentator den Alleingang des Wirtschaftsministers bemängelt. Solche Kritik am System bzw. an der Durchsetzung des Verfahrens war in der Berichterstattung ein Einzelfall.

In den Monaten nach der noch recht unverbindlichen deutsch-italienischen Abmachung beschränkte sich die Berichterstattung beider Zeitungen wieder auf Zahlenmeldungen zur Arbeitsmarktlage. Während *Welt* weiter regelmäßig vom Mangel an Arbeitskräften in verschiedenen Branchen und Regionen berichtet, verfolgt *Bild* nach dem anfänglichen Hin und Her relativ stringent die „Nur im Notfall“-Devise. Nachrichten über die Ankunft kleinerer, privat angeworbener Gruppen italienischer Arbeiter, die die *Welt* im Mai und Juni bringt, sucht man in *Bild* vergebens.

Stattdessen zeigt sich wiederholt die Explosionsartigkeit (vgl. Müller 1968: 77f.), mit der *Bild* Ereignisse darstellt. Mal wird der abzusehende Arbeitskräftemangel als positiv dargestellt – eine Meldung am 24.08.1955 über dieses Thema trägt den Titel „Sowas liest man gern“ –, dann wieder als Problem im Zusammenhang mit einem „Schwarzmarkt der Arbeit“ (*Bild* vom 07.09.1955). Ursachen und Konsequenzen eines Sachverhalts fehlen meist, jede Meldung für sich scheint isolierte Ereignisse wiederzugeben, die mit anderen Vorgängen nichts zu tun haben. So bewegen auch die außergewöhnlich starken Rückgänge der Arbeitslosigkeit im Spätsommer 1955 *Bild* nicht dazu, die Anwerbung von Ausländern erneut zu thematisieren. Erst als im Dezember das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und Italien geschlossen wird, berichtet *Bild* darüber. Die *Welt* dagegen veröffentlicht bereits im August und September

gleich mehrere umfangreiche Artikel, die sich mit dem Arbeitskräftemangel, seinen Folgen und auch den praktischen Problemen einer Ausländerbeschäftigung befassen. Ab November werden zudem konkretere Anwerbepläne absehbar:

Welt, 14.11.1955

300 000 Arbeitskräfte fehlen//Bundesarbeitsminister will Ausländeranwerbung intensivieren

Von unserem Korrespondenten//J. S. Düsseldorf, 13. November Westdeutschland benötigt im kommenden Jahr etwa 900 000 Arbeitskräfte mehr als 1955. [...] Wenn man damit rechnet, daß im kommenden Jahr etwa 100 000 arbeitsfähige Sowjetflüchtlinge zu erwarten sind, so fehlen der westdeutschen Wirtschaft im Jahr 1956 etwa 300 000 Arbeitskräfte.

Dieses Defizit dürfte nur durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu decken sein. Auf Drängen der Wirtschaft hat daher der Bundesarbeitsminister fest zugesagt, die Vorbereitungen für die Anwerbung in Kürze zu intensivieren. Er denkt dabei in erster Linie an Italiener.

Diese Ankündigung, die in *Bild* nicht zu finden ist, wird in der *Welt* in den darauffolgenden Wochen mehrfach diskutiert. Auch über den Abschluss des Anwerbeabkommens berichtet die *Welt* ausführlich, ganz im Gegensatz zu *Bild*, wo das Abkommen nicht erklärt, sondern nur – gestützt auf SPD-Aussagen – kritisiert wird.

Welt, 21.12.1955

Arbeiter aus Italien

Nachrichtendienst der WELT//Rom/Bonn, 20. Dezember

Die Beschäftigung von jährlich 80 000 bis 100 000 italienischen Arbeitern sieht ein Abkommen vor, das Bundesarbeitsminister Storch und der italienische Außenminister Martino am Dienstag im italienischen Außenministerium in Rom unterzeichneten. Es handelt sich hierbei um eine Regierungsvereinbarung, die nicht der Zustimmung des Parlaments bedarf. Das Abkommen ist mit der Unterzeichnung in Kraft getreten. Es gilt zunächst für ein Jahr und kann dann jeweils für ein weiteres Jahr verlängert werden.

Der Rückgriff auf ausländische Arbeitskräfte wird im kommenden Jahr nicht zu vermeiden sein, wie der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Sauerborn, [...] mitteilte. Sauerborn wies darauf hin, daß die Vereinbarung keine Angaben darüber enthält, wieviel italienische Arbeiter angeworben werden sollen. Umfang und Art

[...] werden vom Kabinett mit der italienischen Regierung auf Grund des jeweils in der Bundesrepublik nicht zu deckenden Kräftebedarfs vereinbart. [...] Mit der Ankunft der ersten Italiener wird im März gerechnet.

Bild, 21.12.1955

Italiener kommen

Rom, 21. Dezember

In der Bundesrepublik beschäftigte italienische Arbeiter sollen den deutschen Arbeitern sozial gleichgestellt werden. Einen entsprechenden Vertrag hat Bundesarbeitsminister Storch in Rom unterzeichnet. Die Italiener sollen hauptsächlich in der Landwirtschaft und im Baugewerbe eingesetzt werden. Bis Ende 1956 sollen etwa 50 000 kommen.

Kritik der SPD: „Ausländische Arbeitskräfte sollten erst dann angeworben werden, wenn es keine deutschen Arbeitskräfte mehr gibt.“ Die Bundesregierung habe nicht genug getan, um die langfristige Arbeitslosen unterzubringen.

Bis auf kleinere Beiträge zur Umsetzung des Abkommens hat sich die redaktionelle Diskussion über die Anwerbung mit der Unterzeichnung der Vereinbarung erledigt. Die *Welt* erläutert Mitte März 1956 noch einmal, wann und wie die ersten Gruppen von Italienern nach Deutschland kommen sollen. Die Ankunft der ersten Italiener in der hessischen Industrie im April 1956 ist schließlich aber nur noch der *Bild*-Zeitung eine zweisätzliche Meldung wert.

5.2 Leserbriefe in *Bild*

Die erwähnte Sorge um eine Verdrängung deutscher durch ausländische Arbeitskräfte wurde in der *Bild*-Zeitung vor allem in den relativ zahlreichen Leserbriefen laut. Deshalb soll diesen gesonderte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Bereits die ersten Ankündigungen, die Bundesregierung plane die Anwerbung von Italienern, sorgten für Leserreaktionen. Die *Bild* reicherte diese mit Rechercheergebnissen an, so dass in der Ausgabe vom 09.12.1954 der folgende Beitrag abgedruckt wurde:

Tauziehen um Fremdarbeiter

Ich las in *Bild*, daß Bonn italienische Arbeitskräfte nach der Bundesrepublik verpflichten will. Wie ist nur so etwas möglich? Hier bei uns gibt es doch bestimmt noch so viele Arbeitslose, die sich freuen würden, solche Arbeiten zu machen.

Helmut Heierhoff, Witten Ruhr

Als Ostzonenflüchtling in Berlin frage ich das Bundeswirtschaftsministerium: Ist es in Bonn unbekannt, daß sich in Berlin einige tausend arbeitsfähige und -willige Ostzonenflüchtlinge befinden, die auf Fürsorgeunterstützung angewiesen sind?

Karl Schatz, Berlin

Wir Handwerker, Maurer und Zimmerer protestieren. Das ist nichts weiter wie Lohndrückerei.

Erich Wollenberg, Bremen.

Bild hat bei Bonner Stellen Rückfrage gehalten.

Arbeitsministerium: nein!

- Bundesarbeitsminister Anton Storch: „Diese Frage ist überhaupt noch nicht akut.“ Das Arbeitsministerium steht der Beschäftigung ausländischer Arbeiter ablehnend gegenüber. Italien, so erklärt man dort, habe nur ungelernte Arbeiter anzubieten, an denen aber bei uns kein Mangel herrsche. Unsere Arbeitslosen hätten auf alle Fälle den Vorrang.

Bundesanstalt: nein!

- Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg lehnt – wie Bild bereits meldete – den Plan ebenfalls ab.

Ernährungsministerium: ja!

- An erster Stelle steht die Sicherstellung der Produktion. Es wäre denkbar, daß uns eine Verknappung der Landarbeiter zwingen könnte, wenigstens saisonmäßig Fremdarbeiter einzustellen.

Verkehrsministerium: ja!

- Bundesverkehrsministerium: Wir haben keine Bedenken, italienische Straßenarbeiter bei uns einzusetzen, wenn nicht genug deutsche Arbeiter zu haben sind.

Gewerkschaften: nein!

- Die Gewerkschaften wenden sich schärfstens gegen die Beschäftigung von Italienern, weil sie einen Druck auf das Lohnniveau befürchten.

Italien: schon Besprechungen!

- Italienische Botschaft: Viele westdeutsche Firmen haben bereits italienische Arbeiter angefordert. Deswegen sind in Venedig unverbindliche deutsch-italienische Besprechungen über die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen für zehn- bis zwanzigtausend landwirtschaftliche Arbeiter geführt worden. Italien kann 50 000 – 100 000 Arbeiter an Deutschland abtreten.

Kabinett: Tautziehen!

- Innerhalb des Bundeskabinetts ist es über diese Frage zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten gekommen. Sie sollen jetzt in Besprechungen der Fachausschüsse geklärt werden.

Dieser Beitrag ist zum einen einer der wenigen umfangreichen Beiträge zum Thema Anwerbung, zum anderen ist er auch insofern außergewöhnlich für *Bild*, als er die Frage nach der Notwendigkeit einer Anwerbung aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Wie bereits zuvor erläutert, neigt *Bild* sonst eher zur isolierten Darstellung einzelner Positionen. *Bild* nimmt jedoch auch bei diesem Beitrag keine eigene Wertung vor, sondern lässt die Positionen der verschiedenen Ministerien und Institutionen für sich stehen.

Die Leserstimmen, die vor der kleinen Umfrage veröffentlicht sind, sind exemplarisch für alle weiteren Zuschriften, die in den Folgemonaten abgedruckt werden. Als „Anwalt des kleinen Mannes“ veröffentlicht *Bild* wiederholt eben dessen Sorgen. Die Schicksale, die in den Leserbriefen zum Teil höchst emotional geschildert werden, lassen die Anwerbung von ausländischen Arbeitern nicht nur unnötig, sondern widersinnig und regelrecht ungerecht erscheinen. Das Dilemma zwischen (Langzeit-)Arbeitslosigkeit in Einzelfällen auf der einen und einem allgemeinen Arbeitskräftemangel auf der anderen Seite wird von *Bild* nicht er- oder geklärt.

5.3 Anknüpfung an alte Denkmuster

Obwohl mit dem Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und Italien die Ausländerbeschäftigung als neuartige, provisorische Lösung zur Entlastung des Arbeitsmarktes wirkte, zeigen sich in der Berichterstattung von *Bild* und *Welt* mehrfach noch Denk- und Sprachmuster von vor 1945.

Es fängt an mit der Bezeichnung der Arbeitskräfte: Auch wenn das deutsch-italienische Anwerbeabkommen den formalen Startpunkt der Gastarbeiterphase ausmachte, wird der Ausdruck „Gastarbeiter“ Mitte 1955 noch nicht benutzt. Stattdessen liest man sowohl in *Bild* als auch in der *Welt* wiederholt von *Fremdarbeitern*. Zwar überwiegt die Bezeichnung als *ausländische Arbeiter/Arbeitskräfte* oder schlicht *Ausländer*, aber auch der von den Nazis für ihre Zwangsarbeiter geprägte Begriff wird weiter unkritisch verwendet. Diese Beobachtungen zeigen ein typisches Phänomen der 1950er-Jahre, das auch durch andere Studien und Inhaltsanalysen gedeckt wird. So stellen Jung, Niehr und Böke (2000: 53ff.) in ihrem diskurstheoretischen Wörterbuch zur Einwanderung fest, dass das „belastete Wort Fremdarbeiter“ erst mit Beginn der 60er-Jahre durch das freundlichere „Gastarbeiter“ ersetzt wurde. Und auch Herbert (2001: 206) kommt zu dem Schluss, dass die Anwerbung von Ausländern „in mancher Hinsicht durchaus im Zusammenhang zur Zeit vor 1945 gesehen [wurde], was sich nicht nur an dem wie selbstverständlichen Weitergebrauch der Bezeichnung ‚Fremdarbeiter‘ zeigte.“

Eine zweite Auffälligkeit ist eine Sichtweise auf die ausländischen Arbeiter, die diese nicht als Menschen wahrnimmt, sondern vielmehr als je nach Bedarf einsetzbare Masse; Dohse (1989: 2) spricht in diesem Zusammenhang vom „Warencharakter der Arbeitskraft“. Nicht nur die Tatsache, dass eine Aufnahme und Eingliederung der Italiener in die bundesdeutsche Gesellschaft von beiden Zeitungen in keiner Form thematisiert wurde, spricht für diese Einstellung, sondern auch die Formulierungen, die in den Beiträgen zum Thema immer wieder auftauchen. Im Dezember 1954 zitiert die *Welt* Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard mit folgenden Worten:

Wir denken nicht an einen Import italienischer Arbeitskräfte, sondern wir denken daran, deutschen Firmen die Möglichkeit zu geben, sich bei Bedarf auf dem italienischen Arbeitsmarkt ebenso umzusehen wie sie es hier in Deutschland tun. (*Welt*, 16.12.1954).

Dieser Satz ist exemplarisch für die Einstellung gegenüber den italienischen Arbeitskräften: Sie sind Waren, an denen sich deutsche Arbeitgeber bedienen können sollen. Auch sonst treten die Italiener fast ausschließlich passiv auf – sie *werden beschäftigt, verpflichtet oder geholt*, ihre *Hereinnahme wird gestattet*. Dass die Frage nach Integration nicht aufkommt, mag so kaum verwundern.

6 Fazit

Der Schweizer Schriftsteller und Journalist Max Frisch hat das Phänomen, das sich nach der Anwerbung von „Gastarbeitern“ in seiner Heimat zeigte, einmal mit folgenden Worten beschrieben: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.“ (zit. nach Geißler 2005: 19) Dieser Ausspruch trifft die Erwartungshaltung in der Bundesrepublik, die sich in der Berichterstattung von *Bild* und *Welt* in den Jahren 1954 bis 1956 gezeigt hat, auf den Punkt. Von der Politik als kurzfristige, provisorische Maßnahme zur Überbrückung des Arbeitskräftemangels geplant, wurde die Anwerbung von ausländischen Arbeitern auch in der Presse vor allem im Hinblick auf die Frage diskutiert, ob der Mangel bereits so groß ist, dass die inländischen Reserven nicht mehr ausreichen. Welche langfristigen Auswirkungen die gezielt geförderte Zuwanderung von ausländischen Arbeitern in die Bundesrepublik haben sollte oder wie man die Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft integrieren könnte, stand in den Monaten rund um den Abschluss des Anwerbeabkommens nicht zur öffentlichen Debatte.

1955 markiert für Deutschland ein wichtiges Jahr. Nach Wiederaufbau und Besatzungsherrschaft ist die junge Bundesrepublik fast souverän, und das

Wirtschaftswunder zeigt seine ersten Folgen: Deutschland befindet sich im Aufschwung, die Wirtschaft boomt, der Lebensstandard steigt. Gleichzeitig sind die Erinnerungen an den Krieg noch frisch. Groß ist die Sorge, dass der Aufschwung schnell wieder zusammenbrechen könnte. Vor eben diesem Hintergrund thematisieren *Bild* und *Welt* die Anwerbepläne der Bundesregierung.

Die Inhaltsanalyse zeigt, dass beide Zeitungen einer Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Deutschland skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden. Dem absehbaren Mangel an Arbeitskräften wurde immer wieder die nach wie vor bestehende Arbeitslosigkeit entgegengestellt. Diese diente als ebenso simples wie schlagendes Argument gegen die Zuwanderung. *Bild* pflegte gerade durch die regelmäßige Veröffentlichung von Leserbriefen, die Schicksale von Arbeitslosen schilderten, die Rolle als „Anwalt des kleinen Mannes“. Die *Welt* versuchte eher, die Thematik und Problematik sachlich einzuordnen. Den großen Konflikt *Arbeitslosigkeit versus Arbeitskräftemangel* konnte aber auch sie nicht auflösen.

Die Berichterstattung beider Zeitungen war stark bestimmt von der politischen Agenda: Der Großteil der Meldungen und Berichte zum Thema basierte auf offiziellen Mitteilungen. Als die Ausländerbeschäftigung mit dem Abschluss des Anwerbeabkommens vorerst geklärt war, gab es in der Folge auch kaum mehr eine öffentliche Thematisierung. Die Anwerbung wurde nicht mehr infrage gestellt, die Ankunft erster kleiner Gruppen von italienischen Arbeitern waren kaum mehr kurze Meldungen wert.

Vergessen sollte man dabei nicht, dass beim Abschluss des Anwerbeabkommens „weder absehbar noch intendiert [war], daß nur knapp zehn Jahre später über 1 Million Ausländer in der Bundesrepublik arbeiten würden“ (Dohse 1968: 175). Dadurch, dass die unmittelbaren Effekte der Ausländerbeschäftigung noch so gering waren und sich die Diskussion um Für und Wider auf einer sehr abstrakten Ebene abspielte, rückten langfristige Folgen erst gar nicht ins Interesse. Dies kann erklären, warum die Frage nach Integration oder Eingliederung der ausländischen Arbeiter in die deutsche Gesellschaft im Untersuchungszeitraum in beiden Zeitungen in keiner Form aufgeworfen wurde. Aber Dohse (1968: 177) argumentiert zurecht, dass dem ersten Anwerbeabkommen gerade deshalb eine größere Bedeutung zukommt als die quantitativen Auswirkungen vermuten lassen: Die formalen Entscheidungsprozesse und Regelinstrumentarien wurden mit dem ersten Anwerbeabkommen etabliert und gefestigt; die grundsätzliche Möglichkeit der Arbeitsmarköffnung stand nicht mehr zur Diskussion.

Die Ausländerbeschäftigung war Mittel zum Zweck, willkommen war in Deutschland Mitte der 1950er-Jahre in erster Linie die Arbeitskraft von Ausländern – ob auch die Menschen dahinter willkommen sein würden, blieb zweifelhaft. Die Leserstimmen in *Bild* vermitteln bereits einen Eindruck vom

Konkurrenzgefühl, das bei einer Vielzahl von Deutschen durch die Anwerbung ausgelöst worden sein mag. Bestätigt wird dieser Eindruck durch eine Umfrage des Allensbach-Instituts vom März 1956: „Haben Sie davon gehört, daß italienische Arbeiter nach Deutschland geholt werden sollen, um hier in den Fabriken und bei den Bauern zu arbeiten?“, fragte das Meinungsforschungsinstitut. 82 Prozent der Befragten antworteten mit Ja – und der überwiegende Teil (55%) der Befragten sprach sich im Anschluss ausdrücklich gegen eine Anwerbung aus. Nur ein Fünftel der interviewten Deutschen befürwortete die Anwerbung von ausländischen Arbeitern (vgl. Noelle/Neumann 1957: 258) – und das zu einem Zeitpunkt, da ihr tatsächliches Ausmaß noch gar nicht abzusehen war.

Das zeigt: Anders als oftmals angenommen, wurden die „Gastarbeiter“ in Deutschland nicht erst mit Beginn der Weltwirtschaftskrise, dem Anwerbestopp und der wachsenden Zahl von Familiennachzügen in den 1970er-Jahren kritisch beäugt. Und obwohl das untersuchte Material bereits mehr als ein halbes Jahrhundert alt ist, ist die ihm zugrundeliegende Problematik heute aktueller denn je: Wieder fehlen Deutschland Arbeitskräfte, erst im Sommer 2008 hat die Bundesregierung ein Aktionsprogramm beschlossen, um die Zuwanderung von Hochqualifizierten zu fördern (vgl. BMAS 2008). Angesichts von mehr als drei Millionen Arbeitslosen hat sich indes das große Gegenargument ebenfalls nicht geändert (vgl. Bonstein 2008: 90f.). Es scheint daher interessant und wünschenswert, in einer Inhaltsanalyse aktueller Medien – oder auch einer Längsschnittanalyse – zu untersuchen, ob und inwieweit sich der öffentliche Diskurs in den vergangenen Jahrzehnten verändert hat.

Literatur

- Abelshauser, Werner (2004): Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München.
- Bonstein, Julia (2008): „Klares Jein: Die Bundesregierung will den Zuzug für ausländische Fachkräfte erleichtern. Doch statt einer echten Reform bringt das nun vorgestellte Aktionsprogramm nur neue Sonderregeln.“ In: *Der Spiegel*, H. 30/2008, S. 90-91.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2008): „Aktionsprogramm der Bundesregierung konkretisiert“ Pressemitteilung vom 27.08.2008. Online unter: <http://www.bmas.de/portal/27318/> [Stand: 09.10.2008].

- Bundesregierung (1955): Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über die Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland. In: *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (ANBA)*. Jg. 4, H. 2. Nürnberg, S. 52-75.
- Delgado, J. Manuel (1972): Die „Gastarbeiter“ in der Presse. Eine inhaltsanalytische Studie. Opladen.
- Diekmann, Andreas (2004): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg.
- Dohse, Knuth (1981): Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland. Königstein (Taunus).
- Geißler, Rainer (2005): Vom Gastarbeiterland zum Einwanderungsland. Herausforderungen an das Mediensystem. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 15-24.
- Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München.
- Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Böke, Karin (2000): Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945. Wiesbaden.
- Klammer, Bernd (2005): Empirische Sozialforschung: Eine Einführung für Kommunikationswissenschaftler und Journalisten. Konstanz.
- Kruip, Gudrun (1999): Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags: Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen. München.
- Mehrländer, Ursula (1978): Bundesrepublik Deutschland. In: Gehrmacher, Ernst/Kubat, Daniel/Mehrländer, Ursula (Hrsg.): Ausländerpolitik im Konflikt. Arbeitskräfte oder Einwanderer? Konzepte der Aufnahme- und Entsendeländer. Bonn. S. 115-137.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (1984): Ausländerpolitik. In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Handwörterbuch Ausländerarbeit. Weinheim u.a., S. 65-70.
- Müller, Hans Dieter (1968): Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie. München.

- Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (Hrsg.) (1957): Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1957. Allensbach (Bodensee).
- Pagenstecher, Cord (1994): Ausländerpolitik und Immigrantenidentität. Zur Geschichte der „Gastarbeit“ in der Bundesrepublik. Berlin.
- Prollius, Michael von (2006): Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945. Göttingen.

Teil 2:

Journalisten

Wenig ethnische Diversität in deutschen Zeitungsredaktionen¹

Konzeptioneller Rahmen: interkulturelle mediale Integration

Die Studie geht der Frage nach, wie stark Journalistinnen und Journalisten mit Migrationshintergrund in den deutschen Tageszeitungen vertreten sind, wie und in welchen Positionen sie beschäftigt werden und welche Aufgaben sie wahrnehmen. Die Fragestellung ist aus dem Konzept der interkulturellen medialen Integration (Geißler2005b) abgeleitet, das den normativen Rahmen unserer Analyse bildet. Das Konzept bezieht sich auf den Beitrag der Massenmedien zur interkulturellen Integration (dazu Geißler 2005a) der Menschen mit Migrationshintergrund, die inzwischen immerhin etwa ein Fünftel der Wohnbevölkerung in Deutschland ausmachen, in die deutsche Kerngesellschaft und umfasst zwei miteinander verschränkte Aspekte: die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in die medial hergestellte Öffentlichkeit und ihre Integration in das Mediensystem.

Zur interkulturellen medialen Integration gehört unter anderem das Ziel, dass die Migranten in der Berichterstattung der deutschen Tageszeitungen angemessen dargestellt werden und dass Journalisten mit Migrationshintergrund adäquat in den Zeitungsredaktionen vertreten sind, weil dies als eine wichtige Voraussetzung für eine angemessene Darstellung von Migranten angesehen wird. Die angemessene Vertretung ist zudem ein Gebot des Prinzips der gleichen Zugangschancen der ethnischen Minderheiten in die wichtigen Institutionen der Aufnahmegesellschaft (dazu Geißler 2005a: 51ff.), zu denen auch die Tageszeitungen gehören. Dadurch wirken Journalisten mit Migrationshintergrund dann an der Herstellung der pluralistisch-demokratischen Öffentlichkeit mit und bringen dabei spezifische Informationen, spezifische Perspektiven und Standpunkte sowie ein spezifisches Wissen über ethnische Minderheiten und deren Befindlichkeiten, Probleme und Interessen ein. Ihre Rolle ist strukturell mit derjenigen der Vertreter von anderen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen vergleichbar wie den Geschlechtern, Altersgruppen oder Reli-

1 Ein herzlicher Dank geht an Lars Buschbaum, Sebastian Rehbach und Sandra Stahl, die uns bei den aufwändigen postalischen und telefonischen Befragungen mit Engagement und Kompetenz geholfen haben sowie an Sonja Weber-Menges für hilfreiche Tipps bei der Konzeption der Studie.

gionsgemeinschaften. Sie verkörpern eine wichtige Facette des mehrdimensionalen demokratischen Pluralismus im deutschen Mediensystem oder hier genauer: im medialen Teilsystem der deutschen Tageszeitungen – nämlich seine Ethnodimension, die gleichberechtigt neben anderen Dimensionen, zum Beispiel der Geschlechterdimension, steht (Geißler 2005b: 74).

Teil I: Zum Forschungsstand

1 Bessere Präsentation durch bessere Repräsentation?

Die unserer Studie zugrunde liegende Annahme, dass eine bessere Repräsentation von Journalisten mit Migrationshintergrund in den Zeitungsredaktionen eine bessere Präsentation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Berichten und Kommentaren der Zeitungen zur Folge hat (vgl. dazu Geißler 2000), bedarf einer gewissen Relativierung. Die internationale Forschung stimmt darin überein, dass ethnische Minderheiten sowohl in klassischen Einwanderungsländern wie den USA und Kanada als auch in den modernen Einwanderungsländern Westeuropas wie zum Beispiel in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden oder Deutschland in den Medien tendenziell „negativ verzerrt“ präsentiert werden – häufig als „problem people“, die Probleme haben und der Aufnahmegesellschaft Probleme bereiten (vgl. dazu Geißler/Pöttker 2006 und 2009). Auf die Frage nach den Ursachen dieser Verzerrungen werden in der Forschung unterschiedliche Antworten gegeben. Kontrovers diskutiert wird dabei – insbesondere in der nordamerikanischen Forschung – die Frage, wie stark sich die einzelnen Journalisten mit ihrer individuellen Auswahl dessen, was sie für mitteilenswert halten, sowie mit ihren Ansichten und Meinungen gegen die strukturellen Zwänge der Medienorganisationen und des Mediengesamtsystems durchsetzen können. Die Frage berührt natürlich auch das Problem, ob eine stärkere Beteiligung von Journalisten mit Migrationshintergrund an der Arbeit von Zeitungsredaktionen zu einer angemesseneren Berichterstattung über die Migranten führt.

Einigkeit besteht in der Forschung darüber, dass starke strukturelle Barrieren den individuellen Einfluss der einzelnen Journalisten erheblich einschränken. So verweist Fleras zum Beispiel in seinen Arbeiten auf einen „systemic bias“ in der Berichterstattung über ethnische Minderheiten. Im Zentrum steht dabei das konventionelle Nachrichtenparadigma, jene Macht der „Nachrichtenwerte“, die einer angemessenen medialen Präsentation der Minoritäten im Wege stehen (Fleras 2006; Fleras/Kunz 2001). Gist hat wie auch Pease et al. (2001) und Wilson (2000) vor allem die hierarchische Dimension der Ent-

scheidungsstruktur innerhalb der Medienorganisationen im Blick, wenn sie schreibt: „news judgement inevitably reflects the perceptual biases and cultural anchors of those making the judgement“ (Gist 2000: 56). White (2002) stellt stärker auf die Redaktionsroutinen ab. Wenn Angehörige ethnischer Minderheiten verantwortliche Positionen innehaben, kann der Arbeitsalltag durchaus an Diversity-Problemen orientiert sein und sich positiv in den Informationsangeboten über Minoritäten niederschlagen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die Befragung nicht-weißer Journalisten durch Rivas-Rodriguez et al. (2004: 39): „Overall, respondents felt that a minority executive could influence how the news media thinks of minorities“. Das quantitative Gewicht der verschiedenen strukturellen Hindernisse ist empirisch weitgehend ungeklärt.

Trotz aller Hinweise auf die strukturellen Barrieren für eine angemessene mediale Präsentation der ethnischen Minderheiten besteht in der Forschung aber auch Einigkeit darüber, dass eine bessere Beteiligung von Journalisten mit Migrationshintergrund an der Arbeit der Medienredaktionen eine Grundvoraussetzung dafür ist, die strukturellen Barrieren wenigstens teilweise zu überwinden. Eine bessere Repräsentation der Minoritäten in den Redaktionen ist eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Voraussetzung für eine bessere Präsentation in den Medieninhalten. Daher ist es sinnvoll, eine empirische Bestandsaufnahme zur Beteiligung von Journalisten mit Migrationshintergrund in den deutschen Zeitungsredaktionen zu versuchen. In den klassischen nordamerikanischen Einwanderungsländern werden Erhebungen dieser Art schon seit langem durchgeführt. Diese sollen im folgenden Kapitel kurz skizziert werden, um die Schwierigkeiten zu verdeutlichen, die damit verbunden sind.

2 Ethnische Diversität in nordamerikanischen Zeitungsredaktionen

2.1 USA: seit drei Jahrzehnten ein wichtiges Thema

Die besten Daten zur ethnischen Diversität in den Zeitungsredaktionen und die intensivsten Bemühungen, den Anteil der ethnischen Minderheiten unter den Zeitungsjournalisten zu steigern, finden sich in den USA. Der Motor dieser Entwicklung sind die Zeitungsverleger selbst oder genauer: ihr Interessenverband American Society of Newspaper Editors (ASNE). „Increasing diversity in U.S. newspaper newsrooms has been a primary ASNE mission since 1978.“ Um der Diversity Mission gerecht zu werden, verfügt der Verband über ein spezielles „Minority Committee“ und beschäftigt einen „full-time diversity director“ (ASNE 2008a).

Seit drei Jahrzehnten führt ASNE jährlich den „Newsroom Employment Census“ über die beschäftigten Vollzeitjournalisten in den Tageszeitungen durch und ermittelt dabei auch deren Zugehörigkeit zu fünf „rassischen“ (racial) Gruppen – wie sie die Amerikaner unbefangen und durchaus politisch korrekt nennen: Caucasians (Weiße), African Americans, Hispanics, Asian Americans und Native Americans. Die Rücklaufquote bei den Befragungen von mehr als 1.400 Tageszeitungen ist ausgesprochen hoch und liegt durchgängig zwischen 65 und 67 Prozent (ASNE 1997, ASNE 2008b). Bereits 1978 setzte sich ASNE das Ziel, Vollzeitjournalisten aus allen „Rassen“ an der Redaktionsarbeit im „newsroom“ proportional zu beteiligen. Spätestens im Jahr 2000 sollte sich die ethnische Zusammensetzung der Redaktionen der amerikanischen Bevölkerungsstruktur angeglichen haben. 1986 konkretisierte das Minority Committee des Verbandes diese Zielsetzung: Jede Zeitung wurde aufgerufen, die Anteile der Minoritäten in den Redaktionen den jeweiligen Anteilen dieser Gruppen in den Verbreitungsgebieten bzw. Communities anzupassen.

Der ASNE-Zensus macht deutlich, dass der Minoritätenanteil von lediglich 4 Prozent im Jahr 1978 seitdem kontinuierlich angestiegen ist (Starck 2006: 167). Bis 2008 hat er sich mit 13,5 Prozent mehr als verdreifacht (ASNE 2008b). Allerdings erhöhte sich auch gleichzeitig der Anteil der ethnischen Minderheiten an der Gesamtbevölkerung von 20 Prozent im Jahr 1980 auf 34 Prozent im Jahr 2006 (ASNE 2008b). Diese Dynamik hatte zur Folge, dass sich der Abstand zwischen dem gestiegenen Redaktionsanteil und dem noch stärker gestiegenen Bevölkerungsanteil nicht verringert, sondern sogar vergrößert hat – eine Entwicklung, die bereits zu Beginn der 1990er Jahre erkannt wurde (Haws 1991: 771). ASNE reagierte darauf mit einem Aufschub seiner Zielsetzung um 25 Jahre: Die proportionale Beteiligung der Minoritäten soll erst im Jahr 2025 vollendet sein (Fitzgerald 1999).

Derzeit besteht die folgende Situation: In allen Zeitungen mit einer Auflage von 50.000 und mehr ist 2008 mindestens ein Journalist oder eine Journalistin aus einer Minorität Vollzeit beschäftigt. Dennoch sind in fast der Hälfte aller Redaktionen – 2008 bei 46 Prozent – die Weißen unter sich; in der Regel handelt es sich dabei um kleinere Blätter mit Auflagen von höchstens 10.000 (ASNE 2008b).

Anlass für das Diversity-Engagement von ASNE war die scharfe Kritik an den US-Medien im Kerner Commission Report über die Rassenunruhen im Jahr 1968. Dort wurde festgestellt, dass der Mangel an Minoritätenjournalisten und die daraus folgende völlig unzureichende und unfaire Darstellung der Black Communities in den Medien eine der Ursachen für die verheerenden Aufstände war (ASNE 2008b). Zudem sind die US-Zeitungsverleger der Überzeugung, dass eine angemessene Berichterstattung über die ethnischen Minder-

heiten sowohl der Auflage als auch den Werbeeinnahmen zugute kommt und dass eine angemessene Berichterstattung über ethnische Minderheiten wiederum mit deren angemessener Beteiligung an den Redaktionen einhergeht (Starck 2006: 161). Bei ASNE spiegelt sich hier die Grundannahme der amerikanischen Kommunikationspolitik wider, dass die Diversität der Redaktionen und die Diversität ihrer Produkte kausal miteinander verknüpft sind: „diversity in the sources of information has frequently (though not always) been assumed to be causally related to the diversity of content that is available“ (Napoli 1999: 11). Diese Grundannahme wird allerdings, wie bereits erwähnt, in der Forschung relativiert.

Zu den Gründen, warum unter den Vollzeitjournalisten der US-amerikanischen Tageszeitungen die Minderheiten trotz aller Bemühungen weiterhin erheblich unterrepräsentiert sind, liegen eine Reihe von Untersuchungen vor. Eine aktuelle Studie hebt die Zulassungsbeschränkungen für Nicht-Weiße hervor; diese werden bereits im Rahmen von Schülerzeitungen aufgebaut und dann aufrechterhalten (Elliott 2007). Fitzgerald (2001) verweist auf die hohen Abwanderungsquoten nicht-weißer Journalisten in profitablere Berufe, und Christian (2004) macht deutlich, dass gerade für kleinere Zeitungen andere Themen als Diversity auf der täglichen Agenda stehen.²

2.2 Kanada: ein erstaunlich vernachlässigtes Thema

Obwohl sich Kanada seit fast vier Jahrzehnten offiziell als multikulturelle Gesellschaft versteht (dazu Geißler 2003) und obwohl der Employment Equity Act aus dem Jahr 1986 die Gleichstellung aller ethnischen Gruppen im Beschäftigungssystem fordert – seine Regelungen gelten allerdings nur für das Rundfunksystem und nicht für die Tageszeitungen –, ist die ethnische Diversität in den Zeitungsredaktionen kaum zum Thema gemacht worden. Eine Diversity-Mission, die dem ASNE-Engagement vergleichbar wäre, gibt es bei den kanadischen Zeitungsverlegern nicht. Entsprechend schlecht ist die Datenlage zur Entwicklung der ethnischen Diversität unter den Journalisten der Tageszeitungen, und die ethnischen Minoritäten sind in den Redaktionen heute noch erheblich schlechter vertreten als in den USA.

In einer Studie über die Diversity-Strategien der Zeitungsverleger und der großen Zeitungs- und Journalistenverbände kommt Barahona (2001) zu folgendem Schluss: „although some editors are pushing for better representation, another issue that surfaced in many of my interviews was that diversity is not

2 Zur Diskussion in den USA vgl. auch Adams/Cleary 2006; Pritchard/Brzezinski 2004; Wilson et al. 2003.

on the national agenda – but should be.“ Carolyn Ryan, die Präsidentin der Canadian Association of Newspaper Editors (CANE), dem kanadischen Pendant von ASNE, schiebt die Verantwortung für Diversity-Probleme auf die einzelnen Zeitungsredaktionen ab: „I think it is being addressed by individual newsrooms. We’d certainly be willing to consider it as an organization, if members felt that was important“ (Barahona 2001). Und die Canadian Association of Journalists (CAJ) vertritt Diversity-Ziele nur im Hinblick auf die Medienbotschaften, die diverse Zusammensetzung der Redaktionen steht nicht auf ihrer Agenda (CAJ 2008).

Die vorliegenden Daten zur ethnischen Diversität in den kanadischen Zeitungen sind ausgesprochen spärlich (vgl. Fleras 2006: 199). Am aufschlussreichsten ist die Längsschnittanalyse von Miller/Court (2004). Sie vergleicht die ethnische Zusammensetzung der Redaktionen in den kanadischen Mainstream-Tageszeitungen in den Jahren 1994 und 2004. Obwohl die Studie in Zusammenarbeit mit der Canadian Newspaper Association (CNA) durchgeführt wurde, waren die Rücklaufquoten erheblich niedriger als in den USA und lagen nur bei 43 Prozent (1994) bzw. 36 Prozent (2004). Die Ergebnisse der Analyse sind sehr ernüchternd: Der Anteil der nicht-weißen Teilzeit- und Vollzeitjournalisten ist zwischen 1994 und 2004 von 2,6 Prozent nur ganz geringfügig auf 3,4 Prozent gestiegen und liegt 2004 noch unter dem US-Niveau vor dem Beginn der ASNE-Diversity-Mission im Jahr 1978. Da der Minority-Anteil unter der kanadischen Bevölkerung im untersuchten Jahrzehnt deutlich gestiegen ist, sprechen die Autoren von einem „diversity gap“, das sich immer weiter öffnet: „So the gap between minorities in the newsroom and in the communities they serve has widened during the last ten years“ (Miller/Court 2004).

Ein Grund für die Unterschiede zwischen den beiden nordamerikanischen Einwanderungsländern dürfte sein, dass im multikulturellen Kanada die Konflikte zwischen Weißen und „rassischen“ Minderheiten besser kanalisiert sind als in den USA. Die Minoritäten der Schwarzen und Hispanics sind klein, und von Rassenunruhen in den Dimensionen, die den Anlass für das ASNE-Engagement gebildet haben, ist Kanada verschont geblieben.

3 Ethnische Diversität in deutschen Zeitungsredaktionen: kaum diskutiert und ohne Datenbasis

Während die USA auf eine lange Tradition hinsichtlich der Beschäftigung mit ethnischer Diversität in den Tageszeitungen zurückblicken, steht das Problem in Deutschland erst seit ein bis zwei Jahren auf der Agenda – und dies eher im politischen Raum im Zusammenhang mit der von der großen Koalition forcierten Integrationspolitik und weniger bei den direkt Betroffenen, den Zeitungsverlegern und ihren Redaktionen. Eine Vorreiterrolle spielten und spielen dabei einige öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten. Auf drei Tagungen des WDR, des SWR und der Europäischen Rundfunkunion (zusammen mit WDR und ZDF) in den Jahren 2005 bis 2007 wurde die unzureichende ethnische Diversität im Rundfunkpersonal als Problem thematisiert. Die Presse war an diesen Konferenzen nicht beteiligt. Sie taucht erstmals in den Arbeitsgruppen zum Nationalen Integrationsplan der Bundesrepublik auf, der im Juli 2007 verabschiedet wurde. Die Rolle der Massenmedien bei der Integration erfährt hier besondere Beachtung und wird zu einem der zehn Schwerpunktthemen gemacht. Unter dem Titel „Medien – Vielfalt nutzen“ erarbeitete eine Gruppe von Wissenschaftlern und Vertretern aus Presse (u. a. vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger), Rundfunk und Online-Medien einen Empfehlungskatalog. Darin taucht auch der im Wissenschaftsbetrieb „erfundene“ (Geißler/Pöttker 2001) Begriff der „medialen Integration“ auf. Zu den Zielen gehört es, „Migrantinnen und Migranten in Redaktionen und Programme ein- [zu]beziehen. [...] Langfristiges Ziel der Personalpolitik soll sein, sich einer adäquaten Zusammensetzung insbesondere des Redaktionspersonals anzunähern“ (Die Bundesregierung 2007: 159). Es wird – ähnlich wie in der US-amerikanischen Kommunikationspolitik – davon ausgegangen, dass mehr ethnische Diversität unter den Journalisten die Darstellung der ethnischen Minderheiten in den Medien verbessert. Man nimmt an, das in den deutschen Massenmedien nachgewiesene „unvollständige Bild der Migrantinnen und Migranten“ (ibid.: 158) könne durch mehr Journalisten mit Migrationshintergrund berichtigt werden.

Wie viele Journalisten mit Migrationshintergrund derzeit in den Medienredaktionen tätig sind, ist unbekannt; empirisch abgesicherte Zahlen existieren bislang nicht. Die einzige repräsentative Journalistenbefragung beschränkt sich auf deutsche Journalisten (Weischenberg et al. 2006). Den Aussagen der Projektmitarbeiterin Maja Malik zufolge habe man Migranten nicht repräsentativ erfassen können. „Der Rechercheaufwand wäre zu hoch“ (Malik in Röben 2008: 142). Die wenigen Einzelstudien analysieren lediglich Teilgruppen und legen dabei die Staatsangehörigkeit zugrunde (Wiebus 2000; MMB 2005), und wenn sie den Migrationshintergrund berücksichtigen, haben sie eher explora-

tiven Charakter (Röben 2008; Pascual Iglesias 2005; Oulios 2008 in diesem Band). Von einer repräsentativen quantitativen Erhebung, wie sie der Newsroom Employment Census der US-amerikanischen Zeitungsverleger darstellt, ist Deutschland noch sehr weit entfernt. Eine derartige Repräsentativstudie stößt hier auf enorme Schwierigkeiten, die im folgenden Methodenkapitel dargestellt werden.

Teil II: Eigene empirische Studie

1 Methode – Vorgehen und Probleme

Da in unserer Studie erstmals der Versuch unternommen wird, repräsentative Daten zur Beteiligung von Journalisten mit Migrationshintergrund in den Redaktionen der deutschen Tageszeitungen zu erheben, werden das methodische Vorgehen und die damit einhergehenden Probleme relativ ausführlich dargestellt.

1.1 Zweistufiges Vorgehen

Die Daten unserer Studie wurden in einem zweistufigen Verfahren über zwei Fragebögen erhoben:³

Stufe 1: Ein kurzer Fragebogen – der Redaktionsfragebogen – ging per Post an die 1.229 Chef- und Lokalredaktionen von allen deutschen Tageszeitungen mit der Bitte um Auskunft, ob und – wenn ja – wie viele Journalisten mit Migrationshintergrund in den Redaktionen tätig sind. Der Begriff „mit Migrationshintergrund“ orientiert sich an der Definition, die in der neueren internationalen Migrationsforschung – zum Beispiel in den entsprechenden Teilen der PISA-Studien – üblich ist und umfasst Personen, die selbst zugewandert sind oder aus einer Zuwandererfamilie (Mutter und/oder Vater zugewandert) stammen. Dieser erste Schritt wurde durch telefonisches „Nachfassen“ bei einem Teil derjenigen Redaktionen ergänzt, die auf das postalische Anschreiben nicht reagiert hatten.

3 Bei den Redaktionen und bei den Journalistinnen und Journalisten, die sich an der Umfrage beteiligt haben, möchten wir uns an dieser Stelle nachdrücklich und herzlich für die Mitarbeit bedanken.

Stufe 2: Ein ausführlicherer Fragebogen für die Journalisten mit Migrationshintergrund – der Journalistenfragebogen – stand online.⁴ Er enthält in erster Linie Fragen zur journalistischen Tätigkeit, zum beruflichen Werdegang und zur Zuwanderungsgeschichte. Die Redaktionen wurden mit dem erwähnten postalischen Anschreiben gebeten, die bei Ihnen tätigen Journalisten mit Migrationshintergrund auf den Online-Fragebogen hinzuweisen. Dieser zweite Schritt wurde durch ein zusätzliches Schneeballverfahren ergänzt.

1.2 Schwierigkeiten

Unser ursprüngliches Vorhaben, die Beteiligung von Journalisten mit Migrationshintergrund in den Redaktionen der deutschen Tageszeitungen repräsentativ zu erheben und genaue Angaben über ihre Zahl und ihren Anteil unter allen Journalisten zu ermitteln, stieß auf zwei große Schwierigkeiten.

Es existieren keinerlei offizielle oder inoffizielle Statistiken über Journalisten mit Migrationshintergrund. Anders als in den USA haben auch die Personalabteilungen der Zeitungshäuser keine Daten dieser Art erhoben. Wenn überhaupt, dann gibt es bei wenigen Redaktionen lediglich Angaben zur Staatsangehörigkeit, und diese erfassen die Eingebürgerten – sie machen nach unserer Erhebung immerhin fast zwei Drittel der Journalisten mit Migrationshintergrund aus – nicht. Ein Chefredakteur berichtete uns im Rahmen des Pretests, dass er von der Zuwanderungsgeschichte eines Mitarbeiters nur per Zufall Kenntnis bekam: Während eines Fußballspiels Deutschland gegen Italien wusste dieser nicht, ob er die Mannschaft seines Herkunftslandes oder die deutsche anfeuern sollte.

Personaldaten sind sehr sensibel. Sie werden häufig als Betriebsgeheimnis gehütet und sind auch aus datenschutzrechtlichen Gründen nur schwer zugänglich. Um den Anteil der Journalisten mit Migrationshintergrund am journalistischen Personal der Zeitungen zu ermitteln, hatten wir im Pretest die Personalabteilungen gebeten, uns auch die Gesamtzahlen aller bei ihnen tätigen Journalisten anzugeben. Die Bereitschaft dazu war minimal und die Frage danach eher ein Anlass, die Teilnahme an unserer Aktion insgesamt zu verwiegern. Daher haben wir im endgültigen Fragebogen auf diese Auskunft verzichtet.

4 Fragebogen zur Ansicht online unter: <http://www.integration-und-medien.de/umfrage>.

1.3 Totalerhebung bei allen Chef- und Lokalredaktionen

Insbesondere die erste Schwierigkeit – unzureichende Kenntnisse der Personalabteilungen und Chefredaktionen über den Migrationshintergrund ihrer Journalisten – veranlasste uns, den kurzen Redaktionsfragebogen und den Hinweis auf den Online-Journalistenfragebogen nicht nur an die Chefredaktionen, sondern auch an alle Lokalredaktionen der Zeitungen zu senden, weil im direkten Arbeitsumfeld noch am ehesten bekannt ist, wer von den Kolleginnen und Kollegen zugewandert ist oder aus einer Zuwandererfamilie stammt.

Grundlage unserer Erhebung waren alle im *Stamm* (vgl. Stamm 2007) verzeichneten Chef- und Lokalredaktionen deutscher Tageszeitungen – insgesamt 1.229 Redaktionen.⁵ Unsere Auswertung bezieht sich allerdings nicht auf Redaktionen, sondern auf Zeitungstitel bzw. Zeitungen (die beiden Begriffe werden im Folgenden synonym verwendet), weil Aussagen über Zeitungen aussagekräftiger sind als Aussagen über einzelne Redaktionen. Dabei werden jeweils alle Chef- und Lokalredaktionen, die unter dem gleichen Zeitungstitel im *Stamm* in Erscheinung treten, unter einer Zeitung subsumiert. Beispielsweise fassen wir die Chefredaktion und zwei weitere an anderen Orten ansässige Lokalredaktionen des *Soester Anzeigers*, die alle drei von uns angeschrieben wurden, unter einer Zeitung zusammen. Die 1.229 angeschriebenen Redaktionen gehören zu insgesamt 600 Zeitungen.

1.4 Rücklaufquoten auf Stufe 1

An der postalischen Befragung beteiligten sich 162 der 600 angeschriebenen Zeitungen, die Rücklaufquote betrug 27 Prozent. Im Anschluss daran haben wir bei den Redaktionen von weiteren 83 Zeitungen mit Telefoninterviews nachgefasst und dadurch den Rücklauf auf das kanadische Niveau von 41 Prozent gesteigert. Dabei bestätigte sich unsere Vermutung, dass Redaktionen vor allem deshalb postalisch nicht reagieren, weil sie diese Thematik nach eigener Einschätzung „gar nicht betrifft“. Fast 95 Prozent der telefonisch nachkontaktierten Redaktionen beschäftigen selbst keine Journalisten mit Migrationshintergrund.

5 Der *Stamm Leitfaden durch Presse und Werbung* ist das umfangreichste Verzeichnis der deutschen Printmedien. Hier finden sich Angaben zu Verlag, verantwortlichen Redakteuren, Erscheinungsweise, Verbreitungsgebiet der einzeln aufgeführten Redaktionen und mehr. Der *Stamm Leitfaden* erscheint seit 1947 und wird jährlich aktualisiert.

Bei der Rücklaufquote der Zeitungen ist auf eine kleine Ungenauigkeit hinzuweisen: Bei 44 Zeitungstiteln gingen nicht von allen zugehörigen Redaktionen postalische oder telefonische Antworten ein. Allerdings ist nach den Ergebnissen der Telefoninterviews zu erwarten, dass nur bei sehr wenigen dieser Zeitungen eventuell weitere Journalisten mit Migrationshintergrund beschäftigt sind, von denen wir keine Kenntnis haben.

1.5 Erfahrungen bei der Befragung der Redaktionen

Die Redaktionen waren bis auf einige Ausnahmen, die sich nach eigener Aussage grundsätzlich nicht an Umfragen beteiligen oder denen die von uns erhobenen Daten als zu sensibel erschienen, unserem Vorhaben gegenüber recht aufgeschlossen. Eine Redaktion berichtete uns sogar von konkreten Überlegungen, gezielt einen Journalisten mit Migrationshintergrund einzustellen, um die Zielgruppe der Migranten besser ansprechen zu können. Angesichts der hohen Arbeitsbelastungen der Redakteure verwundert die zurückhaltende Antwortbereitschaft bei Redaktionen ohne Journalisten mit Migrationshintergrund nicht.

Während der Telefongespräche stellte sich heraus, dass häufig bereits die Zustellung der Fragebögen an die verantwortlichen Redakteure mit Schwierigkeiten verbunden war, da die im *Stamm* verzeichneten Namen und zugehörigen Anschriften zum Teil nicht mehr aktuell waren. Ein noch weitaus größeres Problem bestand darin, dass viele Lokalredaktionen die Daten nicht nach eigenem Ermessen an uns weitergegeben hatten, sondern sich zunächst in ihrer häufig an einem anderen Ort ansässigen Chefredaktion rückversichern wollten. Dies und/oder das Weiterleiten an die übergeordneten Mutterhäuser oder Chefredaktionen führte zu erheblichen Zeitverzögerungen, und es kam deshalb nicht selten zu einem vollständigen Abbruch der Bearbeitung.

1.6 Rücklaufquote auf Stufe 2 und zusätzliches Schneeballverfahren

Nach den postalischen Antworten von 55 Zeitungen waren dort 132 Journalisten mit Migrationshintergrund tätig. Von diesen füllten 40 den Online-Fragebogen aus, die Rücklaufquote beträgt 30 Prozent.

Die Tatsache, dass sich knapp Zweidrittel nicht an der Umfrage beteiligt haben, geht auf zwei Ursachen zurück. Zum einen haben – wie bei Umfragen üblich – nicht alle angefragten Personen den Online-Fragebogen ausgefüllt. Zum anderen haben die Redaktionen die Hinweise auf den Fragebogen nicht an alle bei ihnen tätigen Journalisten mit Migrationshintergrund weitergeleitet.

Bei einer Redaktion konnten wir dieses Verhalten im Hinblick auf eine freie Mitarbeiterin direkt beobachten. Davon sind insbesondere freie Journalisten betroffen, weil diese nicht so stark in die festen Strukturen einer Redaktion eingebunden sind.

Um die Zahl der Antworten zu erhöhen, wurde der Weg über die Redaktionen durch ein Schneeballverfahren ergänzt. Rund 50 Journalisten mit Migrationshintergrund wurden über Email gebeten, den Online-Fragebogen auszufüllen und die Mail an andere bekannte Journalisten mit Migrationshintergrund in den Printmedien weiterzuleiten. Etwa 30 weitere Emails wurden an Mailinglisten und Journalistenverbände zur weiteren Verbreitung des Fragebogens geschickt. Über das Schneeballverfahren erhielten wir weitere 24 Antworten. In die Auswertung wurden nur 15 zusätzliche Fragebögen einbezogen, weil neun der antwortenden Journalisten ausschließlich für Radio und/oder Fernsehen arbeiteten. Die Rücklaufquote erhöhte sich dadurch auf 42 Prozent (55 Journalisten mit Migrationshintergrund füllten den Onlinefragebogen aus).

Über das Schneeballverfahren wurden vor allem freie Journalisten erreicht. Nur 36 Prozent von ihnen waren fest angestellt, während 64 Prozent als freie Mitarbeiter tätig waren. Bei den über die Redaktionen erreichten Journalisten ist das Verhältnis fast spiegelbildlich umgekehrt: 65 Prozent arbeiteten in einem festen Anstellungsverhältnis und nur 35 Prozent als freie Mitarbeiter. Offensichtlich wurden in manchen Redaktionen, wie bereits erwähnt, die freien Mitarbeiter beim Weiterleiten der Hinweise auf den Online-Fragebogen einfach „vergessen“.

Über einen Link wurden die Journalisten um eine kurze Mitteilung für den Fall gebeten, dass sie sich bereits über ihre Zeitungsredaktion an der Online-Umfrage beteiligt hatten. Nicht zuletzt sollte dadurch auch die wiederholte Beantwortung des Fragebogens ausgeschlossen werden. Dass hier keinerlei Rückmeldungen zu verzeichnen sind, kann daran liegen, dass über das Schneeballsystem andere Journalisten erreicht wurden als über die Redaktionen. Es ist aber auch möglich, dass die Journalisten es einfach für überflüssig hielten, eine Rückmeldung über einen bereits ausgefüllten Fragebogen zu geben.

Auch der eigentliche „Schneeball“ – das Weiterleiten des Fragebogens an bekannte Zeitungsjournalisten mit Migrationshintergrund – kam nicht so recht ins Rollen. Fast vier Fünftel (79%) der Antwortenden waren von uns direkt angemailt worden, nur gut ein Fünftel (21%) hatte den Fragebogen „über bekannte Kollegen“ erhalten. Eventuell sind die Journalisten nicht so gut untereinander vernetzt wie vermutet, oder es waren nur wenige bereit, den Hinweis auf die Online-Befragung an andere Kollegen weiterzuleiten.

2 Ergebnisse

2.1 In 84 Prozent der Tageszeitungen sind die Einheimischen unter sich

Von den 162 Zeitungen, die postalisch antworteten, hatten 55 Zeitungen oder 34 Prozent Journalisten mit Migrationshintergrund beschäftigt. Von weiteren 83 Zeitungen gaben auf telefonische Nachfrage nur noch neun Zeitungen oder 9,6 Prozent an, dass bei ihnen Journalisten mit Migrationshintergrund arbeiten. Geht man davon aus, dass dieser Anteil auch für die restlichen 355 postalischen „Antwortverweigerer“ gilt, dann ergibt sich für alle Zeitungen ein geschätzter Anteil von 16 Prozent mit ethnischer Diversität. Eine große Mehrheit der Tageszeitungen von 84 Prozent produziert also monoethnisch, die einheimischen Journalisten sind in den Redaktionen unter sich. Der Prozentwert beruht auf einer Schätzung, aber auf einer durchaus informierten Schätzung.

Anteil der Zeitungstitel, die Journalisten mit Migrationshintergrund beschäftigen			
	N	davon Journalisten mit Migrationshintergrund:	
		N	%
postalische Antworten	162	55	34
telefonische Nachfragen bei Antwortverweigerern	83	8	9,6
Schätzwerte für Antwortverweigerer, die nicht telefonisch nachkontaktiert wurden	355	34	9,6
Schätzwert für alle Zeitungen	600	97	16

Abbildung 1: Anteil Zeitungstitel

2.2 Nur gut 1 Prozent der Zeitungsjournalisten hat einen Migrationshintergrund

Bei den 55 Zeitungen, die postalisch ihre Mitarbeiter mit Migrationshintergrund angaben, waren insgesamt 132 Journalisten mit Migrationshintergrund tätig, das sind im Durchschnitt 2,4 pro Zeitung. Der größte Teil von ihnen –

insgesamt 60 – waren als freie Mitarbeiter tätig. 50 waren festangestellte Redakteure, dazu kommen noch 13 Volontäre und neun Praktikanten. Im Durchschnitt arbeiten also bei den wenigen Zeitungen mit ethnischer Diversität jeweils ein Redakteur mit fester Anstellung und ein freier Mitarbeiter mit Migrationshintergrund. Rechnet man die Zahl von 132 Journalisten bei 55 Zeitungen auf die geschätzten 97 Zeitungen mit ethnischer Diversität (vgl. Abb. 1) hoch, dann kommt man auf 233 Journalisten mit Migrationshintergrund, die in deutschen Tageszeitungen mitarbeiten.

Von unserer Stichprobe waren 86 Prozent hauptberuflich als Journalisten tätig, das heißt sie verbringen mehr als die Hälfte ihrer Arbeitszeit mit journalistischen Tätigkeiten und beziehen daraus mehr als die Hälfte ihres Einkommens. Wenn man annimmt, dass dieser Prozentanteil auch für die geschätzte Gesamtzahl von 233 Journalisten gilt, dann gibt es unter ihnen 200 hauptberuflich tätige Journalisten mit Migrationshintergrund.

Leider war es aus den in Kapitel 5 geschilderten Gründen nicht möglich, in unserer Studie die Gesamtzahl der hauptberuflich tätigen Zeitungsjournalisten zu erheben. Um wenigstens einen groben Eindruck vom Anteil der Journalisten mit Migrationshintergrund an allen Zeitungsjournalisten zu erhalten, ziehen wir zum Vergleich die Daten von Weischenberg et al. (2006) aus dem Jahr 2005 heran.

Weischenberg et al. haben den Versuch unternommen, mit einem aufwändigen mehrstufigen Verfahren ein repräsentatives Bild der hauptberuflich tätigen Journalisten aller Mediensparten zu entwerfen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit haben wir mehrere Fragen sowie auch die Definition des hauptberuflichen Journalisten aus dieser Studie übernommen.

Nach Weischenberg et al. (2006: 257) sind im Jahr 2005 bei den deutschen Tageszeitungen 16.626 Journalisten hauptberuflich tätig. Die von uns geschätzten 200 hauptberuflichen Journalisten mit Migrationshintergrund machen daran einen Anteil von 1,2 Prozent aus. Dieser minimale Anteil beruht, wie beschrieben, auf einer informierten, aber doch an mehreren Punkten unsicheren Schätzung. Vergleicht man ihn allerdings mit den 3,4 Prozent Minoritätenanteil in den kanadischen Tageszeitungen – in einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft, die einen ähnlich hohen Minoritätenanteil an der Gesamtbevölkerung hat wie Deutschland und, völlig anders als Deutschland, seit vier Jahrzehnten eine intensive Diversity-Politik betreibt –, dann muten die deutschen 1,2 Prozent gar nicht so unrealistisch an.

Zu den Ursachen dieser Situation liegen keine systematischen Studien vor, und auch unsere Analyse kann diese Frage nicht empirisch beantworten. Dennoch sollen kurz mögliche Gründe skizziert werden.

Deutschland benötigt seit einem halben Jahrhundert Arbeitsmigranten, aber die politischen Eliten und die Kommunikationseliten haben lange ge-

braucht, ehe ihnen bewusst wurde, dass Deutschland ein modernes Einwanderungsland ist und vor der Herausforderung steht, die aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen benötigten Einwanderer in die deutsche Kerngesellschaft zu integrieren. Erst im letzten Jahrzehnt ist allmählich ein „Integrationsbewusstsein“ entstanden. Das krasse Missverhältnis zwischen den Anteilen der Menschen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung und unter den Zeitungsjournalisten gehört zu den Hypothesen, die uns die frühere Gastarbeiter-Politik, eine lange Zeit fehlende zukunftsorientierte Migrationspolitik und die damit zusammenhängenden Integrationsversäumnisse hinterlassen haben. In den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die einen offiziellen Integrationsauftrag haben, ist dieses Bewusstsein eher entstanden und ist weiter verbreitet als bei den privaten Zeitungen. Zudem bestehen in kleinen Medienorganisationen, die bei den Printmedien mit den vielen Zeitungen mit niedriger Auflage besonders zahlreich sind, größere Barrieren bei der Einstellung von Journalisten mit Migrationshintergrund.

Auch auf der „Angebotsseite“ bestehen Probleme. Der Weg zum Journalismus verläuft heute in der Regel über die Hochschulen (vgl. Kapitel 6.6), und Migrantenkinder sind im deutschen Bildungssystem extrem benachteiligt. In den Hochschulen sind sie um etwa das Dreifache unterrepräsentiert (vgl. Geißler/Weber-Menges 2008). Zudem meiden sie tendenziell Studiengänge, bei denen die Kompetenzen in der deutschen Sprache eine besondere Relevanz haben. So wie sie sich nachweislich nur halb so oft für Lehramtsstudiengänge entscheiden wie Deutsche, so dürften sie auch nur relativ selten die sprachorientierten Fächer studieren, die zum Beruf des Journalisten führen. Wie stark berufliche Unsicherheiten, geringer Anfangsverdienst oder Defizite im Sozialkapital („nicht die richtigen Leute kennen“) mitverantwortlich für die geringe Zahl von Journalisten sind – diese Gründe wurden bei Oulios (in diesem Band) genannt –, bedarf der empirischen Überprüfung.

2.3 Migrationskontext und Religion

Zwei Drittel der Journalisten mit Migrationshintergrund – wir kürzen sie im Folgenden mit JmM ab – stammen aus „echten“ Einwandererfamilien, das heißt beide Eltern sind nach Deutschland zugewandert. Dies trifft insbesondere auf die Journalisten mit osteuropäischem Migrationshintergrund – vermutlich aus (Spät-)Aussiedlerfamilien – zu, aber auch auf die zweite Generation aus ehemaligen Gastarbeiterfamilien. Ein gutes Fünftel ist in „gemischten“, bikulturellen Familien aufgewachsen, in denen einheimische deutsche Mütter oder Väter mit zugewanderten Partnerinnen oder Partnern verheiratet

sind. 13 Prozent sind ohne Eltern nach Deutschland gekommen – in der Regel aus europäischen Nachbarländern oder außereuropäischen Flüchtlingsgebieten.

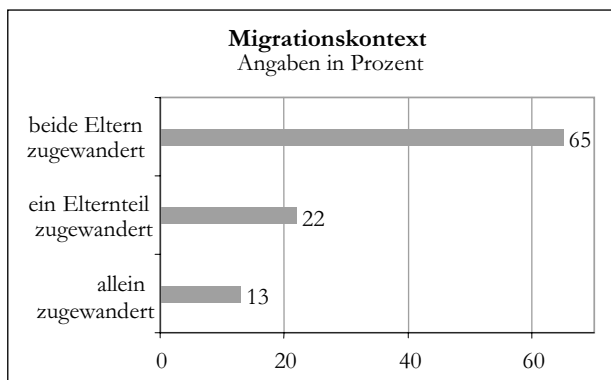


Abbildung 2: Migrationskontext (in %)

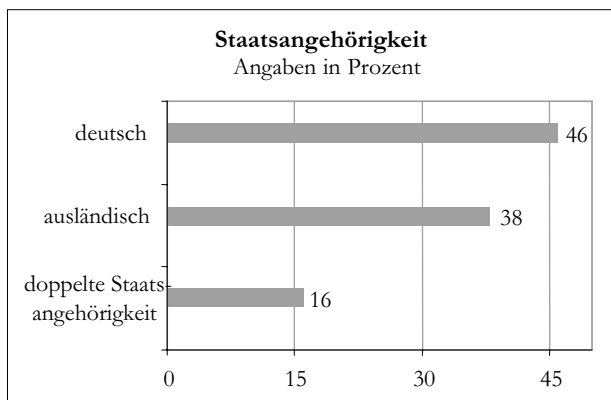


Abbildung 3: Staatsangehörigkeit (in %)

Die Hälfte der JmM ist in Deutschland geboren. Sind sie zugewandert – meist mit ihren Eltern –, dann geschah dies im Durchschnitt vor rund 24 Jahren; zum Zeitpunkt ihrer Ankunft waren sie also in der Regel neun Jahre alt.

Nur gut ein Drittel (38%) sind Ausländer. Dazu gehören fast alle JmM aus den westeuropäischen Nicht-Gastarbeiterländern und knapp die Hälfte aus den ehemaligen Gastarbeiterfamilien. 62 Prozent besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, darunter natürlich die zweite Generation der Aussiedler aus Osteuropa. Ein Viertel der Deutschen sind binational, sie sind Staatsbürger eines weiteren Landes.

Ausländische/doppelte Staatsangehörigkeiten				
	ausländische Staatsangeh.	doppelte Staatsangeh.	Gesamt	
	N	N	N	%*
Ehemalige Anwerbestaaten				
<i>Türkisch</i>	4	1	5	17
<i>Spanisch</i>	4	-	4	13
<i>Italienisch</i>	2	1	3	10
<i>Serbisch</i>	1	-	1	3
<i>Marokkanisch</i>	-	1	1	3
Summe	11	3	14	46
Osteuropa/ehemalige Sowjetunion				
<i>Polnisch</i>	1	3	4	13
<i>Rumänisch</i>	-	1	1	3
<i>Bulgarisch</i>	1	-	1	3
Summe	2	4	6	19
Westeuropa/Skandinavien/USA				
<i>Niederländisch</i>	2	-	2	7
<i>Französisch</i>	1	-	1	3
<i>Schweizerisch</i>	1	-	1	3
<i>Österreichisch</i>	1	-	1	3
<i>Britisch</i>	-	1	1	3
<i>Finnisch</i>	1	-	1	3
<i>US-amerikanisch</i>	-	1	1	3
Summe	6	2	8	25
Sonstige				
<i>Iranisch</i>	1	-	1	3
<i>Kolumbianisch</i>	1	-	1	3
Summe	2	0	2	6
GESAMT	21	9	30	96*

* Prozent = Anteil an Befragten mit ausländischer (einfacher oder doppelter) Staatsangehörigkeit (N=30). Durch Rundungsfehler beträgt die Summe weniger als 100%.

Abbildung 4: Ausländische/doppelte Staatsangehörigkeiten

Herkunftsländer					
	beide Elternteile zugewandert	ein Elternteil zugewandert	allein zugewandert	Gesamt	
	N	N	N	N	%*
Ehemalige Anwerbestaaten					
<i>Türkei</i>	10	1	-	11	20
<i>Spanien</i>	4	1	-	5	9
<i>Italien</i>	-	3	1	4	7
<i>Marokko</i>	2	-	-	2	4
<i>ehem. Jugoslawien</i>	1	-	-	1	2
<i>Griechenland</i>	-	1	-	1	2
Summe	17	6	1	24	44
Osteuropa/ehemalige Sowjetunion					
<i>Polen</i>	6	-	-	6	11
<i>Tschechien / Tschechoslowakei</i>	2	1	-	3	6
<i>Rumänien</i>	2	-	-	2	4
<i>Ukraine</i>	1	-	-	1	2
<i>Bulgarien</i>	-	-	1	1	2
<i>Kasachstan</i>	1	-	-	1	2
Summe	12	1	1	14	27
Westeuropa/Skandinavien					
<i>Niederlande</i>	1	1	-	2	4
<i>Großbritannien</i>	-	1	-	1	2
<i>Frankreich</i>	-	-	1	1	2
<i>Österreich</i>	-	-	1	1	2
<i>Schweiz</i>	-	-	1	1	2
<i>Norwegen</i>	-	1	-	1	2
<i>Finnland</i>	1	-	-	1	2
Summe	2	3	3	8	16

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung vorherige Seite

	beide Elternteile zugewandert	ein Elternteil zugewandert	allein zugewandert	Gesamt	
	N	N	N	N	%*
Nahost					
<i>Iran</i>	1	-	-	1	2
<i>Irak</i>	1	-	-	1	2
<i>Libanon</i>	-	-	1	1	2
Summe	2	0	1	3	6
Afrika/Asien/Südamerika					
<i>Indien</i>	1	-	-	1	2
<i>Kolumbien</i>	-	-	1	1	2
<i>Kamerun</i>	-	1	-	1	2
<i>Nigeria</i>	-	1	-	1	2
Summe	1	2	1	4	8
GESAMT	34	12	7	53	101*

* Prozent = Anteil an allen Befragten (N=53). Durch Rundungsfehler beträgt die Summe mehr als 100%.

Abbildung 5: Herkunftsländer

Unter den Herkunftsländern dominieren die früheren Anwerbestaaten mit 44 Prozent. Die mit Abstand stärkste Minderheit der Türkischstämmigen stellt ein Fünftel, gefolgt von Journalisten mit spanischem (9%) und italienischem (7%) Migrationshintergrund. Die anderen Anwerbeländer sind nur sehr schwach oder – wie Portugal und Tunesien – überhaupt nicht vertreten. Von den osteuropäischen Staaten stellen die Aussiedlerfamilien aus Polen, der Ex-Tschechoslowakei und Rumänien die meisten JmM. Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion sind in den deutschen Tageszeitungen so gut wie nicht tätig; sie dürften vor allem in den integrativen russischsprachigen Ethnomedien arbeiten. Migranten aus außereuropäischen Herkunft- und Flüchtlingsländern sind nur sehr selten in deutschen Zeitungsredaktionen beschäftigt.

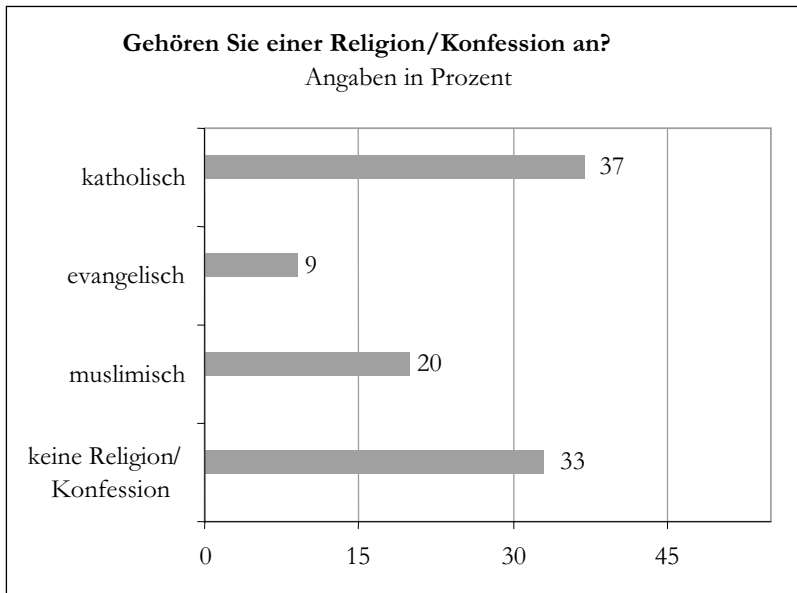


Abbildung 6: Religions-/Konfessionsangehörigkeit (in %)

Knapp die Hälfte der JmM gehört den beiden christlichen Konfessionen an, ein Drittel gibt an, keiner Religion oder Konfession anzugehören und ein Fünftel von ihnen sind Muslime.

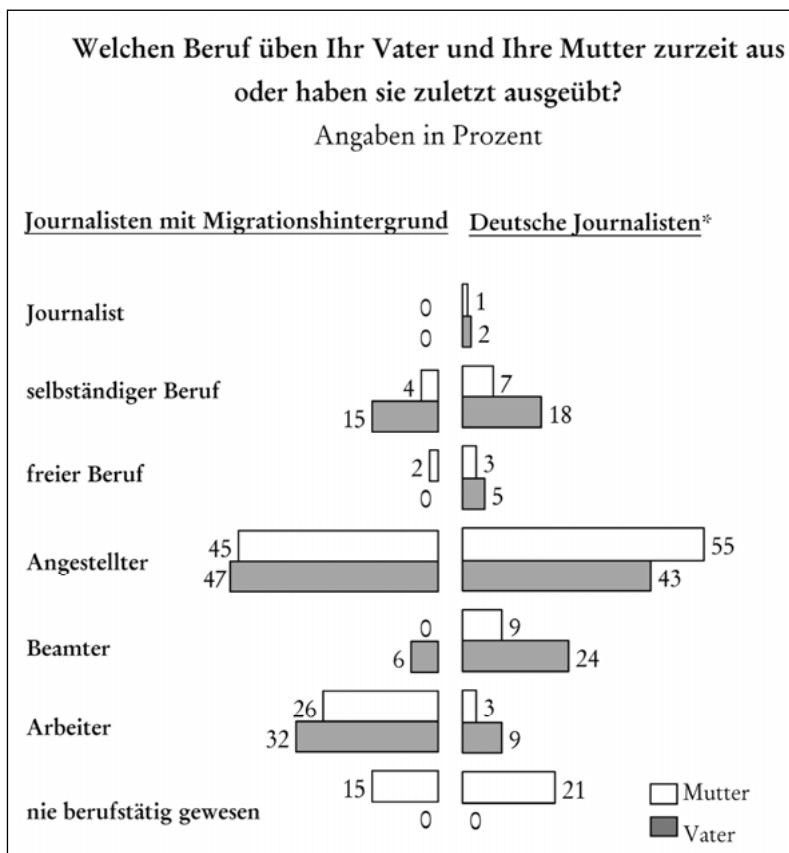
2.4 Soziale Herkunft: Journalismus als sozialer Aufstieg

Aufschlussreich sind die Daten zur sozialen Herkunft der JmM, weil sie einen groben Vergleich zu den Journalisten ohne Migrationshintergrund zulassen.

Wir werden im Folgenden die Daten der Studie von Weischenberg et al. (2006) über alle hauptberuflichen deutschen Journalisten heranziehen, um Ähnlichkeiten bzw. Besonderheiten der JmM zu verdeutlichen. Bei der Interpretation der Vergleichsdaten sind zwei kleinere Probleme zu beachten: Zum einen liegen bei Weischenberg et al. häufig nur Angaben zu allen deutschen Journalisten vor, während sich unsere Daten ausschließlich auf Zeitungsjournalisten beziehen. Zum anderen enthält unsere Stichprobe auch einige nebenberufliche Journalisten, die sich in den untersuchten Merkmalen in der Regel nicht wesentlich von den Hauptberuflichen unterscheiden. Um unsere Stichprobe etwas zu vergrößern, beziehen wir in diesen Fällen auch die Nebenberuflichen in den Vergleich mit ein. Wenn deutliche Unterschiede zwischen den Haupt- und Nebenberuflichen bestehen, vergleichen wir lediglich die Hauptberuflichen mit den Ergebnissen bei Weischenberg et al.

Um allzu viele umständliche Formulierungen zu vermeiden, bezeichnen wir Personen ohne Migrationshintergrund bisweilen etwas ungenau als Deutsche und Journalisten mit Migrationshintergrund manchmal in Anführungszeichen als „Migranten“.

Die grobe Einteilung der Berufe von Vätern und Müttern bei Weischenberg et al. (2006), die wir aus Gründen der Vergleichbarkeit in Abbildung 7 übernommen haben, hat aus schichtungssoziologischer Perspektive zwei Nachteile: Wirklich aussagekräftig im Hinblick auf den Status in einem Schichtungsgefüge sind lediglich die statushohen Berufe der Journalisten und Freiberufler sowie der einfache Beruf des Arbeiters.



* nach Weischenberg et al. 2006: 60 (Journalisten aller Mediensparten), jeweils hauptberufliche Journalisten

Abbildung 7: Beruf der Eltern (in %)

Selbständige, Angestellte und Beamte sind Mischkategorien aus Oben (zum Beispiel höhere Beamte), Mitte (zum Beispiel gehobene und mittlere Beamte) und Unten (zum Beispiel einfache Beamte). Und durch die Trennung von Vater- und Mutterberuf zerbricht die Herkunft einer Person in zwei Teile, die nicht zusammengefügt werden.

Dennoch macht der Vergleich von Journalisten mit und ohne Migrationshintergrund deutlich, dass die „Migranten“ seltener aus Familien mit höherem elterlichen Berufsstatus stammen; sie kommen nie aus einer Journalistenfamilie und haben keine Väter mit freien Berufen. Stattdessen sind sie erheblich häufiger in Arbeiterfamilien aufgewachsen: 32 Prozent ihrer Väter sind Arbeiter (Deutsche: 9%) und 26 Prozent ihrer Mütter sind Arbeiterinnen (Deutsche: 3%).

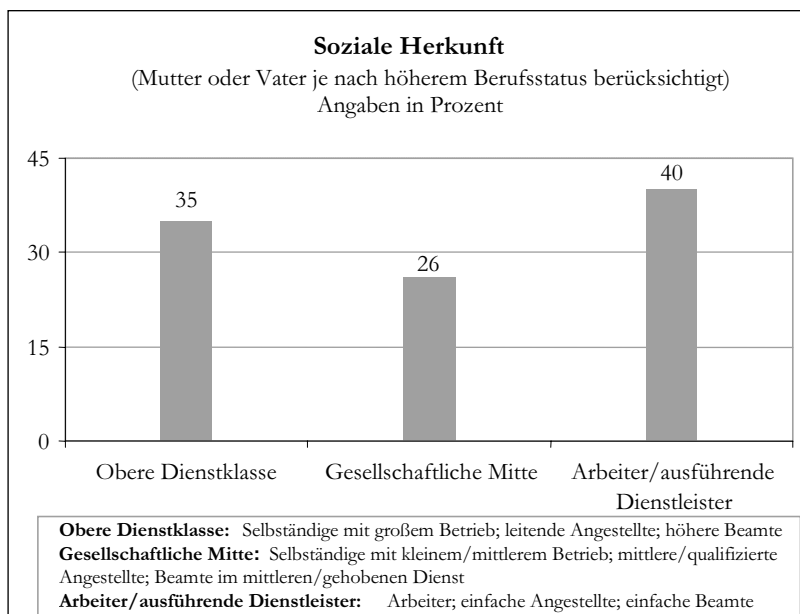
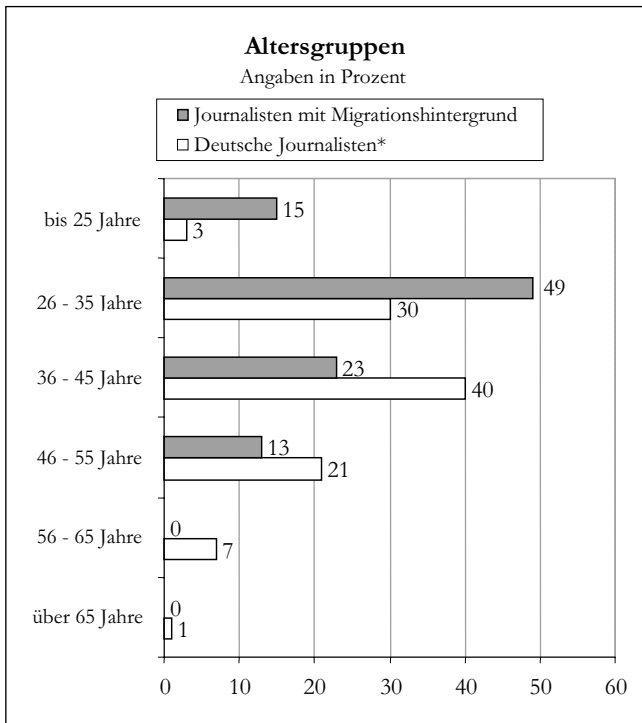


Abbildung 8: Soziale Herkunft (in %)

In Abbildung 8 haben wir eine schichtungssoziologisch aussagekräftigere Gliederung in drei große übereinanderliegende Statusgruppen vorgenommen und dabei auch die international übliche Zuordnung nach dem jeweils höchsten Berufsstatus von Vater oder Mutter angewendet. Dabei wird deutlich, dass sich 40 Prozent der JmM aus der Arbeiterschaft und der ausführenden Dienstleistungsschicht rekrutieren und nur ein Drittel aus der Oberen Dienstklasse. Die soziale Herkunft der JmM ähnelt derjenigen der Studierenden an deutschen Hochschulen: auch die wenigen Studierenden mit Migrationshintergrund

kommen erheblich häufiger aus statusschwachen Familien als einheimische Studierende. Diese Phänomene hängen damit zusammen, dass die Gastarbeiterpolitik und die damit zusammenhängenden Defizite in der Migrations- und Integrationspolitik zu einer erheblichen tendenziellen Unterschichtung der deutschen Gesellschaft durch Migranten geführt haben, die stärker ausgeprägt ist als in vergleichbaren Einwanderungsländern (vgl. dazu Geißler/Weber-Menges 2008).

2.5 Alter und Geschlecht: jünger und mehr Frauen



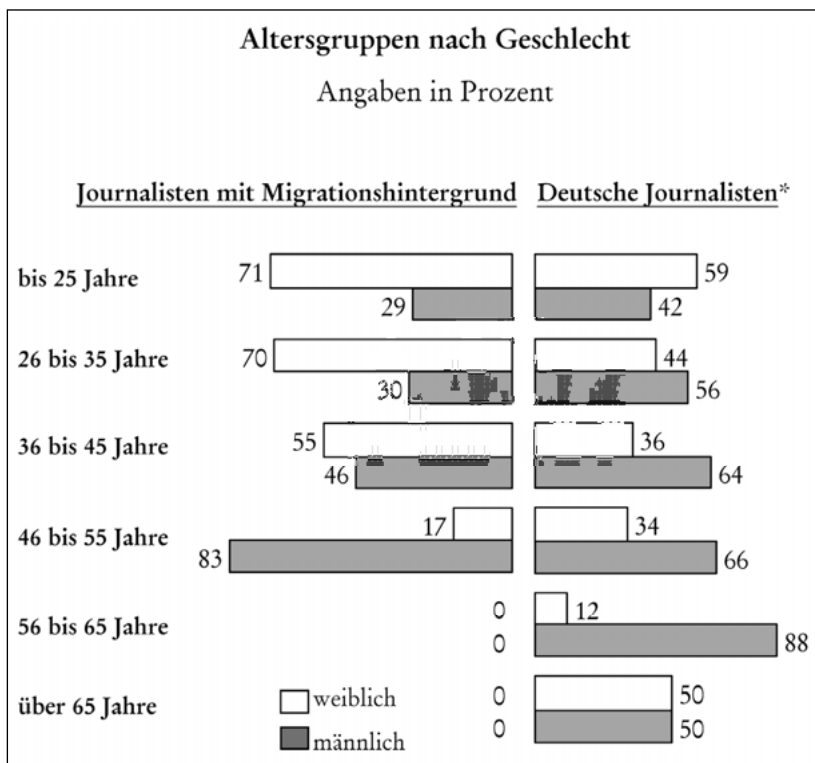
* nach Weischenberg et al. 2006: 59 (Journalisten aller Mediensparten), jeweils hauptberufliche Journalisten

Abbildung 9: Altersgruppen (in %)

JmM sind in den jungen Altersgruppen bis 35 Jahre im Vergleich zu den einheimischen Journalisten häufiger vertreten als in den mittleren und älteren Altersgruppen (vgl. Abb. 9).

Dies ist plausibel erklärbar: Deutschland ist ein vergleichsweise junges Einwanderungsland, und daher ergreifen auch erst in den letzten ein bis zwei

Jahrzehnten mehr Einwanderer und Abkömmlinge aus Einwandererfamilien den Journalistenberuf.



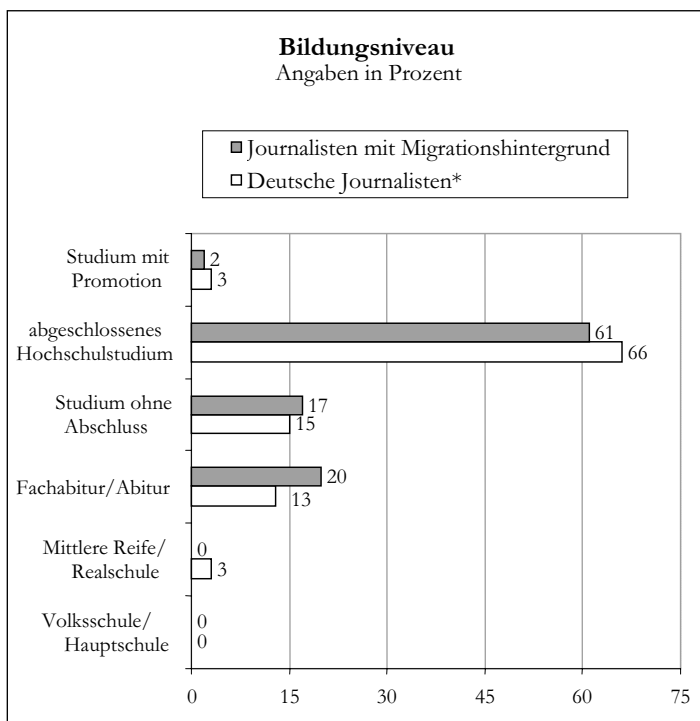
* nach Weischenberg et al. 2006: 60 (Journalisten aller Mediensparten), jeweils hauptberufliche Journalisten

Abbildung 10: Altersgruppen nach Geschlecht (in %)

Interessant sind dabei die geschlechtsspezifischen Unterschiede. Die Frauen sind unter den Zeitungsjournalisten mit Migrationshintergrund mit mehr als der Hälfte stärker vertreten als unter den deutschen Journalisten, wo sie nur ein gutes Drittel ausmachen (Weischenberg et al. 2006: 260). In beiden Gruppen macht sich die allgemein zunehmende berufliche Gleichstellung der Frauen bemerkbar. Je älter die Jahrgänge, umso geringer der Frauenanteil. Bei den deutschen Journalisten dominieren die Männer bereits ab 31 Jahren (Weischenberg et al. 2006: 260), bei den Zeitungsjournalisten mit Migrationshintergrund sind die Frauen dagegen bis zur Gruppe der 35- bis 40-Jährigen in der Mehrheit. Erst danach geht ihr Anteil abrupt zurück. Es sind also vor allem Frauen mit Migrationshintergrund, die zunehmend in den deutschen Zeitungsredaktionen tätig werden.

2.6 Bildung und Ausbildung: fast wie die Deutschen

Die überwiegende Mehrheit der JmM hat den höchsten Bildungsabschluss in Deutschland erworben. 89 Prozent von ihnen gehören zu den so genannten „Bildungsinländern“. Die wenigen Ausnahmen haben ihre Bildung in den deutschsprachigen Nachbarländern Österreich und Schweiz (6%) sowie in Frankreich und in der Sowjetunion (jeweils 2%) abgeschlossen.

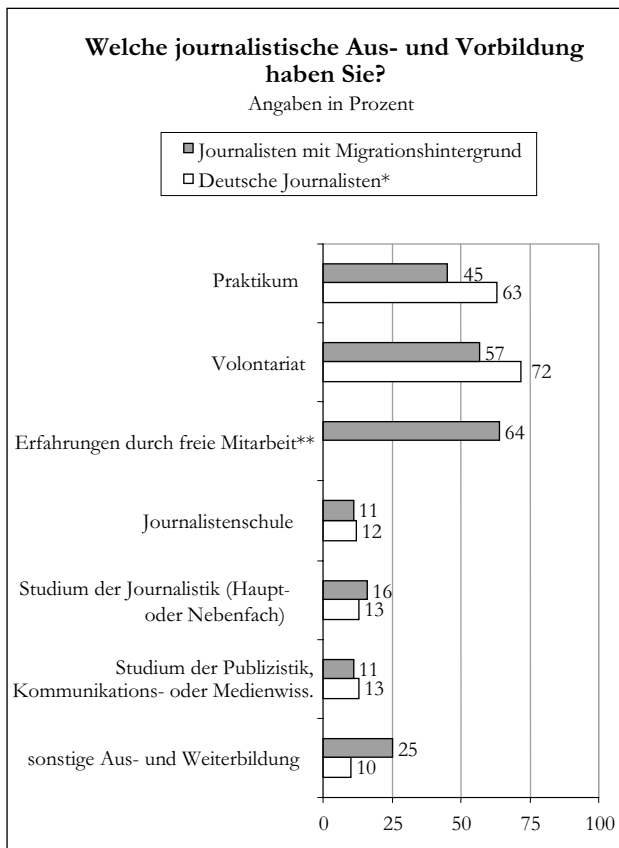


* nach Weischenberg et al. 2006: 69 (Journalisten aller Mediensparten)

Abbildung 11: Bildungsniveau (in %)

Vom Bildungsniveau her unterscheiden sich die JmM nicht wesentlich von den deutschen Journalisten aller Mediensparten (Abb. 11). Alle haben zumindest ein Fachabitur erworben. Der Weg in den Journalismus verläuft in Deutschland inzwischen für die große Mehrheit über die Hochschulen. 80 Prozent der JmM haben eine Hochschule besucht, und 63 Prozent haben ihr Studium mit Erfolg abgeschlossen. Auch die Hauptfächer ihrer Studiengänge ähneln denjenigen der einheimischen Journalisten: beide Gruppen studierten überwiegend die drei Komplexe Germanistik/Literatur-/Sprachwissenschaft, Sozialwissen-

schaften sowie Journalistik-/Kommunikations-/Publizistik- und Medienwissenschaft.



* nach Weischenberg et al. 2006: 265 (Zeitungsjournalisten)

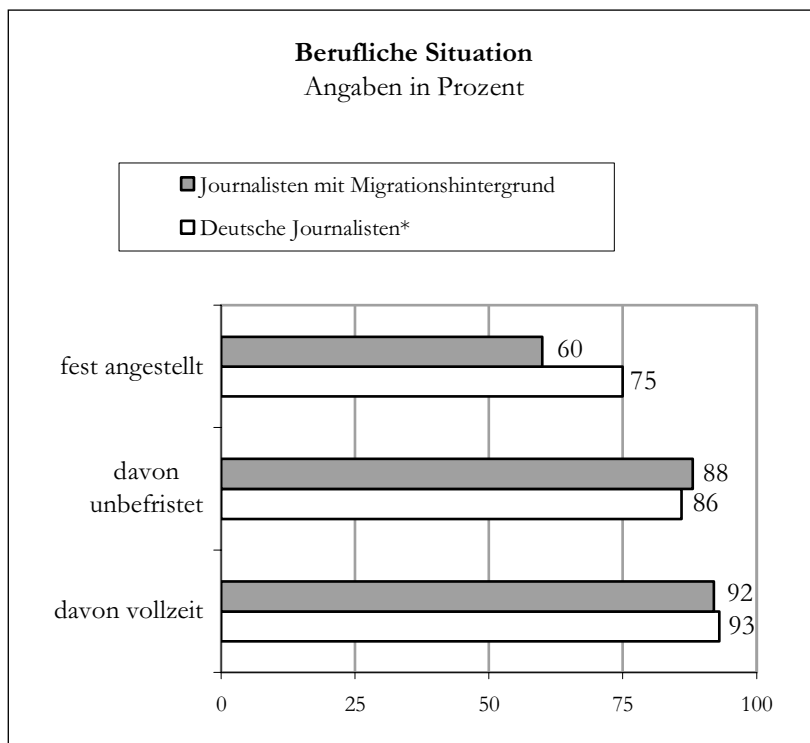
** bei Weischenberg et al. nicht erfragt

Abbildung 12: Journalistische Aus- und Vorbildung (in %)

Die journalistische Ausbildung der Zeitungsjournalisten mit Migrationshintergrund unterscheidet sich ebenfalls nur wenig von ihren einheimischen Kollegen (Abb. 12). Ein gutes Viertel beider Gruppen hat ein mehr oder weniger berufsbezogenes Studium in Journalistik oder in den Fächern Publizistik-, Kommunikations- oder Medienwissenschaft absolviert. Die „Migranten“ haben sich dabei etwas häufiger für das Journalistikstudium mit seinem direkten Berufsbezug entschieden. Die Deutschen hatten beim Berufseinstieg häufiger den direkten Kontakt zum Berufsfeld des Journalisten über ein Praktikum und ein Volontariat. Dabei bleibt offen, ob Berufsanfänger mit Migrationshintergrund auf Zugangsbarrieren in den Redaktionen stießen oder ob sie von sich

aus diesen Weg seltener eingeschlagen haben. Knapp zwei Drittel (64%) von ihnen sammelten Berufserfahrungen über freie Mitarbeit. Ein vergleichsweise hoher Anteil von 25 Prozent hat auch alternative Aus- und Weiterbildungswege beschritten.

2.7 Berufliche Situation: gut integriert



* nach Weischenberg et al. 2006: 39 (Journalisten aller Mediensparten), jeweils hauptberufliche Journalisten

Abbildung 13: Berufliche Situation (in %)

Die große Mehrheit unserer Stichprobe ist hauptberuflich als Journalist oder Journalistin tätig: 86 Prozent verbringen mehr als die Hälfte ihrer Arbeitszeit mit Tätigkeiten für journalistische Medien und beziehen demzufolge auch mehr als die Hälfte ihres Einkommens aus diesen Arbeiten.

Ihre Anstellungsverhältnisse sind tendenziell etwas unsicherer als bei Einheimischen: Von den hauptberuflichen JmM arbeiten 60 Prozent in einem festen Anstellungsverhältnis (Deutsche: 75%), davon sind 88 Prozent im Ge-

nuss einer unbefristeten Position (Deutsche: 86%) und fast alle (92%) arbeiten Vollzeit (Deutsche: 93%).

Wie zufrieden sind Sie mit der beruflichen Sicherheit, die Ihnen Ihr Job bietet?		
	Arithmetisches Mittel	zufrieden*
Journalisten mit Migrations- hintergrund (hauptberuflich)	2,46	59 %
Deutsche Journalisten** (hauptberufliche Zeitungs- journalisten)	2,59	54 %
Journalisten mit Migrations- hintergrund (haupt- und nebenberuflich)	2,5	56 %

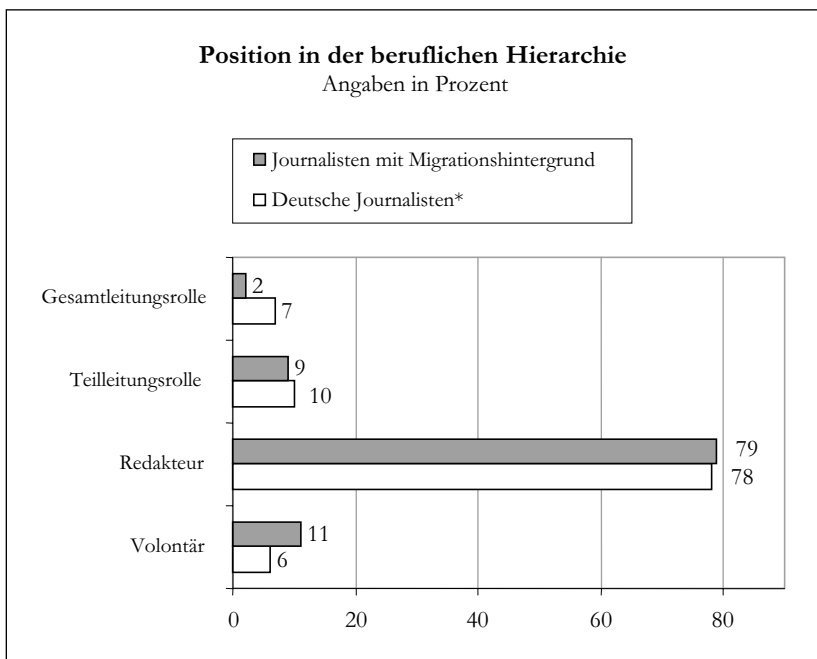
Die Mittelwerte basieren auf einer fünfstufigen Skala: 1 = sehr zufrieden, 2 = eher zufrieden, 3 = teil/teils, 4 = eher unzufrieden, 5 = sehr unzufrieden.

* Prozent = Anteil derer, die mit der beruflichen Sicherheit „sehr zufrieden“ oder „eher zufrieden“ sind.

** nach Weischenberg et al. 2006: 276.

Abbildung 14: Zufriedenheit mit beruflicher Sicherheit

Trotz dieser etwas größeren objektiven Unsicherheit fühlen sich JmM beruflich etwas häufiger sicher; 59 Prozent der hauptberuflichen JmM sind eher oder sehr zufrieden mit ihrer beruflichen Sicherheit, von den Deutschen sind es 54 Prozent. In beiden Gruppen gibt es verständlicherweise große Unterschiede zwischen Festangestellten und Freien: Von den Erstgenannten mit Migrationshintergrund sind 83 Prozent eher oder sehr zufrieden, von den Freien nur ein knappes Drittel (31%). Unter den einheimischen Journalisten sind sowohl Festangestellte als auch Freie seltener zufrieden, die entsprechenden Anteile liegen bei 60 Prozent bzw. 23 Prozent (Weischenberg et al. 2006: 276f.).

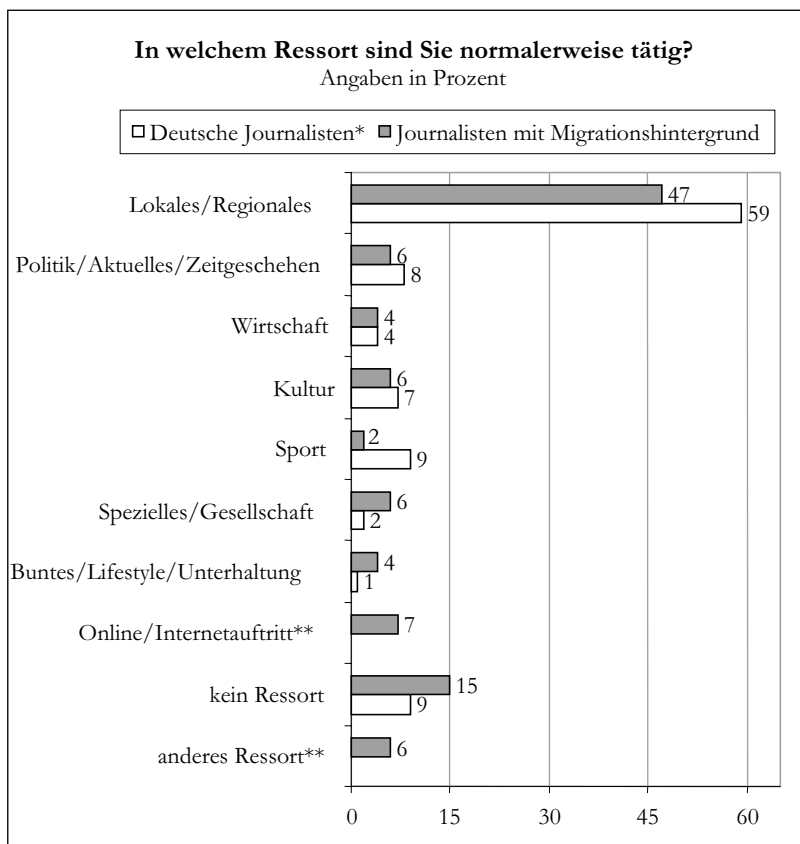


* nach Weischenberg et al. 2006: 76 (Journalisten aller Mediensparten)

Abbildung 15: Position in der beruflichen Hierarchie (in %)

Trotz ihres jüngeren Alters sind die Aufstiegschancen der Redakteure mit Migrationshintergrund in der formalen Hierarchie recht gut (Abb. 15). Sie erklimmen nur selten den Sessel des Chefredakteurs, aber sie übernehmen fast genauso häufig wie ihre deutschen Kollegen Teilleitungsfunktionen wie Ressortleiter oder Chef vom Dienst. Der Anteil an Volontären ist bei ihnen erheblich größer als bei den Deutschen. Dies könnte als Indikator dafür angesehen werden, dass die Forderung der Integrationspolitiker „Mehr Migranten in die Medien!“ auch in den Redaktionen der Tageszeitungen angekommen ist und umgesetzt wird.

Nicht nur bei der vertikalen Verteilung auf verschiedene Positionen, sondern auch bei der horizontalen Verteilung auf verschiedene Sachgebiete bzw. Ressorts ähneln die JmM in wesentlichen Punkten ihren deutschen Kollegen. Mit Abstand die meisten, knapp die Hälfte (47%), bearbeiten lokale und regionale Themen – den zentralen Bereich der Tageszeitungen.



* nach Weischenberg et al. 2006: 259 (Zeitungsjournalisten)

** bei Weischenberg et al. nicht erfragt

Abbildung 16: Ressort (in %)

Weitere wichtige Ressorts sind Politik/Zeitgeschehen und Kultur mit jeweils 6 Prozent. Häufiger als Deutsche beschäftigen sie sich mit „Spezielles/Gesellschaft“ und „Buntes/Lifestyle/Unterhaltung“, sie sind auch häufiger (15%) keinem festen Ressort zugeordnet. Nur selten agieren sie als Sportberichterstatter.

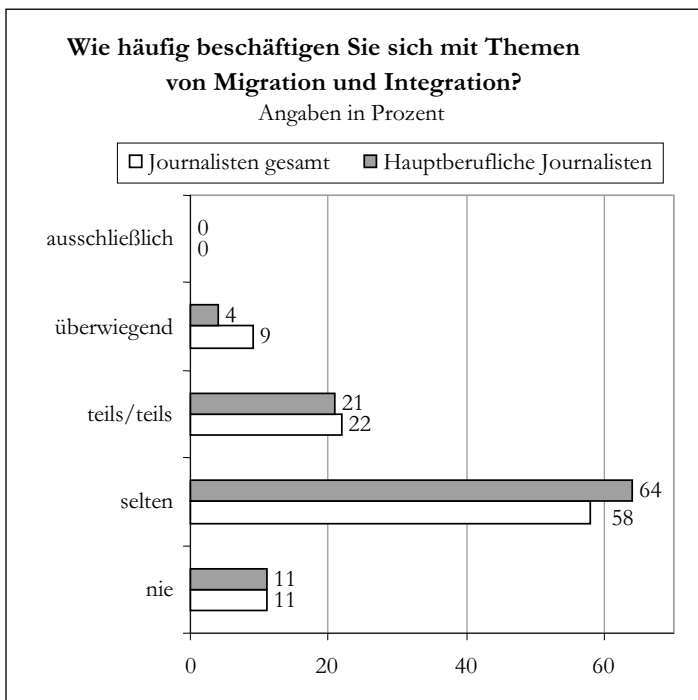


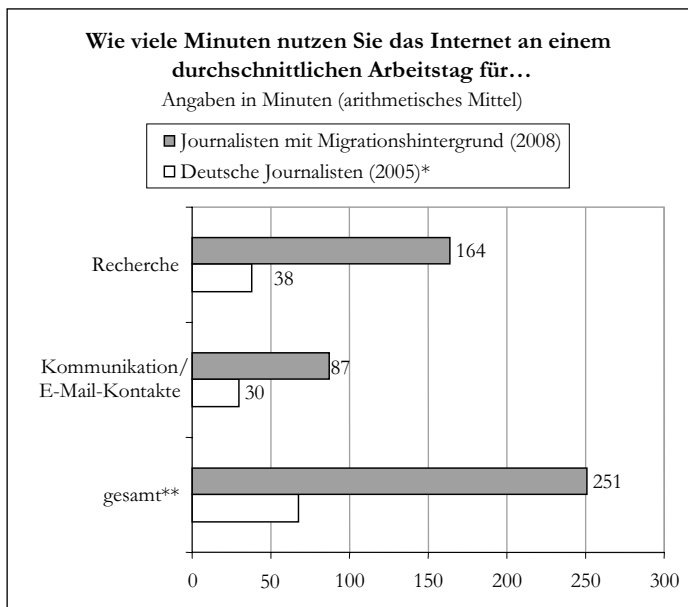
Abbildung 17: Beschäftigung mit Themen von Migration und Integration (in %)

Ein Ergebnis überrascht: Es wird häufig beklagt, dass JmM auf die Themen Migration und Integration eingeengt seien, dass sie „thematisch auf ihre Herkunft reduziert [...] werden“ – so zum Beispiel Oulios in diesem Band. Diese Vorstellung trifft jedoch nur auf eine kleine Minderheit zu. Die große Mehrheit von ihnen – unter den Hauptberuflichen drei Viertel – beschäftigt sich selten oder nie mit diesen Problemen, und nur 9 Prozent – unter den Hauptberuflichen lediglich 4 Prozent – sind überwiegend damit befasst. Ausschließlich auf diesen Bereich fixiert ist niemand (Abb. 17).

Es spricht für eine gute Integration in die Arbeit der deutschen Mainstreammedien, dass die wenigen JmM immerhin in der Regel die normale Bandbreite von Themen bearbeiten und dabei dann ihre spezifischen Kenntnisse und Perspektiven einbringen können.

Auch im Hinblick auf die Haupttätigkeiten – die ihre journalistische Arbeit mit sich bringt – unterscheiden sie sich nicht wesentlich von ihren deutschen Kollegen (dazu Weischenberg et al. 2006: 268). Im Zentrum der „Tätigkeiten, die Sie in erster Linie ausüben“, so die Frage, stehen drei Arbeitsbereiche: bei 28 Prozent das Verfassen und Redigieren eigener Texte, bei 24 Prozent das

Recherchieren und bei 19 Prozent die Auswahl und das Redigieren von Texten anderer.



* nach Weischenberg et al. 2006: 268 (Zeitungsjournalisten)

** Gesamt = Recherche und Kommunikation/E-Mail

jeweils hauptberufliche Journalisten

Abbildung 18: Dauer Internetnutzung (in Minuten)

Ein großer Teil des täglichen Zeitbudgets wird 2008 dem Internet gewidmet. Die JmM geben an, täglich mehr als vier Stunden (251 Min.) vor dem Bildschirm zu sitzen – etwa zweieinhalb Stunden für Recherchen und weitere eineinhalb Stunden für Emails bzw. Online-Kommunikation. Weischenberg et al. ermitteln im Jahr 2005 nur einen erheblich geringeren Zeitaufwand für das Internet; die deutschen Zeitungsjournalisten verbringen nur gut eine Stunde (68 Min.) am PC um zu recherchieren (38 Min.) oder zu mailen (30 Min.). Diese großen Unterschiede dürften zu einem Teil damit zusammenhängen, dass sich das Tempo der zunehmenden Digitalisierung in den letzten drei Jahren bei den Journalisten in einer stark vermehrten Nutzung des Internets niederschlägt. Ein Teil der Differenz ist jedoch sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass JmM länger am Bildschirm arbeiten als Deutsche, unter anderem weil sie häufig für die Online-Präsentationen ihrer Zeitungen eingesetzt werden. 7 Prozent von ihnen geben an, für den Internet-Auftritt ihres Mediums zuständig zu sein.

2.8 Erfahrungen: unterschiedlich

Elf von 55 JmM, die sich an unserer Umfrage beteiligt haben, nutzten die Möglichkeit, am Schluss des Fragebogens „sonstige Bemerkung zu Ihrer Tätigkeit als Journalist(in) mit Migrationshintergrund“ – so die Aufforderung – zu machen. Die mitgeteilten Erfahrungen sind sehr unterschiedlich: Sechs uneingeschränkt positiven Bewertungen stehen fünf negativ-kritische gegenüber.

Als Vorteil werden insbesondere die spezifischen Sprachkenntnisse hervorgehoben; sie gelten als „Sonderbonus“ und zusätzliches Plus:

Hintergrund spielt selten eine Rolle, wohl aber die vielen Sprachen, die ich kann.

Ich habe nie Probleme gehabt. Der Migrationshintergrund (Sprache) war manchmal von Vorteil.

Von den Redaktionen werden auch der „multidimensionale Blick“ und das damit zusammenhängende „größere Verständnis“ für viele Probleme geschätzt:

Es ist praktisch, einen ausländischen Hintergrund zu haben. Meine Wurzeln ermöglichen es mir, Themen multidimensionaler zu betrachten und dadurch vorurteilsfrei und mit größerem Verständnis zu schreiben. Das sieht die Redaktion als Vorteil für sich.

Der Migrationshintergrund gilt als „kultureller Vorteil“; sicher bin ich ein Stück weit betroffener und subjektiver als meine Kollegen, wenn es zum Beispiel um Rechtsradikalismus geht.

In den negativen Kommentaren wird vor allem über die Vorbehalte der deutschen Kollegen gegenüber den Kompetenzen der JmM geklagt:

Ich werde von vielen nicht ernst genommen.

Die Redaktionen, die auf mein Wissen zurückgreifen bzw. mein Wissen und meine Kompetenz abfragen könnten, machen es viel zu wenig. Meine Mutmaßung: Weil sie sich nicht eingestehen können, dass es da jemanden im „Haus“ gibt, der sich besser auskennt ...

Keine Übergabe von Verantwortung an Migranten trotz gleicher oder höherer Qualifikation.

Kritisiert wird auch die sehr mangelhafte Präsenz der JmM in den Medien:

Journalisten mit ausländischem Hintergrund in Deutschland sind weder in den öffentlich-rechtlichen noch in den privaten Medien kaum vertreten oder fast nie wahrnehmbar.

3 Fazit: Ein langer Atem ist nötig

Etwa ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland ist zugewandert oder stammt aus einer Zuwandererfamilie, aber dieses Fünftel stellt nur ein gutes Prozent der Journalisten an deutschen Tageszeitungen. Krasser kann ein Missverhältnis auf den ersten Blick kaum sein; die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist in den Redaktionen der deutschen Tageszeitungen extrem unterrepräsentiert. 84 Prozent der Zeitungen werden ausschließlich von einheimischen deutschen Redakteuren hergestellt.

Das Erschrecken über diesen Befund wird etwas gedämpft, wenn man einen Blick in die klassischen nordamerikanischen Einwanderungsländer wirft. Obwohl die USA und Kanada auf eine lange Einwanderungsgeschichte zurückblicken können und obwohl sie seit Jahrzehnten bemüht sind, ihre ethnischen Minderheiten in die Gesellschaft zu integrieren und die ethnische Diversität in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen – darunter auch in den Massenmedien – zu erhöhen, sind beide Länder noch weit von einer proportionalen Beteiligung aller ethnischen Gruppen an der Medienproduktion entfernt. Es ist offensichtlich: Wer mediale Integration – und dazu gehört eine angemessene Repräsentation der ethnischen Minderheiten unter den Journalisten – als Ziel anvisiert, braucht einen langen Atem.

Aus unserer Umfrage ergibt sich für die kleine Schar von Journalisten mit Migrationshintergrund zusammengefasst das folgende Bild:

Zwei Drittel von ihnen gehören der zweiten Generation aus Einwandererfamilien an, insbesondere aus wichtigen ehemaligen Anwerbestaaten wie Türkei, Spanien und Italien sowie aus osteuropäischen Aussiedlerländern wie Polen, der früheren Tschechoslowakei und Rumänien. Die Hälfte von ihnen ist in Deutschland geboren. Wer selbst eingewandert ist, ist in der Regel bereits im Kindesalter mit den Eltern nach Deutschland gekommen. Fast zwei Drittel besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, ein Viertel der Deutschen ist gleichzeitig Staatsbürger eines weiteren Landes. Unter den Ausländern und Journalisten mit doppelter Staatsangehörigkeit sind die Türken, Spanier, Polen und Italiener am stärksten vertreten. Die Hälfte der JmM sind Christen, ein Fünftel sind Muslime.

Da Deutschland ein junges Einwanderungsland ist, ist die zweite Migrantengeneration erst in den letzten Jahrzehnten in den Journalistenberuf eingerückt. Daher ist sie stärker in den jüngeren Jahrgängen vertreten als die

einheimischen Deutschen. Frauen machen mehr als die Hälfte aus und sind damit besser repräsentiert als unter den Deutschen, dies gilt auch insbesondere für die jüngeren Jahrgänge. Der auffälligste Unterschied zu den Deutschen zeigt sich bei der sozialen Herkunft: Während sich deutsche Journalisten fast ausschließlich aus der gesellschaftlichen Mitte, häufig aus der oberen Mitte, rekrutieren, stammen zwei Fünftel der Journalisten mit Migrationshintergrund aus Familien von Arbeitern und einfachen Dienstleistern. Die Tätigkeit als Journalist ist für sie gleichbedeutend mit sozialem Aufstieg.

Im Hinblick auf Bildung und journalistische Ausbildung sowie auf die berufliche Situation unterscheiden sie sich nur wenig von ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen. Die große Mehrheit hat eine Hochschule besucht und meist auch erfolgreich abgeschlossen. Der direkte Kontakt mit dem Berufsfeld erfolgte meist – wenn auch etwas weniger häufig als bei Deutschen – über ein Volontariat und/oder ein Praktikum. Die Mehrheit von ihnen hat eine feste Anstellung und ist mit ihrer beruflichen Sicherheit zufrieden. Journalisten mit Migrationshintergrund steigen genauso häufig in Teilleitungsfunktionen, wie beispielsweise in die Position eines Ressortleiters, auf wie Deutsche, der Aufstieg zum Chefredakteur gelingt nur in Ausnahmefällen. Ihre Arbeitsbereiche umfassen die gesamte Bandbreite der Ressorts; im Zentrum stehen dabei – wie bei den Deutschen auch – die regionalen und lokalen Probleme. Nur selten sind sie überwiegend für Fragen von Migration und Integration zuständig. Auch wenn einige über Vorbehalte und mangelnde Anerkennung in ihren Redaktionen klagen, lässt das Gesamtbild folgende Einschätzung zu: Wer zu den wenigen gehört, die es geschafft haben, in einer Zeitungsredaktion Fuß zu fassen, ist dort gut integriert.

Dieses optimistisch klingende Fazit darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Konzept der interkulturellen medialen Integration eine erheblich stärkere Beteiligung von Journalisten mit Migrationshintergrund verlangt. Für die mediale Integrationsforschung lassen sich daraus zwei Fragen ableiten, die eingehender und differenzierter als bisher untersucht werden müssen:

Wo liegen die genauen Ursachen für die unzureichende Präsenz von Journalisten mit Migrationshintergrund in den Tageszeitungen? Wo muss angesetzt werden, um ihre Beteiligung zu erhöhen?

Wie wirkt sich eine bessere Repräsentation der ethnischen Minderheiten in den Redaktionen auf deren Präsentation in den Medieninhalten aus? Was verändert sich bei der medialen Darstellung bzw. Konstruktion des multiethnischen Deutschland, wenn Journalisten mit Migrationshintergrund daran beteiligt sind?

Es gibt in unserer Analyse einige Hinweise darauf, dass Journalisten aus Zuwandererfamilien in der letzten Zeit zunehmend in den Zeitungsredaktionen beschäftigt werden. Der hohe Anteil in den jüngeren Altersgruppen und unter den Volontären zeigt diesen Trend an. Offensichtlich breitet sich das Bewusstsein aus, dass die Forderung „Mehr Migranten in die Medien!“ ein wichtiger Aspekt ihrer Integration in eine Gesellschaft ist, die Einwanderer aus ökonomischen und demographischen Gründen braucht. Allerdings macht der Blick in die klassischen Einwanderungsländer Nordamerikas auch deutlich, dass der Weg zu einer angemessenen Beteiligung von „Migranten“ in den Redaktionen langwierig und beschwerlich ist. Um es zu wiederholen: Ein langer Atem ist nötig.

Literatur

- Adams, Terry/Cleary, Johanna (2006): The Parity Paradox: Reader Response to Minority Newsroom Staffing. In: Mass Communication and Society, Jg. 9, H. 1, S. 45-61.
- ASNE (American Society of Newspaper Editors) (2008a): Diversity Mission. Online unter: <http://www.asne.org/index.cfm?id=3468> [Stand: 24.11.2008].
- ASNE (American Society of Newspaper Editors) (2008b): Newsrooms shrink; minority percentage increases slightly. Online unter: <http://www.asne.org/files/08Census.pdf> [Stand: 11.11.2008].
- ASNE (American Society of Newspaper Editors) (1997): 1997 ASNE Newsroom Census: Minorities hold steady in a shrinking newsroom work force. Online unter: <http://www.asne.org/index.cfm?ID=1369> [Stand: 11.11.2008].
- Barahona, Federico (2001): Invisible: Diversity in Canadian Newsrooms. Online unter http://www.media-awareness.ca/english/resources/educational/handouts/stereotyping/invisible_diversity.cfm [Stand: 12.11.2008].
- CAJ (Canadian Association of Journalists) (2008): Canadian Association of Journalists Statement of Principles. Online unter: <http://www.caj.ca/principles/principles-statement-2002.htm> [Stand: 11.11.2008].
- Christian, Sue Ellen (2004): Different takes on what makes a newsroom diverse. In: The Quill, Jg. 92, H. 9, S. 12-15.
- Die Bundesregierung (Hrsg.) (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Erfurt.

- Elliott, Justin (2007): The Racial Politics of College Newspapers. Why college newsrooms are often neither diverse nor racially sensitive. Online unter: <http://www.campusprogress.org/fieldreport/1917/the-racial-politics-of-college-newspapers> [Stand: 11.11.2008].
- Fitzgerald, Mark (2001): ASNE: „F“ on Diversity Report Card. In: Editor & Publisher, Jg. 134, H. 15, S. 10.
- Fitzgerald, Mark (1999): ASNE edits minority goals. In: Editor & Publisher, Jg. 132, H. 41, S. 35.
- Fleras, Augie (2006): The Conventional News Paradigm as Systemic Bias: Re-Thinking the (Mis-)Representational Basis of Newsmedia-Minority Relations in Canada. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Mass Media Integration. Media and Migration: A Comparative Perspective. Bielefeld, S. 179-222.
- Fleras, Augie/Kunz, Jean Lock (2001): Media and Minorities: Representing Diversity in a Multicultural Canada. Toronto.
- Geißler, Rainer (2005a): Interkulturelle Integration von Migranten – Ein humaner Mittelweg zwischen Assimilation und Segregation. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 45-70.
- Geißler, Rainer (2005b): Mediale Integration von ethnischen Minderheiten. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 71-79.
- Geißler, Rainer (2003): Multikulturalismus in Kanada – Modell für Deutschland? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26/2003, S. 19-25.
- Geißler, Rainer (2000): Bessere Präsentation durch bessere Repräsentation. Anmerkungen zur medialen Integration von ethnischen Minderheiten. In: Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk. Wiesbaden, S. 129-146.
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2009): Media – Migration – Integration. European and North American Perspectives. Bielefeld.
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2006): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Mass Media-Integration. Media and Migration: A Comparative Perspective. Bielefeld.

- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (2001): Mediale Integration von ethnischen Minderheiten. In: Kulturwissenschaftliches Forschungskolleg „Medien-umbrüche“. Siegen, S. 141-167.
- Geißler, Rainer/Weber-Menges, Sonja (2008): Migrantenkinder im Bildungssystem: doppelt benachteiligt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 49/2008, S. 14-22.
- Gist, Marilyn (2000): Minorities in Media Imagery. In: Newspaper Research Journal, Jg. 11, H. 3, S. 52-63.
- Haws, Dick (1991): Minorities in the Newsroom and Community: A Comparison. In: Journalism Quarterly, Jg. 68, H. 4, S. 764-771.
- Miller, John/Court, Caron (2004): Who's Telling the News? Race and Gender Representation in Canada's Daily Newsrooms. Online unter: http://www.diversitywatch.ryerson.ca/home_miller_2004report.htm [Stand: 11.11.2008].
- MMB-Institut für Medien- und Kompetenzforschung (2005): Expertise: Ausbildung von Volontären in den Medien. Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Berlin. Online unter: http://www.bqn-berlin.de/grafik/Expertise_Medien.pdf [Stand: 11.11.2008].
- Napoli, Philip M. (1999): Deconstructing the Diversity Principle. In: Journal of Communication, Jg. 49, H. 4, S. 7-34.
- Pascual Iglesias, Mercedes (2005): Migranten-Journalisten in Deutschland. Eine explorative Untersuchung über Chancen und Hindernisse im deutschen Journalismus. Dortmund (Unveröffentlichte Diplomarbeit).
- Pease, Edward/Smith, Erna/Subervi, Federico (2001): The News and Race Models of Excellence Project – Connecting Newsroom Attitudes Toward Ethnicity and News Content. St. Petersburg, FL.
- Pritchard, David/Brzezinski, Sarah (2004): Racial Profiling in the Newsroom: A Case Study. Paper presented to the Minorities and Communication Division, Association for Education in Journalism and Mass Communication annual meeting. Toronto.
- Rivas-Rodriguez, Maggie/Subervi-Vélez, Federico A./Bramlett-Solomon, Sharon/Heider, Don (2004): Minority Journalists' Perceptions of the Impact of Minority Executives. In: Howard Journal of Communications, Jg. 15, H. 1, S. 39-55.
- Röben, Bärbel (2008): Migrantinnen in den Medien. Diversität in der journalistischen Produktion – am Beispiel Frankfurt/Main. In: Wischermann, Ulla/Thomas, Tanja (Hrsg.): Medien – Diversität – Ungleichheit. Zur medialen Konstruktion sozialer Differenz. Wiesbaden, S. 141-159.

- Stamm, Willy (2007): Leitfaden durch Presse und Werbung. Presse- und Medien-Handbuch. 60. Ausgabe. Essen.
- Starck, Kenneth (2006): Embracing Unity in Diversity: Media and Ethnic Minorities in the USA. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Mass Media Integration. Media and Migration: A Comparative Perspective. Bielefeld, S. 149-178.
- Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz.
- White, Doug (2002): Newsroom diversity attitudes affect content. In: American Editor, Jg. 77, H. 1, S. 20.
- Wiebus, Hans-Otto (2000): Festung Funkhaus: Zur Situation von MigrantInnen in den bundesdeutschen Medien. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Media Watch (Hrsg.): Gleichstellung von MigrantInnen in deutschen Medien. Berlin, S. 13-18.
- Wilson, Clint C. II (2000): The Paradox of African American Journalists. In: Cottle, Simon (Hrsg.): Ethnic Minorities and the Media. Changing Cultural Boundaries. Buckingham, PA., S. 85-99.
- Wilson, Clint C. II/Gutierrez, Felix/Chao, Lena M. (2003): Racism, Sexism, and the Media. The Rise of Class Communication in Multicultural America. Thousand Oaks, CA.

Weshalb gibt es so wenig Journalisten mit Einwanderungshintergrund in deutschen Massenmedien?

Eine explorative Studie

1 Einleitung

Im Herbst 2007 startete der *Westdeutsche Rundfunk* (WDR) seine Mainstreaming-Aktion „Raus aus den Nischen“ und warb explizit um Journalisten mit Migrationshintergrund. Das Projekt sorgte für eine hitzig geführte, kontroverse Diskussion in einem deutschlandweiten E-Mail-Forum freier Journalisten. Einige Auszüge:

- „Ist doch alles nur PR... Der Sender will sein Integrations-Image hervorheben...“
- „Wir legen ja auch Wert darauf, dass wir ein ausgeglichenes Verhältnis von Frauen und Männern haben. Oder achtet man da gar nicht mehr drauf?“
- „Wenn Du eine zwangsverheiratete Kurdin mit Behinderung aus dem Krisengebiet bist, brauchst du nicht mal mehr Deutsch zu können.“
- „Gut, dass unsere zukünftigen Kollegen mit Migrationshintergrund diese peinliche Diskussion hier wohl noch nicht mitverfolgen.“

Die Debatte macht deutlich: Bemühungen, die Präsenz von Journalisten mit Einwanderungshintergrund in Deutschland zu erhöhen, rufen durchaus Widerspruch hervor. Zeitungen, Radiosender und Fernsehprogramme stellen aber in einer demokratischen Gesellschaft Öffentlichkeit her, die zur Funktion der Demokratie unerlässlich ist. Die Grundprämisse dieses Beitrags lautet, dass dies ein ausreichender Grund für die Forderung nach einer stärkeren Repräsentation von Einwanderern im Journalismus ist.

Das Thema „Mehr Zuwanderer vor die Kamera“ (Schneider 2006) erreichte vor wenigen Jahren die breite Öffentlichkeit in Deutschland. Am 23. und 24. November 2006 luden die Intendanten des WDR, des ZDF und der *France Télévisions* zur Konferenz „Migration und Integration – Europas große

1 Diese Studie wurde bezuschusst von *Sawasya – Stiftung für interkulturelle Forschung* (www.sawasya.de) in Berlin. Besonderer Dank geht an Charlotte Wiedemann.

Herausforderung“ nach Essen. ZDF-Intendant Markus Schächter und WDR-Intendant Fritz Pleitgen kündigten für ihre Sender an, „mehr Zuwanderer als Moderatoren und Kommentatoren vor die Kamera zu holen“ (*Süddeutsche Zeitung* 2006). Seitdem findet das Thema unter Titeln wie „Raus aus dem medialen Abseits“ oder „Mehr Vielfalt in die Medien“ in Podiumsdiskussionen und kleineren Tagungen Widerhall.²

Auf bundespolitischer Ebene rief die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, im Oktober 2006 die Arbeitsgruppe „Medien und Integration“ ins Leben. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der deutschen Gesellschaft solle sich auch verstärkt in den Medien widerspiegeln. Mit Vertretern der deutschen Massenmedien, die in der Arbeitsgruppe sitzen, sollen Maßnahmen zur Rekrutierung und Förderung von Journalisten ausländischer Herkunft erörtert werden (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2006). Diese flossen in den „Nationalen Integrationsplan“ ein, der im Sommer 2007 vorgestellt wurde.

Die vorliegende Untersuchung versucht daher, folgende Fragestellung zu erörtern: Wenn bisher in deutschen Massenmedien wenig Journalistinnen und Journalisten arbeiten, deren Biographie mit den Hauptströmen der Einwanderung in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg in Beziehung steht – was sind die endogenen Gründe dafür? Und was könnte jenseits allgemeinpolitischer Anstrengungen – etwa in Bezug auf Bildungschancen – im Journalismus selbst getan werden, um dies zu ändern? Vor allem: Wie gehen Programmverantwortliche mit diesem Defizit um und welche Ergebnisse bringen potentielle Bemühungen, den Anteil zu erhöhen? Nicht Erfolgsgeschichten, sondern die Frage nach potentiellen Hürden sowie die Bemühungen um deren Überwindung sollen im Vordergrund der Betrachtung stehen.

2 Forschungsstand und Datenlage

Es gibt bislang wenig Forschung zu Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungshintergrund in deutschen Medien. Einen Überblick bietet der Sammelband „Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland“, der im Kulturwissenschaftlichen Forschungskolleg der Universität Siegen entstanden ist.³ Demnach kam eine Untersuchung aus dem

2 Die auf der dortigen Podiumsdiskussion von der taz-Chefredakteurin Bascha Mika und dem FAZ-Herausgeber Werner D'Inka gemachten Aussagen wurden für diese Studie verwendet.

3 Die Beteiligung von Migranten an der deutschen Medienproduktion bezeichneten die Herausgeber 2005 als „weitgehend unbekannt“ und „so gut wie unerforscht“

Jahre 1976 zu dem Schluss, dass beim *Hessischen*, *Bayerischen* und *Westdeutschen Rundfunk* Einwanderer vor allem in den so genannten „Gastarbeiter“-Sendungen und – im Gegensatz zu Deutschen – überwiegend als freie Mitarbeiter beschäftigt waren. Detailliertere Daten liefert eine Untersuchung des European Media Institute aus dem Jahr 1999. Demnach variierte in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre der Anteil der ausländischen Angestellten im Rundfunk im einstelligen Bereich (*WDR* 3,0%, *HR* 3,8%, *Saarländischer Rundfunk* 4,2%, *ZDF* 1,8% und *RTL* 4,66%). Darunter fallen allerdings alle ausländischen Beschäftigten, auch aus „weißen“ Herkunftsländern wie den Niederlanden oder Österreich. Der Anteil der Journalisten mit einer Herkunft aus den großen Einwanderergruppen aus dem Süden lag damit noch niedriger (vgl. Müller 2005: 223ff.).

Eine aktuellere Forschungsarbeit basiert auf der Analyse unterschiedlicher Daten-Quellen wie den Angaben des Deutschen Journalisten-Verbandes (djv), der Arbeitsagenturen und Interviews mit Verantwortlichen aus Medienunternehmen. Laut der 2006 erschienenen Expertise „Ausbildung von Volontären in den Medien“ liegt der Anteil der Migranten unter den Journalisten in Deutschland zwischen 2 und 3 Prozent. Nur eine Minderheit der befragten Entscheidungsträger äußerte ein Interesse an der Rekrutierung von Journalisten mit Einwanderungshintergrund und dem Ergreifen spezifischer Maßnahmen (vgl. MBB 2006: 4ff.).⁴

Für die Stadt Frankfurt am Main liefert eine Studie aus dem Jahr 2008 detaillierte Daten: Demnach kommt das Redaktionspersonal mit Migrationshintergrund bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) auf etwa 3 Prozent, bei der Zeitung *Bild* in Frankfurt auf 16 Prozent, während beim dort ansässigen *Evangelischen Pressedienst* (epd) und der *Frankfurter Woche* keine Einwanderer als Journalisten arbeiten (vgl. Röben 2008: 150).

2.1 Qualitative Studien

Zu den *Gründen* der geringen Repräsentanz gibt es nur wenige Untersuchungen. Die Journalistin Mercedes Pascual Iglesias (2006: 163ff.) zieht in ihrer Diplomarbeit „Migranten-Journalisten in Deutschland. Eine explorative Untersuchung über Chancen und Hindernisse im deutschen Journalismus“ den Schluss, „dass deutsche Mainstream-Medien in hohem Maß die Assimilation

(Geißler/Pöttker 2005: 392ff.). Vgl. dazu auch den Beitrag von Geißler et al. in diesem Band.

4 Die Verwendung der Bezeichnung „Migrant“ schwankt allerdings zwischen der Bedeutung „ausländischer Staatsangehöriger“ und „Migrationshintergrund“.

von Journalisten mit Migrationshintergrund verlangen und dies mit dem Erhalt einer journalistischen ‚Qualität‘ begründen, in der die Interkulturalität kein Kriterium ist.“ Dies betreffe sowohl die Themenwahl und die Sprachkenntnisse als auch die Schichtzugehörigkeit. Die Journalisten selbst beklagten Barrieren durch das Fehlen von Kontakten in der Medienbranche sowie Einschränkungen durch die Abhängigkeit als freier Mitarbeiter oder die Festlegung auf „Ausländerthemen“. Die aktuelle Fallstudie von Bärbel Röben (2008: 155) kommt zu dem Schluss, „dass eine Marginalisierung von JournalistInnen mit Migrationshintergrund eher strukturell bedingt als ein individuell bewusster Vorgang ist“.

In einer aktuellen Expertise im Rahmen der Arbeitsgruppe der Bundesintegrationsbeauftragten wird festgestellt, dass im Gegensatz zu Moderatoren im Musikfernsehen und Schauspielern Personen mit Migrationshintergrund im seriösen Nachrichten- und Informationsfach des Fernsehens seltener zu sehen sind. Aber die Präsenz von Migranten habe sich dort erhöht. Es gebe nicht nur Ranga Yogeshwar als einen der bekannteren Präsentatoren von Wissenschaftssendungen, sondern seit kurzem auch zwei *Tagesschau*-Sprecher: Tarek Youzbachi und Michail Paweletz – bisher allerdings nur im Nachtprogramm. Als vorbildhaft wird die neue „Bundesinitiative Integration und Fernsehen“ vom Institut für Medien und Wirtschaft im Karlsruher Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) gesehen. Diese soll aber vorrangig kulturschaffende Migranten mit Film- und Fernsehschaffenden sowie Medienforschern zusammenbringen.

Eine Veröffentlichung des Journalisten Ralf Koch (1996: 16, 46, 56, 61, 72, 88ff.) befasste sich im Jahr 1996 mit der Frage, welche Hürden Journalisten mit Migrationshintergrund zu überwinden haben. Der Autor weist darauf hin, dass in den USA der Berufsverband der Zeitungsredakteure schon 1978 einen Grundsatzbeschluss fasste, demzufolge bis zum Jahr 2000 die Redaktionen die ethnische Vielfalt der US-Bevölkerung widerspiegeln sollten. In Deutschland sprach die *WDR*-Redakteurin Aysim Alpman nach 27 Jahren Tätigkeit 1993 zum ersten Mal einen Kommentar in der *Tagesschau* – zu den Anschlägen von Solingen. Fernsehautoren türkischer Herkunft berichten, dass sie zu dieser Zeit gefragt waren. Das Interesse flaute dann aber wieder ab oder es kam zu Konflikten mit Redakteuren, die ihren Blickwinkel nicht teilten. Für viele begann die Karriere in so genannten „Ausländerredaktionen“. *Pro7* warb einst mit Arabella Kiesbauer als „erster farbiger Talkmasterin“. Das *ZDF* und *Sat.1* hingegen stellten die Hautfarbe der Moderatoren Cherno Jobatey bzw. Karen Webb nicht besonders heraus. Jobatey witzelte, dass „nachdem ich seit Jahren das *Morgenmagazin* moderiere, andere Journalisten immer noch meinen, das wichtigste, was sie über mich sagen müssen, sei meine Hautfarbe“. Der schwarze Reporter Ben Mwaura musste sich bei einer Gerichtsverhandlung in

Sachsen-Anhalt ausweisen, weil ihm der Richter nicht glaubte, dass er Journalist ist.

Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungshintergrund wurden demnach in den 1990er-Jahren als exotisch wahrgenommen – sowohl im wohlwollenden wie im ablehnenden Sinn. Die Arbeit von Koch zeigt allerdings, dass es schon damals erste migrantische⁵ „Vorzeige-Journalisten“ gab, ohne dass dies eine allgemein größere Repräsentanz bedeutete. Bis heute gibt es mit dem Auftreten von Moderatorinnen und Moderatoren wie Nazan Eckes (RTL), Asli Sevindim (WDR), Aiman Abdallah (Pro7), Ingo Zamperoni (ARD), Alexandra Vacano (ZDF), *heute-journal*-Moderatorin Dunja Hayali oder auch *Zeit*-Herausgeber Giovanni di Lorenzo tatsächlich eine Zunahme in diesem Bereich. Nachdenklich macht andererseits aber das Beispiel des preisgekrönten *Focus*-Redakteurs Kayhan Özgenc. Ein Blick in das Impressum des *Focus* offenbart, dass unter circa 200 Journalistinnen und Journalisten nur drei weitere einen ausländischen Namen tragen (inklusive der Auslandskorrespondenten). Dasselbe Bild bietet das *Spiegel*-Impressum.⁶

3 Eigene Untersuchung

3.1 Methode

In der vorliegenden Studie wurden zur Beantwortung der Frage nach den endogenen Gründen der Unterrepräsentanz die Erfahrungen von Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungsbiographie ausgewertet, die in deutschen Massenmedien tätig sind. Ebenso wurden Erfahrungen der Entscheider aus Fernsehen, Radio und Print-Medien berücksichtigt. Es wurde versucht, alle Medienformate sowie unterschiedliche Herkunft zu berücksichtigen. Die Auswahl erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Dies ist eine qualitative Untersuchung, deren methodischer Ausgangspunkt die Annahme ist, dass Journalistinnen und Journalisten aus ihrer Lage heraus ein Wissen über ihr Berufsfeld besitzen und in diesem Sinne am besten „Auskunft geben können über die Bedingungen ihrer Praxis“ (Terkessidis 2004: 115). Aus der Analyse dieses berufsinternen Erfahrungswissens sollen Hinweise zur Beantwortung der Fragestellung gewonnen werden.

5 Der Neologismus „migrantisch“ soll im Folgenden gleichbedeutend mit der Umschreibung „mit Migrationshintergrund“ verwendet werden.

6 Für diese Studie wurden die Impresen der Ausgabe 45/2006 beider Nachrichtenmagazine zugrundegelegt.

Interviewt wurden auf Seiten der Verantwortlichen: Lorenz Maroldt, Chefredakteur des *Tagesspiegels* in Berlin, Rudolf Porsch, Leiter der *Axel Springer Akademie* in Berlin, Peter Kloeppel, Nachrichtenchef bei RTL und Leiter der RTL-Journalistenschule in Köln, Gualtiero Zambonini, Integrationsbeauftragter des WDR in Köln, Bettina Schausten, Hauptredaktionsleiterin des ZDF in Mainz, Sibylle Giehl, Leiterin der Hörfunk-Redaktion „Familie“ im *Bayerischen Rundfunk* in München, Eberhard Seidel, ehemaliger Redaktionsleiter sowie Bascha Mika, Chefredakteurin der *tageszeitung* in Berlin, Werner D'Inka, Herausgeber der *FAZ* in Frankfurt und Martin Kilgus, Chefredaktion International des SWR in Stuttgart. Der *Spiegel* in Hamburg, der *Focus* und *ProSiebenSat.1* in München sowie die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)* in Essen lehnten ein Interview ab und beantworteten die Anfragen mit kurzen schriftlichen Statements.

Auf der anderen Seite wurden 13 Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungshintergrund interviewt. Vier aus der Türkei, zwei aus Italien, zwei aus Griechenland, zwei aus dem Iran, eine aus Bosnien, einer aus Kamerun, einer aus Indien. Neun sind in Deutschland aufgewachsen.⁷ Acht Männer und fünf Frauen. Fünf fest angestellte und acht freie Journalisten. Vier arbeiten für Zeitungen und Zeitschriften, die restlichen für Hörfunk und Fernsehen, und zwar für folgende Medien: WDR, RTL, ZDF, DLF, WAZ, *Frankfurter Rundschau*, *Spiegel Online*, *Financial Times Deutschland (FTD)* sowie für andere Print-Medien. Sie sind mindestens seit fünf Jahren, meistens aber über zehn Jahre hauptberuflich als Journalisten tätig. Zusätzlich wurde eine Journalistik-Studentin türkischer Herkunft interviewt, die in Deutschland geboren und aufgewachsen ist. Die Interviews fanden von Dezember 2006 bis Februar 2007 statt.

3.2 Repräsentation in ausgewählten Medien

Die folgenden Zahlen basieren auf den im Rahmen dieser Studie gemachten Angaben der Sender und Zeitungshäuser:

- **RTL – 3,2 Prozent** der Mitarbeiter von RTL haben einen ausländischen Geburtsort. 1,8 Prozent besitzen einen nicht-deutschen Pass. Bei den bisherigen Absolventen der RTL-Journalistenschule haben knapp 4 Prozent

⁷ Die Staatsangehörigkeit wird nicht thematisiert. Es handelt sich um deutsche Journalisten, weil sie hier leben, arbeiten oder Bürger des Landes sind. „Italienisch“ etc. bezeichnet in diesem Fall den Migrationshintergrund.

einen ausländischen Geburtsort.⁸ Sechs von bisher etwa 100 jungen Menschen, die RTL seit 2001 zum TV-Redakteur ausbildet, hatten einen Migrationshintergrund oder eine doppelte Staatsbürgerschaft.⁹

- **ProSiebenSat.1 Media AG** – „Aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes und gemäß des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)“ würden keine Daten über den Einwanderungshintergrund der beschäftigten Journalisten erhoben.¹⁰
- **ZDF – 2,3 Prozent** der Mitarbeiter besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft. Einer „Repräsentativ-Erhebung unter den Mitarbeitern“ zufolge geht das ZDF davon aus, dass 17 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Migrationshintergrund besitzen. Potentiell „vom türkischen Vater“ bis zur „holländischen Urgroßmutter“.¹¹ Im Volontärsjahrgang 2008 hätten drei von neun Volontären einen Migrationshintergrund.
- **Gruner + Jahr Verlagsgruppe – 2,5 Prozent** der Journalisten der in Deutschland erscheinenden Zeitschriften (*Stern*, *Gala*, *GEO* u.a.) sind nicht-deutscher Nationalität. In Zahlen seien dies 123 Journalisten mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft, davon 30 Redakteure.¹² Der Verlag könne nicht sagen, wer als Deutscher einen Migrationshintergrund besitze.
- **Axel Springer Akademie – 7 Prozent** der Volontäre aus den letzten drei Jahrgängen der *Axel Springer Journalistenschule* (jetzt *Axel Springer Akademie*) besitzen einen Migrationshintergrund – in Zahlen sind das zwei bis drei von 35 pro Jahrgang. Konkret handelt es sich um zwei Deutsche türkischer Herkunft, zwei italienischer Herkunft, einen indischer, eine neuseeländischer und eine österreichischer Herkunft.¹³

8 Schriftliche Auskunft von Peter Kloeppel auf Anfrage bei der RTL-Journalistenschule, 17. 01.2007. Angaben zu den Herkunftsnationalitäten könnten nach dieser Auskunft aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht erfolgen.

9 Schriftliche Auskunft von Peter Kloeppel auf Anfrage bei der RTL-Journalistenschule, 20.02.2008.

10 Auskünfte, erfolgt nach mehrfachen Anfragen, von Personalleiterin Alexandra Jaschinski am 11. Januar 2007 und Konzernsprecherin Katja Pichler am 1. Februar 2007.

11 Nach Angaben des Leiters der ZDF-Hauptabteilung Personal, Dr. Michael Winter, Februar 2007.

12 Schriftliche Auskunft von Jürgen Althans auf Anfrage bei der Abteilung Personalentwicklung im Verlag *Gruner + Jahr*, 17.01.2007.

13 Mündliche Auskunft von Rudolf Porsch, Geschäftsführer der *Axel-Springer-Akademie* in Berlin.

- **Westdeutscher Rundfunk (WDR) – 20 Prozent** der Volontäre der fünf Jahrgänge seit 2001 besitzen einen Migrationshintergrund – in absoluten Zahlen zwölf von 59. Davon begannen acht im Jahr 2003 und 2005 die Ausbildung.¹⁴ Über den Anteil an der Gesamtzahl der Journalisten könne der *WDR* keine Auskunft geben.

- **Südwest-Rundfunk (SWR)** – Der Südwest-Rundfunk besitze keine Statistik über den Anteil der Mitarbeiter mit Einwanderungshintergrund. Laut einer Erhebung der Unternehmensplanung des *SWR* würden bei den fest Angestellten 43 Nationalitäten vorkommen.¹⁵ Bei der journalistischen Ausbildung – Hospitanz, Praktikum, Volontariat – habe in den vergangenen fünf Jahren ein Drittel jedes Jahrgangs Migrationshintergrund gehabt.¹⁶

- **Bayerischer Rundfunk (BR)** – 6,7 Prozent der Volontäre in den vergangenen fünf Jahren besäßen eine Einwanderungsbiographie – in absoluten Zahlen vier von 60 Volontären. Darunter ein türkischer und ein portugiesischer Migrationshintergrund.¹⁷

- **Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB)** – 15 Journalisten mit Migrationshintergrund arbeiten in den Fernsehredaktionen der Hauptabteilung „Information und Landesprogramme“. Einer von sieben Rahmenverträgen des *RBB* an Absolventen der Electronic Media School ging an eine freie Journalistin mit Migrationshintergrund. Eine Statistik zum Gesamtseher gebe es nicht. Lediglich zum Integrationsprogramm *radiomultikulti*, das Ende 2008 eingestellt wird, gebe es folgende Angaben: Ein Drittel der 30 fest angestellten Mitarbeiter und die Hälfte der 80 Freien habe Migrationshintergrund.¹⁸

-
- 14 Mündliche Auskunft von Rainer Assion, Aus- und Fortbildungsredaktion des *WDR* am 25. Januar 2007. Den Migrationshintergrund erschließt der Autor aus den Nachnamen. Zwei türkische, fünf slawische, zwei italienische, zwei arabische und ein französischer Name.
 - 15 Schriftliche Auskunft von Martin Kilgus auf Anfrage bei der Redaktion Internationales des *SWR*, 16.01.2007.
 - 16 Mündliche Auskunft von Prof. Karl-Heinz Meier-Braun, Leiter von *SWR* International. Die Angabe beruhe auf den Erfahrungswerten der *SWR*-Ausbildungsbeauftragten.
 - 17 Mündliche Auskunft von Sybille Giehl, Leiterin der Redaktion Familie, *Bayerischer Rundfunk*, Februar 2007.
 - 18 Schriftliche Auskünfte von Sandra Niemann auf Anfrage bei der Chefredaktion Fernsehen des *RBB*, 07.03.2008, bzw. von Stephanie Pieper auf Anfrage bei der *RBB*-Intendanz, 20.06.2008.

3.3 Gibt es eine Unterrepräsentation?

Laut Statistischem Bundesamt besitzen 19 Prozent der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund – bei den Unter-25-Jährigen in Großstädten sogar 40 Prozent. 8,2 Prozent der Bevölkerung hat eine ausländische Staatsbürgerschaft, 5,1 Prozent leben als „Ausländer“ zwischen zehn und über 30 Jahren in Deutschland, circa 1,4 Millionen darunter sind hier geboren (vgl. Statistisches Bundesamt 2006: 74; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2008: 79ff.).¹⁹ Trotz der Datenunsicherheiten lässt sich im Vergleich zu den Zahlen aus Kapitel 2 feststellen, dass die Zahl der migrantischen Journalistinnen und Journalisten bei beiden Kriterien unterhalb des Bevölkerungsanteils liegt. Wenn in Einzelfällen 7 bis 20 Prozent der Volontäre einen Migrationshintergrund haben, ist dies eine Verbesserung. Das Volontariat in einem großen Verlag oder Sender ist eine begehrte Ausbildung, allerdings betrifft es absolut gesehen nur wenige Personen. Eine Erhöhung des Anteils im Ausbildungsbereich kann aber als Trend gewertet werden, dessen Wirksamkeit sich langfristig erweisen muss.

Das Bewusstsein über die Diskrepanz zwischen dem Migrantenanteil an der Bevölkerung und ihrem Anteil an der Medienproduktion ist in den Chefetagen der deutschen Massenmedien nicht immer vorhanden. Die Konzernsprecherin der ProSiebenSat.1 Media AG stellte fest, dass ihr Haus in der Arbeitsgruppe der Bundes-Integrationsbeauftragten mit am Tisch sitze und in einem internationalen Unternehmen „per se Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigt“ würden. Auf die Nachfrage, ob es denn möglich sei, eine Redaktionsleiterin oder einen Redaktionsleiter mit einem Hintergrund aus der Türkei, Italien, Griechenland, Ex-Jugoslawien oder dem Iran zur Frage zu sprechen, wie „Integration ganz selbstverständlich gelebt“ werde, erhielt der Autor dieser Studie keine Antwort mehr.

Erwartungsgemäß betonten alle befragten Entscheider, dass qualifizierte Bewerber gleich behandelt würden und dass Fremdsprachenkenntnisse von besonderem Vorteil wären. Darüber hinaus gibt es aber durchaus Unterschiede in der Bewertung des Anteils. *Spiegel*, *RTL*, *Focus* und auch der *Bayerische Rundfunk* betonten, dass keine systematischen Daten zum Migrationshintergrund erhoben würden und dies auch nicht in Planung sei. Gleichzeitig bezweifelten die Interviewpartner, dass Journalisten mit Einwanderungshintergrund tatsächlich unterrepräsentiert seien. Die Redaktionsleiterin aus dem *Bayerischen Rundfunk* räumte ein, dass zu wenig Muslime dort arbeiteten.

19 Die meisten Einbürgerungen fanden erst in den vergangenen zehn Jahren statt (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2005: 20).

Eindeutiger äußerten sich *ZDF* und *WDR*. Es gebe zu wenig Journalistinnen und Journalisten mit Migrationshintergrund, weil sie nicht dem Bevölkerungsanteil entsprächen. Diese Diskrepanz zu beheben, sei für diese öffentlich-rechtlichen Sender keine moralische Frage, sondern ein Business-Case: Es gehe um die Nähe zum Publikum. Einhellig waren sich die Befragten aus Tageszeitungen bewusst, dass nicht genug Journalisten mit einem typischen Einwanderungshintergrund im eigenen Haus arbeiten, so der Chefredakteur des *Tagesspiegels*. Sie seien meist freie Mitarbeiter, oder ein Elternteil sei Deutscher. Laut Bascha Mika, Chefredakteurin der *tageszeitung*, arbeiten auch dort zu wenige fest angestellte migrantische Redakteurinnen und Redakteure. „Genau genommen zwei“ Journalisten mit Einwanderungshintergrund arbeiten bei der *FAZ*, „ganz wenige“, so Herausgeber Werner D’Inka. Unter den sechs Volontären, die aktuell übernommen würden, sei eine spanischstämmige Journalistin. Der Leiter der Axel-Springer-Akademie beklagte anfangs nur einen Mangel an Volontären mit osteuropäischer Herkunft. Ansonsten habe sein Haus „einen guten Schnitt“. Anschließend wurde er nachdenklich und räumte ein, dass es mehr sein könnten. Mit Verweis auf fehlende Daten wollte sich die Chefredaktion der *WAZ* überhaupt nicht dazu äußern.

Ganz anders sehen das die Befragten mit Einwanderungshintergrund. Ein Drittel arbeitet in einem fast ausschließlich deutschen Redaktionsumfeld. Ein weiteres Drittel arbeitet vorwiegend in Einwanderer-Nischenprogrammen und nur selten für Mainstream-Programme. Das letzte Drittel arbeitet bei einem Mainstream-Medium und findet, dass dort viele Journalisten ausländischer Herkunft sind, allerdings nicht dem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechend. Alle befragten Journalistinnen und Journalisten, die selbst Einwanderungshintergrund haben, sind sich bewusst, dass sie zu wenig in den Massenmedien vertreten sind. Ihre Maßstäbe sind der Vergleich zu anderen Einwanderungsländern wie den USA und England oder der Vergleich zum Anteil der migrantischen Bevölkerung am Wohn- und Arbeitsort (Ruhrgebiet, Frankfurt a.M. etc.). Die Entscheiderinnen und Entscheider in den deutschen Medien erkennen die mangelnde Repräsentanz aber immer noch nur zum Teil an, zum Teil ziehen sie sie in Zweifel, oft haben sie sich bisher nicht mit dieser Frage beschäftigt.

3.4 Gründe für die Unterrepräsentation

Die meisten Entscheider erklärten, dass sie zu wenig Bewerberinnen und Bewerber mit Einwanderungshintergrund hätten. Dies sei der wichtigste Grund, aus dem es zu wenig solcher Journalisten in deutschen Massenmedien gebe. Beim *Tagesspiegel* gab es in den letzten drei Jahren nur einen solchen

Bewerber für ein Volontariat. Aus unterschiedlichen politischen Lagern machten sowohl Rudolf Porsch von der *Axel Springer Akademie* als auch Eberhard Seidel und Bascha Mika von der *tageszeitung* den geringen Anfangsverdienst und Status im Vergleich zu anderen akademischen Berufen als Ursachen geltend. Zeitungen interessierten Migranten zudem weniger als Fernsehen. Junge Menschen aus Einwanderermilieus interessierten sich wenig für deutsche Politik, es haperte manchmal an der Allgemeinbildung (vgl. Röben 2007: 14). Laut RTL-Nachrichtenchef Peter Kloeppel ist die erforderliche Qualifikation – fehlerfreies und akzentfreies Deutsch zu schreiben und zu sprechen – bei jungen Bewerbern mit Migrantenhintergrund nicht immer vorhanden.

Nur die wenigsten Entscheidungsträger gaben Gründe an, die mit den deutschen Journalisten zu tun haben. Bettina Schausten vom ZDF etwa bezweifelte, dass persönliche Netzwerke und Beziehungen eine Rolle spielen. WDR und SWR betonten hingegen, dass Migration in der Vergangenheit als Spartenprogramm gesehen wurde und dass sich die Verantwortlichen weniger darum kümmerten, Migranten als Journalisten ins allgemeine Programm zu holen.

Alle Entscheider verneinten, dass strukturell selektiert werde. Dies steht zumindest im Widerspruch zu dem Phänomen, dass alle interviewten Chefredakteure sowie Redaktionsleiterinnen und -leiter aus dem Bürgertum stammen. Die Eltern übten alle bürgerliche Berufe aus: Arzt, Richter, Ingenieur, häufig Lehrer. Die befragte Gruppe ist sozial exklusiv. Im Gegensatz dazu stammte die Hälfte der interviewten Journalisten/innen mit Einwanderungshintergrund aus der Arbeiterschicht. Allerdings sind auch hier die Journalisten bürgerlicher Herkunft überproportional vertreten, da nur wenige Einwanderer in Deutschland, zumal die der ersten Generation, Ärzte oder Lehrer sind.

Wie also klappt der Einstieg in den Journalismus? Über die Hälfte aller Befragten – Funktionsträger ebenso wie migrantische Journalisten – hat in einer Schülerzeitung oder Jugendredaktion erste Erfahrungen gesammelt, bzw. als Kind gerne geschrieben und zu Hause Zeitung gelesen. Diese klassische Erfahrung bleibt ein wichtiger Faktor. Eine weitere entscheidende Rolle spielen trotz anders lautender Beteuerungen *Beziehungen*. Nicht im Sinne von Nepotismus, sondern in dem Sinne, „die richtigen Leute kennenzulernen“. Zwölf von 21 dazu Befragten hatten Geschwister oder Onkel als Vorbild, erhielten durch Dozenten oder durch Freunde das erste Angebot, in den Beruf einzusteigen, bzw. die Empfehlung, sich an der richtigen Stelle zu bewerben.

Die migrantischen Journalisten nannten häufig das Praktikum als ersten Schritt zum Einstieg. Der Besuch einer Journalistenschule müsse nicht entscheidend sein. Zum Vergleich: Peter Kloeppel erhielt nach seiner Ausbildung an der Journalistenschule von *Gruner + Jahr* ein Angebot von RTL. Birand Bingöl, heute *Tagesthemen*-Kommentator, Arztsohn türkischer Herkunft, erhielt

über das Journalistik-Studium in Dortmund den ersten Job und das Volontariat beim *WDR*. Der Bruder war auch Journalist und lieferte sowohl das Vorbild als auch die Gelegenheit, *WDR*-Mitarbeiter kennenzulernen. Das entgegengesetzte Beispiel ist ein kamerunischer Journalistik-Absolvent, der – wie zwei weitere Kommilitonen aus dem Iran bzw. der Türkei – während seines Studiums in Dortmund keinen Volontariatsplatz in Deutschland erhielt. Er absolvierte dieses dann bei einer kamerunischen Fernsehstation. Möglicherweise stellte sein Akzent ein Hindernis dar. Zwei der befragten Journalisten berichteten, dass ihre Kenntnisse der türkischen Community für den Berufseinstieg ein expliziter Bonus waren.

Nur ein Drittel der migrantischen Journalisten gab an, überhaupt keine Erfahrungen mit Diskriminierung als Journalist gemacht zu haben. Drei davon mit bürgerlichem Hintergrund, eine aus dem Arbeiter-Milieu. Die meisten Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungshintergrund haben die Erfahrung gemacht, dass Chancengleichheit auch bei gleicher Qualifikation nicht immer gegeben sei. Eine befragte Journalistik-Studentin trug ein muslimisches Kopftuch und berichtete von besonderen Einstiegsschwierigkeiten. Zur Aufnahme des Studiums habe sie im Jahr 2003 ein Praktikum benötigt. Trotz telefonischer Zusage eines *ZDF*-Landesstudios habe sie nach Zusendung ihrer Bewerbungsmappe mit Foto eine Absage erhalten, die die Redaktion mit ihrem „Aussehen“ begründet habe. Eine ähnliche Erfahrung habe sie bei ihrem Bemühen um ein Praktikum beim *Hamburger Abendblatt* gemacht. Während eines Redaktionsbesuchs mit einer Studierenden-Gruppe habe die dortige Redakteurin sie als erstes gefragt: „Sprechen Sie deutsch?“ Dann habe sie sich ein Jahr im Voraus bewerben sollen. Mit dem Praktikum klappte es erst bei einer kleineren Lokalzeitung.

3.4.1 Der Zweifel an der Qualifikation

„Man kann ja nicht jeden reinlassen“, witzelten zwei deutsche Journalisten über einen ihnen unbekannten griechischen Kollegen, als ein Pfortner dessen Hausausweis verlangte. „Kann der überhaupt deutsch?“ wurde gefragt, als derselbe Journalist als Hörfunk-Korrespondent zu den Olympischen Spielen nach Athen sollte. „Das war ja ganz professionell“, bemerkte überrascht der Redakteur eines Massenradioprogramms über den Beitrag eines anderen griechischen Journalisten, der schon seit Jahren als Autor arbeitet – meist für ein Nischenprogramm. Sämtliche Bewerbungen und Castings in Massenmedien schlugen bei ihm fehl. Der Einstieg in die Radioarbeit gelang erst durch die Vermittlung eines befreundeten Autors.

Eine deutsche Redakteurin legte einem kamerunischen Autor nahe, es mit etwas anderem als Journalismus zu versuchen, obwohl er dies studiert hatte und auch weiterhin in dem Beruf tätig ist. Eine türkische Journalistin versuchte für ein längeres Feature über ein Einwanderungsthema vergeblich Unterstützung zu finden. „Die sagten, das Thema sei nicht interessant. Eine Doku-Redakteurin fand es dann doch interessant, wollte es aber verändern und inhaltlich mitbestimmen.“ Sie habe ihr Thema nicht „verwässern“ wollen und drehte den Film mit eigenem Geld und einem Stipendium selbst. Nachdem sie für die Dokumentation dann einen Preis erhielt, kaufte ein Sender die Produktion. Eine andere türkische Redakteurin berichtet, dass immer wieder deutsche Vereine sich „nicht ernst genommen fühlten, wenn eine wie ich zum Termin kam.“ Eine bosnische Journalistin war in den 1990er-Jahren während ihres Berufsbeginns oft im Kriegsgebiet und brachte Reportagen mit. Ihr wurde aber im Verlauf Parteilichkeit aufgrund ihrer Herkunft vorgeworfen. „Ich habe mich über diese Vorwürfe sehr aufgeregt, weil ich dachte, dann dürfte ja kein Deutscher über irgendwas in Deutschland berichten. Weil das ein Feld war, wo ich mich als kompetent empfunden habe.“ Ein italienischer Radio- und Zeitungsjournalist berichtet:

Dass ich nicht deutscher Muttersprachler bin, ist deutlich zu hören. Und es gibt Redaktionen, die sagen: „Das wollen wir machen. Wir wollen einen anderen Blickwinkel.“ Andere sagen: „Nein, das ist für mich mit zu viel Arbeit verbunden.“

3.4.2 Die Nischenfalle

Das im vorangegangenen Kapitel geschilderte Phänomen, dass Einwanderer-er sprösslingen sprachlich oft weniger zugetraut wird als jungen deutschstämmigen Journalisten, korrespondiert mit der Erfahrung der Migranten, thematisch auf ihre Herkunft reduziert zu werden.²⁰ Nicht alle haben diese Erfahrung gemacht, aber mindestens die Hälfte der befragten Journalistinnen und Journalisten wollte darüber berichten. „Ich war dann so die Döner-Frau, und es wurden auch ein bisschen Scherze gemacht. Ich habe mich auch um die Türkenthemen gekümmert“, berichtet eine türkischstämmige Zeitungsredak-

20 Auf der Tagung „Mehr Vielfalt in die Medien“, die vom 4. bis 6. Juli 2008 bei der Evangelischen Akademie Loccum in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stattfand, berichtete Heinz-Günter Clobes von der Grimme-Akademie, dass die meisten der 20 Absolventinnen der Förder-Aktion „Mehr Farbe in die Medien“ von 1998 beruflich in der „Migrantennische“ gelandet seien.

teurin von ihrem Volontariat. Bei einer anderen Zeitung ist sie die Expertin für diese Themen, musste aber eine Reduzierung ihrer Stelle hinnehmen, weil die Verlagspolitik diesem Thema wieder weniger Gewicht beimisst.

Fernseh- und Zeitungsjournalistinnen türkischer Herkunft berichteten, dass es für sie schwieriger sei, etwa über das deutsch-türkische Nachtleben zu berichten, statt dessen aber immer wieder nach Storys über „innerlich zerrissene Jugendliche“ oder „Ehrenmorde“ gefragt zu werden, worauf sich diese Journalistinnen nicht reduzieren lassen möchten. Journalisten, die für so genannte Integrationsprogramme, etwa beim *WDR* oder beim *RBB*, arbeiten, machten die Erfahrung, dass es entgegen den Verlautbarungen oft sehr schwierig sei, in den Mainstream-Programmen Fuß zu fassen: „Bieten Sie dieses Thema doch dem Ausländerprogramm an.“ Oder: „Wofür arbeiten Sie? Ach ja, das Ausländerprogramm.“ Journalisten, die zur gleichen Zeit bei *RTL* arbeiteten, berichteten, dass beim Privatsender zwar Migranten nicht besonders gefördert würden, aber auch nicht die Mentalität vorherrsche, diese „ruhig zu halten“. Diese „Normalität“ sei „erfrischender“.

Einem kamerunischen Journalisten hingegen gelang es nur zur Fußball-WM im Sommer 2006, einen Bericht über kamerunische Studenten in Deutschland im Morgenmagazin eines großen Fernsehsenders zu platzieren. Nach dem Sportereignis seien die Türen wieder verschlossen gewesen. Sowohl ein italienischer als auch eine türkische Zeitungsjournalistin berichteten andererseits, dass sie eher selbst versuchten, die ethnische Nische zu besetzen, weil das in ihrem Umfeld sonst keiner mache und sie sich davon einen Wettbewerbsvorteil erhofften. „Eine Umfrage in einem totalen Ghetto-Stadtteil, wo man wirklich nicht ran kommt als Deutscher an die Migranten. Das mache ich sehr gerne.“

3.4.3 Die guten Jobs

Wenn man die Nische „Autorin“ verlassen und stärker im Bereich Moderation arbeiten will, dann ist es sehr schwer. Dann gibt es eigentlich nur Mauern und verschlossene Türen, weil man nicht zu denen gehört, die auf der Liste stehen bei den Redaktionsleitungen.

Dieses Resümee zieht die bosnische Journalistin aufgrund ihrer Erfahrungen, trotz gut verlaufenem Casting bei einem Massenmedium monatelang keine Antwort erhalten zu haben.

Jemand, mit dem ich Kontakt hatte, der fand das alles ganz klasse und hätte auch gerne jemanden mit Migrationshintergrund im Programm gehabt. Und jemand anderes, für den war das nicht so wichtig. Ich

wurde noch viel mehr zu einer Einwanderin gemacht durch so was. Ich von alleine gehe damit nicht so hausieren.

Ähnliches schildert ein freiberuflicher Fernsehjournalist aus dem Iran:

Ich bin ganz sicher, wenn zwei Menschen sich auf eine Planstelle bewerben, einer mit Migrationshintergrund und ein deutscher Kollege, da bin ich mir ganz sicher, dass die Deutschen diesbezüglich bevorzugt werden. Ich habe diese Erfahrung x-mal gemacht.

Als junger Journalist habe er in den 1970er-Jahren einen Arbeitsprozess deswegen gehabt. „Obwohl ich damals mein Studium abgeschlossen hatte als Filmemacher, hat man mir gesagt, wir sind aber kein ausländischer Sender. Wir können Sie nicht einstellen.“ Auch heute gaben junge Journalisten bei der Befragung an, dass es einfacher sei, freiberuflich tätig zu werden, aber weiterhin schwierig, in programmprägenden Bereichen eine feste Stelle zu erhalten. Eberhard Seidel, ehemaliger *taz*-Redaktionsleiter, meint, dass bei der „Repräsentation von Migranten auf einer Machtebene nach wie vor die Tore ziemlich verschlossen sind. Und die Posten unter den Vertretern des deutschen Bürgertums ausgehandelt werden.“ Bis auf wenige Ausnahmen wolle „das deutsche Bürgertum doch sehr häufig unter sich bleiben“, sei „nicht so international orientiert“, es gehe um „Geld, Einfluss und Ressourcen“ und es werde „sehr häufig bezweifelt, dass die Leute geeignet sind, einen neutralen Standpunkt einzunehmen ohne beispielsweise von einer türkischen Regierung beeinflusst zu werden.“

3.4.4 Die kritischen Themen

Acht der 13 befragten Journalistinnenn und Journalisten mit Einwanderungshintergrund berichteten, dass Hindernisse für ihre berufliche Karriere aufgrund ihrer kritischen Berichterstattung entstünden. Das bedeute zum einen, dass sie bei der Vergabe von Positionen trotz Qualifikation nicht berücksichtigt würden. Oder es bedeute, dass sie Storys nicht verkaufen könnten.

Ich habe nie wirklich Ressentiments zu spüren bekommen in meiner Arbeit als Journalist. Es gab aber bei bestimmten Themen, die ich angeboten habe, Ressentiments gegenüber diesen Themen oder der Darstellung,

erläutert der italienische Journalist aus Hamburg, der für mehrere große Magazine in Deutschland arbeitet. Ein Portrait über den deutsch-türkischen Schrift-

steller Feridun Zaimoglu sei zuerst nicht veröffentlicht worden, weil er diesen nur als Schriftsteller-Persönlichkeit ohne ethnische Bezüge portraitierte. Aber auch ein genau andersherum gestricktes Portrait zu derselben Figur scheiterte:

Da gab es Sätze in dieser Geschichte, in denen ich beschrieben hatte, dass der aufkeimende Rassismus eigentlich aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Diese Sachen wurden mir im Prinzip zum Verhängnis. Die Geschichte wurde nie gedruckt. Die sehen so was ja auch gar nicht.

Derselbe Journalist versucht seit einem knappen Jahr vergeblich, Artikel zu verkaufen, die sich kritisch mit dem Italiener-Klischee in Deutschland auseinandersetzen – obwohl er als Autor für *Stern*, *Brigitte* und als Buchautor etabliert ist.

Der Italiener an sich hat in Deutschland eine interessante Karriere gemacht. Vom Messerstecher und Dreckwegmacher der Deutschen zum warmherzigen Idioten. Also, der ist ja allgemeintauglich für Werbeprodukte. Da denkst du, über ein affiges Lifestyle-Niveau kommt der Italiener nicht mehr hinaus in Deutschland. Aber über die wirklichen Probleme wird nicht berichtet. Wenn man sich die Zahlen anguckt, dann haben wir sehr hohe Sonderschulraten bei italienischen Jugendlichen und eine hohe Arbeitslosenrate. Wenn ich mit diesem Thema hausieren gehe, dann stoße ich auf wenig Verständnis bei der anderen Seite.

Einem griechischen Journalisten lehnte der Redakteur des *Neon*-Magazins eine Glosse mit dem Titel „Integration ist uncool“ ab, obwohl er das Thema gut fand, aber es liege nicht auf der Linie des Hauses. Ein italienischer Journalist hat nach Vor-Ort-Recherchen in Finnland mehreren Tageszeitungen Reportagen zum Erfolg der Migrantenkinder im dortigen Schulsystem angeboten und konnte sie nicht verkaufen:

Das ist schwierig zu interpretieren. Hat der Redakteur an dem Tag Kopfschmerzen gehabt, hat er vielleicht kein Interesse an dem Thema? Oder hat er vielleicht gesagt: „Nee, ein Ausländer, der über Ausländerthemen berichtet, das sind immer diese larmoyanten Geschichten, das wollen wir nicht!“

Eine türkische Fernsehjournalistin berichtet von Konflikten in der aktuellen Produktion. In einem Bericht über „Islam in deutschen Schulbüchern“ bestand sie darauf, nicht nur Bilder von kopftuchtragenden Frauen zu benutzen, um nicht die bekannten Klischees zu reproduzieren. Nach Produktionsende

schnitt der mitarbeitende Redakteur ohne ihr Wissen diese Bilder wieder in den Bericht. Das führte zu ihrem Ausstieg.

So platt und banal ist die Wirklichkeit nicht. Wenn ihr schon die Chance habt, mit einer Türkin zusammen zu arbeiten, die dieses Thema sicher mit anderen Augen betrachtet als der deutsche Autor, wieso musste ich viele Sachen inhaltlich in tausend Abnahmen ändern?

Unter den Entscheidern berichtete nur der Chefredakteur des *Tagesspiegels*, Lorenz Marold, von Konflikten, wenn etwa migrantische Journalisten ihre community-Kompetenz nicht einbringen können, oder andersherum, wenn sie darauf reduziert werden und sich als „Alibi“-Journalisten fühlen. Er schilderte auch Auseinandersetzungen im Redaktionsalltag über rassistische Klischees in der Polizei-Berichterstattung und erzählte, dass migrantische Journalisten eine Korrektur ihres Textes oft auf ihre Herkunft bezögen. Ein Redaktionsbetrieb ohne Auseinandersetzungen und Konflikte – insbesondere in Bezug auf Themenfindung, -gestaltung und -gewichtung – scheint unprofessionell und höchst unwahrscheinlich. Um so erstaunlicher ist es, dass beinahe alle Entscheider zu Konflikten im Zusammenhang mit Migration nichts sagen konnten oder wollten.

3.5 Maßnahmen der Medien

Der *Tagesspiegel* betreibt laut Chefredakteur Lorenz Marold grundsätzlich keine Nachwuchsförderung außerhalb des Volontariats. Die sozialen Projekte, in denen die Zeitung engagiert ist, brächten auch keine Effekte in Richtung migrantischen Journalistennachwuchses. So zum Beispiel die Partnerschaft mit einer Berliner Schule, aus der auch Praktikanten in die Zeitung kommen. Dort seien viele Einwandererkinder, besonders arabischer Herkunft, diese hätten aber kaum Interesse an einem Zeitungspraktikum.

Die *FAZ* betreibt nach eigenen Angaben auch keine Förderung außerhalb des Volontariats. Man möchte, so Herausgeber Werner D’Inka, „ungern in die Lage kommen“, einen Bewerber zu nehmen, der nicht der Geeignetste sei, „um die Quote zu erhöhen.“

Die Berliner *tageszeitung* habe vor 15 Jahren versucht, in einer gemeinsamen Initiative mit dem Autor Cafer Senocak und einer Redakteurin des Stadtmagazins *zitty* jungen Migranten den Quereinstieg in das journalistische Geschäft anzubieten. Der Erfolg war gering, weil die geringe Bezahlung per Zeilengeld abschreckend wirkte. Seit September 2007 werden nun in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Stipendien für Journalistikstudenten mit

Migrationshintergrund inklusive einjährigem Volontariat angeboten. An diesem Projekt „Medienvielfalt anders: Junge Migrantinnen und Migranten in den Journalismus“ der Heinrich-Böll-Stiftung beteiligt sich auch die *Deutsche Welle*. Insgesamt wurden im ersten Jahr des Stiftungs-Programms elf Stipendiaten unterstützt. Bis 2011 sollen 40 Studierende gefördert werden.²¹

Die **Axel-Springer-Akademie** baut nach Angabe ihres Leiters Rudolf Porsch derzeit ein Modell auf, um aus den Praktikantendaten der Springer-Zeitungen herauszufiltern, wer interkulturelle Kompetenzen oder Sprachkenntnisse besitzt, um diese Praktikanten gezielt zu fördern. Das Beherrschen mindestens einer Fremdsprache und die interkulturelle Kompetenz werden als Zugangsvoraussetzung bei den Praktikumsbewerbern stärker betont. Bei den aktuellen Praktikanten und Volontären habe sich 2008 der Anteil derjenigen mit doppelter Staatsangehörigkeit auf 10 bis 16 Prozent erhöht.²² Zudem sollten in einem neuen Projekt Schülerzeitungen in Einwanderervierteln neu gegründet werden – bislang wurde diese Idee aber nicht umgesetzt.

RTL betreibe keine Förderung und sehe dies auch nicht als seine Aufgabe an, erklärte Peter Kloeppel.²³ Allerdings versuche die RTL-Journalistenschule durch ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren möglichst objektiv zu urteilen. Jeder Bewerbungsbogen werde mit einer Nummer versehen und lande ohne Foto oder Namen auf dem Tisch der Entscheider. Die Bewerber müssten zu einem vorgegebenen Thema eine Reportage anfertigen. Erst die letzten hundert werden dann zu einem Gespräch vor eine mehrköpfige Jury eingeladen. Nach dem Integrationsgipfel 2007 bemühe sich RTL aber, verstärkt Praktikanten mit Migrationshintergrund im Sender zu beschäftigen. Neue Einstiegschancen solle auch der *Com.mit-Award* bieten: Jugendliche können ihre Erfahrungen mit Migration in Form von Drehbüchern schildern – die Besten würden von RTL zu einem Wochenend-Workshop in der Journalistenschule eingeladen, bei dem sie ihre Idee mit RTL-Mitarbeitern umsetzen könnten.

Der **WDR** hat sich laut Integrationsbeauftragtem Gualtiero Zambonini zum Ziel gesetzt, für programmprägende Stellen, etwa Moderationen von Hauptsendungen, Journalisten mit Einwanderungshintergrund zu gewinnen. Dieses Ziel sei mit dem Intendanten in Direktorensitzungen, Mitarbeiteritzungen und Betriebsversammlungen kommuniziert worden. Jede Fernsehredaktion im WDR habe als Ziel die Förderung und Gewinnung von Jour-

21 Schriftliche Auskunft von Ulla Sieber auf Anfrage beim Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung, 15.07.2008.

22 Schriftliche Auskunft von Rudolf Porsch auf Anfrage bei der Axel-Springer-Akademie, 09.06.2008.

23 Schriftliche Auskunft von Peter Kloeppel auf Anfrage bei der RTL-Journalistenschule, 17. 01.2007.

nalisten mit Migrationshintergrund. Zudem sei mit der Talentwerkstatt „grenzenlos“ gezielt um junge Migranten geworben worden. Von 20 gecasteten Teilnehmern hätten fünf ein Volontariat erhalten. Aus den multikulturellen Programmen *Funkhaus Europa* und *Cosmo TV* sollen zudem Autoren und Themen Zugang zu den Hauptprogrammen finden.

Zuletzt versuchte der *WDR* im Herbst 2007 mit der eingangs erwähnten Initiative „Raus aus den Nischen“, neue qualifizierte freie Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu gewinnen. Hierauf bewarben sich 255 Frauen und 128 Männer. Von den 383 Bewerbungen wurden die besten 168 ausgewählt und an die Redaktionen weitergegeben. Diese entschieden sich am Ende für 85 Bewerber. Daraufhin folgten 80 Bewerbungsgespräche, von denen 58 erfolgreich verliefen und in Einweisungshospitanzen oder direkt in eine freie redaktionelle Mitarbeit mündeten.

Das **ZDF** achtet laut Redaktionsleiterin Bettina Schausten bei der Vergabe von Praktikums-Plätzen und Volontariaten verstärkt auf Bewerber mit Einwanderungshintergrund.²⁴ Dies sei in allen Zielvereinbarungen mit Abteilungs- und Redaktionsleitern verankert. Mehrere Trainee-Stellen seien jetzt mit Migranten besetzt worden, drei davon allein in der Chefredaktion im Informations-Bereich. Mit dem *Forum am Freitag* wurde zunächst im Internet und dann auf *ZDF.info* eine journalistische Islam-Sendung mit einem afghanisch- und einem iranisch-stämmigen Moderator eingeführt. Anfangs sei über persönliche Verbindungen zum Journalistik-Institut an der Dortmunder Universität das Interesse an Bewerbern kommuniziert worden, und daraufhin hätten sich 20 solcher Kandidaten beworben, wovon drei genommen worden seien. Ziel sei es, für die normalen Einstiegswege mehr Bewerber mit Migrationshintergrund zu erreichen. Das *ZDF* sei gegen den Aufbau von Nischen oder „Migranten-volontariaten“. „Seine Zusage, auch auf dem Bildschirm Einwanderer stärker sichtbar zu machen, hat das *ZDF* in einem ersten Schritt mit Dunja Hayali erfüllt, die neben der Co-Moderation im *heute-journal* inzwischen auch die Frühschiene im *ZDF-Morgenmagazin* moderiert“, so Schausten.²⁵

Der **Bayerische Rundfunk** würde nach der Abschaffung der Muttersprachen-Programme im Hörfunk versuchen, mehr Journalisten mit Migrationshintergrund in die Hauptprogramme zu integrieren. Im *BR* kamen eine griechische Journalistin und ein italienischer Journalist ins „Interkulturelle Ressort“ der Redaktion „Familie“, so Redaktionsleiterin Sybille Giehl. Damit seien zwei Migranten im siebenköpfigen Team. Zudem würden auch freie

24 Schriftliche Auskunft von Bettina Schausten auf Anfrage bei der *ZDF*-Chefredaktion, 01.03.2008.

25 Schriftliche Auskunft von Bettina Schausten auf Anfrage bei der *ZDF*-Chefredaktion, 01.03.2008.

Mitarbeiter und Praktikanten mit Migrationshintergrund angeworben. In der Redaktion gehe es thematisch um Integration, Gesundheit, Verbraucher und Familie. Gesendet werde täglich von 10 bis 12 Uhr und sonntäglich eine halbe Stunde. Die migrantischen Journalisten würden von den *BR*-Massenprogrammen als Experten für Integrationsthemen angesprochen. Konkret werben würde der *BR* nicht, aber man hoffe auf die Vorbild-Funktion der Journalisten auf Podiumsdiskussionen und Schulveranstaltungen, die häufig stattfänden.

Der **SWR** halte die Einrichtung des Integrationsbeauftragten für sinnvoll und setze Journalisten mit Migrationshintergrund als Vorbilder ein: etwa Goli-neh Atai, Korrespondentin aus dem Nahen Osten, oder Fatma Mittler-Solak als Moderatorin der TV-Sendung *Kaffee oder Tee?*. Eine gezielte Förderpraxis gebe es nicht. Die Fachredaktionen würden aber Studierende zu Praktika ermuntern. Zudem fänden jetzt die Themen der Fachredaktion von *SWR International* automatisch Eingang in alle *SWR* Programme. Ein Beispiel sei der *SWR*-Programmschwerpunkt Islam im Herbst 2006.

Der **Rundfunk Berlin-Brandenburg** möchte mehr Journalisten mit Migrationshintergrund einsetzen, erklärte Claudia Nothelle, Chefredakteurin des *RBB*-Fernsehens, auf einer Veranstaltung des Berliner Journalisten-Netzwerks. *radiomultikulti* habe schon eine Kampagne zur Gewinnung von Nachwuchsjournalistinnen und Journalisten durchgeführt – über die Bewerber für ein Radiopraktikum sei der *RBB* zu einigen Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund gekommen. Der Sender steht in der Kritik, da er eine Schließung des Programms *radiomultikulti* aus „finanziellen“ Gründen für Ende 2008 beschlossen hat. Jetzt heißt es, der *RBB* bemühe sich, so viele freie Kollegen wie möglich in anderen Programmen und Sendungen unterzubringen – wie viele das sein werden, könne nicht gesagt werden. Der *RBB* begreife die Themen Integration und Migration künftig noch stärker als bisher als Querschnittsaufgabe.²⁶ Die migrantischen Journalisten vor Ort gehen aber davon aus, dass nicht alle einen neuen Job in den Mainstreamprogrammen finden werden.

3.6 Vorschläge der befragten Journalisten für Maßnahmen

Bei den befragten Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungshintergrund konkurrieren unterschiedliche Strategien zur Frage, wie ihr Anteil in deutschen Massenmedien erhöht werden kann. Nur zwei türkische Journalisten sehen die Hauptprobleme in der fehlenden sprachlichen Qualifikation und im geringen Ansehen des Journalistenberufs unter Deutsch-Türken im

26 Schriftliche Auskunft von Stephanie Pieper auf Anfrage bei der *RBB*-Intendanz, 20.06.2008.

Vergleich zum Arzt oder Rechtsanwalt. Insgesamt drei Befragte meinten, dass sich die Einwanderer und deren Familien erst selbst ändern müssten – vom Medienkonsum bis zur Bildung der Kinder. Für fünf Befragte ist mehr Eigeninitiative als Journalist mit Einwanderungshintergrund der Königsweg. Dies bedeute, selbst in Seminare zu investieren, die Selbstvermarktung zu optimieren – auch um „ein paar Prozent besser zu sein, als die vergleichbaren Deutschen“. Dieselben Journalisten sind der Meinung, dass sich das Problem mit der Zeit erledigen würde und die kommende Generation stärker im journalistischen Geschäft vertreten sein werde.

Vier Journalisten fordern von den Redaktionen, Identifikationsfiguren mit Migrationshintergrund aufzubauen, die den Journalismus interessanter machen, und vor allem: bei denen Selbstbewusstsein und Abweichungen zuzulassen. „Biss haben“, sich „nicht abwimmeln lassen“, laute die Devise. Fünf Befragte sehen die beste Strategie darin, Förderung einzufordern – sei es in Form von Quoten oder Weiterbildung. Geduld sei bei den Redaktionen oft nicht vorhanden, und wenn etwas nicht gut gelaufen sei, gebe es dazu kein konstruktives Feedback, so ein freier Fernseh-Journalist. Daher sei Förderung keine Schwäche, sondern notwendig, um sich qualifizieren zu können und im Geschäft zu bleiben. Bestehende Förderpraktiken seien zum Teil noch „lieblos“ und hätten „Feigenblattfunktion“.²⁷ Alle Massenmedien müssten – wie viele Kommunalverwaltungen mittlerweile auch – nach außen kommunizieren, dass sie Bewerbungen mit Migrationshintergrund wünschen. Es müssten Verantwortliche auf allen Hierarchie-Ebenen vom Unternehmen verpflichtet werden, bei der Vergabe von Jobs darauf zu achten. Bisher seien „Beziehungen alles in dem Job. Qualität allein spielt da nicht unbedingt die größte Rolle. Es muss jemanden geben, der sagt: ‚Den kenne ich, der macht gute Beiträge‘, oder ‚Der ist ein Spezialist auf dem Gebiet‘“, schildert ein griechischer Journalist seine Erfahrungen. Die Empfehlung fehle bisher oft gerade da, „wo die Fleischtöpfe sind“. Eine Lösung wären auch deutsche Medien, die von Einwanderern finanziert werden.

Sowohl Journalisten, die auf Eigeninitiative setzen, als auch jene, die Förderung fordern, glauben, dass Migranten im Moment die Chancen nutzen müssten, da Deutschland sich als Einwanderungsland anerkenne und die Redaktionen daher aufgeschlossener seien als in der Vergangenheit. Eine konkrete Initiative ging von einem kamerunischen Journalisten aus, der in Dortmund studiert hat. Er habe einen Brief an den ZDF-Intendanten geschrieben, um ihn

27 Trotz des Erfolgs der Mainstreaming-Aktion „Raus aus den Nischen“ (*WDR*) gab es dort auch enttäuschte Erwartungen bei Bewerbern, die nicht genommen wurden, etwa weil sie kein konkretes Arbeitsfeld benannt hatten. Oder weil nicht alle Redakteure darauf vorbereitet gewesen seien.

beim Wort zu nehmen, und ihn aufgefordert, Einstiegsmöglichkeiten für migrantische Journalisten anzubieten. Insgesamt wird auch betont, dass deutsche Medien offener sein müssten für einen Akzent. Die Akzentfreiheit sei bei bestimmten Formaten sinnvoll, ein Akzent könne aber nicht in jedem Fall als „dem Publikum nicht zumutbar“ gelten.

Der Berliner Verein *akzente – Plattform für interkulturellen Journalismus* hat sich im Januar 2007 gegründet und Vertreter von *tageszeitung*, Axel-Springer-Akademie und RBB zu einem Gespräch am „Runden Tisch“ eingeladen. Dabei seien von diesen Medien acht Praktikumsplätze für Bewerberinnen und Bewerber mit Einwanderungshintergrund angeboten worden. Dass die Stadt Frankfurt a.M. Sitz renommierter Medien und Agenturen sei, aber noch nichts passiere, um den Anteil der Einwanderer-Journalisten zu erhöhen, motivierte dort fünf Studierende sowie Journalistinnen und Journalisten unterschiedlicher Herkunft, die *DIKOM-Agentur für Diversity-Management* ins Leben zu rufen und 2008 das Stipendienprogramm *MiMedia – Migrantinnen in die Medien* zu entwickeln. Damit sollen Sponsoren und Medienpartner zur Einrichtung von Praktikumsplätzen und Volontariaten für Migranten bewegt werden.

4 Fazit

In der vorangehenden Untersuchung treten zwei widersprüchliche Positionen zutage. Zum einen die Priorität, die die Medienentscheider der Qualifikation zuweisen und ihre neue Offenheit gegenüber anderen Herkünften. Zum anderen die kritischen Aussagen eines großen Teils der Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungshintergrund. Hier machten zwei Drittel die Erfahrung, dass Leistung alleine nicht zählt, um als Einwandererspross Journalist zu werden bzw. in diesem Beruf auch weiterzukommen. Dass nur die Leistung zählt, ist wiederum eine Position, die überwiegend von den migrantischen Journalisten unterstützt wird, die dieselbe bürgerliche Herkunft haben wie die deutschen Entscheider in den Massenmedien.

Aus der soziologischen Forschung wissen wir zum Beispiel, dass sich die Erwartung nicht erfüllt hat, allein „die soziale Öffnung der deutschen Hochschule werde zu einer sozialen Öffnung des Zugangs zu den Eliten führen“ (Hartmann 2002: 151). Wir wissen ebenfalls, dass Kinder aus gebildeten Elternhäusern auch bei unterdurchschnittlichen Leistungen eine Gymnasialempfehlung erhalten, während es sich bei Kindern aus unteren Schichten umgekehrt verhält. Dass die im Journalismus geforderte Eigeninitiative und „Brillanz“ mit der Sicherheit zu tun haben können, die aus der Herkunft resultiert, legt das Beispiel von Angelika Jahr aus dem Vorstand von Gruner und Jahr nahe, die erklärte: „Zeitschriften-Konzepte wurden bei uns häufig am

Kamin entwickelt. Das habe ich aus frühesten Kindheitstagen ganz nebenbei mitbekommen“ (Hartmann 2002: 127).

Mit den Jungs und Burschen, mit denen ich aufgewachsen bin, haben wir teilweise Gossendeutsch gesprochen. Dann studiert man und geht in den Beruf und den Zungenschlag der Bildungsbürger, den eignet man sich an und kann den anbringen, wenn man sich in diesen Kreisen bewegt,

erzählt ein italienischer freier Journalist aus einer Hamburger Arbeiterfamilie, um zu dem Schluss zu kommen:

Das Leben, was ich mache, ist eigentlich die Fortsetzung des Gastarbeiterethos, nur mit anderen Mitteln. Es ist nichts anderes, als was mein Vater auch gemacht hat. Das ist eine ziemliche Maloche. Ich schraube nur keine Schiffe zusammen, ich baue Texte zusammen.

Wenn – als ein Beispiel von vielen – RTL zur Bewerbung für einen Platz in der Journalistenschule eine Probe-Reportage verlangt, wird auch das ererbte kulturelle Kapital zum Zugangskriterium gemacht, das es seinen Trägern erlaubt, journalistisch arbeiten zu können, noch bevor sie zu Journalisten ausgebildet werden. Die Bewerber aus nicht-deutschen Familien und aus niedrigeren Schichten werden sich damit schwerer tun, ohne dass dies bedeuten muss, sie besäßen kein Talent. „Ein bestimmtes Diplom voraussetzen kann so auch bedeuten, de facto eine ganz bestimmte gesellschaftliche Herkunft zur Bedingung zu machen“ (Bourdieu 1982: 177).

Der häufig vorgebrachte Einwand, es fehle an Bewerbern aus den Einwanderermilieus, die sich für den Journalismus interessieren, ist mit Vorsicht zu genießen. Das mag bislang die Erfahrung vieler Entscheider gewesen sein. Die ersten Erfahrungen mit den neuen Rekrutierungsmaßnahmen einzelner Medien zeigen aber, dass es sehr wohl viele interessierte migrantische Bewerber gibt, wenn man sich konsequent um sie bemüht. Mehr noch: Eine Initiative an der Technischen Universität Dortmund, einen journalistischen Qualifizierungskurs einzurichten in Kooperation mit Medienhäusern, stieß auf reges Interesse. Den Kurs sollten Studierende mit Migrationshintergrund und jeglicher Fachrichtungen gleich nach ihrem Abschluss belegen können – 112 Absolventen meldeten sich. Der erste Kurs für September und Oktober 2008 musste aber abgesagt werden, weil am Ende das Geld fehlte. Der Professor

hatte nicht gedacht, „dass eine Finanzierung bei der Konjunktur dieses Problems so schwierig werden würde!“²⁸

Letztlich besteht für Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungshintergrund oft weniger ein Problem darin, als Journalist zu arbeiten, als in der Einschränkung ihres Themenfelds. Das trifft insbesondere bei kritischer Berichterstattung und der Einnahme eines Blickwinkels zu, der vom deutschen Mainstream und vom bürgerlichen Blickwinkel abweicht. Hier stießen selbst ansonsten etablierte Journalisten mit Migrationshintergrund auf Hürden.

Aus den Erkenntnissen der vorliegenden Studie ergeben sich folgende Schlussfolgerungen:

1. Journalistinnen und Journalisten sollten den Leistungsmythos kritisch hinterfragen. Wie in jedem Beruf zählt auch im journalistischen Metier selbstverständlich Leistung – es ist deshalb aber keine diskriminierungsfreie Zone. Die Auseinandersetzung mit Rassismus und sozialer Schließung sollte deshalb nicht tabuisiert, sondern differenziert werden im Sinne einer Sensibilisierung dafür, dass Ausgrenzung auch unbewusst stattfinden kann und dass es sich um ein soziales Kräfteverhältnis handelt mit verschiebbaren Grenzen (vgl. Karakayali/Tsianos 2002: 246ff.).²⁹ Qualifizierte Journalisten müssen darauf hinweisen: Es ist nicht immer ausschließlich die Qualifikation entscheidend für die Chancen in diesem Beruf. Und daher ist eine Sensibilisierung nötig.
2. Medien sollten mehr Kooperationen mit Schulen, Vereinen oder Verbänden eingehen, in denen Einwanderer, bzw. deren Nachwuchs vertreten sind.
3. Eine erfolgversprechende Strategie für Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungshintergrund ist, verstärkt Netzwerkbildung – auch, aber nicht nur untereinander – zu betreiben, um sich gegenseitig unterstützen und Wissen austauschen zu können.
4. Sinnvoll sind für solche Journalisten gemeinsame Initiativen, um von Verantwortlichen in Massenmedien Einstiegsmöglichkeiten einzufordern sowie Qualifizierungsmaßnahmen zu organisieren und wahrzunehmen.

28 Schriftliche Auskunft von Ulrich Pätzold auf Anfrage beim Institut für Journalistik der Universität Dortmund, 17.06.2008.

29 Vgl. auch Bojadzije, Manuela (2008): Die windige Internationale. Rassismus und die Kämpfe der Migration. Münster.

5. Eine wichtige Aufgabe für Medien und Migranten ist der Aufbau von Mentoren in Redaktionen – auch, um Lernprozesse zu ermöglichen und Anlaufschwierigkeiten migrantischer Journalisten zu überwinden.
6. Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungshintergrund sollten sich nicht auf „multikulturelle“ Programmbereiche verlassen, da diese den Effekt haben, sie in der Nische zu binden, obwohl sie vor allem in Mainstreamprogramme gehören.

Literatur

- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2005): Daten – Fakten – Trends: Einbürgerung. Berlin.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2008): Ausländerzahlen. Wiesbaden.
- Geißler, Rainer/Pöttker Horst (2005): Bilanz. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2005): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 391-396.
- Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten: Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt a.M.
- Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (2002): Migrationsregimes in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus In: Demirovic, Alex/Bojadzije, Manuela (Hrsg.) (2002): Konjunkturen des Rassismus. Münster, S. 246-267.
- Koch, Ralf (1996): Medien mögen's weiß: Rassismus im Nachrichtengeschäft. Erfahrungen von Journalisten in Deutschland und den USA. München.
- MBB Institut für Medien- und Kompetenzforschung (Hrsg.) (2006): Expertise „Ausbildung von Volontärinnen und Volontären in den Medien“. Online unter: http://www.bqn-berlin.de/grafik/Expertise_Medien.pdf [Stand: 06.10.2008]
- Müller, Daniel (2005): Ethnische Minderheiten in der Medienproduktion. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2005): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 223-237.

- Pascual Iglesias, Mercedes (2006): Migranten-Journalisten in Deutschland. Eine explorative Untersuchung über Chancen und Hindernisse im deutschen Journalismus. Dortmund (Unveröffentlichte Diplomarbeit).
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2006): Auftaktsitzung der Arbeitsgruppe „Medien & Integration“. Pressemitteilung vom 10.10.2006. Online unter: http://www.bundesregierung.de/nn_56680/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2006/10/2006-10-10-ib-ag-medien-integration.html [Stand: 06.10.2008].
- Röben, Bärbel (2008): Migrantinnen in den Medien. Diversität in der journalistischen Produktion – am Beispiel Frankfurt am Main. In: Wischermann, Ulla/Thomas, Tanja (Hrsg.) (2008): Medien – Diversität – Ungleichheit. Zur medialen Konstruktion sozialer Differenz. Wiesbaden, S. 141-160.
- Röben, Bärbel (2007): „Schwieriger Zugang: Menschen mit Migrationshintergrund prägen zunehmend die deutsche Gesellschaft. Doch in den Medien sind sie nach wie vor eine Randerscheinung.“ In: *journalist – Das deutsche Medienmagazin*, H. 2/2007, S. 12-14.
- Schneider, Jens (2006): „Zuwanderer vor die Kamera. Integrationsbeauftragte wünscht mehr Migranten im Fernsehen“. In: *Süddeutsche Zeitung*, 19.12.2006.
- Statistisches Bundesamt (destatis) (2006): Leben in Deutschland: Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Online unter: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/Mikrozensus/Pressebrochure,property=file.pdf> [Stand: 06.10.2008].
- Süddeutsche Zeitung* (2006): „Deutsch-TV. ARD/ZDF: Migration als Chance.“ In: *Süddeutsche Zeitung*, 24.11.2006.
- Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus: Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld.

Einstellungen von Journalisten in Bezug auf ihre Rolle bei der Integration ethnischer Minderheiten

Eine qualitative Befragung in Nordrhein-Westfalen unter besonderer Berücksichtigung der Kriminalitätsberichterstattung

1 Kommunikatoreinstellungen und mediale Integration

Der vorliegende Beitrag soll die Ergebnisse einer Befragung von Journalisten zu ihrem Rollenverständnis in Bezug auf die Integration ethnischer Minderheiten zusammenfassen und einordnen. Eingangs wird die Verwendung des Integrationsbegriffs noch einmal kurz begründet. Anschließend wird kurz auf den Forschungsstand zur Rolle des Kommunikators (speziell des Journalisten) im Kommunikationsprozess eingegangen. Schließlich erfolgt ein kurzer Abriss von Forschungsstand und Forschungslücken zu den hier relevanten Aspekten a) der Erhebung der Beteiligung von Minderheiten als Kommunikatoren am massenmedialen Prozess sowie b) der Erfassung der Einstellungen von Journalisten zu Fragen, die Minderheiten und deren Integration betreffen.

Im zweiten Teil werden die Ergebnisse einer Befragung von Journalisten¹ zu ihrer Rolle – persönlich und als Berufsstand – bei der Integration ethnischer Minderheiten vorgestellt. Dabei geht es sowohl um allgemeine Fragen der Berichterstattung über ethnische Minderheiten als auch um die spezielle Frage nach dem Vorgehen in der Kriminalitäts- und Gerichtsberichterstattung, wenn Angehörige ethnischer Minderheiten als Verdächtige bzw. Täter auftreten, sei es in Quellen (zum Beispiel Polizeimeldungen) oder bei der eigenen Recherche. Der Beitrag ist insofern, was diesen speziellen Teil angeht, in einem engen Zusammenhang sowohl mit der Inhaltsanalyse zur Kriminalitätsberichterstattung in Dortmunder Tageszeitungen in diesem Band als auch mit dem Beitrag von Horst Pöttker zu sehen.² Da die Befragung – im Gegensatz zu der Pöttkers – nicht repräsentativ angelegt war, sollen die Befunde vor allem als Ten-

1 Die Erarbeitung des ursprünglichen Instruments, das im Verlauf der Befragung modifiziert wurde, erfolgte gemeinsam mit Cornelia Mohr. Wertvolle Ratschläge erhielten wir dabei vom ZUMA, Mannheim.

2 Vgl. außerdem auch den Beitrag von Fick in diesem Band. Die Antidiskriminierungsrichtlinie findet sich in der aktuellen Version des Pressekodex: Deutscher Presserat 2006, S. 26; vgl. zur Beschwerdepraxis Pöttker 2005a.

denzen verstanden werden, die zur Hypothesenbildung für spätere repräsentative Erhebungen dienen können.

1.1 Zum Integrationsbegriff

Eine Befragung, die auf das *integrationsbezogene Rollenverständnis von Journalisten* abzielt, muss sich zunächst mit dem Integrationsbegriff befassen. Als Alltagsbegriff ist *Integration* ausgesprochen diffus. Das gilt aber auch noch für die spezifischere Verwendung in Bezug auf allochthone (= durch Zuwanderung entstandene) ethnische Minderheiten bzw. Einwanderer und ihre Nachkommen zum Beispiel in Deutschland. Im Alltagsverständnis wird *Integration* vielfach als Forderung an Einwanderer(gruppen) missverstanden, sich kulturell möglichst total an die (insoweit als homogen vorgestellte) Aufnahmegesellschaft bzw. deren ethnische Mehrheit anzugleichen, sich zu assimilieren. In diesem Sinne dienen *Integration* und *Integriertsein* dann – wie *Angepasstsein* im allgemeinen Sprachgebrauch ja auch – unter den Betroffenen als negative Chiffren für Identitätsverlust (-verzicht) und Selbstaufgabe, zu beobachten etwa in Online-Foren („Bist Du auch so ein Integrierter?“). Solche Missverständnisse sind nicht auf Betroffene beschränkt. Dabei wird der unmittelbar assimilatorische Zweck und Charakter von Integration sowohl von manchen Betrachtern unterstellt, die solche Assimilation wünschen, als auch von manchen, die sie ablehnen.

Einem solchen assimilatorischen Verständnis gegenüber ist darauf zu verweisen, dass Integration keineswegs kulturelle Anpassung als Selbstzweck oder als hegemoniale Machtdemonstration der ethnischen Mehrheit bedeuten muss. Im offiziellen Diskurs – wie er zum Beispiel in den Veröffentlichungen der Bundesregierung³ zum Ausdruck kommt – ist mit *Integration* vor allem die Verbesserung der Teilhabechancen von Migranten zum Beispiel im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt gemeint, was wohl kaum pauschal mit Aufgabe kultureller Identität übersetzt werden kann. Im Gegenteil werden mit der Ausweitung von Lebenschancen die Möglichkeiten zum Erhalt von Identität nachhaltig wohl eher gestärkt. Es ist in jüngster Zeit auch und gerade in der Kommunikations- und Medienwissenschaft verbreitet, transnationale Auflösung/Überwindung nationalstaatlicher Strukturen und Zusammenhänge zu betonen, womit das Konzept einer gerichteten Integration in eine konkrete Gesellschaft (hier die deutsche) fragwürdig, wenn nicht obsolet wäre. Empi-

3 Man denke exemplarisch an den „Nationalen Integrationsplan“, vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007.

rische Befunde in vielen Disziplinen dürften aber klar zeigen, dass die national-staatlichen Strukturen trotz einer transnationalisierenden Ausfransung an den Rändern immer noch hochgradig präsent und wirkungsmächtig sind.

Integration darf also nicht allein auf Überwindung soziokultureller Disparitäten reduziert werden, sondern hat eine sozialstrukturelle Dimension (von demokratiethoretischen Aspekten ganz zu schweigen). Wer Integration wegen der soziokulturellen Implikationen grundsätzlich ablehnt, muss dann auch offen sagen, dass er verfestigte ethnisch markierte soziale Ungleichheit im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt hinzunehmen bereit ist – oder wie er sich sonst, also ohne Integration, einen Weg zur Chancengerechtigkeit vorstellt.⁴ Die Kommunikations- und Medienwissenschaft sollte sich dem nicht mit dem lapidaren Verweis auf Nichtzuständigkeit – sinngemäß: sozio-kulturelle Integration ist spätestens im transnationalen Zeitalter überflüssig, die sozialstrukturellen Folgen gehen uns nichts an – entziehen.

Bezeichnenderweise wird auch in fremdenfeindlichem Kontext der Begriff der Integration häufig abgelehnt mit der umgekehrten Konnotation, dass er nämlich ein unzureichendes Maß an von Einwanderern zu fordernden Anpassungsleistungen signalisiert. (Häufig wird natürlich Einwanderung überhaupt abgelehnt.) In manchen Online-Foren ist *Integrierter* so zum Beispiel eine ironisch gemeinte Chiffre für einen Intensivtäter (insbesondere im Bereich der Gewaltkriminalität) mit Migrationshintergrund. In solchen Debatten ist Integration konnotativ mit dem heute bis in die Mitte der Gesellschaft hinein massiv diskreditierten Begriff *Multikulti* verbunden.

Im vorliegenden Beitrag wird aus Überzeugung ausdrücklich am Begriff Integration festgehalten. Integration ist nötig, um Lebenschancen der Zuwanderer zu verbessern und ihre dauerhafte Akzeptanz seitens der Mehrheit – und untereinander!⁵ – zu sichern, wobei auch Medien eine Rolle spielen (ob die Medienschaffenden das wollen oder nicht). Der Integrationsbegriff geht hier also von *Gesellschaft* aus, weniger von *Identität*. Der normative Anspruch von Integration ist also weder verzichtbar noch im Sinne eines Assimilationsanspruchs zu überhöhen (ggf. um ihn dann besser ablehnen zu können). In diesem Sinne ist *interkulturelle Integration* – in Gesellschaft wie Medien – hier

4 *Separate but equal* lautete die Doktrin, die der Oberste Gerichtshof der USA 1896 im Fall Plessy vs. Ferguson (163 U.S. 537) aufstellte, um die Rassentrennung zu rechtfertigen. Diese Doktrin wurde 1954 in Brown vs. Board of Education (347 U.S. 483) aufgegeben und mit der Feststellung *separate educational facilities are inherently unequal* als Fiktion entlarvt.

5 In den Niederlanden erklärten in einer repräsentativen Befragung 2003 67,0% aller befragten Türken: „In den Niederlanden wohnen zu viele Ausländer (Allochthone)“, vgl. Sociaal en Cultureel Planbureau 2003, S. 378.

ausdrücklich als ein Mittelweg gedacht (siehe Pöttker 2005b, Geißler 2005a, 2005b). Anders ausgedrückt: soviel Vielfalt wie möglich, aber auch soviel Einheit wie im allgemeinen Interesse nötig, man denke an die nordamerikanischen Konzepte von *Unity in Diversity* (vgl. Starck 2006).

Wer Journalisten zu ihrer Rolle bei der Integration befragt, muss jedenfalls mit sehr unterschiedlichen Vorverständnissen rechnen; auch lassen sich diese nicht einfach durch eine normative Setzung überwinden bzw. angleichen, da solche Setzungen – die Befragung ist nun einmal ein hochreaktives Instrument der empirischen Sozialforschung – möglicherweise Antworten provozieren, die eher wahrgenommener sozialer Erwünschtheit als eigener Anschauung entsprechen. Konkret: Wenn einem Fragebogen eine Präambel voransteht, in der ein Integrationskonzept vorgestellt wird, dann produziert dies möglicherweise Zustimmung zu „Integration“, die so eigentlich nicht besteht.

1.2 Die Rolle des Kommunikators im Kommunikationsprozess

Der Kommunikator nimmt in Modellen von massenmedial vermittelten Kommunikationsprozessen eine zentrale Stelle ein (vgl. Beck 2006a, 2006b). Im Bereich der journalistischen Produktion sind es die Journalisten, die Gegenstand der Kommunikatorforschung (hier Journalismusforschung) sind. Journalisten beeinflussen auf vielfältige Weise die journalistischen Medieninhalte – im Textbereich zum Beispiel dadurch, dass sie eigene Artikel verfassen (und dabei eigene und fremde Tatsachenbehauptungen und Werturteile selektieren, das heißt entweder hineinnehmen oder herauslassen) oder aus dem Angebot fremde auswählen und redigieren (wieder mit denselben Mechanismen wie bei eigenen Texten).

Die Kommunikatorforschung interessiert sich für Journalisten als Personen(gruppen), weil sie davon ausgeht, dass die Merkmale – Sozialstruktur, Einstellungen – dieser Population Auswirkungen auf die Medieninhalte haben. Den Journalisten wird hier Wahlfreiheit unterstellt, sodass theoretisch aus den von ihnen beeinflussten Medieninhalten ein Rückschluss auf ihre Intentionen ebenso möglich wäre wie umgekehrt. Das Ausmaß von Zwängen bzw. Einflüssen, die *Gatekeeping*- und *Agendasetting*-Entscheidungen (vgl. Robinson 1973, Shoemaker 1991, Shoemaker/Freese 1996, Singer 1997, Wanta 2008) zugrundeliegen, wird dabei jedoch zunehmend größer eingeschätzt, der Spielraum des individuellen Journalisten entsprechend geringer. Sicher ist der Journalist kein Fließbandarbeiter, dessen „Produkt“ gar nicht *sein Produkt* ist und von dem in keiner Weise auf seine Intentionen zurück geschlossen werden kann; aber er ist auch kein freischaffender Künstler, der ohne Rücksichten schöpferisch kreieren kann, was er will.

In Bezug auf die mediale Integration ethnischer Minderheiten bieten sich für die Kommunikatorforschung zwei Ansätze: die Untersuchung der Beteiligung von Minderheitenangehörigen an Kommunikatorrollen und die Untersuchung der Einstellung von Kommunikatoren zu Integrationsfragen. Entsprechend wäre nach einer solchen doppelten Bestandsaufnahme wieder ein doppelter Ansatz für Veränderungsbemühungen gegeben.

Ein erster Aspekt ist das Bemühen, die Zusammensetzung der Redaktionen durch gezielte Verstärkung des Anteils von Angehörigen ethnischer Minderheiten in den Redaktionen zu verändern (*Diversity Mainstreaming*). In Teilbereichen der Medien liegen hier für manche Länder umfangreiche Datenreihen vor, das vielleicht bekannteste Beispiel sind die Erhebungen der *American Society of Newspaper Editors (ASNE)*.⁶ Zu den Auswirkungen der Diversitätspolitik („Bessere Präsentation durch bessere Repräsentation“) auf die Medieninhalte liegen sowohl optimistische (vgl. Pease et al. 2001) als auch pessimistische (vgl. Wilson 2000) Einschätzungen vor, die sich nicht unbedingt widersprechen müssen: Übereinstimmend kommen die Studien nämlich zu dem Ergebnis, dass die Wahlfreiheit und damit der Einfluss des *individuellen Journalisten* gering ist, dass vielmehr die Vorgaben seitens der Vorgesetzten und Medieneigentümer entscheidend sind, die das „Klima“ in der Redaktion vorgeben, dem sich die einzelnen Journalisten dann in vorauseilendem Gehorsam oder als Folge von Sanktionen anpassen (vgl. zum Beispiel schon Breed 1960; Shoemaker 1991; Shoemaker/Freese 1996).

In den USA wird der Anteil der Minderheiten bei Erhebungen des Berufsstands der Journalisten regelmäßig mit abgefragt (vgl. Starck 2006), so in den Erhebungen der Verlegerverbände, zum Beispiel der genannten *ASNE*, aber auch in der akademischen Journalismusforschung (vgl. Weaver/Wilhoit 1996, 1991, 1986; Weaver et al. 2007). In Deutschland haben die einschlägigen repräsentativen Studien (vgl. zuletzt Weischenberg et al. 2006; vgl. auch Geißler et al. und zum Forschungsstand die Ausführungen im Beitrag von Pöttker in diesem Band) zum Berufsstand des Journalisten bisher dagegen weder den Migrationshintergrund erfasst noch Auskunft darüber gegeben, wie die Einstellung der Journalisten (mit oder ohne Migrationshintergrund) zu Migranten allgemein und zur Rolle der Journalisten bei der Integration speziell ist. Dieses Defizit erstreckt sich folglich erst recht auf noch speziellere Fragestellungen wie etwa die Akzeptanz der Antidiskriminierungsrichtlinie im Pressekodex des Deutschen Presserates.⁷ Erforscht sind dagegen allgemeinere Selbstbilder, aber auch zum Beispiel die politische Einstellung, woraus sich immerhin interessan-

6 Vgl. die Beiträge von Geißler et al. und von Oulios in diesem Band; siehe auch Müller 2005.

7 Vgl. den Beitrag von Pöttker in diesem Band.

te Rückschlüsse ergeben. So stehen die deutschen Journalisten „Bündnis 90/Die Grünen“ von allen Parteien am nächsten, also der – vergleichsweise kleinen – Partei, die wohl am migrantenfreundlichsten positioniert ist (vgl. Weischenberg et al. 2006: 71).

2 Befragung nordrhein-westfälischer Journalisten 2007-2008

2.1 Konzeption, Vorgehensweise, Befragte

Die Journalistenbefragung wurde von Juli 2007 bis August 2008 durchgeführt; befragt wurden 89 festangestellte Journalisten an nordrhein-westfälischen Tageszeitungen.⁸ 31 der im Schnitt 40-minütigen Gespräche wurden parallel zur Mitschrift der Antworten auf Tonträger aufgezeichnet.

Insgesamt wurden maximal 48 mehrheitlich offene⁹ Fragen gestellt; für Personen, die angaben, grundsätzlich nie mit Kriminalitätsberichterstattung befasst zu sein, reduzierte sich dieser Wert, einige Fragen richteten sich überhaupt nur an Gerichtsreporter im engeren Sinne.

Zunächst wurden persönliche Daten erhoben, die anschließend anonymisiert wurden. 48 der Befragten waren männlich, 41 weiblich, das Durchschnittsalter betrug gut 41 Jahre.

Zur Vereinfachung wurde in der Befragung meist der Begriff „Ausländer“ benutzt. Es wurde aber auf die Begriffe „Migrant(en)“, „Person(en) mit Migrationshintergrund“ und „ethnische Minderheiten“ hingewiesen und betont, dass es hier grundsätzlich um Personen mit Migrationshintergrund – der Begriff war fast allen Befragten geläufig – unabhängig von der Staatsangehörigkeit gehen sollte.

Im Folgenden werden die Fragen z.T. in verkürzter Form wiedergegeben bzw. Unterfragen ausgelassen; auch wird nicht auf alle Items eingegangen.

8 Weitere 33 von Journalisten (nicht nur an Tageszeitungen) bzw. im Gespräch mit diesen ausgefüllte Fragebögen waren Ergebnis meines Seminars „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“ am Institut für Journalistik der Universität (jetzt TU) Dortmund im Sommersemester 2007. Diese wurden zur Modifizierung des Instruments (quasi als Pretest) benutzt.

9 Geschlossene Fragen, die kurz mit „ja“ oder „nein“ beantwortet wurden, habe ich anschließend meist durch Nachfragen geöffnet, wo dies sinnvoll war.

2.2 Allgemeine Aspekte medialer Integration

In mehreren Fragen wurde die Einschätzung der eigenen Leserschaft bzw. Nichtleserschaft erfasst.

11. Bitte beschreiben Sie kurz Ihr Bild von Ihren Lesern!
12. Welche Gruppen der Bevölkerung glauben Sie mit Ihrer journalistischen Arbeit nicht so gut erreichen zu können?
41. Wie sind Ausländer in der Leserschaft Ihrer Zeitung vertreten?
43. Wie sind Ausländer als Anzeigenkunden Ihrer Zeitung vertreten?

In Frage 11 wurden dabei Migranten nur vereinzelt genannt (vier Nennungen), öfter explizit ausgeschlossen (11 Nennungen, zum Beispiel „eher keine Ausländer“). In Frage 12 wurden vor allem junge Menschen genannt, aber auch explizit Migranten (23 Nennungen). Auf die ausdrückliche Nachfrage in Frage 41 wurde 75-mal negativ geantwortet („Die lesen ja unsere Zeitung nicht“, „ganz schwach“, „Ja, es gibt welche, die kaufen mal eine Zeitung am Samstag wegen der Wohnungsanzeigen“), 14-mal wurde erklärt, darüber kein Urteil zu haben. Umgekehrt war es bei den Anzeigen: 61-mal kein Urteil, 28-mal eher schwach („Ja, Gastronomie sieht man schon mal“, „Kann ich mich nicht dran erinnern, dass wir das mal hatten“).

Weitere Fragen zielten allgemein auf Integrationseinstellungen und die Berichterstattung über ethnische Minderheiten.

16. In welchen Zusammenhängen kommen in Ihrer journalistischen Praxis Ausländer/Migranten besonders häufig vor (sowohl in anderen Rollen als auch ausdrücklich in „Ausländerrollen“ als Ausländer, Migranten, Türken, Muslime, Aussiedler u.v.m.)?
37. Kommt Journalisten bei der Integration von ethnischen Minderheiten eine besondere Rolle zu? (Ergänzungen: Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, welche?)
40. Fühlen Sie sich bei der Berichterstattung über ethnische Minderheiten in Deutschland durch die so genannte „political correctness“ beeinflusst?
42. Unternehmen Sie seitens der Redaktion gezielte Anstrengungen, für Ausländer bzw. bestimmte Ausländergruppen attraktiv zu sein? Gibt es zum Beispiel Themen, über die Sie persönlich oder Ihre Redaktion vor allem deshalb berichten, weil sie speziell für Ausländer von Interesse sind?

44. Wie bewerten Sie die Pressearbeit ausländischer Vereine und Religionsgemeinschaften in Ihrer Region?
45. Sind Sie selbst schon mal bei der Recherche an ausländische Vereine oder Religionsgemeinschaften herantreten?
46. Haben Sie in den vergangenen Jahren an beruflichen Weiterbildungen zum Thema Minderheiten/Migranten o.ä. teilgenommen?
47. Haben Sie Verwandte oder Freunde mit Migrationshintergrund?

Auf Frage 16 wurde besonders oft der Sport genannt (49 Nennungen), aber auch Kriminalität (22), Schule (16), Prominenz aus dem Ausland (10), Innenpolitik/Asyl (8).

Frage 37 wurde fast durchgehend bejaht (85 Nennungen). Dabei wurde die Rolle häufig beschrieben mit „keine Vorurteile schüren“ (62), aber auch zum Beispiel mit „aufklären“ und „informieren“. Mehrere Befragte erklärten, Ziel müsse es sein, Ausländer gleich zu behandeln, sie nicht gezielt herauszuheben.

Auf Frage 40 erklärten 66 Befragte, sie fühlten sich von „political correctness“ nicht beeinflusst; 17 Befragte fühlten sich davon positiv beeinflusst im Sinne einer Sensibilisierung bzw. auch eines Schutzmechanismus; sechs fühlten sich negativ beeinflusst.

Frage 42 wurde fast durchgehend verneint. Nur sechs Befragte erklärten, ihre Zeitung unternehme gezielte Anstrengungen, Migranten bzw. bestimmte Migrantengruppen zu erreichen. Als konkretes Beispiel genannt wurde zum Beispiel eine Artikelserie über eine (türkische) Moschee. Der Befragte schränkte aber sogleich ein (vgl. auch oben Frage 41): „Das knallen wir eher den Deutschen hier vor den Kopf, die Türken selbst lesen uns deswegen auch nicht. Da braucht man sich keine Hoffnungen zu machen.“

Über die Pressearbeit ausländischer Vereine bzw. Migrantenselbstorganisationen (Frage 44) hatten 23 Befragte kein Urteil; sechs Befragte, die durchweg in Mantelredaktionen arbeiteten, erklärten sinngemäß, sie sei „normal“. Auf Nachfrage wurde bestätigt, dass es sich dabei um überregionale Institutionen handelte (genannt zum Beispiel Islamrat, Zentralrat der Muslime). Die Pressearbeit der regionalen/lokalen Vereine wurde dagegen fast durchgehend schlecht beurteilt (60 Nennungen): „Die machen nichts“, „Da kommt nichts“, „unprofessionell“, „schlecht organisiert“, „bei Rückfragen nicht erreichbar“, „Da kann man zehnmal anrufen“, „Die Spanier, ja, die haben da eine Flamen-co-Gruppe oder so, die hat mal was gemacht, muss so zehn Jahre her sein“.

Komplementär zu diesem Negativbild zeigt sich die (mangelnde) Eigeninitiative der Journalisten (Frage 45): 73 gaben an, noch nie Kontakt zu einer Migrantenorganisation gesucht zu haben; von den übrigen 15 konnten acht auf

Nachfrage keine konkrete Recherche benennen („fällt mir jetzt grad nicht ein“). Es gab aber immerhin auch (7) Ausnahmen, so eine Serie über türkische Unternehmer, die über einen islamischen Kulturverein „angeleiert“ wurde. An Weiterbildungen zum Thema (Frage 46) hatten 87 Befragte nicht teilgenommen, die übrigen zwei über eine Journalistengewerkschaft (1 DJV, 1 dju).

Dagegen gaben 83 von 89 Befragten an, Migranten als Verwandte oder Freunde zu haben. Genannt wurden praktisch alle Länder Europas und zahlreiche der „Dritten Welt“. (Keiner der Befragten hatte selbst Migrationshintergrund, auch wenn mehrere auf ausländische Großeltern – Italiener, Polen u.a. – hinwiesen.)

2.3 Kriminalitätsberichterstattung und Diskriminierungsverbot

In einem Teil der Fragen zum Umgang mit der Antidiskriminierungsrichtlinie wurden allgemeine Grundsätze bzw. Grundlagen dafür abgefragt:

27. Wie ist das bei der Berichterstattung über ausländische Straftäter oder Tatverdächtige: Gibt es da Grundsätze, nach denen Sie persönlich sich richten?
28. Gibt es in Ihrer Redaktion interne Regelungen oder Übereinkünfte darüber, was es bei der Berichterstattung über ausländische Straftäter oder Tatverdächtige zu beachten gibt?
31. Haben Sie in der Redaktion bzw. bei Ihrer Arbeit den Deutschen Presserkodex zur Hand?
32. Ist Ihnen die Richtlinie 12.1 des Deutschen Presserkodex zur Vermeidung von Diskriminierungen bekannt? Können Sie sie sinngemäß zusammenfassen?

Auf Frage 27 wurde meist mit dem Hinweis geantwortet, es gelte, das Schüren von Vorurteilen zu vermeiden („besondere Vorsicht!“, „nicht polarisieren“, „kein Öl ins Feuer gießen“; insgesamt 71 Nennungen). Frage 28 wurde meistens verneint (72 Nennungen); 17 Befragte erklärten, es gebe eine mündliche bzw. stillschweigende Übereinkunft. Der Deutsche Presserkodex (Frage 31) war in fast allen Redaktionen vorhanden (78 Nennungen), neun Befragte hatten ein eigenes Exemplar. Die Richtlinie 12.1 war 88 Befragten unbekannt, ein Befragter (Gerichtsreporter) gab an, sie zu kennen und konnte sie auch sinngemäß beschreiben.¹⁰

10 „Richtlinie 12.1 – Berichterstattung über Straftaten

Die Praxis der Gerichtsberichterstattung war Gegenstand mehrerer Fragen, die sich zum Teil als redundant erwiesen haben. Als weitgehend aussagekräftig erwiesen sich die Antworten auf die erste einschlägige Frage:

25. Wenn Sie persönlich über Straftaten schreiben, nennen Sie dann die Staatsangehörigkeit, Nationalität oder ethnische Zugehörigkeit des Täters oder Tatverdächtigen? a) Nein, nie/b) Ja, immer/c) Ja, wenn der Täter Deutscher war/d) Ja, wenn der Täter Ausländer war/d) in bestimmten Fällen/e) diese Frage trifft auf mich nicht zu (keine Kriminalitätsberichterstattung)

Erwartungsgemäß erklärten hier alle 74 Befragten, die mit Kriminalitätsberichterstattung in irgendeiner Weise zu tun hatten, „in bestimmten Fällen“. Diese galt es in der Folge zu erläutern. Dabei wurden wiederum durchweg Angaben gemacht, die dem „Sachbezug“ der Antidiskriminierungsrichtlinie entsprachen, zum Beispiel:

Ich nenne das nur, wenn die Nationalität eine zentrale Rolle spielt, wenn man das sonst nicht verstehen kann. Also wenn das bei der Beschreibung sowieso mitschwingt, wenn ein Vater seine Tochter auf offener Straße umbringt, weil sie ein Verhältnis hatte oder so.

Ausdrücklich genannt wurden aber nicht nur im engeren Sinne „ethnisch markierte“ Straftaten, sondern häufig (31-mal) auch die Häufung von Delikten bei bestimmten ethnischen Gruppen, namentlich zum Beispiel bei bestimmten Bereichen organisierter Kriminalität. Mir scheint, dass diese Überlegungen angemessen sind. Wo eine Gruppe überproportional an bestimmten Straftaten beteiligt ist, nützt es nichts, „Vorurteilsrepression durch Nichtzulassen von Berichterstattung“ (Seifert 2005) zu betreiben. Hier muss ggf. eine ergebnisoffene Auseinandersetzung über Gründe für solche Delikthäufungen erfolgen; wo eine solche nicht möglich ist, kann das Problem nicht auf den Journalismus abgewälzt werden.¹¹

In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht.

Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“

- 11 Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass wir insoweit den sehr weit gehenden (Repressions-)Vorschlägen in Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1999 absolut nicht zustimmen können.

Von manchen Befragten wurden weitere Einschränkungen gemacht. So wurde beispielsweise betont, es komme auch auf die Relevanz der Straftat an (23 Nennungen), zum Beispiel „nicht bei Ladendiebstahl“, „nur bei schweren Straftaten“.

3 Ergebnisse

Als wesentliche Ergebnisse dieser nicht repräsentativen Journalistenbefragung lassen sich zusammenfassen:

- 1) Die Journalisten schreiben sich eine Rolle bei der Integration von Migranten zu, die vor allem darin besteht, keine Vorurteile zu schüren. Journalisten machen sich dagegen kaum Illusionen, Migranten als Leser gewinnen zu können, und gehen nur in seltenen Ausnahmefällen zu Recherchezwecken auf Migrantenselbstorganisationen zu, deren Pressearbeit sie zugleich weit überwiegend als denkbar unbefriedigend einschätzen. Im mangelnden Zu- und Eingehen auf Interessen von Migranten liegt zweifellos ein Argument für das verstärkte Bemühen um *Diversity*.
- 2) Journalisten ist die Richtlinie 12.1 zur Ziffer 12 des Pressekodex des Deutschen Presserats als solche unbekannt. *Trotzdem entspricht ihre Redaktionspraxis sehr weitgehend dem Anspruch dieser Richtlinie, nur bei begründbarem Sachbezug zum Delikt die ethnische o.ä. Zugehörigkeit von Verdächtigen/Tätern anzugeben.* In der großen Mehrzahl der Fälle zeigte sich eine sensible Abwägung der Interessen. Dieser vorläufige Befund deckt sich auch mit den Ergebnissen der Inhaltsanalyse zur Kriminalitätsberichterstattung in Dortmunder Tageszeitungen.

Für die Integration ethnischer Minderheiten ergibt sich ein gemischter Befund. Die Annahme, dass mangelnde Sensibilität von Journalistinnen und Journalisten hauptsächlich für negativ bewertete Inhaltsbefunde sei, wird sicher nicht gestützt, vielmehr die Suche nach alternativen Erklärungsmustern (Sozialstruktur, Nachrichtenfaktoren) bestärkt.

Literatur

Beck, Klaus (2006a): Kommunikator. In: Bentele, Günter/Brosius, Hans-Bernd/Jarren, Otfried (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. Wiesbaden, S. 135-136.

- Beck, Klaus (2006b): Kommunikatorforschung. In: Bentele, Günter/Brosius, Hans-Bernd/Jarren, Otfried (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. Wiesbaden, S. 136.
- Breed, Warren (1960): „Social Control in the Newsroom: A Functional Analysis“. In: Social Forces, Jg. 33, H. 4, S. 326-335.
- Deutscher Presserat (Hrsg.) (2006): Publizistische Grundsätze (Pressekodex). Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserats. Bonn.
- Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hrsg.) (1999): Medien und Straftaten. Vorschläge zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung über Einwanderer und Flüchtlinge. Duisburg.
- Geißler, Rainer (2005a): Interkulturelle Integration von Migranten – ein humaner Mittelweg zwischen Assimilation und Segregation, in: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 45-70.
- Geißler, Rainer (2005b): Mediale Integration von ethnischen Minderheiten In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 71-79.
- Müller, Daniel (2005): Ethnische Minderheiten in der Medienproduktion. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 223-237.
- Pease, Edward C./Smith, Erna/Subervi, Federico (2001): The News and Race Models of Excellence Projekt – Overview Connecting Newsroom Attitudes Toward Ethnicity and News Content. Online unter: http://www.poynter.org/content/content_view.asp?id=5045 [Stand: 17.09.2008].
- Pöttker, Horst (2005a): Diskriminierungsverbote und Beschwerdepraxis des Deutschen Presserats – eine quantitative und qualitative Analyse. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 185-221.
- Pöttker, Horst (2005b): Soziale Integration. Ein Schlüsselbegriff für die Forschung über Medien und ethnische Minderheiten. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 25-43.

- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin.
- Robinson, Gertrude Joch: Fünfundzwanzig Jahre „Gatekeeper“-Forschung: Eine kritische Rückschau und Bewertung. In: Aufermann, Jörg/Bohrmann, Hans/Sülzer, Rolf (Hrsg.) (1973): Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Forschungsrichtungen und Problemstellungen. Ein Arbeitsbuch zur Massenkommunikation I. Frankfurt a.M., S. 344-355.
- Seifert, Heribert: „Das Fremde und die falschen Tabus. Immigration als Herausforderung ans Mediensystem“. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.05.2005.
- Shoemaker, Pamela J. (1991): Gatekeeping, Newbury Park, CA u.a.
- Shoemaker, Pamela J./Reese, Stephen D. (1996): Mediating the Message: Theories of Influences on Mass Media Content [1991]. White Plains, NY.
- Singer, Jane B. (1997): „Still Guarding the Gate? The Newspaper Journalist's Role in an Online World“. In: *Convergence*, Jg. 3, Nr. 1, S. 72-89.
- Sociaal en Cultureel Planbureau (Hrsg.) (2003): Rapportage minderheden 2003. Den Haag.
- Starck, Kenneth (2006): Embracing Unity in Diversity: Media and Ethnic Minorities in the USA. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Mass Media Integration. Media and Migration: A Comparative Perspective. Bielefeld, S. 149-178.
- Wanta, Wayne (2008): Gatekeeping. In: Donsbach, Wolfgang (Hrsg.): The International Encyclopedia of Communication. Bd. V. Malden, MA u.a., S. 1921-1925.
- Weaver, David H./Beam, Randal A./Brownlee, Bonnie J./Voakes, Paul S./Wilhoit, G. Cleveland (2007): The American Journalist in the 21st Century. U.S. News People at the Dawn of a New Millennium. Mahwah, NJ/London.
- Weaver, David H./Wilhoit, G. Cleveland (1996): The American Journalist in the 1990s: U.S. News People at the End of an Era. Mahwah, NJ.
- Weaver, David H./Wilhoit, G. Cleveland (1991): The American Journalist: A Portrait of U.S. News People and Their Work [1986]. Bloomington, IN.
- Weaver, David H./Wilhoit, G. Cleveland (1986): The American Journalist: A Portrait of U.S. News People and Their Work. Bloomington, IN.

- Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz.
- Wilson, Clint C. II. (2000): The Paradox of African American Journalists. In: Cottle, Simon (Hrsg.): Ethnic Minorities and the Media. Changing Cultural Boundaries. Buckingham, PA., S. 85-99.

Teil 3:

Diskriminierung

Wann werden Diskriminierungsverbote von Journalist(inn)en akzeptiert?

Eine Untersuchung zum Widerspruch von Migrantenschutz und Öffentlichkeitsaufgabe

Öffentliche Diskriminierung von ethnischen Minderheiten und Migranten stellt ein Hemmnis für interkulturelle Integration dar, weil sie auf der Seite der Mehrheitskultur psychische Kommunikationsbarrieren gegenüber den Diskriminierten errichtet, die ihrerseits mit einer Tendenz zum Kommunikationsverzicht gegenüber der diskriminierenden Mehrheit reagieren. Zu den Verhaltensgrundsätzen für Journalist(inn)en, unabhängig davon, ob sie für öffentlich-rechtliche Medien mit einem offiziellen Integrationsauftrag arbeiten oder für privat-kommerzielle ohne einen solchen, gehören deshalb rechtliche oder berufsethische Vorschriften, die der Diskriminierung von Minderheiten vorbeugen. Teilweise handelt es sich dabei um allgemeine Regeln, die Journalisten dafür sensibilisieren sollen, dass von ihren Produkten eine diskriminierende Wirkung ausgehen kann. Dazu gehört zum Beispiel die Ziffer 12 des deutschen Presssekodex, die in ihrer aktuellen, seit 1. Januar 2007 gültigen Formulierung unter dem Stichwort „Diskriminierungen“ vorschreibt: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder einer Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.“ (Deutscher Presserat 2007: 215). Dazu gehören aber auch spezielle Verbote, die für konkrete Zusammenhänge der Berichterstattung bestimmte Formulierungen ausschließen, zum Beispiel die Richtlinie 12.1 der vom Deutschen Presserat erlassenen „Publizistischen Grundsätze“, die in ihrer aktuellen Fassung unter der Überschrift „Berichterstattung über Straftaten“ festlegt:

In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte (Deutscher Presserat 2007: 215).

1 Für technische Umsetzung und konzeptionelle Diskussionen danke ich Sarah Hubrich.

Wir haben 2005 nach einer quantitativen und qualitativen Analyse von Beschwerdefällen, die sich auf die Antidiskriminierungsregeln beziehen, die Vermutung geäußert, dass das in Richtlinie 12.1 fixierte Formulierungsverbot weniger geeignet ist als die allgemeine Ziffer 12, eine diskriminierungshemmende und integrationsfördernde Wirksamkeit zu entfalten (vgl. Pöttker 2005b). Diese These haben wir unter anderem mit der Annahme begründet, dass Journalistinnen und Journalisten Ziffer 12 besser als Leitlinie ihres beruflichen Handelns verstehen und akzeptieren als Richtlinie 12.1, weil letztere weder durch eine Verletzung der professionellen Wahrheitspflicht noch durch die in Artikel 5 GG genannten legitimen Einschränkungen der Pressefreiheit – Persönlichkeitsschutz, Jugendschutz oder allgemeine Gesetze – gedeckt wird.

Um diese Annahme zu überprüfen, haben wir 2007 eine Zufallsstichprobe von 180 Mitgliedern des Deutschen Journalistenverbandes in Nordrhein-Westfalen systematisch nach ihrer Zustimmung zu berufsethischen Antidiskriminierungsregeln befragt. Bevor wir Ergebnisse dieser Befragung präsentieren und interpretieren, gehen wir zunächst auf die Relevanz der Fragestellung im Kontext empirischer Journalismusforschung ein und erläutern in methodischen Abschnitten das Auswahlverfahren und den Fragebogen.

1 Akzeptanz von Antidiskriminierungsregeln bei Journalist(inn)en – eine Forschungslücke

Seit den 1980er-Jahren sind in Deutschland mehrere umfassende Studien zum Berufsfeld Journalismus veröffentlicht worden, für die die Zahl der Journalistinnen und Journalisten, ihre soziale Zusammensetzung sowie ihr berufliches Selbstverständnis und ihre politischen Einstellungen erhoben wurden (zum Beispiel Mahle 1993). Die bekannteste und in der Journalismusforschung einflussreichste unter ihnen ist die von Siegfried Weischenberg und anderen erarbeitete Studie „Journalismus in Deutschland“ mit zwei Befragungswellen in den Jahren 1993 und 2005, deren Ergebnisse zuletzt 2006 in Buchform publiziert worden sind (Weischenberg et al. 2006).

Weder in der Studie „Journalismus in Deutschland“ noch in anderen umfassenden Untersuchungen ist die Integrationsfunktion des Journalismus in Bezug auf Migranten und ethnische Minderheiten zum Thema gemacht worden. In der Studie „Journalismus in Deutschland“ wurde zwar bei einer repräsentativen Auswahl von Journalisten nach Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildungsabschluss, Familienstand, Arbeitsort und sogar Kinderzahl sowie Beruf des Vaters gefragt (Weischenberg et al. 2006: 249-254), aber noch 2005 nicht nach der Nationalität der befragten Person oder ihrer Eltern. Und die Forschergruppe um Weischenberg hat auch 2005 – wie in der ersten Befra-

gungswelle 1993 – unter dem Stichwort „Journalistische Ethik“ zwar die Einstellungen der Journalistinnen und Journalisten zu problematischen Recherchemethoden erhoben und diese mit den entsprechenden Einstellungen US-amerikanischer Journalisten verglichen (Weischenberg et al. 2006: 174-180), sie hat aber nicht nach den Einstellungen zur Gefahr von öffentlicher Diskriminierung oder zu den Antidiskriminierungsregeln der professionellen Ethik gefragt, wo der Vergleich mit dem Journalismus im klassischen Einwanderungsland USA besonders nahe gelegen hätte.

Zu den Zielen unseres Projekts gehört, Forschungslücken wie diese zu schließen, um einen sozial- und kulturwissenschaftlichen Beitrag zur weiteren Enttabuisierung des sozialstrukturellen Fakts Migration zu leisten und dadurch die Selbstverständigung der deutschen Einwanderungsgesellschaft sowie die interkulturelle Integration der Migranten zu fördern. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die gesellschaftspolitische Relevanz einer empirischen Erhebung der Einstellungen von Journalistinnen und Journalisten zu Antidiskriminierungsregeln, wie sie die publizistischen Verhaltensgrundsätze des Deutschen Presserats vorschreiben.

Da die Journalismusforschung diesen Gegenstand bisher nicht beachtet hat, bedürfen mehr oder weniger plausible Thesen dazu empirischer Überprüfung. Im Rahmen unseres vielgliedrigen, bewusst methoden- und gegenstandspluralistisch angelegten Projekts musste dies mit beschränktem finanziellen, personellen und zeitlichen Aufwand geschehen. Im Übrigen haben wir im Sinne des wissenschaftlichen Pluralismus bei dieser Teiluntersuchung methodisch – zum Beispiel in Bezug auf das Auswahlverfahren – bewusst nach anderen Wegen gesucht, als sie beispielsweise von der Studie „Journalismus in Deutschland“ ausgetreten worden sind.

2 Das Sample – regional begrenzt, aber inklusive der Berufsfeldränder

Wir haben uns für eine Zielgesamtheit entschieden, die im Vergleich zur üblichen Kommunikatorforschung – etwa der Studie „Journalismus in Deutschland“ – einerseits enger gefasst, weil regional und organisatorisch begrenzt, andererseits aber auch ausgedehnter ist, weil sie die Ränder des journalistischen Berufsfelds umfasst.

Bei Verfahren zur Konstruktion repräsentativer Journalistenstichproben, die dazu dienen, den Umfang des Berufsfeldes abzuschätzen, wird in der Regel der Weg über die Medienbetriebe gewählt, für die die Zielgesamtheit – festangestellte wie freiberufliche Journalistinnen und Journalisten – hauptberuflich arbeitet. Weischenberg und Mitarbeiter haben „zunächst die journalistischen

Medienbetriebe in Deutschland erfasst, um bei diesen die Anzahl und Verteilung ihrer festen und freien journalistischen Mitarbeiter zu erheben. Entsprechend wurden im ersten Schritt [...] mehr als 15.000 Medien in Deutschland auf ihre Zugehörigkeit zum Journalismus überprüft“ (Weischenberg et al. 2006: 33). Bei den insgesamt 2.890 Redaktionen in Fernsehen, Hörfunk, Zeitschriften, Zeitungen, Anzeigenblättern, Nachrichtenagenturen, Mediendiensten und Online-Medien, auf die die Hamburger Journalismusforscher zur Konstruktion des Samples für die Untersuchungswelle 2005 gestoßen sind, wurde dann über die Befragung einer nach Mediensparten geschichteten Zufallsstichprobe von 1.550 Medienverantwortlichen, von denen 1.155 (= 75%) geantwortet haben, eine Gesamtzahl von etwa 48.000 hauptberuflichen Journalist(inn)en (davon 36.000 festangestellte Redakteure, 12.000 Freie) „hochgerechnet“ (Weischenberg et al. 2006: 36, 227). Aus dieser virtuellen Grundgesamtheit wurde dann wiederum über eine nach Mediensparten, aber auch nach Position in der redaktionellen Hierarchie, Einstellungsverhältnis und Geschlecht geschichtete Zufallsauswahl „eine Bruttostichprobe von 3.534 Journalisten zusammengestellt“ (Weischenberg et al. 2006: 227). Von diesen erwiesen sich 2.111 Personen nach dem Kriterium der Hauptberuflichkeit tatsächlich als befragbar und 1.536 (= 73%) haben auf die von dem Marktforschungsinstitut IPSOS telefonisch gestellten 48 Fragen des Interviewbogens tatsächlich geantwortet.

Vorbildlich ist die Transparenz, die die Hamburger Forschergruppe herstellt, so dass der Leser das Auswahlverfahren der Studie „Journalismus in Deutschland“ gut durchschauen kann. Nimmt man dieses Angebot an, stellt sich freilich ein erheblicher Nachteil des komplizierten Auswahlverfahrens heraus, der Skepsis gegenüber den Ergebnissen der Studie aufkommen lässt: Aufgrund seiner Mehrstufigkeit bietet es an zahlreichen Stationen Einstiegsmöglichkeiten für subjektive Einschätzungen, die sich in ihrer verzerrenden Wirkung summieren und sogar multiplizieren können und daher einen erheblichen Bias befürchten lassen. Das beginnt bei der durch die Forscher selbst zu treffenden Entscheidung, was ein „journalistischer Medienbetrieb“ ist und was nicht. Weischenberg und Mitarbeiter sagen selbst dazu:

In vielen Fällen war die Entscheidung, welche Medien als „journalistisch“ zu klassifizieren sind [...], schwierig und sicherlich [...] auch diskussionswürdig; [...] ist eine Agentur, die sowohl für journalistische Medien als auch Unternehmen Texte liefert, ein journalistischer Medienbetrieb? Sind Talkshows wie die von Johannes B. Kerner oder Sandra Maischberger journalistische Formate? (Weischenberg et al. 2006: 34).

Auch auf der nächsten Ebene, der Konstruktion der geschichteten Stichprobe der Medienbetriebe, waren es die Forscher, die subjektive Entscheidungen zu treffen hatten. Im nächsten Schritt traf das auf die Personalverantwortlichen der ausgewählten Medienbetriebe zu, die etwa aus Zeitnot oder Bequemlichkeit Umfang und Zusammensetzung ihrer redaktionellen Belegschaft nur grob geschätzt haben mögen. Danach waren es wieder die Forscher bei der Konstruktion der geschichteten Auswahl von Journalisten und schließlich die Journalisten selbst bei den Angaben, ob mehr oder weniger als die Hälfte ihres Einkommens und ihrer Arbeitszeit Tätigkeiten für journalistische Medien zuzuordnen ist (Weischenberg et al. 2006: 231). Bei den befragten Personalverantwortlichen und Journalisten kommt schließlich noch der unvermeidliche Non-response-bias hinzu.

Bei einer deskriptiv angelegten Studie, mit der nicht zuletzt Grenze und Umfang des journalistischen Berufsfeldes bestimmt werden sollen, sind solche methodisch bedingten Unschärfen kaum zu vermeiden. Bei dieser Zielsetzung ist ein besseres Auswahlverfahren schwer vorstellbar. In unserem Fall geht es jedoch nicht darum, Zahl und soziale Zusammensetzung der Journalist(inn)en in Deutschland herauszufinden, sondern es gilt die begründete These zu prüfen, dass flexibel formulierte Antidiskriminierungsregeln in dem für das Herstellen von Öffentlichkeit verantwortlichen Beruf mehr Akzeptanz finden als konkrete, starr formulierte Aussagenverbote. Für unsere Fragestellung sind Umfang und Randschärfe des Berufsfeldes, auf das sich die Hypothese bezieht, ohne Belang.

Wir haben uns deshalb für ein einstufiges, relativ simples Auswahlverfahren entschieden, das auf der Annahme basiert, dass die Mitgliedschaft von großen, nicht auf ein Segment des Berufs spezialisierten Journalistengewerkschaften *cum grano salis* als repräsentativ gelten kann, wenn es um die Erhebung professioneller Einstellungen von Journalisten in Deutschland geht. Bei dieser Prämisse wäre ideal gewesen, wenn wir aus den vollständigen Mitgliederlisten von *Deutschem Journalistenverband (djv)* und *Deutscher Journalistenunion (dju)* in der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di eine Zufallsauswahl hätten treffen können.

Bei Anfragen an die verantwortlichen Gewerkschaftsvertreter stellte sich jedoch heraus, dass die *dju* aus Datenschutzgründen grundsätzlich zu keiner Kooperation bereit ist, während die Offenheit für Belange empirischer Berufsforschung beim *djv* von Landesverband zu Landesverband schwankt. Immerhin war die *djv*-Geschäftsstelle Nordrhein-Westfalen in Person des Geschäftsführers Kajo Döhring zu produktiver Zusammenarbeit bereit, der uns unter Wahrung des Datenschutzes eine Zufallsstichprobe von 200 Personen aus den nach seinen Angaben rund 8.000 *djv*-Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen ermöglicht hat. Nach Mitteilung Döhrings vertritt der *djv* mit seinen im Jahre

2006 bundesweit rund 40.000 Mitgliedern² „etwa die Hälfte der hauptberuflich tätigen Journalisten“, woraus sich ein etwa 80.000 Personen umfassendes Berufsfeld ergibt³.

Nach Einschätzung Döhrings deckt die *dju*-Mitgliedschaft „die ganze Palette des Journalismus ab, dürfte also als repräsentativ einzuschätzen sein.“ Diese Annahme wird dadurch gestützt, dass sich bei allgemeiner Sozialstatistik und Medienverteilung starke Übereinstimmungen zwischen unserer Erhebung und der Studie „Journalismus in Deutschland“ zeigen. Das Durchschnittsalter derjenigen, die unseren Fragebogen ausgefüllt haben, beträgt 45,5 Jahre, 63,5 Prozent sind männlich und 36,5 Prozent weiblich. Weischenberg und Mitarbeiter haben ein Durchschnittsalter „bei Anfang 40“ und einen Frauenanteil „bei rund einem Drittel“ (Weischenberg et al. 2006: 57) ermittelt, wobei sich das etwas höhere Durchschnittsalter bei uns aus dem Umstand erklärt, dass die *dju*-Mitgliedschaft wie unsere Stichprobe auch Journalistinnen und Journalisten im Ruhestand umfassen⁴. Das halten wir im Hinblick auf unsere Fragestellung nicht für einen Nachteil, da ältere Journalisten als Vorbilder und Ratgeber für professionelle Einstellungen durchaus von Bedeutung sind.

Was die Medienverteilung betrifft, ergeben sich bei uns folgende Anteile:

Medien	Anteil in Prozent (in Klammern: „Journalismus in Deutschland“)
Zeitung/Zeitschrift	61 (61)
Hörfunk	15 (17)
Fernsehen	8 (15)
Online-Medien	10 (5)
Agentur	1 (3)
Öffentlichkeitsarbeit/PR	22 (nicht erhoben)
Sonstige Medien	8 (keine Angabe)

Abbildung 1: Medien, bei denen die Befragten arbeiten

Die Unterschiede, welche sich beim Fernsehen und bei Online-Medien zeigen, sind möglicherweise aus systematischen Abweichungen der beiden Stichproben zu erklären: Dass der Fernsehanteil bei uns erheblich, der Hörfunk-

2 Weischenberg als früherer *dju*-Bundesvorsitzender gibt für 2005 etwa 42.000 *dju*-Mitglieder an, die *dju* habe 22.000 Mitglieder (vgl. Weischenberg et al. 2006: 58).

3 Der erhebliche Unterschied zu den von der Studie „Journalismus in Deutschland“ ermittelten knapp 50.000 Journalistinnen und Journalisten erklärt sich vor allem daraus, dass der *dju* auch Mitglieder aufnimmt, die in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit oder Journalistenausbildung tätig sind.

4 Der älteste von uns befragte Journalist war 82, der jüngste 22 Jahre alt.

anteil geringfügig niedriger ausfällt, mag damit zusammenhängen, dass der Fachverband für Rundfunkjournalisten (*Rundfunk- und Fernsehunion, RFFU*) in der Dienstleistungsgesellschaft ver.di aufgegangen ist und der *djv* deswegen weniger Mitglieder hat, die bei Funkmedien beschäftigt sind. Darauf mag auch unser erheblich höherer Online-Anteil zurückzuführen sein, denn Online-Medien sind häufig mit Printprodukten, weniger mit Radio- und Fernsehsehdern verbunden; außerdem dürfte hier noch eine stärkere Abweichung der Weischenberg-Stichprobe von der aktuellen Grundgesamtheit eine Rolle spielen, denn im Online-Bereich herrscht die stärkste Beschäftigungsdynamik mit den meisten Neueinstellungen, und zwischen dem Frühjahr 2005 und unserem Befragungszeitraum im Sommer 2007 sind mehr als zwei Jahre vergangen.

Die einzige wirklich gravierende Abweichung hängt mit unterschiedlichen Vorstellungen von der Zielgesamtheit zusammen. In ihr kommt zum Ausdruck, dass unsere Auswahl im Vergleich zur Studie „Journalismus in Deutschland“ nicht nur organisatorisch (*djv*), geographisch (Nordrhein-Westfalen) und statistisch (erheblich kleinere Stichprobe) *enger* gefasst ist, sondern in einer wichtigen Dimension auch *weiter*. Während Weischenberg und Mitarbeiter den Bereich Öffentlichkeitsarbeit/PR per definitionem ausklammern, berücksichtigen wir ihn durch die Entscheidung für die Grundgesamtheit *djv*-Mitglieder bewusst mit, da der Deutsche Journalistenverband eben auch Personen aufnimmt, die durch eine redaktionelle Tätigkeit in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Public Relations oder Unternehmenskommunikation ihr Haupteinkommen erzielen. Diese umfassendere Betrachtungsweise erscheint uns sinnvoll, weil spätestens seit der bahnbrechenden Studie von Barbara Baerns aus den 1980er-Jahren (Baerns 1985) bekannt ist, wie stark die journalistische Produktion durch die Öffentlichkeitsarbeit von Unternehmen, Interessenverbänden und anderen Institutionen beeinflusst wird.

Da die beiden Tätigkeitsfelder miteinander verzahnt sind, halten wir die von Öffentlichkeitsarbeitern und PR-Leuten am Rande des journalistischen Berufsfeldes, deren Kommunikationsaktivitäten sich aber auf dessen Kern richten und die professionellen Arbeitsweisen von Journalisten berücksichtigen, für nicht weniger relevant als die Einstellungen der Journalist(inn)en im engeren Sinne selbst. Letztlich geht es darum herauszufinden, welche Akzeptanzchancen Antidiskriminierungsregeln bei denen haben, die maßgeblich am Herstellen von gesellschaftlicher Öffentlichkeit beteiligt sind. Und dazu gehören Redakteure in Pressestellen und PR-Abteilungen ebenso wie diejenigen, die mehr oder weniger dem journalistischen Unabhängigkeitsgebot gehorchen (können). Im Übrigen lässt sich auf Basis der von uns erhobenen Daten feststellen, ob sich die im Bereich Öffentlichkeitsarbeit/PR Tätigen hinsichtlich der Akzeptanz von Antidiskriminierungsregeln von den Journalist(inn)en im engeren Sinne unterscheiden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das beschriebene Sample es ermöglicht, die drei Ziele *Validität*, *Reliabilität* und *Praktikabilität* in optimierter Weise miteinander zu verbinden: Die Offenheit zum Tätigkeitsfeld Öffentlichkeitsarbeit/PR passt zur Fragestellung und eröffnet Differenzierungsmöglichkeiten. Die einstufige Zufallsauswahl und die sozialstatistische Zusammensetzung der Stichprobe stehen für hinreichende Repräsentativität. Und der relativ geringe Umfang der Stichprobe sowie das Verfahren der standardisierten schriftlichen Befragung schonen die begrenzten Ressourcen eines Projekts zur medialen Integration von Migranten, bei dem die Akzeptanz von Antidiskriminierungsregeln bei Journalisten nur ein Aspekt unter vielen ist.

Geht man wegen der Übereinstimmung der sozialstatistischen Zusammensetzung unserer Stichprobe mit den Ergebnissen der Weischenberg-Studie von der Brauchbarkeit des gewählten Verfahrens aus, liefert es auch ein Resultat zur Beschreibung des journalistischen Berufsfeldes, das für die Integrationsdebatte relevant ist: Lediglich drei Befragte (2,8%) gaben an, einen Migrationshintergrund zu haben (Eltern aus Indien, Jugoslawien, Tschechien), die übrigen 97,2 Prozent verneinten die Frage (75,5%) oder machten keine Angabe (21,5 %). Das stimmt mit Annahmen überein, die den bisher nicht genau bekannten, aber jedenfalls im Vergleich zum rund 19-prozentigen Migrantenanteil an der Wohnbevölkerung in Deutschland (davon fast die Hälfte Ausländer, vgl. Statistisches Bundesamt 2007: 7) stark unterproportionalen Journalistenanteil mit Migrationshintergrund grob auf 2 bis 3 Prozent schätzen.

3 Der Fragebogen – Antidiskriminierungsregeln im Urteil von Journalisten

Im Hinblick auf unser Forschungsziel, etwas über die Akzeptanz unterschiedlich formulierter Antidiskriminierungsregeln bei deutschen Journalistinnen und Journalisten herauszufinden, haben wir Indikator-Statements formuliert, zu denen die Befragten auf einer fünfstufigen Skala mehr oder weniger Zustimmung bzw. Ablehnung zum Ausdruck bringen konnten. Da wir neben den Antidiskriminierungsregeln noch andere umstrittene Professionsnormen – darunter die Korrekturpflicht bei fehlerhafter Berichterstattung, den Informantenschutz oder die Autorisierungspflicht bei Interviews – für weitere Auswertungen auf den Prüfstand stellen wollten, musste die Zahl der Items bei allen Komplexen – also auch beim Diskriminierungsschutz – stark begrenzt werden, um die Konzentrationskapazität der Befragten nicht übermäßig zu strapazieren. Um die Akzeptanz konkret fixierter Formulierungsverbote zu messen, die Diskriminierungen entgegenwirken sollen, beispielsweise Richtlinie 12.1 im deutschen Pressekodex, haben wir nach dem Modell dieser Regel und ihrer

praktischen Folgen für das Beschwerdeaufkommen folgende Statements in den Fragebogen aufgenommen, bei denen hohe Zustimmung hohe Akzeptanz zum Ausdruck bringt:

Aussage 18: Es sollte in Berichten grundsätzlich nicht erwähnt werden, wenn ein Krimineller Türke oder Russe ist. Ausnahme: Der Journalist kann nachweisen, dass die ethnische Zugehörigkeit ursächlich mit der Straftat zusammenhängt.

Aussage 8: Der Zentralrat der Sinti und Roma reicht regelmäßig Standardbeschwerden beim Deutschen Presserat ein, um die Nennung dieser ethnischen Minderheit in der Berichterstattung über Straftaten zu bekämpfen. Das ist wichtig, um der Diskriminierung der Sinti und Roma entgegenzuwirken.

Demgegenüber haben wir zwei kontrastierende Statements formuliert, bei denen hohe Zustimmung signalisiert, dass offenen, flexibel handhabbaren Antidiskriminierungsregeln von den befragten Journalist(inn)en der Vorzug vor konkret fixierten Formulierungsverboten gegeben wird:

Aussage 17: Unter Umständen kann es sich diskriminierend auswirken, wenn in der Berichterstattung über Straftaten erwähnt wird, dass ein Täter Russe oder Türke ist. Deshalb sollten Journalisten bei solchen Kennzeichnungen vorsichtig sein und auf den Zusammenhang achten.

Aussage 9: Dass der Zentralrat der Sinti und Roma sich in Standardbriefen beschwert, wenn bei Straftätern die Angehörigkeit zu dieser ethnischen Minderheit in der Presse erwähnt wird, ist ein Versuch, den Presserat zu instrumentalisieren. Der sollte sich nur mit sorgfältig begründeten Einzelbeschwerden befassen.

Die Erwähnung von Standardbeschwerden des Zentralrats der Sinti und Roma, die durch das fixierte Formulierungsverbot der Richtlinie 12.1 möglich werden, nimmt Bezug auf eine an anderer Stelle analysierte (vgl. Pöttker 2005b) problematische Praxis, der der Deutsche Presserat tatsächlich ausgesetzt ist.

Um den Befragten das Verständnis der Indikator-Statements zu den Antidiskriminierungsregeln zu erleichtern, wurden einerseits die sich gegenseitig kontrastierenden Aussagen 8 und 9 sowie 17 und 18 im Fragebogen unmittelbar hintereinander gestellt. Um aber auch die Konsistenz des Antwortverhaltens prüfen zu können, haben wir andererseits diesen für die Fragestellung zentralen Komplex an entfernten Stellen des Fragebogens unter-

gebracht und zwischen die beiden kontrastiven Aussagenpaare etliche nach ähnlichen Gesichtspunkten geordnete Indikator-Statements geschoben, mit denen die Akzeptanz des in Ziffer 10 des Pressekodex formulierten Religions-schutzes vor dem Hintergrund der Debatte über die dänischen Mohammed-Karikaturen gemessen wird:

Aussage 10. Für die Frage, ob ein Journalist mit einer Karikatur religiöse Empfindungen des Publikums verletzt, macht es einen erheblichen Unterschied, ob es sich um Muslime oder Christen handelt, weil im Christentum – anders als im Islam – Gottesdarstellungen nicht verboten sind.

Aussage 11. Wie Sie wissen, wurden die dänischen Mohammed-Karikaturen auch in deutschen Tageszeitungen veröffentlicht. Dass war völlig in Ordnung, denn die Grenze zur Verletzung religiöser Empfindungen wurde hier nicht überschritten.

Aussage 12. Religiöse Empfindungen von Christen oder Muslimen sollten von den Medien nicht verletzt werden – es sei denn, es handelt sich um Inhalte oder Formen der Berichterstattung, an denen ein starkes öffentliches Interesse besteht.

Aussage 13. Für alle Medien und Darstellungsformen gilt: Religiöse Empfindungen des Publikums dürfen nicht verletzt werden – egal, ob es sich um Christen, Juden oder Muslime handelt.

Aussage 14. Ob Journalisten sich in ihren Veröffentlichungen über Religionsgemeinschaften und deren Stifter lustig machen dürfen, hängt von ihren Absichten ab. Die Folgen einer Veröffentlichung sind dagegen bedeutungslos.

Aussage 15. Journalisten dürfen Religionsgemeinschaften nicht verhöhnen – egal, um welche Konfession es sich handelt.

Aussage 16. Dass die Mohammed-Karikaturen in deutschen Tageszeitungen veröffentlicht wurden, war leider notwendig. Denn hier gab es ein besonderes gesellschaftliches Interesse, die Pressefreiheit zu verteidigen.

Was die Untersuchung des beruflichen Selbstverständnisses im Allgemeinen betrifft, sind wir vom Dualismus von Moral und Professionalität, von allgemeingültigen Anstandsregeln und der besonderen beruflichen Aufgabe ausge-

gangen, Öffentlichkeit im Sinne gesellschaftlicher Transparenz herzustellen (Pöttker 1999).

Als Indikator zum Komplex berufliches Selbstverständnis haben wir am Ende eine offen formulierte Frage ohne standardisierte Zustimmungsskala gestellt:

Was ist Ihnen wichtiger, die *allgemeine Moral*, die für jeden gilt und ohne die menschliches Zusammenleben kaum möglich wäre, oder Ihr Beruf mit seiner *besonderen Aufgabe*, die *Öffentlichkeit* umfassend zu informieren?

Der zentrale Mittelteil des Fragebogens mit Statements, die neben der Akzeptanz von Antidiskriminierungsregeln weitere Einstellungen zu berufsethischen Regelkomplexen messen sollen, ist eingebettet in die Erhebung berufs- und sozialstatistischer Merkmale am Anfang und am Ende. Zu Beginn, in einem leicht beantwortbaren, zum Thema hinführenden „Eisbrecher“-Abschnitt, wurde nach den wenig komplexen, berufsbezogenen Nominalvariablen Medium⁵, Ressort⁶ und Beruflicher Status⁷ sowie nach der Ordinalvariable Berufliche Position⁸ gefragt. Zum Ausstieg haben wir Alter und Geschlecht erhoben und ganz am Ende die Frage nach der selbst eingeschätzten Einwanderungsgeschichte gestellt: „Sind Sie Migrantin/Migrant oder haben Sie einen Migrationshintergrund? Und wenn ja – welchen?“

Rückte man diese Frage vor die zentrale Batterie von Indikator-Statements, wäre die Gefahr gegeben, dass dadurch frühzeitig der Eindruck der Erwünschtheit eines bestimmten Antwortverhaltens geweckt oder verstärkt wird⁹. Der Befragten-Faktor soziale Erwünschtheit gehört bekanntlich zu den größten Nachteilen der hochreaktiven, stets mit Artefaktgefahren verbundenen Methode Befragung (vgl. Diekmann 1995: 371-455), von dem starke, schwer kontrollierbare Einflüsse auf die Ergebnisse ausgehen. Bei der Gestaltung des Fragebogens und der Formulierung der Fragen haben wir uns darauf kon-

5 Ausprägungen: Zeitung/Zeitschrift, Radio, Fernsehen, Online, Nachrichtenagentur/Bildagentur, Öffentlichkeitsarbeit und Sonstiges.

6 Ausprägungen: Politik, Sport, Feuilleton, Lokales, Regionales, Wirtschaft, Magazin, Wissenschaft und Sonstiges.

7 Ausprägungen: Angestellt, Freiberuflich und Sonstiges.

8 Ausprägungen: Chefredakteur, Ressortleiter, Verantwortlicher Redakteur, Redakteur, Reporter, Fotoredakteur, Fotoreporter, Layouter, Rechercheur, Volontär und Sonstiges.

9 Bei schriftlichen Befragungen wie hier besteht allerdings immer die Möglichkeit, dass die Befragten sich zunächst einen Überblick über alle Fragen verschaffen, bevor sie mit dem Ankreuzen beginnen.

zentriert, Einflüsse dieses Faktors zu reduzieren. Im Übrigen hat die gewählte schriftliche Form im Hinblick auf dieses gravierende Problem den Vorteil, dass Einflüsse von Befrager(n) und Befragungssituation(en) als relativ gering bzw. durch Vielfalt neutralisiert angenommen werden können. Da es sich bei der Indikator-Batterie zur Einstellungsmessung teilweise um recht komplexe Statements handelt, haben wir die Befragungs-Situation nur durch folgende Eingangsanweisung zu steuern versucht: „Bitte lesen Sie sich die folgenden Fragen in Ruhe durch und kreuzen Sie das Zutreffende an“.

Der ganze Fragebogen steht im Internet zum Download bereit.¹⁰

4 Ergebnisse – höhere Akzeptanz flexibler Antidiskriminierungsregeln

Von den Fragebogen, die wir an 180 nordrhein-westfälische Journalistinnen und Journalisten geschickt haben, die auf Anfrage der djv-Geschäftsstelle einer Teilnahme an der Befragung nicht widersprochen hatten, wurden 107 (59,4%) brauchbar ausgefüllt zurückgesandt. Wenn man berücksichtigt, dass wir auf jedes Nachfassen verzichtet haben, dürfen diese knapp 60 Prozent als ausgesprochen hohe Rücklaufquote gelten. Offenbar stößt die Problematik Diskriminierung/Antidiskriminierungsregeln bei Journalist(inn)en auf Interesse.

Ordnet man den fünf Stufen der Zustimmungsskala die Ziffern 1 („Stimme voll und ganz zu“) bis 5 („Stimme überhaupt nicht zu“) zu, ergeben sich bei beiden Statements, bei denen – direkt oder wegen Ablehnung der Folgen fixierter Formulierungsverbote – hohe Zustimmung als Indikator für hohe Akzeptanz flexibler Antidiskriminierungsregeln verwendet wird, folgende Werte:

Aussage 17: Es kann sich u.U. diskriminierend auswirken, wenn in der Berichterstattung über Straftaten erwähnt wird, dass ein Täter Russe oder Türke ist. Journalisten sollten bei solchen Kennzeichnungen vorsichtig sein und auf den Zusammenhang achten.

¹⁰ Auf der Projekthomepage: www.integration-und-medien.de.

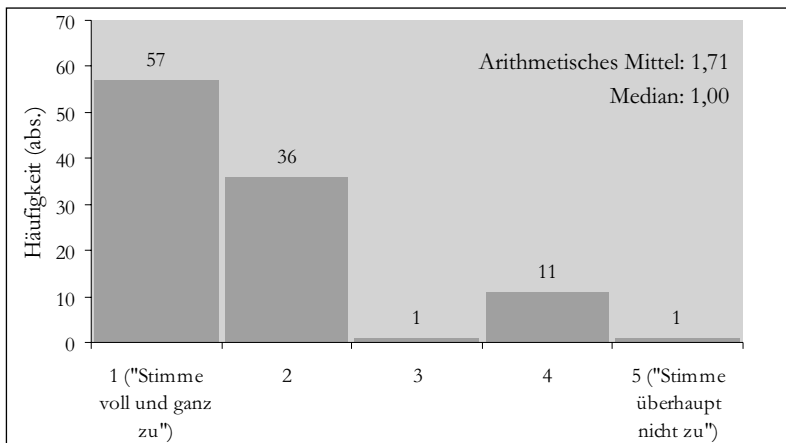


Abbildung 2: Zustimmung und Ablehnung zu Aussage 17

Aussage 9: Dass der Zentralrat der Sinti und Roma sich in Standardbriefen beschwert, wenn bei Straftaten die Angehörigkeit zu dieser ethnischen Minderheit erwähnt wird, ist ein Versuch, den Presserat zu instrumentalisieren. Der sollte sich nur mit sorgfältig begründeten Einzelbeschwerden befassen.

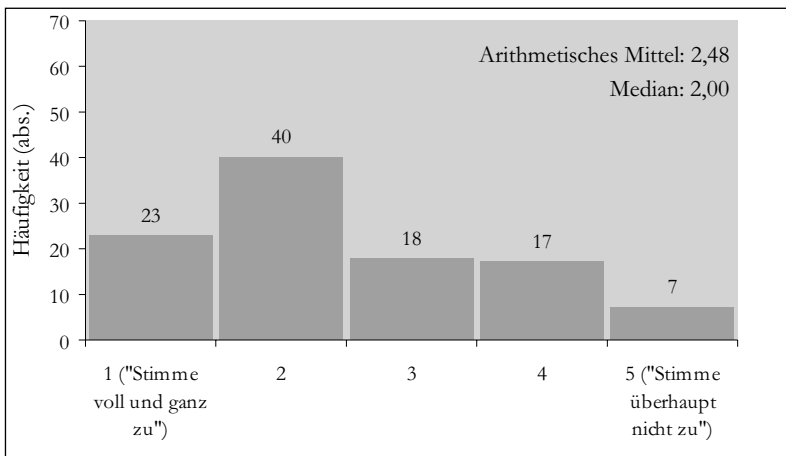


Abbildung 3: Zustimmung und Ablehnung zu Aussage 9

Bei den entsprechenden Statements, mit denen die Akzeptanz von *konkret* fixierten Formulierungsverboten zur Diskriminierungsabwehr gemessen werden sollte, ergibt sich folgendes Bild:

Aussage 18: Es sollte in Berichten grundsätzlich nicht erwähnt werden, wenn ein Krimineller Türke oder Russe ist. Ausnahme: Der Journalist kann nachweisen, dass die ethnische Zugehörigkeit ursächlich mit der Straftat zusammenhängt.

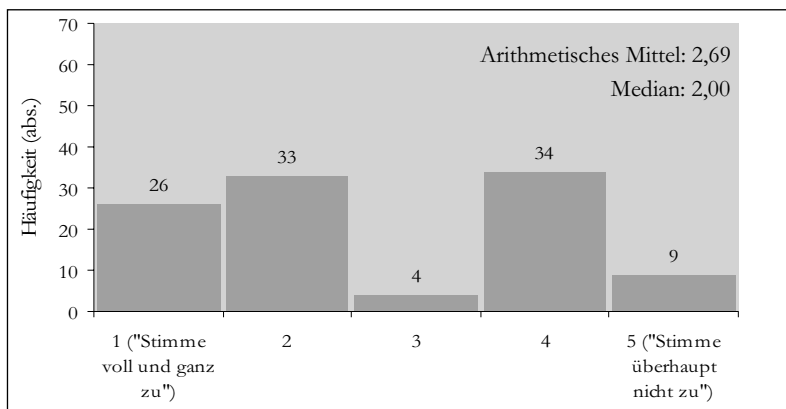


Abbildung 4: Zustimmung und Ablehnung zu Aussage 18

Aussage 8: Der Zentralrat der Sinti und Roma reicht regelmäßig Standardbeschwerden beim Deutschen Presserat ein, um die Nennung dieser ethnischen Minderheit in der Berichterstattung über Straftaten zu bekämpfen. Dass ist wichtig, um der Diskriminierung der Sinti und Roma entgegenzuwirken.

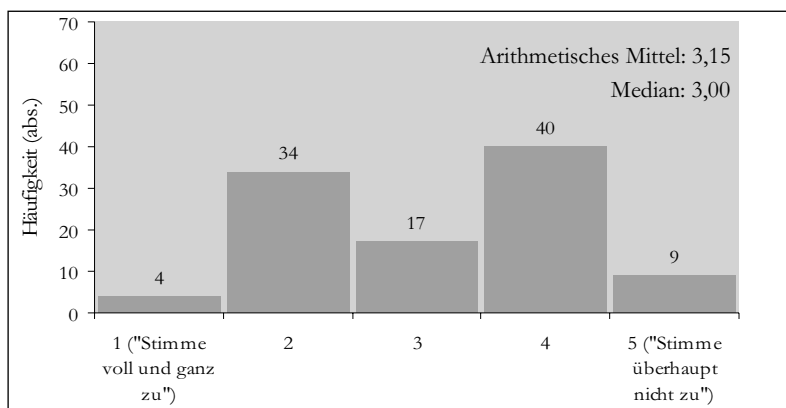


Abbildung 5: Zustimmung und Ablehnung zu Aussage 8

Während den beiden Statements zugunsten flexibler Antidiskriminierungsregeln also tendenziell zugestimmt wird (Mittelwert in beiden Fällen erheblich unter 3,0), wird den beiden Statements, die für fixierte Formulierungsverbote

stehen, von den befragten Journalistinnen und Journalisten tendenziell widersprochen oder nur schwach zugestimmt (Mittelwerte 3,15 bzw. 2,69). Das ist ein Beleg dafür, dass offene und flexible Antidiskriminierungsregeln wie die Ziffer 12 des deutschen Presskodex im Berufsfeld Journalismus mehr Akzeptanz finden als Regeln, die wie Richtlinie 12.1 bestimmte Formulierungen ohne Rücksicht auf den Kontext sowie auf die Entscheidungsfreiheit und das Verantwortungsbewusstsein von Journalistinnen und Journalisten ausschließen wollen. Dieses Resultat überrascht nach unseren Vorüberlegungen (vgl. Pöttker 2005b) nicht.

Haben redaktionell Tätige im Bereich Öffentlichkeitsarbeit bei dieser Frage andere Einstellungen als die Journalisten im engeren Sinne? Bei den vier Statements ergeben sich folgende durchschnittlichen Zustimmungswerte:

Aussage	Alle Befragten		Nur Journalisten		Nur PRler	
	Arithm. Mittel	Median	Arithm. Mittel	Median	Arithm. Mittel	Median
17	1,71	1,00	1,62	1,00	2,12	2,00
9	2,48	2,00	2,66	2,00	2,18	2,00
18	2,69	2,00	2,72	2,00	2,65	2,00
8	3,15	3,00	3,11	3,00	3,29	3,00

Abbildung 6: Durchschnittliche Zustimmungswerte zu den Aussagen 17, 9, 18 und 8.

Wie man sieht, weicht die Tendenz bei den in Öffentlichkeitsarbeit, PR und Unternehmenskommunikation Tätigen nicht erheblich von der bei den Journalist(inn)en im engeren Sinne ab. Lediglich Statement 17 findet bei den Journalisten deutlich mehr Zustimmung als bei den Öffentlichkeitsarbeitern. Da das beim Statement 9, mit dem ebenfalls Akzeptanz von flexiblen Regelformulierungen gemessen wird, gerade umgekehrt ist, sollte hier ein stabiler Unterschied zwischen Journalisten im engeren Sinne und Öffentlichkeitsarbeitern nicht angenommen werden. Sehr ähnlich fällt zudem in beiden Gruppen die mit den Statements 18 und 8 gemessene Ablehnung von starren Verbotsformulierungen aus.

5 Ergebnisse – mehr professioneller Eigensinn als interkulturelles Fremdverstehen

Bei den Statements 10 bis 16 des Fragebogens, die sich auf den Schutz der Religiosität als Teil der Menschenwürde am Beispiel der umstrittenen dänischen Mohammed-Karikaturen beziehen und damit – angesichts der min-

destens 3,5 Millionen Moslems in Deutschland – ebenfalls, wenn auch auf andere Weise, die Frage berühren, in welchem Maße die Einstellungen der Journalist(inn)en interkulturelle Integrationsleistungen von ihnen erwarten lassen, zeigen sich signifikante Resultate zu zwei Dimensionen der Fragestellung: erstens zur Bereitschaft der Journalisten, die kulturelle Unterschiedlichkeit von religiösen Gruppen in einer Einwanderungsgesellschaft zu respektieren, und zweitens zum Respekt der Journalisten vor der gesellschaftlichen Aufgabe ihrer Profession, Öffentlichkeit herzustellen, die es im Falle von Konflikten mit dem allgemeinen Gebot zur Achtung der Menschenwürde abzuwägen gilt (vgl. Pöttker 1999). Wir gehen dabei von der aus den Begriffen der sozialen Integration und der interkulturellen Integration (vgl. Geißler/ Pöttker 2005: 25-79) abgeleiteten Vorstellung aus, dass für den Zusammenhalt der Einwanderungsgesellschaft ein beiderseitiger Informations- und Lernprozess förderlich ist.

Einerseits sollte die Mehrheitsgesellschaft einschließlich ihrer Journalisten zur Kenntnis nehmen, dass in der plurikulturellen Gesellschaft – anders als in der früheren Kulturation – religiöse Empfindungen nicht für alle Mitglieder der Gesellschaft Gleiches oder Ähnliches bedeuten, sondern nach Qualität und Intensität eine beträchtliche Variabilität aufweisen, worauf der Schutz der freien Religiosität Rücksicht zu nehmen hat. In einer plurikulturellen Einwanderungsgesellschaft müssen Journalisten, die das in Artikel 18 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 proklamierte Recht auf freie Religionsausübung respektieren, beispielsweise beachten, dass Moslems andere religiöse Empfindungen haben als Christen. Dass Migranten die aus ihrer Herkunftsgesellschaft mitgebrachte, in der frühkindlichen Sozialisation erworbene Sprache oder Religion praktizieren (können), ist Ausdruck der Stabilität ihrer kulturellen Identität, die zu ihrem Wohlbefinden in der Aufnahmegesellschaft beiträgt und die deshalb als Bedingung von interkultureller Integration zu betrachten ist.

Andererseits sollten die diversen Migrantengruppen und ihre Religionsgemeinschaften respektieren, dass es sich bei der Aufnahmegesellschaft um eine moderne, durch den historischen Prozess der Aufklärung gegangene Kultur handelt, in der dem von Artikel 19 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung proklamierten Recht auf Äußerungsfreiheit sowie dem Prinzip Öffentlichkeit und der Pressefreiheit hoher Rang eingeräumt wird. Damit sich dieser Lernprozess bei Migranten vollziehen kann, sollten Journalisten sich ihrer professionellen Pflichten so bewusst sein, dass sie sie überzeugend vertreten (können). Dass Journalisten zwischen der Aufgabe Öffentlichkeit und der Verteidigung der Pressefreiheit einerseits und dem Schutz des Menschenrechts auf kulturell diversifizierte Religiosität andererseits von Fall zu Fall abwägen, bringt bei diesem Beruf das *Gleichgewicht von Eigensinn und Fremdverstehen* zum Ausdruck, das, wenn es bei und zwischen allen gesellschaftlichen Funktionen

realisiert wird, jenes Geflecht von Handlungsweisen ausmacht, das in der Tradition Émile Durkheims als struktureller Rahmen für den Prozess der sozialen Integration moderner, komplexer Gesellschaften gilt (vgl. Pöttker 2005a und Pöttker 2003).

Was den Eigensinn der Journalisten und die grundsätzliche Notwendigkeit des zur Balance gehörenden Abwägens betrifft, lassen unsere Ergebnisse auf beträchtliche Integrationspotenziale schließen. Zu den beiden Statements, die von möglichen Konflikten zwischen der Unverletzlichkeit religiöser Empfindungen (Menschenrecht) und der Öffentlichkeitsaufgabe bzw. der Pressefreiheit (Professionalität) sowie entsprechenden Abwägungsnotwendigkeiten ausgehen, gibt es Zustimmung ohne erkennbare Spaltung der Meinungen:

Aussage 12: Religiöse Empfindungen von Christen oder Muslimen sollten von den Medien nicht verletzt werden – es sei denn, es handelt sich um Inhalte oder Formen der Berichterstattung, an denen ein starkes öffentliches Interesse besteht.

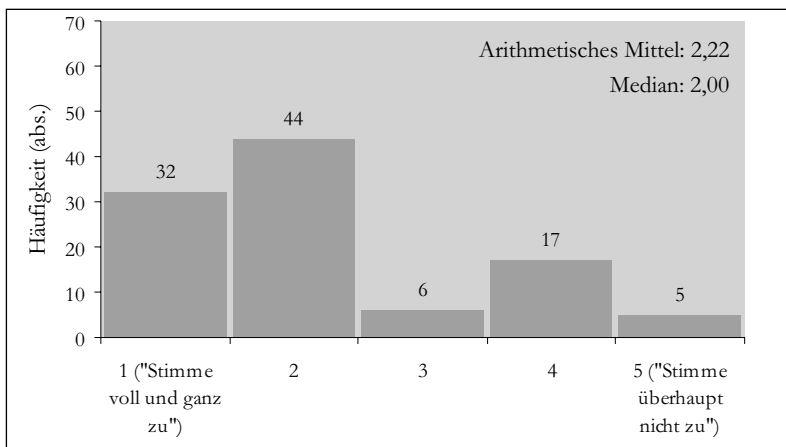


Abbildung 7: Zustimmung und Ablehnung zu Aussage 12

Aussage 16: Dass die Mohammed-Karikaturen in deutschen Tageszeitungen veröffentlicht wurden, war leider notwendig. Denn hier gab es ein besonderes gesellschaftliches Interesse, die Pressefreiheit zu verteidigen.

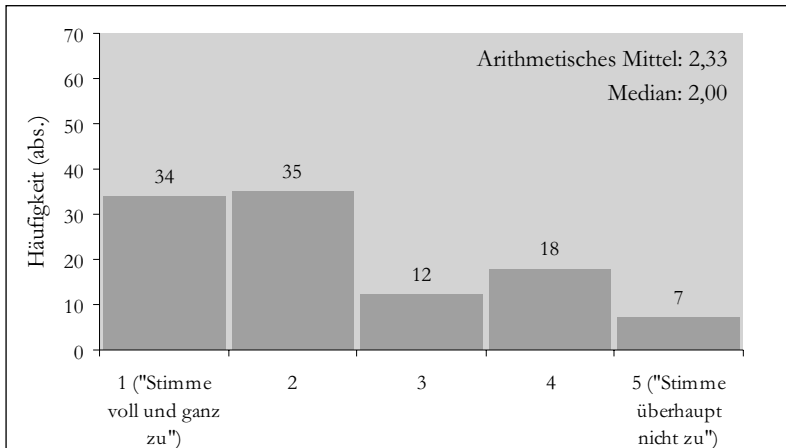


Abbildung 8: Zustimmung und Ablehnung zu Aussage 16

Dazu passen die Ergebnisse bei der Schlussfrage „Was ist Ihnen wichtiger, die allgemeine Moral, die für jeden gilt und ohne die menschliches Zusammenleben kaum möglich wäre, oder Ihr Beruf mit seiner besonderen Aufgabe, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren?“, bei der Antworten frei formuliert werden konnten. Eine Einteilung der Reaktionen in sechs Kategorien liegt nahe:

1. Eindeutige Priorität der Moral (typische Antwort: „Auf jeden Fall die Moral!“);
2. Eindeutige Priorität der Aufgabe Öffentlichkeit („Erst kommt der Journalismus und dann kommt die Moral. Ein guter Journalist macht sich mit nichts gemein, auch nicht mit moralischen Ansprüchen.“);
3. Beides ist gleich wichtig („Der Mittelweg wäre optimal!“);
4. Sehe keinen Widerspruch („Das ist ein künstlicher Gegensatz!“);
5. Uneindeutig/sonstige Angaben („Welch eine blöde Frage!“);
6. Keine Angabe.

Weit über die Hälfte der Befragten (58%) erkennen die Dualität von allgemeiner Moral und Professionalität und entscheiden sich entweder für eine der beiden Seiten oder gehen von der Gleichgewichtigkeit aus (vgl. Abb. 9). Das spricht für relativ ausgeprägtes berufliches Problembewusstsein¹¹.

11 Dabei findet sich das für die im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern weniger entwickelte journalistische Kultur in Deutschland typische, auch im

	Häufigkeit absolut	Prozent
Eindeutig Moral	31	29,0
Eindeutig Öffentlichkeitsaufgabe	16	15,0
Beides gleich wichtig	15	14,0
Kein Widerspruch	20	18,7
Nicht eindeutig	16	15,0
Keine Angabe	9	8,4
Summe	107	100

Abbildung 9: Prioritätensetzung zwischen Moral und Öffentlichkeitsaufgabe

Aufschlussreich erscheint zunächst, dass sich gerade an dieser Stelle ein erheblicher Unterschied zwischen den im Bereich Öffentlichkeitsarbeit/PR-Tätigen und den Journalisten im engeren Sinne zeigt: Der Anteil derjenigen, die zwischen Moral und Öffentlichkeitsaufgabe keinen Widerspruch sehen oder sich nicht entscheiden können, ist bei den Öffentlichkeitsarbeitern mit 47 Prozent erheblich höher als bei den Journalisten (32%). Ob das tatsächlich auf weniger Professionalität bei den Öffentlichkeitsarbeitern schließen lässt, muss allerdings offen bleiben, denn der Anteil derjenigen, die sich eindeutig für die Öffentlichkeitsaufgabe entscheiden, ist bei den Journalisten im engeren Sinne mit 14,1 Prozent nur geringfügig höher als bei den Öffentlichkeitsarbeitern (11,8%), während sich bei den Journalisten erheblich mehr als bei den Öffentlichkeitsarbeitern eindeutig für die Moral entscheiden (29,5% gegenüber 17,6%).

Was für das professionelle Problembewusstsein und – darin eingeschlossen – den Sinn für die Öffentlichkeitsaufgabe gilt, trifft für das Fremdverstehen der Verhältnisse und Probleme in der sich entwickelnden Einwanderungsgesellschaft weniger zu. Das erste der beiden Statements, die wir zur Messung dieses Fremdverstehens formuliert haben, stößt auf starke Ablehnung, die sich durch ein arithmetisches Mittel von 3,67 (Median: 4,00) bei den Zustimmungswerten äußert.

Aussage 10: Für die Frage, ob ein Journalist mit einer Karikatur religiöse Empfindungen des Publikums verletzt, macht es einen erheblichen Unterschied, ob es sich um Muslime oder Christen handelt, weil im Christentum – anders als im Islam – Gottesdarstellungen nicht verboten sind.

deutschen Presssekodex (nicht in der Spruchpraxis des Deutschen Presserats!) zum Ausdruck kommende überwiegende Moralseite auch hier wieder.

Offenbar ist die Bereitschaft, die kulturelle Andersartigkeit von Migrantengruppen – in diesem Fall von Muslimen – zu akzeptieren, unter deutschen Journalistinnen und Journalisten (noch) gering. Sensibilität für diese Andersartigkeit wäre aber notwendig, wenn der Journalismus der Mehrheitskultur in der Einwanderungsgesellschaft seinen Teil zur Integration von Migranten beitragen soll.

Dass es sich hier nicht um Zufall oder ein von anderen Motiven bestimmtes Antwortverhalten handelt, zeigt sich an dem anderen als Indikator für diese Dimension verwendeten Statement. Hier hätte überwiegende *Ablehnung* für Fremdverstehen und Respekt vor der Kultur der muslimischen Einwanderer gesprochen. Es zeigt sich jedoch mit einem arithmetischen Mittelwert von 2,47 (Median: 2,00) Zustimmung:

Aussage 11: Dass die dänischen Mohammed-Karikaturen auch in Deutschland veröffentlicht wurden, war völlig in Ordnung, denn die Grenze zur Verletzung religiöser Gefühle wurde hier nicht überschritten.

Dass Journalistinnen und Journalisten, die ganz überwiegend nicht auf eine Einwanderungsgeschichte zurückblicken, sondern in der deutschen Kultur sozialisiert worden sind, sich ein Urteil darüber zutrauen, ob die religiösen Empfindungen von Muslimen durch eine Publikation verletzt worden sind oder nicht, spricht gegen integrationsförderndes interkulturelles Fremdverstehen. Dieses Defizit, das sich vermutlich nicht nur bei Journalisten, aber eben auch bei ihnen findet, dürfte zuletzt darauf zurückzuführen sein, dass Deutschland sich erst seit Kurzem auf der offiziellen politischen Ebene als Einwanderungsgesellschaft versteht, obwohl es das de facto seit fünf Jahrzehnten ist. Da das Selbstverständnis als plurikulturelle Einwanderungsgesellschaft noch nicht in die Tiefe der Kultur, weder der politischen noch der journalistischen, eingedrungen ist, sind hier kaum andere Resultate zu erwarten.

Dass hinsichtlich des Grades an Fremdverstehen unter Journalist(inn)en immerhin Bewegung durch das Zuwanderungsgesetz von 2005 und die politische Integrationsdebatte ausgelöst worden sein kann, zeigt u. a. die starke Polarität der Antworten zu einem Statement, mit dem die grundsätzliche Zustimmung zum Menschenrecht auf freie Religiosität gemessen wird:

Aussage 13: Für alle Medien und Darstellungsformen gilt: Religiöse Empfindungen des Publikums dürfen nicht verletzt werden – egal, ob es sich um Christen, Juden oder Muslime handelt.

Im Säulendiagramm zeigt sich das geradezu gespaltene Meinungsklima:

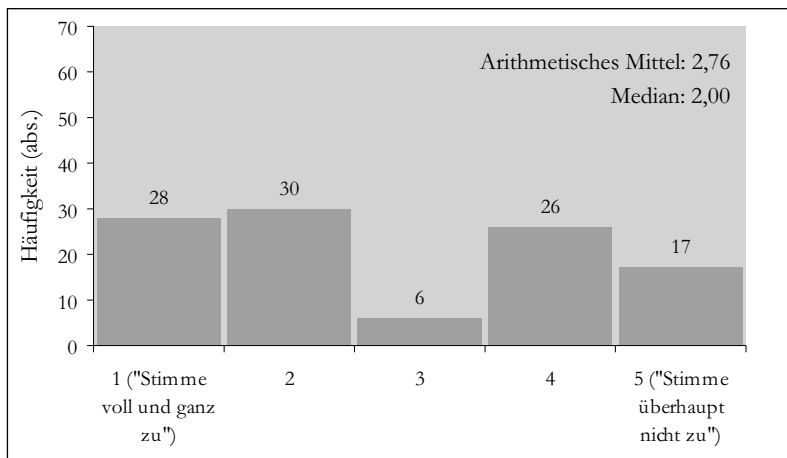


Abbildung 10: Zustimmung und Ablehnung zu Aussage 13

Offenbar liegt hier tatsächlich eine gewisse Ignoranz gegenüber der Differenziertheit dessen vor, was Religiosität in verschiedenen Kulturen bedeuten kann, denn ein anderes Statement, das den Respekt vor Religionsgemeinschaften und Religiosität generell zum Ausdruck bringt, findet unter den Befragten starke Zustimmung:

Aussage 15: Journalisten dürfen Religionsgemeinschaften nicht verhöhnen – egal, um welche Konfession es sich handelt.

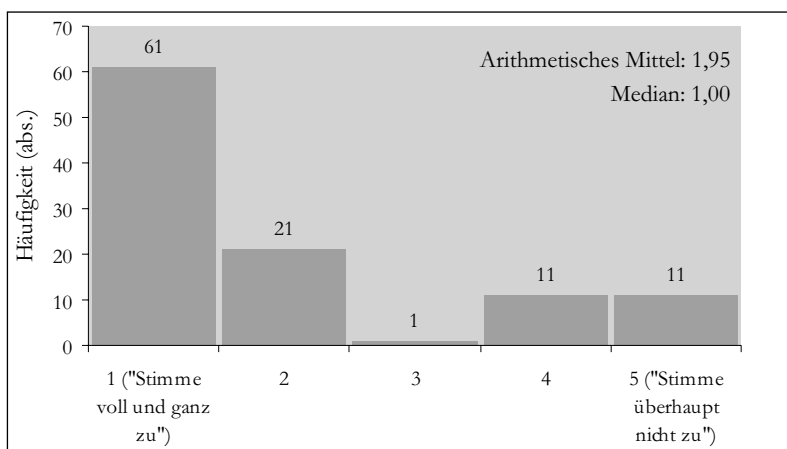


Abbildung 11: Zustimmung und Ablehnung zu Aussage 15

Es scheint zunächst so, als wenn sich eine 2007 in Kraft getretene Reform der Ziffer 10 des Pressekodex, die das Menschenrecht auf Religiosität schützen

soll, gut mit der unter Journalisten vorherrschenden Mentalität trifft. Nachdem er Beschwerden gegen die Publikation der dänischen Mohammed-Karikaturen zurückgewiesen hatte, hat der Deutsche Presserat den Fokus der Ziffer von der Unverletzlichkeit der subjektiven religiösen Empfindungen des Publikums auf die Sanktion *illegitimer Absichten von Journalisten* verlagert, weil er wohl gemerkt hat, dass er die Publikation der Karikaturen nach der alten Formulierung eigentlich hätte für illegitim erklären müssen (vgl. Pöttker 2007). Vor der Reform hieß es: „Veröffentlichungen in Wort und Bild, die das sittliche oder religiöse Empfinden einer Personengruppe nach Form und Inhalt wesentlich verletzen können, sind mit der Verantwortung der Presse nicht zu vereinbaren.“ Jetzt lautet Ziffer 10: „Die Presse verzichtet darauf, religiöse, weltanschauliche oder sittliche Überzeugungen zu schmähen.“ Die starke Zustimmung zum Verbot, Religionsgemeinschaften zu „verhöhnern“, lässt sich als Tendenz unter Journalisten deuten, lieber die eigenen Intentionen als die Folgen beim Publikum über Legitimität oder Illegitimität einer Publikation entscheiden zu lassen. Das gilt umso mehr, wenn man diese Zustimmung mit der überwiegenden Ablehnung des Statements 13 („Für alle Medien und Darstellungsformen gilt: Religiöse Empfindungen des Publikums dürfen nicht verletzt werden – egal, ob es sich um Christen, Juden oder Muslime handelt“) vergleicht.

Gegen diese Interpretation spricht allerdings die ausgeprägte Ablehnung eines Statements, das gesinnungsethisch die Bedeutung der journalistischen Absichten betont und die tatsächlichen, möglicherweise nicht intendierten Folgen einer Publikation für irrelevant erklärt:

Aussage 14: Ob sich Journalisten in ihren Veröffentlichungen über Religionsgemeinschaften und deren Stifter lustig machen dürfen, hängt von ihren Absichten ab. Die Folgen einer Veröffentlichung sind dagegen bedeutungslos.

Wenn die Befragten der Bedeutungslosigkeit der Folgen einer Publikation ausdrücklich nicht zustimmen (vgl. Abb. 12), lässt das eher auf ein verantwortungsethisches Grundmuster in der Mentalität vieler Journalisten schließen und relativiert die These von der gesinnungsethischen Konzentration auf die eigenen Intentionen.¹²

12 Möglicherweise handelt es sich um ein methodisches Artefakt, das auf ein von den Befragten entgegen der Fragebogen-Anweisung praktiziertes eiliges Ankreuzen zurückgeht. Die Antworten zu den Statements 14 und 15 sind so inkonsistent, dass zur Frage des Überwiegens von Gesinnungs- oder Verantwortungsethik hinsichtlich der Grenze, die der Öffentlichkeitsaufgabe durch das Menschenrecht

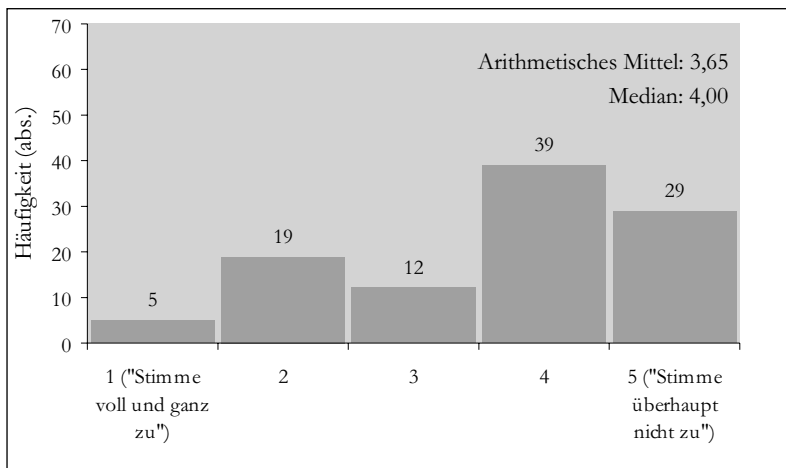


Abbildung 12: Zustimmung und Ablehnung zu Aussage 14

Die Zerklüftung der Meinungen unserer Befragten zum Problem des journalistischen Umgangs mit Religiosität zeigt, dass sich ein gefestigtes professionelles Selbstverständnis zu diesem berufsethischen Problemkomplex noch kaum herausgebildet hat oder bereits wieder im Schwinden begriffen ist. Letzteres liegt näher, weil die Entwicklung Deutschlands zur plurikulturellen Einwanderungsgesellschaft und der Umbruch zur politischen Selbstwahrnehmung als einer solchen die von Journalist(inn)en habitualisierten Haltungen beim Umgang mit Religion(en) infragestellen und dadurch in Fluss bringen können.

Um interkulturelle Integration zu fördern, sollte alles getan werden, damit der deutsche Journalismus auf dem Weg zu einer verantwortungsethischen Grundeinstellung bleibt, in der sich der professionelle Eigensinn für Öffentlichkeitsaufgabe und Pressefreiheit die Waage hält mit dem Fremdverstehen von nicht-christlicher Religiosität bei ethnischen Minderheiten und Migranten. So, wie der Deutsche Presserrat den Schutz der Religiosität in Ziffer 10 des Pressekodex seit dem 1.1.2007 zu fassen versucht, ist diesem Ziel wenig gedient, weil die gesinnungsethische Verlagerung des Fokus auf die Intentionen der Journalisten (verbotene „Schmähung“) weder den Eigensinn für die professionelle Öffentlichkeitsaufgabe noch das Fremdverstehen der Migranten und ihrer Religiosität stärkt. Integrationsfreundlicher im Sinne einer Balance von Eigensinn und Fremdverstehen und gleichzeitig systematischer im Hinblick auf den Kontext des Pressekodex wäre etwa folgende Formulierung der Ziffer 10:

auf Religiosität gezogen wird, in jedem Falle weitere Forschung notwendig erscheint.

Journalisten achten das Menschenrecht auf freie Religiosität und hüten sich, religiöse oder sittliche Empfindungen von Personengruppen zu verletzen, ganz gleich, um welche Religionsgemeinschaft es sich handelt. Ausnahmen sind möglich, wenn es um Informationen geht, an denen ein besonderes öffentliches Interesse besteht. In solchen Fällen gilt es, zwischen dem Menschenrecht auf Religiosität und dem Menschenrecht auf Öffentlichkeit abzuwägen, für das die Pressefreiheit eine notwendige Voraussetzung ist.

Auch wenn sie in dieser Hinsicht nicht ganz eindeutig sind, sprechen die Antworten unserer Befragten dafür, dass eine differenziert formulierte Antidiskriminierungsregel dieser Art unter Journalistinnen und Journalisten breite Akzeptanz fände.

6 Fazit: Wann werden Diskriminierungsverbote von Journalisten akzeptiert?

Was ist aus den dargestellten Ergebnissen darüber zu lernen, wie berufsethische Regeln zur Abwehr von Diskriminierung ethnischer Minderheiten gestaltet werden sollten, damit sie von Journalisten akzeptiert und eingehalten werden? Die Reaktionen auf die Fragenkomplexe zu den expliziten Diskriminierungsverboten (Ziffer 12 und Richtlinie 12.1) sowie zum Schutz des Menschenrechts auf freie Religiosität (Ziffer 10) lassen einige Schlüsse zu, die auch deshalb als gut gesichert gelten können, weil die Umfragedaten lediglich Annahmen stützen, die eine an anderer Stelle begründete Plausibilität (vgl. Pöttker 2005, Pöttker 2007) auf ihrer Seite haben.

Wir sehen vier naheliegende, durch die Daten untermauerte Grundsätze, die bei der Formulierung von berufsethischen Regeln, die der Integration von Migranten dienen, zu beachten sind:

- Regeln, die der Diskriminierung von Migranten entgegenwirken und die Rechte von kulturellen Minderheiten schützen, sollten so ausgestaltet werden, dass sie auch auf die *professionelle Aufgabe des Journalismus* Rücksicht nehmen, ein Optimum an gesellschaftlicher Transparenz herzustellen und umfassend zu informieren. Besonders ist auf die *Pressefreiheit* als notwendige Voraussetzung dafür zu achten, dass diese Aufgabe erfüllt werden kann, sowie auf die journalistische Grundpflicht zum Publizieren, die die Annahme eines mündigen, vorurteilsfreien Publikums erfordert, dem die volle Wahrheit zuzumuten ist.
- Integrationsfreundliche Regeln für journalistisches Handeln sollten gleichzeitig deutlich machen, dass es sich beim Schutz der Minderheiten vor Diskriminierung und beim Schutz ihrer kulturellen Identität um *allgemeine*

Menschenrechte handelt, die zwar zur Öffentlichkeitsaufgabe, die mit der Informationsfreiheit ebenfalls ein Menschenrecht zur Geltung bringt, in Konkurrenz treten, aber nicht grundsätzlich preisgegeben werden können. Auch als Angehörige einer Profession, deren besondere Aufgabe ein spezielles Berufsethos impliziert, bleiben Journalisten Subjekte der allgemeinen Moral, die für eine optimale Verwirklichung aller Menschenrechte mitverantwortlich sind. Diese nicht-professionelle Seite ihres Bewusstseins sollte von berufsethischen Regeln ebenfalls angesprochen werden, damit sie überzeugend sind.

- Zwischen der Öffentlichkeitsaufgabe und anderen Menschenrechten (Schutz vor Diskriminierung, freie Religionsausübung) können Widersprüche auftreten, die ein Abwägen von Fall zu Fall erforderlich machen. Integrationsfreundliche Verhaltensgrundsätze, die von Journalisten akzeptiert werden, dürfen den individuellen *Ermessensspielraum* für solche Abwägungen nicht einengen. Regeln zum Schutz von kultureller Identität und vor Diskriminierung sollten flexibel gestaltet werden, sodass sie ihren Adressaten die Möglichkeit zu verantwortlichem Handeln lassen. Starr fixierte Regeln entheben Journalisten der Verantwortung für die Folgen ihres Tuns oder Lassens.
- Für integrationsfreundliche Regeln journalistischen Verhaltens sollten weniger die Absichten der Journalisten als *die Folgen ihrer Handlungen* als Maßstab für deren Legitimität gelten. Auch wenn unsere Ergebnisse hier nicht ganz eindeutig sind, zeichnen sich bei entsprechenden expliziten Fragen eine Abkehr von gesinnungsethischen Prinzipien und eine Hinwendung zu einer pragmatischen, verantwortungsethischen Denkweise unter Journalisten ab, was bei der Gestaltung von berufsethischen Regeln grundsätzlich beachtet werden sollte.

Über diese Leitlinien für die Formulierung von integrationsfreundlichen Verhaltensgrundsätzen hinaus sind verstärkte Anstrengungen angezeigt, das in den öffentlichen Medien beschäftigte Personal besser über die Verhältnisse in der Einwanderungsgesellschaft zu *informieren* und für deren Probleme zu *sensibilisieren*. Die wirkungsvollste Methode hierfür dürfte die Steigerung des Anteils der Migranten in den Redaktionen der öffentlichen Medien sein. Wo man gemeinsam an einem Produkt arbeitet, erfährt man etwas übereinander.

Betrachtet man die Richtlinie 12.1 und die Ziffer 10 des deutschen Presserkodex in ihrer gegenwärtig (2008) geltenden Formulierung, stellt sich heraus, dass sie den oben skizzierten Einsichten in die Überzeugbarkeit von Journalisten wenig entsprechen. Um der für die Einwanderungsgesellschaft erforderlichen Balance von Eigensinn und Fremdverstehen näher zu kommen, die

bei der Formulierung geeigneter Regeln zum Schutz vor Diskriminierung und von kulturellen Minderheitenrechten behilflich wäre, sollten auch Organe der publizistischen Selbstkontrolle wie der Deutsche Presserat eine bessere Repräsentation von Migranten und ethnischen Minderheiten anstreben. Bisher sind dort vier Berufsverbände unter sich, in deren Mitgliedschaft Migranten und ethnische Minderheiten stark unterrepräsentiert sind, wie das Beispiel unserer Zufallsstichprobe aus den djv-Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen zeigt.

Würde der Presserat neben Verlegern und Journalisten auch Vertreter des Medienpublikums zulassen, könnten bei entsprechender Organisationsform beispielsweise auch die Zentralräte der Juden, der Sinti und Roma sowie der Muslime oder die türkischen Elternvereine Mitglieder des Presserats benennen. Das wäre nach unseren Ergebnissen letztlich wirkungsvoller für Integration, als schematische Serienbeschwerden gegen die ethnische Kennzeichnung von Straftätern einzureichen. Und was beim Presserat vielleicht (noch) nicht infrage kommt – immerhin genießt er die wohlwollende Aufmerksamkeit des Bundespräsidenten und wird zu erheblichen Teilen aus Steuermitteln finanziert, für die auch die Migranten aufkommen – sollte wenigstens den ihn tragenden Berufsverbänden auch mit Blick auf ihre Zukunftsfähigkeit möglich sein. Wie viele Deutsch-Türken gehören den Leitungsgremien des BDZV oder des VDZ an? Und wie viele Deutsch-Polen oder Spätaussiedler aus Russland gibt es in den Vorständen der beiden Journalistengewerkschaften?

Literatur

- Baerns, Barbara (1985): Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluß im Mediensystem. Köln.
- Deutscher Presserat (2007): Jahrbuch 2007. Mit der Spruchpraxis des Jahres 2006. Konstanz.
- Diekmann, Andreas (1995): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek.
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2005): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld.
- Mahle, Walter A. (Hrsg.) (1993): Journalisten in Deutschland. Nationale und internationale Vergleiche und Perspektiven. München.

- Pöttker, Horst (1999): Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Zum Verhältnis von Berufsethos und universaler Moral im Journalismus. In: Funiok, Rüdiger/Schmälzle, Udo F./Werth, Christoph H. (Hrsg.): Medienethik – die Frage der Verantwortung. Bonn, S. 215-232.
- Pöttker, Horst (2003): Kommunikationsstörungen? Zur Systematik der sozialen Beziehung zwischen Politikern und Journalisten. In: Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens (Hrsg.): Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Baden-Baden, S. 149-167.
- Pöttker, Horst (2005a): Soziale Integration. Ein Schlüsselbegriff für die Forschung über Medien und ethnische Minderheiten. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 25-43.
- Pöttker, Horst (2005b): Diskriminierungsverbote und Beschwerdepraxis des Deutschen Presserats - eine quantitative und qualitative Analyse. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand - Bibliographie. Bielefeld, S. 185-221.
- Pöttker, Horst (2007): Öffentlichkeit kann wichtiger sein als religiöses Empfinden. Zehn Thesen zum Karikaturen-Streit aus berufsethischer Sicht. In: Debatin, Bernhard (Hrsg.): Der Karikaturenstreit und die Pressefreiheit. The Cartoon Debate and the Freedom of the Press. Berlin, S. 73-84.
- Statistisches Bundesamt (2007): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden.
- Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz.

Daniel Müller

Inwieweit berichten Journalisten ohne begründbaren Sachbezug über die Zugehörigkeit von Straftatverdächtigen zu ethnischen Minderheiten?

Eine inhaltsanalytische Untersuchung
Dortmunder Tageszeitungen 2007

1 Einführung

Im Pressekodex des Deutschen Presserats heißt es unter Ziffer 12 (Diskriminierungen): „Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.“ (Deutscher Presserat 2006: 26.) Diese Forderung wird dann in der zugehörigen Richtlinie 12.1 in einem einzigen konkreten Bereich – der Kriminalitätsberichterstattung – etwas ausgestaltet (ibid.):

Richtlinie 12.1 – Berichterstattung über Straftaten

In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht.

Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.

Der vorliegende Beitrag hat das hauptsächliche Ziel, in einem kleinen Ausschnitt der deutschen Presse zu untersuchen, inwieweit diese Regelung – und zwar nur, soweit sie *ethnische* Minderheiten im weitesten Sinne betrifft – in der journalistischen Praxis Anwendung findet und inwieweit gegen diese Richtlinie verstoßen wird. Dabei ist der Beitrag im Zusammenhang zu sehen mit den zwei separaten Journalistenbefragungen (leitfadengestützte Interviews Müller, repräsentative schriftliche Erhebung Pöttker) sowie dem Experiment zur Rezeption (Mohr/Bader/Wicking) in diesem Band.

Ein entscheidender Punkt ist in dieser Frage der Einhaltung der Richtlinie natürlich die Einschätzung, wann ein „begründbarer Sachbezug“ für die Kenntlichmachung von Minderheitenzugehörigkeit vorliegt und wann nicht.

Hier existieren große Ermessensspielräume; es ist immer eine Güterabwägung vorzunehmen, deren Ergebnisse wohl nur in selten eindeutigen Fällen einhellige Zustimmung finden können. Die teilweise extrem abweichenden Beurteilungen ähnlich gelagerter Fälle in der Spruchpraxis des Deutschen Presserats (vgl. Pöttker 2002, 2005) sind dafür ein gutes Indiz.¹ Die im vorliegenden Beitrag getroffenen Einschätzungen decken sich sicher auch nicht mit denen, die zum Beispiel das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (siehe etwa DISS 1999) vorgelegt hat: In vielen Fällen, in denen die Berichterstattung dort kritisiert wird und die zum Teil Fällen ähneln, die im vorliegenden Beitrag erscheinen, hält der Autor die Vorgehensweise der Journalisten für gut vertretbar und die Kritik folglich für unberechtigt.

Zunächst ist klarzustellen, dass eine vergleichbare Untersuchung der praktischen Anwendung der Richtlinie 12.1 nach Kenntnis des Autors bisher nicht vorliegt. Diese Feststellung mag auf den ersten Blick befremden, da es eine – sogar sehr beachtliche – Anzahl von zum Teil außerordentlich umfangreichen und aufwändigen Studien gibt, die mit verschiedenen Methoden der Inhaltsuntersuchung (quantitative Inhaltsanalysen im eigentlichen Sinne, Diskursanalysen und vieles mehr) auch oder ausschließlich auf die Darstellung von Personen mit Migrationshintergrund als Straftatverdächtige eingehen.

Dies gilt zwar nicht für die allgemeine Forschung zur Kriminalitätsberichterstattung, bei der Minderheiten oft keine oder so gut wie keine Rolle spielen (vgl. zum Beispiel schon Stein-Hilbers 1977, jetzt zum Beispiel Schönhagen/Brosius 2004), wohl aber für zahlreiche allgemeine Studien zur Darstellung von „Gastarbeitern“, „Ausländern“ und „Migranten“ in deutschen Medien (zum Beispiel schon Delgado 1972, Merten 1986), vor allem aber auch für eine beachtliche Anzahl von Spezialstudien zum Thema ethnische Minderheiten und Kriminalitätsberichterstattung (hervorzuheben Jäger et al. 1998).

Die journalistische Praxis wird hierbei – bei Beschränkung auf die Medieninhalte an sich – jedoch notgedrungen einseitig negativ beleuchtet: Immer dann, wenn Journalisten in ihrer Praxis – in Kenntnis oder Unkenntnis der Richtlinie – a) die Zugehörigkeit von Tatverdächtigen/Tätern zu ethnischen Minderheiten erfolgreich vollständig unkenntlich gemacht oder auch b) die Berichterstattung im betreffenden Fall (weil er nicht interessant genug schien, zur Verhütung des Schürens von Vorurteilen oder aus welchen Gründen auch immer) ganz unterlassen haben, sind solche Fälle von Einhaltung – oder auch Übererfüllung – der Richtlinie in den Inhalten nicht mehr zu erkennen.

Ebenso ist die journalistische Praxis erst recht nicht aus den Beschwerdefällen des Presserats rekonstruierbar; da der Presserat nur auf Be-

1 Die Spruchpraxis wird regelmäßig veröffentlicht; siehe zuletzt Deutscher Presserat 2007.

schwerde hin tätig wird, entgehen ihm – „wo kein Kläger, da kein Richter“ – zweifellos zahlreiche Verstöße. Vor allem aber befasst sich der Presserat naturgemäß ebenfalls nur mit den Fällen, in denen eine Kenntlichmachung erfolgt ist, also mit dem möglichen Verstoß gegen die Richtlinie, nie mit dem eindeutigen Nicht-Verstoß fehlender Kenntlichmachung. Insgesamt spielen Zufälligkeiten bzw. Schwerpunkte einzelner Beschwerdeführer beim Zustandekommen der Gesamtheit der eingegangenen Fälle eine große Rolle.

Solange aber die Fälle, in denen Journalisten sich *gegen* eine Kenntlichmachung von Zugehörigkeit entschieden haben, nicht erkannt – von Artikeln mit deutschen Tatverdächtigen unterschieden – werden (können), bleibt auch der Anteil möglicher Verstöße unklar und damit die Regelpraxis im Dunkeln. Nutzen – zur Verdeutlichung plakativ zugespitzt – (bestimmte) Journalisten jede Gelegenheit, um Migranten als Kriminelle anzuprangern, oder handelt es sich bei Fällen von unangemessener Kenntlichmachung ethnischer Zugehörigkeit um seltene Ausnahmen von der Regel der Unkenntlichmachung bzw. der angemessenen Kenntlichmachung?

Zur Bewertung der journalistischen Praxis muss daher ein Schritt zurück getan werden, zu den Quellen der Journalisten. Schon vor einem Jahrzehnt hat Ulrike Handel angeregt (Handel 1998: 144):²

Um sichere Aussagen darüber treffen zu können, ob Journalisten bei der Berichterstattung etwas weglassen, hinzudichten oder nur das weitergeben, was ihnen aus den Pressemeldungen der Polizei zur Verfügung steht, müsste man ergänzend eine Inhaltsanalyse von Polizeipressemeldungen durchführen, weil erst dadurch Verzerrungen der Berichterstattung durch die Redaktionen selbst deutlich werden.

Dabei geht es wohlgerne in keiner Weise darum, die Journalisten in Fällen unangemessener Kenntlichmachung von Minderheitenzugehörigkeit mit dem Hinweis auf die entsprechende Quelle zu entlasten („Das stand so in der Polizeimeldung“); es ist offensichtlich, dass Journalisten Verantwortung für das tragen, was sie auswählen und weitergeben. Es geht vielmehr um den umgekehrten Fall, das heißt den Verzicht auf Kenntlichmachung *trotz Kenntlichmachung in der Quelle*, wobei aber auch zu beachten ist, dass nicht jeder Verzicht

2 Handel regt an gleicher Stelle übrigens eine parallele Journalistenbefragung und eine Wirkungsstudie an (vgl. die drei separaten Befragungen in diesem Band). Handel selbst vergleicht die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) mit der Berichterstattung; dies ist eine häufige Methode, um Nachrichtenwerte in der Kriminalitätsberichterstattung zu ermitteln, von ihr aber wohl erstmals auf einen Vergleich zwischen Deutschen und Ausländern bezogen worden. Dieser Diskriminierungsvergleich ist ebenfalls von großer Bedeutung.

automatisch gut ist, eine Kenntlichmachung vielmehr besser sein kann, sodass bei Unkenntlichmachung dann der oben als *Übererfüllung* der Richtlinie apostrophierte Fall vorläge.

Die angeführte Literatur zeigt noch ein weiteres Forschungsdesiderat auf, das in einem ergänzenden Schritt ebenfalls erhoben werden soll. Die vorliegende Literatur zur Kriminalitätsberichterstattung im weiteren Sinne befasst sich in der Regel entweder gar nicht oder nur marginal mit ethnischen Minderheiten (zum Beispiel Stein-Hilbers 1977) oder aber ausschließlich mit ihnen (zum Beispiel Jäger et al. 1998); hier soll daher das diskursive Feld Kriminalität genauer erfasst werden, um wenigstens ansatzweise den Anteil, der Minderheiten darin zugeschrieben wird, bewerten zu können. In welchem Ausmaß sind „Kriminalität“ und „Migration“ verknüpft?

Dies leitet über zu einer anderen Frage, die hier nur gestreift werden soll, der Frage nach der Wirkung. Wer wissen will, ob die Richtlinie 12.1 ihren Zweck erfüllt, muss a) fragen, ob sie überhaupt – wie gesagt: wissentlich oder unwissentlich – seitens der Journalisten/Redaktionen befolgt wird (zu ermitteln durch vergleichende Quellen-/Inhaltsanalyse, Befragung von Journalisten), aber auch b), wie diese Befolgung (oder Nichtbefolgung) wirkt (zu ermitteln durch Befragung von Rezipienten). Denn die Befolgung der Richtlinie ist ja kein Selbstzweck, sondern sie dient dem Ziel, keine Vorurteile zu schüren (bzw. gegebenenfalls welche abzubauen). Diese komplexe Frage wird hier fortan ausgeklammert; vgl. neben dem Beitrag von Mohr/Bader/Wicking in diesem Band jetzt auch Hefner/Klimmt/Daschmann 2007).

Beide Fragen – ob die Richtlinie befolgt wird und wie gegebenenfalls die Befolgung/Nichtbefolgung wirkt – sind jedenfalls dann im Zusammenhang zu sehen, wenn die Frage gestellt wird, ob die Richtlinie ihren Zweck erfüllt. Seit geraumer Zeit gibt es immer wieder Bestrebungen, die Richtlinie wie auch verwandte Regelungen etwa im Medienrecht zu verschärfen bzw. ihren Geltungsbereich auszuweiten.

Mitunter liegt hier, bei Beibehaltung der erwähnten Güterabwägung (durchweg lesens- und beachtenswert, wenn auch vom Autor meist nicht geteilt, die Beispiele und ihre Erörterung in Jäger et al. 1998; Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1999), offensichtlich ein anderes – hier jeweils idealtypisch gemeintes – Verständnis von Journalismus vor: Dem Verständnis, dass die Grundnorm „Publizieren“ lautet, von der nur in eng begründeten Ausnahmefällen abgegangen werden soll, steht hier der umgekehrte Ansatz entgegen, der stets fragt, was die betreffende Information positiv beiträgt. Als Grundnorm, von der nur in begründeten Ausnahmefällen – sagen wir: bei nachgewiesenem Nutzen für das (von wem definierte?) Allgemeinwohl – abzugehen wäre, erscheint hier also strenggenommen das *Nichtpublizieren*. Dies ist ein pädagogisches, ja ansatzweise totalitäres Verständnis von Journalismus, das

den Mediennutzer gegenüber dem in seiner *Gatekeeper*-Funktion („Tür zu!“) gestärkten bzw. in die Pflicht genommenen Journalisten entmündigt und hier klar abgelehnt wird, mögen ihm auch noch so wohlmeinende Gesinnungen unterliegen.

2 Empirische Untersuchung

Die Untersuchung soll wie dargelegt Aufschlüsse über zwei Fragenkomplexe liefern, wobei das Hauptinteresse dem zweiten gilt:

1. In welchem Umfang kommen ethnische Minderheiten in der Kriminalitätsberichterstattung vor?
2. Inwieweit halten Journalisten die Richtlinie 12.1 (wissentlich oder unwissentlich) ein?

Zu diesem Zweck wurden die Ausgaben der beiden großen Dortmunder Tageszeitungen *Ruhr-Nachrichten* (RN) und *Westfälische Rundschau* (WR) im Zeitraum vom 10. bis zum 30. April 2007 ausgewertet. In das Sample aufgenommen wurden alle Artikel, in denen im weitesten Sinn auf *in Deutschland verübte Kriminalität* Bezug genommen wurde; ausgenommen von dieser Regel wurde nur die Befassung mit fiktionaler Kriminalität (Rezension eines Kriminalromans, Bericht über neuen Fernseh-Kommissar etc.). Unberücksichtigt blieben auch Unfälle, sofern nicht die Umstände eine Berücksichtigung nahelegten (Drogen/Alkohol, Fahrerflucht, Verfolgung durch die Polizei).

Die ermittelten Artikel (n = 827) wurden dann nach 22 Merkmalen kodiert, von denen die meisten jedoch nur hilfsweise erhoben wurden.

Die Auswertung erfolgt in zwei Stufen:

1. Auszählung einiger relevanter Kategorien. Ziel war es dabei nicht, komplexe Korrelationen oder gar Kausalbeziehungen auszuwerten, sondern einen Überblick zu schaffen, wie sich Kriminalität in den beiden Zeitungen darstellt respektive wie sie dargestellt wird und welchen Anteil dabei Minderheitenangehörige als Tatverdächtige haben.
2. Qualitative Einzeluntersuchung aller Artikel mit Minderheitenbezug aus der ersten Woche des Samples (Ausgaben 83-87 = 10.-15. April 2007). Diese Vorgehensweise – alle Artikel eines überschaubaren Zeitraums auszuwerten – soll wieder der Veranschaulichung der tatsächlichen Verhältnisse dienen; viele Beispiele sind denkbar unspektakulär, aber dies entspricht genau der Absicht des Beitrags: Es geht hier um die journalistische Normalität, nicht den Sonderfall (respektive um den Sonderfall nur in dem Maß, in dem er tatsächlich auftritt).

Diese qualitative Auswertung wurde im Sinne der von Handel angeregten Überprüfung auch mit den Original-Polizeimeldungen des Polizeipräsidiums Dortmund³ verknüpft, wobei sich natürlich die Bezüge auf Fälle im Einzugsbereich der Dortmunder Polizei beschränken. Weitere Hinweise zur Befolgung der Richtlinie ergeben sich jedoch durch einen Vergleich beider Zeitungen; das könnte ggf. durch weitere Quellen (weiterer Medien und namentlich der Agenturen, Polizeimeldungen anderer Dienststellen) ausgebaut werden.

2.1 Kriminalitätsberichterstattung im weiteren Sinne

Die Untersuchung unterscheidet zwischen allgemeiner und spezieller Kriminalitätsberichterstattung. Zur *allgemeinen Kriminalitätsberichterstattung* wurden dabei gerechnet:

- a) Vorschläge, Diskussionen, Ratschläge über *Kriminalitätsbekämpfung*
- b) *Kriminalitätsstatistik*
- c) Bloße *Erwähnung von Kriminalität* in anderen Zusammenhängen
- d) *Historische Kriminalfälle* (zum Beispiel Gedenken an NS-Verbrechen, die Buback-Ermordung 1977)
- e) *Sonstige Artikel* (zum Beispiel Porträts eines Gerichtszeichners, eines Gerichtsmediziners; Vorstellung einer Polizeiwache in der Dortmunder Nordstadt; Mitteilung der NRW-Justizministerin über 2006 durch Haftlingsarbeit erwirtschaftete Erlöse)

Zur *speziellen Kriminalitätsberichterstattung* wurden dagegen nur Berichte über konkrete (unter Ausschluss als historisch definierter⁴) Fälle mutmaßlicher Kriminalität gerechnet:

- a) *Anzeige(n)*, unspezifische (Vor-)*Ermittlungen* der Polizei
- b) *Fabndung nach unbekannten Verdächtigen*
- c) *Fabndung nach bekannten Verdächtigen*

3 Für die Bereitstellung sei Wolfgang Wieland von der Pressestelle des Polizeipräsidiums herzlich gedankt.

4 Im Sample befanden sich Artikel über einen laufenden Prozess wegen versuchter Bombenanschläge 1986 und 1987. Aufgrund des laufenden Prozesses wurden solche Artikel der spezifischen Kriminalitätsberichterstattung zugerechnet.

- d) *Festsetzung* (Feststellung der Personalien, Festnahme, Verhaftung; Einlieferung in ein Krankenhaus), anschließende Ermittlungen bis (ausschließlich) Anklageerhebung
- e) *Anklageerhebung, Prozess* mit allen Weiterungen

In Bezug auf die in Richtlinie 12.1 benutzte Formulierung „erwähnen“ ist für diese Untersuchung zu präzisieren, dass hier – soweit ganz im Einklang zum Beispiel mit Jäger et al. 1998 – auch äußerst indirekte Hinweise, die Bezug auf Minderheiten suggerieren, miterhoben wurden. Daher ist hier stets von *Kenntlichmachung* die Rede. Eine solche Kenntlichmachung kann auf viele Arten erfolgen bzw. auch unterlaufen.

	<i>RN</i>	<i>WR</i>	beide
Allgemeine Krim.-Berichterst.	138	143	281
Spezielle Krim.-Berichterst.	286	260	546
Krim.-Berichterst. insges.	424	403	827
Kenntlichmachung i. w. S.	(8,0%) 34	(10,9%) 44	(9,4%) 78

Abbildung 1: Kriminalitätsberichterstattung insgesamt

	<i>RN</i>	<i>WR</i>	beide
Kriminalitätsbekämpfung	81	83	164
Kriminalitätsstatistik	20	17	37
Erwähnung von Kriminalität	11	25	36
Historische Kriminalfälle	9	3	12
Sonstige Artikel	11	25	36
Allgemeine Berichterst. insges.	138	143	281
Kenntlichmachung i. w. S.	(2,9%) 4	(4,2%) 6	(3,6%) 10

Abbildung 2: Allgemeine Kriminalitätsberichterstattung im Einzelnen

Ethnische Minderheiten spielen also in der Wahrnehmung dieser „weichen“ Befassung mit Kriminalität jenseits von Polizeimeldungen und Gerichtsberichten nur eine untergeordnete Rolle; die Art der Befassung wird das noch unterstreichen.

	<i>RN</i>	<i>WR</i>	beide
Anzeige(n), Ermittlungen	75	54	129
Fahndung nach Unbekannten	33	48	81
Fahndung nach nam. Bekannten	2	3	5
Festsetzung	89	76	165
Anklageerhebung, Prozess	87	79	166
Spezielle Berichterst. insgesamt	286	260	546
Kenntlichmachung i. w. S.	(10,5%) 30	(14,6%) 38	(12,5%) 68

Abbildung 3: Spezielle Kriminalitätsberichterstattung im Einzelnen

Auch hier erscheint der Anteil, wenn auch deutlich höher, immer noch recht gering. Es muss dabei klar sein, dass man nicht einfach die an 100 Prozent fehlenden Werte den Deutschen zurechnen kann. In einschlägigen Werken wird zurecht meist erwähnt, dass deutsche Tatverdächtige (ohne Migrationshintergrund) oft gar nicht, oder ebenfalls (s.o.) bestenfalls indirekt als Deutsche identifiziert werden. Dies wird freilich verschieden gedeutet; manche sehen dies als Beweis für die Diskriminierung von Ausländern/Migranten („bei Deutschen schreiben sie’s ja auch nicht“) bzw. als Hinweis auf die Möglichkeit, Identifizierung zu unterlassen. Plausibel scheint aber – zumindest auch – die Deutung, dass „deutsch“ ohnehin vielfach ergänzt gedacht wird, wo ethnische Charakterisierungen fehlen.⁵

	<i>RN</i>	<i>WR</i>	beide
Gewaltdelikte aller Art	139	121	260
Kenntlichmachung i. w. S.	18	16	34
	12,9%	13,2%	13,1%

Abbildung 4: Gewaltdelikte aller Art in der spezifischen Kriminalitätsberichterstattung

Die Werte für Gewaltdelikte liegen also höher als allgemein; dabei ist jedoch der hohe Anteil von Berichten über den Prozess gegen einen der so genannten „Kofferbomber von Köln“ in Beirut zu beachten, der in das Sample fiel (siehe unten).

5 Zu verweisen ist schließlich auf Orts- bzw. Regionalbezeichnungen wie „Bochumer“ oder „Bayer“, die vielfach einen Deutschen ohne Migrationshintergrund suggerieren mögen, auch wenn diese Gleichsetzung streng genommen natürlich nicht stimmt, da es zahlreiche – beispielsweise – Bochumer und Bayern mit Migrationshintergrund gibt.

3. Einzelbewertung aller Kenntlichmachungen, 10.-15. April 2007

3.1 Spezifische Kriminalitätsberichterstattung

3.1.1 Massenschlägerei in Balve (Märkischer Kreis)

Westfälische Rundschau, Nr. 83 vom 10. April, S. RZT1_.

Märkischer Kreis://70 Beteiligte bei brutalen Schlägereien

Balve/Meinerzhagen. (dpa) Zwei Schlägereien mit insgesamt 70 beteiligten Streithähnen haben über Ostern die Polizei im Märkischen Kreis beschäftigt. Im ersten Fall kam es in Balve zu einer Zusammenrottung von etwa 50 Schlägern, bei der auch Angehörige der Neonazi-Szene beteiligt waren. Der Streit eskalierte, nachdem am Sonntagabend eine 24-Jährige von zwei Unbekannten mit einem Messer im Gesicht verletzt worden war. Die Frau rief ihren Freund zu Hilfe, den die Polizei der Skinhead-Szene zuordnet. Dieser sprach zwei unbeteiligte Männer ausländischer Herkunft an, die sich dadurch provoziert fühlten und mehrere Bekannte informierten. Im weiteren Verlauf kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen diesen Bekannten und weiteren Skinheads. Im zweiten Fall [...]

Es handelt sich um einen gegebenenfalls redigierten Text der Nachrichtenagentur dpa.

Der Artikel findet in den RN, deren Verbreitungsgebiet im Gegensatz zur WR nicht in den Märkischen Kreis reicht, keine Entsprechung.

An der Berichterstattung besteht ein beachtliches öffentliches Interesse; eine Schlägerei mit 50 Beteiligten und einer Konfrontation von „Neonazis“/„Skinheads“ mit Migranten sollte von einer regional verankerten Zeitung gemeldet werden. Ein Verzicht auf die Kenntlichmachung der „ausländischen Herkunft“ ist ebenfalls nicht sinnvoll, da der Hintergrund sonst unverständlich wird. Im Gegenteil ist die Nennung „Ausländer“ versus „Skinheads“ sogar eher geeignet, Sympathien für die Ausländer zu wecken, die auch nicht als Täter hingestellt werden; inwieweit beteiligte „Ausländer“ Straftaten begangen haben, bleibt im Übrigen offen.

3.1.2 Prozess gegen den so genannten „Kofferbomber“ in Beirut

Westfälische Rundschau, Nr. 84 vom 11. April, S. RPL3_.

Motiv: Rache//Prozess gegen „Kofferbomber“ beginnt in Beirut

Beirut/Kairo. (dpa) In der libanesischen Hauptstadt Beirut beginnt heute der Prozess gegen einen der beiden mutmaßlichen „Kofferbomber“ von Köln. Jihad Hamad hat nach Angaben der Justizbehörden gestanden, dass er am 31. Juli 2006 einen Sprengstoffkoffer in einen deutschen Regionalzug platziert hatte. Als Motiv gab der junge Mann Rache für die Veröffentlichung der dänischen Karikaturen des Propheten Mohammed an. Der Doppelanschlag hatte damals nur deshalb nicht zu einem Blutbad geführt, weil die in den Koffern versteckten Sprengsätze fehlerhaft zusammengebaut waren.

Neben Hamad waren im Libanon im August 2006 noch drei weitere mutmaßliche Islamisten aus dem Norden des Landes als mögliche Mitwisser der Tat verhaftet worden. Den Angeklagten droht lebenslange Haft.

Westfälische Rundschau, Nr. 85 vom 12. April, S. RPL2_.

Kofferbomber-Prozess nach acht Minuten vertagt

Der Kofferbomber-Prozess in Beirut ist heute am ersten Tag bereits nach nur acht Minuten wieder vertagt worden. Der Hauptangeklagte Jihad Hamad hatte vor Prozessbeginn gestanden, dass er in Köln am 31. Juli 2006 einen Sprengstoffkoffer in einem deutschen Regionalzug platziert hatte.

Westfälische Rundschau, Nr. 85 vom 12. April, S. RPL3_.

In Beirut//Prozess gegen „Kofferbomber“ vertagt [mit Foto des Angeklagten]

Beirut. Über acht Monate nach den gescheiterten Kofferbomben-Anschlägen auf deutsche Regionalzüge hat in Beirut der Prozess gegen einen der beiden mutmaßlichen Täter begonnen.

Die Sitzung wurde aber nach Angaben der Verteidigung nach nur acht Minuten auf den 18. April vertagt. Der Hauptangeklagte Jihad Hamad hatte vor Prozessbeginn gestanden, dass er in Köln am 31. Juli 2006 einen Sprengstoffkoffer in einem deutschen Regionalzug

platziert hatte. Den Angeklagten drohen bis zu 25 Jahre Haft mit Zwangsarbeit. Als Motiv für seine Tat gab Hamad Rache für die Veröffentlichung der dänischen Karikaturen des Propheten Mohammad an.

Der Prozess in Beirut wurde vertagt, weil die Polizei noch nach Saddam al-Hajdib, einem Bruder des in Deutschland inhaftierten Verdächtigen Youssef al-Hajdib, fahndet. Außerdem hat die Verteidigung eine Verlegung des Prozesses von der Hauptstadt Beirut in die Heimatregion des Angeklagten im Nordlibanon beantragt. Als Hauptverdächtige gelten Hamad und der Libanese Youssef al-Hajdib, der in Deutschland auf seinen Prozess wartet. Die beiden jungen Männer sollen zwei Koffer mit selbst gebastelten Bomben in zwei Regionalzügen deponiert haben, die nach Koblenz und Hamm unterwegs waren. Die Sprengsätze waren nicht explodiert, weil sie fehlerhaft konstruiert worden waren.

Rubr-Nachrichten, Nr. 85 vom 12. April, S. 1.

Bomber-Prozess vertagt

Beirut. Über acht Monate nach den gescheiterten Kofferbomben-Anschlägen in zwei deutschen Regionalzügen nach Hamm und Koblenz hat in Beirut der Prozess gegen einen der beiden mutmaßlichen Täter begonnen. Die Sitzung wurde aber laut Verteidigung nach nur acht Minuten auf den 18. April vertagt. Der Hauptangeklagte Jihad Hamad hatte gestanden, dass er in Köln am 31. Juli 2006 einen Sprengstoffkoffer in einem Zug platziert hatte. Den Angeklagten drohen bis zu 25 Jahre Haft mit Zwangsarbeit. dpa

Rubr-Nachrichten, Nr. 85 vom 12. April, S. REDOx1.

Angeklagter lächelte vor Gericht//Kofferbomben-Anschlag: Prozess begann [mit Foto des Angeklagten]

Beirut/Köln. Der erste Prozesstag für Jihad Hamad (Foto) dauerte acht Minuten. Dann wurde die Sitzung auf den 18. April vertagt. Doch über acht Monate nach den gescheiterten Kofferbomben-Anschlägen auf deutsche Regionalzüge hat damit gestern in Beirut der Prozess gegen einen der mutmaßlichen Täter begonnen.

Der Hauptangeklagte Hamad hatte vor Prozessbeginn gestanden, dass er in Köln am 31. Juli 2006 einen Sprengstoffkoffer in einem deutschen Regionalzug platziert hatte. Als Motiv gab Hamad Rache für die

dänischen Karikaturen des Propheten Mohammad an. Er behauptete, der zweite mutmaßliche „Kofferbomber“, der Libanese Youssef al Hajdib, habe ihn zu dem Anschlag in den Zügen nach Hamm und Koblenz angestiftet. Der Prozess wurde gestern vertagt, weil die Polizei nach Saddam al-Hajdib, einem Bruder des in Deutschland inhaftierten Verdächtigen al-Hajdib, fahndet. Außerdem hat die Verteidigung eine Verlegung des Prozesses von Beirut in die Heimatregion des Angeklagten im Nordlibanon beantragt.

Prozessbeobachter berichteten, Jihad Hamad habe mehrfach seiner Familie zugelächelt, die den Prozess im Gerichtssaal verfolgte. · dpa

Es handelt sich um ggf. redigierte Texte der Nachrichtenagentur dpa.

An der Berichterstattung besteht ein außerordentlich großes öffentliches Interesse. Der Angeklagte wird wie mehrere Mitverdächtige mit Namen genannt und dadurch und durch andere Umstände als Nichtdeutscher (Libanese) kenntlich gemacht. Dies ist in keiner Weise zu beanstanden, auch Begriffe wie „junger Mann“ (freilich nicht durch Altersangabe untermauert) oder „Kofferbomber“ nicht.

Problematische Aspekte finden sich jedoch im letzten RN-Artikel. Die Formulierung „Er behauptete“ wäre wohl durch das neutrale „Er erklärte“ zu ersetzen, zumal für den Leser nicht zu erkennen ist, worauf der Journalist das Wissen stützen könnte, der Angeklagte spreche die Unwahrheit, wie es „behaupten“ suggeriert. Bezeichnenderweise fehlt dieser Satz in der entsprechenden WR-Version ganz.

Die Erwähnung, dass der Angeklagte seiner Familie mehrfach zugelächelt habe, erscheint problematisch, besonders aber, wenn daraus in der Überschrift „Angeklagter lächelte vor Gericht“ wird. Hier ergibt sich die nicht weiter begründete Assoziation, der Angeklagte freue sich oder sei stolz auf seine Tat.

3.1.3 Überfall auf Spielhalle in Dortmund-Eving

Westfälische Rundschau, Nr. 83 vom 10. April, S. RDO03.

Überfall in Eving//Spielhalle: Aufsicht blickt in Pistolenlauf

Opfer eines bewaffneten Raubüberfalls wurden zwei Angestellte einer Spielhalle am Ostersonntag gegen 23.30 Uhr auf der Bayrischen Straße in Eving. [...] Täter: ca. 25 Jahre, vermutlich Südländer, ca. 180 cm groß, kräftig, rundes Gesicht, kurze schwarze Haare, schwarzer Mantel mit weißem Emblem auf dem Ärmel, schwarze Hose, braune Strumpfmaske. [...]

Westfälische Rundschau, Nr. 83 vom 10. April, S. RDN01.

Zeugen gesucht//Bewaffneter Täter überfällt Spielhalle

Eving. Opfer eines Raubüberfalls wurden zwei Angestellte einer Spielhalle am Ostersonntag um 23.30 Uhr auf der Bayrischen Straße in Eving. [...]

Die Frauen beschreiben den Mann wie folgt: Er war etwa 25 Jahre alt, 1,80 Meter groß und von kräftiger Statur. Er hatte ein rundes Gesicht, kurze schwarze Haare [...]

Ruhr-Nachrichten, Nr. 83 vom 10. April, S. DOLO3x1.

Überfall auf Spielhalle

[...] Er wird wie folgt beschrieben: Männlich, etwa 25 Jahre alt, vermutlich Südländer, ca. 1,80 Meter groß, kräftig, rundes Gesicht, kurze schwarze Haare [...]

Auszug Polizeibericht (Lfd. Nr. 0670)

Überfall auf Spielhalle

[...]

Täterbeschreibung:

Männliche Person, ca. 25 Jahre alt und vermutlich Südländer, ca. 180 cm groß, kräftige Statur, rundes Gesicht und kurze schwarze Haare [...]

Dieser Text entstammt, wie zu sehen, dem Polizeibericht. Hier ergibt sich erstmals eine Diskrepanz, die zeigt, dass die Kenntlichmachung in einem der Texte gezielt gelöscht worden ist.

An der Berichterstattung über einen unter Verwendung einer Schusswaffe verübten Raubüberfall in der eigenen Stadt besteht ein großes öffentliches Interesse.

Die RN übernehmen den Hinweis „vermutlich Südländer“ wie auch die WR im Lokalteil; im sublokalen Teil, den Stadtteil-Nachrichten, wird dieser Hinweis jedoch gekürzt.

Beide Positionen erscheinen vertretbar. Das Interesse an der Fahndung wegen einer immerhin schweren Straftat rechtfertigt die Nennung auch von

vergleichsweise vagen Hinweisen, wie sie die Begriffsgruppe „Südländer“/ „südländisch“ etc., die in Fahndungen regelmäßig auftaucht, darstellt. Für die Fahndung ist der Begriff ebenso nützlich wie Hinweise auf Größe, Gestalt und Haare, die ebenfalls nur Anhaltspunkte sind; es liegt also auch hier durchaus ein begründbarer Sachbezug vor.

Andererseits scheint die Beschreibung vage, sodass auch die Kürzung dieses Hinweises im 2. *WR*-Artikel akzeptabel scheint.

3.1.4 Einbrecher verurteilt

Ruhr-Nachrichten, Nr. 84 vom 11. April, S. REDOx1.

Bandenführer verurteilt

Köln. Den Drahtzieher einer internationalen Einbrecherbande hat das Kölner Landgericht gestern zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Die Richter befanden den gelernten Informatiker wegen schweren Bandendiebstahls in einer Vielzahl von Fällen für schuldig. Der 36-Jährige aus Rumänien hatte gestanden, mit elf Landsleuten Blitzeinbrüche in Tankstellen und Straßenmeistereien begangen und dabei mindestens 250 000 Euro erbeutet zu haben. ddp

Es handelt sich um einen ggf. redigierten Text der Nachrichtenagentur ddp.

An der Berichterstattung besteht ein mittleres Interesse; die *WR*, ebenfalls Bezieherin von ddp, hat den Artikel nicht übernommen. Die spezielle Struktur der Tätergruppe (zwölf Rumänen) und der Taten (Blitzeinbrüche) reicht als Sachbezug jedoch aus, ebenso rechtfertigt die Verurteilung wegen schweren Bandendiebstahls die Bezeichnung als „Bandenführer“.

3.1.5 Zigarettenschmuggel

Westfälische Rundschau, Nr. 85 vom 12. April, S. RZT1_.

Schmuggel mit Zigaretten flog auf

Essen/Münster. (ddp) Zollfahnder in NRW haben innerhalb weniger Tage rund 6,25 Millionen unsteuerter Zigaretten sichergestellt. Im ostwestfälischen Hagen und Solingen hätten die Beamten zwei große Schmuggeltransporte aufgedeckt, teilten die Hauptzollämter in Münster und Essen gestern mit. Acht Männer seien festgenommen worden. Der Steuerschaden belaufe sich auf 1,2 Millionen Euro.

Ruhr-Nachrichten, Nr. 85 vom 12. April, S. REDOx1.

2,7 Millionen Zigaretten statt Katzenstreu

Hagen Rund 2,7 Millionen geschmuggelte russische Zigaretten haben Hagener Zollbeamte in einem Lastwagen auf der Autobahn 2 Oberhausen-Hannover sichergestellt.

Der Steuerschaden belaufe sich auf etwa 500 000 Euro, teilte das Hauptzollamt Münster gestern mit. Die mobile Einsatzgruppe des Hagener Zolls hatte den polnischen Lkw Anfang April gestoppt. Laut Frachtunterlagen sollte er mit Katzenstreu beladen sein.

Der Fahrer wurde festgenommen. Die A 2 ist derzeit eine der Hauptschmuggelrouten für osteuropäische Zigaretten. dpa

Es handelt sich um zwei verwandte, ggf. redigierte Texte der Nachrichtenagenturen ddp und dpa.

An der Berichterstattung besteht wiederum ein mittleres Interesse. Wieder zeigt sich eine Diskrepanz: Die *WR* bzw. *ddp* verzichten auf eine Kenntlichmachung, während die *RN* sie mindestens suggeriert, da in dem Fahrer eines polnischen Lkw ein Pole vermutet wird. Beide Positionen sind gut vertretbar; es ist aber unklar, ob nicht der *Topos* Zigaretten Schmuggel so mit Osteuropa-Assoziationen aufgeladen ist, dass dies vom Leser ohnehin ergänzt wird.

3.1.6 Prozess wegen versuchten Mordes in Dortmund

Westfälische Rundschau, Nr. 85 vom 12. April, S. RDO06.

Ein Bruderkuß und die Herstellung von Rechtsfrieden://Keine Rede mehr von Mordversuch

Von Christina Füssmann

Ein Bruderkuß im Schwurgerichtssaal. Täter und Opfer umarmen sich unter dem Applaus zweier bis dato verfeindeter Familien. Die Herstellung von Rechtsfrieden sei die wichtigste Aufgabe der Justiz, meint Rechtsanwalt Dr. Ralf Neuhaus. Da sein Mandant aber dummerweise mit einer Pistole herumgeballert hat, muss er natürlich trotzdem ein wenig bestraft werden.

Im Verständnis des Verteidigers sollte das eine Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren bedeuten, Staatsanwalt Dr. Heiko Artkämper geht von vier Jahren und drei Monaten als Sanktion für die Schüsse vom zweiten Weihnachtstag 1999 aus, die der Angeklagte damals in Eving auf seinen Cousin abfeuerte. „Verdamp lang her“, würden die Kölsch-Rocker von BAP sagen. Und das liegt daran, dass der 34-Jährige zuvor in den Niederlanden noch den größten Teil seiner achtjährigen Freiheitsstrafe absitzen musste, weil er mit rund 100 Kilogramm Heroin gedealt hat.

Er, der kommunistisch orientierte Sohn eines kurdischen Großindustriellen, hat bereits in der Türkei aus politischen Gründen im Gefängnis gesessen. Und so kann er denn heute mit Fug und Recht beklagen, rund ein Drittel seines Lebens in Unfreiheit verbracht zu haben.

Auf den Rauschgifthandel in den Niederlanden will er sich nur eingelassen haben, um den Mörder seiner beiden Brüder zu treffen, die 1998 in Istanbul auf offener Straße erschossen worden seien. Aus politischen Gründen oder als Drogendealer? Die einen sagen so, die anderen so. Die Schilderung seines bisherigen Lebens ist ebenso skurril wie die zu Motiv und Tatumständen. Es sei eine Frage der Ehre zwischen zwei Familien, über die nicht geredet werden sollte, hat der Angeklagte zum Prozessauftritt gesagt. Und im Anschluss daran schwiegen auch alle Zeugen – einschließlich des Opfers – wie das sprichwörtliche [sic] Grab.

Für Staatsanwalt Dr. Artkämper gerät damit die Strafverfolgung zur Disposition der Prozessbeteiligten – vor allem zu der der Verteidigung. Aufgeklärt werden könne nur ein „Rumpfsachverhalt“. Der rückt immerhin auch für den Vertreter der Anklagebehörde weit vom ursprünglichen Vorwurf eines Mordversuchs ab. Sein Antrag: Das Urteil solle am 20. April „nur“ wegen gefährlicher Körperverletzung gesprochen werden.

Rubr-Nachrichten, Nr. 85 vom 12. April, S. DOLO3.

Weiter Rätsel um das Motiv für Schüsse//Plädoyers am Schwurgericht

Im Prozess um eine mehr als sieben Jahre zurückliegende Bluttat in Eving (wir berichteten) hat die Staatsanwaltschaft gestern für den Angeklagten eine Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten beantragt.

Der Verteidiger des 33-Jährigen, Ralf Neuhaus, hielt dagegen in seinem Schlussvortrag drei Jahre und sechs Monate Freiheitsstrafe für angemessen. Anwalt und Ankläger stimmten überein, dass nach der Beweisaufnahme „nur noch“ eine Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung und Verstoßes gegen das Waffengesetz in Betracht kommt. Angeklagt war die Tat als versuchter Mord.

Am zweiten Weihnachtsfeiertag 1999 hatte der Angeklagte auf offener Straße mit einer Pistole mindestens fünf Schüsse auf seinen Cousin (heute 32) abgefeuert. Das Opfer wurde damals schwer verletzt, die Schüsse trafen Bauch und Gesäß. „Wie durch ein Wunder sind keine inneren Organe verletzt worden“, sagte ein Mediziner.

Der Angeklagte räumte die Schüsse ein und bat seinen Cousin vor Gericht um Verzeihung. Das Opfer nahm die Entschuldigung – dokumentiert durch eine Umarmung im Gerichtssaal – an, das angebotene Schmerzensgeld schlug der Mann jedoch aus.

Zum Motiv für die Schüsse wurde während des gesamten Prozesses nur wenig bekannt. „Das war ein Familienproblem, das die Ehre aller betraf“, ließ der Angeklagte über seinen Anwalt mitteilen. Auch nach Abschluss der Beweisaufnahme bleiben viele Fragen ungeklärt. Welche Rolle spielen in diesem Fall Rauschgiftgeschäfte? Fielen die Schüsse, weil sich das Opfer weigerte, für seinen Cousin als Geldeintreiber zu fungieren?

Gleich mehrere Zeugen machten als Verwandte von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch. Staatsanwalt Heiko Artkämper wertete die Feststellungen der Beweisaufnahme „allenfalls als einen Rumpfsachverhalt“. Die Richter wollen am 12. April ihr Urteil verkünden. wvb

Es handelt sich um zwei eigenrecherchierte Texte der Gerichtsreporter von *WR* und *RN*.

Wieder zeigt sich eine erhebliche Diskrepanz. Der *RN*-Reporter hat alle direkten Hinweise auf die Minderheitenzugehörigkeit getilgt; die *WR*-Reporterin bezeichnet den Angeklagten dagegen als „Sohn eines kurdischen Großindustriellen“.

An der Berichterstattung über einen Mordprozess – auch wenn der Mordvorwurf im Prozessverlauf herabgestuft wird – in der eigenen Stadt besteht ein großes Interesse.

Der Artikel der *RN* verzichtet auf die Kenntlichmachung, kann die Erkennbarkeit aber letztlich doch nicht wirksam verhindern; die Summe der

verbleibenden Signale dürfte dagegen sprechen. Hierzu gehören bedingt schon Eving (ein Stadtviertel mit einem hohen Anteil von Migranten aus der Türkei) und der Gebrauch einer Schusswaffe, erst recht die Umarmung im Gerichtssaal (freilich auch hier abgeschwächt gegenüber dem „Bruderkuss“ der *WR*) und das Angebot von Schmerzensgeld; die rhetorischen Fragen nach Rauschgift und Geldeintreiber-Funktion des Opfers; vor allem aber die Einlassungen des Angeklagten über die Familienehre in Verbindung mit der Aussageverweigerung mehrerer Zeugen als Verwandte.⁶

Letztlich erscheint der Versuch, den Angeklagten nicht als Türken bzw. Kurden kenntlich zu machen, daher als halbherzig durchgeführt (weil undurchführbar?) bzw. misslungen. Auch bleibt durch den Verzicht darauf,⁷ die langjährige Haftstrafe wegen Drogenhandels in den Niederlanden zu erwähnen, die enorme Diskrepanz zwischen Tatzeit und Urteil unerklärt. Der Leser muss hier insgesamt das Gefühl gewinnen, dass ihm wichtige Tatmerkmale und Hintergründe vorenthalten werden, was ggf. ein vergleichender Blick in die am selben Tag erschienene *WR* wie übrigens auch die Dortmunder Ausgabe der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ)*, wo der Angeklagte als Kurde bezeichnet wird, bestätigen würde.

Insofern erscheint der offen mit dem Thema umgehende, ja saloppe Artikel der *WR* zu bevorzugen, zumal dieser keineswegs Antipathien dem Angeklagten gegenüber schürt, im Zusammenhang mit der Haftstrafe in der Türkei sogar eher Sympathie weckt. Störend erscheinen nur einige burschikose Formulierungen („dummerweise mit einer Pistole herumgeballert“; offenbar eine Ironisierung von Ausführungen des Verteidigers).

6 Vgl. die „Vorschläge zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung“ des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (1999: 58). Dort heißt es unter anderem: „Auf jeden Fall aber sind Stereotype zu vermeiden, wie der „Ausländer, der seine Ehre mit Messer und Pistole verteidigt“; siehe auch die Erklärungen Bardakoglus im weiteren Verlauf des vorliegenden Beitrags.

7 Im Einklang mit den „Vorschlägen zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung“ des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (1999: 58): „Weitere diskriminierende Verweise und Anspielungen auf andere Straftatenkomplexe sollten unterbleiben.“

3.1.7 Handtaschenraub

Westfälische Rundschau, Nr. 85 vom 12. April, S. RDO06.

Raub: Polizei sucht Opfer und Täter

Nach einem Handtaschenraub auf der Rheinischen Straße sucht die Polizei nun Opfer und Täter. Ein Zeuge hatte Dienstag gegen 12.30 Uhr beobachtet, wie ein Unbekannter einer älteren Dame die Handtasche entrissen hat. Das alles in Höhe Hausnummer 47. Während der Zeuge sich auf den flüchtenden Täter konzentrierte und die Polizei rief, ging das Opfer wahrscheinlich in Richtung Osten weiter. Bei Eintreffen der Beamten war die ältere Dame verschwunden. Es handelt sich um eine ca. 60-70 Jahre alte Frau mit heller Kleidung. Die Beute, eine schwarze Nylontasche mit Lederapplikationen und zwei Henkeln, konnte die Polizei finden. [...]

Rubr-Nachrichten, Nr. 85 vom 12. April, S. DOLO3.

Opfer gesucht//Handtaschenraub

Sowohl Opfer als auch Täter sucht die Polizei im Zusammenhang mit einem Handtaschenraub am Dienstag gegen 12.40 Uhr. Nach einem von einem Zeugen gemeldeten Raubüberfall an der Rheinischen Straße – Höhe Hausnummer 47 – fanden die Polizeibeamten das Opfer, eine 60 bis 70 Jahre alte Frau, nicht mehr. Dafür jedoch die gestohlene Tasche, in der sich noch ein Schlüsselbund befand. Das Opfer wird gebeten, sich bei der Polizei zu melden. Der südländisch aussehende Täter soll 16 bis 17 Jahre alt sein.

Auszug Polizeibericht (Lfd. Nr. 0686)

Handtaschenraub – Polizei sucht Opfer und Täter

[...]

Der Zeuge kann den Täter wie folgt beschreiben:

Ca. 16-17 Jahre alt, ca. 170 cm groß, südländisches Aussehen, bekleidet mit weiter Jeanshose, Hemd und rotem Kopftuch.

[...]

Dieses Beispiel weist viele Parallelen zum Spielhallenraub auf; der Text entstammt, wie zu sehen, dem Polizeibericht. Wieder haben die RN den Fahndungshinweis (hier: südländisches Aussehen) übernommen, die WR hat ihn dagegen gekürzt.

Beide Positionen sind wiederum plausibel; die Straftat ist nicht so schwerwiegend wie der Spielhallenraub, es handelt sich zudem offenbar um einen jugendlichen Täter, die Beschreibung erscheint wiederum vage. Aber auch hier ist der Hinweis auf alle Aspekte der Täterbeschreibung durchaus zu rechtfertigen.

3.1.8 Festnahme von Ticketfälscher(n)

Westfälische Rundschau, Nr. 87 vom 14. April, S. RZT1_.

Weitere Festnahmen – bundesweit aktiv? Ticket-Fälscher setzen Kinder als Helfer ein

WR-Nachrichtendienste

Arnsberg/Detmold. Im Betrugsfall um gefälschte Bahntickets sind die Ermittler einem weiteren mutmaßlichen Bandenmitglied auf die Spur gekommen.

Ein 46-Jähriger aus dem Kreis Soest soll beim Verkauf manipulierter Schönes-Wochenende-Tickets an ahnungslose Reisende seine Kinder als Helfer eingesetzt haben. Eines davon sei 13 Jahre alt und nicht strafmündig, das zweite älter als 14 Jahre, sagte der Arnsberger Oberstaatsanwalt Werner Wolff. Das Trio sei mittels Überwachungskameras überführt worden.

Es ist das zweite der bei der Staatsanwaltschaft Detmold anhängigen Verfahren um Ticket-Fälschungen. Die kriminelle Masche war Anfang des Jahres bekannt geworden und soll im bandenmäßigen Stil organisiert sein. Die Ermittler vermuten ein bundesweites Netz von Fälschern und Verkäufern. Dabei entfernen die Täter mit einem chemischen Trick etwa die Aufschrift auf kostenlos erhältlichen Ausdrucken von Zugverbindungen aus dem Automaten und ersetzen sie durch Aufdrucke, die Originalfahrkarten sehr ähnlich sind.

Im ersten Betrugsfall, der derzeit in Detmold verhandelt wird, wurde der Prozess gegen einen 27-jährigen Angeklagten aus Aserbaidschan wegen Übersetzungsproblemen vertagt.

Zum Gesamtschaden für das Unternehmen wollte sich die Bahn gestern erneut nicht äußern. „Aber es ist ein begrenzter Schaden“, sagte ein Bahnsprecher. In Medienberichten war von einem Millionenschaden die Rede.

Es handelt sich um einen Agenturtext ungeklärter Herkunft; in den RN findet sich der Vorfall nicht.

An der Berichterstattung besteht wiederum ein mittleres Interesse; immerhin sind zahlreiche Menschen als Bahnkunden grundsätzlich an der Thematik interessiert. Der Hinweis auf den Angeklagten aus Aserbaidschan in Verbindung mit der Betonung einer Bandenstruktur sowie der Erwähnung von Kindern ist ggf. problematisch, hier wäre eine Einordnung in den Zusammenhang nützlich: Handelt es sich überwiegend um (bestimmte) Migrantengruppen, ist das „Einsetzen“ von Kindern typisch?

3.2 Allgemeine Kriminalitätsberichterstattung

3.2.1 Drogenanbau in NRW 2006

Westfälische Rundschau, Nr. 83 vom 10. April, S. RZT1_.

„Erntehelfer“ aus Osteuropa im Einsatz//Drogenbosse entdecken NRW als Anbau-Land

Von Marc Pesch

Düsseldorf (ddp). In Nordrhein-Westfalen werden offenbar immer häufiger illegale Drogen angebaut.

Nach Angaben des Landeskriminalamtes in Düsseldorf wurden alleine 2006 in NRW 57 professionelle Cannabis-Plantagen gefunden. Betreiber der Plantagen sind vielfach Drogenproduzenten aus den Niederlanden.

Bis vor fünf Jahren war nach Polizeiangaben das Phänomen der „Hanf-Plantage“ in Nordrhein-Westfalen nahezu gänzlich unbekannt. „Dann allerdings haben die Polizei-Kollegen in den Niederlanden den Fahndungsdruck auf die dortigen Drogenproduzenten erhöht“, sagt Frank Scheulen vom Landeskriminalamt (LKA) in Düsseldorf. „Anschließend sind die Rauschgifthändler nach Nordrhein-Westfalen ausgewichen.“

Um die Plantagen optimal zu bewirtschaften, hätten die niederländischen Drogenbosse häufig „Erntehelfer“ aus Osteuropa engagiert. „Dadurch gelingt es, pro Jahr vier oder fünf Ernten einzufahren“, sagt Scheulen. Die Umsätze für die Drogenproduzenten gingen häufig in die Millionen.

Die Ermittler gehen davon aus, dass das erwirtschaftete Cannabis zunächst in die Niederlande gebracht und dort weiterverarbeitet wird, bevor es in den grenznahen „Coffee-Shops“ in den Verkauf gelangt.

Rubr-Nachrichten, Nr. 83 vom 10. April, S. REDOx1.

Immer mehr Drogenanbau

Düsseldorf. In NRW werden offenbar immer häufiger illegale Drogen angebaut. Nach Angaben des Landeskriminalamtes in Düsseldorf wurden alleine 2006 in NRW 57 professionelle Cannabis-Plantagen gefunden. Betreiber derselben sind vielfach Drogenproduzenten aus den Niederlanden. Bis vor fünf Jahren war nach Polizeiangaben das Phänomen der „Hanf-Plantage“ in Nordrhein-Westfalen nahezu gänzlich unbekannt.

An der Berichterstattung besteht ein beachtliches öffentliches Interesse; eine Mitteilung des LKA über eine neue Form der Kriminalität in zusammenfassender Form ist berichtenswert. Auch der Verweis auf die Betreiber aus den Niederlanden scheint zum Verständnis angemessen. Am ehesten problematisch erscheint der Hinweis auf die Osteuropäer, der in den RN der Kürzung des Textes zum Opfer gefallen ist, in der WR aber sogar in der Dachzeile erscheint. Umgekehrt fehlt die Feststellung, ob und inwieweit es auch deutsche Beteiligte gibt. Hier wäre eigene Recherche des Agenturberichts angezeigt gewesen.

3.2.2 Terrorwarnung von Europol

Westfälische Rundschau, Nr. 84 vom 11. April, S. RPL3_.

500 Anschläge//Europol warnt vor Eskalation des Terrors

Brüssel. (dpa) Der Direktor der europäischen Polizeibehörde, Max-Peter Ratzel, hat vor einer Eskalation des Terrorismus in Europa gewarnt. Im vergangenen Jahr hätten Terroristen in Europa fast 500 Mal zugeschlagen. [...] Nur ein einziger der 498 aufgeführten An-

schläge in elf EU-Ländern hatte laut Bericht einen islamistischen Hintergrund. Hinter 424 Attentaten steckten separatistische Gruppen, vor allem in Frankreich und Spanien. [...]

Dieser Artikel, der nur in der *WR* erschien, zeigt mehrere bedenkliche Aspekte. Einmal handelt es sich offenbar um einen der häufigen Fälle, in denen Sicherheitsbehörden unter Hinweis auf angeblich eskalierende Gefahren weitere Kompetenzen für sich verlangen (wie im weiteren Verlauf des Artikels auch geschehen, während ein kritisches Hinterfragen dieser Mechanismen des synchronen Warnens und Forderns unterbleibt). Vor allem aber erscheint die Assoziation „Terror“ bedenklich. Nur ein einziger der 498 Anschläge war islamistisch motiviert (und fand möglicherweise in Deutschland statt – „Kofferbomber“? –, weswegen der Text hier trotz der vagen Assoziationen aufgenommen wurde), im Wesentlichen handelte es sich um Anschläge separatistischer Gruppen (Basken, Korsen etc.). Hier wäre eine Überschrift wie „2006 zahlreiche Anschläge in Spanien und Frankreich“ ehrlicher gewesen und hätte keine durch den Befund nicht gedeckte latente Furcht vor eskalierendem islamistischem Terror und damit eben auch vor muslimischen Einwanderern geschürt. Trotzdem kann hier kaum von einer Kenntlichmachung und damit auch nicht von fehlendem Sachbezug die Rede sein.

3.2.3 Präsident der türkischen Religionsbehörde verurteilt in Köln Gewalt

Westfälische Rundschau, Nr. 84 vom 11. April, S. RPL3_.

Muslime feiern in Köln den Propheten Mohammad – Präsident der türkischen Religionsbehörde:// „Religion darf kein Werkzeug von Konflikten werden“

Von Petra Kappe

Köln. Rund 15000 Muslime hatten sich festlich gekleidet, um in der Kölner Arena den Geburtstag des Propheten Mohammad zu feiern. Mit Ali Bardakoglu, dem Präsidenten der türkischen Religionsbehörde, nutzte zuvor ein hoher islamischer Würdenträger die Gelegenheit, den Gläubigen ins Gewissen zu reden.

[...] Zugleich warb er nach außen für ein vorurteilsfreies Verständnis des Islam. Beinahe predigend sagte er vor den Journalisten: „Unschuldige Menschen dürfen nicht zur Zielscheibe werden, die Gewalt muss beendet werden.“ [...] Wer Gewalt und Terror rechtfertigt, wer die

Rechte der Frau verletze oder gegen die Umwelt handele, und dies mit der Religion begründe, der „missbrauche“ den Islam. „Keine Religion darf Werkzeug von Konflikten werden“, plädierte er und sagte, „Ehrenmorde“ und Zwangsheiraten gingen nicht auf den Koran zurück, sondern auf feudale Strukturen, traditionelle Lebensweisen und „Strukturen geschlossener Sippen- und Sippengesellschaften.“

Bei diesem Beitrag, der nur in der *WR* erschien (Eigenbericht), handelt es sich um einen derjenigen Artikel, in denen ein Bezug zwischen Minderheiten und Kriminalität/Gewalt *in positiver Weise* hergestellt wird, indem nämlich ausdrücklich Gewalt und ihre Rechtfertigung zurückgewiesen werden. Gleichzeitig dient der aus Sicht des Autors gelungene und differenzierte Artikel zur Illustration eines Problems: Die von Bardakoglu in seinem zuletzt berichteten – freilich hier nur in deutscher Übersetzung gebotenen – Zitat benutzten Begrifflichkeiten würden einem deutschen Autor außerhalb von Zitaten von vielen Kritikern als „kulturrassistische Vorurteile“ angelastet. Das stimmt bedenklich; wenn das, was Bardakoglu sagt, wahr ist, müsste auch ein deutscher Journalist dies zum Beispiel in derselben Absicht sagen dürfen.

3.2.4 Erwähnung von Straftaten in Reportage über eine Politesse

Ruhr-Nachrichten, Nr. 87 vom 14. April, S. DOLO6.

Blumen vom Parksünder//Aber gerne heißt es auch: „Brauch’ die Stadt wieder Geld?“

[...]

Auf Einschleim-Tour gehen nämlich Jung und Alt. Hilft sie nicht – und sie hilft wirklich nicht – schlägt die Stimmung auf der Straße oft schlagartig um. Im wahrsten Wortsinn. So erwischte es eine Kollegin vor wenigen Jahren ganz bitter: Ein Mann schlug sie auf offener Straße krankenhausreif. Und kürzlich krümmte sich ein Kollege vor einer Dönerbude. Ein Kunde wollte nicht einsehen, dass der Stellplatz vor dem Imbiss kein privater, sondern öffentlicher war, auf dem er ohne Parkschein stand. Dann holte der Kunde heftig mit dem Ellbogen aus.

[...]

Dieser Beitrag, der nur in der *RN* erschien (Eigenbericht), verdeutlicht, dass in die Kategorie „Allgemeine Kriminalitätsberichterstattung“ auch Artikel mit nur

geringfügiger Bezugnahme auf Kriminalität aufgenommen wurden; auch der Hinweis auf Migranten als mögliche Täter – hier: Dönerbude – ist äußerst vage und rein konnotativ, schließlich sind auch Deutsche häufig Kunden von Dönerbuden.

Wollte man solche Artikel wie diesen und den Bardakoglu-Text daher aus der Kategorie „Kenntlichmachung von Minderheitenzugehörigkeit Tatverdächtiger/Allgemeine Kriminalitätsberichterstattung“ ausschließen, wäre deren ohnehin minimaler Anteil (vgl. Abb. 1 und 2) sogar noch niedriger.

4 Zusammenfassung

Wer deutsche Regionalzeitungen – hier: *Ruhr-Nachrichten* und *Westfälische Rundschau* (beide Dortmund) – liest, wird in erheblichem Umfang mit Kriminalität konfrontiert. Im Zeitraum vom 10. April bis zum 30. April 2007 waren dies allein 827 Artikel, wobei Befassung mit fiktionaler Kriminalität sogar noch ausgeschlossen ist.

Die Zugehörigkeit von Tatverdächtigen zu ethnischen Minderheiten wird selbst im weitesten Sinne nur selten kenntlich gemacht. Im Sample waren dies 78 Fälle.

In einem zweiten Schritt wurden die zwölf Fälle bzw. Fallkomplexe (im Fall der Prozesseroöffnung gegen einen der libanesischen „Kofferbomber“ in Beirut fünf Artikel in einem Komplex), die im Zeitraum 10.-14. April 2007 auftraten, einzeln je nach Komplexität mehr oder minder ausführlich auf den begründbaren Sachbezug der Kenntlichmachung überprüft.

Dabei wurde festgestellt, dass entsprechende Artikel bei nur mittlerem Interesse (Ereignisse am Rande des Verbreitungsgebietes) von einer der beiden Zeitungen oft ganz weggelassen wurden, ethnische Kenntlichmachung aus dem Polizeibericht mehrfach entfernt wurde und die verbliebenen Kenntlichmachungen durchweg vertretbar und von der Formulierung des „begründbaren Sachbezugs“ gedeckt schienen. Eine Kenntlichmachung in der Überschrift blieb eine einmalige Ausnahme.

Vielen Artikeln war das Bemühen um ein Vermeiden von Diskriminierung deutlich anzumerken. Im Fall eines Prozessberichts ist der Versuch aus Sicht des Autors gescheitert; Vorgeschichte und Ablauf von Tat und Prozess sind kaum zu verstehen, im Wissen darum sind im Übrigen „verräterische“ Hinweise stehen geblieben. Hier wäre ein gelassener Umgang mit der Tatsache, dass nun einmal auch Migranten Straftaten verüben, wie im Konkurrenzblatt, wohl der bessere Weg gewesen.

Auf der anderen Seite gab es in mehreren Artikeln auch problematische Aspekte, aber eher auf sekundärem Niveau.

Es drängt sich die Hypothese auf, dass die Sensibilisierung dem Thema gegenüber zugenommen haben könnte, und zwar möglicherweise auf Seiten der Quellenlieferanten (Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte), der Zuliefermedien (Agenturen), aber eben auch der Pressejournalisten selbst. Dies kann nur ein Langzeitvergleich erweisen.

Der Autor ist sich bewusst, dass manche Journalismuskritiker einen großen Anteil der genannten Artikel missbilligen würden, er kann sich diesem Befund aber nicht anschließen. Wenn ein begründbarer Sachbezug vorliegt, die Ethnizität kenntlich zu machen, und das Thema für die Öffentlichkeit an sich von ausreichendem Interesse ist, muss es möglich sein, den ethnischen Hintergrund auch von Straftatverdächtigen zu erwähnen. Mehr ist in den untersuchten Artikeln nicht geschehen.

Literatur

- Delgado, J[ésus]. Manuel (1972): Die „Gastarbeiter“ in der Presse. Eine inhaltsanalytische Studie. Opladen.
- Deutscher Presserat (Hrsg.) (2006): Publizistische Grundsätze (Pressekodex). Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserats. Fassung vom 13. September 2006 [in Kraft seit 1. Januar 2007]. Bonn.
- Deutscher Presserat (Hrsg.) (2007): Jahrbuch des Deutschen Presserats 2007. Mit der Spruchpraxis des Jahres 2006. Schwerpunkt: Boulevard und Persönlichkeitsrechte. Inklusive CD-ROM mit der Spruchpraxis 1985-2006. Konstanz.
- Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hrsg.) (1999): Medien und Straftaten. Vorschläge zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung über Einwanderer und Flüchtlinge. Duisburg.
- Handel, Ulrike (1998): Tatort Hannover: Ausländer und Deutsche in der Kriminalitätsberichterstattung im Vergleich. Eine Inhaltsanalyse lokaler Tageszeitungen in Hannover. In: Quandt, Siegfried/Gast, Wolfgang (Hrsg.) (1998): Deutschland im Dialog der Kulturen. Medien – Images – Verständigung. Konstanz, S. 135-148.
- Hefner, Dorothee/Klimmt, Christoph/Daschmann, Gregor (2007): Typisch Türke? Die Folgen der Nationalitätsnennung für die Bewertung von Akteuren in der Nachrichtenrezeption. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, Jg. 55, H. 4, S. 575-594.

- Jäger, Margret et al. (1998): Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten. Duisburg.
- Merten, Klaus (1986): Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse. Ergebnisse einer systematischen Inhaltsanalyse. Frankfurt a.M.
- Pöttker, Horst (2002): Wann dürfen Journalisten Türken Türken nennen? Zu Aufgaben und Systematik der Berufsethik am Beispiel des Diskriminierungsverbots. In: Publizistik. Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung, Jg. 47, H. 3, S. 265-279.
- Pöttker, Horst (2005): Diskriminierungsverbote und Beschwerdepraxis des Deutschen Presserats – eine quantitative und qualitative Analyse. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2005): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 185-221.
- Schönhagen, Philomen/Brosius, Hans-Bernd (2004): Die Entwicklung der Gewalt- und Kriminalitätsberichterstattung im lokalen Raum. Hat sich die Selektionsschwelle langfristig verschoben? In: Publizistik. Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung, Jg. 49, H. 3, S. 255-274.
- Stein-Hilbers, Marlene (1977): Kriminalität im Fernsehen. Eine inhaltsanalytische Untersuchung. Stuttgart.
- Stock, Ulrich (1995): Tun Ausländer nichts Böses? In: *Die Zeit*, 16.06.1995.

„Da weiß ich immer schon, dass es ein Ausländer war“

Zur Wirkung der Richtlinie 12.1 des Pressekodex

1 Einleitung

„Wann dürfen Journalisten Türken Türken nennen?“, fragt Pöttker (2002), die Antwort darauf ist bei Redakteuren und Wissenschaftlern umstritten. Der Presserat ist der Ansicht, dass bei Verbrechen die ethnische Herkunft nur genannt werden darf, wenn man ohne diese Nennung den Bericht nicht verstünde. Wann das der Fall sei, liegt im Ermessen des Journalisten, der aber Sanktionen fürchten muss. Entsprechend unterschiedlich ist die praktische Handhabung.

Das Diskriminierungsverbot des Presserates, niedergelegt in Ziffer 12 und damit im Rahmen der publizistischen Selbstkontrolle für Journalisten verbindlich, soll hier nicht beanstandet werden. In unserem Beitrag geht es um die Richtlinie 12.1, die auf eine Beschwerde des Deutsch-Amerikanischen Clubs zurückgeht, wonach bei Zwischenfällen mit afro-amerikanischen Soldaten die „Rassenzugehörigkeit“ nicht erwähnt werden soll (Deutscher Presserat 1974: 84). In der aktuellen Fassung des Pressekodex lautet die einschlägige Formulierung:

Berichterstattung über Straftaten

In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte (Deutscher Presserat 2007: 13).

In das professionelle Gebot zu publizieren wird also mit der Begründung eingegriffen, eine umfassende Berichterstattung führe bei den Leserinnen und Lesern zu Vorurteilen gegenüber gesellschaftlichen Minoritäten, hier besonders religiöser oder ethnischer, da die Sammelbezeichnung „andere“ Interpretationsraum lässt. Problematisch erscheint diese Richtlinie besonders, wenn man die Beschwerdepraxis auf Konsistenz hin untersucht. Hier stellen sich Widersprüche heraus, die daraus resultieren, dass der Presserat hier moralisch,

dort professionell argumentiert, von der Verzerrung durch Inanspruchnahme der Beschwerdemöglichkeit durch Interessengruppen ganz abgesehen (vgl. Pöttker 2005).

Der Richtlinie 12.1 unterliegt die Annahme negativer Medienwirkungen. Sie bezieht sich auf den besonderen Fall der Kriminalitätsberichterstattung (dazu auch Müller in diesem Band), indem sie die journalistische Äußerungsfreiheit einschränkt. Richtlinie 12.1 nimmt an, die Nennung der Minderheitenzugehörigkeit von Tätern und Tatverdächtigen stärke negative Vorurteile bei den Rezipienten, während hingegen die Nichterwähnung diese Vorurteile verhüte. Das ist eine alltagspsychologische Vermutung, die dem veralteten stimulus-response-Modell folgt und auch aus der Zensurgeschichte nicht belegt werden kann – eine „direkte Verhaltensänderung“ wird zu Unrecht befürchtet (Breuer 1982: 146). In der Medienwirkungsforschung ist man ohnehin skeptischer geworden. Über die Folgen der Präsentation ethnischer Minderheiten in deutschen Medien sind „bisher kaum präzise und empirisch fundierte Aussagen“ zulässig (Weber-Menges 2005: 175).

Die Frage ist, ob das Weglassen der Täterethnizität in Artikeln dazu führt, dass Leser weniger Vorurteile Migranten gegenüber haben oder nicht einfach die fehlenden Informationen ergänzen, die durchaus wie Geschlecht, Alter und Beruf Nachrichtenwert haben. Damit wäre die mit hohem Aufwand betriebene Informationszurückhaltung nutzlos. Das soll unser Beitrag empirisch klären. Dafür haben wir Dortmunder Bürger zu ihren Eindrücken nach der Lektüre eines Artikels, der Kriminalität behandelt, befragt. Theoretischer Hintergrund und experimentelles Design gehen dabei auf Mohr (2004) zurück.

2 Zur Richtlinie 12.1

Der Presserat unterstellt in seiner Richtlinie 12.1 einen Zusammenhang zwischen der Nennung der Minderheitenzugehörigkeit von Straftätern oder -verdächtigen in der Kriminalberichterstattung und dem möglichen „Schüren“ von Vorurteilen bei den Rezipienten. Während die Nennung zur Vorurteilsbildung bzw. -aktualisierung führen könne, so die implizite Begründung, würden durch die Nicht-Nennung Vorurteile vermieden bzw. nicht geschürt (vgl. Pöttker 2002: 275). Worauf sich diese Annahme stützt, ist unklar; es werden weder theoretisch fundierte Argumente noch empirische Belege angeführt. Richtlinie 12.1 basiert also auf einer Hypothese – die es noch zu belegen (bzw. widerlegen) gilt.

Dabei lässt der Presserat den Fall „Nennung der Minderheitenzugehörigkeit: nein – Schüren von Vorurteilen: ja“ unberücksichtigt. Vor dem Hintergrund einer naiven Alltagspsychologie ist dies verständlich, da ein solcher

Zusammenhang der Intuition widerspricht. Vor dem Hintergrund sozial- und kognitionspsychologischer Überlegungen und Befunde aber erschließt sich die Plausibilität dieser Annahme. Aufzuzeigen, dass beim Aufstellen der Richtlinie 12.1 auch dieser Zusammenhang hätte berücksichtigt werden sollen, und zu begründen warum, ist das Ziel dieser Studie.

Ausgangspunkt unseres Experiments im Dortmunder Norden, einer Gegend problematischer sozialer Milieus und mit hohem Migrantenanteil, ist demnach die Frage, ob implizite Charakterisierungen die Richtlinie 12.1 als ineffizient herausstellen, weil die Rezipienten Inferenzschlüsse ziehen. Diese können die Wirkung der Richtlinie 12.1 in mehrfacher Hinsicht stören: Wenn die Rezipienten aus einem Artikel durch Signalwörter wie Tatwaffe und Tatort den Täter korrekt als Angehörigen einer Minderheit klassifizieren, leidet die Glaubwürdigkeit des Mediums. Führen die Signalwörter zu einer fälschlichen Kategorisierung des Täters als einer ethnischen Minderheit zugehörig, so ist die Richtlinie schädlich, da sogar jene Taten Migranten zugeschrieben werden könnten, die zum Beispiel von Deutschen begangen wurden.

3 Anlage der Untersuchung

Vorurteile sind kognitions- bzw. sozialpsychologisch als spezielle Formen der Kategorisierung von Objekten konzipiert. Tajfel (1981) geht davon aus, dass die verschiedenen Charakteristika eines Objekts bei der Aktualisierung eines Vorurteils bzw. der Einordnung eines Objekts unter ein Stereotyp unterschiedlich stark gewichtet werden. Wie Experimente gezeigt haben, kann selbst die nur beiläufige Erwähnung der Zugehörigkeit einer Person zu einer bestimmten, zum Beispiel ethnischen oder religiösen Gruppe Vorurteile wachrufen (vgl. zum Beispiel Brewer/Kramer 1985). Weitere Merkmale zur Charakterisierung einer Person in Medienbeiträgen, die bei der Rezeption als Hinweisreize auf die Gruppenzugehörigkeit enkodiert werden und (damit) geeignet sind, Vorurteile zu aktualisieren, sind Eigennamen, Aussehen (Phänotyp) sowie die allgemeine Lebensweise oder kulturelle Praktiken.¹

Demnach muss die Minderheitenzugehörigkeit nicht explizit genannt werden, damit Vorurteile aktualisiert werden. Zwar umfasst das in Richtlinie 12.1 formulierte Publikationsverbot im weitesten Sinne auch die oben

1 In diesem Zusammenhang ist auf den Unterschied zwischen der „ethnischen Charakterisierung“ einer Person in der Kriminalberichterstattung und der expliziten Nennung ihrer Gruppenzugehörigkeit hinzuweisen. Während sich Letzteres auf das Übermitteln einer ganz bestimmten, konkreten Information bezieht, bezeichnet die ethnische Charakterisierung ein Konglomerat von vielen verschiedenen (auch impliziten) Informationen bzw. unterschiedlichen Informationsarten.

genannten Merkmale zur ethnischen Charakterisierung, doch selbst diese großzügige Auslegung der Formulierung der Richtlinie, die unspezifisch von „Erwähnung“ der Minderheitenzugehörigkeit spricht, greift zu kurz. Denn selbst wenn alle diese kritischen Informationen getilgt würden, verblieben noch genügend Hinweise (wie zum Beispiel die Angabe des Tatorts, der Deliktart/des Tathergangs oder der Tatwaffe) im Text, um auf die vermeintliche Gruppenmitgliedschaft der Tatbeteiligten schließen zu können.

Wir unterscheiden demnach verschiedene Arten von Information:

- explizite Informationen: Nennung der nationalen, ethnischen und/oder religiösen Zugehörigkeit (zum Beispiel „Türke“, „albanischer Abstammung“, „Muslim“, „Kasache“) oder starke Hinweise darauf wie zum Beispiel die Nennung von ethnischen Eigennamen („Murat K.“) oder die Verwendung von Synonymen („Alexej F., Name von der Redaktion geändert“)
- deskriptive Informationen: Beschreibung des Aussehens, der allgemeinen Lebensweise und/oder kultureller Praktiken
- implizite Informationen: Hinweise auf die Minderheitenzugehörigkeit zum Beispiel durch Angabe des Tatorts (zum Beispiel Viertel, Straßename), des Tatmotivs (zum Beispiel Blutrache, Bandenkrieg), der Deliktart (zum Beispiel Mord, Trickdiebstahl), des Tathergangs und Ausführungsmodus (zum Beispiel Messerstecherei) oder der Tatwaffe (zum Beispiel Dolch).

Nur auf Grundlage dieser Differenzierung ist die Richtlinie 12.1 sinnvoll auf ihre Effektivität einzuschätzen. Unsere Untersuchung verwendet ein journalistisches Format (Polizeimeldung), das den Probanden vertraut sein sollte, und behandelt zudem ein ihnen bekanntes Thema (Kriminalität in der Dortmunder Nordstadt). Es handelt sich dabei um ein Thema, das die Befragungsteilnehmer als Bewohner der Nordstadt persönlich betrifft und über das sie bereits mehr oder weniger viel wissen. Die Rezeption von Meldungen dieser Art sollte für die meisten Leser hoch automatisiert sein. Aufgrund der folglich höheren Assoziationsstärke sind die entsprechenden Informationen im Langzeitgedächtnis leichter zugänglich, so dass implizites Erfahrungswissen (zum Beispiel in Form von Vorurteilen) einen größeren Einfluss hat. Wir nehmen an, dass die im Stimulusartikel enthaltenen impliziten Informationen (zum Beispiel „Bandenkrieg“ oder „Nordstadt“) als Hinweisreize wirken und Inferenzprozesse aktivieren, so dass auf die Minderheitenzugehörigkeit der Tatbeteiligten geschlossen wird. Diese Inferenzhypothese besagt, dass die pflichtgemäße Nichterwähnung der Minderheitenzugehörigkeit von Personen in der Kriminalberichterstattung gemäß Richtlinie 12.1 nicht geeignet ist, die Aktualisierung von Vorurteilen zu vermeiden, da in der Regel genügend Informatio-

nen im Text verbleiben, die auf die Nationalität, Ethnie oder Religion der Beteiligten schließen lassen. Dieser Inferenzschluss basiert auf semantischen Gedächtnisstrukturen und -prozessen und läuft automatisch ab. So kann den Vorurteilen und Stereotypen nicht entgegen gesteuert werden. Auf diese Weise werden Vorurteile konsolidiert.

Die automatische Vorurteilsaktivierung während der Rezeption von Medieninhalten führt beim Abruf der derart verarbeiteten Informationen zu Erinnerungsverzerrungen. Um diese Inferenz- bzw. Verzerrungshypothese zu überprüfen, wird den Teilnehmern zu Beginn der Befragung ein Artikel vorgelegt. Diese Polizeimeldung haben wir auf Grundlage mehrerer Beispieltex-te aus den in Dortmund erscheinenden „Ruhr Nachrichten“ und der „Westfälischen Rundschau“ erstellt. Er ist so nicht erschienen, aber exemplarisch:

Dortmund. Bei einem Bandenkrieg im Dortmunder Norden wurden in der Nacht zu Sonntag insgesamt drei Männer schwer verletzt. Vor einem Lokal in der Nordstadt war es zu Handgreiflichkeiten zweier verfeindeter Banden gekommen. Die Handgreiflichkeiten arteten schließlich in eine Messerstecherei aus, bei der ein 26-jähriger Mann und von der rivalisierenden Gruppe zwei Brüder (27 und 31 Jahre) mit Stichen in den Oberkörper lebensbedrohlich verletzt wurden. Die Polizei nahm mehrere Verdächtige fest.

Trifft die Inferenz- bzw. Verzerrungshypothese zu, so sollten sich die Teilnehmer im Erinnerungstest an ausländische Banden, Täter, Männer, Brüder etc. erinnern, obwohl die Staats- bzw. ethnische Zugehörigkeit nicht genannt wird. Wobei nicht erwartet wird, dass alle Befragten ungenannte Fakten erinnern. Es sollte bedacht werden, dass die Antworten in Richtung soziale Erwünschtheit verschoben sein könnten. So könnten sehr wohl Inferenzen gezogen, aber nicht verbalisiert worden sein. Dies sollte vor allem dann zutreffen, wenn die Versuchspersonen sich des Umstandes bewusst sind, dass es sich hierbei nicht um ‚echte‘ Erinnerungen, sondern um Inferenzen handelt.

Es soll hier geprüft werden, ob die Probanden die Wörter mit vermutlicher Signalfunktion („Nordstadt“, „Bandenkrieg“ und „Messerstecherei“) als Hinweise auf die Minderheitenzugehörigkeit der Akteure nutzen. Vorurteile (hier verstanden als Alltagshypothesen darüber, was womit zusammenhängt, vgl. Hamilton 1979: 61f.) spielen dabei eine entscheidende Rolle; sie bilden die Grundlage für einen solchen Inferenzschluss.

Um die Inferenz- bzw. Verzerrungshypothese zu prüfen, sind (mindestens) zwei Strategien denkbar, die sich in ihrer Durchschaubarkeit für die Versuchspersonen stark unterscheiden. Erstens über eine Erinnerungsabfrage im Anschluss an die Rezeption des Artikels nach einem definierten Behal-

tensintervall, und zweitens, indem man die Probanden später offen fragt, ob ihnen beim Lesen des Artikels der Gedanke gekommen sei, um „was für Täter“ es sich handeln könne.

Die erste Strategie versucht, einen indirekten Zugang zu den großteils automatisch ablaufenden Gedächtnisprozessen herzustellen, in diesem Fall Aktualisierung und Einfluss von Vorurteilen auf Rezeption bzw. Abruf von Medieninhalten.² Die zweite Strategie operiert offen, indem sie direkt nach den Gedanken während der Rezeption fragt. Ein Zusammenhang mit den Vorurteilen einer Person wird bei den folgenden Variablen vermutet, denen Moderatorfunktion bei der Medienrezeption zugeschrieben wird:

- Interesse am Thema
- subjektive Relevanz des Themas
- persönlicher Kontakt zu ‚Ausländern‘
- geschätzter Ausländeranteil in Dortmund und Gesamtdeutschland
- ‚gefühlter‘ Ausländeranteil im persönlichen Wohnumfeld

In Anlehnung an das Vorgehen des ZUMA bei Bevölkerungsumfragen wie zum Beispiel ALLBUS wurde der Fragebogen nicht zur schriftlichen Bearbeitung vorgelegt; insbesondere bei der Erinnerungsabfrage in Form einer schriftlichen Reproduktion wäre die kognitive Schwelle höher. Zudem stiege bei einer schriftlichen Abfrage die Gefahr, eine Prüfungs- bzw. Stresssituation zu schaffen. Durch die Befragungsform des Interviews wurden die Teilnehmer außerdem von der Aufgabe entlastet, selbst durch den Fragebogen navigieren zu müssen. Die Befragung erfolgte also mündlich; wodurch sich zwar einerseits die Reaktivität des Verfahrens erhöht, aber andererseits die genannten Nachteile einer schriftlichen Befragung, die beim free recall besonders stark ins Gewicht fallen, vermieden werden können.

4 Probleme der Akquise

Die Auswahl unserer Probanden war willkürlich, also nicht repräsentativ. Da sich unsere Befragung an Bewohner der Dortmunder Nordstadt ohne Migrationshintergrund richtete und zudem bis zu einer halben Stunde dauerte, war die Gewinnung von Teilnehmern schwierig. Mehrere Versuche, auf dem lokalen Marktplatz Adressen zu sammeln, erwiesen sich als nicht effektiv. Der Anteil der sichtbaren Migranten, die gerade nicht befragt werden sollten, war

2 Die Verfahrenslogik indirekter Vorurteils-messung resümiert Razran (1950).

deutlich zu hoch, bis zu 80 Prozent. Um den Netzwerkeffekt der Stadtteilbüros (Quartiersmanagement) aus dem Dortmunder Norden zu nutzen, stellten wir den Fragebogen auf mehreren Anwohnerforen vor und sammelten dort Adressen. Auch diese Methode lieferte zu wenige Adressen. Auch Kontaktaufnahmen auf der Straße waren nicht effizient genug. Der Anteil der Passanten mit Migrationshintergrund ist groß, die Ablehnungsquote von Menschen, an deren Tür man klingelt, ebenfalls. Unter den gegebenen Umständen am besten geeignet erschien die Telefonakquise. Anhand elektronischer Telefonbücher ließ sich leicht eine Liste mit Telefonnummern deutsch klingender Nachnamen erstellen und abtelefonieren. Die Ablehnungsquote war immer noch exorbitant (an manchen Tagen gegen hundert Prozent), aber es ließen sich immerhin einige Probanden herausfiltern. Ein Teil der Dortmunder Wohnbevölkerung (charakterisiert durch soziodemografische Merkmale wie niedrigen Bildungsgrad, Armut, Arbeitslosigkeit, Alkoholismus) steht Befragungen jeglicher Art kategorisch ablehnend gegenüber. Bereits im Pretest haben manche Personen keinen Zweifel daran gelassen, was sie von Befragungen durch „herumschnüffeln Studenten“ und „Professoren mit fettem Bankkonto aber null Ahnung“ halten. Generell scheint die Teilnahmebereitschaft mit dem Bildungsgrad stark zurückzugehen, was die Verzerrung unserer Probanden erklärt. Akademiker und Studierende sind zum ganz überwiegenden Teil sofort bereit mitzumachen. Ihre Antworten sind oft sehr reflektiert, und einige problematisieren von selbst Tendenzen sozialer Erwünschtheit.

5 Ergebnisse

5.1 Alter, Bildung und Herkunft der Befragten

Wir haben schließlich 63 Personen in der Dortmunder Nordstadt befragt, die dort auch überwiegend wohnen. Sie sind durchschnittlich 42,4 Jahre alt (Median 36), wobei der jüngste Teilnehmer 22, der älteste 85 Jahre alt ist. Männer sind leicht in der Mehrheit (54%). Durch die geringe Beteiligung von Angehörigen bildungsferner Schichten haben von den Befragten 73 Prozent Abitur oder Fachhochschulreife. Elf Versuchspersonen (17,5%) haben die Volks- oder Hauptschule abgeschlossen, 7,9 Prozent besuchten die Realschule. Der Schulabschluss korreliert mit deutlichen Abweichungen in vielen relevanten Fragen an die Probanden. Nur drei von 42 Abiturienten (7,1%) erinnerten sich an einen ausländischen Täter im Stimulus-Artikel. Bei den Probanden ohne Abitur waren es sechs von 15 (40%) – das Signifikanzniveau liegt bei 0,022.

Von den Abiturienten sind 76,2 Prozent (32 Befragte) dagegen, die Nationalität des Täters in einem Text wie dem Stimulus-Artikel zu nennen. Diejenigen ohne Abitur dagegen votierten zu 71,4 Prozent (15 von 21) für eine Nennung der Nationalität im Stimulus-Text. Das Signifikanzniveau liegt bei 0,000. Weniger drastisch, aber immer noch deutlich sind die Unterschiede bei der Frage zur Nennung der ethnischen Zugehörigkeit: Immer noch 61,9 Prozent der Abiturienten finden, man solle die Nationalität gar nicht nennen – gegenüber 76,2 Prozent der Probanden ohne Abitur, die die Nationalität immer erfahren wollen. Das Signifikanzniveau liegt bei 0,004. Die Abweichungen setzen sich bei den Fragen zur Berichterstattung fort. 47,6 Prozent der Probanden ohne Hochschulreife finden, es werde über ausländische Straftäter „eher wenig“ und „eher zu wenig“ berichtet. Diese Antworten wählten aber nur 4,8 Prozent der befragten Abiturienten (Signifikanzniveau 0,000). Insgesamt dürfte also die Bildungsstruktur der Stichprobe das Ergebnis erheblich beeinflussen. Die starke Verzerrung ist zum Teil auch auf die durch den Umfang des Fragebogens eingeschränkte Akquise zurückzuführen. Ein dünnerer Fragebogen mit der Möglichkeit zur Telefon- oder Straßenbefragung würde vermutlich eher zu einer ausgewogenen Stichprobe führen.

Ein einziger Befragter hat neben der deutschen noch eine andere Staatsangehörigkeit. Gleichwohl hat der Proband keinen Migrationshintergrund. Der niederländische Pass ist vom Urgroßvater geerbt, der nach Deutschland emigrierte. Die übrigen 62 Befragten haben ausnahmslos nur die deutsche Staatsangehörigkeit. Selbst eingewandert ist keiner der Befragten. Ein Proband stammt aus der ehemaligen DDR. Bei sechs Befragten sind die Eltern, bei zehn weiteren die Großeltern aus einem anderen Land nach Deutschland zugewandert. Dabei handelt es sich allerdings überwiegend um Angehörige deutscher Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Lediglich drei Befragten kann demnach ein Migrationshintergrund attestiert werden: Die Mutter eines Probanden stammt aus Kroatien, die Großmütter zweier weiterer Probanden aus Ungarn bzw. Belgien.

5.2 Leser/Nichtleser

In die Kategorie „Leser“ fallen 76,2 Prozent (in absoluten Zahlen: 48) aller Befragten. Nur 15 Probanden, also 23,8 Prozent sind „Nichtleser“.³ Auch dies

3 Dabei definieren wir wie folgt: Leser ist ein Befragter dann, wenn er „mindestens eine Tageszeitung mindestens mehrmals pro Woche“, oder wenn er „mindestens zwei Tageszeitungen mindestens ein bis zweimal pro Woche“ liest. Nichtleser sind demnach alle, die „maximal eine Tageszeitung maximal ein bis zweimal pro Woche“ lesen. Dabei orientieren wir uns grob an den von Günther Rager im

dürfte eine Verzerrung zu Gunsten der Kategorie „Leser“ sein, möglicherweise verursacht durch das überdurchschnittliche Bildungsniveau der Befragten. Die hier als „Nichtleser“ klassifizierten sind allerdings mitnichten unbedingt schlechter gebildet. Obwohl 20 von 48 (41,7%) Lesern kein Abitur haben, sind 14 von 15 Nichtlesern (93,3%) im Besitz des Abschlusses. Der Chi-Quadrat-Test nach Pearson ergibt ein Signifikanzniveau von 0,012. Auch neigen die Nichtleser unserer Stichprobe nicht den erwarteten Klischees zu. Dass die Bedrohung der Bürger durch Kriminalität geringer ist als die Zeitungen schreiben, glaubten 86,7 Prozent der Nichtleser (13 von 15), aber nur 52,1 Prozent der Leser (25 von 48).

5.3 Täterassoziation

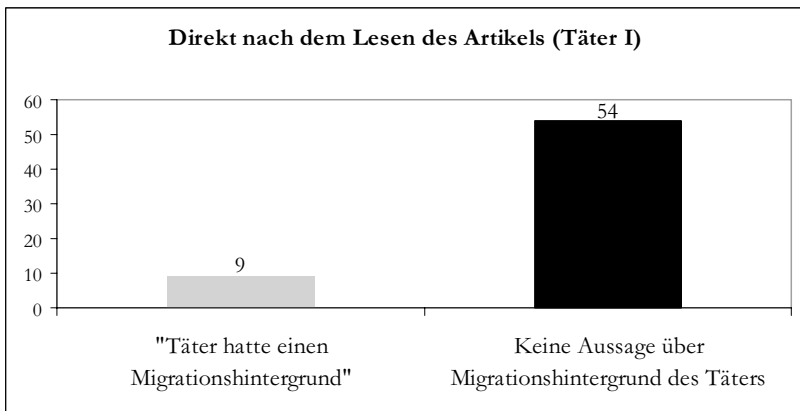


Abbildung 1: Haltung der Befragten zur Ethnizität des Täters (Täter I)

Auf die Frage „Was können Sie mir über den Täter sagen?“ direkt nach dem Lesen des Stimulus-Artikels glaubten neun Probanden (14,3%) fälschlicherweise, sich daran zu erinnern, dass der Täter einen Migrationshintergrund hatte. 54 Befragte, also 85,7 Prozent, erinnerten sich richtig: Im Text wurde keine Nationalität oder Ethnie genannt. Nach dem Frageteil über Ausländer und Kriminalität wurden die Probanden gefragt, ob sie beim Lesen des Artikels eine Assoziation hatten, um welche Täter es sich handeln könnte. Diese Frage wurde allerdings nur 44 von 63 Befragten gestellt. Die Prozentangaben beziehen sich als gültige Prozente auf diese 44 Probanden: 31 von 44 Befragten gingen demnach davon aus, dass es sich bei den Tätern um Menschen mit

Migrationshintergrund handelte (70,5%). Ein Inferenzschluss wird also durch implizite Informationen gezogen, aber immerhin von fast einem Drittel der Befragten nach eigenen Angaben nicht.

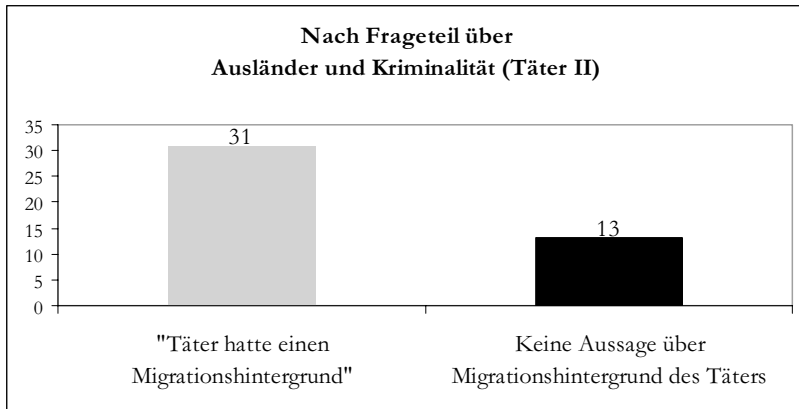


Abbildung 2: Haltung der Befragten zur Ethnizität des Täters (Täter II)

Relativ häufig war auch die Annahme, es habe sich um bestimmte soziale Gruppen ohne zwangsläufigen Migrationshintergrund gehandelt, zum Beispiel Rockerbanden, Punks, Neonazis – dies assoziierten nach eigenen Angaben neun Befragte (20,5%).

5.4 Meinung zur Richtlinie 12.1

60,3 Prozent (38 Befragte) stimmten der Aussage zu: „Es sollte in so einem Artikel *nicht* gesagt werden, ob der Täter Ausländer war.“ Bei der allgemeiner formulierten Aussage: „Die Zeitung sollte die Nationalität von Straftätern gar nicht nennen“ stimmten noch immer 49,2 Prozent, also 31 Probanden zu. 50,8 Prozent oder 32 Probanden stimmten der Aussage zu, die Zeitung solle die Nationalität von Straftätern immer nennen.

5.5 Haltung zu Ausländern und Ausländerberichterstattung

Eine leichte Mehrheit von 32 Befragten (50,8%) glaubt, dass über ausländische Straftäter „eher negativ“ oder „zu negativ“ berichtet wird. 28 Befragte bzw. 44,4 Prozent gehen davon aus, dass über diese „neutral“ berichtet wird. Nur drei Befragte (4,8%) haben den Eindruck, über ausländische Straftäter werde „zu positiv“ berichtet. Die Berichterstattung über ausländische und deutsche

Straftäter unterscheidet sich nach Ansicht von 33 Befragten (52,4%) nicht. Der Rest der Probanden (47,6%) glaubt allerdings, dass über ausländische Straftäter negativer als über deutsche Straftäter berichtet werde. Dass in Deutschland lebende Ausländer genauso häufig kriminell werden wie Deutsche, glauben 50,8 Prozent (32 Befragte). Ein großer Teil der Probanden geht aber davon aus, dass Ausländer häufiger kriminell werden (30 Befragte bzw. 47,6%). 63,5 Prozent der Probanden schätzen den Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung in Deutschland einigermaßen richtig ein, nämlich als „unter 10 Prozent“ oder als „10 bis 20 Prozent“. Je nachdem, ob man nur „Ausländer“ meint oder die Deutschen mit Migrationshintergrund einbezieht, sind beide Werte richtig. In Dortmund schätzten 3,5 Prozent der Befragten den Ausländeranteil als „unter 10 Prozent“ ein, jeweils 36,5 Prozent der Probanden tippten auf „10 bis 20 Prozent“ und „20 bis 30 Prozent“.

5.6 Kontakt zu Ausländern in Deutschland

Persönlichen Kontakt zu Ausländern in der eigenen Familie oder Verwandtschaft haben nur 16 von 63 Befragten (25,4%). Deutlich mehr Kontakt gibt es aber am Arbeitsplatz (43 Befragte, also 68,3%) und in der Nachbarschaft (45 Befragte, also 71,4%). Dies überrascht nicht, da 34,9 Prozent der Befragten angaben, in ihrer Wohnumgebung lebten „überwiegend Ausländer“. Weitere 47,6 Prozent leben nach eigener Einschätzung in einer Wohnumgebung mit „vielen Ausländern“. Nur vier Probanden wählten die Antwort: „keine/so gut wie keine Ausländer“. Alle diese vier Probanden wohnen im „sonstigen Dortmund“, also außerhalb der Nordstadt.

Überraschend groß ist der Anteil der Probanden, die angeben, im Freundes- und Bekanntenkreis Kontakt zu Ausländern zu haben. Dies sind 46 Probanden bzw. 73 Prozent. Dieser Wert dürfte am aussagekräftigsten sein, da es sich bei Beziehungen im Freundes- und Bekanntenkreis am ehesten um selbstgewählte Kontakte handelt. Folgerichtig dürfte der Kontakt zu Ausländern im Freundes- und Bekanntenkreis die stärksten Auswirkungen auf die Beantwortung zahlreicher Fragen haben. So erinnern sich von den Befragten mit ausländischen Freunden nur vier (8,7%) fälschlicherweise daran, im Artikel sei von ausländischen Tätern die Rede gewesen. Von denen ohne ausländische Freunde glauben fünf Probanden (29,4%), es sei von ausländischen Tätern die Rede gewesen. Aufgrund der geringen Stichprobengröße ist die beim Chi-Quadrat-Test nach Pearson errechnete Signifikanz von 0,037 nur bedingt aussagekräftig – aber eine Tendenz ist doch erkennbar. In etwa gleich häufig ist aber bei beiden Gruppen der Wunsch, Zeitungen sollten die Nationalitäten von Straftätern lieber immer als gar nicht nennen – Befürworter und Gegner

sind etwa gleich häufig, wenngleich bei den Befragten mit ausländischen Freunden die Tendenz zur Ablehnung etwas stärker ist.

5.7 Ausländer heißt Türken

Zwei von drei Probanden denken nach eigenen Angaben zuerst an Türken, wenn sie das Wort „Ausländer“ hören (42 Probanden, also 66,7%). An zweiter Stelle mit 15,9 Prozent (zehn Befragte) kommt die Kategorie „Sonstige“, die allerdings Antworten wie „Multikulti“, „Zigeuner“, „Muslimische Gruppen“, „Gemüschändler“ und „Islamisten“ einschließt. Bei dieser Frage wurden die Probanden gefragt, an welche Gruppe sie zuerst denken, wenn sie das Wort „Ausländer“ hören. Viele zählten mehrere Gruppen auf, deshalb wurden bei der Datenanalyse auch die Gruppen an zweiter bis sechster Stelle mit aufgenommen. So denken immerhin noch 9,5 Prozent der Befragten als zweites an Polen, 7,9 Prozent denken als zweites an Südeuropäer.

Addiert man die Assoziation „Türken“ auch von denen, die nicht an erster Stelle an sie dachten, hinzu, ergibt sich folgender Wert: 46 von 63 Befragten (73%) denken beim Wort „Ausländer“ (auch) an Türken. Darin spiegelt sich die Bedeutung der Türken als relativ größte Migrantengruppe wider, auch wenn ihr tatsächlicher Anteil an den Migranten in Dortmund und in Deutschland deutlich geringer ist als meistens geschätzt.

5.8 Wertung der Ergebnisse

Unser zentrales Forschungsinteresse lag in der Überprüfung der Inferenzhypothese. Wir vermuteten, dass die Versuchspersonen aus Schlüsselreizen den nicht genannten Migrationshintergrund der Täter, über die im Artikel berichtet worden war, in ihre Erinnerung aufnehmen. Dabei ist das Ergebnis gemischt: Die Täterethnizität wurde von den Probanden zunächst nicht genannt (Frage „Was können Sie mir über die Täter sagen?“), auf die spätere Nachfrage allerdings ist überdeutlich geworden, dass auf Menschen mit Migrationshintergrund geschlossen wurde. Als Interpretation für diesen zwiespältigen Befund ist a) möglich, dass die ethnische Zugehörigkeit nicht wichtig erschien, b) Erinnerung und Interpretation im frühen Stadium der Befragung noch nicht stark genug ausgeprägt waren und c) die soziale Erwünschtheit erst während der zweiten Nachfrage nachließ. Es bleibt aber der Schluss, dass Leserinnen und Leser, anders als Richtlinie 12.1 behauptet, Artikel daraufhin dekodieren können, was an Informationen fehlt. Die Nichteffektivität der Antidiskriminierungsregel darf also als bestätigt gelten.

Auch die Zitate, die wir zur Ergänzung notiert haben, gehen in diese Richtung. Manchen Lesern fällt das Fehlen wichtiger Informationen auf. So sagte einer:

Es steht dann immer: Ein Dortmunder hat die Oma niedergeprügelt. Da weiß ich immer schon, dass es ein Ausländer war. Ich finde, das sollte immer dazu gesagt werden – auch wenn mir Leute diese Meinung oft als ausländerfeindlich ankreiden wollen. Man denkt doch sonst, die Journalisten würden auch nur mauscheln. Was ist denn so schlimm daran, wenn einer ausm Libanon kommt, oder Afghanistan?

Teilweise (aber nicht signifikant) thematisierten die Versuchspersonen allgemeinere Vorstellungen von Bedrohung und Überfremdung, die auf Erfahrungen im Lebensumfeld, aber auch grundsätzlichere Fremdenfeindlichkeit zurückgehen: „Messerstecherei, es gab Verletzte, aber mit den Typen hab ich kein Mitleid. Die sollen in ihr eigenes Land gehen und sich da abstechen, unsere Gefängnisse sind voll mit unseren eigenen Leuten, leider Gottes.“ Oder zur Wohnumgebung:

Hier sitzen die Leute von der Drogenfahndung, nehmen Leute fest, und lassen die wieder laufen, wegen Geringfügigkeit. Und die Zeitungen wissen es einfach nicht. Und wenn die Öffentlichkeit das mitkriegt, dann krieg ich mein Haus nicht mehr vermietet. Wenn die wirklich wüssten, wo sie wohnen, würden sie zu unruhig. Ich zieh auch aus.

Hier deutet sich an, worin die Defizite der Migrantenberichterstattung liegen: Es gelingt vielen Journalisten nicht, Probleme des Miteinanders zu thematisieren, wohl aus der Befürchtung heraus, an niedere Instinkte zu appellieren. Das Prinzip Öffentlichkeit kann eben über Richtlinie 12.1 hinaus immer noch aus pädagogischen Gründen verletzt werden. Berührungsängste in der Lokalberichterstattung kommen hinzu, ebenso die redaktionelle Arbeitsverdichtung.

6 Fazit

Während der Presserat in Richtlinie 12.1 von der Gefahr spricht, dass Vorurteile „geschürt“ werden, wird in der Medienwirkungsforschung meist die Vorurteilsaktualisierung untersucht. In bewusster Abgrenzung zu der Presserats-Formulierung („Schüren“) sprechen wir von der Aktualisierung von Vorurtei-

len, im Unterschied zu ihrer Entstehung oder Bildung. Dies ist die neutralere Formulierung.

Die Ergebnisse stützen den kognitions- bzw. sozialpsychologischen Befund, dass Vorurteile automatisch aktiviert werden. Da Vorurteile auch auf implizite Informationen anspringen, kann eine Aktivierung während der Rezeption von Medienbeiträgen durch inhaltliche Regulierungsmaßnahmen wie Richtlinie 12.1 nicht verhindert werden. Während einigen Probanden nicht klar war, dass es sich bei ihren ‚Erinnerungen‘ um Inferenzen handelte, war anderen dieser Umstand sehr wohl bewusst, so dass sich bei diesen Versuchspersonen zwar keine Erinnerungsverzerrung zeigte, sie die Täternationalität aber im Anschluss entweder spontan thematisierten oder auf Nachfrage über diesbezügliche Vermutungen Auskunft geben konnten. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass die Versuchspersonen sich erst auf die Nachfrage hin über die Minderheitenzugehörigkeit der Tatbeteiligten Gedanken gemacht und die Inferenzen ex post gezogen haben. Dagegen spricht aber die Tatsache, dass ihre Auskünfte sehr spontan waren. Den Umstand, dass Vorurteile prinzipiell bewusstseinsfähig sind, kann sich der Journalismus mit Blick auf seine Integrationsfunktion zunutze machen. Vorurteile auf unbewusster Ebene automatisch operieren zu lassen, hieße, das Individuum diesen Automatismen auszuliefern.

In Bezug auf die Kriminalberichterstattung heißt das: Es sollte offen angesprochen werden, was Richtlinie 12.1 verschweigen will – die Nationalität von Straftätern (die andernfalls vielfach ja ohnehin inferiert würde). Nur wer die Fakten nennt, kann sie auch diskutieren und ggf. relativieren (zum Beispiel indem die soziodemografischen Determinanten von Kriminalität⁴ thematisiert werden). Dem Journalismus steht damit ein wichtiges Instrument zum Abbau, zumindest aber Infragestellen von Vorurteilen zur Verfügung: die journalistische Recherche und Hintergrundberichterstattung im Lokalen.

Dies ist ein weiterer Punkt, der bei der Begründung von Richtlinie 12.1 scheinbar nicht bedacht wurde: die außermediale Wirklichkeit. Menschen beziehen ihre Informationen nicht nur aus den Medien (und zwar umso weniger, je stärker deren Glaubwürdigkeitsverlust). Andersherum beziehen die Medien bzw. Journalisten ihre Informationen scheinbar nicht mehr in ausreichendem Maße aus der Lebenswirklichkeit – Medienrealität und Alltagserfahrung driften auseinander. Damit verkleinert sich die Schnittmenge bzw. vergrößert sich der Bias, der unweigerlich in die Berichterstattung eingebracht wird. Diesem empirischen Befund steht der normative Anspruch entgegen, dass Journalisten den Berichterstattungsbias so klein wie möglich halten sollten, das heißt die außermediale Realität bei der Nachrichtenproduktion so wenig wie möglich ‚bre-

4 Vgl. Geißler (2001).

chen‘ (Qualitätsmerkmal Objektivität bzw. Intersubjektivität) bzw. Ereignisse/Sachverhalte aus unterschiedlichen Perspektive darstellen sollten (Qualitätsmerkmal Universalität).

Dafür, dass Richtlinie 12.1 dem Ansehen des Journalismus schadet, das zu wahren erklärtes Ziel des Presserats ist, spricht auch eine mögliche Ineffektivität: Selbst wenn die Rezipienten nicht zwischen den Zeilen lesen und die fehlenden Daten nicht aus impliziten Informationen ableiten würden, so kämen sie doch in den Besitz der verbotenen Information über die Minderheitenzugehörigkeit von Straftätern/-verdächtigen, und zwar schlicht dadurch, dass sie vor Ort sind und sich mit anderen unterhalten.

Anstatt die Nachrichtenfaktoren „Negativität“ und „Ethnozentrismus“ einer offenen Diskussion auszusetzen, ist der Presserat mit Richtlinie 12.1 den einfachen Weg der Restriktion gegangen. Könnte der Journalist in der Kriminalberichterstattung im vollen Bewusstsein seiner berufsethischen Verantwortung und nach sorgfältiger Abwägung im konkreten Einzelfall sämtliche Informationen bringen, so würde er damit die Prinzipien der Wahrnehmung und Informationsverarbeitung beachten, die sich nicht so einfach durch das schlichte Weglassen von ‚kritischen‘ Informationen austricksen lassen. Zugleich würde er auf diese Weise das journalistische Publikationsgebot als *das* grundlegende professionelle Kriterium befolgen.

Die Richtlinie zur Antidiskriminierung 12.1 erfüllt ihren Zweck deshalb überwiegend nicht. Rezipienten ergänzen fehlende Informationen meistens durch Inferenzen, die auf Vorurteilen oder Erfahrungswerten basieren. Dass diese Ergänzungen oft fehlerhaft sein können, Tätern also fälschlicherweise einen Migrationshintergrund unterstellen, kann dem Zweck der Richtlinie sogar zuwiderlaufen.

Literatur

Breuer, Dieter (1982): Geschichte der literarischen Zensur in Deutschland. Heidelberg.

Brewer, Marilyn B./Kramer Roderick M. (1985): The psychology of intergroup attitudes and behavior. In: Annual Review of Psychology, 36, S. 219-243.

Deutscher Presserat (1974): Tätigkeitsbericht 1973. Bonn.

Deutscher Presserat (2007): Publizistische Grundsätze (Pressekodex), Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserats, Beschwerdeordnung. Bonn.

- Geißler, Rainer (2001): Sind Ausländer krimineller als Deutsche? Anmerkungen zu einem vielschichtigen Problem. In: *Gegenwartskunde*, Jg. 50, H. 1, S. 27-41.
- Hamilton, David L. (1979): A cognitive-attributitional analysis of stereotyping. In: Berkowitz, Leonard (Hrsg.): *Advances in Experimental Social Psychology*, Vol.12. New York, N.Y., S. 53-84.
- Mohr, Cornelia (2004): Inferenzschlüsse in der Medienrezeption. Konstruktion eines Instrumentariums zur empirischen Evaluation der Richtlinie 12.1 des Pressekodex. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Institut für Journalistik der Universität Dortmund.
- Pöttker, Horst (2002): Wann dürfen Journalisten Türken Türken nennen? Zu Aufgaben und Systematik der Berufsethik am Beispiel des Diskriminierungsverbots. In: *Publizistik*, H. 3/2002, S. 265-279.
- Pöttker, Horst (2005): Diskriminierungsverbote und Beschwerdepraxis des Deutschen Presserats. Eine quantitative und qualitative Analyse. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand - Bibliographie*. Bielefeld, S. 185-221.
- Rager, Günther et al. (2004): Wer liest Zeitung? Einflussfaktoren auf die Zeitungsnutzung Jugendlicher. In: *Zeitschrift für Medienpsychologie*, H. 16 (1), S. 2-16.
- Razran, Gregory (1950): Ethnic dislikes and stereotypes: A laboratory study. In: *Journal of Abnormal and Social Psychology*, H. 45, S. 7-27.
- Tajfel, Henri (1981): *Human groups and social categories: Studies in social psychology*. Cambridge.
- Weber-Menges, Sonja (2005): Die Wirkungen der Präsentation ethnischer Minderheiten in deutschen Medien. In: Pöttker, Horst/Geißler, Rainer (Hrsg.): *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand - Bibliographie*. Bielefeld, S. 127-184.

Teil 4:

Mehrheitsmedien

Der Wandel der Darstellung von Migranten am Beispiel Siegener Lokalmedien in den Jahren 1996 und 2006¹

1 Einleitung

Deutschland ist zu einem Einwanderungsland modernen Typs geworden. Eine zunächst banale Feststellung, die jedoch vor gut zehn Jahren noch vorsichtig als Frage formuliert worden wäre. Doch nach der politischen Kehrtwende in der deutschen Einwanderungspolitik mit dem Regierungswechsel 1998, ist aus einem Frage- ein Ausrufezeichen geworden (vgl. Geißler 2006: 235). Inzwischen besitzt Deutschland unter einer schwarz-roten Koalitionsregierung einen Nationalen Integrationsplan. Dass dieser von einer konservativen Bundeskanzlerin als „Meilenstein in der Geschichte der Integrationspolitik“ (Integrationsbeauftragte 2007) bezeichnet wird, war vor einigen Jahren noch undenkbar und verdeutlicht zudem, dass der unter der rot-grünen Bundesregierung begonnene Wandel in der deutschen Migrations- und Integrationspolitik kein kurzes Intermezzo darstellte, sondern eine konstante gesellschaftspolitische Veränderung hervorrief, die inzwischen alle (erst zu nehmenden) politischen Strömungen erfasst hat. Die deutsche Integrationspolitik ist keine reine Symbolpolitik mehr, sondern nimmt die gesellschaftliche Pluralität als Faktum zur Kenntnis und versucht die Vielfalt in allen Lebensbereichen aktiv zu steuern.

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Darstellung und dem Wandel in der Darstellung ethnischer Minderheiten in deutschen Medien. In einer umfassenden Zusammenstellung hat Daniel Müller (2005) den Forschungsstand quantitativer wie qualitativer Forschung zum Thema Medien und Integration vorgelegt, weshalb dieser hier nicht referiert wird. Der Beitrag fügt sich ein in das bereits intensiver bearbeitete Forschungsfeld und untersucht den Informationsteil zweier lokaler Printmedien und schenkt damit einem bisher wenig beachtetem Gebiet seine Aufmerksamkeit: Der Fokus lag bisher ganz eindeutig auf der überregionalen Presse, hier sollen nun aber zwei Lokalzeitungen eingehender untersucht werden. Aktuelle Längsschnittanalysen zum Wandel der medialen Berichterstattung existieren nicht. Hier setzt dieser Beitrag an und vergleicht Daten mit dem Abstand eines Jahrzehnts.

1 Für die wertvollen Ratschläge und Hinweise sowie die Unterstützung gilt Prof. Dr. Rainer Geißler und Dr. Sonja Weber-Menges ein herzlicher Dank.

Bisherige Analysen haben gezeigt, dass Massenmedien häufig ein negativ verzerrtes Bild ethnischer Minderheiten vermitteln. Dabei kann man konstatieren, dass die Medien nicht immer das gleiche negative Bild zur selben Zeit betonen, sondern die Definition des „Ausländerproblems“ nach *semantischen Konjunkturen* verläuft (vgl. Meißner/Ruhrmann 2001: 9). „(S)obald es um die Sicherung des Arbeitsplatzes für die einheimische Bevölkerung ging, wurde die Frage der Verteidigung ausländischer Helfer immer weniger aktuell“ (Delgado 1972: 126). Die negative Verzerrung ethnischer Minderheiten beginnt noch relativ harmlos mit einer häufigen Problematisierung von Migranten – „Ausländer sind für die Presse ein Problem“ (Predelli 1995: 121) –, die sich häufig an den (tagesaktuellen) politischen Problemlagen orientiert (vgl. u.a. Geißler 1999, Meißner/Ruhrmann 2000).

Die krassere Form der negativen Verzerrung findet mit einer medialen Konstruktion von Bedrohung statt (vgl. Rosenthal 2000: 205). Besonders in den 1980er- und 1990er-Jahren fand die angebliche Bedrohung durch Zuwanderer mit populären Metaphern – „Das Boot ist voll!“ – den Weg in die Schlagzeilen und so auch in die Köpfe der Menschen (vgl. *ibid.*). Ethnische Minderheiten, so die vereinfachte Botschaft, die sich in zahlreichen Inhaltsanalysen nachweisen lässt, stellen eine Bedrohung auf dem Arbeitsmarkt dar, nutzen den Sozialstaat aus oder sind eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. In diesem Bedrohungskontext werden ethnische Minderheiten, ungeachtet der realen Verhältnisse, häufig als kriminelle Betrüger, Mafiosi, Kidnapper, Mörder usw. dargestellt (vgl. u. a. Geißler 2000, Predelli 1995, Butterwegge 2006, Ruhrmann/Sommer/Uhlemann 2006, Jäger et al. 1998).

2 Untersuchungsgegenstand und Forschungsfragen

2.1 Siegener Lokalzeitungen

Für die vorliegende Untersuchung wurden zwei Siegener Lokalzeitungen ausgewählt, die *Siegener Zeitung* (SZ) sowie die *Westfälische Rundschau* (WR), jeweils mit ihrer Teilausgabe für die Stadt Siegen. Beide Organe erscheinen an sechs Tagen in der Woche, von Montag bis Samstag. Die SZ ist nicht nur das meist gekaufte Lokalblatt im Kreis, sondern auch die meist gekaufte Tageszeitung, gefolgt von der WR und auf Platz drei der *Westfalenpost* (WP). Die nachfolgend vorgestellte Inhaltsanalyse konzentriert sich also auf die beiden auflagenstärksten lokalen Printmedien.

Die SZ steht mit durchschnittlich rund 52.000 verkauften Exemplaren pro Tag im ersten Quartal 2006 unangefochten an der Spitze aller im Kreisgebiet

Siegen-Wittgenstein verkauften Tageszeitungen. Somit beziehen etwa 40 Prozent aller Haushalte in dieser Region die *SZ*. Erst mit deutlichem Abstand folgen *WR/ WP* mit zusammen 19.000 verkauften Ausgaben und mit immerhin noch rund 10.000 verkauften Exemplaren die *Bild*-Zeitung. Die übrigen überregionalen Tageszeitungen, welche aufgrund der ihnen zugeschriebenen Funktion als „Leitmedien“ häufig im Fokus inhaltsanalytischer Untersuchungen stehen, spielen – jedenfalls anhand der Zahl der verkauften Exemplare gemessen – lediglich eine untergeordnete Rolle.

Die *SZ* verfügt zwar über einige Lokalredaktionen, wird aber ansonsten zentral in Siegen hergestellt. Auch der überregionale Teil wird zentral in Siegen produziert. Die *SZ* verfügt über kein eigenes Korrespondentennetz und bezieht ihre Informationen daher hauptsächlich aus dem Meldungspool der Nachrichtenagenturen. Im Kontext der relativen Verkaufszahlen könnte man von einer Art Quasi-Monopol über die lokalen Berichte der Region Siegen sprechen. Auf jeden Fall können sich lokale Akteure, die in einem Bericht der *SZ* Erwähnung finden, der Aufmerksamkeit eines breiten Publikums in der Region Siegen sicher sein.

Die *WR* gehört, wie auch die *WP*, zur *WAZ-Mediengruppe* und hat ihre Zentralredaktion in Dortmund. Im Siegener Kreisgebiet unterhält sie drei Lokalredaktionen, welche für die entsprechenden drei Teilausgaben in dieser Region verantwortlich sind. Die *WR* versorgt mit ihrer Zentralredaktion und den insgesamt 30 Lokalredaktionen im westfälischen Ruhrgebiet, Sauer- und Siegerland ein weitaus größeres Gebiet mit lokalen und überregionalen Nachrichten als die *SZ*. Und verfügt aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur *WAZ-Mediengruppe* über eigene Korrespondenten im In- und Ausland (vgl. *WAZ-Mediengruppe*). Sie ist damit nicht in dem Maße von Meldungen der Presseagenturen abhängig, wie es bei der *SZ* der Fall ist. Die lokale Berichterstattung der *WR* ist keinesfalls unbedeutend, die *SZ* bleibt im Vergleich jedoch als *primus inter pares* eine Art „lokales Leitmedium“. Möchte man eine politische Einordnung beider Medien vornehmen, so würde man die *SZ* als eher konservatives Blatt, die *WR* als eher sozialdemokratisch-liberales Blatt einstufen.

2.2 Forschungsfragen und Hypothesen

Hier wird die Überzeugung vertreten, dass Massenmedien bei der Integration ethnischer Minderheiten langfristig Vorstellungen und Verhaltensweisen sowohl bei der Mehrheitsgesellschaft, als auch bei ethnischen Minderheiten beeinflussen können, gerade im Wechselspiel mit anderen gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen. Geißler und Pöttker erkennen dort eine veränderte und prägende Wirkung von Massenkommunikation,

wo Einstellungen entweder (noch) nicht vorhanden sind bzw. sich (noch) nicht verfestigt haben oder wo sie durch dritte Faktoren in Frage gestellt werden und ins Wanken geraten: in soziokulturellen Umbruch- und Krisensituationen, bei neuen Themen und bei Rezipienten mit im Wesentlichen (noch) nicht abgeschlossener Sozialisation. (Geißler/Pöttker 2006: 34)

Diese Bedingungen treffen gerade für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in einem Deutschland zu, welches sich erst seit einigen Jahren in einem Transformationsprozess zu einem Einwanderungsland modernen Typs befindet (vgl. Geißler 2006: 237). Damit stellt sich nicht nur die Frage nach der Rolle, die Massenmedien bei der Integration ethnischer Minderheiten übernehmen oder zu übernehmen haben, sondern auch die Frage nach dem Zustand der medialen Integration, definiert als „die Integration der ethnischen Minderheiten in die medial hergestellte Öffentlichkeit und in das Mediensystem“ (Geißler/Pöttker 2006: 21)

Geißler (2005b) und Geißler/Pöttker (2006) unterscheiden drei Typen medialer Integration ethnischer Minderheiten: assimilative mediale Integration, mediale Segregation sowie interkulturelle mediale Integration. Im Rahmen der nachfolgend vorgestellten Inhaltsanalyse zweier regionaler Tageszeitungen geht es um die Inhalte dieser beiden Medien und damit um eine Dimension der drei Typen medialer Integration bzw. Segregation.² Realiter wird man die Medieninhalte nicht scharf, gemäß den drei Typen medialer Integration, unterscheiden können. Dennoch wird es möglich sein, Tendenzen zu beschreiben. Mit diesem Rahmen stellen sich für die Analyse zwei grobe Fragen, von denen ausgehend sich dann wieder feingliedrigere Fragestellungen ergeben: 1. Wo stehen wir: Auf welchem Stand befindet sich die inhaltliche Dimension der medialen Integration im untersuchten Zeitraum 2006? 2. Woher kommen wir: Wie war es um die mediale Integration vor gut einem Jahrzehnt, also im untersuchten Zeitraum 1996, bestellt? Welche Veränderungen hat es seither gegeben?

Die erste Fragestellung wird unter zwei Gesichtspunkten behandelt. Zunächst geht es um die Ist-Situation im untersuchten Zeitraum des Jahres 2006 insgesamt. Sind ethnospezifische Bezüge überhaupt erkennbar, werden Migranten und ihre Integration also überhaupt thematisiert? Wäre dies nicht

2 Neben der inhaltlichen Dimension unterscheiden Geißler und Pöttker die beiden Dimensionen der Produktion – also die Frage nach der Vertretung ethnischer Minderheiten im medialen Produktionsprozess – und der Nutzung – also die Frage ob ethnische Minderheiten ausschließlich Ethnomedien oder Mehrheitsmedien nutzen oder beide komplementär Verwendung finden (vgl. Geißler 2005, Geißler/Pöttker 2006a). Sowohl die Produktion als auch die Nutzung können mit inhaltsanalytischen Methoden nicht (oder nur völlig unzureichend) erfasst werden.

der Fall, so könnte man von einer assimilativen medialen Integration sprechen (jedenfalls für die inhaltliche Dimension). Man durfte bei der Untersuchung annehmen, dass Personen mit Migrationshintergrund sehr wohl Thema in beiden Organen sind. Fraglich war lediglich, ob bei einer systematischen Analyse eher das Bild einer medialen Segregation zu finden sein wird – Migranten also verzerrt und eher als Problemgruppe oder gar Belastung und Gefahr für die Mehrheitsgesellschaft dargestellt werden – oder ob sich das Bild einer interkulturellen medialen Integration bietet. Also, ob die untersuchten Medien einen Beitrag zur *aktiven Akzeptanz* (vgl. Geißler 2005a: 65f.) leisten und (auch) die Funktionalität von Zuwanderung und die Notwendigkeit von gesellschaftlicher Einheit bei ethnischer Verschiedenheit betonen.

Im zweiten Element der Frage „Wo stehen wir?“ wird es um Unterschiede zwischen der lokalen und der überregionalen Berichterstattung gehen. Ist der Lokalteil als Ort überwiegend positiver Nachrichten (zum Beispiel mit Berichten über das Vereinsleben, Sport, Einweihungen, Jubiläen) auch bei Integrationsthemen positiv? Oder werden ethnische Minderheiten auch in der Lokalberichterstattung negativ verzerrt, bleiben sie möglicherweise völlig unbeachtet?

Die zweite Frage „Woher kommen wir?“ soll sich mit der Veränderung des medialen Bildes von Migranten im Laufe eines Jahrzehnts beschäftigen. Die retrospektive Kodierung von Artikeln aus dem Jahr 1996 bietet die Möglichkeit das „Ausländerbild“ der „Abwehrphase“ mit dem der seit 1998 andauernden „Akzeptanzphase“ deutscher Einwanderungspolitik zu vergleichen (vgl. Geißler 2006: 235ff.).³ Dieser Vergleich im Längsschnitt ist, wie oben bereits angemerkt, bislang in aktuellen Studien zur medialen Präsentation und Repräsentation nicht zu finden, weder für Lokalmedien noch für die Qualitätsblätter.

3 Die Abwehrphase (1981-1998) war gekennzeichnet durch eine öffentliche Diskussion im Kontext hoher Flüchtlingszahlen. Unter anderem der starke Anstieg der Asylbewerberzahlen führte zu einem „Rennen nach Begrenzungs politik“ (Meier-Braun 1995: 17 zit. nach Geißler 2006: 236), die sich dann in einer restriktiveren Asylpolitik niederschlug. Dennoch: Gerade aufgrund eines vermehrten Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte stieg die Zahl der Ausländer in Deutschland stark an, von 4,5 Mio. 1988 auf 7,3 Mio. 1996. Von der Politik wurde diese Tatsache aber eher totgeschwiegen und der Einstieg in eine sinnvolle Einwanderungspolitik verpasst.

3 Methode

Als Analyseinstrument für die vorgestellten Forschungsfragen ist die Inhaltsanalyse das geeignete Mittel. Ihr Ziel besteht zunächst in der Analyse von Material, welches aus irgendeiner Art von Kommunikation stammt (vgl. Mayring 2002: 11). Das Wesen der Inhaltsanalyse besteht darin, den Inhalt dieser Kommunikation messbar zu machen, Qualitatives also zu quantifizieren.⁴ Bei der hier gewählten Methode einer eher quantitativen Inhaltsanalyse kommen alle drei von Diekmann (2001: 487) aufgeführten Vorteile zum tragen: Die Inhaltsanalyse ermöglicht es, in der Vergangenheit produziertes Material systematisch zu untersuchen (*Vergangenheitsbezug*) und, im Folgenden, die Darstellung ethnischer Minderheiten in Lokalmedien retrospektiv zu analysieren. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, einen *sozialen Wandel* erforschbar zu machen und hier den medialen Umgang bei der Beschreibung und Thematisierung von Migration und Integration zu untersuchen. Der dritte Vorteil liegt in der *Nicht-Reaktivität* des Datenmaterials.

3.1 Untersuchungszeitraum und Auswahl der Artikel

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich auf die ersten sechs Wochen der Jahre 1996 und 2006.⁵ Kodiert wurden solche Artikel, die sich mit ethnischen Minderheiten bzw. Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland beschäftigten oder in denen solche aktiv oder passiv auftraten.⁶ Untersucht wurden die „Informationsteile“; der Sport-, Wirtschafts- sowie der Anzeigenteil und das Feuilleton bzw. der Kulturteil wurden nicht miterfasst.

4 Das Problem einer genauen Definition von Inhaltsanalyse soll hier ausgeblendet werden. Auf den gelungenen Versuch einer Definition von Mayring sei hier allerdings ausdrücklich verwiesen (vgl. Mayring 2002). Ein theoretisch wie praktisch orientiertes Standardwerk zur Inhaltsanalyse hat Fröh (2007) vorgelegt.

5 Die genauen Zeiträume waren der 2.1.1996 bis zum 10.2.1996 bzw. der 2.1.2006 bis zum 11.2.2006.

6 Auch wenn zum Beispiel der Begriff „Migrant“ die zweite oder dritte Generation von Menschen mit Migrationshintergrund (möglicherweise Deutsche nicht-deutscher Herkunft) nicht erfasst, werden die Bezeichnungen „Migranten“ oder „ethnische Minderheiten“ synonym zum Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ verwendet, auch um den Text mit einer Variation der Begriffe besser lesbar zu machen. Der Begriff „Ausländer“ wird hingegen nur für Menschen verwendet, die tatsächlich nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen (bzw. wo ihnen das in Zeitungsberichten unterstellt wird).

3.2 Kodierbuch und Kategorien

Das Kodierbuch bildet zusammen mit seinem theoretischen Hintergrund das Herzstück jeder Inhaltsanalyse. Das nachfolgend vorgestellte Kategoriensystem wurde zunächst nach einem Pre-Test, dann nach einem Reliabilitätstest überarbeitet und entwickelt.

Die Identifikatoren, sowie die formalen Variablen (vgl. Meißner/Ruhrmann 2001: 18ff.), also die rein deskriptiven Variablen des Kodierbuches, bedürfen bis auf zwei Ausnahmen eigentlich keiner besonderen Erläuterung. In den Kategorien *Nationalität* und *Wortwahl* wurden je Artikel bis zu drei Ausprägungen erfasst, also ob beispielsweise von „Türken“ die Rede ist und in diesem Zusammenhang von „Migranten“ oder „Ausländern“ gesprochen wird. Die Häufigkeit dieser Begrifflichkeiten wurde nicht erhoben.

Der semantischen Variable *Darstellung der Migranten* konnten die drei Werte positiv, negativ oder (sachlich) neutral zugeordnet werden. So wurde gemessen, ob der Artikel dazu geeignet ist, ein positives, negatives oder eben „neutrales“ Bild von ethnischen Minderheiten zu erhalten und bezieht sich auf den Artikel insgesamt.⁷

Die folgenden vier semantischen Variablen wurden jeweils unabhängig voneinander kodiert. Im unwahrscheinlichsten Fall konnten so für einen Artikel alle vier Kategorien kodiert werden:

1. Werden Migranten als Kriminelle oder Straftäter dargestellt?

Diese Kategorie ist dichotom kodiert, während bei den übrigen Variablen das Auftreten keiner, einer oder zwei der angegebenen Subkategorien entscheidend ist.

2. Wird der Migrant als Konkurrent oder Bedrohung dargestellt?

Unter dieser Kategorie wurden Artikel zusammengefasst, die Migranten als Bedrohung auf dem deutschen Arbeitsmarkt oder für die Arbeitsplätze von „Deutschen“ allgemein oder speziell thematisierten (*Arbeitsmarkt*), die Migran-

7 Die hier verwandte Methode hat allerdings ihre Grenzen und Mängel: Zum einen muss beim Kodieren eine subjektive Bewertung so weit wie möglich vermieden werden. Eine Likert-Skala erscheint außerdem zunächst aussagekräftiger, erschwert die Erhaltung der Objektivität jedoch beträchtlich. Zum anderen musste ein Umgang damit gefunden werden, wie ein Artikel kodiert wird, wenn zum Beispiel die Angehörigen einer Minderheitengruppe positiv, die einer Anderen negativ dargestellt werden. Mit der Hilfsfrage „Ist der Artikel dazu geeignet ein positives, negatives oder „neutrales“ Bild von ethnischen Minderheiten zu erhalten?“ konnte dies vom jeweiligen Fall abhängig gemacht werden. Es konnte so entschieden werden, ob die negative Darstellung die positive überstrahlte oder umgekehrt, bzw. ob es zu einer Art „Ausgleich“ und damit einer „neutralen Kodierung“ kam.

ten als Bedrohung für die deutschen Sozialsysteme zum Thema machten, sie beispielsweise als Nutznießer der „sozialen Hängematte“ beschrieben oder darstellten (*Sozialsysteme*), oder Migranten in irgendeiner Art und Weise als Bedrohung für die Kultur der Mehrheitsgesellschaft ausmachten (*Kultur*).

3. Wird der Migrant als Teil der Gesellschaft, Nachbar oder Mitbürger dargestellt?

Diese Kategorie ist gewissermaßen das positive Gegenstück zum vorher Beschriebenen. Hier wurden solche Berichte erfasst, die Migranten als bedeutsam in Wirtschaftsleben oder Arbeitswelt zeigten (*Wirtschaft, Arbeit*), beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund, die als Arbeitgeber auftreten und Arbeitsplätze schaffen, aber auch solche, die als Arbeitnehmer einen Beitrag für die Gesamtgesellschaft erbringen. Noch einmal explizit kodiert wurden Artikel, welche direkt den positiven Beitrag von Migranten für die *Sozialsysteme* betonten. Auch solche Artikel, die ethnische Minderheiten in *Kultur und Zivilgesellschaft* positiv thematisierten, also zum Beispiel als engagierte Bürger in Vereinen, Bürgerinitiativen, Religionsgemeinschaften, politischen Parteien usw. Zudem wurden Artikel kodiert, die Migranten in Zusammenhang mit sportlichen Aktivitäten (außerhalb des Sportteils) zeigten (*Sport*).

4. Wird der Migrant als Teil einer ethnischen Minderheit dargestellt?

Unter dieser Kategorie wurden gleichsam solche Berichte subsumiert, die das zum Thema machten, was Menschen mit Migrationshintergrund ausmacht: ihre besondere Herkunft, ihre mehr oder weniger stark bewusste Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit sowie ihre (möglicherweise) spezifischen Problemlagen, die ihr Status mit sich bringen kann. So wurden Artikel erfasst, die ethnische Minderheiten als Opfer von rechter Gewalt zeigten (*Rassismus, Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit*). Aufgenommen wurden zudem Berichte, in denen unter anderem eine Diskriminierung von Migranten thematisiert wurde (*Diskriminierung, Marginalisierung*) oder in denen spezifische Probleme beschrieben wurden, die ethnische Minderheiten verursachen oder erfahren (*Probleme, Benachteiligung*), so zum Beispiel die Bedrohung durch Abschiebung, die Anordnung von Sprachkursen oder allgemein Sprachprobleme, die Pflicht zu Integrationstests oder Debatten um Teilname am Schwimmunterricht oder das Tragen des Kopftuches.

3.3 Zuverlässigkeit der Messung

Bei jeder Inhaltsanalyse besteht die Gefahr subjektiver Einflüsse durch die Kodierer. Um die Reliabilität einschätzen zu können, wurden rund 12 Prozent der

aus dem Jahr 2006 kodierten Artikel von einem zweiten Kodierer erneut bearbeitet.⁸ Insgesamt ergab sich für die überprüften Variablen eine übereinstimmende Kodierung von rund 93 Prozent (zur Reliabilitätsprüfung und der Berechnung siehe Früh 2007: 188ff.). Um die Messung noch zuverlässiger zu machen, wurde der Kodierhinweis noch einmal überarbeitet und konkretisiert.

Insgesamt kann der vorgenommene Reliabilitätstest, der hier nicht vollständig referiert wird, auf Basis der Berechnung als erfolgreich angesehen werden.

Gemäß den oben vorgestellten Fragen sollen die Ergebnisse der Inhaltsanalyse nun vorgestellt werden. Obwohl der Umfang der zu kodierenden Variablen im Vergleich zu großen Studien relativ gering ist, lassen sich eine Fülle von Ergebnissen und Beziehungen darstellen.

Insgesamt wurden in den Jahren 1996 und 2006 aus *SZ* und *WR* 406 Artikel kodiert.

4 Die Darstellung ethnischer Minderheiten in *SZ* und *WR* im Jahr 2006

Im Jahr 2006 wurden insgesamt 191 Artikel kodiert. Davon stammen 91 aus der *SZ* und etwas mehr, nämlich 100, aus der *WR*. Bezogen auf die absolute Anzahl der Artikel mit inhaltlichem Bezug zu ethnischen Minderheiten gibt es also lediglich geringe Unterschiede zwischen den beiden Medien.

⁸ Für die zweite Kodierung wurde bewusst ein Laie eingesetzt, der weder mit der Methode der Inhaltsanalyse noch mit den theoretischen Konzepten von Integration oder medialer Integration vertraut war. Dies erforderte zwar eine intensivere Einweisung in die Kodiertechnik, ist jedoch m. E. eine gute Möglichkeit ähnlich ablaufende subjektive Effekte im Pretest minimieren zu können.

	<i>SZ</i>	<i>WR</i>
	Anteile in %	Anteile in %
Titelseite	5	4
Politik	25	20
„Vermischtes“⁹	27	28
Lokalteil	42	48
Gesamt	100	100
N	91	100

Abbildung 1: Verteilung der Artikel auf die jeweiligen Rubriken (2006)

Vergleicht man nun die Platzierung der kodierten Artikel in den verschiedenen Rubriken, ergeben sich erstaunlich wenig Differenzen zwischen beiden Zeitungen (vgl. Abb. 1). Lediglich bei den Anteilen in der Rubrik *Politik* und dem Lokalteil gibt es kleinere Abweichungen.

Auffällig ist die geringe Anzahl von Artikeln auf der Titelseite (5 bzw. 4%). Dieses Ergebnis weicht deutlich von dem Wert ab, den Meißner und Ruhrmann in ihrer Analyse von vier Thüringer Tageszeitungen feststellen konnten: Hier waren durchschnittlich 18 Prozent der „Ausländerartikel“ auf der Titelseite zu finden (vgl. Meißner/Ruhrmann 2001: 29). Berichte über ethnische Minderheiten waren also offenkundig nicht so sehr relevant für die Titelseite, allerdings für die politischen Teile dann eben doch.

Fast die Hälfte aller Artikel über Menschen mit Migrationshintergrund ist im Lokalteil und nicht in den überregionalen Rubriken zu finden. Ethnische Minderheiten sind also offenkundig relativ häufig ein Thema für die lokalen Spalten, auf die später noch detaillierter eingegangen wird.

4.1 Journalistische Form

Insgesamt wurde zwischen neun verschiedenen Formen redaktioneller Beiträge unterschieden: Agenturmeldungen, eigene Berichte, Mischformen aus Agenturmeldungen und eigenen Berichten, Berichte auf Basis von Pressemitteilungen, Korrespondentenberichte, Reportagen, Interviews, meinungsäußernde Formen (Glosse, Kommentar, Leitartikel) und weitere.

⁹ Zwar wurden alle Rubriken separat kodiert, die unterschiedliche Bezeichnung der Rubriken, vor allem aber ihre inhaltlich teilweise völlig unterschiedliche Konzeption bei beiden Zeitungen hat hier lediglich die Subsumierung unter die Rubrik *Vermischtes* zugelassen. Die Rubriken *Heute*, *Westfalen-Rundschau*, *Das Land und die Region* sowie *Tagesrundschau* der *WR* und die Rubriken *Zeitgeschehen*, *Panorama* und *Hintergrund* der *SZ* wurden hier zusammengefasst.

	<i>SZ</i>	<i>WR</i>
	Anteile in %	Anteile in %
Agenturmeldung/Mischform	55	29
Eigener Bericht	25	50
Bericht auf Basis v. Pressemitteilung	15	15
Andere	4	6
Gesamt¹⁰	100	100
N	91	100

Abbildung 2: Journalistische Form in *SZ* und *WR* (2006)

Abbildung 2 verweist auf einen deutlichen Unterschied zwischen *SZ* und *WR* bezüglich der journalistischen Form ihrer Artikel. Während in der *SZ* 55 Prozent der Artikel auf Agenturmeldungen und lediglich 25 Prozent auf eigenen Berichten basieren, ist dieses Bild bei der *WR* fast genau entgegengesetzt. Hier ist die Hälfte aller Artikel über Migranten selbst recherchiert und geschrieben, lediglich 29 Prozent basieren auf Agenturmeldungen. Über die Gründe darf man auf der Basis der vorliegenden Daten nur spekulieren, jedoch ist es nahe liegend, dass die oben beschriebenen (Redaktions-)Strukturen beider Organe es der *WR* eher ermöglichen eigene Berichte zu produzieren und zu verwenden.

Die hier unter „Andere“ zusammengefassten Formen spielen offensichtlich kaum eine Rolle. So wurde insgesamt lediglich zweimal eine meinungsäußernde Form (also Glosse, Kommentar oder Leitartikel) kodiert.

Erklärungsbedürftig ist wohl die Kategorie „Bericht auf Basis einer Pressemitteilung“. Sie wurde kodiert bei solchen Berichten, die als Pressemitteilung gekennzeichnet waren oder bei denen zweifelsfrei erkennbar war, dass hier nicht selbst recherchiert wurde, sondern eine auf dem Schreibtisch des jeweiligen Journalisten gelandete Pressemitteilung umformuliert oder sogar unverändert wiedergegeben wurde. Erwartungsgemäß wurde diese Kategorie fast ausschließlich in den Lokalteilen registriert. Der überraschend hohe Anteil von 15 Prozent bei beiden Organen wird später noch weiter zu analysieren sein.

4.2 Nationalitäten, Wortwahl und Bewertungen

Die Variable zur Erfassung einer *positiven*, *negativen* oder eher *neutralen Darstellung ethnischer Minderheiten* liefert für sich schon aussagekräftige Ergebnisse. Es wurde erfasst, ob die Artikel dazu geeignet sind, ein eher positives, negatives oder

10 Aufgrund geringer Fallzahlen wurden die Kategorien *Korrespondentenberichte*, *Reportagen*, *Interviews*, die meinungsäußernden Formen (*Glosse*, *Kommentar*, *Leitartikel*) sowie weitere in der Abbildung unter *Andere* zusammengefasst.

neutrales Bild von ethnischen Minderheiten zu erhalten. So kann untersucht werden, ob die beiden Presseorgane Migranten negativ verzerrt darstellen oder nicht.

4.2.1 Darstellung

Die Unterschiede bei der Bewertung ethnischer Minderheiten zwischen den beiden Organen sind zunächst relativ gering (vgl. Abb. 3). Sowohl bei der *SZ*, als auch bei der *WR* liegt die Differenz des Anteils der positiven Berichte mit dem der negativen Berichte nahezu bei null. Die Differenz ist bei der *SZ* negativ, die negativ darstellenden Berichte übersteigen also die positiven, bei der *WR* ist sie hingegen positiv. Bei ihr sind fünf Prozentpunkte mehr positive als negative Berichte kodiert worden.

	Darstellung			Differenz (positiv-negativ)
	neutral	negativ	positiv	
	Anteile in %	Anteile in %	Anteile in %	
<i>SZ</i>	41	32	27	-5
<i>WR</i>	39	28	33	5
Gesamt	40	30	30	0
N=191				

Abbildung 3: Darstellung ethnischer Minderheiten in *SZ* und *WR* (2006)

Unabhängig davon, dass neutrale Berichte mit insgesamt 40 Prozent überwiegen und die negativen Berichte mit positiven „kompensiert“ werden können, bleibt zu konstatieren, dass rund ein Drittel aller Berichte über ethnische Minderheiten diese negativ darstellen.

4.2.2 Nationalität

Nicht alle ethnischen Minderheiten werden in den untersuchten Medien gleich bewertet oder in den gleichen thematischen Zusammenhang gestellt. Abbildung 4 zeigt die Top 5 der in den Zeitungsberichten genannten Nationalitäten mit ihrer jeweiligen Differenz aus positiven und negativen Berichten, sowie den Anteil der Kriminalitätsberichterstattung über die jeweilige Nationalität.

Rang		Anteil in %	Differenz (positiv-negativ)	Als kriminell dargestellt (in %)
1.	Türken	25	5	31
2.	Asiaten	14	70	0
3.	Osteuropäer	10	-36	43
4.	Europäer ¹¹	8	37	9
5.	Russen	7	-20	60
N		91	91	24

Abbildung 4: Top 5 der genannten Nationalitäten und Bewertung (2006)

In den Artikeln, in denen ein Bezug zur Nationalität der Migranten hergestellt wird, belegt die türkische Nationalität mit 25 Prozent den ersten Platz. Dies ist nicht verwunderlich, sind die Türken in Deutschland doch auch tatsächlich die größte ethnische Minderheit. Sie wurden in den Berichten etwas häufiger positiv als negativ dargestellt (5 Prozentpunkte), der Anteil der als kriminell oder straffällig dargestellten türkischen Migranten liegt nahe dem Durchschnitt bei einem Anteil von immerhin 31 Prozent.

Als besonders positiv dargestellt werden neben den europäischen Migranten Asiaten, die den zweiten Rang unter den Nationalitäten belegen. Besonders negativ hingegen wurde über Osteuropäer und Russen berichtet. Bei ihnen übersteigen die negativen Berichte die positiven um 36 bzw. 20 Prozentpunkte. Sie sind es auch, die überdurchschnittlich häufig als Kriminelle in *SZ* und *WR* auftauchen. In 43 Prozent der Fälle, in denen von Osteuropäern die Rede ist, wird über sie in einem kriminellen Zusammenhang berichtet, bei den Russen sind es sogar 60 Prozent. Nimmt man die Berichterstattung der beiden Organe also ernst, müsste man annehmen, dass Osteuropäer und Russen besonders kriminelle Zeitgenossen sind.

Die Rangfolge der Nationalitäten unterscheidet sich bei beiden Organen kaum. Statt Russen treten in der *SZ* Polen auf dem vierten Rang in Erscheinung, die relativ häufig negativ dargestellt werden.

4.2.3 Wortwahl

Die verwendete Bezeichnung für ethnische Minderheiten kann Rückschluss geben auf die Art und Weise des Integrationsdiskurses. Abbildung 5 zeigt

11 Die europäischen Gastarbeiternationalitäten (wie Italiener oder Spanier) traten für sich betrachtet lediglich in geringen Fallzahlen in Erscheinung. Sie wurden daher in einer Sammelkategorie als *Europäer* kodiert.

eindrücklich den Rang der Bezeichnungen¹², die für ethnische Minderheiten in den Artikeln verwendet wurden.

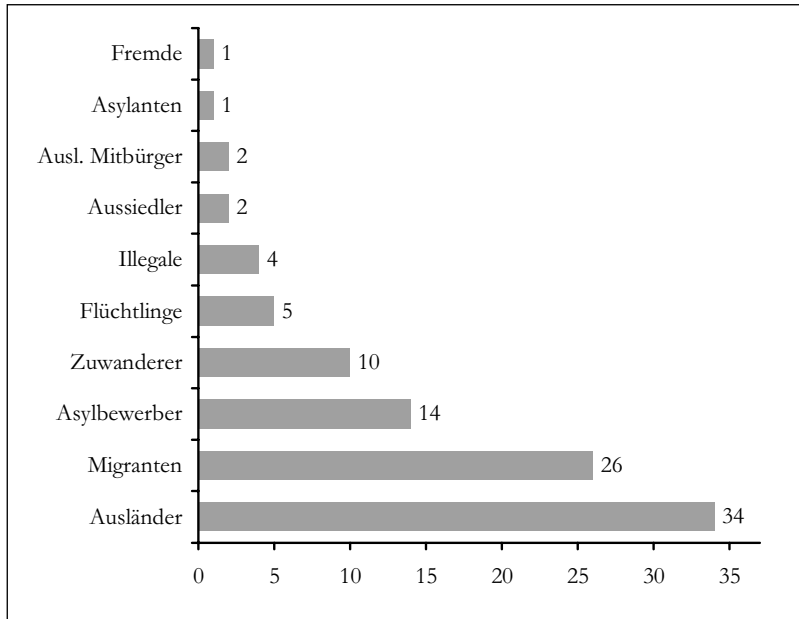


Abbildung 5: Rangdiagramm der verwendeten Wortwahl (2006, in %; N=68)

Dabei gibt es hinsichtlich der Rangfolge zwischen den beiden Medien bis zum fünften Rang keine Unterschiede, lediglich die Anteilswerte weichen teilweise stark voneinander ab. Der Ausländerbegriff zählt mit 34 Prozent zu den am häufigsten verwendeten Begriffen. Dies überrascht, ist der Begriff Ausländer doch inzwischen – nicht nur aus sozialwissenschaftlicher Sicht – überholt und in vielen Integrationskontexten sogar sachlich falsch, weil viele derjenigen, die als Ausländer bezeichnet werden inzwischen Deutsche sind. Dem Ausländerbegriff als „Auslaufmodell“ läuft zwar die soziale Wirklichkeit davon (vgl. Geißler 2006: 233), dennoch ist er in den Medien immer noch stark in Gebrauch. Bei der *SZ* sogar deutlich häufiger als bei der *WR*: Der einzig wirklich bedeutende Unterschied hinsichtlich der Wortwahl zwischen den beiden Organen ist bei der Verwendung der Bezeichnung Ausländer zu finden. In der *SZ* wird in 41 Prozent der Fälle von Ausländern gesprochen, in *WR* dagegen lediglich in 28 Prozent der Fälle.

12 Für jeden Artikel konnte das Auftreten von bis zu drei verschiedenen Bezeichnungen für ethnische Minderheiten kodiert werden, registriert wurde also jeweils nur das Auftreten einer bestimmten Bezeichnung, nicht ihre Häufung im jeweiligen Artikel.

Nicht überraschend dürfte sein, dass der verhältnismäßig sperrige Begriff „ethnische Minderheiten“, kein einziges Mal kodiert wurde.

Die Top 4 der verwendeten Bezeichnungen wurde nun in Abbildung 6 mit ihrer jeweiligen Bewertung in Verbindung gebracht. Sie bestätigt unter anderem bisherige Charakterisierungen des Ausländerbegriffs als häufig negativ konnotierte Bezeichnung für Personen mit Migrationshintergrund.¹³ Zwar wird er auch in den beiden Siegener Lokalzeitungen im Jahr 2006 sehr häufig neutral verwendet, jedoch werden Ausländer in 30 Prozent der Fälle negativ dargestellt.

	Bewertung		
	neutral	negativ	positiv
	Anteile in %	Anteile in %	Anteile in %
Ausländer	48	30	22
Migranten	48	5	48
Asylbewerber	18	27	55
Zuwanderer	38	38	25
N=191			

Abbildung 6: Wortwahl und ihre Bewertung (2006)

An dieser Stelle kommt man nicht um den Vergleich der beiden Organe herum, denn offenkundig haben beide Redaktionen unterschiedliche Auffassungen über die Bedeutung des Ausländerbegriffs, zumindest wird er in beiden Organen mit sehr unterschiedlichen Bewertungen versehen: So sind Artikel, in denen der Begriff Ausländer auftrat, in der *WR* nur in 15 Prozent der Fälle negativ (62% neutral, 23% positiv), in der *SZ* dagegen wird der Ausländerbegriff in 43 Prozent der Artikel in einen negativen Zusammenhang gestellt (36% neutral, 21% positiv). Ganz anders hingegen die Färbung der Bezeichnung Migrant. Dieser Begriff wird übereinstimmend in beiden Medien in positiven Zusammenhängen verwendet, äußerst selten (in der *WR* nie) in negativen.

Überraschend sind die relativ häufige negative Verwendung des Zuwandererbegriffs und die positive Begleitung der Bezeichnung Asylbewerber.

13 So Rainer Geißler: „Zudem haften dem Ausländerbegriff zum Teil ethnozentrische, integrationshemmende Nebenbedeutungen an: Er akzentuiert das Fremde und einen minderen Rechtsstatus, er betont stark das ‚Nichtdazugehören‘, das ‚Ausgrenzende‘ (Geißler 2006: 233). Oder etwas pointierter Christoph Butterwege: „Aus den Zeitungen und anderen Medien ist selten Positives über Ausländer/innen zu erfahren. [...] Ein angelsächsisches Bonmot (‘Only bad news are good news’) abwandeln, kann man konstatieren: Nur böse Ausländer sind für deutsche Medien gute Ausländer!“ (Butterwege 2006: 189).

4.3 Themen

Die nachfolgende Abbildung 7 gibt Aufschluss über die Themenstruktur der Berichte über ethnische Minderheiten im Jahr 2006. Jede der vier Kategorien entspricht mit ihren Subkategorien 100 Prozent. Über die Aufschlüsselung in ihre Subkategorien lässt sich dann die feingliedrigere Zusammensetzung der drei Kategorien nachvollziehen.

Die bereits beschriebene, häufig negative Verzerrung ethnischer Minderheiten in deutschen Massenmedien drückt sich vor allem darin aus, dass sie in den Medien als Straftäter und Kriminelle beschrieben und dargestellt werden. Dieses Ergebnis und die möglichen Auswirkungen, aber auch Lösungen werden schon lange in der Medienforschung diskutiert.¹⁴

Ein wichtiger Befund dieser Untersuchung ist, dass auch im Jahr 2006 in knapp einem Drittel aller Berichte *ethnische Minderheiten als Kriminelle oder Straftäter* dargestellt werden. Weisen im untersuchten Zeitraum 2006 in der *WR* schon rund 26 Prozent aller Berichte über Migranten diesen Kriminalitätskontext auf, wird dieser Anteil von der *SZ* mit 35 Prozent noch einmal um neun Prozentpunkte „getoppt“.

Positiv ist demgegenüber, dass Berichte, die *Migranten als Konkurrenz oder Bedrohung* (auf dem Arbeitsmarkt, in den Sozialsystemen oder für die Kultur) thematisierten, verschwindend gering sind. Hier sticht lediglich hervor, dass eine mögliche Bedrohung durch Migranten für den deutschen Arbeitsmarkt in rund sieben Prozent der Artikel angesprochen wurde.

Ebenfalls positiv ist der mit 41 Prozent hohe Anteil von Artikeln, die *Migranten als Teil der Gesellschaft, Nachbar oder Mitbürger* zum Thema machten. Hier zeigt sich, dass zunächst die Subkategorie *Kultur, Zivilgesellschaft* besonders in der *WR* sehr häufig registriert wurde. In diese Subkategorie wurden Berichte aufgenommen, die Migranten als Teil der Gesellschaft mitten in der Gesellschaft gezeigt haben. Es sind also solche Beiträge, die einen aktiven Beitrag zur Akzeptanz leisten und Menschen mit Migrationshintergrund beispielsweise in ihrer Funktion als Vereinsmitglied, Parteigänger, Funktionär, Aktivist oder Künstler positiv darstellen. *SZ* und *WR* unterscheiden sich bei der Ansprache dieses Themengebietes deutlich, so berichtet die *WR* fast doppelt so häufig wie die *SZ* über Migranten in dieser beschriebenen Funktion¹⁵.

14 Vgl. dazu u.a. Jäger et al. 1998, Geißler 1999, Ruhrmann 1999, Ruhrmann/Demren 2000, Müller 2005, Weber-Menges 2005, Butterwege 2006.

15 Zwar wurde dieser Bereich nicht näher untersucht, jedoch ist beim Kodieren der Artikel der Eindruck entstanden, als bemühe sich die Redaktion der *WR* aktiv darum, ethnische Minderheiten in tagespolitischen oder tagesaktuellen Berichten in ihrer völligen Normalität darzustellen. So kam in einem Artikel über einen Ärztestreik eine Ärztin mit Migrationshintergrund zu Wort, deren Migrations-

Kategorien			Subkategorien		2006		Gesamt
					Zeitung		
					SZ	WR	
Kriminelle oder Straftäter	ja		35	26	30		
	nein		65	74	70		
			100	100	100		
Migranten als Konkurrenz oder Bedrohung	ja		12	7	9		
	-	Arbeitsmarkt	7	2	4		
	-	Sozialsysteme	2	2	2		
	-	Kultur	3	3	3		
	nein		88	93	91		
			100	100	100		
Migranten als Teil der Gesellschaft, Nachbar oder Mitbürger	ja		29	50	41		
	-	Wirtschaft, Arbeit, Bildung	12	13	13		
	-	Sozialsysteme	1	1	1		
	-	Kultur, Zivilgesellschaft	16	31	24		
	-	Sport	0	5	3		
	nein		71	50	59		
			100	100	100		
Migranten als Teil einer ethnischen Minderheit	ja		41	36	39		
	-	Rasismus, Ausländerfeindlichkeit	3	4	4		
	-	Diskriminierung, Marginalisierung	4	2	3		
	-	Probleme, Benachteiligung	34	30	32		
	nein		59	64	61		
			100	100	100		
N			91	100	191		

Abbildung 7: Themenstruktur der Berichte über ethnische Minderheiten (2006, in %)

In rund 13 Prozent der Artikel wurde nicht die Bedrohung deutscher Arbeitsplätze durch Migranten thematisiert, sondern im Gegenteil ihre *Bereicherung für den deutschen Arbeitsmarkt*, die *Wirtschaft* oder das *Bildungssystem*. In beiden Orga-

geschichte in dem Bericht, welcher eigentlich den Fokus des Ärztestreiks hatte, kurz dargestellt wurde. Insgesamt wurde in diesem und weiteren Artikeln so etwas transportiert wie „Migranten sind welche von uns/gehören zu uns“ oder „Migranten setzen sich für unsere gemeinsamen Interessen ein“.

nen finden sich – wie in Abbildung 7 zu sehen – annähernd gleich häufig Menschen mit Migrationshintergrund wieder, die entweder als Arbeitnehmer, Arbeitgeber oder im Bildungssystem erfolgreich sind und mit ihrer Funktion für die Gesamtgesellschaft einen Beitrag leisten.

Die Kategorie *Migranten als Teil einer ethnischen Minderheit* wurde in 39 Prozent der Fälle kodiert. Dabei sind es 2006 nicht primär Themen gewesen, welche *ethnische Minderheiten als Opfer* (von Ausländerfeindlichkeit oder Diskriminierung) zeigten, sondern Berichte, die Probleme darstellen, die durch Migranten entstanden sind (34 bzw. 30%). Wurde oben auf Artikel verwiesen, die Migranten mitten in der Gesellschaft zeigten, so finden sich in dieser Kategorie und speziell der Subkategorie *Probleme, Benachteiligung* Berichte über spezifische und teilweise die Mehrheitsgesellschaft belastende Problemlagen ethnischer Minderheiten wieder, für die u. U. Lösungen gesucht werden (zum Beispiel Abschiebungen, Teilnahme am Schwimmunterricht, Benachteiligung im Bildungssystem).¹⁶

4.4 Lokalteil und Mantel im Vergleich

Mit Abbildung 1 wurde bereits veranschaulicht, dass Berichte über ethnische Minderheiten sowohl in der *SZ*, als auch in der *WR* fast zur Hälfte im Lokalteil erscheinen (42 bzw. 48%). Es liegt auf der Hand, dass Artikel im überregionalen Mantel sich von denen im Lokalteil unterscheiden. Dieser Unterschied soll im Folgenden näher analysiert werden.

4.4.1 Journalistische Form

Eine große Diskrepanz besteht bei beiden Medien zwischen dem Anteil an Agenturmeldungen und eigenen Berichten. Diese Diskrepanz verstärkt sich noch einmal, wenn nur der überregionale Teil betrachtet wird. Besonders für die *SZ* ergibt sich hier Erstaunliches: Bei ihr stammen 92 Prozent der Artikel mit Bezug zu Migranten aus Agenturmeldungen, eigene Berichte (zusammen mit „Anderen“ 4%) spielen so gut wie gar keine Rolle (Kommentar/Glosse: 4%). Sichtbar ungleich dagegen ist das Bild bei der *WR*: Hier bilden die Agenturmeldungen mit 56 Prozent zwar auch den größten Block, allerdings sind

16 Diese Subkategorie bedarf eigentlich einer viel intensiveren und genaueren Betrachtung, um Unterscheiden zu können, ob es sich um Thematisierung von Problemen handeln, die Migranten verursachen und welche die Mehrheitsgesellschaft belasten oder ob der hohe Anteil der Kodierungen dadurch zustande kommt, dass eine Diskussion über Integrationsfragen lösungsorientiert stattfindet.

rund 33 Prozent der Beiträge über ethnische Minderheiten selbst recherchiert und geschrieben (Korrespondentenberichte, Andere und Sonstige jeweils 4%). Es liegt in der Natur der Sache, dass der Anteil der eigenen Berichte im Lokalteil deutlich höher ist als im Mantelteil, schließlich fallen Agenturmeldungen als Quelle hier gänzlich weg. So kommt die *SZ* auf einen Anteil von 58 Prozent bei den eigenen Berichten, die *WR* sogar auf 69 Prozent. Damit stellt sich die Frage, aus welchen Quellen sich die übrigen Anteile zusammensetzen. Es sind hier fast ausschließlich Meldungen auf Basis von Pressemitteilungen, welche die lokalen Spalten füllen (37% in der *SZ* und 29% in der *WR*). Die Pressemitteilungen entpuppen sich damit als die „Agenturmeldungen des Lokalteils“, sie finden offensichtlich recht leicht den Weg in die lokale Berichterstattung.

Ursprünglich wurde angenommen, dass es ethnischen Minderheiten (vor allem solchen, die in Vereinen oder Verbänden organisiert sind) auf diesem Wege recht einfach gelingt, in beiden Medien Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Insofern wurde davon ausgegangen, dass gerade die Meldungen auf Basis von Pressemitteilung besonders häufig positiv ausfallen. Dies stellte sich jedoch als Irrtum heraus: Während 56 Prozent der eigenen Berichte positiv (und nur 12% negativ) bewertet wurden, sind Berichte auf Basis von Pressemitteilungen in 39 Prozent der Fälle als negativ kodiert worden. Dieses zunächst erstaunliche Ergebnis klärt sich rasch, wenn man bei der Analyse diejenigen Artikel außen vor lässt, in denen Migranten als Kriminelle beschrieben werden: Dann finden sich keine negativen Meldungen auf Basis von Pressemitteilungen mehr. Es handelt sich bei diesen negativen Pressemeldungen also sehr wahrscheinlich um Mitteilungen der Polizeibehörden, die (allzu leicht?) den Weg in die lokale Berichterstattung finden und das Bild des kriminellen Ausländers „pflegen“.

4.4.2 Wortwahl

Auf der Rangliste der Bezeichnungen für ethnische Minderheiten liegt – wie oben gesehen – der als kritisch zu betrachtende Ausländerbegriff auf Rang 1.

Erstellt man nun zwei separate Rangdiagramme für den lokalen Teil und den Mantelteil, so stößt man auf einen weiteren Unterschied der beiden Zeitungsrubriken. Im Mantelteil bleibt der Ausländerbegriff mit einem Anteil von 46 Prozent unangefochten auf Platz 1, mitinigem Abstand folgt die Bezeichnung Migranten (20%). Im Lokalteil dagegen das umgekehrte Bild: Hier schaffen es Berichte über Migranten mit einem Anteil von 42 Prozent auf den

ersten Platz, mit einigem Abstand folgt der Ausländerbegriff mit einem Anteil von 33 Prozent.¹⁷

Berücksichtigt man die Wertung, die mit den jeweiligen Begriffen verbunden sein kann, und die jeweils unterschiedlichen Bedeutungszusammenhänge, ergibt sich das nicht unwichtige Bild eines Mantelteils, der häufig über „Ausländer“ berichtet und eines Lokalteils, der stärker über „Migranten“ berichtet und somit eher einen Beitrag zur aktiven Akzeptanz zu leisten scheint.

4.4.3 Darstellung – die Kluft zwischen Lokalteil und Mantel

Nach allem bisher Gehörten ist zu erwarten, dass im Lokalteil mehr positiv berichtende Artikel über ethnische Minderheiten zu finden sind als in den überregionalen Rubriken. Und tatsächlich stellt sich in Abbildung 8 eine bemerkenswerte Kluft zwischen beiden Zeitungsteilen dar.

	Differenz (positiv-negativ)			N
	<i>SZ</i>	<i>WR</i>	Gesamt	
Lokalteil	18	27	23	86
Mantelteil	-21	-15	-18	105

Abbildung 8: Darstellung ethnischer Minderheiten – Überregional vs. Lokal (2006)

Zwar weichen die Ergebnisse zwischen beiden Medien erneut recht deutlich voneinander ab, die Tendenz ist in der Gesamtheit jedoch gleich. Während im Lokalteil die positiven Berichte um 23 Prozentpunkte überwiegen, sind im Mantelteil 18 Prozentpunkte mehr negative Artikel abgedruckt.

Abbildung 9 kann helfen, diese Kluft zu erklären. Sie zeigt, dass gerade die Agenturberichte – die ja den überregionalen Teil in beiden Organen mehr oder weniger dominieren – häufig negativ sind. So fanden sich im Jahr 2006 17 Prozentpunkte mehr negative als positive Berichte auf Basis von Agenturmeldungen. Die dünn gesäten eigenen Berichte beider Medien schafften hingegen fast einen Ausgleich von positiver und negativer Berichterstattung.

17 Am stärksten ist die hier beschriebene Diskrepanz übrigens bei der *SZ*: Die Gegenüberstellung von Mantel- und Lokalteil ergibt hier für die Bezeichnung „Migranten“ ein Verhältnis von 20 zu 54 Prozent und für den Ausländerbegriff ein Verhältnis von 60 zu 38 Prozent.

	Differenz (positiv-negativ)			N
	<i>SZ</i>	<i>WR</i>	Gesamt	
Eigene Berichte	*	*	-6	18
Agenturberichte	-18	-14	-17	78

* Nur geringe Fallzahlen

Abbildung 9: Eigene Berichte vs. Agenturberichte (nur Mantelteil, 2006)

Im Lokalteil sind es dann wieder die eigenen Berichte, welche die Bewertungslücke von Mantel- und Lokalteil erklären helfen. Insgesamt sind 56 Prozent der eigenen Berichte positiv kodiert worden. Während, wie bereits oben ausgeführt, Berichte auf Basis von Pressemitteilungen die positiv-negativ Bilanz nach unten drücken. An dieser Stelle muss allerdings noch einmal betont werden, dass es sich ganz offensichtlich um polizeiliche Pressemitteilungen handeln muss, die für diese negative Bilanz sorgen. Alle übrigen Pressemitteilungen konnten durchweg positiv oder neutral kodiert werden. Der relativ hohe Anteil der „Agenturmeldungen des Lokalteils“ lässt den Schluss zu, dass sie sehr gern von den Redaktionen aufgenommen werden, weil sie, wenn sie ansprechend geschrieben sind, ohne viel Aufwand (relativ leicht) in den redaktionellen Teil übernommen werden können (teilweise geschieht dies 1:1). Insofern kann man Migranten, die zum Beispiel in Vereinen oder Verbänden aktiv sind, nur ermuntern, sich über diesen Weg eine gewisse (lokale) Aufmerksamkeit zu sichern.

4.5 Zwischenfazit

1. In beiden Zeitungen wurden 2006 annähernd gleich viele Artikel mit Bezug zu ethnischen Minderheiten kodiert, die sich ähnlich verteilten, wobei fast die Hälfte der Artikel im Lokalteil zu finden war. Auf der Titelseite waren lediglich 5 bzw. 4 Prozent der Artikel zu finden.
2. 55 Prozent der Artikel in der SZ basieren auf Agenturmeldungen, in der WR sind es lediglich 29 Prozent. Dementsprechend sind in der WR mit 50 Prozent mehr eigene Berichte zu finden, als in der SZ mit 25 Prozent. Der Anteil von Artikeln auf Basis von Pressemitteilungen liegt in beiden Organen bei 15 Prozent.
3. Lokalteil und Mantel unterscheiden sich strukturell. Im Mantel liegt der Anteil der Berichte aus Agenturmeldungen in der SZ bei 92, in der WR bei 56 Prozent.
4. In der SZ stellen 32, in der WR 28 Prozent aller kodierten Berichte 2006 Menschen mit Migrationshintergrund negativ dar. Die positiven Artikel

liegen aber entweder knapp unter oder knapp über diesen Anteilswerten, können die negativen Berichte somit „kompensieren“.

5. In rund einem Drittel aller Berichte ist von ethnischen Minderheiten in einem kriminellen Zusammenhang die Rede.
6. Migranten werden eher selten als Konkurrenz oder Bedrohung dargestellt (9%). Es überwiegt eine Darstellung als Teil einer ethnischen Minderheit (39%) mit spezifischen Problemlagen (wie zum Beispiel Sprachdefiziten, Abschiebung) oder die positive Betonung als Mitglied der Gesellschaft („mitten in der Gesellschaft“, zum Beispiel in zivilgesellschaftlichem Engagement, 41%).
7. Türken treten am häufigsten in den kodierten Zeitungsmeldungen zum Vorschein, positive wie negative Berichte sind annähernd „ausgeglichen“. Osteuropäer und Russen kommen in 10 bzw. 7 Prozent der Artikel vor und werden besonders negativ und in einem kriminellen Kontext dargestellt.
8. Die Bezeichnung „Ausländer“ ist in beiden Organen am häufigsten kodiert worden (34%), gefolgt von Berichten über „Migranten“ und „Asylbewerber“ (26 bzw. 14%). Die Bezeichnungen Ausländer sowie Zuwanderer wurden 2006 häufig negativ verwendet. Berichte über Migranten sind dagegen fast ausschließlich in einem positiven oder neutralen Zusammenhang zu finden.
9. Lokalteil und Mantel unterscheiden sich inhaltlich. Im Lokalteil werden ethnische Minderheiten häufig positiv dargestellt, während sich im Mantelteil häufiger negative Berichte finden. Es sind gerade die häufig auftretenden Berichte aus Agenturmeldungen, die Migranten negativ verzerrt (insbesondere kriminell) darstellen.
10. Im Lokalteil treten Pressemitteilungen als „Agenturmeldungen des Lokalteils“ in Erscheinung. Sie werden von den Redaktionen als Basis für Meldungen verwendet. Auf diese Weise gelangen offenkundig polizeiliche Meldungen über kriminelle Ausländer in den Lokalteil, aber auch positive Pressemitteilungen anderer Urheber finden sich in den lokalen Spalten wieder.

5 Abwehrphase gegen Akzeptanzphase – 1996 im Vergleich mit 2006

Wir haben nun eine Art Zustandsbericht gesehen, den es einzuordnen gilt in den Rahmen der Fragestellung, die oben aufgeworfen wurde. Hat sich bei der medialen Darstellung ethnischer Minderheiten tatsächlich etwas verändert? Macht sich der politische Turnaround in der deutschen Einwanderungspolitik auch in *SZ* und *WR* bemerkbar? Hat sich also ihre Berichterstattung gewandelt in eine integrativere Bewertung von Migranten und leisten sie einen aktiven Beitrag zur Akzeptanz der neuen Deutschen nichtdeutscher Herkunft?

5.1 Formale Präsentation von Themen mit Migrationsbezug

Rein quantitativ sind es im Jahr 2006 weniger Artikel geworden, die Ausländer- oder Integrationsthemen im Fokus hatten. Ihre Zahl hat geringfügig abgenommen von 215 im Jahr 1996 auf immer noch 191 im Jahr 2006.

Während sich die absolute Zahl der Berichte kaum verändert hat, gab es bei der Verteilung auf Mantel- und Lokalteil eine bemerkenswerte Umschichtung (vgl. Abb. 10). Der Anteil der Berichte über ethnische Minderheiten konnte im Lokalteil um 19 Prozentpunkte, von ehemals 26 auf nun 45 Prozent, deutlich zulegen. Die Chance, einen Bericht über Migranten im Lokalteil zu finden, hat sich von 1996 auf 2006 damit mehr als verdoppelt (Odds Ratio: 2,3). Dieses Ergebnis lässt sich auch für beide Medien festhalten, stärker jedoch bei der *WR* (OR: 2,7) als bei der *SZ* (OR: 2,0). Die Berichterstattung ist damit in beiden Medien aus dem Mantel heraus näher an den direkten Lebensmittelpunkt der Menschen in den Teil der lokalen Nachrichten gerückt.

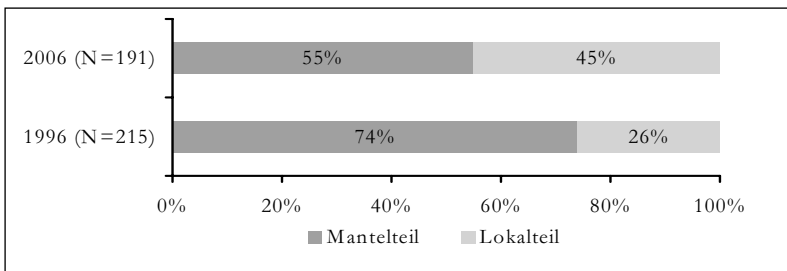


Abbildung 10: Platzierung der Artikel über ethnische Minderheiten

5.2 Journalistische Form

Zunächst zum überregionalen Teil: Hier hat sich in relativen Zahlen ausgedrückt wenig verändert. Bei der *SZ* hat die Verwendung von Agenturmeldungen leicht abgenommen (von 99 Prozent 1996 auf 92 Prozent im Jahr 2006), bei der *WR* gab es dagegen sogar einen relativen (nicht absoluten) Anstieg von 50 auf 56 Prozent im Jahr 2006.

Ein höherer Anteil von Berichten im lokalen Teil legt den Schluss nahe, dass damit auch der Anteil der eigenen Berichte gestiegen ist, schließlich besteht der lokale Teil zu einem Großteil aus selbstrecherchierten und geschriebenen Beiträgen. Diese Vermutung wird in der Realität jedoch nicht gänzlich bestätigt. Die Zahl der eigenen Berichte ist zwar absolut gestiegen (sowohl in *SZ* wie auch in *WR*), relativ haben sie jedoch etwas an Boden verloren. Das liegt daran, dass die Zahl der abgedruckten Pressemitteilungen einen stärkeren Zuwachs erfahren hat und sie im Jahr 2006 einen größeren Platz in beiden Lokalteilen einnehmen als noch 1996.¹⁸ An ihrem negativen Charakter (siehe oben) hat sich dabei durchaus nichts geändert. Sowohl 1996 als auch 2006 waren offensichtlich ein nicht geringer Teil der Berichte auf Basis von Pressemitteilungen Polizeimeldungen, die sich daher häufig um „kriminelle Ausländer“ drehten. Geht man davon aus, dass Pressemitteilungen im Jahr 2006 tatsächlich leichter den Weg in den redaktionellen Teil fanden als noch 1996, so fällt eine diesbezügliche Bewertung ambivalent aus: Auf der einen Seite können ethnische Minderheiten relativ leicht mit eigenen Meldungen, Projekten o. ä. Zugang zu den Lokalteilen finden, auf der anderen Seite werden diese positiven Berichte dadurch konterkariert, dass offenkundig ebenso leicht negative Berichte (wie zum Beispiel Polizeimeldungen mit Nennung der Nationalität) Zugang in den Lokalteil finden.

5.3 Wortwahl und Bewertung ethnischer Minderheiten

5.3.1 Darstellung

Mit Abbildung 3 wurde gezeigt, dass im Jahr 2006 zwar knapp ein Drittel der Berichte über Migranten negativ sind, aber die positiven Artikel dies kompensieren können und die Differenz von positiven und negativen Berichten für

18 So ist der Anteil der Meldungen auf der Basis von Pressemitteilungen in der *WR* von 19 auf 29 Prozent um 53 Prozent gestiegen, in der *SZ* sogar von 17 auf 37 Prozent um 118 Prozent.

beide Organe zusammen eher positiv ist. Abbildung 11 ermöglicht nun den Vergleich mit dem Zustand des Jahres 1996.

	1996			2006		
			Gesamt			Gesamt
	überregional	lokal		überregional	lokal	
SZ	-52	-25	-45	-21	18	-4
WR	-25	6	-17	-15	27	5
Ges.	-36	-7	-29	-18	23	1
N	159	56	215	105	86	191

Abbildung 11: Darstellung ethnischer Minderheiten (Differenz positiv-negativ)

1996 war die Differenz aus positiven und negativen Berichten deutlich negativ. Es sind insgesamt betrachtet 29 Prozentpunkte mehr Artikel erschienen, die ethnische Minderheiten negativ zeigten als solche, in denen sie positiv dargestellt wurden. Der Abstand zwischen *SZ* und *WR* war 1996 weitaus größer als es im Jahr 2006 der Fall ist. 2006 schafften beide Organe nahezu einen Ausgleich zwischen positiven und negativen Berichten. 1996 wurden jedoch rund 54 Prozent aller Artikel über ethnische Minderheiten in der *SZ* negativ kodiert. Damit übertrafen die negativen Berichte die positiven um 45 Prozentpunkte. Bei der *WR* war der Abstand mit 17 Prozentpunkten zwar auch negativ, lag jedoch mit deutlichem Abstand vor der *SZ*. Mit Blick auf die Bewertung ethnischer Minderheiten haben sich beide Organe also innerhalb von zehn Jahren verbessert. Betrachtet man den Punkt, von dem aus die *SZ* 1996 „gestartet“ ist, so hat sie eine erstaunliche Veränderung durchlaufen, welche auch mit Blick auf die Unterscheidung nach Lokal- und Mantelteil bemerkenswert ist.

So war sowohl der Teil mit den überregionalen Berichten, als auch derjenige mit lokalen Berichten über Migranten 1996 noch deutlich häufiger negativ als positiv. Im Jahr 2006 haben sich zwar beide Zeitungsteile verbessert, die Kluft zwischen negativerem Mantel und positiverem Lokalteil ist jedoch noch größer geworden. Wie bei der *SZ* war dieses Gefälle bei der *WR* 1996 auch schon vorhanden. Und auch bei ihr hat sich bei höheren Anteilen von positiver Berichterstattung in beiden Zeitungsteilen eine Verbesserung ergeben, die Kluft zwischen Lokalteil und Mantel jedoch vergrößert, wenn auch nicht so deutlich wie bei der *SZ*.

Es sticht deutlich hervor, dass der Lokalteil im Jahr 2006 derjenige Zeitungsteil ist, der die negativere Berichterstattung im Mantelteil teilweise oder hauptsächlich kompensiert. Dabei überwiegen auch im Jahr 2006 im überregionalen Teil Artikel, die ethnische Minderheiten negativ darstellen,

jedoch längst nicht mehr in dem hohen Maße, wie dies noch vor zehn Jahren der Fall gewesen ist.

5.3.2 Wortwahl

Auch bei der Rangfolge der Bezeichnungen für ethnische Minderheiten ist es innerhalb von einem Jahrzehnt zu Verschiebungen gekommen (vgl. Abb. 12)¹⁹. Gleich geblieben ist der Anteil der Ausländerberichterstattung, die in beiden Jahren rund ein Drittel ausgemacht hat.

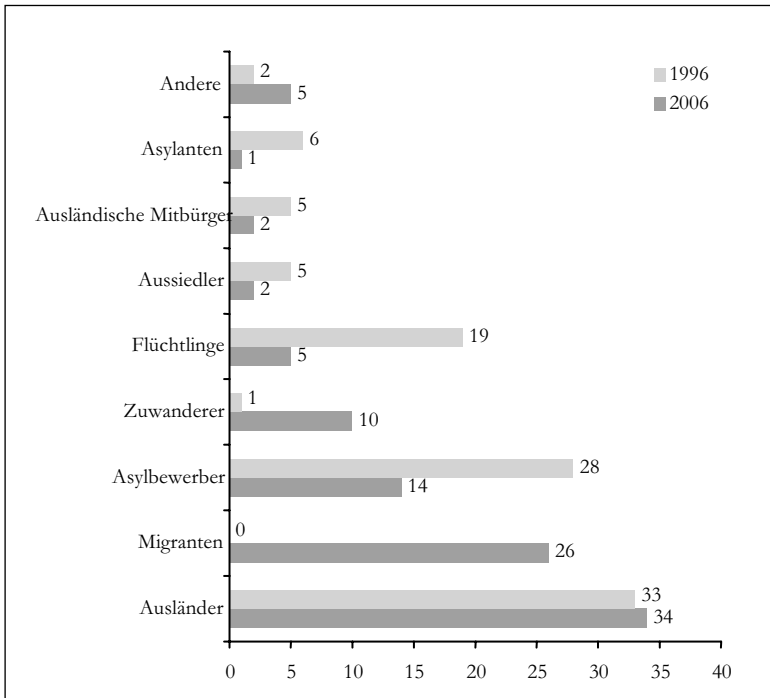


Abbildung 12: Rangdiagramm der verwendeten Wortwahl (1996, 2006; in %; N=245)

2006 wurde in 26 Prozent der Berichte die Bezeichnung Migrant verwendet, im Vergleich mit dem Jahr 1996 zeigt sich, dass dieser Begriff erst in den vergangenen zehn Jahren an Bedeutung gewonnen haben muss. So konn-

19 Für jeden Artikel konnte das Auftreten von bis zu drei verschiedene Bezeichnungen für ethnische Minderheiten kodiert werden, registriert wurde also jeweils nur das Auftreten einer bestimmten Bezeichnung, nicht ihre Häufung im jeweiligen Artikel.

te er im untersuchten Zeitraum 1996 kein einziges Mal kodiert werden, schaffte es hingegen im Jahr 2006 auf Rang 2. Neben dem Ausländerbegriff auf Rang 1, wurde 1996 in den Artikeln häufig über Asylbewerber, Flüchtlinge und Asylanten berichtet. Alle drei Bezeichnungen stehen für ethnische Minderheiten in einer besonderen Problemlage. Dass diese Begriffe vor zehn Jahren die Ränge zwei bis vier belegten, ist wenig verwunderlich. Sie machen kenntlich, dass der Fokus der öffentlichen Debatte (jedenfalls in den beiden untersuchten Zeitungen) ganz klar auf der Problematik der großen Zahl der in Deutschland und Europa Asylsuchenden lag. Trotz vieler in Deutschland beschäftigter Arbeitsmigranten wurden vor allem „Problemgruppen“ thematisiert. 2006 tauchen zwar immerhin in 14 Prozent der Berichte Asylbewerber auf, jedoch werden Berichte über diese Gruppe im Vergleich zu zehn Jahren davor deutlich positiver begleitet (vgl. Abb. 13).

	2006		1996	
	Rang	Bewertung	Rang	Bewertung
		Differenz (positiv-negativ)		Differenz (positiv-negativ)
Ausländer	1	-8	1	-2
Migranten	2	43	*	-
Asylbewerber	3	28	2	-10
Zuwanderer	4	13	**	-
Flüchtlinge	5	-25	3	-10
Asylanten	**	-	4	-20
N	68		177	

Abbildung 13: Wortwahl/Bewertung (1996, 2006; * keine Fälle; ** geringe Fallzahl)

Nicht nur der Anteil der Ausländerberichterstattung ist über ein Jahrzehnt gleich geblieben, auch seine Bewertung hat sich kaum verändert, jedenfalls insgesamt betrachtet: Oben wurde bereits gezeigt, dass der Begriff Ausländer in der *WR* sogar etwas öfter in positiven als negativen Zusammenhängen verwendet wurde. Das prägt die *WR* 1996 wie 2006, wenn vor zehn Jahren auch noch etwas schwächer als heute. In der *SZ* wurden dagegen 2006 22 Prozentpunkte mehr negative als positive Berichte über Ausländer gebracht, 1996 war diese Differenz mit zehn Prozentpunkten allerdings überraschend geringer. Der Anteil der Berichte über Ausländer in der *SZ* ist somit gleich geblieben, gleichzeitig ist der Kontext 2006 viel häufiger negativ. Dass die *SZ* dennoch insgesamt positiver über ethnische Minderheiten berichtet, liegt daran, dass sie im Jahr 2006 am zweithäufigsten Berichte über Migranten bringt (und nicht mehr über die eher negativ verzerrten Gruppen der Asylbewerber, Flüchtlinge oder Asylanten) und Berichte über diese fast ausschließlich als positiv oder neutral kodiert werden konnten.

Im Jahr 2006 ist also neben die negative oder tendenziell negativere Berichterstattung über Ausländer eine Berichterstattung über Migranten getreten, die dabei ist, der Ausländerberichterstattung den Rang abzulaufen. Damit sind negative Berichte über „Ausländer“ zwar nicht aus den Medien verschwunden (in der *WR* sind sie zudem häufig gar nicht so negativ), sie werden jedoch im Jahr 2006 von einer positiven – man könnte im Vorgriff auch schon sagen integrativen – Berichterstattung (u.a. über Migranten) ergänzt, so widersprüchlich sich dies auch anhören mag.

5.4 Themen

		1996	2006
Kategorien	Subkategorien	Gesamt	Gesamt
Kriminelle oder Straftäter	ja	42	30
	nein	58	70
		100	100
Migranten als Konkurrenz oder Bedrohung	ja	10	9
	- Arbeitsmarkt	3	4
	- Sozialsysteme	7	2
	- Kultur	0	3
	nein	90	91
		100	100
Migranten als Teil der Gesellschaft, Nachbar oder Mitbürger	ja	19	41
	- Wirtschaft, Arbeit, Bildung	7	13
	- Sozialsysteme	1	1
	- Kultur, Zivilgesellschaft	11	24
	- Sport	0	3
	nein	81	59
		100	100
Migranten als Teil einer ethnischen Minderheit	ja	35	39
	- Rassismus, Ausländerfeindlichkeit	15	4
	- Diskriminierung, Marginalisierung	2	3
	- Probleme, Benachteiligung	18	32
	nein	65	61
		100	100
N		215	191

Abbildung 14: Themenstruktur der Berichte über ethn. Minderheiten (1996, 2006 in %)

Der Vergleich der Themenstrukturen beider Zeiträume gibt nun einen umfassenden Blick frei auf Veränderungen und Kontinuitäten in der Berichterstattung über ethnische Minderheiten (vgl. Abb. 14).

Ethnische Minderheiten wurden und werden in den untersuchten Medien relativ häufig als *Kriminelle oder Straftäter* dargestellt. Ist schon der Anteil an Berichten über kriminelle Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland 2006 mit 30 Prozent relativ hoch, so ist der Anteil von 42 Prozent, zehn Jahre zuvor, geradezu erschreckend. Es zeigt sich, dass der Anteil der Kriminalitätsberichterstattung in beiden Medien abgenommen hat. Dennoch erreicht die *SZ* – ausgehend vom Jahr 1996, in dem 56 Prozent aller Berichte über Menschen mit Migrationshintergrund in einem kriminellen Zusammenhang standen – im Jahr 2006 mit 35 Prozent einen Wert, der noch hinter dem Anteil der *WR* von 1996 liegt.

Berichte, die Migranten als *Konkurrenten oder Bedrohung* thematisieren, waren sowohl 1996 als auch 2006 verhältnismäßig selten und spielen eine eher unbedeutende Rolle.

Auch bezüglich der Thematisierung von Migranten als *Teil einer ethnischen Minderheit* hat sich oberflächlich betrachtet nichts verändert. Diese Kategorie wurde 1996 in 35 Prozent, 2006 in 39 Prozent aller Artikel kodiert, ist also nahezu konstant geblieben. Erst ein Blick unter die Oberfläche, auf die Ebene der Subkategorien, zeigt, dass *Ausländerfeindlichkeit* im Jahr 1996 wesentlich häufiger thematisiert wurde, insgesamt in 15 Prozent aller Artikel (2006: 4%). Dafür haben Berichte über spezifische Probleme von Migranten deutlich zugenommen. Weiter oben wurde bereits eine Interpretation der Ergebnisse für 2006 gegeben. Die Daten für 1996 scheinen diese zu bestätigen. Zwar werden in rund einem Drittel der Berichte im Jahr 2006 spezifische Probleme ethnischer Minderheiten thematisiert, allerdings scheint es, als hätten die Artikel im Vergleich zu 1996 einen qualitativen Unterschied: Es werden Probleme in Folge von Migration und Integration angesprochen, die öfter darauf aus sind Lösungen zu finden und weniger ethnische Minderheiten als Opfer oder als Fremde zu deklarieren. Die häufig positivere Konnotation der Berichte lässt diesen Schluss zumindest zu.

Am deutlichsten verändert hat sich die Themenstruktur mit Blick auf die Kategorie *Migranten als Teil der Gesellschaft, Nachbar oder Mitbürger*. 1996 konnten klägliche 9 Prozent aller Artikel in der *SZ*, immerhin schon 26 Prozent aller Artikel in der *WR*, dieser Kategorie zugeordnet werden. 2006 hat sich der Anteil bei der *WR* verdoppelt, bei der *SZ* mehr als verdreifacht. Es wird nicht nur häufiger betont, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Wirtschaft, Arbeit oder Bildung einen wertvollen Beitrag leisten, auch ihr kulturelles oder zivilgesellschaftliches Engagement wird deutlich häufiger thematisiert. Die nach wie vor häufige Darstellung ethnischer Minderheiten als kriminell mag

nachdenklich stimmen, ihre häufige Erwähnung in Berichten im Zusammenhang mit ihrem positiven Beitrag für die Gesellschaft als Teil dieser Gesellschaft kann als positives Zeichen gewertet werden. Im Jahr 2006 betonen beide Medien deutlich wahrnehmbar häufiger den positiven Charakter von Migration und Migranten in der deutschen Gesellschaft.

5.5 Zwischenfazit

1. Die Zahl der Artikel mit Bezug zu ethnischen Minderheiten ist von 1996 auf 2006 nur geringfügig von 206 auf 191 zurückgegangen.
2. Der Anteil der Berichte im Lokalteil hat sich nahezu verdoppelt und ist von 26 auf 45 Prozent im Jahr 2006 gestiegen.
3. Im Lokalteil ist die Zahl der eigenen Berichte zwar absolut gestiegen, hat bei relativer Betrachtung jedoch zu Gunsten von Meldungen auf Basis von Pressemitteilungen an Boden verloren. Sowohl 1996 als auch 2006 waren unter den Pressemitteilungen verhältnismäßig viele negative (Polizei-)Berichte über „kriminelle Ausländer“.
4. 1996 wurden ethnische Minderheiten in beiden Organen negativer dargestellt als 2006. In beiden Organen ist zudem ein Gefälle zwischen (positiverem) Lokalteil und (negativerem) Mantelteil zu erkennen. Diese Kluft zwischen Lokal- und Überregionalberichterstattung ist von 1996 auf 2006 noch einmal größer geworden.
5. Die Bezeichnung Migrant wurde 1996 kein einziges Mal verwendet, belegt 2006 jedoch mit 26 Prozent Rang 2. Berichte über Ausländer sind sowohl 1996 als auch 2006 mit rund einem Drittel am häufigsten kodiert worden. (Dabei hat der Ausländerbegriff in der *SZ* nichts von seinem negativen Charakter eingebüßt, ist hier sogar noch etwas negativer in seiner Bedeutung geworden.) Die Bezeichnung Migrant wird fast ausschließlich in positiven und neutralen Kontexten verwendet.
6. Neben dem Positiv-Negativ-Gefälle tritt auch bezüglich der Wortwahl ein Gefälle zwischen Lokal- und Überregionalberichterstattung zu Tage. Im Lokalteil wird die Bezeichnung Migrant am häufigsten verwendet, im Mantel liegen Berichte über Ausländer auf dem ersten Rang.
7. 1996 wurde in 42 Prozent der Artikel über Migranten in einem kriminellen Zusammenhang berichtet, 2006 war dies „nur“ noch in 30 Prozent der Artikel der Fall.

8. Ethnische Minderheiten wurden sowohl 1996 als auch 2006 verhältnismäßig selten als *Konkurrenz oder Bedrohung* beschrieben (10 bzw. 9%). 1996 wurde von den Medien tendenziell häufiger die Belastung der Sozialsysteme behandelt, 2006 dagegen eher eine Konkurrenz durch Migranten auf dem Arbeitsmarkt.
9. Die wohl bedeutsamste Veränderung spiegelt sich in der Kategorie *Migranten als Teil der Gesellschaft, Nachbar oder Mitbürger* wider: 1996 konnten 19 Prozent, 2006 41 Prozent der Artikel dieser Kategorie zugewiesen werden. Vor allem die Berichte über das positive Engagement ethnischer Minderheiten für die Gesellschaft, mitten in der Gesellschaft, in Kultur oder Zivilgesellschaft haben stark zugenommen (11 bzw. 24%).
10. 1996 wurde deutlich häufiger über ethnische Minderheiten als *Opfer von Ausländerfeindlichkeit* berichtet als 2006 (15 bzw. 4%).
11. Migrantenspezifische Probleme sind 2006 stärker in den Fokus beider Presseorgane gerückt (1996: 18%, 2006: 32%). Hier liegt die Vermutung nahe, dass, im Zuge einer im Jahr 2006 nun stärker stattfindenden Diskussion über die Integration ethnischer Minderheiten, auch deren Spezifika (Bedrohung durch Abschiebung, Speisevorschriften usw.) von den Medien thematisiert werden, unter anderem um Lösungen im Rahmen des Diskurses aufzuzeigen, weshalb die Berichte 2006 mit einer positiveren Bewertung als noch 1996 versehen sind. Dieses Bild ergibt sich für beide hier untersuchten Organe.

6 Fazit

Die hier vorgenommene Inhaltsanalyse zweier Siegener Lokalzeitungen hat gezeigt, dass die Darstellung ethnischer Minderheiten sich innerhalb von zehn Jahren verändert hat, sie allerdings auch von einiger Kontinuität geprägt bleibt.

Eine negative Verzerrung ethnischer Minderheiten ist im Jahr 2006 immer noch deutlich erkennbar gewesen, sowohl bei der *Siegener Zeitung*, als auch bei der *Westfälischen Rundschau*; darauf verweist der Anteil negativer Berichte und der Blick auf die je konkret thematisierten Felder. Wie gezeigt wurde, konnten noch 1996 deutlich mehr negative Berichte in beiden Medien gefunden werden als 2006. Dennoch bleibt festzuhalten, dass rund ein Drittel aller Berichte ethnische Minderheiten in einen negativen Zusammenhang stellt. Ein ähnlich ambivalentes Resümee lässt sich bezüglich der Themenstruktur der Migrantenberichte treffen: Immer noch werden in rund einem Drittel aller Berichte ethnische Minderheiten als Kriminelle oder Straftäter dargestellt und weitere 10 Prozent als Konkurrenz oder Bedrohung für die Mehrheitsgesellschaft.

Dennoch hat sich das Bild im Vergleich mit der Situation von 1996 merklich aufgehellt. Beide Medien – im Besonderen aber die Westfälische Rundschau – leisten im Jahr 2006 Beiträge zur aktiven Akzeptanz ethnischer Minderheiten, so werden sie unter anderem mit ihrem Engagement oder ihrem Beitrag in Wirtschaft und Arbeit als gut integrierter Teil der Gesellschaft mitten in der Gesellschaft vorgestellt. Man darf dieses Ergebnis nicht romantisieren, dennoch zeigt sich gerade hier im Vergleich der Jahre 1996 und 2006 der tiefgreifende Wandel der medialen Präsentation von Menschen mit Migrationshintergrund. Die paradox anmutende Situation, dass in Kontinuität zur Situation vor zehn Jahren ethnische Minderheiten negativ verzerrt, auf der anderen Seite gleichzeitig positiv als Mitglieder der Gesellschaft dargestellt werden, lässt sich vielleicht als Ausdruck eines Übergangs beschreiben, den man mit der Bezeichnung paradoxe Pluralität umschreiben kann.

Die Tendenz (gerade im Rückblick auf das Jahr 1996) geht im Jahr 2006 tatsächlich in Richtung einer interkulturellen medialen Integration, jedenfalls was die inhaltliche Dimension der beiden hier analysierten Mehrheitsmedien angeht. Die beschriebene paradoxe Pluralität als Zeichen eines Übergangs wird, da bin ich mir sicher, in den nächsten Jahren an Paradoxität verlieren. Je mehr Menschen mit Migrationshintergrund selbst den beruflichen Weg in die Zeitungsredaktionen finden und je mehr von ihnen den Dienst bei der Polizei antreten, desto weniger werden einseitige Berichte über kriminelle Migranten den Weg in die Tageszeitungen finden.

Doch allein damit ist es nicht getan. Gerade das Positiv-Negativ-Gefälle zwischen Lokalteil und Mantel zeugt von einer Chance für ethnische Minderheiten, sich mit einem anderen, einem positiveren Bild bei der Mehrheitsgesellschaft zu empfehlen. Beispiele gelungener Integration in unmittelbarer Nachbarschaft, in direkter Nähe, wie sie im Lokalteil vermittelt wird oder vermittelt werden kann, dürften wirkungsvoller sein, als negative Berichte über eine unbekannte Masse im überregionalen Teil. Integration ethnischer Minderheiten kann nur direkt vor Ort auf der lokalen Ebene und noch kleingliedriger darunter gelingen. Dass im Jahr 2006 in den Lokalberichten ein so viel positiveres Bild ethnischer Minderheiten zu finden ist, als im Mantelteil – sogar schon im Jahre 1996 – kann als klares Zeichen eines medialen, aber auch eines gesellschaftlichen Wandels gewertet werden. Diese Inhaltsanalyse hat mit der Betrachtung zweier Lokalzeitungen einen Mosaikstein des (medialen) Wandels gezeigt, mitten in einer Übergangsphase, mitten im Transformationsprozess zu einer pluralen multiethnischen Gesellschaft.

Literatur

- Butterwegge, Christoph (2006): Migrationsberichterstattung, Medienpädagogik und politische Bildung. In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. Wiesbaden. S. 185-235.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (2006) (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. Wiesbaden.
- Diekmann, Andreas (2001): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 7., durchges. Aufl., Reinbek. S. 481-516.
- Delgado, Manuel J. (1972): Die „Gastarbeiter“ in der Presse. Eine inhaltsanalytische Studie. Opladen.
- Früh, Werner (2007): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. 6. Aufl., Konstanz.
- Geißler, Rainer (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Wiesbaden.
- Geißler, Rainer (2005a): Interkulturelle Integration von Migranten – ein humaner Mittelweg zwischen Assimilation und Segregation. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 45-70.
- Geißler, Rainer (2005b): Mediale Integration von ethnischen Minderheiten. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 71-79.
- Geißler, Rainer (1999): Der bedrohliche Ausländer. Zum Zerrbild ethnischer Minderheiten in Medien und Öffentlichkeit. In: Ottersbach, Markus/Trautmann, Sebastian K. (Hrsg.): Integration durch soziale Kontrolle? Zu Kriminalität und Kriminalisierung allochthoner Jugendlicher. Köln, S. 23-37.
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (2006): Mediale Integration von Migranten. Ein Problemaufriss. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Mass Media Integration. Media and Migration: A Comparative Perspective. Bielefeld, S. 13-44.
- Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) (2006): Quartalsauflagenzahlen 1/06. Berlin [nicht veröffentlicht].

- Integrationsbeauftragte (2007): Nationaler Integrationsplan. Online unter: <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragtefuerIntegration/NationalerIntegrationsplan/nationaler-integrationsplan.html> [Stand: 14.06.2008].
- Jäger, Margret/Cleve, Gabriele/Ruth, Ina/Jäger, Siegfried (1998): Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten. Mit Vorschlägen zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung. Duisburg.
- Mayring, Philipp (2002): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. Aufl., Weinheim.
- Meißner, Betina/Ruhrmann, Georg (2001): Das Ausländerbild in den Thüringer Tageszeitungen 1995-1999. Eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse. 2. Aufl., Erfurt. [2. Auflage von Meißner/Ruhrmann 2000].
- Meißner, Betina/Ruhrmann, Georg (2000): Das Ausländerbild in den Thüringer Tageszeitungen. Eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse. Jena.
- Merten, Klaus (1986): Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse. Ergebnisse einer systematischen Inhaltsanalyse. Frankfurt am Main.
- Müller, Daniel (2005): Die Darstellung ethnischer Minderheiten in deutschen Massenmedien. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 83-126.
- Predelli, Ulrich (1995): Wie fremd sind uns Fremde? Das Ausländerbild in der deutschen Tagespresse. Berlin.
- Rosenthal, Claudius (2000): Zur medialen Konstruktion von Bedrohung: Die Rolle der Medien im Migrationsdiskurs. In: Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk. Wiesbaden, S. 196-206.
- Ruhrmann, Georg (1999): Medienberichterstattung über Ausländer: Befunde – Perspektiven – Empfehlungen. In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Sarigöz, Fatma (Hrsg.): Medien und multikulturelle Gesellschaften. Opladen, S. 95-108.
- Ruhrmann, Georg/Demren, Songül (2000): Wie Medien über Migranten berichten. In: Schatz, Heribert/Holtz-Bach, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk. Wiesbaden, S. 69-81.

- Ruhrmann, Georg/Kollmer, Jochem (1987): Ausländerberichterstattung in der Kommune. Inhaltsanalyse Bielefelder Tageszeitungen unter Berücksichtigung „ausländerfeindlicher“ Alltagstheorien. Opladen.
- Ruhrmann, Georg/Sommer, Denise/Uhlemann, Heike (2006): TV-Nachrichtenberichterstattung über Migranten – Von der Politik zum Terror. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Mass Media Integration. Media and Migration: A Comparative Perspective. Bielefeld, S. 45-75.
- Wang, Su-Ellen (2007): Die Darstellung von Ausländern in den Medien. Welches Bild Nachrichtenmagazine vermitteln. Saarbrücken.
- WAZ-Mediengruppe: *Westfälische Rundschau (WR)*. Online unter: http://www.waz-mediengruppe.de/Westfaelische_Rundschau.61.0.html [Stand: 14.06.2008].
- Weber-Menges, Sonja (2005): Die Wirkungen der Präsentation ethnischer Minderheiten in deutschen Medien. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 127-184.

Die Darstellung des Islam in den deutschen Printmedien am Beispiel von *Spiegel* und *Bild*

Weltweit geht man derzeit von geschätzten 1,4 Milliarden Muslimen aus. Zahlenmäßige Angaben über die muslimische Bevölkerung in Deutschland variieren je nach Quelle, vermutet wird eine Gesamtzahl zwischen 3,1 und 3,5 Millionen Menschen. Eine genaue Zahl kann nicht angegeben werden, da zum Beispiel in Deutschland für die Erfassung des muslimischen Anteils nicht der individuelle Glaube einer Person, sondern die islamische Prägung des Herkunftslandes herangezogen wird. Dadurch werden zum Beispiel Deutsche ohne Migrationshintergrund, die zum Islam konvertiert sind, nicht erfasst, während Personen aus islamisch geprägten Ländern (Eingebürgerte wie Ausländer), die sich vom Islam abgewandt und gegebenenfalls eine andere Religion angenommen haben, in die Statistik mit aufgenommen werden. Von den etwa 4 Prozent Muslimen in der deutschen Gesamtbevölkerung stellen die Türken die größte muslimische Gruppe dar. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge besitzen derzeit fast zwei Millionen Muslime in Deutschland die türkische Staatsangehörigkeit, gefolgt von den Muslimen aus Bosnien-Herzegowina mit etwa 200.000 und Iran mit fast 100.000 Repräsentanten.¹ Auch unter den eingebürgerten Migranten mit muslimischem Hintergrund stellen die Türken die größte Gruppe.

Der Großteil der Muslime in Deutschland stammt aus den ehemaligen Anwerbestaaten und ist somit faktisch bereits seit einigen Jahrzehnten Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Aktuelle Umfragen haben jedoch ergeben, dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft dem Islam eher ablehnend gegenübersteht und die Religion überwiegend mit Negativität konnotiert wird.² Es kann gesagt werden, dass die Zahl der Deutschen, die Kontakte zu Muslimen pflegen, sehr gering ist. Wie entstehen aber Bilder über Sachverhalte, zu denen man keinen Zugang hat? Medien stellen hier eine wichtige Vermittlerrolle dar und tragen unter anderem eine Mitverantwortung für das Islambild innerhalb der Gesellschaft. Diese Vermittlerrolle setzt vor allem dann ein, wenn die Medienrezipienten keinen leichten Zugang zu einem bestimmten Themenspektrum besitzen. Es kann behauptet werden: „mit dem Wandel der Infor-

1 Genauere Angaben dazu beim BAMF 2007.

2 Siehe dazu unter anderem die Umfrageergebnisse in: Noelle/Peterson 2006 und Leibold/Kühnel 2006.

mationsgesellschaft nimmt der Anteil an Sekundärerfahrung ständig zu. Den weitaus größten Teil dessen, was wir über die Welt wissen, haben wir aus Medien erfahren“ (Früh, zit. nach Schiffer 2004: 9). Diese Vermittlerrolle der Medien hat auch eine eindeutige Spur bei den Rezipienten hinterlassen. Studien der letzten Jahrzehnte,³ bei denen Personen aus der Bevölkerung nach der Glaubwürdigkeit der einzelnen Medien befragt wurden, weisen auf eine hohe Zustimmungsquote zur Glaubwürdigkeit von Massenmedien hin. Daher ist es für Migrationsforschung und Integrationspolitik wichtig, Medien in Bezug auf ihre Darstellung von Muslimen bzw. vom Islam zu untersuchen, um eine negativ verzerrte Sichtweise – falls vorhanden – aufzudecken. Basierend auf dem bisherigen Forschungsstand und den letzten drei deutschen Islamkonferenzen, auf denen die einseitige Medialdarstellung des Islam öffentlich kritisiert wurde, wird in dieser Studie untersucht, ob sich in jüngster Zeit an der medialen Darstellungsform des Islam etwas verändert hat. Es liegt die Vermutung nahe, dass Veränderungen hin zu einer ausgewogeneren Berichterstattung stattgefunden haben, nachdem die Kritik in den letzten Jahren so deutlich angestiegen und an die Öffentlichkeit getreten ist.

1 Forschungsstand

Der bisherige Forschungsstand über die Darstellung des Islam in den deutschen Medien hat gezeigt, dass die Negativberichterstattung über den Islam bzw. die Gleichsetzung des Islam mit dem Terrorismus nicht erst, wie so oft vermutet, seit dem 11. September 2001 seinen Weg in die Medien gefunden hat. Bereits vor 2001 lassen sich bezüglich der Negativität viele Gemeinsamkeiten zur neueren Berichterstattung finden. Der Unterschied aktueller Islamberichterstattung zu älteren liegt oft in der Intensität und dem Ausmaß der Negativthemen. So hat beispielsweise das Zentrum für Türkeistudien in Essen einen direkten Vergleich zwischen den Islamberichterstattungen in den Jahren kurz vor und nach den Anschlägen des 11. September 2001 durchgeführt. In dem Projekt „Zur Wahrnehmung des Islams und zur soziokulturellen Teilhabe der Muslime in Deutschland“ wurden unter anderem Berichte aus dem Magazin *Der Spiegel* nach muslimisch/islamischen Inhalten gefiltert und eine Rangliste bezüglich der darin vorzufindenden Items erstellt. Die quantitative Inhaltsanalyse hat ergeben, dass zwischen den Jahren 2000/2001 und 2003/2004 eine thematische Verschiebung aller Item-Gruppen zum Islam als Gefahrenpotential stattgefunden hat. Während sich im ersten Untersuchungszeitraum fast ein Gleichgewicht zwischen der islamkritischen Haltung und dem Gegen-

3 Genauerer dazu in Jäckel 2005: 146-158.

diskurs nachweisen lässt, kann dies 2003/2004 nicht mehr behauptet werden. Der prozentuale Anteil am Gegendiskurs ist um fast die Hälfte gesunken (von 44,8% auf 26,9%). Muslime und der Islam werden bereits 2000/2001 am häufigsten mit Terrorismus in Verbindung gebracht. Diese Platzierung setzt sich auch 2003/2004 fort, jedoch ist nach den Anschlägen ein deutlicher Anstieg bezüglich dieses Items zu erkennen.

Eine quantitative Inhaltsanalyse über die Darstellungsweise des Nahen und Mittleren Ostens in der deutschen Presse hat der Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez im Jahre 2000 veröffentlicht. Dabei wurden die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung* und die Magazine *Der Spiegel* sowie der *Stern* im Zeitraum von 1955 bis 1994 untersucht. Hafez stellt bei der Inhaltsanalyse fest, dass sich nach dem *Sechs-Tage-Krieg* im Jahre 1967 ein Wendepunkt in der Berichterstattung über islamische Länder erkennen lässt. Während der Mittlere Osten zuvor mit dem Charme des exotischen Orients assoziiert wurde, wird diese Region ab 1967 ausschließlich durch politische „hard news“ (Hafez 2000: 188) wie Kriege, Gewalt und Konflikte in den Medien repräsentiert. „An area which had inspired romantic imagination now turned into a geopolitical ‚hot spot‘“ (Hafez 2000: 188). Themenbereiche wie Kultur, Unterhaltung oder soziale Sachverhalte werden bei der deutschen Berichterstattung fast komplett vernachlässigt.

The conclusion is that an image of Oriental life that consists of 50 percent wars, catastrophes, revolutions, terrorism, crises and tensions simply does not coincide with the perspective the ordinary Middle Easterner has of his own [...] everyday life (Hafez 2000: 191).

Auffällig ist, dass sich nach den Anschlägen des 11. September 2001 der wissenschaftliche Blick überwiegend auf das Medium Fernsehen als Untersuchungsgegenstand richtet. Dies kann seinen Grund darin haben, dass gerade die Fernsehprogramme, insbesondere die amerikanischen, in der Zeit der Terroranschläge sowie den darauf folgenden Afghanistan- und Irakkriegen, als wichtigste Informationslieferanten häufig von vielen Beobachtern wegen ihrer einseitigen Berichterstattung kritisiert wurden. Von den Kommunikationswissenschaftlern Kai Hafez und Carola Richter wurde vor allem den Fernsehsendern ARD und ZDF großes Interesse entgegengebracht. Denn gerade das öffentlich-rechtliche Fernsehen hat durch seinen gesetzlich zugewiesenen Programmauftrag die Aufgabe, im Gegensatz zu den privaten und somit kommerziellen Sendern, einen umfassenden und ausgewogenen Programmablauf zu erstellen bzw. Meinungsvielfalt zu schaffen. Doch das Ergebnis überraschte mit der Feststellung, dass auch die zwei größten Repräsentanten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens nur einseitige Negativdarstellungen des

Islam ausstrahlen. Hafez und Richter untersuchten über einen längeren Zeitraum hinweg (1. Juli 2005 bis 31. Dezember 2006) und ebenfalls mit einer quantitativen Inhaltsanalyse einschlägiger Magazinsendungen und Talkshows sowie Dokumentationen und Reportagen von *ARD* und *ZDF*, in welchem Zusammenhang der Islam in den Sendungen in Erscheinung tritt (vgl. Hafez/Richter 2007: 40). Hierbei wurde deutlich, dass von den insgesamt 133 Fernsehbeiträgen, die in dem untersuchten Zeitraum als relevant für den Untersuchungskontext eingestuft wurden, 81 Prozent negativ konnotiert sind. Wie in den Printmedien, die vom Essener Zentrum für Türkeistudien untersucht wurden, stellten auch Hafez und Richter fest, dass bei *ARD* und *ZDF* die Themenbereiche Terrorismus und Extremismus (23% aller Beiträge) den Schwerpunkt der untersuchten Fernsehformate bilden. Betrachtet man auch die weiteren Themenbereiche, so kann behauptet werden, „dass auch die restliche Islamagenda [...] überwiegend von konfliktorientierten Themen beherrscht wird“ (Hafez/Richter 2007: 41). Die Themen Kultur und Religion (11%), sowie Alltag und Soziales (8%), die weder Gewalt noch gesellschaftliche Konflikte widerspiegeln und so als neutrale bzw. positive Beiträge über den Islam verstanden werden können, geben insgesamt nur fast ein Fünftel der Themeninhalte wieder.

Themenfindungen im großen Spektrum der zeitgenössischen orientalischen Kultur mit ihren zahlreichen Buchmessen, Filmfestspielen und religiös-kulturellen Ausprägungen findet im Grunde nicht statt (Hafez/Richter 2007: 41).

Zusammenfassend halten die Kommunikationswissenschaftler fest, dass durch die „Islamisierung“ von politischen Ereignissen bzw. der „Politisierung“ des Islam, welche überwiegend mit gewalttätigen oder gewaltfreien Konflikten zusammenhängen, die politischen und kulturellen Fernsehmagazine der beiden großen öffentlich-rechtlichen Sender als islamophob zu bezeichnen seien. Vor allem die Darstellung des Islams als Hauptgrund für gewalttätige Übergriffe in westlichen Ländern würde eine Schieflage über das Islambild erzeugen. Die Religion werde so vom Rezipienten als Gefahrenpotential angesehen, sie sei im Verhältnis zu politischen und gesellschaftlichen Ereignissen ausschließlich mit Problemen verbunden. „Von den Problemen in der islamischen Welt erfährt der Rezipient auf diese Weise kaum etwas“ (Hafez/Richter 2007: 45).

2 Forschungsgegenstand

Da sich insbesondere die neueren Forschungen überwiegend mit dem Medium Fernsehen als Gegenstand auseinandergesetzt haben, wird bei dieser Untersuchung der Blick wieder auf die deutschen Printmedien gerichtet. Die Zeitung *Bild* und das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* bilden bei dieser Untersuchung den Forschungsgegenstand. Sie wurden aus folgenden Gründen ausgesucht:

Beide Presseorgane sind als meinungsführende Medien anzusehen. Obwohl die *Bild*-Zeitung zur Boulevardpresse gehört, ist sie die meistzitierte Zeitung in Deutschland. Das Bonner Institut für Medienanalyse *Media Tenor* hat festgestellt, dass allein im Jahr 2006 *Bild* 1.544 Mal von anderen Leitmedien (u.a. *Tagesschau*, *heute*, *Deutschlandradio*, *FAZ*, *tageszeitung*) zitiert wurde (vgl. *Bild* 2007). Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* ist deutschlandweit sogar das meistzitierte Medium, er wird oft als *das* Leitmedium schlechthin bezeichnet. *Bild* als größte Tageszeitung Europas hat mit einer verkauften Auflage von etwa 3,6 Millionen Exemplaren (vgl. IVW 2008a) eine Reichweite von etwa 11,64 Millionen Lesern (vgl. Springer 2008). *Der Spiegel* als größtes Nachrichtenmagazin bzw. als größte Wochenzeitschrift Deutschlands erreicht mit einer verkauften Auflage von etwa 1,03 Millionen Exemplaren (vgl. IVW 2008b) ca. 6,08 Millionen Leser (vgl. Media.Spiegel 2008). Durch die hohen Reichweiten- und Auflagenzahlen wird deutlich, dass beide Printmedien nicht nur von anderen Medien, sondern auch von der Bevölkerung in hohem Maße akzeptiert und konsumiert werden.

3 Forschungsmethode

Beide Printmedien wurden anhand einer quantitativen Inhaltsanalyse in einem Zeitraum von vier Monaten – Anfang Juli bis Ende Oktober 2007 – untersucht. Das Kategorienschema bei der Untersuchung zur Darstellung des Islams in den deutschen Printmedien durchlief mehrere Pretests und wurde an einigen Stellen präzisiert, so dass die Variablen danach eindeutig bestimmt werden konnten. Abschließend wurden die Ergebnisse der Untersuchung durch einen Reliabilitätstest bezüglich der Verlässlichkeit ihrer Aussagen überprüft. Der Reliabilitätstest ergab eine Übereinstimmung von etwa 92 Prozent. So können die erhaltenen Werte als verlässlich bezeichnet werden.

4 Ergebnisse der Inhaltsanalyse

In dem viermonatigen Untersuchungszeitraum wurden insgesamt 103 *Bild*- und 18 *Spiegel*-Ausgaben veröffentlicht. Alle 18 *Spiegel*-Ausgaben beinhalteten mindestens einen Artikel mit Islambezug und wurden daher alle in die Datenerhebung aufgenommen. Bei den *Bild*-Ausgaben traf dies auf 59 Einzelausgaben zu. Das heißt, dass 100 Prozent der *Spiegel*-Ausgaben und etwa 57 Prozent der *Bild*-Ausgaben berücksichtigt worden sind.

Welche Artikel als islamorientiert zu verstehen sind, wurde über das folgende Kriterium festgelegt: Es musste mindestens ein Begriff mit Islambezug im Artikel enthalten sein. Vorab wurde überlegt, welche Begriffe als islambezogen verstanden werden können und dürfen. Obwohl heutzutage der Islam oft mit extremistischen Gruppierungen wie Al-Qaida, Hamas oder mit einzelnen Personen wie Osama bin Laden in Zusammenhang gebracht wird, wurden diese Begriffe bewusst nicht als Auswahlkriterium für die Islamartikel aufgenommen, da dadurch bereits vorab eine stark negative Schiefelage forciert worden wäre. Es wurden lediglich Begrifflichkeiten in die Sammlung islambezogener Wörter aufgenommen, die dem religiös-islamischen Sprachgebrauch angehören. Diese Begriffe sind unter anderem *Islam*, *Muslim/-a*, *Koran*, *Allah*, *Moschee*, *Mekka*, *Ramadan* usw. (vgl. Abb. 5). Auch das Wort *Dschihad* stellt einen dieser Begriffe dar, da es ebenfalls zur Alltagssprache in der islamischen Kultur gehört und im Grunde wenig mit der heute so verbreiteten Übersetzung „Heiliger Krieg“ gemein hat. Das Wort *Dschihad* bzw. auch bekannt als der *große Dschihad* ist gleichbedeutend mit dem deutschen Sprichwort: „Den inneren Schweinehund bekämpfen“. Das heißt: Viele Muslime benutzen den Begriff *Dschihad* in ihrem Alltag, um damit ihre individuellen Bemühungen um ihren Glauben, zum Beispiel das Aufstehen und Vorbereiten zum Gebet, zu verdeutlichen.

Die einzigen negativ konnotierten Begriffe, die mit in das Auswahlkriterium aufgenommen wurden, sind die Wörter *Islamismus* bzw. *Islamisten* und *Islamisierung*. Grund für die Aufnahme dieser Begriffe sind persönliche Erfahrungen, die bisher den Eindruck vermittelt haben, dass viele Deutsche den klaren Unterschied zwischen Islam und Islamismus nicht kennen bzw. die beiden Begriffe (un-)bewusst nicht differenzieren. Bei der Auswahl der Artikel wurde eine zusätzliche Ausnahme eingeführt: Texte, die keinen der genannten islambezogenen Begriffe beinhalteten, jedoch einen Bildbeitrag besaßen, auf dem eine weibliche Person mit einem offensichtlich muslimischem Kopftuch abgebildet war, wurden ebenfalls mit in die Untersuchung aufgenommen. Der Islam wurde insgesamt in 122 *Bild*-Artikeln und 113 *Spiegel*-Artikeln thematisiert. Diese 235 Artikel bilden den Gegenstand der Untersuchung.

4.1 Formale Aspekte

4.1.1 Engagement nach Presseorgan

Die Untersuchung über die Darstellung des Islam in den Printmedien am Beispiel von *Der Spiegel* und *Bild* hat ergeben, dass der Islam ein häufig auftretendes Thema in beiden Printmedien darstellt. Allein im viermonatigen Untersuchungszeitraum wurden 235 Artikel mit Islambezug veröffentlicht. Obwohl weitaus weniger *Spiegel*-Ausgaben als *Bild*-Ausgaben erschienen sind, wurde der Islam in beiden Printmedien fast gleich häufig thematisiert. Nun soll durch die Verteilung der Islamartikel über die vier Monate das Engagement der beiden Printmedien bezüglich des Themas verdeutlicht werden. Anhand der folgenden Abbildung wird deutlich, dass sich beide Printmedien regelmäßig sowie fast gleich häufig in den einzelnen Monaten des Themas Islam angenommen haben. Zwar ist eine starke Ab- und Zunahme zwischen den einzelnen Monaten bei beiden Printmedien wahrzunehmen, doch hängt dies in den artikelstarken Monaten Juli und September mit mehreren terroristischen Ereignissen zusammen, zu denen zahlreiche Artikel erschienen sind.

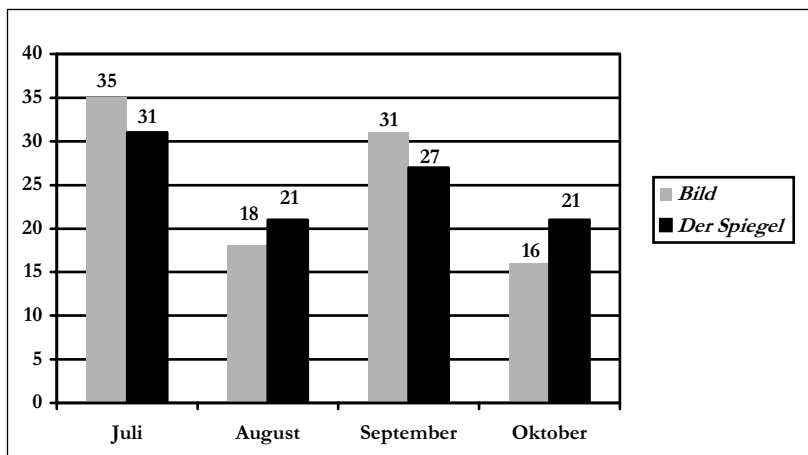


Abbildung 1: Verteilung der Artikel pro Monat (in %)

Bei den tragischen Vorfällen handelt es sich um mehrere Geiselnahmen von deutschen Entwicklungshelfern in Afghanistan sowie im Irak und um die Festnahme dreier Islamisten aus dem Sauerland, die terroristische Anschläge in Deutschland planten. Vor allem die Anzahl der *Bild*-Artikel, die sich in den „weniger ereignisreichen“ Monaten um einige Prozentpunkte unter der Arti-

kelanzahl des *Spiegels* befanden, stieg im Juli (35%) und September (31%) stark an.

4.1.2 Artikellänge nach Presseorgan

Ob jedoch eine hohe sowie regelmäßige Artikelanzahl auch eine umfangreiche Berichterstattung bedeutet, soll anhand der folgenden Abbildung verdeutlicht werden. Die Artikellängen der einzelnen Berichte wurden hierbei hinsichtlich ihrer Wortmenge bestimmt und nach Publikationsorgan aufgeteilt. Betrachtet man die beiden Printmedien separat, so fällt auf, dass fast 55 Prozent der *Spiegel*-Artikel mehr als 501 Wörter bzw. etwa 42 Prozent mehr als 1001 Wörter aufweisen.

Länge in Wörtern	<i>Der Spiegel</i>	<i>Bild</i>
- 50	9	37
51 – 150	12	35
151 – 300	23	35
301 – 500	7	7
501 – 1000	14	6
1001 – 2000	28	2
2001 – 3000	13	–
3001 – 5000	3	–
Ab 5001	4	–

Abbildung 2: Artikellänge nach Publikationsorgan (Anzahl der Artikel; N=235)

Bei *Bild* umfassen rund 88 Prozent der Artikel zwischen weniger als 50 und 300 Wörter. Diese Wortmengen entsprechen in etwa kurzen Meldungen sowie kleineren Berichten. Für eine Zeitung – vor allem eine Boulevardzeitung wie *Bild*, die mit wenig Text und vielen Visualisierungen arbeitet – befinden sich diese Wortmengen im „Normalbereich“ der Berichterstattung. Verglichen mit anderen Themenaufmachungen weisen die Wortmengen der Islamartikel in beiden Printmedien keine größeren Auffälligkeiten auf. Dennoch kann festgehalten werden, dass beide Printmedien regelmäßig über den Islam berichten und dass der Islam als ein Bestandteil der deutschen Medienagenda verstanden werden kann.

4.1.3 Autorenschaft

Im folgenden Abschnitt wird die Autorenschaft der Islamartikel untersucht. Insgesamt sind fünf Kategorien erkennbar: *Redaktionsmitglied*, *nicht erkennbares Redaktionskürzel*, *Gastautor*, *Leser*, *Informationen, basierend auf dem Inhalt anderer Medien* sowie *keine Nennung des Autors*.

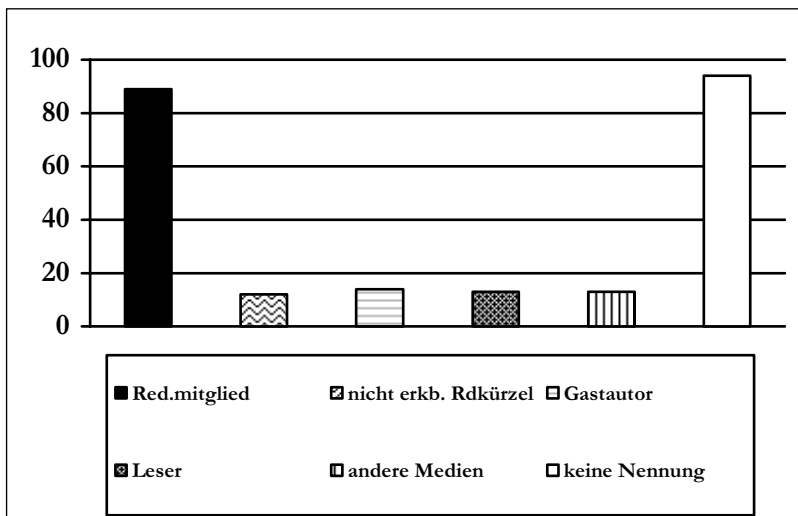


Abbildung 3: Artikel nach Autorenschaft

Auffällig ist die unerwartet hohe Zahl der Nichtnennungen der Verfasser. Etwa 40 Prozent der gesamten Islamartikel – 43 Prozent der *Spiegel*-Artikel und 48 Prozent der *Bild*-Artikel – wurden ohne Angaben des Autors oder Hinweis auf eine Nachrichtenagentur veröffentlicht. Hier liegt die Vermutung nahe, dass die inhaltlichen Informationen dieser 94 Artikel aus Nachrichtenagenturen entnommen worden sind. Doch da die Kürzel der Nachrichtenagenturen üblicherweise mit angegeben werden sollten und Quellenangaben die Seriosität eines Artikels widerspiegeln, stellt dies eine erstaunliche Sachlage – insbesondere beim Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* – dar. Zumal die aus den Nachrichtenagenturen entnommenen Bildmaterialien bei beiden Printmedien immer mit den jeweiligen Kürzeln gekennzeichnet worden sind. Zu der Kategorie „andere Medien“, bei der die Inhalte der Artikel auf der Recherche anderer Print- oder TV-Medien basieren und bei denen die Nennung des Autors ebenfalls nicht mit erwähnt wird, sei zu vermerken, dass auch hier einige Artikel unter der Kategorie „keine Nennungen“ hinzugefügt werden könnten. Denn bei fünf der insgesamt 13 Artikel, die unter dieser Kategorie aufgenommen wurden, wird nur in Teilbereichen des Textes darauf hingewiesen, dass einzelne Informationen oder Zitate aus anderen Medien übernommen

worden sind. Dies bedeutet, dass eine klare Aussage darüber, ob der komplette Inhalt des Artikels auf der Recherche anderer Medien basiert, hier nicht gegeben ist. Ein geringer Anteil der Artikel (etwa 12%) stammt von Drittautorenen, zu denen die Gastautoren sowie die Leser zählen. Bei den Gastautoren handelt es sich überwiegend um deutsche Journalisten, die als freie Mitarbeiter tätig sind. Das heißt, dass keine muslimischen Journalisten, Politiker oder Islamwissenschaftler als Gastautoren zu Wort kommen oder sich zu Wort melden, was sich hier allerdings für eine positive bzw. ausgewogenere Darstellung des Islam anbieten würde.

4.1.4 Darstellungsform

Im weiteren Verlauf wird untersucht, inwieweit die Islamartikel als meinungslastig angesehen werden können. Die 235 Islamartikel sind nach ihrer journalistischen Gattung gruppiert. Betrachtet man nun die folgende Abbildung, so fällt auf, dass die *interpretierenden* und *kommentierenden* Gattungen – und somit die meinungslastigen Darstellungsformen – den Großteil der Islamartikel ausmachen.

Gattung	<i>Der Spiegel</i>	<i>Bild</i>
interpretierend ⁴	58	41
kommentierend ⁵	8	18
informierend ⁶	34	41

Abbildung 4: Artikel nach Darstellungsform (in %)

Das bedeutet, dass etwa zwei Drittel der *Spiegel*-Artikel und 59 Prozent der *Bild*-Artikel meinungslastig sind und so bei einem Großteil der Islamartikel individuelle Meinungen von Journalisten bzw. den Medienmachern mit eingeflossen sind. Da solche subjektiven Darstellungsformen als richtungslenkend gelten, dürfen die Textinhalte nicht als tatsachenbetont verstanden werden.

4 Interpretierende Gattungen: Reportagen, Features, Interviews und Porträts.

5 Kommentierende Gattungen: Kommentare, Glossen, Leserbriefe und Zitate.

6 Informierende Gattungen: Nachrichten und Meldungen.

4.2 Inhaltliche Aspekte

4.2.1 Häufigkeit der islamrelevanten Begriffe

Wie bereits erwähnt, sind die Artikel nach bestimmten islamrelevanten Begriffen durchsucht und ausgewählt worden, bevor sie in die Untersuchung einbezogen wurden. Bei den Begriffen handelt es sich, bis auf die Wortgruppe *Islamismus/islamistisch/Islamisten* und das Wort *Islamisierung*, um religiös-positive Inhalte, die zum alltäglichen Sprachgebrauch des Islam gehören. Bevor sich die weitere Untersuchung mit den inhaltlichen Aspekten der Artikel befasst, wurde betrachtet, welche Wortgruppen oder Begriffe den Schwerpunkt der Artikel bilden. Dies gründet auf folgender Überlegung: Würden die Islamartikel fast ausschließlich die Begriffe *Islamismus* oder *Islamisten* beinhalten, dann wäre es nicht weiter verwunderlich, wenn der Anteil der Negativthemen besonders groß ausfällt.

Daher ist vorab untersucht worden, wie häufig die einzelnen islambezogenen Begriffe mindestens einmal pro Artikel in beiden Printmedien erwähnt werden. Bei Mehrfachnennungen einzelner Begriffe in einem Text wurden die jeweiligen Begriffe oder Wortgruppen nur einmalig in die Aufzählung aufgenommen. Wie Abbildung 5 verdeutlicht, sind die ersten drei Rangordnungen der islamrelevanten Begriffe bei beiden Printmedien identisch. Die Wortgruppe *Islam/islamisch* ist bei beiden Printmedien mit rund 24 Prozent am häufigsten erwähnt. Danach folgen bei beiden Printmedien die Wortgruppen *Islamismus/islamistisch/Islamisten*, sowie *Muslim/-a/Moslem⁷/muslimisch* am zweithäufigsten. Auffällig ist hier, dass innerhalb der Printmedien die beiden Wortgruppen zu einem gleichen Prozentanteil veröffentlicht werden: Im *Spiegel* sind beide Begriffspaare zu jeweils 16 Prozent und in *Bild* zu jeweils 20 Prozent in den Islamartikeln vorzufinden. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass diese ersten drei Wortgruppen weit über die Hälfte der islamrelevanten Begriffe ausmachen (*Der Spiegel*: 57% und *Bild*: 63%). Weit hinter den ersten drei Begriffen tritt das Wort *Moschee* bei beiden Medien am dritthäufigsten auf.

Danach sind die Gewichtungungen der Begriffe bei den Printmedien verschieden verteilt: Während sich die *Bild* beispielsweise an vierter und fünfter Stelle den Begriffen *Dschihad* und *Allah* widmet – zusammen machen beide Wörter über 10 Prozent der Begrifflichkeiten aus –, beschäftigt sich der *Spiegel* eher mit der Wortgruppe *Schiitentum/schiitisch* (6%) und dem Wort *Mullah* (4%),

7 „Moslem“ ist aus dem persischen Sprachgebrauch abgeleitet und bedeutungsgleich mit dem Wort Muslim.

das heutzutage überwiegend als Synonym für schiitische Religionsgelehrte benutzt wird.

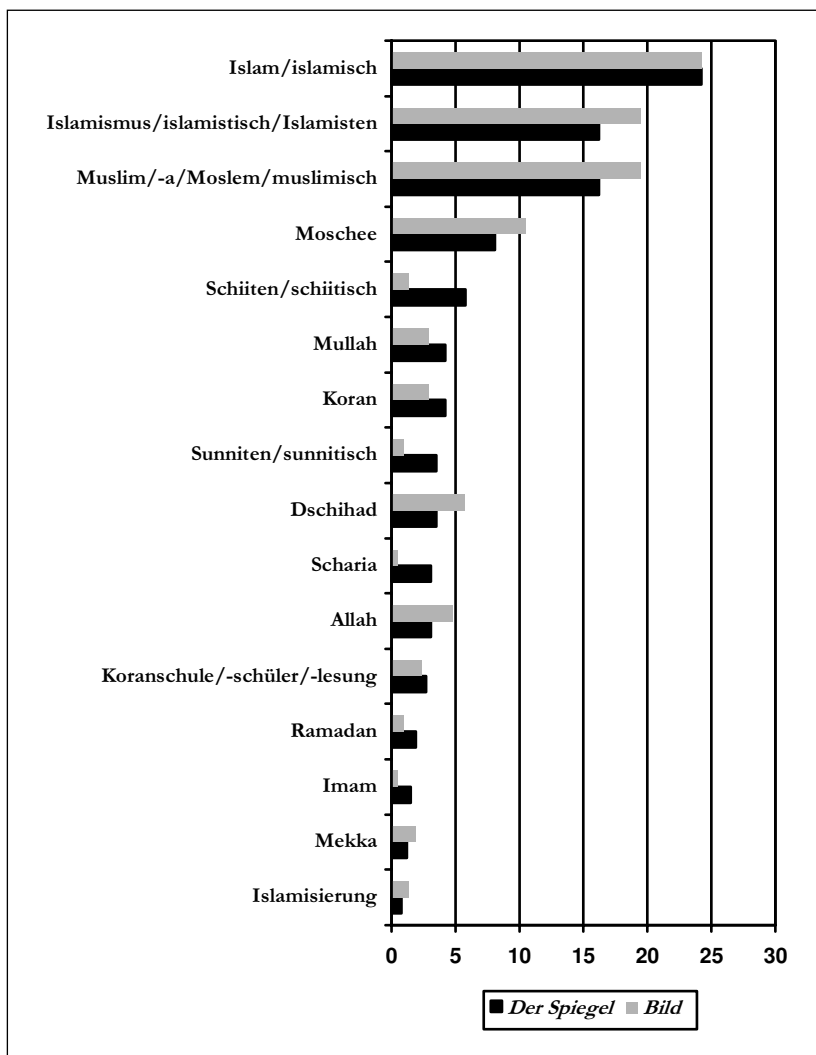


Abbildung 5: Häufigkeit der islamrelevanten Begriffe (in %)

Fügt man nun die negativ konnotierten Begriffe und die in der nichtmuslimischen Gesellschaft als negativ empfundenen Begriffe zusammen – diese sind *Islamismus/islamistisch/Islamisten*, *Dschihad*, *Scharia* und *Islamisierung* – so fällt auf, dass diese Begriffe in beiden Printmedien lediglich einen kleinen Prozentanteil aller Begriffsnennungen darstellen. Demnach befassen sich etwa 76 Prozent der Islamartikel im *Spiegel* und fast 73 Prozent der Islamartikel in *Bild*

mit Begrifflichkeiten, die allgemein der Religion und Religionsausübung angehören.

4.2.2 Thematik

Die Islamartikel wurden nach ihrem thematischen Schwerpunkt kategorisiert. Beide Printmedien beschäftigen sich am häufigsten mit dem Themenbereich *Terrorismus/Extremismus*. Darunter fallen alle Ereignisse, bei denen es sich um *terroristische (Selbstmord-)Anschläge, extremistische Gewaltakte* oder die *Darstellung islamistischer/extremistischer Vorgänge bzw. Persönlichkeiten* handelt. Betrachtet man beide Medien in einem Gesamtverhältnis, so macht dieser Themenbereich etwa 40 Prozent aller untersuchten Islamartikel aus. Weit dahinter folgt beim *Spiegel* das Themenspektrum *Internationale Konflikte* (17%). Darunter fallen sowohl *gewaltfreie* als auch *gewalttätige Konflikte*. Beispiele dafür sind die Ausschreitungen zwischen Schiiten und Sunniten, der Nahostkonflikt oder wirtschaftspolitische Beziehungen zum schiitischen Iran, die dem Westen Sorge bereiten. Bei *Bild* wird das Thema *Geiselnahme* (10%) am zweithäufigsten genannt, was nicht weiter verwunderlich ist, da, wie bereits erwähnt, im Untersuchungszeitraum mehrere Geiselnahmen von Entwicklungshelfern in Afghanistan und im Irak stattgefunden haben.

Am dritthäufigsten beschäftigt sich der *Spiegel* mit *Integrationserfolgen von einzelnen Individuen*. Zu beachten sei hier, dass diese Kategorie bei beiden Printmedien zwei unterschiedlich zu bewertende Artikelarten beinhaltet. Zum einen sind hierunter Artikel mit *guten Beispielen von einzelnen Migranten* mit muslimischem Hintergrund dargestellt, die sich in ihrer jeweiligen Gesellschaft – sei es in Deutschland, den USA oder Frankreich – sehr gut integriert haben und sich durch soziale, politische oder wirtschaftliche Tätigkeiten für ihre neue Gesellschaft einsetzen. Ein Beispiel dafür ist der Artikel „Die besseren Amerikaner“ (*Der Spiegel*/Nr. 37, 10.09.07). Dieser handelt von einer Vielzahl muslimischer Einwanderer, die ihre religiösen Praktiken und die westliche Lebensführung erfolgreich in Einklang gebracht, sich durch persönliche Bemühungen sowie entgegengebrachte Akzeptanz einen guten bzw. hohen Lebensstandard in Amerika erarbeitet haben und jetzt wichtige Positionen in der amerikanischen Gesellschaft innehaben.

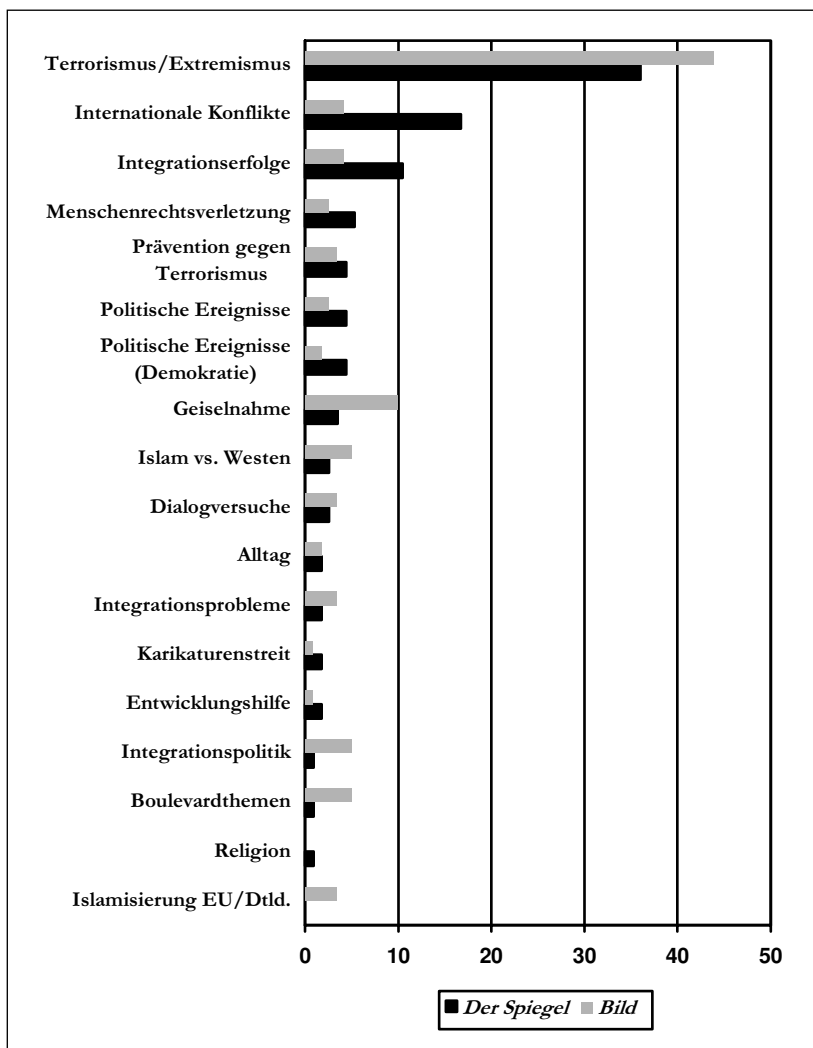


Abbildung 6: Thematische Schwerpunkte im *Spiegel* und *Bild* (in %)

Andererseits enthält der Großteil der Artikel über Integrationserfolge gleichzeitig auch einige negative und klischeehafte Äußerungen gegenüber Moslems. Ein Beispiel dafür ist der Artikel „Dönerwetter! Hier jubelt Deutschlands 1. türkischer Schützenkönig“ (*Bild*, 11.07.07). Wie bereits der Titel gut veranschaulicht, wird hier der „erste“ türkische Schützenkönig mit leicht ironischem Unterton („Dönerwetter“) in Paderborn gefeiert. Im Text wird beispielsweise ohne einen Sinnzusammenhang darauf hingewiesen, dass der Schützenkönig einen BMW fährt. Der Autor bedient sich hier eines Klischees, das beim Rezipienten gegebenenfalls ein vorurteilsbelastetes Bild über den Schützenkönig

mit türkischem Migrationshintergrund erweckt. Doch dies ist nicht nur bei der *Bild*-Zeitung der Fall, auch beim *Spiegel* werden Klischees bedient: Beispielsweise wird in einem *Spiegel*-Artikel über einen deutsch-afghanischen Juristen berichtet, der sich als freiwilliger Helfer in Afghanistan aufhält, um den Juristen dort das Rechtssystem näher zu bringen („Der Missionar des Westens“, *Der Spiegel*/Nr. 28, 09.07.07). Der Deutsch-Afghane wird als nette, sympathische Person, die sich mittlerweile mehr deutsch als afghanisch fühlt, dargestellt. Doch über die Afghanen im Land wird eher auf eine negative Weise berichtet: Sie werden als „rückständig“ und dadurch gewissermaßen als „dumm“ präsentiert, ohne dabei Rücksicht auf ihre kulturellen Werte und ihre jüngere Geschichte zu nehmen. Diese ist seit Ende der 1970er-Jahre von (Bürger-)Kriegen und Konflikten geprägt, wonach es nicht weiter verwunderlich erscheint, dass ein gewisser Grad an Rückschrittlichkeit, verglichen mit den westlichen Staaten, zu verzeichnen ist. Hieraus ergibt sich der Umstand, dass bei der Kategorisierung dieses spezifischen Themas immer auch eine subjektive Bewertung von Seiten der datenerhebenden Person mit einfließen musste, bei der geschaut wurde, welcher Inhalt – ob der Integrationserfolg oder die (Negativ-)Klischees – die stärkere Gewichtung im Artikel bilden.

Beim Schwerpunkt *Islam versus Westen/Christentum*, der die dritthäufigste Thematik bei der *Bild*-Zeitung darstellt, ist festzuhalten, dass die Artikel sowohl Aussagen von Nichtmuslimen als auch von Muslimen beinhalten, die der Meinung sind, dass das Zusammenleben der beiden Kulturen als unmöglich anzusehen sei. Insgesamt handeln neun *Spiegel*-Artikel und sechs *Bild*-Artikel von politischen Ereignissen und Entwicklungen in muslimischen Ländern. Dabei haben vor allem die Türkeiwahlen im Jahre 2007 eine große Rolle gespielt. Während sich vor der türkischen Parlamentswahl die Artikelinhalte eher ausgewogen über den Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und seine islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) äußern, sind der Partei nach ihrem Wahlsieg viele positive Erwartungen entgegengebracht worden, und sie werden sogar als Vorzeigemodell für das Gelingen einer demokratisch-islamischen Regierung sowie als Vorbild für die restlichen islamischen Länder bezeichnet. Daher wurden die Artikel über die politischen Ereignisse in den islamisch geprägten Ländern in zwei Gruppen aufgeteilt: Zum einen bilden die acht ausgewogenen Artikelinhalte, die sich nur auf Tatsachen beziehen, eine Gruppe (*Politische Ereignisse*), die im *Spiegel* 4 Prozent und in *Bild* 3 Prozent der Themen ausmachen; die andere Gruppe bilden die sieben positiven Artikelinhalte, in denen die *Demokratiebemühungen der einzelnen Länder* im Mittelpunkt des Berichtes stehen (*Politische Ereignisse [Demokratie]*/ *Der Spiegel*: 4% und *Bild*: 3%).

Der Themenbereich *Dialogversuche* enthält, wie der Name bereits erläutert, nur Versuche oder Ideen, die nicht mit einer erfolgreichen Beendigung des

Dialogs bzw. des Vorhabens verknüpft sind; dieser Bereich betrifft also eher ausgewogene Berichte. Unter *Boulevardthemen* sind verschiedene Thematiken zu verstehen, die inhaltlich eher dem Gossighbereich zuzurechnen sind und sich nicht eindeutig den anderen Kategorien zuteilen lassen. Daher variieren die Bewertungen der einzelnen Artikel innerhalb des Boulevardbereichs: Drei *Bild*-Artikel beinhalten einen positiven, zwei *Bild*- und ein *Spiegel*-Artikel einen negativen und ein *Bild*-Artikel einen ausgewogenen Bericht. Ein Beispiel für einen positiven Inhalt ist der Artikel „Scheich heiratet Zimmermädchen“ (*Bild*, 10.09.07). Darin ist von einer Märchengeschichte wie bei Aschenputtel die Rede, denn der zwölf Milliarden schwere Scheich, der einmal der Herrscher über Dubai sein wird, heiratet ein Zimmermädchen aus Minsk, das bisher monatlich von nur etwa 60 Euro Gehalt lebte. Der Artikel über „Issa Attija“ (*Der Spiegel*/Nr. 40, 01.10.07) hingegen ist hier als eines der negativen Beispiele im Boulevardbereich anzusehen. Er handelt von einem islamischen Gelehrten aus Ägypten, der aufgrund einer bizarren Forderung seine Arbeitsstelle verloren hat. Er hatte den grotesken Vorschlag gemacht, dass unverschleierte Frauen ihre männlichen Arbeitskollegen mit der Brust stillen sollten, damit die Männer symbolisch als verwandt gelten und so keine moralischen Bedenken mehr bei der Zusammenarbeit herrschen sollten.

Die beiden Punkte *Islamisierung Europas bzw. Deutschlands* (*Bild*: 3%) und *Religion* (*Der Spiegel*: 1%) sind Themenbereiche, die nur jeweils in einem der Printmedien vorzufinden sind. Abschließend lässt sich zu der Thematik sagen, dass die Themenbereiche – unabhängig davon, ob es sich um positive oder negative Artikel handelt – überwiegend extreme Inhalte wiedergeben. Berichte über alltägliche Situationen, in denen sich der muslimische „Normalbürger“ wiederfinden kann, sind kaum in den Printmedien vorhanden, was jedoch – basierend auf der Nachrichtenwerttheorie – nicht weiter verwundern dürfte.

4.2.3 Gesamtbewertung

Um einen besseren Überblick über die inhaltliche Aussagekraft der Islamartikel zu erhalten, wurden die Themeninhalte den drei Kategorien *positiv*, *ausgewogen* und *negativ* zugeordnet. Dazu wurden die thematischen Schwerpunkte aus Abbildung 6 verwendet. Die Themen *Integrationserfolg*, *Politische Ereignisse* [Demokratie], *Religion* und drei *Bild*-Artikel aus dem Boulevardbereich können als positiv bezeichnet werden. Zusammengerechnet stellt dies einen marginalen Anteil von lediglich 9 Prozent positiver Islamberichterstattung bei *Bild* und 15 Prozent beim *Spiegel* dar. Etwa 12 Prozent der Islamartikel im *Spiegel* – *Politische Ereignisse*, *Integrationspolitik*, *Dialogversuche*, *Alltag*, *Entwicklungshilfe* und

ein Artikel aus dem Boulevardbereich – und 14 Prozent der Islamartikel in *Bild* befassen sich mit ausgewogenen Themeninhalten.

Bewertung	<i>Der Spiegel</i>	<i>Bild</i>
negativ	73	77
ausgewogen	12	14
positiv	15	9

Abbildung 7: Gesamtbewertung der Artikelinhalte (in %)

In 73 Prozent der untersuchten *Spiegel*-Artikel und 77 Prozent der *Bild*-Artikel wird über den Islam nur in negativen Zusammenhängen berichtet; insgesamt sind also über 75 Prozent aller untersuchten Islamartikel negativ konnotiert. Vergleicht man diesen Wert mit dem bisherigen Forschungsstand, so fällt auf, dass sich daran in den letzten Jahren kaum etwas verändert hat. Bei der Untersuchung der Islamberichterstattung in den Programmen von *ARD* und *ZDF* betrug die Anzahl der negativ besetzten Beiträge etwa 81 Prozent (vgl. Hafez/Richter 2007, S. 40). Das Interessante an diesem Aspekt ist der Vergleich zwischen der Gesamtbewertung der Artikel mit den thematischen Schwerpunkten der Artikelinhalte und der Häufigkeit der Nennungen von islamrelevanten Begriffen: Während das mediale Islambild in beiden Printmedien zu jeweils drei Viertel von Negativität geprägt ist, wird für dieses Negativbild, das zu 40 Prozent aus dem Themenbereich *Terrorismus/Extremismus* besteht, zu fast 76 bzw. 73 Prozent ein Vokabular benutzt, das aus der Religionspraxis und dem alltäglichen Sprachgebrauch des Islam stammt.

4.2.4 Bilddarstellungen

Das Bild der verschleierte Frau gehört mittlerweile zu jeder Migrationsberichterstattung, unabhängig davon, ob inhaltlich ein Islambezug vorhanden ist oder nicht. Oft herrscht in der deutschen Gesellschaft die Meinung, dass das Kopftuch als Symbol der Frauenunterdrückung und als politisches Symbol für die Abgrenzung zu den westlichen Werten anzusehen ist. Dabei wird vergessen, dass ein Großteil der Musliminnen sich aus freiem Willen für das Kopftuch entschieden hat und dass diese Frauen ebenfalls einen Alltag zu bewältigen haben, der sich nicht sonderlich von dem der westlichen Frau unterscheidet.

Doch wie stark das Tragen eines Kopftuchs in der deutschen Gesellschaft auf Ablehnung trifft, zeigt die intensive und langanhaltende „Kopftuchdebatte“. Als Auslöser dieser Debatte gilt die damalige Referendarin Fereshta Ludin, die 1998 aufgrund ihres Kopftuchs vom Bundesland Baden-Württem-

berg nicht in den Schuldienst eingestellt wurde. Ihre Klage gelangte sogar bis zum Bundesverfassungsgericht, welches im Jahre 2003 entschied, dass ohne besondere Rechtsgrundlage einer Lehrerin ihr Kopftuch nicht untersagt werden könne; es wies die Bundesländer an, entsprechende Gesetze zu schaffen (vgl. BPB 2008). Seitdem finden nun außerhalb der juristischen Institutionen langwierige Diskussionen statt, bei denen es um die Klärung der Frage geht, ob durch das Kopftuch einer Lehrerin die religiöse Neutralität nicht mehr gewährleistet sei und die Schüler in ihrer Religionsfreiheit negativ beeinflusst würden oder ob das Kopftuchverbot eine Verletzung der freien Entfaltung der Persönlichkeit (GG Art. 2 Abs. 1), der Religionsfreiheit (GG Art. 4 Abs.1) und der Freiheit des Berufs (GG Art. 12 Abs. 1) für die jeweiligen Frauen darstelle. Im weiteren Verlauf kann nicht darauf eingegangen werden, welche Begründung am ehesten zutrifft und rechtens ist. Es soll jedoch darauf hingewiesen werden, dass unter religiösen Symbolen auch das christliche Kruzifix, die jüdische Kippa sowie buddhistische Gebetskettchen zu verstehen sind. Und da das Tragen dieser drei religiösen Symbole durch Lehrkräfte bisher in keiner Weise in Frage gestellt wurde und dies erstmalig in Bezug auf das Kopftuch geschah, muss besonders sorgfältig analysiert werden, ob hier das Symbol einer bestimmten Glaubensgemeinschaft diskriminiert wird (vgl. Kleff 2005: 91).

Daher wurde im weiteren Verlauf der Untersuchung darauf geachtet, in welchem Zusammenhang Fotos von verschleierten Frauen in den Printmedien *Der Spiegel* und *Bild* abgebildet werden.

Bild-Kontext	<i>Der Spiegel</i>	<i>Bild</i>
negativ	60	50
ausgewogen	25	13
positiv	15	38

Abbildung 8: Bild verschleierter Frauen im Kontext des Artikelinhalts (in %)

Insgesamt beinhalten 20 Islamartikel im *Spiegel* und 16 Islamartikel in *Bild* mindestens einen Bildbeitrag, auf dem eine verschleierte Frau – sei es nun in einer Burka, mit einem Hijab⁸ oder einem Kopftuch – zu sehen ist. Das entspricht in etwa 15 Prozent der insgesamt 235 Islamartikel. Anschließend soll beobachtet werden, welchen inhaltlichen Bewertungen die Texte unterliegen, zu denen die Bildbeiträge erschienen sind. Etwa 60 Prozent der *Spiegel*-Bildbeiträge und 50 Prozent der *Bild*-Bildbeiträge, auf denen eine verschleierte Frau dargestellt ist, sind im Kontext eines negativ konnotierten Artikelinhalts veröffentlicht worden.

8 Islamisch begründete Körperbedeckung, die den gesamten Körper bis auf Gesicht und Hände bedeckt.

Interessant ist hierbei die Verteilung der Bildbeiträge zu den ausgewogenen bzw. positiven Artikelinhalten. Während im *Spiegel* mehr ausgewogene (25%) als positive (15%) Texte zum Bildbeitrag einer kopftuchtragenden Muslimin erschienen sind, hat *Bild* mehr positive (38%) als ausgewogene (13%) Textinhalte mit dem Bild einer Muslima verknüpft.

Eine ähnlich kontroverse Debatte wie das Kopftuch lösen immer wieder Moscheebauten in Deutschland aus. Der Moscheebau in Köln-Ehrenfeld stellt derzeit eines der umstrittensten Vorhaben dar, das bereits seit mehr als einem Jahr für große Aufregung unter den deutschen Einwohnern des Stadtteils sorgt.⁹ Wie bereits Abbildung 5 zeigt, wird das Wort *Moschee* in den Islamartikeln oft erwähnt. Doch wie sieht das nun mit den bildlichen Elementen aus? Wie viele Moscheebilder bzw. Bilder von betenden Muslimen werden zur Textunterstützung verwendet, und wie sind die dazugehörigen Texte konnotiert? Etwa 6 Prozent aller untersuchten Islamartikel wurden mit mindestens einem Foto, auf dem Moscheen oder betende Muslime abgebildet sind, veröffentlicht. Das sind zehn Bildbeiträge beim *Spiegel* und vier bei *Bild*.

Bild-Kontext	<i>Der Spiegel</i>	<i>Bild</i>
negativ	80	50
ausgewogen	10	–
positiv	10	50

Abbildung 9: Bilder von Moscheen/betenden Muslimen im Kontext des Artikelinhalts (in %)

Wie in Abbildung 9 verdeutlicht wird, tauchen im *Spiegel* negative Zusammenhänge bei Moscheebildern häufiger auf als bei Kopftuchdarstellungen (vgl. Abb. 8). 80 Prozent der Moscheebilder bzw. Bilder von betenden Muslimen sind beim *Spiegel* im Zusammenhang mit negativen Textinhalten publiziert worden. Die ausgewogenen und positiven Textinhalte belaufen sich beim *Spiegel* auf jeweils 10 Prozent. Betrachtet man die Moscheedarstellungen in *Bild*, so herrscht dort ein genaues Gleichgewicht zwischen den positiven und negativen Konnotationen. Die Prozentanteile der positiven und negativen Textinhalte, die im Zusammenhang mit mindestens einem Moschee-Bildbeitrag erschienen sind, betragen jeweils 50 Prozent.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Zu den Islamartikeln wurden weniger Bildbeiträge, auf denen verschleierte Frauen, Moscheen oder betende Muslime abgebildet waren, publiziert als vorab angenommen. Dennoch lautet das Ergebnis, dass beide Bildbereiche (verschleierte Frau und Mo-

9 Siehe dazu Taxacher (2006).

scheen/betende Muslime) vor allem beim *Spiegel* eher im Zusammenhang mit negativen als mit positiven Textinhalten veröffentlicht werden. Insbesondere das Bild der Moschee bzw. von betenden Muslimen steht im *Spiegel* weitaus öfter im Zusammenhang mit negativen Textinhalten als das Bild der verschleierte Frau. Überraschenderweise ist *Bild* diesbezüglich ausgewogener. Das Bild der verschleierte Muslima wird zwar zu 50 Prozent in negativen Textzusammenhängen veröffentlicht, doch beträgt die Zahl der positiven Textinhalte hier 38 Prozent. Noch deutlicher wird dieser Sachverhalt bei Bilddarstellungen von Moscheen bzw. betenden Muslimen, die zu einem gleichen Anteil von negativen und positiven Texten begleitet werden.

4.2.5 Nationalitäten- und Ländernennungen

Basierend auf den bisher ermittelten Werten und der Bestätigung, dass in beiden Printmedien über den Islam größtenteils nur negativ berichtet wird, ist es nun von großem Interesse zu sehen, welche islamisch geprägten Länder bzw. Nationalitäten in den negativ konnotierten Artikeln am häufigsten erwähnt werden. Da hier der Vergleich der Ländernennungen zwischen den beiden Printmedien nicht im Vordergrund der Betrachtung steht, sondern die reine Anzahl der verschiedenen Länder- bzw. Nationalitätsnennungen, werden die Werte aller untersuchten Islamartikel mit negativem Bezug zusammengefügt und zusammen verrechnet. In den 177 Islamartikeln mit negativer Konnotation werden insgesamt 271 Länder- bzw. Nationalitätszugehörigkeiten genannt. Auch hier werden einzelne Länder bzw. Nationalitäten, die mehrfach in einem Text erwähnt sind, nur einmalig in die Zählung mit aufgenommen. Aufgrund von Platzmangel wird hier auf die niedrigeren Platzierungen verzichtet, nur die Ränge eins bis 19 werden in die Grafik aufgenommen.

Vorab wurde vermutet, dass die Länder Afghanistan und Irak, aufgrund ihrer derzeitigen Situation und der ständigen Präsenz in den Medien sowie den Geiselnahmen im Monat Juli, eine hohe Anzahl an Nennungen haben würden. Die Untersuchung ergibt, dass das Land Afghanistan bzw. die afghanische Nationalitätszugehörigkeit (15%) am häufigsten unter den verschiedenen Ländern erwähnt wird. Danach folgt jedoch nicht – wie vermutet – Irak (11%), sondern Pakistan mit 13 Prozent. Interessant ist hierzu vor allem der Artikel „Wo der Terror wohnt“ (*Der Spiegel*/Nr.38 17.09.07, S.134), in dem Pakistan als eine Art Brutstätte des Terrors definiert wird. An vierter Stelle folgt überraschenderweise die Türkei bzw. die türkische Staatsangehörigkeit mit fast 10 Prozent der Nennungen. Dies ist insoweit verwunderlich, da zuvor angenommen wurde, dass bei dem hohen Anteil des Themas *Terrorismus/ Extremismus* insbesondere die Länder, die der „Achse des Bösen“ angehören, die Erstplat-

zierungen einnehmen würden. Mit über einem Prozentpunkt Unterschied folgt an fünfter Stelle der Iran bzw. die iranische Staatsangehörigkeit.

Bei der Kategorie *Konvertierte Deutsche* (4%) gilt es anzumerken, dass sich diese nur auf Deutsche ohne Migrationshintergrund bezieht, die zum Islam konvertiert und anschließend durch extremistische oder terroristische Handlungen aufgefallen sind. Deutsche gehören weder einem islamischen Land noch einer islamischen Nationalität an und werden zudem, wie bereits am Anfang der Arbeit erwähnt, nicht in die Islamstatistik mit einbezogen. Dennoch wurde dieser Bereich bewusst mit in die Grafik aufgenommen, um zu verdeutlichen, inwieweit der Islam, unabhängig von den einzelnen Religionsträgern, als eine Art Gefahrenpotential dargestellt wird. Vergleicht man nun die Platzierungen der Länder- und Nationalitätsnennungen mit den Herkunftsländern von Muslimen, die am häufigsten in Deutschland vertreten sind, so fällt auf, dass die ersten fünf Platzierungen in Abbildung 10 die Hälfte der Länder enthalten, die zu den Top 10 der Herkunftsangaben von muslimischen Migranten in Deutschland gehören. Das heißt also, dass im viermonatigen Untersuchungszeitraum die afghanische, pakistanische, irakische, türkische und iranische Staatsangehörigkeit, denen weit über zwei Millionen ethnische Minderheiten in Deutschland angehören, durch ständige Verknüpfungen mit negativen Themen wie *Terrorismus*, *Extremismus*, *Internationale Konflikte* usw. in den Printmedien dargestellt wurden. Durch solche medialen Präsentationsweisen wäre es nicht weiter verwunderlich, wenn diese Nationalitäten eventuell bei der Mehrheitsgesellschaft besonders stark stereotypisiert werden und unter den Generalverdacht geraten, die gleichen Ideologien, extremistischen Einstellungen oder die gleiche Gewaltbereitschaft wie die erwähnten Personen in den Textinhalten zu besitzen.

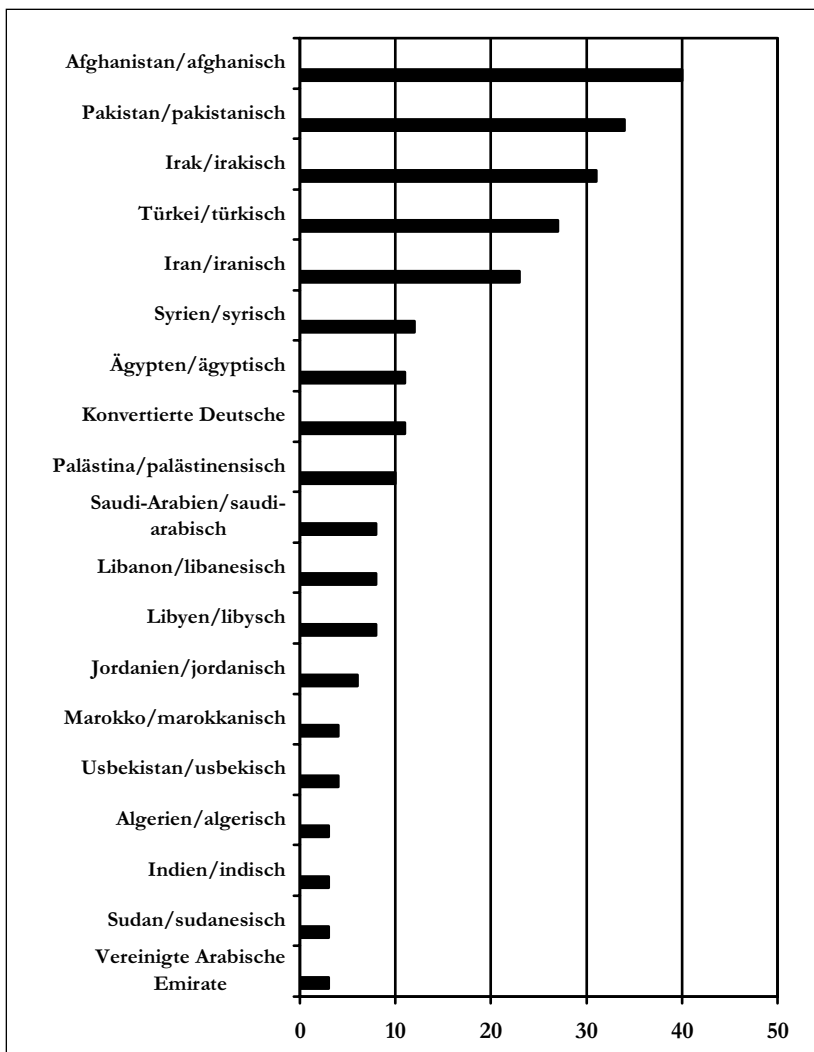


Abbildung 10: Islamische Länder- und Nationalitätsnennungen in den Negativartikeln/ Rang 1-19 (Anzahl der Artikel; N=271)

5 Ausblick

Es kann also festgehalten werden, dass sich in den letzten Jahren trotz der lautgewordenen Kritik nicht viel an der einseitigen Negativdarstellung des Islams in den Medien geändert hat. Zudem bestehen kaum Unterschiede zwischen der Islamdarstellung der Boulevardzeitung *Bild* und dem Nachrichtenmagazin

Der Spiegel. In beiden Printmedien wird vom Islam ein konfliktreiches und gewaltbereites Bild vermittelt, mit dem sich – wie bereits Hafez im Jahre 2000 festgestellt hat (vgl. Kapitel 1) – der Großteil der Muslime nicht identifizieren kann und will. Basierend auf den erhobenen Daten kann behauptet werden, dass in den zwei meinungsführenden Printmedien Deutschlands nicht der „Islam“ bzw. die vielfältigen Facetten des Islams, sondern vorwiegend der „Islamismus“ und der „islamistische Terrorismus“ dargestellt werden. Doch an dieser Stelle sei erwähnt: „Nicht die Darstellung des Negativen ist das Problem, sondern die Ausblendung des Normalen, des Alltäglichen und des Positiven“ (Hafez/Richter 2007: 45). Denn welche Auswirkungen haben einseitige Negativberichterstattungen über spezifische Gruppen für die Integrations- und Migrationspolitik?

Als Vorbildfunktion ist das kanadische Integrationsmodell „Einheit in Verschiedenheit“ („unity-within-diversity“) zu sehen, das bereits seit Jahrzehnten erfolgreich bemüht ist, „[...] einen Mittelweg zwischen den beiden Polen Assimilation und Segmentation“ (Geißler 2005: 57) zu finden. Dieses Modell geht von der empirisch belegten Annahme aus, dass Personen, die sich ihrer Identität bzw. ihrer Herkunft und Kultur bewusst sind und diese – unter Beachtung der Gesetze und Grundwerte der Aufnahmegesellschaft – ausleben können, sich eher in eine neue Gesellschaft erfolgreich integrieren können. Denn

nur wer in einer ethnokulturellen Eigengruppe verankert ist und eine entsprechende Identität entwickelt hat, verfügt über die nötige Sicherheit und das nötige Selbstwertgefühl, um sich gegenüber Andersartigen zu öffnen, sie zu respektieren und mit ihnen gleichwertig zu kommunizieren und zu interagieren (Geißler 2005: 58).

Der kanadische Demograph Daood Hassan Hamdani stellt fest, dass sich die muslimischen Einwanderer sowie alle Neuzuwanderer in Kanada zuerst auf ihre eigene kulturelle Selbsterhaltung konzentrieren und erst nach der Verwurzelung in der eigenen ethnischen Gruppe ihre Aktivitäten ausdehnen und sich auch in der weiteren Gesellschaft, wie in Wohltätigkeitsorganisationen, Schulen oder in der Politik, engagieren (vgl. Bosch 2005). Das bedeutet, dass das Stichwort „Assimilation“ – im Sinne einer völligen Anpassung an die Aufnahmegesellschaft und dem völligen Verlust der kulturellen Herkunft – hier die falsche Auslegung von Integration darstellt. Die interkulturelle Integration nach kanadischem Modell scheint eher erfolgversprechend zu sein. Daher liegt die Vermutung nahe, dass die mediale Darstellung von Muslimen als „Fremde“ und „Andersartige“ eine große Schere zwischen Mehrheitsgesellschaft und dieser ethnischen Minderheit geschaffen hat. Denn der muslimische Migrant,

der regelmäßig mit einem medial erzeugten Gefühl der Nichtakzeptanz konfrontiert wird, zieht sich ablehnend gegenüber der Mehrheitsgesellschaft in seine „eigene heile Welt“, in seinen eigenen gewohnten Kulturkreis zurück. Dadurch fühlt sich die Mehrheitsgesellschaft in ihrer Sicht über die „Andersartigkeit/Fremdheit“ der islamischen Minderheit und eine damit einhergehende Unvereinbarkeit der Kulturen bestätigt. Kurz gefasst: Resignation sowie Rückzug bestimmen das Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und ethnischer Minderheit. Es herrscht somit eine Art Teufelskreis, der durch die mediale Islamdarstellung auch auf die Gruppe der Muslime zutrifft und der nicht aufzubrechen ist, wenn nicht auf allen gesellschaftlichen Ebenen etwas dagegen unternommen wird. Eine Voraussetzung für Integrationsverbesserungen wäre demnach die mediale Integration von ethnischen Minderheiten, also die „Integration der ethnischen Minderheiten in das Mediensystem und in die Öffentlichkeit“ (Geißler/Pöttker 2006: 13), die neben der entsprechenden inhaltlichen Präsentation in den deutschen Mehrheitsmedien, die Kommunikatorensseite ins Auge fasst. So könnte zum Beispiel eine stärkere Beteiligung von Muslimen in den Medienredaktionen oder in unterhaltenden Medienformaten dazu führen, dass die starke Fokussierung der Medien auf ein konfliktorientiertes Islambild abgeschwächt und der Islam ausgewogener und facettenreicher dargestellt wird (siehe Müller und Geißler et al. in diesem Band).

Literatur

- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2007): Islam und muslimisches Leben in Deutschland. Online unter: http://www.integration-in-deutschland.de/cln_006/nn_284172/SubSites/Integration/DE/01__Ueberblick/ThemenUndPerspektiven/Islam/Deutschland/deutschland-node.html?__nnn=true#doc284190bodyText2 [Stand: 28.02.2008].
- Bild* (2007): *Bild* meistzitierte Zeitung Deutschlands. Online unter: <http://www.bild.de/BTO/news/2007/01/23/bild-zitate/axel-springer-verlag-medien.html> [Stand: 20.02.2008].
- Bosch, Susanne (2005): Über Kanada: Muslime in Kanada. Online unter: <http://www.dfait-maeci.gc.ca/canada-europa/germany/aboutcanada1101-de.asp> [zuletzt verfügbar: 02.05.2008].
- BPB (2008): Konfliktstoff Kopftuch. Online unter: http://www.bpb.de/themen/NNAABC,0,0,Konfliktstoff_Kopftuch.html [Stand: 23.05.08].

- Geißler, Rainer (2005): Interkulturelle Integration von Migranten – ein humaner Mittelweg zwischen Assimilation und Segregation. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld. S. 45-70.
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2006): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Mass Media Integration. Media and Migration: A Comparative Perspective. Bielefeld.
- Hafez, Kai (Hrsg.) (2000): Islam and the West in the mass media. Cresskill, N.J.
- Hafez, Kai/Richter, Carola (2007): Das Islambild von ARD und ZDF. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 26-27/2007, Bonn, S. 40-46.
- IVW (2008a): *Bild* Quartalsauflagen 02/08. Online unter: <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1111&u=&p=&t=Tageszeitungen+Gesamtlste&b=b> [Stand: 08.10.2008].
- IVW (2008b): *Der Spiegel*, Quartalsauflagen 02/08. Online unter: <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1141&u=&p=&sv=201&sb=201&t=Publikumszeitschriften+mit+nationaler+Verbreitung&sub=AKTUELLE+ZEITSCHRIFTEN+UND+MAGAZINE&b=s> [Stand: 08.10.2008].
- Jäckel, Michael (2005): Medienwirkung. Ein Studienbuch zur Einführung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden.
- Kleff, Sanem (2005): Die unvollendete Säkularisierung und der Islam in Deutschland. In: Haug, Frigga/Reimer, Katrin (Hrsg.): Politik ums Kopftuch. Hamburg, S. 85-94.
- Leibold, Jürgen/Kühnel, Steffen (2006): Islamophobie. Differenzierung tut not. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt a.M., S. 135-153.
- Media.Spiegel (2008): SPIEGEL Leser wissen mehr. Kurzporträt, Leser, Auflage, Reichweite, Preise. Online unter: [http://media.spiegel.de/internet/media.nsf/02F779C843F893DCC12571A300558320/\\$file/SPIEGEL_Kurzportrait_2008_Stand0408.pdf](http://media.spiegel.de/internet/media.nsf/02F779C843F893DCC12571A300558320/$file/SPIEGEL_Kurzportrait_2008_Stand0408.pdf) [Stand: 23.04.2008].
- Noelle, Elisabeth/Peterson, Thomas (2006): Fremde, bedrohliche Welt. Eine Dokumentation des Beitrags in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Nr. 114 vom 17.06.2006. Erhältlich auf Anfrage beim Institut für Demoskopie Allensbach.
- Schiffer, Sabine (2004): Die Darstellung des Islam in der Presse. Erlangen/Nürnberg.

- Springer, Axel (2008): *Bild in Zahlen*. Online unter: <http://www.axelspringer.de/inhalte/angebot/inhalte/zeitung/ueberreg/bild/bild.htm> [Stand: 23.04.2008].
- Taxacher, Gregor (2006): Wer hat Angst vorm Minarett? Online unter: <http://www.wdr.de/themen/kultur/religion/moscheebau/index.jhtml> [Stand: 23.05.2008].

Teil 5:

Ethnomedien

Uyum statt entegrasyon?

Zur Europa-Ausgabe der türkischen Zeitung *Hürriyet*¹

1 Integrationsfördernd oder -hemmend? Die *Hürriyet*-Kontroverse

Die türkische Tageszeitung *Hürriyet* [Die Freiheit] steht seit einer Reihe von Jahren immer wieder im Zentrum von Auseinandersetzungen über die Rolle der fremd- und besonders der türkischsprachigen Medien bei der Integration von Migranten in der Bundesrepublik. Dabei ging es in der Vergangenheit oft um den Vorwurf, die *Hürriyet* hetze gegen einzelne Personen, sowohl gegen Deutsche ohne Migrationshintergrund – wie den Journalisten Klaus Bednarz, den Kommunalpolitiker Herbert Schmalstieg oder den Orientalisten Udo Steinbach – als auch gegen Türken bzw. türkischstämmige Deutsche wie die Anwältin Seyran Ates, die Autorin Necla Kelek oder den Abgeordneten Cem Özdemir. Hintergrund für die z.T. gerichtlich festgestellten Diffamierungen dieser „Türkenfeinde“ bzw. „Verräter“ waren und sind dabei in der Regel nationalistische Motive, wobei sich drei kritische *Topoi* aufzeigen lassen: Die Angegriffenen hatten 1. die Leugnungsstrategie der Türkei in Bezug auf den Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich oder 2. die fortgesetzte Unterdrückung der Kurden in der heutigen Türkei oder 3. verbreitete Gewalt gegen Frauen – von der „Zwangshe“ bis zum „Ehrenmord“ – unter den in Deutschland lebenden Türken bzw. Türkischstämmigen kritisiert.

Vielfach wird aber auch grundsätzlicher Kritik an der *Hürriyet* geübt. So wurde die Berichterstattung der Zeitung 2008 nach einem Wohnhausbrand am 3. Februar in Ludwigshafen, bei dem neun türkische Bewohner ums Leben gekommen waren, Gegenstand des Medienjournalismus: In einer umfangreichen Kampagne hatte die Zeitung es als erwiesen hingestellt, dass es sich um einen türkenfeindlichen/rassistischen Mordanschlag gehandelt habe, und den deutschen Behörden ziemlich deutlich Türkenfeindlichkeit und resultierendes Desinteresse an Personenrettung und Brandbekämpfung (Feuerwehr) bzw. Täterermittlung (Polizei) unterstellt; in der Folge wurde diese

1 Bei der Auswertung der Zeitungen haben dem Autor mehrere aus der Türkei stammende Kollegen Hilfestellung geleistet; namentlich genannt sei Yılmaz Erşahin (Wuppertal), dem der Autor zu großem Dank verpflichtet ist.

Berichterstattung auf zahlreiche weitere Brände meist unbekannter Ursache ausgedehnt, bei denen von Türken bewohnte oder benutzte Gebäude betroffen waren. Tatsächlich wurde die kampagnenartige Anschlagsbehauptung der *Hürriyet* durch die Ermittlungen in Ludwigshafen, zu denen auch von der türkischen Regierung entsandte Experten zugezogen wurden, faktisch widerlegt (vgl. exemplarisch Drieschner 2008).

Allgemeiner stellt sich vielen journalistischen Beobachtern die Frage nach der Wirkung der *Hürriyet*-Berichterstattung auf Integration bzw. Integrationsbereitschaft der in Deutschland lebenden Türken. Zugespitzt: Nützt die *Hürriyet* (-Lektüre) oder schadet sie, fördert sie die Integration in Deutschland oder hemmt sie diese (oder, so könnte man ergänzen, ist sie einfluss- bzw. folgenlos)?

Hürriyet steht dabei vielfach *pars pro toto* für die in Deutschland genutzten türkischen Medien überhaupt (vgl. den Beitrag von Harald Bader im vorliegenden Band), wohl weil das Blatt das in Deutschland auflagenstärkste türkische Organ und seit vielen Jahren kontinuierlich hierzulande präsent ist, auch sehr umfangreich über Deutschland berichtet (siehe unten). *Hürriyet* steht hier also vielfach in der Kritik für Dinge, die nicht *Hürriyet*-spezifisch sind, sondern für türkische Medien in Deutschland allgemein bzw. für türkische Medien überhaupt gelten.

Zum großen journalistischen Interesse an der *Hürriyet* kontrastiert ein auffälliges Defizit an kommunikationswissenschaftlicher Forschung. Die Europa-Ausgabe der *Hürriyet* – denn um diese Ausgabe geht es hier – ist nur selten Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen. Die Methodik ist dabei zum Teil kursorisch-impressionistisch, oder aber die *Hürriyet* ist nur ein Randthema der Untersuchung. Neuere Studien sind besonders rar. Wegen der Sprachbarriere haben meist türkische Medienkenner (Aktan 1979, Acikalın/Klitzke 1980, Ates 2000, 2002) oder aber Turkologen bzw. außerhalb der Kommunikationswissenschaft tätige Wissenschaftler (Binswanger 1981, 1983, Scharlipp 1984, Kleff 1989, Wengenroth 1990; derzeit läuft eine Untersuchung des Gießener Turkologen Kirchner) die betreffenden Texte verfasst (beide Gruppen sind in Zentrum für Türkeistudien 1988, Cryns 1991 mehrfach vertreten), die institutionalisierte deutsche Kommunikationswissenschaft fehlt dagegen weitgehend.²

Eine Ausnahme bildet die Untersuchung von Berghaus et al. (1993), bei der deutsche Kommunikationswissenschaftler von türkischen Hilfskräften unterstützt wurden; auch hier ist es ein Nicht-Kommunikationswissenschaftler,

2 Nur bedingt als Ausnahme gelten kann die (von Roegele betreute) Münchner Dissertation von Aktan (Aktan 1979), in der die *Hürriyet* eine Rolle spielt; siehe auch Karacabey 1996.

der die Zeitungsbeschreibung lieferte (Scheinhardt 1993). Bezeichnenderweise wurde dieser Band, der sich auf ein Sample von 1992 bezieht, noch 2000 einem Beitrag (Staab 2000) in einem einschlägigen Sammelband zugrundegelegt, da zwischenzeitlich nichts Vergleichbares erschienen war. Band und Beitrag beziehen sich im Übrigen hauptsächlich auf Fernsehnachrichten, von *Hürriyet* wurde nur, wie auch vom damaligen Hauptkonkurrenten *Tercüman* [Der Übersetzer], zu Vergleichszwecken die Titelseite herangezogen (Sample acht Tage).

Man kann so vielleicht ohne Übertreibung sagen, dass die Inhalte von *Hürriyet* bisher trotz verstärkter, aber meist eklektischer Übersetzungstätigkeit – nach dem *Türkischen Pressespiegel* des Journalisten Karl Binswanger nun zum Beispiel durch die *EuroPress* von Ali Yumuşak, einem früheren *Hürriyet*-Redakteur – in der deutschen Gesellschaft und der deutschen Kommunikationswissenschaft kaum bekannt sind.

Der vorliegende Beitrag soll daher zweierlei leisten. Er soll zum einen in kurzer Form ein Porträt der Zeitung geben. Im Anschluss daran sollen auf der Grundlage konzeptioneller Überlegungen in Anlehnung an das theoretische Modell medialer Integration bei Geißler/Pöttker 2005 einige Aspekte inhaltsanalytisch untersucht werden, die dazu dienen können, die Frage nach der Wirkung von *Hürriyet* in Bezug auf Integration wenn nicht zu beantworten (denn Medienwirkungsforschung bleibt ohnehin denkbar schwierig, ist aber durch eine Inhaltsanalyse allein natürlich keinesfalls zu leisten), so doch zu präzisieren.

Eine Wirkungsstudie, die nachweist, dass der Konsum bestimmter türkischer Medieninhalte die Integration kausal behindert – oder auch fördert –, steht in weiter Ferne und müsste ein ganz anderes methodisches Design aufweisen.

2 Kurzporträt der *Hürriyet*

Die Zeitung *Hürriyet* wurde in İstanbul von Sedat Simavi gegründet; die erste Ausgabe erschien am 1. Mai 1948. Nach dem Tod des Zeitungsgründers 1953 übernahmen seine Söhne Haldun und Erol Simavi die Zeitung, ab 1971 Erol allein. Die Zeitung wurde 1994 in einer Liquiditätskrise günstig von Aydın Doğan, dem Besitzer des Doğan-Konzerns, übernommen, der jedoch die Lizenz der Europa-Ausgabe bis zum 31. Dezember 1999 bei Simavi beließ; vgl. „*Hürriyet (gazete)*“ 2008; „Sedat Simavi“ 2008; Hermann 2000, 2006.

Zu Doğans milliardenschwerem Mischkonzern gehören auch zahlreiche nicht-Medien-Unternehmen; an Medien beherrscht die Doğan Medya Grubu = Doğan Media Group neben *Hürriyet* weitere Tageszeitungen, darunter

Milliyet [Die Nation] und die auch in Deutschland verbreitete Fußballzeitung *Fanatık* [Der Fan]; mehrere Dutzend Zeitschriften; Buchverlage; eine eigene Nachrichtenagentur *Doğan Haber Ajansı* (DHA) [Doğan-Nachrichten-Agentur]; einige Radio- und vor allem mehrere Fernsehsender, so *Kanal D* (in Deutschland: *Euro D*), *Star TV* und *CNN Türk* (Ateş [Ateş] 2002; Bonstein 2003; Hermann 2006).

Die Auflage der *Hürriyet*, die täglich (sieben Tage die Woche und auch an Feiertagen) erscheint, beträgt bei erheblichen Schwankungen – Abonnements von Zeitungen sind ganz unüblich; da fast alle Titel (eine Ausnahme ist zum Beispiel *Zaman* [Die Zeit]) vor allem im Einzelverkauf abgesetzt werden, kommt es zu einem ständigen Auf und Ab, was auch die Auflagenkontrolle erschwert – in der Türkei zuletzt knapp 600.000 („Auflagen der türkischen Zeitungen“ 2007), womit *Hürriyet* beständig zu den größten Titeln gehört. In der Türkei existieren zahlreiche Regionalausgaben. Der Hauptteil umfasst circa 30 Seiten, der Regionalteil weitere 20, dazu kommen noch Beilagen. Es gibt jeweils einen sehr umfangreichen Wirtschafts- und Sportteil und viele Seiten Anzeigen, darunter auch jeweils mehrere Seiten Klein- und Familienanzeigen.³

Neben dem Zeitungstitel prangt ein stilisierter Kopf des Begründers der Republik Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, vor einer wehenden türkischen Flagge und dem Motto der Zeitung, einem Zitat des Staatsgründers: *Türkiye Türklerindir* [Die Türkei (gehört) den Türken].⁴ Alle Seiten mit Ausnahme einiger Kleinanzeigenseiten sind durchgängig bunt; große Überschriften und zahlreiche oft großformatige Bilder prägen die Optik des Blattes.

Ab 1964 wurde die Zeitung per Flugzeug auch in die Bundesrepublik geliefert, für die schnell wachsende Zahl türkischer Gastarbeiter. Ab 1971 wurde die Zeitung auch in Deutschland gedruckt, in einer eigenen Deutschland- bzw. Europa-Ausgabe (Busse 2002), heute mit Hauptsitz in Mörfelden-Walldorf bei Frankfurt. In Deutschland werden offenbar circa zehn Redakteure beschäftigt, dazu zahlreiche freie Mitarbeiter (Rasche 2005; vgl. auch die An-

3 Grundlage der hier genannten ungefähren Angaben ist die Regionalausgabe Ege (İzmir mit Çanakkale, Balıkesir, Manisa, Uşak, Aydın, Denizli und Muğla), Sample 06.-12.08.2007.

4 Dies ist auch vor dem historischen Hintergrund zu sehen, dass das Osmanische Reich unter anderem durch die so genannten „Kapitulationen“ vor 1914 zur Halbkolonie europäischer Mächte herabgesunken war und 1918-20 (Friedensvertrag von Sèvres) von den Siegermächtern die weitgehende Zerstückelung der heutigen Türkei betrieben wurde (u.a. griechische Invasion 1919-22), was erst durch einen von Atatürk siegreich geführten Krieg und den folgenden Vertrag von Lausanne (1923) abgewendet wurde. Neben diesem defensiven Hintergrund des Mottos gibt es aber auch einen gegen die ethnischen Minderheiten der Türkei gerichteten.

gabe von „18 Journalisten“ bei Schneider/Arnold 2004: 249). Der Kaufpreis für das Blatt beträgt je 1 Euro.

Die verkaufte Auflage der *Hürriyet*-Europa-Ausgabe betrug im 3. Quartal 2007 montags bis samstags durchschnittlich 48.682, davon 35.910 in Deutschland; sonntags lagen die Werte bei 30.393 (Europa insgesamt) und 23.662 (Deutschland). Die Druckauflagen lagen deutlich höher, montags bis samstags in Europa insgesamt bei 101.905. Der Anteil der Abonnements betrug montags bis samstags 742, sonntags nur 169, es wurden also werktags nur etwa 2 Prozent und sonntags nur 1 Prozent der verkauften Exemplare im Abonnement (Lieferung durch die Deutsche Post) abgesetzt, die überwältigende Mehrheit der Stücke dagegen im Einzelverkauf, der in Kooperation mit den 20.000 Verkaufsstellen des Springer-Konzerns (Hermann 2000) erfolgt (alle Daten nach Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern 2007: 52). Die in Deutschland verkaufte Auflage ist damit weiterhin rückläufig: Betrug sie montags bis samstags im I. Quartal 2005 noch 52.031, so im I. Quartal 2007 41.353, im III. wie gezeigt nur noch 35.910. Freilich liegt die Anzahl Leser pro gekaufter Zeitung in Deutschland bei 5,6 (I. Quartal 2007), sodass die verkaufte Auflage in Deutschland täglich (außer sonntags) rechnerisch gut 230.000 Leser erreicht. Der weiteste Leserkreis liegt bei fast 600.000 (Angaben – Auflagen nach IVW – in *Hürriyet* 2005, *Hürriyet* 2007).

Die Europa-Ausgabe lässt sich am Beispiel einer konkreten Ausgabe (die Seitenzahlen schwanken nur geringfügig) so charakterisieren:

- Seite 1 dient als Schaufenster. Sie enthält niemals abgeschlossene Artikel, sondern ausschließlich Anreißer, das heißt alle Themen, die auf Seite 1 behandelt werden, werden auf anderen Seiten oder in Beilagen, auf die jeweils konkret verwiesen wird, weiterbehandelt. Manchmal beziehen sich fast alle diese Anreißer auf Deutschland bzw. Europa, manchmal nur wenige.
- Seite 2 – *TV-Magazin-Röportaj* [TV-Magazin-Reportage] – bringt die Programme von derzeit elf türkischen Fernsehsendern, die per Satellit in Deutschland empfangen werden können, mit dem Doğan-Sender *Euro D* an der Spitze, gefolgt von *TRT Int*, nebst einer Vorschau auf eine konkrete Sendung des betreffenden Tages. Die übrigen Artikel auf der Seite befassen sich mit Unterhaltungsgrößen, in der Regel ohne Deutschlandbezug.
- Seite 3 enthält Redaktionstelefonnummern (fünfmal Türkei plus Frankfurt) und eine Wetterkarte Europas, auf der Deutschland hervorgehoben ist, von der Türkei dagegen nur der äußerste Nordwesten mit Istanbul zu

sehen ist. Die Artikel auf dieser Seite beziehen sich in der Regel auf die Türkei (Vermischtes, unter anderem Kriminalfälle).

- Seite 4 – *İnsan* [Mensch] – befasst sich mit der Türkei.
- Seite 5 enthält eine ganzseitige (türkische) Anzeige von Lidl.
- Die Seiten 6 bis 10 – *Gündem* [Tagesordnung] befassen sich mit der Türkei, ebenso die Seite 11 – *Toplum* [Gesellschaft].
- Die Seiten 12 bis 14 – *Ekonomi* [Wirtschaft] – befassen sich mit Wirtschaftsthemen, weltweit, aber mit klarem Schwerpunkt Türkei; Deutschland kommt kaum vor, dann meist in Verbindung mit der Türkei (zum Beispiel Eröffnung von Märkten in der Türkei durch den deutschen Konzern Metro).
- Die Seiten 15 bis 18 – *Hürriyet Avrupa* [*Hürriyet* Europa] bzw. *Avrupa gündemi* [Europa-Tagesordnung] – enthalten ausschließlich Artikel, die von der Europa-Redaktion in Frankfurt bearbeitet wurden und sich auf Europa (ohne Türkei) beziehen.
- Seite 19 – *Basından seçmeler* [wörtl. *Auslesen vom Druck*, das heißt Presse-schau] – enthält ausführliche Kommentare, die mehrheitlich aus anderen Periodika entnommen werden, zum Teil aber auch von *Hürriyet*-Mitarbeitern (auch aus der Europa-Redaktion) stammen; Deutschland ist gelegentlich ein Thema.
- Seite 20 – *Kadın ve Yaşam* [Frau und Leben] – enthält ein Kochrezept, das Horoskop, die islamischen Gebetszeiten, ein Kreuzworträtsel sowie die Frage- und Antwort-Kolumne einer „Briefkastentante“, Güzin Ablâ [Ablâ = ältere Schwester] mit Fax- und E-Mail-Adresse in der Türkei.
- Seite 21 – *Dünya* [Welt] – enthält vermischte Nachrichten aus aller Welt, vielfach mit Türkei-Bezug.
- Seite 22 ist die Rätsel-Seite, die Seiten 23-24 enthalten Kleinanzeigen.
- Die Seiten 25 bis 29 – *Süperspor* [Supersport] befassen sich ganz überwiegend mit Fußball (international und vor allem türkisch), nennenswert sonst noch mit Kampfsportarten (Boxen etc.).
- Seite 30 enthält vermischte Nachrichten aus aller Welt und jeweils ein Foto eines in Dessous oder Bademode mäßig verhüllten weiblichen Modells.

Beilagen:

- Dienstags: *Türk mutfağı* [Türkische Küche] als Zeitschriften-Supplement

- Freitag: *Young Hürriyet* (2 Seiten in deutscher Sprache)
- Freitag: *Hürriyet NRW* (6 Seiten, davon 1 Seite Sport)⁵
- Samstag: *Cumartesi* [Samstag] (12 Seiten)
- Sonntag: *Pazar* [Sonntag] (8 Seiten Rätsel im halben [Tabloid-]Format)

Insgesamt umfasst die Europa-Ausgabe von *Hürriyet* so circa 230 Seiten (ohne Zeitschriftensupplements, Werbeeinleger etc.) wöchentlich, von denen circa 4,5 täglich (*Hürriyet Avrupa* plus halbe Titelseite) = 31,5 wöchentlich plus *Young Hürriyet* (2) und *Hürriyet NRW* (6) plus die Hälfte von *Cumartesi* (6) = 14, insgesamt also circa 45,5 Seiten, von der Europa-Redaktion in Deutschland redaktionell erstellt werden, also etwa ein Fünftel des Gesamtumfangs.

Die übrigen circa 25 Seiten täglich stellen eine Verkleinerung der circa 30 überregionalen Seiten der Türkei-Ausgabe dar (weniger und andere Anzeigen, dadurch Umbau des Layouts, Verkürzung von Artikeln, Verkleinerung der Fotos).

Die *Hürriyet* stellt damit, wie schon an anderer Stelle erwähnt, eine hybride Form dar; sie ist kein bloßes Auslandsmedium, da von den zahlreichen Printmedien in aller Welt, die außerhalb ihres Hauptsitzlandes vertrieben werden, nur sehr wenige auch nur annähernd einen solchen Anteil ihres Umfangs in einem anderen Land redaktionell erstellen. Was hier geschieht, geht weit über die übliche Zulieferung durch Auslandskorrespondenten hinaus. Gleichzeitig ist *Hürriyet Avrupa* aber auch nicht, wie beispielsweise die serbischsprachige Zeitung *Vesti* [Nachrichten] in Bad Vilbel im Kreis Friedberg oder die russischsprachigen Zeitungen *Rejnskaja gazeta* [Rheinische Zeitung] in Essen oder *Zemljaki* [Landsleute] und *Evropa-ekspres* [Europa-Express] in Berlin oder die italienische Zeitschrift *Corriere d'Italia* [Italien-Kurier] in Frankfurt eine Druckschrift, die von Angehörigen der betreffenden Minderheit in Deutschland für Angehörige der betreffenden Minderheit gemacht wird, sondern eben eine ungewöhnliche Mischform aus vier Fünfteln Auslandsmedium und einem Fünftel Minderheitenmedium, wobei sich die eingangs geschilderten Kontroversen fast immer auf dieses „fünfte Fünftel“ beziehen.

Die Anzeigen der Europa-Ausgabe zeigen einige Auffälligkeiten. Der Anzeigenumfang ist insgesamt deutlich geringer als in der Türkei-Ausgabe. Es dominieren sehr weitgehend Anzeigen türkischer Firmen aus Deutschland, an deutschen Firmen sind fast ausschließlich die Discounter vertreten, regelmäßig Lidl (oft ganzseitig) und Kik (meist in Form von Einlegern/Flyern). Relativ häufig erscheinen Anzeigen deutscher Institutionen (Arbeitsagentur, Kampagnen der Polizei gegen häusliche Gewalt etc.), in türkischer Sprache. Todes- und

5 Sitz dieser Lokalredaktion ist Köln.

Familienanzeigen fehlen fast völlig. Enthalten sind dagegen Anzeigentypen, die in seriösen deutschen Tageszeitungen meist fehlen, für den Boulevard und kostenlose Anzeigenblätter dagegen typisch sind: Bordell-Anzeigen, Anzeigen zur Hilfe bei der „Medizinisch-Psychologischen Untersuchung“ (also dem so genannten „Idiotentest“ nach Führerscheinverlust, meist wegen Alkohol- bzw. Drogenproblemen).

Die genannten Quellen der *Hürriyet* sind fast ausschließlich eigene Mitarbeiter oder die konzerneigene Agentur *DHA*. Andere Agenturen werden in der Regel nicht genannt, viele offensichtlich von Nachrichtenagenturen stammende Texte bleiben ungekennzeichnet.

Das Layout der *Hürriyet* ist ausgesprochen unruhig, geprägt von viel Farbe sowie zahlreichen Fotos und riesigen Überschriften, die vielfach dem Stil der *Bild*-Zeitung ziemlich genau entsprechen, zum Beispiel mit Imperativen im Titel wie „Schäm Dich, SPD!“

Damit ist die durchaus kontrovers diskutierte Frage nach einer Einordnung der *Hürriyet* in die Zeitungslandschaft bzw. einer Typbestimmung zu stellen.

Zahlreiche angesprochene Aspekte belegen die Nähe der *Hürriyet* zu deutschen Straßenverkaufs- bzw. Boulevard-Zeitungen wie *Bild* oder *Express*: Zu nennen sind der ganz überwiegende Absatz im Straßenverkauf; aus dem resultierenden Verkaufsdruck heraus zu erklären das beschriebene Layout mit riesigen Überschriften/vielen Bildern/viel Farbe; der reißerische Stil vieler Texte und Überschriften; die Präsentation von leicht bekleideten weiblichen Models; die Anzeigen für Discount-Produkte, besonders aber für Bordelle; die herausgehobene Bedeutung des Sports unter Konzentration auf die besonders massentauglichen Disziplinen; das gänzliche Fehlen eines Kultur- bzw. Feuilleton-Ressorts. Wer also in der deutschen Zeitungswelt die nächste Entsprechung zur *Hürriyet* sucht, der wird sie in der *Bild*-Zeitung finden.

Dennoch ist die *Hürriyet* nicht die *Bild*-Zeitung; denn es gibt auch Aspekte, die einer deutschen Boulevard-Zeitung absolut nicht entsprechen. Da ist zunächst der weitaus größere Umfang von täglich 30 Seiten (plus Beilagen), zudem in größerem Format als im deutschen Boulevard, und der resultierende höhere Preis von 1 Euro. Da ist weiter der beachtliche Anteil der Wirtschaftsberichterstattung, ganz klassisch: Börsen- und Unternehmensberichterstattung, eher aus Investor- denn aus Verbrauchersicht (siehe unten); und da ist schließlich der hohe Anteil an Meinungsjournalismus. Die *Hürriyet* druckt an keinem Tag weniger als (und oft deutlich mehr als) zehn Meinungsartikel, das heißt meist Kommentare oder Mischformen mit kommentierendem Gehalt. Diese Artikel sind zudem deutlich länger als der typische *Bild*-Kommentar; sie tragen in der Regel keine großen oder reißerischen Überschriften; sie sind in Kolumnen-Form wiedererkennbar, unter anderem durch das obligatorische kleine

Porträtfoto des Autors nebst Kontaktdaten (E-Mail-Adresse); sie sind sprachlich oft anspruchsvoller als die meisten übrigen Zeitungstexte; und sie decken zahlreiche, oft gegensätzliche Positionen ab, auch solche, die der redaktionellen Linie des Blattes nicht entsprechen, zum Teil in Form von Übernahmen aus anderen Blättern. Eine solche Vielfalt an oft auf durchaus gehobenem Niveau präsentierten Meinungen bietet in Deutschland meist nicht einmal die Qualitätspresse, offensichtliche Parallelen sind dagegen die *opinion columnists* der US-Qualitätspresse (*Washington Post*, *New York Times*, *Los Angeles Times* etc.) und im US-beeinflussten asiatischen Journalismus.

Es sind zweifellos solche Aspekte, auf die sich – durchaus nachvollziehbar – türkische Mitbürger beziehen, die, auf den der *Bild* ähnelnden Charakter der *Hürriyet* (und der meisten übrigen türkischen Zeitungen) angesprochen, diese Gleichsetzung vehement zurückweisen und in der *Hürriyet* eher eine Qualitätszeitung à la *Frankfurter Allgemeine* oder *Süddeutsche* sehen wollen. Tatsächlich hat die *Hürriyet* in dieser Form, wie dargestellt, trotz überwiegender Parallelen zur Boulevardpresse keine echte Entsprechung in der deutschen Zeitungslandschaft.

3 *Hürriyet* und Integration

Im Folgenden sollen verschiedene Aspekte dargestellt werden, die für Integration relevant sind. Das Sample umfasst vier „künstliche Wochen“ (28 Ausgaben) aus dem Jahr 2007; erfasst wurden insgesamt 910 Artikel mit Bezug auf Deutschland.

3.1 *Hürriyet* und der türkische Verbraucher in Deutschland: außer Schminktipp (fast) nichts zu holen

In den vergangenen Jahren hat sich in der wissenschaftlichen Journalistik, der Journalistenausbildung und der Praxis der Zeitungen in Deutschland das Prinzip des Nutzwertjournalismus etabliert, das heißt der Leser als Verbraucher soll im redaktionellen Teil – also abgesehen vom Anzeigenteil und seinem entsprechenden Nutzen – Artikel finden, die ihm im Lebensalltag im engeren (durchaus pekuniären) Sinne *nützlich* sind. Angesprochen ist hier vor allem das Wirtschaftsressort. Viele Zeitungen haben Verbraucher-, Ratgeber- oder Service-Seiten sowie Beilagen zu speziellen Verbraucherthemen eingeführt, aber auch die Spalten des eigentlichen Wirtschaftsressorts geöffnet. Wo früher meist Unternehmensberichterstattung dominierte, wird der Leser heute – realistischer – auch hier nicht hauptsächlich als Aktieninvestor, sondern zuneh-

mend als Arbeitnehmer und (Einzelhandels-)Kunde angesprochen, dem Hilfestellung bei Entscheidungen um den Kauf von Waren und Dienstleistungen geleistet werden soll.

Die türkische Bevölkerung in Deutschland ist mutmaßlich in dreifacher Hinsicht auf solche Hilfestellung besonders angewiesen. Zum ersten ist die Sozialstruktur der türkischen Bevölkerung vergleichsweise ungünstig, mit niedrigen Einkommen und Vermögen und geringer Erwerbsbeteiligung bei schlechter formaler Bildung etc.; zum zweiten ist für einen erheblichen Teil der türkischen Bevölkerung durch Sprachbarrieren mancherlei Information schwer zugänglich; und zum dritten hat die türkische Bevölkerung neben den allgemeinen oft spezifische Probleme, die sich beispielsweise aus dem Ausländerrecht ergeben.

Vor diesem Hintergrund war eine Ausgangshypothese der Untersuchung, dass *Hürriyet* zur Leser-Blatt-Bindung in erheblichem Umfang Service-Berichterstattung einsetzen würde. Hintergrund hierfür war auch, dass die russischsprachige Presse in Deutschland außerordentlich serviceorientiert ist; es gibt hier mit *Voprosy i otvety* [Fragen und Antworten] sogar eine ganze Zeitschrift (im Verbund der *Zemljaki*), die sich nur Service-Themen widmet, die aber in allen russischsprachigen Medien häufig auftauchen, indem – stets deutschland-spezifisch – Fragen gestellt und beantwortet werden, die sich zum Beispiel auf das Miet- und Arbeitsrecht, auf private Verkäufe, auf Selbstständigkeit, geringfügige Beschäftigung oder auf Versicherungen und Geldanlagen aller Art beziehen.

Diese Hypothese hat sich nicht bestätigt: *Von den 910 deutschlandbezogenen Artikeln konnten nur vier (!) dem Nutzwert-Journalismus zugerechnet werden.* Alle vier Artikel fanden sich dabei in der *Young Hürriyet*; sie gehören zur wöchentlichen Kolumne „Keinen Ausbildungsplatz gefunden?/Wir helfen euch!“ In dieser Kolumne wurden und werden ausbildungsbezogene Leserfragen beantwortet, und zwar von Fachleuten der Agenturen für Arbeit, der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern.

Nicht als nutzwertbezogen aufgenommen wurden dagegen die sehr häufigen) Schmink- und Lifestyle-Tipps (meist ohnehin ohne Deutschlandbezug); auch wurden Artikel nicht aufgenommen, in denen beispielsweise geschildert wird, wie einem türkischen Studenten das BAFÖG verweigert wurde, sofern nicht deutlich wird, wie ein Antragsteller seine Chancen auf BAFÖG verbessern kann bzw. Hilfestellung beim Antrag erfolgt.

Fazit: Die *Hürriyet* bietet ihren Lesern trotz angenommenen großen Bedarfs so gut wie keine Tipps für den optimalen Umgang mit Firmen und Behörden. Türkische Leser, die sich für eine Riester-Rente oder einen Bausparvertrag interessieren, die Probleme mit ihrer Duldung oder auch nur ihrem Mietvertrag haben, müssen auf sachkundige Beratung anderswo hoffen.

3.2 Türkenfreunde und Türkenfeinde

Bei den deutschlandbezogenen (910) Artikeln wurden drei Gruppen unterschieden:

- 1. Artikel, bei denen nur türkische Handlungsträger beteiligt sind.
- 2. Artikel, bei denen nur deutsche Handlungsträger beteiligt sind.
- 3. Artikel, bei denen türkische und deutsche Handlungsträger beteiligt sind.

Handlungsträger im weiteren Sinne		
nur Türken (inkl. Türkischstämmige)	246	27,0%
nur Deutsche (ohne Türkischstämmige)	261	28,7%
Türken und Deutsche	403	44,3%

Abbildung 1: Handlungsträger der deutschlandbezogenen Artikel (n = 910)

Dabei ist zu beachten, dass die Artikel mit ausschließlich deutschen Beteiligten fast durchweg kurz sind; nach einem dichotomen Schema (kurz/lang), wie es sich etwa auch bei Berghaus et al. (1993) findet, und das mit „kurz“ etwa eine Kurzmeldung von maximal 20 Druckzeilen bewertet, ergibt sich:

Handlungsträger im weiteren Sinne	lang	%	kurz	%
nur Türken	199	80,9%	47	19,1%
nur Deutsche	23	8,8%	238	91,2%
Türken und Deutsche	339	84,1%	64	15,9%

Abbildung 2: Artikellängen nach Handlungsträgern (n = 910)

Interessant sind also grundsätzlich a) die türkische Community bzw. b) türkisch-deutsche Interaktion.

Dabei wurde jeweils eine zugehörige Hypothese untersucht:

- H₁) Artikel, bei denen nur türkische Handlungsträger beteiligt sind, dienen der Stärkung der eigenen Identität. Die Handlungsträger werden positiv beurteilt.
- H₂) Artikel, bei denen nur deutsche Handlungsträger beteiligt sind, befassen sich nicht mit Politik und Wirtschaft, sondern eher mit „Vermischtem“ (Kriminalität, Unglücksfälle, Kuriosa, Showbusiness inkl. Profisport).
- H₃) In Artikeln, bei denen türkische und deutsche Handlungsträger beteiligt sind, werden die türkischen Handlungsträger durchweg positiv beurteilt.

Interagieren die deutschen Handlungsträger positiv mit diesen, teilen/ unterstützen sie zum Beispiel deren Position, werden sie ebenfalls positiv beurteilt – Muster „Türkenfreund“, *Türk dostu*. Gibt es Differenzen/ Konflikte gleich welcher Art, erscheint die türkische (und gegebenenfalls die türkenunterstützende deutsche) Seite als völlig im Recht, die deutsche Gegenseite – Muster: „Türkenfeind“, *Türk düşmanı* – als völlig im Unrecht.⁶

Die Hypothese 1 konnte weitgehend bestätigt werden.

alle türkischen Handlungsträger positiv	232	97,2%
teils positiv, teils negativ	4	1,6%
alle türkischen Handlungsträger negativ	3	1,2%

Abbildung 3: Bewertung türkischer Handlungsträger in Artikeln mit ausschließlich türkischen Beteiligten (n = 246)

Bei den negativ bewerteten Handlungsträgern handelt es sich in der Hauptsache um Kriminelle.

Auch Hypothese 2 konnte in der Hauptsache bestätigt werden.

kein Politikbezug	237	90,8%
Politikbezug	24	9,2%

Abbildung 4: Politikbezug in Artikeln mit ausschließlich deutschen Beteiligten (n = 261)

Verstärkt wird das Ergebnis noch dadurch, dass alle politikbezogenen Artikel als „kurz“ codiert wurden und viele vergangenheitsbezogen waren (zum Beispiel Jahrestag Barschel-Selbstmord, Gedenken an Mauer-Opfer).

Hypothese 3 konnte ebenfalls bestätigt werden. Denkbare Gegenbeispiele wären beispielsweise

- ein Artikel, in dem eine türkische Familie mit der Schule wegen Gewalttätigkeiten ihres Sohnes im Clinch liegt (türkisch-deutscher Gegensatz) und Verständnis für die Position der Schule deutlich wird;
- ein Artikel, in dem ein von Türken bewohntes Haus gebrannt hat, die Bewohner einen ausländerfeindlichen Hintergrund behaupten, den die

6 Varianten des Türkenfeindes sind der *Türkçe düşmanı* [Türkischfeind, d.h. Feind der türkischen Sprache] und der *Türkiye düşmanı* [Türkeifeind]. Diese Begriffe tauchen auch *expressis verbis* im Blatt auf, meist in der abgeschwächten (da nicht unmittelbar personenbezogenen) Version mit *düşmanlık* [Feindschaft], also *Türk düşmanlığı*, *Türkçe düşmanlığı* und *Türkiye düşmanlığı*.

Polizei ausschließt (türkisch-deutscher Gegensatz) und Verständnis für diese letztere Position geäußert wird.

Solche Artikel erscheinen in der *Hürriyet* nicht: Bei deutsch-türkischen Konflikten hat die türkische Seite immer Recht, sie ist stets Opfer, nie wirklich Täter, selbst in Fällen, wo diese Konstruktion nur schwer vorstellbar scheint.⁷

Die Dichotomie ist jedenfalls willkommen: Es gibt nach *Hürriyet* keine deutsche legitime Kritik an türkischen Positionen, weder im Kleinen (individuelles Verhalten) noch im Großen (Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte).

Deutscher Handlungsträger unterstützt türkische Position, wird positiv bewertet	171	42,4%
Deutscher Handlungsträger unterstützt türkische Position nicht, wird negativ bewertet	297	73,7%

Abbildung 5: Bewertung deutscher Handlungsträger in Artikeln mit deutsch-türkischer Interaktion (n = 403; beide Positionen in einem Artikel möglich, daher Summe >403!)

Auffällig ist weiter, dass deutsche Institutionen sehr negativ dargestellt werden, insbesondere die Polizei, aber auch viele andere Behörden (Schulämter etc.); deutsche Politiker, die sich energisch für türkische Interessen einsetzen, sind dagegen meist selbst türkischstämmig (67 von 81 Fällen, 82,7%).

Hier wird ein dichotomes Bild gezeichnet von deutschen Behörden und Politikern, die türkenfeindliche Amtshandlungen verüben, woran sie türkenfreundliche (meist selbst türkischstämmige, in der Regel den Bündnisgrünen, der Linkspartei oder der SPD angehörige) Politiker und gegebenenfalls sonstige deutsche Freunde (oft Lebensgefährtinnen) nicht hindern können. Die Türken erscheinen hier durchweg als Opfer.

Positiv bewertet werden Multikulti-Aktivitäten aller Art; hier erscheinen dann auch Behörden positiv, sofern sie solche initiieren oder unterstützen.

3.3 *Uyum* und *entegrasyon*, Fördern und Fordern

Kai Biermann eröffnete in der *Zeit* seinen Bericht über das Treffen der Regierungschefs Erdoğan und Merkel mit dem Satz: „Nicht immer, wenn zwei

7 Das gilt selbst in extremen Fällen, wie ein Fall zeigt, der sich nach dem Sample ereignete. Der Türke, der in der Münchner U-Bahn einen deutschen Rentner fast tötete, wird in der *Hürriyet* vor allem als Justizopfer dargestellt, der eine weitere Chance verdient habe, schon aus Gründen der Reziprozität, da die Türkei Marco W. ja auch freigelassen habe.

das Gleiche wollen, ist es bekanntlich dasselbe.“ Und weiter: „In dem Gespräch [...] adressierte letztlich jeder seine Botschaften nur an die Gegenseite.“

Tatsächlich ist auch bei einer Auswertung der *Hürriyet* in Bezug auf „Integration“ stets zu fragen, was damit gemeint ist. Die Zeitung setzt sich stets „für Integration“ ein – was aber ist damit gemeint?

Ein erster Fingerzeig ist – *Nomen est omen* – der benutzte Begriff. In der Zeitung wird, wie auch ganz allgemein in der türkischen Debatte, stets von *uyum* gesprochen, nie von *entegrasyon*, obwohl dieses Wort sehr wohl existiert. *Uyum* aber bedeutet nicht „Integration“ (das wäre ja eben *entegrasyon*), sondern „Harmonie“, was nun einmal etwas anderes ist, aber viel über das Idealbild der türkischen Seite verrät.⁸ Es ist das friedliche Nebeneinander, bestenfalls Miteinander, ein statischer Zustand, nicht aber ein dynamischer Prozess des Aufeinanderzugehens, bei dem es auf Seiten der Minderheit, aber auch der Mehrheit, zu komplexen Vorgängen der Akkulturation (hauptsächlich seitens der Minderheit) und Akkomodation (hauptsächlich durch die Mehrheit) kommen muss. So wie viele Deutsche normativ ein Assimilationsgebot aussprechen möchten, so sprechen viele Türken normativ ein Assimilations- und sogar Akkulturationsverbot aus, das in Erdogans umstrittener Rede in Köln, aber eben auch schon im Begriff *uyum* zum Ausdruck kommt.

Im Sample wurden 83 Artikel gefunden, die den Begriff *uyum* benutzen und sich mehr oder minder intensiv damit befassen. In diesen Artikeln wurden zahlreiche konkrete Forderungen an die deutsche Seite gestellt (Ausländerwahlrecht, doppelte Staatsbürgerschaft, Rücknahme von Zuzugsbeschränkungen (Ehegattennachzug), Freizügigkeit, EU-Beitritt, staatliche Gründung oder Bezuschussung türkischer Institutionen in Deutschland, Verzicht auf Kürzung staatlicher Leistungen trotz ungenügender Deutschkenntnisse etc., aber keine einzige Gegenleistung angeboten oder irgendeine Einschränkung als sinnvoll akzeptiert, ähnlich wie keine Einzelfallentscheidung einer deutschen Behörde gegen eine türkische Familie oder Person vor den Augen der *Hürriyet* Gnade findet (siehe oben). Die *Hürriyet* will umfassende Förderungen, aber keinerlei Forderungen der deutschen Seite: Für *Hürriyet* ist *uyum* etwas, wofür ausschließlich die deutsche Seite verantwortlich ist.

Die *Hürriyet* ist zunächst einmal ein Wirtschaftsbetrieb. Ziel der Redaktion muss es sein, dass ihre Zeitung am Kiosk, wo sie immerhin einen Euro kostet, Tag für Tag von möglichst vielen Lesern gekauft wird (woran dann indirekt auch die Anzeigenerlöse hängen). Integration oder überhaupt gesellschaftliche Zielsetzungen können nur nachrangig sein. Somit ist die Versuchung groß, als

8 Das gilt auch für offizielle Bezeichnungen; Maria Böhmer und Armin Laschet sind für *Hürriyet* wie für türkische Medien allgemein *uyum bakanı*, „Harmonieminister“, der Integrationsgipfel der *uyum zirvesi*, „Harmoniegipfel“ und so weiter.

„Verteidiger des Türkentums“ in jedem Konflikt die türkische Partei mit Verve zu ergreifen – bzw. immer dann, wenn der „Frame“ Diskriminierung/Türkenfeindlichkeit beim besten Willen nicht greift, die Berichterstattung ganz zu unterlassen. Langfristig aber dürfte die Art der Berichterstattung den Leserinnen und Lesern mehr schaden als nützen, indem es Integration – hier zunächst einmal im Sinne von Informiertsein über die deutsche Gesellschaft – eher behindert als fördert.

Literatur

- Acikalin, Mehmet [= Mehmet Açikalin]/Klitzke, Dietrich (1980): Zeitungen und Zeitschriften. In: Klitzke, Dietrich (Hrsg.): Das Medienangebot für die Bevölkerung aus der Türkei in Berlin (West). Berlin, S. 67-79.
- Aktan, Mehmet (1979 [1984]): Das Medienangebot für die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Untersucht am Beispiel türkischsprachiger Zeitungen und Hörfunksendungen. München.
- Ates, Seref [= Şeref Ateş] (2002): Welches Bild verbreiten türkische Medien von der deutschen Gesellschaft? In: Becker, Jörg/Behnisch, Reinhard (Hrsg.) (2002): Zwischen Autonomie und Gängelung. Türkische Medienkultur in Deutschland II. Rehburg-Loccum, S. 79-94.
- Ates, Seref [= Şeref Ateş] (2000): Die deutsch-türkischen Beziehungen in der türkischen Presse. In: KAS-Auslandsinformationen Jg. 16, H. 7, S. 32-62.
- Berghaus, Margot/Staab, Joachim Friedrich/Hocker, Ursula (1993): Türkische Nachrichten in Deutschland. Eine Inhaltsanalyse der türkisch-sprachigen Abendnachrichten von „Inter Star“, „Tele On“ und „TRT International“ sowie der Titelseiten der Tageszeitungen „Hürriyet“ und „Tercüman“. Ludwigshafen.
- Binswanger, Karl (1983): Das Deutschlandbild der türkischen Presse. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Jg. 3, H. 3, S. 128-131.
- Binswanger, Karl (1981): Anatoliens Stimmen im fernen Land. Eine vergleichende Bestandsaufnahme der türkischen Presseorgane in der Bundesrepublik Deutschland. In: Zeitschrift für Kulturaustausch Jg. 31, H. 3, S. 307-311.
- Bonstein, Julia (2003): Über diese Brücke musst du gehen.../Seit die Türkei Mitglied der EU werden möchte, bemüht sich das Massenblatt „Hürriyet“ auch mit deutschsprachigen Seiten um Integration In: *Süddeutsche Zeitung*, 08.08.2003.

- Busse, Eva: Dankeschön, Deutschland!/Die mächtige türkische Zeitung „Hürriyet“, die früher als integrationsfeindlich galt, schlägt nun versöhnliche Töne an. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.01.2002.
- Cryns, Manfred (Bearb.) (1991): Zum Integrationspotential der türkischen Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Drieschner, Frank (2008): Die Feuermelder. Wie die türkische Zeitung „Hürriyet“ unter Deutschlands Einwanderern die Angst vor rechter Gewalt schürt. In: *Die Zeit*, 03.04.2008.
- Hermann, Rainer (2006): Der türkische Medienzar/Aydin Dogan schaffte den Aufstieg vom Autohändler zu einem der mächtigsten Männer des Landes. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.11.2006.
- Hermann, Rainer (2000): Machtwechsel bei der „Hürriyet“ in Europa//Lizenzen übergegangen/Junge Journalisten gesucht/Gespräch mit Chefredakteur und CEO Ertugrul Özkök. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.01.2000.
- Hürriyet* (2005): Mediadaten. Anzeigenpreisliste Nr. 37. Gültig ab Januar 2006. Online unter: <http://www.hurriyet.com> [Stand: 06.03.2007].
- Hürriyet* (2007): Mediadaten. Anzeigenpreisliste Nr. 38. Gültig ab Januar 2008. Online unter: <http://www.hurriyet.com> [Stand: 02.07.2008].
- „Hürriyet (gazete)“. Online unter: [http://tr.wikipedia.org/wiki/H%C3%BCrriyet_\(gazete\)](http://tr.wikipedia.org/wiki/H%C3%BCrriyet_(gazete)) [Stand: 30.06.2008].
- Karacabey, Makfi (1996): Türkische Tageszeitungen in der BRD. Rolle-Einfluß-Funktionen. Eine Untersuchung zum Integrationsverständnis türkischer Tageszeitungen in der BRD. Frankfurt a.M.
- Kleff, Hans-Günter (1989): Die ‚Deutschen‘ in türkischen Tageszeitungen – eine Untersuchung am Beispiel der Europa-Ausgaben von HÜRRIYET und TERCÜMAN. In: *Deutsch lernen* Jg. 14, H. 1, S. 34-63.
- Rasche, Uta: Unfaire Berichterstattung/Türkische Autorinnen fühlen sich von der Deutschland-Ausgabe der Zeitung „Hürriyet“ verfolgt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.04.2005.
- Scharlipp, Wolfgang (1984): Aufmachung, Inhalt und Sprache der türkischen Tageszeitungen in Deutschland. In: Brandt, Claus-Peter (Hrsg.): *Begegnung mit Türken. Begegnung mit dem Islam*. Hamburg, S. 213-219.
- Scheinhardt, Hartwig (1993): Charakterisierung der Tageszeitungen. Beobachtungen zur Struktur und Organisation der herangezogenen türkischen Tageszeitungen „Hürriyet“ und „Tercüman“ aus dem Zeitraum vom 13. bis 19.10.1992. In: Berghaus, Margot/Staab, Joachim Friedrich/Hocker, Ursula (1993): *Türkische Nachrichten in Deutschland. Eine Inhaltsanalyse*

der türkisch-sprachigen Abendnachrichten von „Inter Star“, „Tele On“ und „TRT International“ sowie der Titelseiten der Tageszeitungen „Hürriyet“ und „Tercüman“. Ludwigshafen, S. 107-112.

Schneider, Beate/Arnold, Anne-Katrin (2004): Türkische Journalisten in Deutschland. Zwischen Integration und Bewahrung. In: Neubert, Kurt/Scherer, Helmut (Hrsg.): Die Zukunft der Kommunikationsberufe. Ausbildung, Berufsfelder, Arbeitsweisen. Konstanz, S. 245-263.

„Sedat Simavi“. Online unter: http://tr.wikipedia.org/wiki/Sedat_Simavi, [Stand: 30.06.2008].

Staab, Joachim Friedrich (2000): Türkische Fernsehnachrichten in Deutschland im Herbst 1992. Ein inhaltsanalytischer Vergleich von Inter Star, Tele On und TRT International mit den Titelseiten von Hürriyet und Tercüman. In: Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg Uwe (Hrsg.) (2000): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk. Wiesbaden, S. 219-231.

Wengenroth, Thomas (1990): Mittler zwischen zwei Welten. Zum Beispiel „Hürriyet“. Wie in Deutschland eine Zeitung für Türken entsteht. In: Artikel 5, H. 1/1990, S. 60-62.

Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) (1988): Die türkische Presse in der Bundesrepublik Deutschland und ihr Einfluß auf die Integration von Türken. Standpunkte und Analysen. Bonn.

Deutsche Presse und *Hürriyet*

1 Einleitung

Dieser Beitrag untersucht, wie ausgewählte deutsche Zeitungen über die türkische Tageszeitung *Hürriyet* berichten, die überwiegend in der Türkei gelesen wird, aber auch für die deutschen Türken von Bedeutung ist.¹ Forschungsfrage ist, wie ausgewählte deutsche Zeitungen die Integrationsfunktion der *Hürriyet* einschätzen.

Damit soziale Integration gelingen kann, müssen die Teile der komplex gewordenen Gesellschaft voneinander erfahren. Diese Aufgabe erfüllt der Journalismus (vgl. Pöttker 2005: 35). Sprachbarrieren von Mehr- und Minderheiten hemmen die Integration. Die „ethnische Pluralisierung der Öffentlichkeit“ (Geißler 2005: 72) führt dazu, dass der deutschen Mehrheitsbevölkerung die Inhalte der Ethnomedien unzugänglich bleiben. Migranten, die deutsch sprechen, haben einen möglichen Informationsvorteil. Relevant für die Gestaltung der deutschen Einwanderungsgesellschaft ist daher nicht nur die wissenschaftliche Erforschung der Ethnomedien, die bislang noch nicht genügt (vgl. Müller 2005: 350f.), sondern insbesondere der deutschsprachigen Presse, kürzer Mehrheitsmedien. Ihnen obliegt eine besondere Verantwortung nicht nur für die Berichterstattung über Migranten, sondern auch für die Beschreibung ihrer veröffentlichten Diskurse. Während Medienjournalismus im Allgemeinen Aussagen zum Mediensystem trifft, zu dem die Bevölkerung als Rezipienten [und zunehmend Produzenten] gehört, stellt die hier Ethnomedienjournalismus genannte Beobachtung und Kritik der Medien von ethnischen Minderheiten durch die Mehrheitsmedien darüber hinausgehende Fragen nach dem Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur.

Die in Deutschland lebenden Menschen mit türkischem Migrationshintergrund stellen deutsche Journalisten dabei vor besondere Probleme. Diese sind nicht nur sprachlicher Natur, sondern bestehen auch darin, dass das wichtigste Medium der Türken noch immer das Fernsehen ist und die deutsch-türkische Community, anders als die russischsprachigen Einwanderer aus der GUS, kein genuines, das heißt in Deutschland für hier lebende Migranten produziertes Ethnomedium (nach Müller 2005: 324) besitzt. Die Mischform *Hürriyet* ist

1 Ein Kurzporträt der *Hürriyet* gibt Daniel Müller in diesem Band.

darum nicht Quelle erster Wahl zur Rekonstruktion der deutsch-türkischen Öffentlichkeit oder gar der sozialen Wirklichkeit (vgl. Müller in diesem Band), zumal ihre Auflage von rund 40.000 Stück bei weitem nicht die Bedeutung von deutschen Titeln für Deutsche haben kann, auch wenn die Leserschaft pro Ausgabe die deutschen Zahlen übersteigt. Zudem ist *Hürriyet* ein Blatt, das sich am Kiosk verkaufen muss und darum formatspezifische Eigenschaften aufweist, die naturgemäß entsprechenden, teils berechtigten, teils dünnkelhaften Eindruck auf die Mehrheitsmedien, insbesondere die überregionalen Qualitätszeitungen, macht.

2 Untersuchung

Um die Frage zu beantworten, wie *Hürriyet* in ausgewählten deutschen Zeitungen auftaucht, wurde der Zeitraum vom 1. Februar 2001, also vor den Terroranschlägen in New York und Washington, die die Wahrnehmung islamischer Kulturen erheblich verändert haben, bis zum 31. Januar 2007 gewählt. Untersucht wurden die überregionalen Zeitungen *Süddeutsche Zeitung* (SZ), *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), *die tageszeitung* (taz), *Frankfurter Rundschau* (FR) sowie *Die Welt*. Zum Finden einschlägiger Artikel wurden die Datenbank „LexisNexis“ sowie die online verfügbaren, zum Teil lizen- oder kostenpflichtigen Redaktionsarchive benutzt.

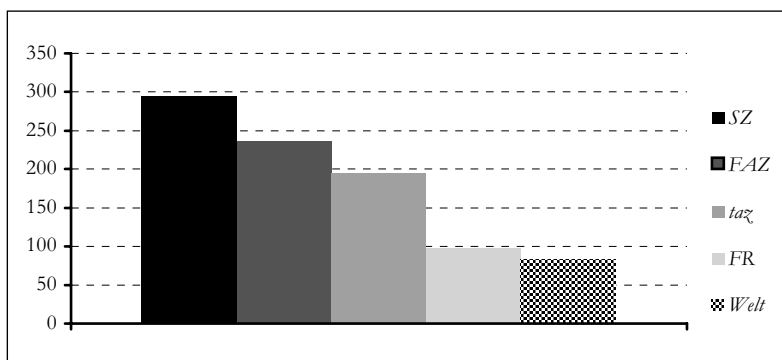


Abbildung 1: Zahl der Artikel in *Süddeutscher Zeitung*, *Frankfurter Allgemeiner Zeitung*, *tageszeitung*, *Frankfurter Rundschau* und *Welt*, in denen zwischen 1. Februar 2001 und 31. Januar 2007 die Zeitung *Hürriyet* vorkommt.

Es wurden die Artikel aufgenommen, die gedruckt erschienen sind. Bei der Zählung der Artikel ist zu berücksichtigen, dass die Online-Archive Vollständigkeit anstreben, diese aber nicht gewährleisten können. Dies gilt vor allem dort, wo aus urheberrechtlichen, also Kostengründen, auf die Zweitverwertung

im Internet verzichtet worden ist. Auch fehlen häufig Kurzmeldungen. Das Suchverfahren wurde aber beibehalten, da das Lesen der Jahrgänge auf Mikrofilm angesichts des Aufwandes keinen größeren Erkenntnisgewinn versprach. Die in Teilen bereits angewendete Ganzseitenarchivierung ist unter Benutzungsgesichtspunkten günstig. Sollte sich die vollständige Image-Retrodigitalisierung mit brauchbarer Suchfunktion durchsetzen (etwa nach dem Vorbild der *Times*, für die vergangenen Jahre *FAZ* und *Welt*), können die hier gemachten Angaben ergänzt werden.

Abgezogen wurden die Artikel, in denen *Hürriyet* nicht als Zeitungsmarke, sondern als Name mehrerer Sportvereine auftaucht. Bei der *FAZ* wurden die mittlerweile eingestellten *Berliner Seiten* für die Bundeshauptstadt berücksichtigt, die regelmäßig die Rubrik „Aus türkischen Zeitungen“ (wie auch „Aus russischen Zeitungen“) enthielten.

Titel	<i>Hürriyet</i>	<i>Hürriyet</i> und Integration
<i>Süddeutsche Zeitung</i>	295	10 (3,4 %)
<i>Frankfurter Allgemeine</i>	237	29 (12,2 %)
<i>tageszeitung</i>	195	18 (9,2 %)
<i>Frankfurter Rundschau</i>	98	12 (12,4 %)
<i>Welt</i>	83	6 (7,2 %)

Abbildung 2: Vorkommen der *Hürriyet* in ausgewählten deutschen Zeitungen zwischen 1. Februar 2001 und 31. Januar 2007

Aus dem Vergleich des gesamten Vorkommens der *Hürriyet* in den deutschen Zeitungen mit der Häufigkeit, mit der *Hürriyet* unter dem Gesichtspunkt der Integration auftaucht, lässt sich ein klarer Schluss ziehen: Im Vordergrund steht *Hürriyet* als Nachrichtenquelle oder offizielles Organ des türkischen Staates. Die Rolle des Blattes bei der Integration der Türken in Deutschland wird seltener erörtert. Hier treten quantitativ *die tageszeitung* und die *Frankfurter Rundschau* hervor,² Zeitungen, die eine lange Tradition der Migrationsberichterstattung haben. Im Folgenden werden die für die Forschungsfrage relevanten Artikel vorgestellt.

2.1 *Süddeutsche Zeitung*

Die *SZ*-Berichte im Untersuchungszeitraum beginnen mit einer Reportage aus Berlin-Kreuzberg, wo das mittlerweile gescheiterte Zeitungsprojekt *Perşembe*

2 Die hohe Zahl bei der *FAZ* wird durch die bereits erwähnte Schwerpunktrubrik „Aus türkischen Zeitungen“ der *Berliner Seiten* erklärt.

besucht wurde und die „knallbunten türkischen Blätter“ als Negativfolie erhalten müssen, weil in ihnen „selten ein kritisches Wort über das meist chauvinistisch gepriesene Heimatland steht“ (Husemann 2001). Im Verlauf desselben Jahres (in allen hier genannten Zeitungen) wird umfangreich über die Schmähkritik der *Hürriyet* an dem Grünen-Politiker Cem Özdemir, der sich zum Völkermord des Osmanischen Reiches an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs geäußert hatte, berichtet. Özdemir, damals Bundestagsabgeordneter, gab später sein Mandat zurück, nachdem über seine Kontakte zu einem umstrittenen PR-Berater und die private Verwendung dienstlich erworbener Bonus-Flugmeilen berichtet worden war. Sein Rückzug wurde jedoch nicht bejubelt, sondern es wurde kritisiert, dass die europäischen Korruptionsstandards zu streng seien (vgl. csc 2002).

Wann immer ein Stimmungsbild aus der türkischen Gemeinde vermittelt werden soll, wird auf die ausliegende *Hürriyet* verwiesen, das ist ein fester Bestandteil von Reportagen vieler Titel, meist in der Absicht, die kulturelle Ferne zu verdeutlichen (hier aus Essen):

Unten, Auf der Reihe Nummer eins, ist ein Zeitungsladen, die Ausgabe von „Hürriyet“ im Ständer ist aktuell, aber vergilbt von der Sonne, die vom Himmel knallt. Daneben der türkische Gemüsemann, die türkische Änderungsschneiderei, das Reisebüro, im Angebot sind ständig Flüge nach Ankara, Istanbul und Trabzon. In Nummer 58 die Gaststätte Anadolu, dann der Tabakladen Çinar. Auf der Reihe heißt die Straße, drei deutsche Wörter, aber die Straße braucht die deutsche Sprache nicht (Gertz 2001).³

Dass seit den verstärkten Bemühungen der Türkei, in die Europäische Union aufgenommen zu werden, auch die Töne der zwar nicht staatlichen, aber staatsnahen Massenmedien sanfter werden, fällt auch den Ethnomedienjournalisten auf. Auf politischen Druck Berlins und Ankaras hin wurde *Hürriyet* integrationsfreundlicher, auch wenn die deutschsprachigen Seiten vor allem Busen- und Popgrößen behandelten (vgl. Bonstein 2003). Ob dieser Wandel wirklich um 2000 einsetzt, lässt sich vorläufig nicht festlegen, Şeref Ateş' (2000) Befund spricht dafür, aber die von Müller geforderten Studien ab den 1990er-Jahren sind weiter dringend nötig (vgl. Müller 2005: 330ff.). Bonsteins Eindruck blieb aber, dass eine negative Verzerrung weiter bestand, wenn auch gedämpft:

3 Vgl. für die FAZ Siemons (2001), Seibold (2005), für die *taç* Tuncel (2002), für die FR Kiyak (2006).

Für ihre Leser in Deutschland ist die *Hürriyet* so etwas wie eine Nabelschnur nach Ankara. Die meinungsstarke Postille prangert Ausländerfeindlichkeit in Deutschland an, berichtet über Betriebsfeiern und türkische Interessenverbände. Das Deutschlandbild, das durch sie entsteht, ist überwiegend negativ – Türken in Deutschland erscheinen als Benachteiligte, die Türkei als glorifizierte Heimat.

Zwar schreiben deutsche Politiker Gastkommentare in *Hürriyet*, so Kurt Beck (SPD), der bessere Sprach- und Schulbildung forderte (vgl. SZ 2006). Allerdings begann die *Hürriyet* im März 2005 eine Kampagne gegen die deutsch-türkische Anwältin Seyran Ateş und andere Frauen, die sich für unterdrückte Türcinnen eingesetzt hatten (vgl. Kahlweit 2005, Bullion 2006), der Aktion „Gegen häusliche Gewalt“ fehlte damit die Glaubwürdigkeit (vgl. Tibudd 2006). Als sich die bundesdeutschen Fleischskandale häuften (für den Verzehr nicht mehr geeignetes Fleisch war in Dönerbuden verkauft worden), sah *Hürriyet* nicht die Gesundheit der Kunden, sondern den Ruf der Imbissbetreiber bedroht. Die SZ dazu: „*Hürriyet* aber titelte: ‚Vergammeltes Putenfleisch wird als Vorwand benutzt, um Döner in Verruf zu bringen.‘ Das finde ich bemerkenswert, medienpolitisch, europapolitisch, ethnienpolitisch und überhaupt“ (Roll 2006).

2.2 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

Dass die *Hürriyet* mit dem Motto „Die Türkei den Türken“ erscheint, stößt der FAZ auf, sie zieht aus der türkischen Staatsideologie den für die Frage nach der Integration wichtigen Befund, dass auch nach einer Einbürgerung die „enge Bindung an die Heimat“ nicht erlösche (Uslucan 2001a). Zur Debatte um Özdemir bemerken die *Berliner Seiten*⁴ kühl: „In der Regel hat die türkische Presse gegenüber der Türkei-Politik der Bündnis-Grünen eine eindeutige Haltung: Lob für ihr ausländerfreundliches Engagement in Deutschland, Tadel für ihre menschenrechtspolitische Einmischung in innere Angelegenheiten“ (Uslucan 2001b). Diese Presseschau, für die sich weitere Beispiele anbringen ließen, blieb auf Berlin beschränkt; sie soll daher nicht weiter verfolgt werden.

Im überregionalen Teil bezieht die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* klare Positionen. Dass *Hürriyet* über zwei Seiten den Sohn von Rudolf Heß interviewte, der NS-Kriegsverbrechen und Konzentrationslager nicht anerkenne, und Zitate frei erfinde, wird kritisch berichtet, auch, dass der Leiter des Zentrums für Türkeistudien Fragen zur *Hürriyet* nicht beantworten wolle (vgl.

4 Eine einschlägige Artikelsammlung bietet Uslucan (2002).

Mekhennet 2001). Bereits 2002 konstatiert die *FAZ*, auch unter Verweis auf Weiß/Trebbe (2001), einen Wandel der *Hürriyet* zu unerwarteter Milde, zudem wird die Macht des Blattes zurechtgerückt: „Der integrationsfeindliche Einfluß der ‚Hürriyet‘ ist geringer als oft befürchtet“ (Busse 2002). Wie die *FAZ* allerdings nachweist, handelte es sich nicht um einen Meinungsumschwung, sondern um die Konsequenz politischer Intervention, ein unter pressefreiheitlichen Gesichtspunkten problematischer Akt (vgl. Mekhennet 2002). In einem wohlwollenden Porträt über das „liberal-konservativ“ genannte Blatt taucht diese Vorgeschichte nicht auf (vgl. Ihe 2004). Die Freude hält auch nicht lange an, die Verunglimpfung von Kritikerinnen der türkischen Geschlechterverhältnisse durch die *Hürriyet* wird scharf angegriffen (Rasche 2005b):

Die Reichweite des konservativ-nationalistischen Boulevardblattes unter den Türken in Deutschland ist enorm. [...] „Hürriyet“ ist mächtig. So mächtig, daß selbst etablierte Deutschtürken in herausgehobenen Positionen es vorziehen, ihren Namen nicht zu nennen, wenn die Rede auf „Hürriyet“ kommt: „Wer sich kritisch über ‚Hürriyet‘ äußert, wird so übel beschimpft, daß ich dazu nichts sagen möchte.“

Die erwähnte Kampagne gegen familiäre Gewalt erntet daher nur Kopfschütteln (vgl. Rasche 2005a), zumal *Hürriyet* weiter gegen engagierte Frauen „pestet“ (vgl. Wefing 2006). Als die Schulkonferenz der Berliner Herbert-Hoover-Realschule beschloss, dass in den Pausen Deutsch gesprochen werden müsse, witterte die *Hürriyet* Diskriminierung, nicht einen Beitrag zur Integration (vgl. Küpper 2006). So seufzt die *FAZ* angesichts der Einteilung der Menschheit in „Türkenfreunde“ und „Türkenfeinde“: „Tertium non datur“⁵ (vgl. 2007).

2.3 *die tageszeitung*

Über den Versuch der *Hürriyet*, auch deutschsprachige Artikel zu bringen, hat das alternative Blatt nur Spott übrig: „Und weil die deutsche Hürriyet in Sprache und Themenauswahl sogar die Bild-Zeitung um ein Vielfaches unterbietet, ist sie für eine kurzweilige Gestaltung des zweiminütigen Aufenthalts am Kebab-Stand einfach nur ideal“ (Tuncel 2002). Zur Kampagne gegen häusliche Gewalt gibt die *taç* die wichtige Zusatzinformation, *Hürriyet* wolle das Thema „nicht national oder kulturell verstanden wissen, sondern als globales Phänomen“ (mre 2005). Im Fall Seyran Ateş sieht die *taç* genauer hin: Dass sie

5 Lat.: Ein Drittes gibt es nicht.

von *Hürriyet* als „irre“ und depressiv bezeichnet wird, nennt sie einen aggressiven Defensivreflex (vgl. JAF 2005). Allerdings weist die *taz* ebenfalls auf den begrenzten Einfluss der *Hürriyet* hin (hier in der Armenierfrage): „Zum Glück kümmern sich die meisten Türken in Deutschland nicht sonderlich um die Scharfmacherei“ (Bax 2005). Es ist auch die *taz*, die Ateş zu Wort kommen lässt, um die Lebenslügen der multikulturellen Idylle zu entlarven:

Erst durch die Hetzkampagne der *Hürriyet* gegen Necla Kelek, Serap Çileli und mich sind einige Linke wachgerüttelt worden und stellen sich die Frage: Was läuft schief in diesem Land? Einige Linke haben die Hetzkampagne sogar unterstützt, weil man offenbar fand, dass wir einem angeblichen Rassismus das Wort redeten. Oder lag es daran, dass wir „nur“ Frauen sind? Weil wir ins Konzept der guten Parallelgesellschaften nicht passen wollen? (Ateş 2005)

Die Logik, Kritiker der *Hürriyet* seien „Türkenfeinde“, bedeute eine reale Gefährdung (vgl. Feddersen 2005). Nach dem Mohammedkarikaturenstreit arbeiteten *Bild* und *Hürriyet* zusammen, was die *taz* angesichts der bisherigen Frontlinien verwundert (vgl. Akyol 2006). So berichtet die *taz* aus dem Düsseldorf Landtag: „Junge Türken sagen, wir sind Deutschland“, rief [NRW-Integrationsminister – H.B.] Laschet aufgeregt – und hielt zur Bestätigung ausgerechnet die konservativ-nationalistische Zeitung *Hürriyet* hoch“ (Wyputta 2006). So erregt sich *Hürriyet* über Versuche, in deutschen Kindergärten und Schulen den Gebrauch der deutschen Sprache verbindlich zu machen, mit einem gewagten Vergleich: Wenn die Türkei das Kurdische zulassen müsse, dürfe auch das Türkische in Deutschland nicht verboten werden (Akyol 2007).

2.4 *Frankfurter Rundschau*

Dass die vor allem im Großraum Frankfurt am Main und in Hessen verbreitete *FR* auf einen Agenturbericht zurückgreift, um über den südhessischen Stammsitz der *Hürriyet* zu berichten, überrascht (vgl. Maier 2004), zumal auch hier das Attribut „liberal-konservativ“ verwendet wird, wohl, weil laizistisch-etatistisch zu politologisch und kemalistisch zu exotisch klingen. Zu einer Antwort auf die Frage, ob türkische Medien integrationsförderlich oder -hinderlich wirken, kann sich die Redaktion nicht durchringen, hier muss Cem Özdemir als Gewährsmann dienen (vgl. Dufner 2005). Die Tiraden der *Hürriyet* gegen Seyran Ateş werden aber wahrheitsgemäß und mit Empathie für die Juristin als „Kampagne“ bezeichnet (Schindler 2006). Zudem weist die *FR* auf die Medienmacht des *Hürriyet*-Besitzers Doğan hin und erwähnt auch die

deutscherseits erzwungene Ablösung der *Hürriyet*-Redaktion in Deutschland (vgl. Höhler 2006).

2.5 Die Welt

Die Welt sieht *Hürriyet* trotz anderer konsumierter Medien als „Sprachrohr der Migranten“ (Pietze 2001, vgl. Abb. 3) und diskutiert ihren Beitrag zur Integration (eher schädlich). Zwar erkennt die *Welt* die Veränderung des Hybridmediums in der jüngsten Vergangenheit an und weist auch auf die Verletzungen der Türken durch die deutsche Politik seit den 1980er-Jahren hin, sieht aber weiterhin eine scharfe Trennlinie zwischen „denen“ und „uns“, ein „bitterer, höhnischer, anklagender Ton“, der sich zuweilen als „doubletalk“ tarne (Lau 2006b).



Abbildung 3: Ausschnitt aus der *Welt* vom 18.06.2001.

Dass auch *Hürriyet* über Fragen des deutsch-türkischen Zusammenlebens „nüchtern“ berichten kann, wird vermerkt (Lau 2006a).

3 Fazit

Die Anstrengungen der deutschen Presse, über *Hürriyet* und andere türkischsprachige Zeitungen Aussagen zum Meinungsspektrum der Türken zu gewinnen, sind beachtlich. Dabei sind sich die deutschen Blätter überwiegend über das Problem im Klaren, dass die Mehrheit der hiesigen Türken eine „schweigende Minderheit“ darstellt – woran auch die Integrationspolitik, die sich um repräsentative, organisierte Gesprächspartner bemüht, krankt. *Hürriyet* sagt nach Ansicht der deutschen Presse mehr über die Türkei als über die Immigranten aus und wenn letzteres doch, dann auf sehr verkürzte Weise. Vom Produkt auf den Rezipienten zu schließen, ist sowohl kommunikations-

wissenschaftlich als auch in der journalistischen Praxis unzulässig. Der von den Ethnomedienjournalisten, häufig mit Migrationshintergrund, beschriebene Umstand, dass sich *Hürriyet* oft vor den Konsequenzen seiner publizistischen Schärfe drückt, ist auch über deutsche Medien mit boulevardesken Zügen gesagt worden, die „nichts anderes tun, als bestimmte Zielgruppen im eigenen Saft schmoren zu lassen“ (Glotz/ Langenbucher 1969: 37). Dass eine „Lobby für Ankara“ (Wießner 2002) wenig zum alltäglichen Leben in Deutschland beitragen kann, liegt auf der Hand. Hinzuweisen ist aber auch darauf, welche Konflikte innerhalb der Einwanderer aus der Türkei durch *Hürriyet* geschürt werden, deren Lösung für ein Zusammenleben in der Bundesrepublik genauso wichtig ist wie das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit (zu den Aleviten vgl. Sökefeld 2004). Als Sprachrohr der deutschen Türken wird *Hürriyet* überwiegend nicht betrachtet. Allerdings ist die deutsche Berichterstattung über *Hürriyet* ein Beleg dafür, dass eine der journalistischen Kernaufgaben, das Voneinander-Wissen herzustellen, manchmal integrationsabträglich sein kann – *Hürriyet* als Stimme des Fremden, der den europäischen Werteizont ablehnt und absichtlich das alltägliche Mit- oder doch wenigstens Nebeneinander zugunsten von Stereotypen verschweigt (vgl. Ateş 2000). Den Eindruck jedoch, die deutschen Medien hätten seit 2001 Migranten gegenüber „schärfere“ und „katastrophische“ Töne angeschlagen, es gelte der Grundsatz „Nur böse Ausländer sind gute Ausländer!“ (Butterwegge 2007), bestätigen die Artikel über *Hürriyet* nicht. In der Regel bemüht man sich um ein ausgewogenes Bild. Die problematischsten Passagen kommen aus der *Hürriyet* selbst.

Von den für diesen Aufsatz zusammengestellten Artikeln widmet sich nur ein geringer Teil der Forschungsfrage, wie deutsche Zeitungen darlegen, was *Hürriyet* zur Integration der hiesigen Türken beiträgt. Wichtiger ist *Hürriyet*s Rolle als kemalistische außenpolitische Quelle, insbesondere im Hinblick auf den EU-Beitritt, die Kurden- und Armenierfrage sowie die Lage im Irak.

Die Bedeutung der *Hürriyet* für die Integration der deutschen Gesellschaft wird wahrgenommen, aber nicht für zentral gehalten. Die *Süddeutsche Zeitung* sieht *Hürriyet* kritisch, scheint sie aber nicht recht ernstzunehmen. Ablehnender die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Sie stört der Mangel an Differenzierung und die völlige Abwesenheit selbstkritischer Haltung. Die *tageszeitung*, die über Migranten bereits berichtet hat als andere Medien das Thema ignorierten, bestreitet heftig den Anspruch der als nationalistisch und misogyn interpretierten *Hürriyet*, für die deutschen Türken zu sprechen. Sie tut dies vor allem mit dem Mittel der Selbstentlarvung. Die *Welt* betrachtet das türkische Blatt als Integrationshemmnis, überschätzt aber den Sprachrohrcharakter, weil die Medienwirkung der Türken differenzierter betrachtet werden muss. Die *Frankfurter Rundschau* berichtet eher selten über *Hürriyet*. Das mag an Vorbehalten gegenüber diesem Medium liegen, es darf aber mit demselben Recht vermutet

werden, dass die *FR*, die auch türkischstämmige Journalisten beschäftigt, auf die tendenziöse Berichterstattung der *Hürriyet* nicht angewiesen ist, sondern bei den Frankfurter Türken direkt recherchieren kann. Şeref Ateş hat im Jahr 2000 konstatiert, dass die türkischen Medien die türkischen Deutschen instrumentalisieren, wenn „nationale Interessen betroffen sind“ (Ateş 2000: 35). Inhaltsanalytisch hat sie im Untersuchungszeitraum 1. September 1998 bis 1. September 1999 festgestellt, dass insbesondere die *Hürriyet* Deutschland überwiegend negativ zeichnet (vgl. Ateş 2000: 41). Das legt die Grenze meines Ansatzes offen: Die deutschen Ethnomedienjournalisten könnten die negativen Seiten der *Hürriyet* betonen und positive Gegenbeispiele ignoriert haben. Das müsste dann aber meines Erachtens nicht zwangsläufig auf Tabuisierung oder Stereotypisierung zurückzuführen sein (wie im historischen Fall der Ruhrpolen, vgl. Pöttker/Bader in diesem Band), sondern könnte auf dem Wesenszug des politischen Journalismus offener Gesellschaften beruhen, der durch den Nachrichtenfaktor Negativismus charakterisiert wird – der dann aber auch der *Hürriyet* zugesprochen werden müsste.

Für die weitere Entwicklung des Ethnomedienjournalismus wäre es wünschenswert, wenn er aufhörte. Gewiss ist es ein Fortschritt, wenn Ethnomedien in eigenen Presseschauen gewürdigt werden⁶ – mediale Integration kann aber erst konstatiert werden, wenn sie ihren Exotenstatus verlieren, in den Pressespiegeln also so selbstverständlich auftauchen wie Regional- und ausländische Zeitungen. Dies entspricht auch dem Ziel der Politik, Migration aus der thematischen Nische zu holen (vgl. Presse- und Informationsamt 2007: 159). Dafür dürfte aber noch einige Zeit veranschlagt werden.

Ein Hinweis aber fehlt in der deutschen Reflexion über *Hürriyet*: Die Pflege des Auslandstürkentums ist kein kulturelles Spezifikum. Auch das Deutsche Reich hatte seine historischen Erfahrungen mit Deutschen im Ausland, die sich, politisch gewollt, in die dortigen Gesellschaften weder medial noch anderweitig integrieren sollten.

Literatur

Akyol, Çiğdem (2007): „Menschheitsschande“. Die Auslandsausgabe der „Hürriyet“ macht Stimmung gegen ein vermeintliches Türkisch-Verbot in Deutschland. In: *die tageszeitung*, 20.01.2007.

6 Der Berliner *Tagesspiegel* etwa fasst unter „Gazeteler“ türkische Pressestimmen zusammen.

- Akyol, Çiğdem (2006): Männer wie wir. Die meisten türkischen Medien wenden sich im Karikaturen-Streit gegen Gewalt. Und Chefredakteure von „Bild“ und „Hürriyet“ werden Freunde. In: *die tageszeitung*, 10.02.2006.
- Ateş, Şeref (2000): Die deutsch-türkischen Beziehungen in der Presse. In: KAS-AI. Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung 7, S. 32-61.
- Ateş, Seyran (2005): Wer hat Angst vor der bösen Wölfin? Angela Merkel – Kanzlerin? Für viele MigrantInnen in Deutschland ist das eine Horrorvorstellung. Müssen wir Angst haben vor der Integrationspolitik, die uns unter einer schwarz-gelben Regierung erwartet? Oh nein – das wäre endlich eine Chance für eine echte Integrationspolitik. Eine Polemik. In: *die tageszeitung*, 09.06.2005.
- Bax, Daniel (2005): Sturm im Teeglas. Die nationalistische Welle schwappt aus der Türkei auch nach Deutschland. Eine unrühmliche Rolle spielt dabei wieder einmal die Zeitung „Hürriyet“. In: *die tageszeitung*, 07.05.2005.
- Bonstein, Julia (2003): Über diese Brücke musst du gehen. Seit die Türkei Mitglied der EU werden möchte, bemüht sich das Massenblatt „Hürriyet“ auch mit deutschsprachigen Seiten um Integration. In: *Süddeutsche Zeitung*, 08.08.2003.
- Bullion, Constanze von (2006): Seyran Ateş, Anwältin türkischer Frauen und Opfer alltäglicher Gewalt. In: *Süddeutsche Zeitung*, 05.09.2006.
- Busse, Eva (2002): Dankeschön, Deutschland. Die mächtige türkische Zeitung „Hürriyet“, die früher als integrationsfeindlich galt, schlägt nun versöhnliche Töne an. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.01.2002.
- Butterwegge, Christoph (2007): Benehmt euch. Ihr seid hier nicht zuhause. Seit den Terroranschlägen von 2001 schlagen die Medien gegenüber Migranten schärfere Töne an. Alte Vorurteile und neue Zerrbilder haben Konjunktur. In: *Die Zeit*, 31.10.2007.
- csc (2002): Özdemirs Rücktritt sorgt in Türkei für Aufsehen. In: *Süddeutsche Zeitung*, 29.07.2002.
- Dufner, Markus (2005): Eine Zeitung mit zwei Gesichtern. Integration oder Bildung einer Parallelgesellschaft? Die Rolle türkischer Medien in Deutschland ist umstritten. In: *Frankfurter Rundschau*, 18.07.2005.
- Feddersen, Jan (2005): Lächerlich gemacht. Die Zeitung „Hürriyet“ stichelt erneut gegen Anwältin Seyran Ateş. In: *die tageszeitung*, 16.06.2005.

- Geißler, Rainer (2005): Mediale Integration von ethnischen Minderheiten. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2005): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 71-79.
- Gertz, Holger (2001): Eine Klasse für sich. Unterricht in Essen-Katernberg: „Manchmal sagen wir schon: Kinder, spricht deutsch miteinander“. In: *Süddeutsche Zeitung*, 05.07.2001.
- Glotz, Peter/Langenbucher, Wolfgang J. (1969): Der mißachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse. Berlin.
- Höhler, Gerd (2006): Der türkische Medienzar Aydın Doğan greift nach Pro Sieben. In: *Frankfurter Rundschau*, 24.11.2006.
- Husemann, Ralf (2001): Mehr als Kopftuch und Döner. Wie eine einzigartige Zeitung gegen gängige Klischees anschreibt. In: *Süddeutsche Zeitung*, 10.02.2001.
- JAF (2005): Im Zweifelsfall irre. In: *die tageszeitung*, 09.03.2005.
- Kahlweit, Cathrin (2005): Das Arrangement des Schreckens. Zwangsheirat, Prügel und so genannte Ehrenmorde. Über die Wut einer Bestseller-Autorin im Niemandsland zwischen den Welten. In: *Süddeutsche Zeitung*, 12.04.2005.
- Kıyak, Mely (2006): Kreuzberger Meinungsfreiheit. Der Karikaturenstreit und Muslime in Deutschland. Beobachtungen in Berlin. In: *Frankfurter Rundschau*, 16.02.2006.
- Küpper, Mechthild (2006): Pausensprache ist Deutsch. Diskriminierung oder vorbildliche Vereinbarung? Am Modell einer Berliner Schule scheiden sich die Geister. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.01.2006.
- Lau, Mariam (2006a): Drohbriefe gegen Kopftuch-Gegnerin. Integrationsministerin nimmt türkischstämmige Grünen-Politikerin Ekin Deligöz nach öffentlichem Aufruf in Schutz. In: *Die Welt*, 20.10.2006.
- Lau, Mariam (2006b): Fleet Street des Türkentums. Welches Deutschlandbild die türkischen Medien in Deutschland verbreiten – Das Leitmotiv vieler Artikel lautet: „die“ und „wir“. In: *Die Welt*, 07.03.2006.
- Ihe (2004): „Wir sind Patrioten, aber nicht im nationalistischen Sinne“. „Hürriyet“, die größte türkische Zeitung in Deutschland, wird in Frankfurt gemacht, aber aus Istanbul gesteuert. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.06.2004.

- Maier, Thomas (2004) (dpa): „Gesteuert wird alles in Istanbul“. Mit „Hürriyet“ kommt das größte türkische Blatt aus Walldorf. Pressezar Doğan hat vor zwei Jahren in Druckzentrum investiert. In: *Frankfurter Rundschau*, 24.06.2004.
- Mekhennet, Souad (2002): Eine Botschaft aus Berlin. Kanzlers Machtwort: Die „Hürriyet“ gibt sich zahm und Roland Koch womöglich eine Kolumne. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.02.2002.
- Mekhennet, Souad (2001): Fragen Sie Karakullukcu! Der umstrittene Journalismus der türkischen Zeitung „Hürriyet“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.06.2001.
- mre (2005): Die neue Solidarität. In: *die tageszeitung*, 22.02.2005.
- Müller, Daniel (2005): Die Inhalte der Ethnomedien unter dem Gesichtspunkt der Integration. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2005): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 323-355.
- Pöttker, Horst (2005): Soziale Integration. Ein Schlüsselbegriff für die Forschung über Medien und ethnische Minderheiten. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2005): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 25-43.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Baden-Baden.
- Prietze, Nicola (2001): Umstrittenes Sprachrohr: Türkische Medien in Deutschland. Aus der Türkei stammende Blätter und Programme sind nach wie vor meinungsbildend für die hier lebenden Türken. Kritik an „Hürriyet“. In: *Die Welt*, 18.06.2001.
- Rasche, Uta (2005a): Gegen Gewalt. Türkische Zeitung „Hürriyet“ startet Aufklärungskampagne. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.05.2005.
- Rasche, Uta (2005b): Unfaire Berichterstattung. Das Imperium des türkischen Medienzars Aydın Doğan. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.04.2005.
- Roll, Evelyn (2006): Berlin, Französische Straße. In: *Süddeutsche Zeitung*, 16.12.2006.
- Schindler, Jörg (2006): Aus der Schusslinie. Seyran Ateş, prominente Islam-Kritikerin und Frauenrechtlerin, gibt aus Angst ihren Beruf als Anwältin auf. In: *Frankfurter Rundschau*, 05.09.2006.

- Seibold, Michael (2005): Geschlossene Gesellschaft bei Tee und Kartenspiel. In türkischen Cafés bleiben die Männer unter sich. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.02.2005.
- Siemons, Mark (2001): Alt-Berliner Türken. Jenseits der Kultur: Strategien der Tarnung im Wedding. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.11.2001.
- Sökefeld, Martin (2004): Über die Schwierigkeit, dem türkischen Nationaldiskurs zu entkommen: Aleviten in Deutschland und „Hürriyet“. In: Sökefeld, Martin (Hrsg.): Jenseits des Paradigmas kultureller Differenz. Neue Perspektiven auf Einwanderer aus der Türkei. Bielefeld, S. 163-180.
- SZ (2006): Union will mehr Druck auf Zuwanderer. Bosbach fordert Haftstrafe für Zwangsehen. Beck: Nicht nur auf Sanktionen setzen. Urteil im Berliner „Ehrenmordprozess“. In: *Süddeutsche Zeitung*, 15.04.2006.
- Tibudd, Michael (2006): Gegen die Wand 2. Bei einer Diskussion über Gewalt in Migrantenfamilien löst Sibel Kekilli einen Eklat aus. In: *Süddeutsche Zeitung*, 02.12.2006.
- Tuncel, Devrim (2002): Multi-Kulti-Bild-Zeitung. Für nicht Türkisch sprechende Menschen war die Zeitung „Hürriyet“ bisher unverständlich. Wer die neue deutschsprachige Wochenbeilage „Hürriyet Europa“ liest, kommt sehr schnell zu dem Schluss, dass das vielleicht gar nicht so schlecht war. In: *die tageszeitung*, 25.04.2002.
- Uslucan, Hacı-Halil (2002): Türkische Kolumnen. Selbst- und Fremdbild in der türkischen Presse in Deutschland. Sammlung aus den Berliner Seiten der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. München.
- Uslucan, Hacı-Halil (2001a): Ärger mit der „rosa Karte“. Aus türkischen Zeitungen: Stolz, aber auf welche Nation? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Berliner Seiten, 02.04.2001.
- Uslucan, Hacı-Halil (2001b): Zwischen Wilmersdorf und Armenien. Aus türkischen Zeitungen: Lob für Joschka Fischer, Tadel für Cem Özdemir. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Berliner Seiten, 02.04.2001.
- Wefing, Heinrich (2006): Ätsch, ich darf stolz sein. Seyran Ateş kämpft gegen Kopftuch und Zwangsehen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02.02.2006.
- Weiß, Hans-Jürgen/Trebbe, Joachim (2001): Mediennutzung und Integration der türkischen Bevölkerung in Deutschland. Ergebnisse einer Umfrage des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Potsdam.
- wgl. (2007): Türkenfreundin und Türkenfeind. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.01.2007.

- Wießner, Irina (2002): Eine Lobby für Ankara. Die Zeitungen „Hürriyet“ und „Milliyet“. In: *epd medien*, Nr. 88, S. 9-11.
- Wyputta, Andreas (2006): CDU und FDP wollen das, was sie singen. Verkrampft debattiert der Landtag über „unverkrampften Patriotismus“. Christdemokraten und Liberale auf der Jagd nach „verirrten Gewerkschaftsfunktionären“, die nicht nur die Nationalhymne, sondern die Fußball-WM mies machen. In: *die tageszeitung nrw*, 22.06.2006.

Identität im Social Web¹

Von der Bedeutung der Ethnizität für den gesellschaftlichen Eingliederungsprozess im digitalen Medienumbruch

1 Einleitung

Moderne Konzepte begreifen Identität nicht mehr als fest gefügte, dauerhafte Einheit, vielmehr wird sie gesehen als lebenslang in Bewegung befindliches Gefüge aus zusammenhängenden, nebeneinander und überlappend existierenden Elementen. Wo Migration Menschen zur Auseinandersetzung mit dem ethnischen Element ihrer Identität bewegt, entsteht Bedarf an Orientierung und Selbstverortung.

Zu Zeiten, da durch globale Migrationsbewegungen zunehmend plural geprägte Gesellschaften entstehen, stellt die (mediale) Auseinandersetzung mit der migrationsbedingt neu entstandenen interkulturellen Identität den ersten Schritt dar auf dem Weg der gesellschaftlichen Eingliederung. Wo es an dieser Stelle den in einem nationalen Kontext verankerten klassischen Medien vielfach schwer fiel und fällt, die für die mediale Integration notwendige Öffentlichkeit für *Kommunikation* mit- und daraus resultierendem *Wissen* aller Gesellschaftsmitglieder übereinander zu bieten, könnten die offener angelegten

1 Da die Begriffe in ihrer Bedeutung oft nicht eindeutig verwendet werden, sei hier eingangs klargestellt: Als weltweites Netzwerk aus vielen Rechnernetzwerken ermöglicht das Internet weltweiten Datenaustausch. Das World Wide Web wird umgangssprachlich häufig mit dem Internet gleichgesetzt, da es – anders als andere Dienste – allein über das Internet abrufbar ist: Über das Hypertext-System WWW können Daten von Webservern abgerufen und per Webbrowser auf dem Bildschirm angezeigt werden; Hyperlinks verbinden verschiedene Dokumente untereinander, ganz gleich auf welchem Webserver sie gespeichert sind, und ermöglichen so das gemeinhin als Internetsurfen bezeichnete Wandern durch ein weltweites Netz aus Webseiten. Darauf aufbauend bezeichnet das Web 2.0 eine Reihe von interaktiven und kollaborativen Elementen des Internet und insbesondere des World Wide Web: Über soziale Software, die menschlicher Kommunikation und Zusammenarbeit dienlich ist, erstellen Benutzer Inhalte selbst und tauschen sich darüber aus – etwa über Wikis, Blogs, Online-Netzwerke und Tauschbörsen, Foto- und Videoportale, Bookmark- und Recommender-Systeme. So wird das World Wide Web zum Social Web.

Strukturen des Social Web geeignet sein, dem ergänzend entgegenzukommen. In welchem Maße dies der Fall ist, wird im Folgenden geprüft.

2 Konzepte der ethnischen Identität

Ethnizität als ein Teil der kulturellen Identität, wird in den Ansätzen, die sich in erster Linie für Identitäten und Identitätsprobleme von Migranten interessieren, stets als ein wichtiger, wenn nicht sogar als zentraler Bestandteil gehandelt. Ethnizität umschreibt dabei die ethnische Selbstverortung innerhalb der Aufnahmegesellschaft.²

Schon Max Webers Definition des Ethnischen kann als eine soziale Identitätskategorie aufgefasst werden. Er definiert ethnische Gruppen wie folgt:

Wir wollen solche Menschengruppen, welche aufgrund von Ähnlichkeiten des äußeren Habitus oder der Sitten oder beider oder von Erinnerungen an Kolonisation und Wanderung einen subjektiven Glauben an eine Abstammungsgemeinschaft hegen, derart, daß dieser für die Propagierung von Vergemeinschaften wichtig wird, dann, wenn sie nicht 'Sippen' darstellen, 'ethnische' Gruppen nennen, ganz einerlei, ob eine Blutsverwandtschaft objektiv vorliegt oder nicht. (Weber 1922: 237)

Seinen Ausführungen zufolge handelt es sich bei einer so genannten „ethnischen Gruppe“ nicht um eine „echte“ Gemeinschaft (Blutsgemeinsamkeit), sondern um eine „subjektiv geglaubte“ Gemeinschaft. Demnach existieren „ethnische Gruppen“ nicht von sich aus, sondern entstehen vielmehr durch bestimmte Zuschreibungs- und Definitionsprozesse. Eine ethnische Gemeinschaft konstruiert und erhält sich durch ein Gemeinschaftsgefühl, das unter anderem durch die Verwendung gemeinsamer Symbole und den Glauben an eine gemeinsame Abstammung, Tradition und Kultur erzeugt werden kann. Aufgrund der „geglaubten Gemeinsamkeit“ (ibid.) erscheint es gleichgültig, ob die für die Ethnizität einer Gruppe relevanten Merkmale zurzeit existieren, existiert haben oder fiktiv verankert sind.

Ähnliche, „subjektiv geglaubte“ Gemeinschaften beschreiben Bernd Simon und Amélie Mummendey, wenn sie die Eingliederung von Individuen in eine Gesellschaft als einen Prozess beschreiben, in dem vom Einzelnen sowohl individuelles als auch kollektives Selbstverständnis aktiviert wird:

2 Zur kulturellen Identität zählen darüber hinaus auch regional bedingte, sowie religiöse Prägungen, geschlechtsspezifische Muster, generations- und durch die soziale Lage bedingte Wertvorstellungen.

Der (kognitiven) Konstruktion einer Gruppe entspricht die Akzentuierung von *Intragruppen*-Ähnlichkeiten gegenüber *Intergruppen*-Ähnlichkeiten: „Wir sind einander ähnlich und unterscheiden uns von denen!“ (Simon/Mummendey 1997: 31)

Sie betonen die Wichtigkeit, Selbst-Verständnis immer bezogen sowohl auf das Individuum Mensch, als auch auf den Menschen als Mitglied einer Gruppe zu begreifen (ibid.: 13) – als einen Prozess, der kontextabhängig in kontinuierlichem Wandel begriffen ist. Aspekte individuellen Selbstverständnisses besitzen dabei stets das Potential, die Vorlage für kollektive Selbst-Interpretationen zu liefern (ibid.: 21).

Ähnlich gelagert ist der Ansatz von Frederik Barth, der sich vor allem auf die Grenzen ethnischer Gruppen sowie deren prozesshafte Veränderung und Weiterentwicklung konzentriert, und weniger auf die darin enthaltene kulturell charakteristische Substanz. In der Forschung markiert sein Ansatz einen Wendepunkt, weg von der Erforschung von Ethnien als isolierte Einheiten, hin zur Untersuchung der Bedeutung von Interaktionen verschiedener ethnischer Gruppen für ihre Konstitution und Aufrechterhaltung. Barth beschreibt die Impulse zur Bildung ethnischer Identität als maßgeblich von den einzelnen Individuen ausgehend:

We give primary emphasis to the fact that ethnic groups are categories of ascription and identification by the actors themselves, and thus have the characteristic of organizing interaction between people. (Barth 1969: 10)

In Folge betonen Cohen (1978) und Elwert (1989) Selbstzuschreibungen als zentralen Punkt bei der Konstruktion von Ethnizität, die dadurch einen deutlich situativen Charakter bekommt. Pascht schließlich beschreibt Ethnizität als leere Hülle, die durch Selbst- und Fremdzuschreibungen gefüllt wird (Pascht 1999: 27). So kommt also der Entwicklung/dem Erhalt von (inter-)kultureller Identität in Bezug auf gesellschaftliche Eingliederungsprozesse eine Schlüsselposition zu. Wiederum bestehen über deren genaue Gestalt mehrere Theorien.

2.1 Kulturkonfliktbedingte Identitätskrise

So geht die Kulturkonfliktthese davon aus, dass kulturelle Unterschiede nicht kompatibel seien. Metaphern wie „Leben zwischen zwei Stühlen“ (Stanger 1994), „zwischen zwei Welten“ (Kalifa-Schor 2002), und „zwischen den Kulturen“ (Gemende et al. 1999) zeichnen das Bild eines Selbstverständnisses, wel-

ches zwischen der Aufnahme- und der Herkunftskultur hin und her gerissen ist. Der Ansatz verfolgt damit ein statisches Verständnis von Kultur. Sie wird homogenisiert – „deutsch“ und „anders“ wird gegeneinander gesetzt. Identitäten, die mehrere Kulturen in sich vereinen, sind demnach nicht nur instabil: Sie sind in ihrer Existenz permanent gefährdet – ein Nebeneinander mehrerer Kulturen würde nach diesem Verständnis zwangsläufig eine Identitätskrise nach sich ziehen. Diese Krise steht einem erfolgreichen gesellschaftlichen Eingliederungsprozess von vornherein entgegen.

2.2 Hybride/Bikulturelle Identität

Andere Autoren zeigen auf, dass ethnische Orientierung und gute Kontakte zur ethnischen Kolonie keineswegs zwangsläufig eine Abschottung von der deutschen Mehrheitsgesellschaft nach sich ziehen (Auernheimer 1988, Otyakmaz 1996, Hå 1999, Treibel 1999). Badawia (2002) spricht sehr treffend vom „dritten Stuhl“ und umschreibt damit ein Selbstverständnis, welches bewusst kreiert wird, verschiedene kulturelle Elemente enthält, individuell ausbalanciert wird und trotz ständigen Umformens Stabilität aufweist. Was all diese Annahmen eint, ist ein modernes Identitätsverständnis.

Nicht mehr Einheit, Kontinuität, Kohärenz werden betont, vielmehr herrschen jetzt Begriffe vor, die eine ganz andere Richtung symbolisieren – Begriffe wie Kontingenz, Diskontinuität, Fragmentierung, Übergänge. (Beck-Gernsheim 2007: 102)

Zentral erscheint hier gerade in Bezug auf Migranten auch das von Bhabha geprägte Konzept der „Hybridität“ (Bhabha 2000). Polat spricht in diesem Zusammenhang von bikultureller Identität und meint damit ein „gleichzeitig subjektiv erlebte(s) Gefühl der Zugehörigkeit [...]“, sowohl zur Mehrheits- als auch zur Minderheitsgesellschaft (Polat 1998: 152). Berry et al. sehen in der Marginalisierung – also dem Mangel an Zugehörigkeit zur Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft – das Gegenstück zur bikulturellen Identität. Marginalisierung ist demnach ein Worst-Case-Szenario, während der gleichzeitigen Verankerung in der Eigengruppe und der Mehrheitsgesellschaft eine identitätsstabilisierende Wirkung zugeschrieben wird (Berry et al. 2006).

In neueren Ansätzen kommt ein Identitätskonzept zum Tragen, welches im Gegensatz zur Kulturkonfliktthese, „widersprüchliche Erfahrungen nicht schematisch als problemgenerierend definiert“ (Boos-Nünning/Karakasoglu 2005: 300), sondern verschiedene Teilidentitäten zu- und widersprüchliche Identitätsanteile, im Sinne einer multiplen Identitätskonstruktion, nebenein-

ander stehen lässt. Mecheril spricht in diesem Zusammenhang von kulturellen „Mehrfachzugehörigkeiten“ (Mecheril 2003). Keupp et al. thematisieren das Nebeneinander widersprüchlicher Identitätsanteile in ihrem Modell der „Patchwork-Identität“ (Keupp et al. 1999: 47ff.). Demzufolge bilden alle Teilidentitäten „zusammen kein homogenes Ganzes, sondern eher ein – in lebenslanger Entwicklung befindliches – Patchwork“ (Döring 2003: 325f.).

Als „Bastelidentität“ beschreibt Kerstin Hein (Hein 2006) diese kulturellen Identitätsbildungsprozesse. Sie beschreibt sie als das Ergebnis kollektiver – und zwar selbstbestimmter, ebenso wie fremdbestimmter – Aushandlung (Hein 2006: 70; Dannenbeck 2002). Nicht nur eigenes Denken, nicht nur Selbst-Bilder sind hier wichtig, sondern in gleichem Maße auch die Fremd-Bilder von eben diesem Selbst. Hier kommt den Medien eine Schlüsselrolle³ zu, erhält doch an dieser Stelle „der kulturelle Kampf um Repräsentation und Macht auch seine volle Bedeutung“ (Hein 2006: 70).

3 Vom Aufbrechen hergebrachter Strukturen: Web 2.0-Formate als offen angelegte Techniken des Austauschs und der Diskussion

Eine Entwicklung, die diesem „lebenslang in Entwicklung befindlichen“ Patchwork (Döring 2003), diesen „Bastelidentitäten“ (Hein 2006) auf technischem Wege entgegen kommt, ist das World Wide Web der 2. Generation, *Web 2.0* oder auch *Social Web* genannt, dessen offen angelegte Formate die Selektivität der Massenmedien auszuhebeln imstande sind. Wo es Migrantenkulturen vielfach immer noch schwer fällt, an den klassischen Medienformaten der Mehrheitsgesellschaft selbstverständlich zu partizipieren (siehe hierzu zum Beispiel Müller 2005), bietet das Web 2.0 theoretisch jedem die Möglichkeit zur Teilnahme an einem global ausgelegten, medialen Netzwerk (vgl. Alby 2007) – alle Akteure können das Web aktiv mitgestalten. Gut klar wird diese Erweiterung der gestalterischen Möglichkeiten im Vergleich zu den hergebrachten Strukturen der Printveröffentlichung, wie sie zum Beispiel John Culkin (1967, in Porombka 2001: 101f) anschaulich beschreibt:

Alle sinnlichen Gegebenheiten müssen durch die schmale Öffnung der Drucktechnik gepresst werden. Das Hörbare, Fühlbare, Riechbare – alles wird übersetzt in Visuelles und Abstraktes. [...] Die Realität kommt tropfenweise wieder heraus, sie ist segmentiert, regelmäßig, sie

3 Zur Rolle von Medien als Identitätsagentur siehe auch Göttlich 2000; Reinhardt 2005; Adoni et al. 2006.

ist in Stücken an einer geraden Linie aufgereiht, sie ist analytisch, sie ist auf einen Sinn reduziert, sie wird zugänglich für Perspektive und Standpunkt [...].

Produktion ist hier gebunden an den Zugang zu – teurer – Drucktechnik einerseits, und andererseits reglementiert durch jene, die – zum Beispiel eben als Journalisten – „alles“ übersetzen „in Visuelles und Abstraktes“ und die dabei als Gatekeeper analysieren und reduzieren, dem Ganzen Perspektive und Standpunkt verleihen⁴. Wem dieser Zugang verwehrt ist, der sieht sich auf die Rolle als Konsument vorgegebener Inhalte reduziert. Migranten finden sich hier also in zweifacher Hinsicht in einer ungünstigen Position: Sie sind als Produzenten von Medieninhalten vielfach nicht oder wenig vertreten und haben damit geringe Chancen, „dem Ganzen Perspektive und Standpunkt zu verleihen“. Begreift man – wie es Göttlich, Reinhardt, Adoni und andere tun – Medien als Identitätsagenturen, hat dies deutliche Folgen für ihren Identitätsbildungsprozess in der Aufnahmegesellschaft: Wer sich in den klassischen Medien der Mehrheitsgesellschaft nicht oder negativ verzerrt repräsentiert findet, kapselt sich ab und wendet sich Medien (der Herkunftskultur) zu, deren Fremd-Bilder dem eigenen Selbst-Bild eher entsprechen.

Hypertext-Strukturen des World Wide Web bilden die Basis, auf der sich die offenen Formate des *Web 2.0* entwickelten und legen damit eine grundsätzlich andere Ordnung fest: „Alles ist immer schon da, ausgeleuchtet, angelegt, bearbeitet, gespeichert, anschlussfähig und auf Abruf bereit.“ (Porombka 2001: 104)

So erlebt der von Alvin Toffler kreierte Begriff des „Prosumenten“ in der Diskussion um das Social Web eine Renaissance (Toffler 1987). Das Wortgebilde umschreibt einen Verbraucher, der selbst Produzent des von ihm Konsumierten ist – etwas technisches Verständnis und ein Mitteilungsbedürfnis sind dabei die grundsätzlichen Vorbedingungen, um vom Empfänger zum Sender zu werden. Aus dieser Doppelrolle des Nutzers folgt ein weiteres zentrales Element der aktuellen Internetentwicklung: Nicht nur verschwindet die klare Rollenaufteilung *Produzent-Konsument* – diese neue Offenheit produziert auch erneute Interaktion⁵ der *Prosumenten*.

Ergibt sich aus der Möglichkeit zur Interaktion Kollaboration, wird kollektive – und zwar selbstbestimmte, ebenso wie fremdbestimmte – Aus-

4 Vgl. dazu den Beitrag von Geißler et al. in diesem Band.

5 Dieses Merkmal ist in der Hypertext-Theorie bereits ausführlich diskutiert – so zum Beispiel von Ipsen (Ipsen 2001: 69), der grundsätzlich unterscheidet zwischen der Interaktion von Produzenten und Konsumenten einerseits und der Interaktion von Konsumenten – untereinander, sowie in direktem Bezug auf den Text (Inhalt).

handlung kultureller Identität erst möglich. Den grundsätzlich verschiedenen Zugang zu Inhalten fasst Paolo Teobaldelli schon 1997 zusammen (Teobaldelli 1997: 1). Danach ermöglichen Hypertext-Strukturen,

to free, to spread new association forms, new logic-conceptual connections, and overall to free readers of such hyper-texts from the organization given by the author, then to construct and de-construct text at their own sweet will.

Bezogen auf die Teilhabe von Migrantenkulturen an den klassischen Medien bedeutet das: Den in klassischen Medien angebotenen Inhalten ist ihre Schlüsselposition genommen, sie sind ein Angebot unter vielen. Die technischen Veränderungen haben eine neue (virtuelle) Realität geschaffen, in der das Wandern durch die verschiedenen Kulturen – und damit also auch die „Zusammensetzung von Kultur“ – erleichtert wird. Was sich so entwickelt, charakterisiert Manfred Faßler als „Kulturen ohne Land“ (Faßler 2001: 62).

Bezogen auf die Möglichkeiten des „klassischen“ Internet hat dies 2000 auch Nils Zurawski diskutiert und – hergeleitet aus verschiedenen Ethnizitätstheorien und -definitionen – den Begriff der „virtuellen Ethnizität“ entwickelt (Zurawski 2000). Hilfreich ist diese Diskussion, da sie die Charakteristika von Ethnizität umfassend herleitet; für die Diskussion von Zusammenhängen und Wechselwirkungen zwischen kultureller Identität und den Formaten des Web 2.0 geht sie allerdings nicht weit genug, da ihr am Ende der Rückbezug in diejenige „reale“, gesellschaftliche Welt fehlt, der die jeweiligen Individuen verhaftet sind.⁶

4 Von Web 2.0 und (inter-)kultureller Identität: das Potential der neuen Techniken für den Identitätsbildungsprozess

In dieser „realen“, gesellschaftlichen Welt schließlich entsteht überhaupt erst das Mitteilungsbedürfnis, das Menschen dazu motiviert, virtuelle, technische Formate zu nutzen, um ihre (inter-)kulturell geprägten Interessen zu befriedigen, sich darüber auszutauschen, zu diskutieren, sich zu verbünden oder sich

6 Die Diskussionen um Identität im virtuellen Raum, „Online Communities“ und „virtual togetherness“ wie sie beispielsweise von Sherry Turkle und Howard Rheingold bereits Mitte der 1990er-Jahre angestoßen wurden, spielen in unserem Zusammenhang keine Rolle (vgl. Rheingold 1993; Turkle 1997). Da es uns um die Bedeutung von Ethnizität (als Teil von Identität) für gesellschaftliche Eingliederungsprozesse geht, ist vielmehr der Rückbezug in die reale Welt von zentraler Bedeutung.

abzugrenzen – und kulturelle Identität so ständig auch weiter zu entwickeln und neu zu definieren. Die prinzipiell auf Kollaboration hin angelegten technischen Möglichkeiten der Web 2.0-Formate sind geneigt, dieser beständigen Diskussion und Weiterentwicklung eine Plattform zu bieten.

Dabei stellt die vereinfachte Bereitstellung von neuen Inhalten durch die Prosumenten nur den Einstieg in das Kollaborationsgefüge dar. Nutzergenerierte Inhalte in Form von Weblogs, Podcasts, Vodcasts, Forenbeiträgen, Wiki-Artikeln, Kommentaren usw. erhöhen nicht nur die Menge der verfügbaren Daten im WWW, sondern unterliegen durch ihre Veränderbarkeit und der Möglichkeit zur externen Bewertung auch einem ständigen Wandel.

Web 2.0 als Social Web		
Kollaboration		
Prosumenten		
Bereitstellung von Inhalten	Editieren, Diskutieren, Bewerten bestehender Inhalte	Kollaborative Informationsorganisation /Social Bookmarking und Tagging
<i>community power</i>		

Abbildung 1: Community Power im Social Web; eigene Darstellung in Anlehnung an Brusilovsky (2008)

Folgt man den Ausführungen Peter Brusilovskys, erzeugt Kollaboration im Social Web *community power*, welche jedoch über die reine Inhaltssetzung, Umgestaltung und Bewertung hinausgeht. Die Informationsorganisation erhält mit Web 2.0 und den damit einhergehenden neuen Zugriffstechniken auf relevante Informationen einen sozialen Fokus. Expertise wird gebündelt; auf diese Weise kann das Wissen des Einzelnen Gewicht erhalten, gleichzeitig bildet die *community* ein Korrektiv.

Einen interessanten Ansatz, die Menge der vorhandenen Daten dem individuellen Informationsbedürfnis entsprechend zu organisieren, liefert das so genannte Social Bookmarking.

[...] [I]t provides an alternative mechanism to access information using community-contributed tags. In this case the social wisdom, which other social systems accumulate in some hidden form ,behind the stage', becomes visible as a tightly interlinking tag space. The in-

formation can be accessed through this tag space using traditional access paradigms such as tag searching, tag navigation, or tag visualization in the form of tag cloud. So, social tagging augments several traditional information access paradigms by providing additional community-created space where these paradigms can be applied. (Brusilovsky 2008: 9)

Während Suchmaschinen wie Google den gesamten Webinhalt sortiert nach einem eigenen, allgemein unbekannten Algorithmus bereitstellen (Google PageRank – Brin/Page 1998), liefern Social Bookmark-Systeme wie *del.icio.us* oder das deutsche Pendant *Mister Wong* Webinhalte, die von anderen Nutzern bereits als relevant gekennzeichnet wurden. So findet eine kollaborative Filterung des Webinhalts statt, da ausschließlich Quellen aufgeführt werden, die bereits von anderen Nutzern als wertvoll erachtet wurden⁷. Tags – verschlagwortete Metadaten – nehmen bei dieser Kennzeichnung eine Schlüsselrolle ein. Sie ergänzen das Relevanzranking, um nutzergenerierte Deutungsmuster.⁸ „Each tag tells us about what we are interested in and improves social reinforcement through enabling social connections and search“ (Kim et al. 2008: 83).

Community power wird im Social Web durch Kollaboration und hier über die Verwendung gemeinsamer Symbole erzeugt.

Um den Möglichkeiten, die sich über neue Formate wie Weblogs, Pod- und Vodcasts und Portale für (inter-)kulturelle Identitätsbildungsprozesse auf Produzenten- und Konsumentenseite ergeben, theoretisch nachspüren zu können, ist zunächst zu klären, was überhaupt als kulturell identitätsstiftend gelten kann. Woran wird festgehalten, bei der migrationsbedingten Auseinandersetzung mit verschiedenen Kulturen? Oder – um es mit Barth zu formulieren: Was charakterisiert den *cultural stuff* (Barth 1969, 15), der innerhalb von ethnischen Gruppierungen die Grundlage bildet für identitätsstiftende Diskurse und Entwicklungen?

7 Brusilovsky (2008: 5): „Social information access technologies capitalize on the natural tendency of people to follow direct and indirect cues of others’ activities, e.g. going to a restaurant that seems to attract many customers, or asking others what movies to watch.“

8 Allerdings spielen hier auch ökonomische Interessen hinein. So werden im Zuge der Suchmaschinenoptimierung (SMO) Webseiten gezielt in Social Bookmarksystemen gelistet, um diese durch die häufige Verlinkung von externen Seiten, bei der Suchabfrage prominent zu platzieren. Es liegt auf der Hand, dass Webseiten in den vorderen Rängen praktisch ohne Zusatzwerbung guten Umsatz generieren. Diese rein wirtschaftlich motivierten Vorgänge drohen die „Community Power“ zu unterwandern.

Reminick hat eine umfassende Untersuchung zu unterschiedlichen Ethnizitätstheorien und Gruppendifinitionen gemacht (Reminick 1983), die übrigens auch Zurawski in seiner Studie zur „virtuellen Ethnizität“ aufgreift. Elf Punkte werden als wesentliche Kriterien ausgemacht (Reminick 1983: 11; Zurawski 2000: 32):

1. A common national or geographic origin or common ancestors.
2. similar culture or customs.
3. shared religion.
4. similar race or physical features.
5. language.
6. consciousness of kind of „we feeling“, a sense of loyalty to their peoplehood.
7. Gemeinschaft relations.
8. common values or ethos.
9. involvement in a set of institutions separate from the larger political society.
10. minority status, subordinate status, or dominate status.
11. ethnic group often cited as immigrant group.

Nicht alle diese Punkte müssen immer gleichmäßig zum Tragen kommen. Kulturelle Identitätsbildungsprozesse sind auf Produzenten- und Konsumentenseite ständiges Subjekt von Diskussion, Weiterentwicklung und Veränderung, mit deren Fortschreiten einzelne Aspekte mehr oder weniger in den Vordergrund treten können. Anbieter- und Nutzerperspektive liegen dabei eng beieinander, können sich überlappen und gegenseitig beeinflussen. Welchen Quellen und Zuschreibungen dabei Wert zugeschrieben wird, entscheidet das Kollektiv, die „Weisheit der Vielen“ (Surowiecki 2004⁹).

So bleibt festzuhalten: Geht man von ethnischen Gruppen als „subjektiv geglaubte“ Gemeinschaften (Weber 1922) aus, die sich über bestimmte Zuschreibungs- und Definitionsprozesse und hierbei über die Verwendung gemeinsamer Symbole und den Glauben an eine gemeinsame Abstammung, Tradition und Kultur als Gruppe konstituieren, so kommen die auf Kolla-

9 James Surowiecki berichtet in seinem Buch „The Wisdom of Crowds“ vom Prinzip des Mittelmaßes: die Menge entscheidet demnach in der Regel klüger als der einzelne Experte in ihren Reihen.

boration angelegten Strukturen des Social Web, über die die gemeinsamen Symbole und Zuschreibungen in den Vordergrund gerückt werden können, der Bildung jener „subjektiv geglaubten“ Gemeinschaften – rein technisch betrachtet – entgegen.

4.1 Stichwort: „Digital Divide“

Dabei wäre jedoch die Annahme naiv, die prinzipielle Offenheit des Internet und – darauf aufbauend – der Web 2.0-Formate impliziere online ein von Kultur, Ethnie und Herkunft losgelöstes, gleichberechtigtes Neben- und Miteinander. Unter dem Titel „Multiculturalism and the Postmodern Media Age“ hat Mark Poster das grundsätzliche Problem bereits 1995 erfasst und beschrieben (Poster 1995: 42):

As the second media age unfolds and permeates everyday practice, one political issue will be the construction of new combinations of technology with multiple genders and ethnicities.

Dass für diese strukturelle Problematik noch keine zufriedenstellende Lösung gefunden ist, beschreibt Lisa Nakamura sieben Jahre später (Nakamura 2002: 101):

Users can express their subjectivity while mouse clicking their way through the web; they create their individual paths through the endless series of menus and hierarchical lists. [...] However, web interface design, such as that evident in web portals, reveals assumptions about users' race and ethnicity.

Die festgelegten Menüstrukturen der Online-Angebote bestimmen weiterhin die virtuellen Ausdrucks- und Identitätsbildungsmöglichkeiten der Nutzer, führt Nakamura unter dem Titel „Menu-Driven Identities“ weiter aus: „The landscape architects of the web's forking-path structures such as portals are largely white male software engineers“ (ibid.).

Wo in der Frühzeit des Internet noch optimistisch die Überzeugung vorherrschte, die neue Technik eröffne weiter gehende Möglichkeiten für den angemessenen Umgang mit (kultureller) Vielfalt¹⁰, werden nach und nach skeptische Stimmen laut, die unter der – größtmögliche (kulturelle) Offenheit suggerierenden – Oberfläche die alte, auch offline vorherrschende Begrenztheit feststellen. Donna Hoffman und Thomas P. Novak brachten die mono-

10 Siehe hierzu zum Beispiel Turkle 1997, Zickmund 2000.

kulturelle, „weiße“ Struktur des Internet 1998 unter dem Stichwort „Digital Divide“ (Hoffman/Novak 1998) in den Mittelpunkt der Diskussion um seine Nutzung; in der Studie „Falling through the Net: Towards Digital Inclusion“ stellt das U.S. Department of Commerce für das Jahr 2000 fest (U.S. Department of Commerce 2000: 33):

Groups that have historically been digital „have nots“ – individuals who come from low-income households, individuals with low levels of education, minority groups (particularly Blacks and Hispanics), and older people are participating in this dramatic increase in Internet usage, but their use rates remain below the national average.

An dieser Stelle ist es wesentlich, zwischen *aktiver* und *passiver* Nutzung zu unterscheiden. Wie groß ist die kulturelle Vielfalt in der Gruppe derjenigen, die Inhalte verfassen, Web-Oberflächen gestalten, Suchvorgänge strukturieren? Nakamura unterscheidet zwischen *web user* und *web builder* (Nakamura 2002: 109) und stellt für die USA fest: „If African Americans are underrepresented as web users, they are even more underrepresented as web builders.“ Am Beispiel unterschiedlicher (ethnischer) Web-Portale konstatiert Nakamura (2002: 109): „...digital culture as it exists today is a monoculture. [...] It is most decidedly not ‚multicultural‘.“

Auch das *Pew Research Center for the People and the Press* stellt in einer Erhebung der U.S.-amerikanischen Nicht-Nutzer des World Wide Web fest, dass der Anteil der Nicht-Nutzer unter den Geringverdienern mit einem Jahreseinkommen von weniger als 20.000 Dollar mit 26-30 Prozent über dem des Landesdurchschnitts liegt und Schwarze und Hispanics in dieser Gruppe überdurchschnittlich vertreten sind (Lenhart et al. 2003: 6-8).

In Deutschland hat Forschung über die Internet-Nutzung durch Migranten erst spät begonnen: Seit 2007 soll zum Beispiel ein Projekt „Online-Kompetenz für Migrantinnen und Migranten in Deutschland“ – gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – bis 2009 die Internet-Nutzung von Migranten in Deutschland sowie bestehende Initiativen zu ihrer Förderung erfassen. Denn die Initiatoren haben erkannt: „Die Nutzung von Computer und Internet ist Basis für umfassende gesellschaftliche, politische und ökonomische Teilhabe in Deutschland“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008).

Dabei wurden Daten zur Nutzung elektronischer Medien durch Migrantengruppen in Deutschland zuerst bundesweit repräsentativ in der in der *ARD/ZDF-Studie „Migranten und Medien 2007“* erhoben. Fazit der Betrachtung der – nach ethnischen Gruppen ausdifferenzierten – Mediennutzungsdaten: Eine „ausgeprägte mediale Parallelwelt“ ist darin nicht erkennbar. Es

besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Nutzung deutscher Medien einerseits und guten Sprachkenntnissen der Migranten andererseits (ARD/ZDF 2007: 4). Insbesondere für jüngere Migranten besitze das Internet „eine wichtige Informations- und Kommunikationsfunktion, auch als Brücke zum Heimatland“ (ibid.: 7). Jeder zehnte Migrant wurde in der Studie als Stammnutzer deutscher und heimat Sprachlicher Internetangebote gleichermaßen erfasst.

Potential für die selbstverständliche „Wanderung zwischen den Kulturen“ (Faßler 2001) mag also grundsätzlich in den Kollaborationsmöglichkeiten des Social Web liegen – eine etablierte „Weisheit der Vielen“ könnte sich zu einem gewichtigen Gegenstück dessen entwickeln, was Lisa Nakamura als *digitale Monokultur* beschreibt, ein im Idealfall gesellschaftlich und kulturell vielfältig angelegter Ordnungsmechanismus als Pendant zu bestehenden, als „weiß“ und „monokulturell“ (Nakamura 2002; Hoffman/Novak 1998) beschriebenen Suchfunktionen und Ordnungsmechanismen für die Inhalte des World Wide Web. Voraussetzung, damit diese Brücke über den *Digital Divide* geschlagen werden kann: Die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft muss sich in der „Weisheit der Vielen“ widerspiegeln. Zwei statistische Ergebnisse lassen hierfür in Deutschland Positives vermuten: Da ist zum einen der mit 64,6 Prozent der gesamten Bevölkerung im Europavergleich relativ hoch angesiedelte Anteil der regelmäßigen Internetnutzer (das europäische Mittel liegt bei 43,4%, der weltweite Durchschnitt bei 20%)¹¹ sowie zum anderen die in der ARD/ZDF-Studie erkannte Tendenz zur interkulturellen Nutzung. Zieht man als Determinante allerdings die Nationalität anstelle des Migrationshintergrundes hinzu, wie es der 2006 veröffentlichte Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW tut, sieht das Bild weniger positiv aus: Zwar ist die Computernutzung durch Deutsche und Nicht-Deutsche mit 62 bzw. 61 Prozent nahezu gleich groß, mit 53 gegenüber 38 Prozent ist gleichzeitig der Anteil der Internetnutzung allerdings deutlich verschieden. Bisky und Scheele schließen hier auf eine „generell schlechtere Einkommenssituation von Migrantinnen und Migranten in Deutschland“ (Bisky/Scheele 2007: 819), der es geschuldet ist, das Nicht-Deutsche weit weniger häufig als Deutsche privat über einen Zugang zum Internet verfügen.

Zusätzliche Störfaktoren bei dieser materiell bedingten digitalen Spaltung der Gesellschaft sind außerdem handfeste wirtschaftliche Interessen, wie sie zum Beispiel Kulinna beschreibt, wenn er von der „Konstruktion von Ethnizität zur Durchsetzung eigener Interessen“ (Kulinna 2007: 70) spricht. Ebenso bleibt die Frage, inwieweit möglicherweise auch mit „eingewanderte“ Mediennutzungsgewohnheiten die weitere Entwicklung beeinflussen: Wie lange dauert

11 Online unter: <http://www.internetworldstats.com/stats4.htm> [Stand: 22.04.2008].

es, digitale Medien(welten) für sich zu entdecken, wenn dies für den eigenen Lebensalltag herkunftsbedingt bislang eher keine Rolle gespielt hat? Wie groß ist die Tragfähigkeit einer digitalen *Brücke zum Heimatland*, wenn die Internet-nutzungsgewohnheiten und -möglichkeiten zwischen den beiden jeweiligen Ländern sehr verschieden sind?

5 Ausblick

Im Social Web, und hier insbesondere bei der kollaborativen Informationsorganisation, äußert sich die Weisheit der Vielen nicht nur in der Diskussion, ob der Einzelne klüger ist, vielmehr geht es um die Addition von Gleichklug. Es geht nicht darum zu zeigen, dass das Kollektiv klüger ist als der Einzelne, sondern darum, der Klugkeit des Einzelnen Gewicht zu verleihen. Vor allem die offene Struktur der Web 2.0-Formate birgt also grundsätzliches Potential für größtmögliche Offenheit bei der Diskussion um und Fortentwicklung von kultureller Identität als Basis für gesellschaftliche Integration. Die hier theoretisch dargelegten Möglichkeiten können die Grundlage bilden, auf der künftige, weiter führende Untersuchungen empirisch die tatsächliche Ausschöpfung und Nutzung dieses Potentials erfassen. Schließlich reagieren auch die „klassischen“ Medien auf „social web“-veränderte Strukturen und Bedürfnisse und beginnen, im Web 2.0-Bereich zu experimentieren und sich für neue Formate zu öffnen. In diesem Zusammenhang ist es zukunftsweisend, auch zunehmend interkulturell geprägte gesellschaftliche Strukturen von vornherein mit im Blick zu haben. Immerhin könnten die technischen Neuerungen auch jenen eine Stimme geben, die in den kollektiven Aushandlungen um Zugehörigkeit bisher ausschließlich Fremdzuschreibungen unterworfen waren. Die Sinnhaftigkeit einer empirischen Überprüfung liegt daher auf der Hand.

Literatur

- Adoni, Hanna/Caspi, Dan/Cohen, Akiba A. (2006): Media, Minorities and Hybrid Identities. The Arab and Russian Communities in Israel. Cresskill, NJ.
- Alby, Tom (2007): Web 2.0. Konzepte, Anwendungen, Technologien. München.
- ARD/ZDF 2007: Migranten und Medien 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Studie der ARD/ZDF Medienkommission. o. O.

- Auernheimer, Georg (1988): Der sogenannte Kulturkonflikt. Frankfurt a.M. u.a.
- Badawia, Tarek (2002): „Der Dritte Stuhl“ – Eine Grounded Theory-Studie zum kreativen Umgang bildungserfolgreicher Immigrantenjugendlicher mit kultureller Differenz. Frankfurt a.M.
- Barth, Frederik (Hrsg.) (1969): Ethnic groups and boundaries. The social organization of culture differences. Bergen.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (2007): Wir und die anderen. Kopftuch, Zwangsheirat und andere Mißverständnisse. Frankfurt a.M.
- Berry, John W./Phinney, Jean S./Sam, David L./Vedder, Paul (2006): Immigrant youth in cultural transition: Acculturation, identity, and adaptation across national contexts. Mahwah, NJ.
- Bhabha, Homi K. (2000): Die Verortung der Kultur. Tübingen.
- Bisky, Lothar/Scheele, Jürgen (2007): Die digitale Spaltung der Gesellschaft. In: UTOPIE kreativ, H. 203 (September 2007), S. 816-825.
- Boos-Nünning, Ursula/Karakasoglu Yasemin (2005): Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund. Münster.
- Brin, Sergey/Page, Lawrence (1998): The Anatomy of a Large-Scale Hypertextual. Web Search Engine, online unter: <http://infolab.stanford.edu/pub/papers/google.pdf> [Stand: 03.04.2008].
- Brusilovsky, Peter (2008): Social Information Access: The Other Side of the Social Web. In: Geffert, William/Karhumäki, Juhani/Bertoni, Alberto/Preneel, Bart/Návrát, Pavol/Bieliková, Mária (Hrsg.): Proceedings of SOFSEM 2008. 34th International Conference on Current Trends in Theory and Practice of Computer Science. High Tatras, Slowakei, S. 5-22.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008): Expertise „Online-Kompetenz für Migrantinnen und Migranten in Deutschland“. Projektinfo. Online unter: http://www.kompetenzz.de/vk06/digitale_integration/migrantinnen/expertise [Stand: 19.11.2008].
- Cohen, Ronald (1978): Ethnicity. Problem and focus in anthropology. In: Annual Review of Anthropology 7, S. 379-403.
- Dannenbeck, Clemens (2002): „Selbst- und Fremdzuschreibungen als Aspekte kultureller Identitätsarbeit. Ein Beitrag zur Dekonstruktion kultureller Identität“. DJI Reihe Jugend, Band 14. Opladen.

- DIW Berlin (2006): Digitale Spaltung in Deutschland: Geringere Bildung – seltener am PC. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Jg. 73, H. 19, 10.05.2006, S. 289-294.
- Döring, Nicola (2003): Sozialpsychologie des Internet. Die Bedeutung des Internet für Kommunikationsprozesse, Identitäten, soziale Beziehungen und Gruppen, 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Göttingen u.a.
- Elwert, Georg (1989): Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen. Berlin.
- Faßler, Manfred (2001): Kulturen ohne Land? „Virtual Communities“ im Internet als Alternative zu nationalen Kulturen und Identitäten. In: Die Ausländerbeauftragte der Freien und Hansestadt Hamburg; Hamburgische Anstalt für neue Medien (Hrsg.): Medien – Migranten – Integration: elektronische Massenmedien und die Grenzen kultureller Identität. Berlin, S. 61-80.
- Gemende, Marion/Schröer, Wolfgang/Sting, Stephan (Hrsg.) (1999): Zwischen den Kulturen. Pädagogische und sozialpädagogische Zugänge zur Interkulturalität. Weinheim, München.
- Göttlich, Udo (2000): Migration, Medien und die Politik der Anerkennung: Aspekte des Zusammenhangs von kultureller Identität und Medien. In: Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk. Opladen, S. 38-50.
- Hà, Kiên Nghĩ (1999): Ethnizität und Migration. Münster.
- Hein, Kerstin (2006): Hybride Identitäten: Bastelbiografien im Spannungsverhältnis zwischen Lateinamerika und Europa. Bielefeld.
- Hoffman, Donna/Novak, Thomas P. (1998): Bridging the Digital Divide: The Impact of Race on Computer Access and Internet Use. In: Science 280, 17.04.1998.
- Ipsen, Guido (2001): HybridHyperSigns. Semiotische Parameter von Skriptstrukturen WWW-gebundener Hypertexte. Universität Kassel: Dissertation.
- Kalifa-Schor, Geula Ben (2002): Das innere Niemandsland. Migranten-Jugendliche zwischen zwei Welten. In: Rohr, Elisabeth/Jansen, Mechthild M. (Hrsg.): Grenzgängerinnen. Frauen auf der Flucht, im Exil und in der Migration. Gießen, S. 195–210.

- Keupp, Heiner/Ahbe, Thomas/Gmür, Wolfgang (1999): Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identität in der Spätmoderne. Reinbek.
- Kim, Hak-Lae/Breslin, John/Yang, Sung-Kwon/Kim, Hong-Gee (2008): Social Semantic Cloud of Tag: Semantic Model for Social Tagging. In: Proceedings of the 2nd KES International Symposium on Agent and Multi-Agent Systems: Technologies and Applications. Incheon, Korea, S. 83-92.
- Kulinna, Mattias (2007): Ethnomarketing in Deutschland. Die Konstruktion von Ethnizität durch Marketingakteure. Frankfurt a.M.
- Lenhart, Amanda/Horrigan, John/Rainie, Lee/Allen, Katherine/Boyce, Angie/Madden, Mary/O'Grady, Erin (2003): The Ever-Shifting Internet Population: A new look at Internet access and the digital divide. Washington: The Pew Internet & American Life Project, 16.04.2003.
- Mecheril, Paul (2003): Prekäre Verhältnisse. Münster u.a.
- Müller, Daniel (2005): Ethnische Minderheiten in der Medienproduktion. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 223-238.
- Nakamura, Lisa (2002): Cybertypes. Race, Ethnicity and Identity on the Internet. New York, NY.
- Otyakmaz, Berrin Özlem (1996): Jenseits des Kulturkonflikts - Lebenswelten junger türkischer Migrantinnen in der Bundesrepublik. In: Frauen in der einen Welt – Zeitschrift für interkulturelle Frauenalltagsforschung, H. 1/1996.
- Pascht, Arno (1999): Ethnizität: Zur Verwendung des Begriffs im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs. München.
- Polat, Ülger (1998): Soziale und kulturelle Identität türkischer Migranten der zweiten Generation in Deutschland. Hamburg.
- Porombka, Stephan (2001): Hypertext. Zur Kritik eines digitalen Mythos. München.
- Poster, Mark (1995): The Second Media Age. Cambridge.
- Rheingold, Howard (1993): The Virtual Community: Homesteading on the Electronic Frontier. Reading, MA.
- Reinhardt, Jan D. (2005): Medien und Identität. In: Jäckel, Michael (Hrsg.): Mediensoziologie. Grundfragen und Forschungsfelder. Wiesbaden, S. 33-46.

- Reminick, Ronald A. (1983): *Theory of Ethnicity. An Anthropologist's Perspective*. Lanham, Md.
- Simon, Bernd/Mummendey, Amélie (1997): Selbst, Identität und Gruppe: Eine sozialpsychologische Analyse des Verhältnisses von Individuen und Gruppen. In: Simon, Bernd/Mummendey, Amélie (Hrsg.): *Identität und Verschiedenheit. Zur Sozialpsychologie der Identität in komplexen Gesellschaften*. Göttingen, S. 11-38.
- Stanger, Barbara (1994): *Leben zwischen zwei Stühlen. Türkische Mädchen in Deutschland*. Mannheim: Förderverband e.V.
- Surowiecki, James (2004): *The Wisdom Of Crowds: Why The Many Are Smarter Than The Few And How Collective Wisdom Shapes Business, Economies, Societies And Nations*. London.
- Teobaldelli, Paolo (1997): *Text/Hypertext: Critical Thoughts towards a non-objectvistic non-subjectivistic Conceiving of Communication*, online unter: <http://www.members.tripod.com/~guercio/hyper1.htm> [Stand: 15.04.2008].
- Toffler, Alvin (1987): *Die dritte Welle: Zukunftschance*. München.
- Treibel, Annette (1999): *Migration in modernen Gesellschaften*. 2., völlig neu bearb. und erw. Auflage. Weinheim u.a.
- Turkle, Sherry (1997): *Life in the Screen: Identity in the Age of the Internet*. New York, N.Y.
- U.S. Department of Commerce (2000): *Falling Through the Net: Toward Digital Inclusion. A Report on Americans' Access to Technology Tools*. Online unter: <http://search.ntia.doc.gov/pdf/fttn00.pdf> [Stand: 18.10.2008].
- Weber, Max (1922): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen.
- Zickmund, Susan (2000): *Approaching the Radical Other: The Discursive Culture of Cyberhate*. In: David Bell and Barbara Kennedy (Hrsg.): *The Cybercultures Reader*. New York, N.Y., S. 237-253.
- Zurawski, Nils (2000): *Virtuelle Ethnizität. Studien zur Identität, Kultur und Internet*. Frankfurt a.M.

Autorinnen und Autoren

Harald Bader, Dipl.-Journ., hat an der Universität Dortmund Journalistik studiert, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“ und tätig beim Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse.

Kristina Enders, B.A. in Social Science, absolviert ein Masterstudium der Sozialwissenschaften an der Universität Düsseldorf und ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“.

Patrick Fick, B.A. in Social Science, absolviert ein Masterstudium der Soziologie und Sozialforschung an der Universität Bremen. Forschungsinteressen: soziale Ungleichheiten, Bildungsungleichheit, Diversity.

Rainer Geißler, Prof. Dr. phil., ist seit 1981 Professor für Soziologie an der Universität Siegen und leitet gemeinsam mit Horst Pöttker das Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“.

Sarah Hubrich studiert an der Technischen Universität Dortmund Journalistik, ist Studentische Hilfskraft im Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“ und arbeitet freiberuflich als Journalistin.

Parisa Javadian Namin, B.A. in Social Science, absolviert an der Universität Siegen ein Masterstudium „Medien und Gesellschaft“ und ist Wissenschaftliche Hilfskraft im Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“.

Cornelia Mohr, Dipl.-Psych. Dipl.-Journ., hat in Dortmund und Bochum Journalistik und Psychologie studiert und war bis 2007 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“.

Daniel Müller, Dr. phil., hat in Dortmund und Bochum Journalistik, Geschichte und Orientalistik studiert und ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“.

Miltiadis Oulios, M.A., hat an der Universität zu Köln Mittlere und Neuere Geschichte, Soziologie sowie Neugriechische Philologie studiert und arbeitet als freiberuflicher Autor und Moderator für den *WDR*, *die tageszeitung* und *Die Zeit*.

Horst Pöttker, Prof. Dr. phil.-hist., ist seit 1996 Professor für Journalistik an der Technischen Universität Dortmund und leitet gemeinsam mit Rainer Geißler das Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“.

Verena Reuter, M.A., hat an der Universität Siegen Soziologie, Germanistik und Psychologie studiert und ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“.

Anne Weibert, Dipl.-Journ., hat an der Universität Dortmund Journalistik und Amerikanistik studiert und war bis Oktober 2008 als Wissenschaftliche Hilfskraft im Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“ tätig.

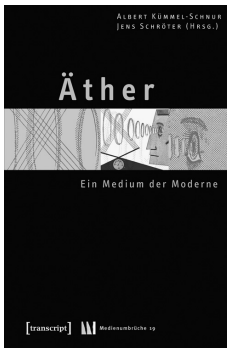
Malte Wicking studiert an der Technischen Universität Dortmund Journalistik, war bis September 2008 Studentische Hilfskraft im Projekt „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“ und ist Redakteur bei der *Thüringer Allgemeinen*.

Medienumbrüche



SIGRID BARINGHORST, VERONIKA KNEIP,
ANNEGRET MÄRZ, JOHANNA NIESYTO (HG.)
Politik mit dem Einkaufswagen
Unternehmen und Konsumenten als Bürger
in der globalen Mediengesellschaft

2007, 394 Seiten, kart., 28,80 €,
ISBN 978-3-89942-648-9



ALBERT KÜMMEI-SCHNUR, JENS SCHRÖTER (HG.)
Äther
Ein Medium der Moderne

2008, 404 Seiten, kart., zahlr. Abb., 33,80 €,
ISBN 978-3-89942-610-6

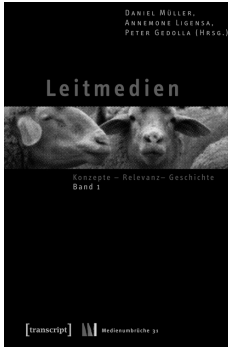


RAINER LESCHKE, JOCHEN VENUS (HG.)
Spielformen im Spielfilm
Zur Medienmorphologie des Kinos
nach der Postmoderne

2007, 422 Seiten, kart., 33,80 €,
ISBN 978-3-89942-667-0

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de

Medienumbrüche



DANIEL MÜLLER, ANNEMONE LIGENSA,
PETER GENDOLLA (HG.)

Leitmedien

Konzepte – Relevanz – Geschichte, Band 1

Februar 2009, ca. 250 Seiten, kart., ca. 25,80 €,
ISBN 978-3-8376-1028-4



RALF SCHNELL (HG.)

MedienRevolutionen

Beiträge zur Mediengeschichte
der Wahrnehmung

2006, 208 Seiten, kart., 23,80 €,
ISBN 978-3-89942-533-8



JÜRGEN SORG, JOCHEN VENUS (HG.)

Erzählformen im Computerspiel

Zur Medienmorphologie digitaler Spiele

April 2009, ca. 500 Seiten, kart., ca. 39,90 €,
ISBN 978-3-8376-1035-2

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Medienumbrüche

JÖRG DÖRING,
TRISTAN THIELMANN (Hg.)
Mediengeographie
Theorie – Analyse – Diskussion
Februar 2009, 624 Seiten, kart.,
zahlr. Abb., ca. 35,80 €,
ISBN 978-3-8376-1022-2

RAINER GEISSLER,
HORST PÖTTKER (Hg.)
**Medien und Integration
in Nordamerika**
Erfahrungen aus
den Einwanderungsländern
Kanada und USA
Februar 2009, 174 Seiten, kart., zahlr. Abb.,
ca. 24,80 €,
ISBN 978-3-8376-1034-5

RAINER GEISSLER,
HORST PÖTTKER (Hg.)
**Integration durch Massenmedien/
Mass Media-Integration**
Medien und Migration im
internationalen Vergleich
Media and Migration:
A Comparative Perspective
2006, 328 Seiten, kart., 27,80 €,
ISBN 978-3-89942-503-1

MARCUS HAHN,
ERHARD SCHÜTTPELZ (Hg.)
**Trancemedien und
Neue Medien um 1900**
Ein anderer Blick auf die Moderne
Februar 2009, 412 Seiten, kart., ca. 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1098-7

WALBURGA HÜLK, GREGOR SCHUHEN,
TANJA SCHWAN (Hg.)
(Post-)Gender
Choreographien/Schnitte
2006, 236 Seiten, kart., 24,80 €,
ISBN 978-3-89942-277-1

INGO KÖSTER, KAI SCHUBERT (Hg.)
Medien in Raum und Zeit
Maßverhältnisse des Medialen
Februar 2009, 330 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1033-8

ANNEMONE LIGENSA,
DANIEL MÜLLER (Hg.)
Rezeption
Die andere Seite der
Medienumbrüche
Februar 2009, ca. 200 Seiten,
kart., ca. 25,80 €,
ISBN 978-3-8376-1026-0

MICHAEL LOMMEL,
ISABEL MAURER QUEIPO,
VOLKER ROLOFF (Hg.)
Surrealismus und Film
Von Fellini bis Lynch
2008, 326 Seiten, kart., 29,80 €,
ISBN 978-3-89942-863-6

MICHAEL LOMMEL,
VOLKER ROLOFF (Hg.)
Sartre und die Medien
2008, 228 Seiten, kart., 23,80 €,
ISBN 978-3-89942-816-2

ISABEL MAURER QUEIPO,
NANETTE RISSLER-PIPKA (Hg.)
Dalís Medienspiele
Falsche Fährten und paranoische
Selbstinszenierungen in den Künsten
2007, 416 Seiten, kart., 36,80 €,
ISBN 978-3-89942-629-8

DANIEL MÜLLER, ANNEMONE LIGENSA,
PETER GENDOLLA (Hg.)
Leitmedien
Konzepte – Relevanz – Geschichte,
Band 2
Februar 2009, ca. 250 Seiten,
kart., ca. 25,80 €,
ISBN 978-3-8376-1029-1

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

